Landesbank Saar

Registrierungsformular

26. Juni 2017

gemäß Art. 5 Abs. 3 der Richtlinie 2003/71/EG in der Fassung der Richtlinie 2010/73/EU (die „Richtlinie“) und § 12 Wertpapierprospektgesetz („WpPG“) in Verbindung mit Art. 14 der Verordnung (EG) Nr. 809/2004.

Dieses Registrierungsformular wurde bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht hinterlegt. Es wird von der Landesbank Saar durch Bereithaltung in gedruckter Form zur kostenlosen Ausgabe an das Publikum veröffentlicht. Dasselbe gilt für sämtliche (Basis-)Prospekte, in die Informationen aus diesem Registrierungsformular per Verweis einbezogen sind, oder von denen dieses Registrierungsformular ein Bestandteil ist. Zudem wird dieses Registrierungsformular in elektronischer Form auf der Internetseite der Landesbank Saar (www.saarlb.de; dort unter „Investor Relations", Unterkategorie „Eigene Emissionen") veröffentlicht.

Dieses Registrierungsformular wurde von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht („BaFin") nach Abschluss einer Vollständigkeitsprüfung einschließlich einer Prüfung auf Kohärenz und Verständlichkeit der vorgelegten Informationen gemäß § 13 Abs. 1 Wertpapierprospektgesetz („WpPG") gebilligt.

Dieses Registrierungsformular ist vom Datum seiner Billigung an zwölf Monate gültig. Es gibt den Stand zum Datum des Registrierungsformulars wieder. Weder die Aushändigung dieses Registrierungsformulars noch irgendein Angebot oder eine Börsennotierung von Wertpapieren auf der Grundlage eines (Basis-)Prospekts, in den Informationen aus diesem Registrierungsformular per Verweis einbezogen sind, oder von dem dieses Registrierungsformular ein Bestandteil ist, beinhaltet die ausdrückliche oder konkludente Erklärung, dass die Verhältnisse der Landesbank Saar seit dem Datum dieses Registrierungsformulars unverändert geblieben sind. Die in diesem Registrierungsformular enthaltenen Angaben, die die Beurteilung von Wertpapieren beeinflussen könnten, welche auf der Grundlage eines (Basis-)Prospekts angeboten werden, von dem dieses Registrierungsformular ein Bestandteil ist, werden in Übereinstimmung mit den jeweils gültigen Bestimmungen des WpPG durch Veröffentlichung eines Nachtrags zu dem jeweils betroffenen (Basis-)Prospekt aktualisiert.

Dieses Registrierungsformular stellt weder ein Angebot noch eine Aufforderung der Landesbank Saar selbst oder in ihrem Namen dar, Wertpapiere zu zeichnen oder zu erwerben, und es sollte nicht als Empfehlung der Landesbank Saar aufgefasst werden, irgendein Wertpapier, das die Landesbank Saar begeben hat oder möglicherweise künftig begeben wird, zu zeichnen oder zu erwerben. Die Landesbank Saar hat niemanden autorisiert, Informationen zu erteilen oder Zusicherungen zu machen, die über die in diesem Registrierungsformular enthaltenen Angaben hinausgehen oder von diesen abweichen. Falls dennoch solche Informationen erteilt oder Zusicherungen gemacht werden, kann sich niemand auf die vorherige Autorisierung solcher Informationen oder Zusicherungen durch die Landesbank Saar verlassen.

Inhalt

1 Risikofaktoren 5

1.1. Abkürzungen 5
1.2. Risiken durch Änderung volkswirtschaftlicher Faktoren 5
1.3. Risiko eines möglichen Kontrollwechsels 5
1.4. Risiken aufgrund von Eigenmittelanforderungen 5
1.5. Risiken im Zusammenhang mit der Einführung eines Abwicklungsregimes für Kreditinstitute und Wertpapierfirmen 7
1.6. Risiko einer Ratingherabstufung 11
1.7. Adressenrisiken einschließlich Länderrisiken 11
1.8. Beteiligungsrisiken 11
1.9. Marktpreisrisiken 11
1.10. Liquiditätsrisiken 12
1.11. Operationelle Risiken 12
1.12. Risiko eines Versagens der Risikomanagementsysteme 12
1.13. Risiken aus Änderungen bestehender Gesetze oder Vorschriften, aus künftigen Gesetzen und Vorschriften oder aus diesbezüglichen Durchsetzungsmaßnahmen in Ländern, in denen die Bank tätig ist 12
1.14. Reputationsrisiko und Risiken aus aufsichtsrechtlichen Maßnahmen oder Rechtsstreitigkeiten in Bezug auf die Bank, andere bekannte Unternehmen oder die Finanzdienstleistungsbranche im Allgemeinen 13
1.15. Risiken im Zusammenhang mit der europäischen Staatsschuldenkrise 13
1.16. Risiken durch Inanspruchnahme aus dem Sicherungssystem 14

2. Allgemeine Informationen 15

2.1. Verantwortliche Personen 15
2.2. Angaben von Seiten Dritter 15
2.3. Abschlussprüfer 15
2.4. Information gemäß Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 über Ratingagenturen in der Fassung der Richtlinie 2014/51/EU 15
2.5. Abkürzungen 15
2.6. Einsehbare Dokumente 16

3. Angaben zur Landesbank Saar 16

3.1. Allgemeine Angaben 16
3.2. Organisationsstruktur 16
3.3. Verwaltungs-, Geschäftsführungs- und Aufsichtsorgane 17
3.4. Interessenkonflikte 19
3.5. Anteilseigner 19
3.6. Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe 19

4. Geschäftsüberblick 20

4.1. Gesetzes- und satzungsmäßige Aufgabe 20
4.2. Derzeitige Haupttätigkeitsbereiche und wichtigste Märkte 20
4.3. Geschäftsbereich Firmenkunden 20
4.4. Geschäftsbereich Immobilien und Projekte 20
4.5. Geschäftsbereich Private und Institutionelle 21
4.6. Geschäftsbereich Treasury und Portfoliomanagement 21
4.7. Kommunalbank 21
4.8. Verbundbank 21
4.9. LBS Landesbausparkasse Saar (LBS) 22
4.10. Übergreifende Tätigkeiten 22

5. Wesentliche Verträge 22

6. Verwaltungs-, Gerichts- und Schiedsgerichtsverfahren 22

7. Finanz- und Trendinformationen 23

7.1. Allgemeines 23
7.2. Historische Finanzinformationen und Lageberichte 2014 und 2015 (IFRS) 23
7.3. Historische Finanzinformationen und Lageberichte 2015 und 2016 (HGB) 23
7.4. Entwicklungen seit dem 31. Dezember 2016 23
7.5. Trendinformationen 24

Anhang 1 – Finanzbericht der SaarLB – Jahresabschluss 2016 nach HGB 25
Übersicht 28
Bilanz zum 31.12.2016 79
Gewinn- und Verlustrechnung (01.01 – 31.12.2016) 83
Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden 88
Angaben zur Bilanz 92
Sonstige Angaben 99

Anhang 2 – Finanzbericht der SaarLB – Jahresabschluss 2015 nach HGB 119
Übersicht 122
Bilanz zum 31.12.2015 176
Gewinn- und Verlustrechnung (01.01 – 31.12.2015) 180
Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden 182
Angaben zur Bilanz 186
Sonstige Angaben 193

Anhang 3 – Finanzbericht der SaarLB – Konzernabschluss 2015 nach IFRS 212
Übersicht 214
Konzern-Gesamtergebnisrechnung vom 01.01 – 31.12.2015 275
Konzern-Bilanz zum 31.12.2015 276
Eigenkapitalveränderungsrechnung 278
Kapitalflussrechnung 279
Notes 281

Anhang 4 – Finanzbericht der SaarLB – Konzernabschluss 2014 nach IFRS 380
Übersicht 382
Konzern-Gesamtergebnisrechnung vom 01.01. – 31.12.2014 444
Konzern-Bilanz zum 31.12.2014 445
Eigenkapitalveränderungsrechnung 447
Kapitalflussrechnung 448
Notes 449

Unterschriften 549

1 Risikofaktoren

Investoren sollten (erforderlichenfalls zusammen mit eigenen professionellen Beratern) die im Folgenden dargestellten emittentenspezifischen Risiken vor einem Investment in Wertpapiere der Landesbank Saar sorgfältig und unter Berücksichtigung aller anderen Informationen, die in diesem Registrierungsformular, dem jeweils relevanten (Basis-)Prospekt und den jeweiligen Endgültigen Bedingungen sowie allen darin per Verweis einbezogenen Dokumenten und allen relevanten Nachträgen enthalten sind, abwägen.

Wie andere Marktteilnehmer auch ist die Landesbank Saar im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit bestimmten Risiken ausgesetzt, deren Realisierung im schlimmsten Fall dazu führen könnte, dass die Bank ihren Verpflichtungen aus einer Emission von Wertpapieren nicht oder nicht fristgerecht nachkommen kann und der Investor sein Investment ganz oder teilweise verliert. Der folgende Text beinhaltet die wesentlichen emittentenspezifischen Risikofaktoren, die mit einem Investment in Wertpapiere der Landesbank Saar verbunden sind. Die hier dargestellten Risiken könnten auch kumulativ eintreten und sich dadurch gegenseitig verstärken. Außerdem könnten andere, derzeit nicht bekannte oder als nicht wesentlich eingestufte Risiken die Vermögens-, Ertrags- und Finanzlage sowie die Liquiditätslage und die Eigenmittelausstattung der SaarLB beeinträchtigen.

1.1. Abkürzungen

In diesem Abschnitt „Risikofaktoren" bezeichnet:

„SaarLB", „Bank" oder „Emittentin" die Landesbank Saar
„SaarLB-Konzern" die Landesbank Saar und ihre Tochtergesellschaften (= ihre im Mehrheitsbesitz gehaltenen Beteiligungsunternehmen)

1.2. Risiken durch Änderung volkswirtschaftlicher Faktoren

Der Markt für von deutschen Unternehmen und Banken begebene Anleihen (Pfandbriefe und Schuldverschreibungen) und deren Kurse wird von volkswirtschaftlichen Faktoren, dem Marktumfeld in Deutschland sowie in unterschiedlichem Umfang von Marktumfeld, Zinssätzen, Devisenkursen und Inflationsraten in anderen europäischen und sonstigen Ländern beeinflusst. Dies kann negative Auswirkungen auf die Anleihen und deren Kurse haben.

1.3. Risiko eines möglichen Kontrollwechsels

Träger der SaarLB sind das Bundesland Saarland und der Sparkassenverband Saar. Das Bundesland Saarland verfügt über 74,9 % der stimmberechtigten Anteile am Stammkapital der SaarLB, die übrigen 25,1 % der stimmberechtigten Anteile liegen beim Sparkassenverband Saar. Das Bundesland Saarland verfügt somit über eine Mehrheitsbeteiligung an der SaarLB. Eine Veränderung der Trägerstruktur könnte Auswirkungen auf das Rating, die Refinanzierung und damit die Liquiditäts- und Ertragslage der SaarLB haben.

Dem zwischen den Regierungsparteien im saarländischen Landtag, der CDU und der SPD, geschlossenen Koalitionsvertrag für die 16. Legislaturperiode des Landtages des Saarlandes von 2017 bis 2022 ist zu entnehmen, dass die Regierungskoalition vereinbart hat, dass gerade im Hinblick auf standortnahe Unternehmensfinanzierungen eine leistungsfähige Kreditwirtschaft im Saarland gebraucht wird. Daher sollen alle Prozesse, die zur Sicherung der Kreditversorgung der Saarwirtschaft durch ein wettbewerbsfähiges Angebot aus Sparkassen, Genossenschaftsbanken und privaten Kreditinstituten beitragen, unter Berücksichtigung der Arbeitnehmerinteressen konstruktiv begleitet werden. Die Regierungsparteien betonen dabei ausdrücklich, dass die neu ausgerichtete SaarLB ein Eckpfeiler der saarländischen Kreditwirtschaft bleibt.
Dennoch ist nicht auszuschließen, dass sich das Bundesland Saarland entscheidet, seine Mehrheitsbeteiligung an der SaarLB aufzugeben und Teile seiner Beteiligung an einen dritten Gesellschafter neben dem Sparkassenverband Saar zu übertragen. Dies könnte nachteilige Auswirkungen auf das Rating, die Refinanzierung und damit die Liquiditäts- und Ertragslage der SaarLB haben.

1.4. Risiken aufgrund von Eigenmittelanforderungen

Zur Deckung potenzieller Verluste aus der Realisierung von Risiken und aufgrund bankaufsichtsrechtlicher Vorgaben muss die Bank stets über ausreichende Eigenmittel verfügen. Gemäß zum Datum dieses Prospekts gültiger aufsichtsrechtlicher Definition bestehen die Eigenmittel aus der Summe von hartem Kernkapital, ergänzendem Kernkapital und Ergänzungskapital. Die aufsichtsrechtlich anerkannten Eigenmittel der SaarLB bestehen derzeit unter

anderem aus dem eingezahlten Stammkapital, der Kapitalrücklage und den Gewinnrücklagen, dem Fonds für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB und dem zusätzlichen Kernkapital sowie dem Ergänzungskapital in Form längerfristiger nachrangiger Verbindlichkeiten.
Die bisherigen bankaufsichtsrechtlichen Eigenmittelanforderungen wurden durch die Richtlinie 2013/36/EU des Europäischen Parlaments und des Rates über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen vom 26. Juni 2013 (Capital Requirements Directive, „CRD IV") und die Verordnung (EU) Nr. 575/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen vom 26. Juni 2013 (Capital Requirements Regulation, „CRR") sowie die diesbezüglichen nationalen Rechtsvorschriften (insbesondere des Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie 2013/36/EU über den Zugang zur Tätigkeit von Kreditinstituten und die Beaufsichtigung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen und zur Anpassung des Aufsichtsrechts an die Verordnung (EU) Nr. 575/2013 über Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen („CRD IV Umsetzungsgesetz") vom 28. August 2013) seit 2014 schrittweise weiter verschärft. CRD IV und CRR setzen die Basel III-Empfehlungen des Baseler Ausschusses für Bankenaufsicht von 2010 („Basel III") unter anderem in Bezug auf die Eigenkapitalanforderungen für Banken im Europäischen Wirtschaftsraum („EWR") einheitlich um. Die CRD IV enthält ergänzende Regelungen, die durch die Mitgliedstaaten des EWR konkretisiert werden können. In der Bundesrepublik Deutschland ist dies durch das CRD IV-Umsetzungsgesetz geschehen. Das CRD IV- Umsetzungsgesetz berechtigt insbesondere dazu, inländische Banken zu verpflichten, bestimmte aus hartem Kernkapital zu bildende Eigenkapitalpuffer oder mehr Kernkapital als gesetzlich vorgeschrieben vorzuhalten. Das CRD IV-Umsetzungsgesetz und die CRR führen unter anderem dazu, dass bisherige Hybridkapitalinstrumente wie z. B. stille Einlagen und Genussrechte nach Ablauf bestimmter Übergangsfristen nicht mehr als Bestandteile des Kern- oder des Ergänzungskapitals anerkannt werden und dass sich aus den im neuen Regelwerk vorgesehenen Anforderungen höhere qualitative und quantitative Eigenmittelanforderungen ergeben.

Die Bank hat ihre Kapitalbildungsstrategie und Thesaurierungspolitik der vergangenen Jahre sowie ihre Eigenkapitalplanung für die kommenden Jahre an den verschärften Anforderungen der CRD IV bzw. CRR ausgerichtet. Über die bisherigen Kapitalbildungsmaßnahmen durch Thesaurierung und Dotierung der Vorsor- gereserven und die beiden in 2013 und Ende 2014 vorgenommenen Erhöhungen des Stammkapitals hinaus plant die Bank eine Erhöhung des bankaufsichtsrechtlich der höchsten Kapitalklasse zuzuordnenden harten Kernkapitals durch weitere Ergebnisthesaurierung. Die Bank hat schon die in den vergangenen Jahren erzielten Ergebnisse vollständig thesauriert und damit ihre Ausstattung mit hartem Kernkapital verstärkt. Weiterhin wurden im Jahr 2013 stille Einlagen der saarländischen Sparkassen im Volumen von EUR 36,2 Mio. in hartes Kernkapital gewandelt. Ende 2014 erfolgte eine weitere Erhöhung des harten Kernkapitals durch Umwandlung einer stillen Einlage im Volumen von EUR 100 Mio. in Stammkapital. Für weitere stille Einlagen von EUR 29,1 Mio. des Sparkassenverbandes Saar verfügt die SaarLB über eine Wandlungsoption.

Vor dem Hintergrund der Planung zur Erhöhung der harten Kernkapitalkomponente besteht das Risiko, dass noch vorgesehene, bisher nicht umgesetzte Maßnahmen nicht oder nur teilweise realisiert werden können. Insbesondere besteht das Risiko, dass sich die Ertragslage der SaarLB, auch auf Grund der Umsetzung weiterer aufsichtsrechtlicher Maßnahmen wie z.B. die Erhöhung der Abgabe zur Dotierung des Restrukturierungsfonds für Kreditinstitute (Restrukturierungsfonds-Verordnung – RStrukFV) oder weitere Maßnahmen auf EU-Ebene nicht so entwickelt, dass die in der Kapitalplanung vorgesehenen Ergebnisthesaurierungen im geplanten Umfang realisiert werden können.

Im Übrigen hat die Europäische Bankenaufsichtsbehörde („EBA") in 2011, 2012 und 2013 Stresstests initiiert, die die Kapitalausstattung von systemrelevanten Banken unabhängig von geltendem nationalen Recht und auch weitergehend als in den Übergangsvorschriften von Basel III/CRD IV Umsetzungsgesetz angelegt überprüfen sollten. Daher ist damit zu rechnen, dass die EBA künftig Kapitalanforderungen stellen wird, die oberhalb der gesetzlich vorgegebenen Quoten liegen dürften. Die SaarLB war bislang nicht vom Asset Quality Review (AQR) der EZB betroffen. Sollte die Bankaufsicht solche Stresstests auch für kleinere Häuser, z. B. die SaarLB, durchführen, kann nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden, dass die Ergebnisse aus dem AQR eine Adjustierung der entsprechenden Kapitalquoten nach sich ziehen können.

Über die CRR hinausgehende Eigenmittelanforderungen können sich im Übrigen aus Untersuchungshandlungen und Anordnungen der zuständigen Aufsichtsbehörden zur Absicherung von nicht durch die CRR abgedeckte Risiken und Risikoelemente (insbesondere solche institutsspezifischer Natur), zur Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit des Finanzmarktes oder Finanzsystems oder zur Abwendung einer Gefahr für die Finanzmarktstabilität oder zur Einhaltung bestimmter Eigenmittelpuffer (z. B. Kapitalerhaltungspuffer, antizyklischer Kapitalpuffer) ergeben.

Derzeit zählt die Bank weder zu den systemrelevanten noch zu den potentiell systemgefährdeten Instituten. Die Aufsicht hat der Bank mündlich mitgeteilt, dass sie als „High Priority Less Significant Institute" eingestuft ist.

Darüber hinaus besteht allgemein die Möglichkeit, dass aufgrund neuer politischer und gesetzgeberischer Initiativen auf internationaler, europäischer und nationaler Ebene die aufsichtsrechtlichen Vorgaben hinsichtlich der vorzuhaltenden Eigenmittel weiter verschärft werden oder veränderte Erwartungen von Ratingagenturen und Marktteilnehmern die Anforderungen an die Eigenkapitalausstattung von Banken steigen lassen. Alle vorgenannten Entwicklungen können dazu führen, dass die Eigenmittel der Bank aufgestockt oder bestehende Eigenmittelinstrumente ersetzt werden müssen.

Generell besteht das Risiko, dass die Bank dann etwaig erforderlich werdende Eigenmittel nicht oder nur zu erhöhten Kosten beschaffen kann oder sich gezwungen sieht, ihre Risikoaktiva zu reduzieren und dementsprechend Geschäftsaktivitäten abzubauen. In jedem Fall könnte dies nachteilige Auswirkungen auf ihre geschäftlichen Aussichten sowie ihre Ertrags-, Vermögens-, Finanz- und Liquiditätslage haben.
Die Verletzung oder drohende Verletzung anwendbarer Eigenmittelanforderungen verleiht den zuständigen Behörden zahlreiche Eingriffsbefugnisse. Neben der vorgenannten Möglichkeit, Anordnungen in Bezug auf die Geschäftsaktivitäten zu treffen, und verschiedenen anderen Befugnissen (wie zum Beispiel Anordnungen zur Verbesserung der Eigenmittelausstattung oder Eingriffen in die Geschäftsführung des Instituts) kommen – je nach Lage des Einzelfalles – als letztes Mittel auch die Aufhebung der Bankerlaubnis oder die Anordnung der Auflösung und Liquidation der Bank in Betracht. Insbesondere kann die Verletzung oder in naher Zukunft drohende Verletzung anwendbarer Eigenmittelanforderungen die Einleitung eines der Sanierungs-, Reorganisations- und Abwicklungsverfahren nach sich ziehen, die unten in dem Risikofaktor „Risiko bankspezifischer Sanierungs-, Reorganisations- und Abwicklungsverfahren, einschließlich des Bail-in Risikos und des gesetzlichen Nachrangs“ dargestellt sind, womit es insbesondere (jedoch ohne Begrenzung hierauf) zu einer Anwendung des Instruments der Gläubigerbeteiligung (Bail-in) in Bezug auf nicht nachrangige Schuldverschreibungen im Rahmen von Abwicklungsmaßnahmen oder zur Ausübung von Abschreibungs- und Umwandlungsbefugnissen in Bezug auf nachrangige Schuldverschreibungen durch die zuständigen Abwicklungsbehörden kommen kann. Daher kann die Verletzung oder drohende Verletzung anwendbarer Eigenmittelanforderungen dazu führen, dass die Rechte der Inhaber der Schuldverschreibungen (insbesondere solche der Inhaber nachrangiger Schuldverschreibungen) erheblich durch bankspezifische Sanierungs-, Reorganisations- und Abwicklungsverfahren beeinträchtigt werden und dass die Inhaber der Schuldverschreibungen aufgrund der Durchführung oder der Gefahr der Durchführung solcher Verfahren ihre Kapitalanlage ganz oder teilweise verlieren oder nachteilige Auswirkungen auf den Marktwert ihrer Schuldverschreibungen hinnehmen müssen, wie es ausführlich im Risikofaktor „Risiko bankspezifischer Sanierungs-, Reorganisations- und Abwicklungsverfahren, einschließlich des Bail-in Risikos und des gesetzlichen Nachrangs“ beschrieben ist.

Sofern die dauerhafte Erfüllung der Eigenmittelanforderungen durch die Emittentin infrage stehen würde, könnte dies erhebliche nachteilige Auswirkungen auf den Marktwert der Schuldverschreibungen haben. Allgemein besteht das Risiko, dass die durch eine Verletzung oder drohende Verletzung von Eigenmittelanforderungen ausgelösten Kausalketten in die Insolvenz der Bank münden, auch weil etwa Gläubiger ihre Gelder bei der Bank abziehen oder die Liquidität oder Refinanzierung der Bank möglicherweise nicht mehr gesichert werden könnten.

Daher hätte eine Verletzung oder drohende Verletzung von Eigenmittelanforderungen typischerweise nachteilige Auswirkungen auf den Marktwert der Schuldverschreibungen und kann letzten Endes dazu führen, dass der Gläubiger sein Investment in die Schuldverschreibungen ganz oder teilweise verliert.

1.5. Risiken im Zusammenhang mit der Einführung eines Abwicklungsregimes für Kreditinstitute und Wertpapierfirmen

Die Inhaber der Schuldverschreibungen sind dem Risiko ausgesetzt, aufgrund von Maßnahmen, die im Zusammenhang mit bankspezifischen Sanierungs-, Reorganisations- oder Abwicklungsverfahren ergriffen werden, ihre Kapitalanlage in die Schuldverschreibungen einschließlich aufgelaufener Zinsen ganz oder teilweise zu verlieren oder eine Minderung des Marktwerts ihrer Schuldverschreibungen hinnehmen zu müssen.

In Reaktion auf die europäische Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise hat sich die europäische Politik dazu entschlossen, als Teil der europäischen Bankenunion ein EU-weites Rahmenwerk für die Sanierung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen im Vorfeld von deren Insolvenz und, für den Fall, dass eine solche Sanierung scheitern sollte, für die Abwicklung der betroffenen Institute zu schaffen. Die Hauptziele einer solchen Abwicklung (die „Abwicklungsziele“) bestehen dabei darin, die zuständigen Abwicklungsbehörden in die Lage zu versetzen, ein Institut, das ausfällt oder wahrscheinlich ausfällt, in einer Weise abzuwickeln, die (i) die Kontinuität kritischer Funktionen sicherstellt, (ii) erhebliche negative Auswirkungen auf die Finanzstabilität (vor allem durch die Verhinderung einer Ansteckung und die Erhaltung der Marktdisziplin) verhindert, (iii) öffentliche Mittel durch geringere Inanspruchnahme außerordentlicher öffentlicher Unterstützung aus öffentlichen Mitteln schützt, und (iv) bestimmte Einleger sowie Gelder und Vermögenswerte der Kunden schützt.

Zu diesem Zwecke haben das Europäische Parlament und der Rat die Richtlinie 2014/59/EU vom 14. Mai 2014 zur Festlegung eines Rahmens für die Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen (die „Richtlinie zur Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten“ oder auch „BRRD“ (für Bank Recovery and Resolution Directive)) sowie die Verordnung (EU) Nr. 806/2014 vom 15. Juli 2014 zur Festlegung einheitlicher Vorschriften und eines einheitlichen Verfahrens für die Abwicklung von Kreditinstituten und bestimmten Wertpapierfirmen im Rahmen eines einheitlichen Abwicklungsmechanismus und eines einheitlichen Abwicklungsfonds (die „SRM-Verordnung“) erlassen. Die BRRD verpflichtet alle EU Mitgliedstaaten zum Erlass nationaler Gesetze, die unter anderem (i) Institute und nationale Abwicklungsbehörden dazu verpflichten, Sanierungs- und Abwicklungspläne zu erstellen, welche Maßnahmen vorsehen, die im Falle einer wesentlichen Verschlechterung der Finanzlage des Instituts zu ergreifen sind, die (ii) Bankaufsichtsbehörden Instrumente zum frühzeitigen Eingreifen

bereitstellen, und die (iii) bestimmte Abwicklungsinstrumente vorsehen und die nationalen Abwicklungsbehörden mit Abwicklungsbefugnissen ausstatten, die diese zum Zwecke der Erreichung der oben genannten Abwicklungsziele anwenden beziehungsweise ausüben können. Mit der SRM-Verordnung wird der so genannte einheitliche Abwicklungsmechanismus (Single Resolution Mechanism – „SRM") geschaffen, welcher in den an ihm teilnehmenden Mitgliedstaaten der Europäischen Union (einschließlich der Bundesrepublik Deutschland) Anwendung findet. Zu diesem Zweck legt die SRM-Verordnung, die ab dem 1. Januar 2016 in den teilnehmenden Mitgliedstaaten unmittelbar anwendbares Recht ist, einheitliche Vorschriften und ein einheitliches Verfahren für die Abwicklung von Kreditinstituten (einschließlich der SaarLB) und bestimmten anderen in den teilnehmenden Mitgliedstaaten niedergelassenen Unternehmen fest, welche von dem Ausschuss für die einheitliche Abwicklung (eine Agentur der Europäischen Union, der „Ausschuss") in Zusammenarbeit mit dem Rat der Europäischen Union und der Europäischen Kommission sowie den nationalen Abwicklungsbehörden (in Deutschland, die Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung – „FMSA") im Rahmen des SRM angewandt werden.

Für Unternehmen und Unternehmensgruppen, die (wie die SaarLB) nicht direkt von der Europäischen Zentralbank beaufsichtigt werden, liegt die Zuständigkeit für die Erstellung von Abwicklungsplänen, die Festlegung der von den erfassten Institute für die Zwecke der Abwicklung zu erfüllenden Mindestanforderungen an Eigenmittel und berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten (minimum requirements for own funds and eligible liabilities – MREL) und für alle im Zusammenhang mit der Abwicklung zu treffenden Beschlüsse bei den zuständigen nationalen Abwicklungsbehörden (im Falle der SaarLB Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) im Einvernehmen mit der deutschen Bundesbank), während die Umsetzung Abwicklungskonzepts, die Anwendung der Abwicklungsinstrumente und die Ausübung der Abwicklungsbefugnisse in der Zuständigkeit der nationalen Abwicklungsbehörden (im Falle der SaarLB der FMSA).

Die Abwicklungsinstrumente und Abwicklungsbefugnisse, die den nationalen Abwicklungsbehörden nach der BRRD und den nationalen Umsetzungsgesetzen der BRRD zur Verfügung stehen, sollen denen entsprechen, die nach der SRMVerordnung bestehen. In Deutschland ist die BRRD mit dem am 1. Januar 2015 in Kraft getretenen Gesetz zur Sanierung und Abwicklung von Instituten und Finanzgruppen (Sanierungs- und Abwicklungsgesetz „SAG") umgesetzt worden. Darüber hinaus hat der deutsche Gesetzgeber das Gesetz zur Reorganisation von Kreditinstituten (Kreditinstitute-Reorganisationsgesetz – „KredReorgG") erlassen. Ferner hat die Bundesregierung am 29. April 2015 einen Regierungsentwurf für ein Abwicklungsmechanismusgesetz („AbwMechG") beschlossen, um verschiedene Bestimmungen des deutschen Rechts an den durch die SRM-Verordnung geschaffenen SRM anzupassen.

Nach dem KredReorgG, dem SAG und der SRM-Verordnung könnte die SaarLB einem der nachfolgend zusammenfassend dargestellten Sanierungs-, Reorganisations- und Abwicklungsverfahren unterliegen:

• Sanierungsverfahren nach dem KredReorgG:
Nach dem KredReorgG wird auf Antrag der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (die „BaFin") vom zuständigen Oberlandesgericht ein Sanierungsverfahren eingeleitet, wenn das Institut der BaFin seine Sanierungsbedürftigkeit angezeigt hat.
Sanierungsbedürftigkeit liegt vor, wenn die Annahme gerechtfertigt ist, dass das Institut die relevanten Eigenmittel- oder Liquiditätsanforderungen nicht dauerhaft wird erfüllen können. Mit der Anzeige der Sanierungsbedürftigkeit legt das Institut einen Sanierungsplan vor (der möglicherweise, aber nicht notwendig, aus dem Sanierungsplan entwickelt wird, den bestimmte Institute (nicht jedoch die SaarLB) nach dem SAG zu erstellen haben) und schlägt einen Sanierungsberater vor, der im Falle seiner Bestellung durch das zuständige Oberlandesgericht den Sanierungsplan umzusetzen hat. Der Sanierungsplan kann alle Maßnahmen enthalten, die geeignet sind, ohne einen Eingriff in Drittrechte (einschließlich der Gläubiger der Schuldverschreibungen) eine Sanierung des Instituts zu erreichen.

Der Sanierungsplan kann jedoch vorsehen, dass die Insolvenzgläubiger (einschließlich der Gläubiger der Schuldverschreibungen) in einem anschließenden Insolvenzverfahren, das innerhalb von drei Jahren nach der Anordnung der Durchführung des Sanierungsverfahrens eröffnet wird, nachrangig sind gegenüber Gläubigern mit Forderungen aus Darlehen und sonstigen Krediten, die das Institut in Umsetzung des Sanierungsplans aufnimmt. Durch die Möglichkeit der Begründung von Forderungen, die im Falle eines späteren Insolvenzverfahrens vorrangig gegenüber den Ansprüchen aus den Schuldverschreibungen wären, kann die Umsetzung eines Sanierungsplans nach dem KredReorgG die Rechte aus den Schuldverschreibungen beeinträchtigen.

• Reorganisationsverfahren nach dem KredReorgG:
Wenn das Institut der BaFin anzeigt, dass es ein Sanierungsverfahren für aussichtslos hält oder der Sanierungsberater nach dem Scheitern eines Sanierungsverfahrens der BaFin mit Zustimmung des Instituts anzeigt, dass ein Reorganisationsverfahren durchgeführt werden soll, kann das zuständige Oberlandesgericht auf Antrag der BaFin ein Reorganisationsverfahren nach dem KredReorgG einleiten, wenn die zuständigen Abwicklungsbehörden berechtigt wären, eine Abwicklungsanordnung nach dem SAG zu erlassen (zur den Abwicklungsvoraussetzungen siehe unten). Mit der Anzeige der Absicht, ein Reorganisationsverfahren einzuleiten, legt das Institut oder der Sanierungsberater der BaFin einen Reorganisationsplan vor. Im Gegensatz zum Sanierungsplan kann der Reorganisationsplan Eingriffe in Rechte von Gläubigern (einschließlich der Inhaber der Schuldverschreibungen), zum Beispiel in Form einer Kürzung oder Stundung ihrer Forderungen, vorsehen. Mit Zustimmung der betroffenen Gläubiger und vorausgesetzt, diese erhalten eine angemessene Entschädigung, kann der Reorganisationsplan auch eine Umwandlung von Forderungen der Gläubiger in Anteile an dem Institut vorsehen. Darüber hinaus kann

er eine Ausgliederung des Vermögens des Instituts im Ganzen oder in Teilen durch Übertragung auf einen anderen Rechtsträger oder die Liquidation des Instituts vorsehen. Um wirksam zu werden, muss der Reorganisationsplan von den Betroffenen mit den erforderlichen, im KreditReorgG festgesetzten Mehrheiten angenommen und vom Oberlandesgericht bestätigt werden. Damit kann ein Reorganisationsverfahren dazu führen, dass die Inhaber der Schuldverschreibungen ihre Ansprüche aus den Schuldverschreibungen ganz oder teilweise verlieren oder dass der Marktwert der Schuldverschreibungen nachteilig beeinflusst wird.

• Frühzeitiges Eingreifen und Umsetzung eines Sanierungsplans nach dem SAG:
Nach § 12 Abs. 1 S. 1 SAG haben grundsätzlich alle Institute (auch die SaarLB) einen Sanierungsplan zu erstellen und laufend zu aktualisieren, der die vom Institut zu treffenden Maßnahmen darlegt, mit denen dessen finanzielle Stabilität wiederhergestellt werden kann, falls sich seine Finanzlage wesentlich verschlechtert und diese Verschlechterung zu einer Bestandsgefährdung führen kann. Verschlechtert sich die Finanzlage eines Instituts signifikant (insbesondere aufgrund seiner Liquiditätssituation, seiner Fremdkapitalquote, von Kreditausfällen oder von Klumpenrisiken) und verstößt das Institut hierdurch gegen auf es anwendbare bankaufsichtsrechtliche Bestimmungen (insbesondere gegen Eigenmittel oder Liquiditätsanforderungen oder die Voraussetzungen für die Erteilung einer Bankerlaubnis) oder droht eine derartige Verschlechterung seiner Finanzlage, kann die zuständige Aufsichtsbehörde nach dem SAG (und ohne Einschränkung ihrer sonstigen Befugnisse, die ihr nach allgemeinem Bankaufsichtsrecht zustehen) gegenüber dem Institut Maßnahmen anordnen, die geeignet und erforderlich sind, um die wirtschaftliche Lage zu verbessern (frühzeitiges Eingreifen). Zu solchen Maßnahmen kann unter anderem gehören, dass das Institut einen Sanierungsplan ganz oder teilweise aktualisiert oder umsetzt, einen Plan für Verhandlungen über eine Umschuldung mit einigen oder allen Gläubigern erstellt, die Geschäftsstrategie ändert oder Änderungen in seiner Geschäftsleitung vornimmt, oder dass ein vorläufiger Verwalter für das Institut bestellt wird. Jede solche Maßnahme kann nachteilige Auswirkungen auf den Marktwert der Schuldtitel der SaarLB, einschließlich den der Schuldverschreibungen, haben.

Abwicklung nach dem SAG beziehungsweise der SRM-Verordnung, Gläubigerbeteiligung (Bail-in):
Nach dem SAG und der SRM-Verordnung können die zuständigen Abwicklungsbehörden diejenigen Abwicklungsinstrumente anwenden und diejenigen Abwicklungsbefugnisse ausüben, mit denen sich ihrer Ansicht nach die in den Umständen des Einzelfalls relevanten Abwicklungsziele (wie oben definiert) am besten erreichen lassen, wenn (i) das Institut ausfällt oder wahrscheinlich ausfällt, (ii) die Abwicklungsmaßnahme für das Erreichen eines oder mehrerer der Abwicklungsziele notwendig und verhältnismäßig ist, und (iii) bei Berücksichtigung zeitlicher Zwänge und anderer relevanter Umstände nach vernünftigem Ermessen keine Aussicht besteht, dass der Ausfall des Instituts innerhalb eines angemessenen Zeitrahmens durch alternative Maßnahmen des privaten Sektors oder Maßnahmen der Aufsichtsbehörden abgewendet werden kann (Abwicklungsvoraussetzungen).

Ein Institut wird als ausfallend oder wahrscheinlich ausfallend betrachtet, wenn (i) das Institut gegen die an eine dauerhafte Zulassung geknüpften Anforderungen verstößt oder objektive Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass dies in naher Zukunft der Fall sein wird (einschließlich eines gegenwärtigen oder drohenden Verstoßes gegen Eigenmittel- oder Liquiditätsanforderungen), oder (ii) die Vermögenswerte des Instituts die Höhe seiner Verbindlichkeiten unterschreiten oder objektive Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass dies in naher Zukunft der Fall sein wird, oder (iii) das Institut nicht in der Lage ist, seine Schulden oder sonstigen Verbindlichkeiten bei Fälligkeit zu begleichen, oder objektive Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass dies in naher Zukunft der Fall sein wird, oder (iv) eine außerordentliche finanzielle Unterstützung aus öffentlichen Mitteln benötigt wird. In einem solchen Fall können die Abwicklungsbehörden zum einen durch die Anwendung des Instruments der Unternehmensveräußerung, des Instruments der Übertragung auf ein Brückeninstitut sowie des Instruments der Ausgliederung von Vermögenswerten die Geschäftsaktivitäten des in Abwicklung befindlichen Instituts umfassend restrukturieren und Vermögensgegenstände durch Übertragung von Eigentumstiteln (z.B. Aktien) und/oder von Vermögenswerten, Rechten und Verbindlichkeiten (einschließlich der Schuldverschreibungen) separieren. Durch solche Maßnahmen kann es dazu kommen, dass der Schuldner der Schuldverschreibungen ein fundamental anderes Risikoprofil erhält als zuvor.

Zum anderen können die Abwicklungsbehörden in einem solchen Fall – neben diversen und weitreichenden zusätzlichen Befugnissen – insbesondere das Instrument der Gläubigerbeteiligung (Bail-in) anwenden. Das Instrument der Gläubigerbeteiligung erlaubt es den zuständigen Abwicklungsbehörden unter bestimmten Umständen und zu näher definierten Zwecken, (i) berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten eines in Abwicklung befindlichen Instituts (einschließlich der Schuldverschreibungen mit Ausnahme von Pfandbriefen und nachrangigen Schuldverschreibungen) in Stammanteile oder andere Eigentumstitel (a) dieses Instituts (d.h. gegebenenfalls der SaarLB), (b) bestimmter verbundener Unternehmen dieses Instituts oder (c) eines Brückeninstituts, auf das Vermögenswerte, Rechte oder Verbindlichkeiten dieses Instituts oder bestimmter mit ihm verbundener Unternehmen übertragen werden, umzuwandeln, oder (ii) den Nennwert oder ausstehenden Restbetrag berücksichtigungsfähiger Verbindlichkeiten eines in Abwicklung befindlichen Instituts (einschließlich der Schuldverschreibungen mit Ausnahme von Pfandbriefen und nachrangigen Schuldverschreibungen) ganz oder teilweise herabzusetzen. Darüber hinaus haben die Abwicklungsbehörden die Befugnis, die von einem in Abwicklung befindlichen Institut ausgegebenen Schuldtitel (einschließlich nicht nachrangiger und nachrangiger Schuldverschreibungen mit Ausnahme von Pfandbriefen) zu löschen oder die Fälligkeit solcher Schuldtitel oder den aufgrund solcher Schuldtitel zahlbaren Zinsbetrag oder den Zeitpunkt, an dem die Zinsen zu zahlen sind, zu ändern.

Jede derartige die Schuldverschreibungen betreffende Maßnahme würde die SaarLB von ihren Verpflichtungen

gemäß den Bedingungen dieser Schuldverschreibungen freiwerden lassen, und die Inhaber der betreffenden Schuldverschreibungen wären nicht berechtigt, deswegen eine vorzeitige Rückzahlung ihrer Schuldverschreibungen zu verlangen oder sonstige Rechte auszuüben. Daher sind die Inhaber der Schuldverschreibungen (mit Ausnahme von Pfandbriefen) im Falle einer wesentlichen Verschlechterung der Finanzlage der SaarLB (und bereits im Vorfeld eines eventuellen Insolvenzverfahrens) dem Risiko von Eingriffen der zuständigen Abwicklungsbehörden ausgesetzt, welche ihre Rechte aus den Schuldverschreibungen beeinträchtigen, mit der Folge, dass sie ihre Kapitalanlage in die Schuldverschreibungen ganz oder teilweise verlieren könnten.

• Herabschreibung oder Umwandlung von Kapitalinstrumenten:
Das SAG und die SRM-Verordnung bestimmen des Weiteren, dass die zuständigen Abwicklungsbehörden die Befugnis haben, Instrumente des zusätzlichen Kernkapitals und des Ergänzungskapitals („relevante Kapitalinstrumente") ganz oder teilweise herabzuschreiben oder in Anteile oder andere Eigentumstitel (einschließlich Instrumente des harten Kernkapitals) umzuwandeln, und zwar entweder unabhängig von einer Abwicklungsmaßnahme der im vorhergehenden Aufzählungspunkt genannten Art oder in Kombination mit einer derartigen Abwicklungsmaßnahme. Diese Befugnis kann unter anderem dann bestehen, wenn entweder (i) die oben beschriebenen Abwicklungsvoraussetzungen vorliegen oder (ii) das Institut nur dann weiter existenzfähig ist, wenn die relevanten Kapitalinstrumente herabgeschrieben oder in Eigenkapital umgewandelt werden (so genannter „Punkt fehlender Existenzfähigkeit" oder „point of non-viability"), oder (iii) das Institut außerordentliche finanzielle Unterstützung aus öffentlichen Mitteln benötigt. Wenn das Institut ausfällt oder wahrscheinlich ausfällt, kann eine solche Herabschreibung oder Umwandlung von relevanten Kapitalinstrumenten zwingend sein. Dementsprechend sind die Inhaber nachrangiger Schuldverschreibungen (die Ergänzungskapitalinstrumente der SaarLB bilden sollen) einem signifikant höherem Risiko ausgesetzt, ihre Kapitalanlage in die Schuldverschreibungen ganz oder teilweise zu verlieren, als die Inhaber nicht nachrangiger Schuldverschreibungen.

Abfolge der Herabschreibung und Umwandlung und Gesetzesentwurf für einen gesetzlichen Nachrang:
Nach dem SAG und der SRM-Verordnung erfolgt die Ausübung der Herabschreibungs- und Umwandlungsbefugnisse in Bezug auf relevante Kapitalinstrumente und die Anwendung des Instruments der Gläubigerbeteiligung durch die Abwicklungsbehörden in der folgenden Reihenfolge: (i) als erstes wird der Nennwert der Instrumente des harten Kernkapitals verringert, (ii) danach werden die Instrumente des zusätzlichen Kernkapitals herabgeschrieben oder umgewandelt, (iii) danach werden die Instrumente des Ergänzungskapitals herabgeschrieben oder umgewandelt, und (iv) danach werden berücksichtigungsfähige Verbindlichkeiten durch Anwendung des Instruments der Gläubigerbeteiligung herabgeschrieben oder umgewandelt, wobei eine Kategorie erst herangezogen wird, wenn der für den Zweck der Maßnahme erforderliche Betrag durch Herabschreibung oder Umwandlung in der jeweils vorhergehenden Kategorie nicht erreicht wurde. Auch aufgrund dieser Abfolge der Herabschreibung und Umwandlung sind die Inhaber nachrangiger Schuldverschreibungen (zusätzlich zu ihrem Risiko eines möglichen Verlustausgleichs am Punkt fehlender Existenzfähigkeit und einer zwingenden Herabschreibung oder Umwandlung) einem wesentlich höheren Risiko ausgesetzt, Herabschreibungs- oder Umwandlungsmaßnahmen zu unterliegen, als die Inhaber nicht nachrangiger Schuldverschreibungen.

Innerhalb der Kategorie der berücksichtigungsfähigen Verbindlichkeiten wird das Instrument der Gläubigerbeteiligung entsprechend der Rangfolge der Forderungen im Rahmen eines regulären Insolvenzverfahrens angewandt. Hier ist das Abwicklungsmechanismusgesetz (AbwMechG) zu berücksichtigen. Mit dem AbwMechG ist eine Änderung von § 46f KWG zum 01.01.2017 verbunden. Durch die Umformulierung in § 46f Abs. 5 KWG wird klargestellt, dass die in Abs. 6 Satz 1 genannten Schuldtitel zu den Forderungen nach § 38 Insolvenzordnung zählen.

Diese Regelung gilt auch für die Schuldverschreibungen der SaarLB, mit Ausnahme von Schuldverschreibungen, (i) bei denen die Rückzahlung oder die Höhe des Rückzahlungsbetrags vom Eintritt oder Nichteintritt eines zum Zeitpunkt der Begebung der Schuldverschreibung noch unsicheren Ereignisses abhängig ist oder die Erfüllung auf andere Weise als durch Geldzahlung erfolgt, oder (ii) bei denen die Zinszahlung oder die Höhe des Zinszahlungsbetrags vom Eintritt oder Nichteintritt eines zum Zeitpunkt der Begebung der Schuldverschreibung noch unsicheren Ereignisses abhängig ist (es sei denn die Zinszahlung oder die Höhe des Zinszahlungsbetrags ist ausschließlich von einem festen oder variablen Referenzzins abhängig und die Erfüllung erfolgt durch Geldzahlung) oder (iii) bei denen es sich um Geldmarktinstrumente handelt. Besagte Änderung der Rangfolge in der Insolvenz und im Rahmen einer Gläubigerbeteiligung findet auf alle im Zeitpunkt des Inkrafttreten der neuen Regelung ausstehenden und von der Neuregelung erfassten Schuldtitel Anwendung und betrifft daher auch die Schuldverschreibungen (soweit sie nicht gemäß vorstehendem Satz vom sachlichen Anwendungsbereich ausgenommen sind). Die Inhaber nicht nachrangiger Schuldverschreibungen (soweit sie nicht vom sachlichen Anwendungsbereich ausgenommen sind) sind im Falle einer Abwicklung nach dem SAG beziehungsweise der SRM- Verordnung einem höheren Risiko von Herabschreibungs- oder Umwandlungsmaßnahmen im Rahmen der Anwendung des Instruments der Gläubigerbeteiligung ausgesetzt als andere nicht nachrangige und nicht besicherte Gläubiger der SaarLB, und sie würden im Falle eines Insolvenzverfahrens über das Vermögen der SaarLB nachrangig gegenüber anderen nicht nachrangigen und nicht besicherten Gläubigern bedient werden.

Die Inhaber der Schuldverschreibungen sollten berücksichtigen, dass ein etwaiger finanzieller Beitrag seitens eines Fonds, der im Einklang mit der BRRD auf nationaler Ebene oder aufgrund der SRMVerordnung auf europäischer Ebene zur Finanzierung der Abwicklung von Instituten errichtet worden ist, falls überhaupt nur unter der Voraussetzung geleistet werden darf, dass von den Inhabern von Anteilen und anderen Eigentumstiteln oder den Inhabern relevanter Kapitalinstrumente und anderer berücksichtigungsfähiger Verbindlichkeiten durch Herabschreibung, Umwandlung oder auf andere Weise ein Beitrag zum Verlustausgleich und zur Rekapitalisierung in

Höhe von mindestens 8 % der gesamten Verbindlichkeiten einschließlich Eigenmittel des in Abwicklung befindlichen Instituts geleistet worden ist. Die Inhaber von Schuldverschreibungen sollten darüber hinaus berücksichtigen, dass die Europäische Kommission in ihrer Mitteilung über die Anwendung der Vorschriften für staatliche Beihilfen ab dem 1. August 2013 auf Maßnahmen zur Stützung von Banken im Kontext der Finanzkrise vom 10. Juli 2013 (Bankenmitteilung) strengere Anforderungen an die Lastenverteilung stellt und verlangt, dass Eigenkapital, Hybridkapital und nachrangige Schuldtitel grundsätzlich vollumfänglich zum Ausgleich von Verlusten eingesetzt worden sind, bevor der Bank staatliche Beihilfe, etwa in Form einer Rekapitalisierung oder einer Abschirmung wertgeminderter Vermögenswerte, gewährt werden darf.

Damit können bankspezifische Sanierungs-, Reorganisations- und Abwicklungsverfahren sowie insbesondere regulatorische Maßnahmen der zuständigen Abwicklungsbehörden nach dem SAG oder der SRM-Verordnung im Allgemeinen und die Anwendung des Instruments der Gläubigerbeteiligung und die Ausübung der Herabschreibungs- und Umwandlungsbefugnisse in Bezug auf relevante Kapitalinstrumente im Besonderen die Rechte der Inhaber der Schuldverschreibungen erheblich beeinträchtigen, zu einem vollständigen oder teilweisen Verlust der Kapitalanlage führen und sich nachteilig auf den Marktwert der Schuldverschreibungen auswirken. Darüber hinaus kann sich jedes Anzeichen, jeder Hinweis oder jedes Gerücht, wonach möglicherweise ein Sanierungs-, Reorganisations- oder Abwicklungsverfahren in Bezug auf die SaarLB eingeleitet werden könnte, nachteilig auf den Marktpreis der Schuldverschreibungen auswirken, so dass eine Minderung des Marktwertes der Schuldverschreibungen bereits eintreten kann, bevor die Feststellung getroffen wird, dass die SaarLB ausfällt oder wahrscheinlich ausfällt oder Abwicklungsmaßnahmen getroffen werden. Die Inhaber nachrangiger Schuldverschreibungen sind diesen Risiken in deutlich höherem Ausmaß ausgesetzt als die Inhaber nicht nachrangiger Schuldverschreibungen.

1.6. Risiko einer Ratingherabstufung

Die SaarLB ist dem Risiko ausgesetzt, dass die Bonitätseinstufungen („Ratings“), die ihr von den Ratingagenturen verliehen werden, heruntergesetzt werden können. Derartige Herabstufungen könnten negative Effekte auf die Refinanzierungsmöglichkeiten der Bank haben und führen üblicherweise zu einer Erhöhung der Refinanzierungskosten. Sie können somit negative Auswirkungen auf die Liquiditäts- Finanz-, Vermögens- und Ertragslage der Bank haben.

1.7. Adressenrisiken einschließlich Länderrisiken

Unter Adressenrisiko (Kreditrisiko) versteht die SaarLB das Adressenausfallrisiko und das Credit Spread Risiko.

Das Adressenausfallrisiko ist das Risiko, dass sich die Bonität eines Geschäftspartners der SaarLB so weit verschlechtert, dass er seinen Zahlungs- oder Lieferverpflichtungen gegenüber der Bank gar nicht oder nicht termingerecht nachkommen kann.

Credit Spread Risiko (Bonitätsänderungsrisiko) bezeichnet das Risiko bonitätsinduzierter Kursverluste des Wertpapierbestandes (inkl. Wertpapierpositionen in Spezialfonds, Kreditderivaten und Verbriefungen). Adressenausfallrisiken sind ihrem Umfang nach die bedeutendsten Risiken in der SaarLB. Sie entstehen beispielsweise, wenn aus Geschäften Ansprüche gegen Kreditnehmer, Wertpapieremittenten oder sonstige Gegenparteien resultieren. Werden von diesen Adressen Verpflichtungen nicht erfüllt, kann ein Verlust entstehen.

Als Länderrisiko wird dasjenige Risiko bezeichnet, dass im jeweils betroffenen Land ein Kunde oder das Land selbst seinen Verpflichtungen aufgrund hoheitlicher Maßnahmen oder volkswirtschaftlicher / politischer Probleme nicht oder nicht fristgerecht nachkommt. Länderrisiken entstehen beispielsweise aufgrund einer Verschlechterung der volkswirtschaftlichen Rahmenbedingungen, eines politischen oder sozialen Umsturzes, der Verstaatlichung oder Enteignung von Vermögen, der Nichtanerkennung von grenzüberschreitenden Verbindlichkeiten von staatlicher Seite, von Devisenkontrollmaßnahmen, der Entwertung oder Abwertung der Landeswährung, Zahlungs- oder Lieferverboten, Moratorium, Embargo, Krieg, Revolution oder Putsch im jeweils betroffenen Land.

Jeder Verlust infolge der Verwirklichung eines Adressenrisikos hat einen entsprechenden negativen Effekt auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie die Liquiditätslage und die Eigenmittelausstattung der SaarLB.

1.8. Beteiligungsrisiken

Unter das Beteiligungsrisiko (Anteilseignerrisiko) fasst die SaarLB Adress-(ausfall)risiken aus Beteiligungspositionen. Dabei handelt es sich um potenzielle (Wert-)Verluste aus der Bereitstellung von Eigenkapital oder eigenkapitalähnlichen Instrumenten (z. B. zusätzlichem Kernkapital im Sinne der Art. 51 ff. der CRR, stille Einlagen), so bspw. durch Dividendenausfall, Teilwertabschreibungen, Veräußerungsverluste oder Reduktion stiller Reserven, aus Haftungsrisiken (z. B. Patronatserklärung) bzw. Ergebnisabführungsverträgen (z. B. Verlustübernahmen) und aus Einzahlungsverpflichtungen. Eine Realisierung von Beteiligungsrisiken könnte sich nachteilig auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie die Eigenmittelausstattung des SaarLB-Konzerns ausweiten.

1.9. Marktpreisrisiken

Marktpreisrisiken bezeichnen das Risiko von (Bewertungs-)Verlusten in offenen (Handels-)Positionen durch ungünstige Marktpreisveränderungen. Marktpreise sind insbesondere Zinssätze in EUR, Aktienkurse und Währungskurse. Offene Positionen resultieren aus Kassa-, Termin- und Optionsgeschäften. Die SaarLB ist solchen Markt-

preisrisiken zum Beispiel dann ausgesetzt, wenn sie Positionen an Wertpapieren, Fondsbeteiligungen, Geld- und Devisenprodukten, Rohstoffen, Derivaten, Währungs- und Ergebnissicherungen sowie eigenkapitalähnlichen Mitteln hält oder Inkongruenzen zwischen Aktiv- und Passivseite bestehen. Marktpreisrisiken stellen ein bedeutsames Risiko dar, dessen Realisierung einen erheblichen nachteiligen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie die Liquiditätslage und die Eigenmittelausstattung der SaarLB haben kann.

1.10. Liquiditätsrisiken

Unter Liquiditätsrisiko versteht die SaarLB im Wesentlichen Zahlungsunfähigkeitsrisiko (Liquiditätsrisiko i.e.S.), aber auch das Liquiditätsfristentransformationsrisiko, jeweils unter Berücksichtigung von Marktliquiditätsrisiko und Refinanzierungsrisiko. Zahlungsunfähigkeitsrisiko bezeichnet das Risiko, fällige Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig oder zeitgerecht erfüllen zu können. Unter dem Liquiditätsfristentransformationsrisiko werden potenzielle Ergebniseinbußen subsumiert, die aus einer Verschlechterung der Refinanzierungsbedingungen der SaarLB resultieren, wenn – im Falle einer Liquiditätskrise –Refinanzierungsmittel nur zu erhöhten Marktsätzen beschafft oder Aktiva nur mit Abschlägen zu den Marktpreisen veräußert werden können. Unter Marktliquiditätsrisiko versteht die SaarLB das Risiko, aufgrund unzulänglicher Markttiefe oder Marktstörungen Geschäfte nicht oder nur mit Verlusten auflösen bzw. glattstellen zu können. Das Refinanzierungsrisiko bezeichnet das Risiko, bei Bedarf nicht oder nicht zu den erwarteten Konditionen Liquidität beschaffen zu können. Liquidität ist eine Kernressource für die Bank, weshalb einer erfolgreichen Liquiditätssteuerung und einem funktionierenden Liquiditätsrisikomanagement eine zentrale Bedeutung zukommt. Sollte die SaarLB nicht zu jeder Zeit über genügend Mittel zur Erfüllung ihrer fälligen Zahlungsverpflichtungen verfügen, könnte dies bedeuten, dass der Investor sein Investment ganz oder teilweise verliert. Sollte sich die SaarLB Liquidität nur zu erhöhten Kosten beschaffen oder Aktiva nur mit Abschlägen auf die Marktpreise veräußern können, hätte dies auch nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie die Liquiditätslage und die Eigenmittelausstattung der Bank.

1.11. Operationelle Risiken

Operationelles Risiko ist das Risiko eines unerwarteten Schadens, der durch menschliches Verhalten, Prozess- und Kontrollschwächen, technologisches Versagen, Katastrophen oder durch externe Einflüsse hervorgerufen wird. Zu den Operationellen Risiken zählen insbesondere Rechts-, Modell- und IT-Risiken; Strategische Risiken und Reputationsrisiken sind in der Definition nicht enthalten. Rechtsrisiken sind Verlustrisiken aufgrund der Außerachtlassung des durch Rechtsvorschriften und Rechtsprechung vorgegebenen Rahmens infolge Unkenntnis, nicht ausreichend sorgfältiger Rechtsanwendung oder nicht zeitgerechter Reaktion auf eine Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen. Eine Realisierung von operationellen Risiken könnte negative Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage sowie die Liquiditätslage und die Eigenmittelausstattung der SaarLB und des SaarLB-Konzerns haben.

1.12. Risiko eines Versagens der Risikomanagementsysteme

Die SaarLB und der SaarLB-Konzern haben sowohl in ihrer Aufbau- als auch ihrer Ablauforganisation Zuständigkeiten und Prozesse zur möglichst umfassenden Identifizierung, Analyse, Messung, Steuerung, Begrenzung und Überwachung von Risiken geschaffen.

Die entsprechenden Methoden, Einrichtungen und Verfahren werden ständig weiterentwickelt und innerhalb der SaarLB und des SaarLB-Konzerns etabliert. Es kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass sich die heute bestehenden Verfahren in der Zukunft als unzureichend oder ungeeignet erweisen mit der Folge, dass die SaarLB bzw. der SaarLB-Konzern unerwartet substanzielle Verluste erleiden könnte, die einen negativen Einfluss auf die Geschäfte und die finanzielle Position der SaarLB haben und die im äußersten Fall zur Unfähigkeit der SaarLB führen könnten, geschuldete Zahlungen auf ihre Wertpapiere zu leisten. Außerdem besteht generell das Risiko, dass es der Bank nicht gelingen könnte, geeignete neue Risikomanagement-Verfahren zu entwickeln und umzusetzen.

1.13. Risiken aus Änderungen bestehender Gesetze oder Vorschriften, aus künftigen Gesetzen und Vorschriften oder aus diesbezüglichen Durchsetzungsmaßnahmen in Ländern, in denen die Bank tätig ist

Das Geschäft der Bank unterliegt in allen Ländern, in denen sie geschäftlich tätig ist (Schwerpunkt der Tätigkeit der Bank liegt in Deutschland und Frankreich), detaillierten und umfassenden Gesetzen und Vorschriften sowie der Aufsicht. Änderungen bestehender Gesetze und Vorschriften können sich auf die Art der Geschäftstätigkeit der Bank und ihr Produktangebot auswirken.

Änderungen der Vorschriften bezüglich Finanzdienstleistungen, Wertpapierprodukten und -geschäften können wesentliche nachteilige Auswirkungen auf das Geschäft der Bank haben, beispielsweise indem sie eine Umstrukturierung der Geschäftstätigkeit der Bank oder die Entstehung höherer Kosten zur Folge haben.

Aufsichtsbehörden verfügen im Bereich der Finanzdienstleistungen (neben den Bereichen Liquidität, Kapitaladäquanz und zulässiger Anlagen auch hinsichtlich Geldwäsche, Datenschutz, Aufzeichnungspflichten sowie Marketing- und Verkaufspraktiken) über hohen verwaltungsrechtlichen Einfluss und haben weitgreifende Kontroll- und

Überwachungsbefugnisse. Bank- und sonstige Finanzdienstleistungsgesetze, -vorschriften und -richtlinien, denen die Bank gegenwärtig unterliegt, können sich jederzeit mit nachteiligen Auswirkungen auf die Geschäftsfelder der Bank ändern. Die Bank ist nicht in der Lage, diesbezügliche künftige aufsichtsrechtliche Maßnahmen oder Durchsetzungsmaßnahmen zeitlich oder inhaltlich vorherzusagen. Ferner unterziehen Bankaufsichtsbehörden und andere Aufsichtsbehörden in der Europäischen Union, den Vereinigten Staaten und in anderen Staaten Zahlungsvorgänge und andere Geschäfte fortgesetzten Untersuchungen im Rahmen von Vorschriften zur Geldwäsche, verbotenen Geschäften mit sanktionsbelegten Staaten oder Bestechung sowie im Rahmen sonstiger Maßnahmen zur Verhinderung der Korruption. Sollte die Bank tatsächlich oder scheinbar nicht angemessen auf diese Änderungen oder Maßnahmen eingehen, könnte ihre Reputation darunter leiden und es könnten ihr zusätzliche, rechtliche Risiken entstehen, u. a. in Form von Durchsetzungsklagen, Geld- oder sonstigen Strafen.

Darüber hinaus bestehen diverse Risiken in Bereichen, in denen unter Umständen unklare Bestimmungen gelten oder in denen Aufsichtsbehörden vorherige Richtlinien ändern oder Gerichte vorher ergangene Entscheidungen aufheben. Aufsichtsbehörden und andere Behörden sind berechtigt, Verwaltungs- oder Gerichtsverfahren gegen die Bank zu eröffnen, die unter anderem eine Aussetzung oder den Entzug von der Bank erteilten Genehmigungen sowie den Erlass von Unterlassungsverfügungen, Geldstrafen, zivilrechtlichen oder strafrechtlichen Sanktionen oder andere Disziplinarmaßnahmen zur Folge haben könnten, die sich in großem Maße nachteilig auf das Betriebsergebnis und die finanzielle Situation der Bank auswirken könnten.

1.14. Reputationsrisiko und Risiken aus aufsichtsrechtlichen Maßnahmen oder Rechtsstreitigkeiten in Bezug auf die Bank, andere bekannte Unternehmen oder die Finanzdienstleistungsbranche im Allgemeinen

Die Bank ist Reputationsrisiken, d. h. der Gefahr von Rufschädigungen mit der Folge eines öffentlichen Vertrauens- oder Ansehensverlustes aus Sicht einzelner Interessengruppen (z. B. Kapitalmarkt, Kunden, Anteilseigner, Investoren, Öffentlichkeit, Mitarbeiter) ausgesetzt. Eine Rufschädigung kann unmittelbar durch das Verhalten bankinterner Mitarbeiter, externer Interessengruppen oder durch das gesellschaftliche Umfeld insgesamt erfolgen. Eine Rufschädigung kann zu einem direkten oder indirekten Schaden sowie damit gegebenenfalls verbundenen Opportunitätskosten führen.

Eine schlechte Presse sowie die Beschädigung der Reputation der Bank aufgrund der tatsächlichen oder vermeintlichen Nichteinhaltung rechtlicher und aufsichtsrechtlicher Bestimmungen, Bilanzunregelmäßigkeiten bei anderen großen und bekannten Unternehmen, eine erhöhte Aufmerksamkeit und Gründlichkeit seitens der Aufsichts- und Vollzugsbehörden bei der Prüfung von „Know-your-Customer"-Verfahren (Geldwäschebekämpfungsverfahren und Verfahren, die sich gegen die Finanzierung des Terrorismus richten) sowie ihrer jeweiligen Effektivität sowie Gerichtsverfahren aufgrund der tatsächlichen oder vermeintlichen Nichteinhaltung rechtlicher und aufsichtsrechtlicher Bestimmungen seitens Gesellschaften des Konzerns, könnten eine verstärkte Überwachung durch die Aufsichtsbehörden zur Folge haben, die Fähigkeit des Konzerns beeinträchtigen, Kunden zu gewinnen und zu binden sowie den Zugang zu den Kapitalmärkten aufrechtzuerhalten und Gerichtsverfahren, Durchsetzungsklagen, Geld- und sonstige Strafen nach sich ziehen oder sich anderweitig in nicht vorhersehbarer Weise nachteilig auf die Bank auswirken.

1.15. Risiken im Zusammenhang mit der europäischen Staatsschuldenkrise

Die Verschlechterung des Marktes für staatliche Schuldtitel im Euroraum und Osteuropa, insbesondere die steigenden Kosten für Kreditaufnahmen, die im Jahr 2011 viele Staaten des Euroraums trafen, sowie die Ratingherabstufung der meisten Länder im Euroraum in den Jahren 2011 und 2012 zeigen, dass die Staatsschuldenkrise Auswirkungen sogar auf die finanziell stabilsten Länder des Euroraums einschließlich Deutschland haben kann. Obwohl die Kosten für Kreditaufnahmen in den Jahren 2012 und 2013 gesunken sind, ist fraglich, ob die ergriffenen Maßnahmen der politischen Entscheidungsträger ausreichend sind, um der Staatsschuldenkrise mittel- und langfristig zu begegnen.

Auch wenn 2015 ein neues Abkommen mit Griechenland getroffen wurde, ist eine nachhaltig solide Haushaltslage in dem Land nicht in Sicht. Auch in anderen Krisenländern bleibt die Situation fragil, wie das Erstarken extremer Parteien bei den Parlamentswahlen in Portugal und Spanien belegt. In der Folge kam es trotz der anhaltenden Käufe der Europäischen Zentralbank (EZB) unter dem Public Sector Purchase-Programm zum Teil zu deutlichen Anstiegen der Renditeaufschläge für die Staatsanleihen dieser Länder. Zuletzt nähren die Sorgen über die Folgen des Austretens Großbritanniens aus der Europäischen Union (Brexit) Befürchtungen über ein Auseinanderbrechen der Europäischen Union und der Währungsunion.

In einem solchen extremen Szenario würden die stabilisierende Wirkung des Europäischen Stabilisierungsmechanismus (ESM), das EZB Kaufprogramm und das für Krisenstaaten konzipierte Outright Money Transactions-Programms der EZB nicht mehr greifen. Abgesehen von diesem Extremszenario sollten die eingeführten Sicherungsmechanismen (inklusive Bankenunion) ein Übergreifen einer Krise in einem Land auf andere Mitgliedsländer zwar begrenzen, negative Auswirkungen jedoch nicht völlig neutralisieren können.

Zusätzlich dazu könnten die im Zuge der Staatsschuldenkrise eingeführten Sparprogramme einiger Länder des Euroraums das Wirtschaftswachstum kurz-, mittel- und langfristig bremsen. Rückläufige Wachstumsraten (oder gar

ein Absacken in eine Rezession) in den Ländern des Euroraums könnte deren Schwierigkeiten, ihre Staatsschulden bei Fälligkeit zu refinanzieren, erhöhen, was wiederum zusätzlichen Druck auf die anderen Regierungen des Euroraums erzeugen könnte.

Ein weiteres Andauern oder eine Ausweitung der europäischen Staatsschuldenkrise könnte nachteilige Auswirkungen auf die europäischen Volkswirtschaften und damit auch auf die Geschäfte der SaarLB haben.

1.16. Risiken durch Inanspruchnahme aus dem Sicherungssystem

Das Einlagensicherungsgesetz, das am 3. Juli 2015 in Kraft getreten ist und das die neugefasste Einlagensicherungsrichtlinie in deutsches Recht umgesetzt hat, hat den Schutz von Einlegern erweitert. Das neue Gesetz hat zu einer erheblichen Erhöhung der Beiträge der SaarLB zum Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe, dem maßgebenden Einlagensicherungssystem der SaarLB, geführt, welche von den Mitgliedsinstituten auf Basis des individuellen Betrags der betroffenen Einlagen sowie ihrer jeweiligen Risikoprofile erhoben werden. Aufgrund des bestehenden Preiswettbewerbs können diese zusätzlichen Ausgaben möglicherweise nicht an Kunden weitergegeben werden. Das Einlagensicherungssystem kann auch Sonderbeiträge zur Befriedigung von Entschädigungsansprüchen oder Zusatzbeiträge zur Stützung einer an das Sicherungssystem angeschlossenen Bank erheben. Zudem besteht das Risiko, dass sich die SaarLB entschließen könnte, sich an der Rettung von Banken in wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu beteiligen, zum Beispiel durch Stellung von Sicherheiten oder vergleichbare Leistungen, um solche Sonder- oder Zusatzbeiträge zu vermeiden.

Die vorgenannten Beiträge und Leistungen können erhebliche nachteilige Auswirkungen auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der SaarLB haben. Darüber hinaus besteht das Risiko eventueller nachteiliger Auswirkungen auf den Preis der Schuldverschreibungen, sofern eine erhöhte Wahrscheinlichkeit wahrgenommen wird, dass die SaarLB möglicherweise zusätzliche Zahlungen an das oder im Zusammenhang mit dem Sicherungssystem wird leisten müssen.

Zusätzlich hat die Europäische Kommission am 24. November 2015 einen Vorschlag für ein Reformpaket zur Einführung eines europaweit einheitlichen Einlagensicherungssystems für Bankeinlagen (auch als „EDIS“ bezeichnet) als dritte Säule der so genannten EU-Bankenunion veröffentlicht. Der Reformvorschlag beinhaltet unter anderem die Einführung eines Europäischen Einlagenversicherungsfonds auf EU-Ebene (Bankenunion), der durch Beiträge der Bankbranche finanziert werden soll. Je nach endgültiger Umsetzung könnte die Realisierung der Vorschläge dazu führen, dass die SaarLB zur Aufbringung weiterer Beitragszahlungen verpflichtet ist.

2. Allgemeine Informationen

2.1. Verantwortliche Personen

Die Landesbank Saar mit Sitz in Saarbrücken ist verantwortlich für sämtliche in diesem Registrierungsformular enthaltenen Informationen. Die Landesbank Saar erklärt hiermit, dass ihres Wissens die in diesem Registrierungsformular enthaltenen Angaben richtig und keine wesentlichen Umstände ausgelassen sind.

2.2. Angaben von Seiten Dritter

Soweit Informationen von Seiten Dritter in das Registrierungsformular aufgenommen wurden, bestätigt die Landesbank Saar, dass diese Informationen korrekt wiedergegeben wurden und dass – soweit es der Landesbank Saar bekannt ist und sie aus den von dieser dritten Person veröffentlichten Informationen ableiten konnte – keine Tatsachen fehlen, die die wiedergegebenen Informationen unkorrekt oder irreführend gestalten würden.

2.3. Abschlussprüfer

Abschlussprüfer der SaarLB für den von den historischen Finanzinformationen abgedeckten Zeitraum (1. Januar 2014 bis 31. Dezember 2016) war die PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Friedrich-Ebert Anlage 35-37, 60327 Frankfurt am Main, Bundesrepublik Deutschland (PwC). PwC ist Mitglied der Wirtschaftsprüferkammer.

2.4. Information gemäß Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 über Ratingagenturen in der Fassung der Richtlinie 2014/51/EU

Die Landesbank Saar hat von Fitch Deutschland GmbH in Bezug auf unbesicherte Verbindlichkeiten sowie von Moody's Deutschland GmbH in Bezug auf unbesicherte Verbindlichkeiten Emittentenratings erhalten. Für die Ratingagenturen Fitch und Moody's gilt Folgendes:

Sowohl Fitch als auch Moody's haben ihren Sitz in der Europäischen Gemeinschaft und sind in Einklang mit der Verordnung (EG) Nr. 1060/2009 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. September 2009 über Ratingagenturen in der Fassung der Richtlinie 2014/51/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 (die „**Ratingagentur-Verordnung**“) registriert. Die Europäische Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) veröffentlicht auf ihrer Website (https://www.esma.europa.eu/supervision/credit-rating-agencies/risk) ein Verzeichnis der nach der Ratingagentur-Verordnung registrierten Ratingagenturen. Dieses Verzeichnis wird innerhalb von fünf Werktagen nach Annahme eines Beschlusses gemäß Artikel 16, 17 oder 20 der Ratingagentur-Verordnung aktualisiert. Die Europäische Kommission veröffentlicht das aktualisierte Verzeichnis im Amtsblatt der Europäischen Union innerhalb von 30 Tagen nach der Aktualisierung.

2.5. Abkürzungen

In diesem Registrierungsformular bezeichnet:

„**SaarLB**“, „**Bank**“ oder „**Emittentin**“ die Landesbank Saar
„**SaarLB-Konzern**“ die Landesbank Saar und ihre Tochtergesellschaften (= ihre im Mehrheitsbesitz gehaltenen Beteiligungsunternehmen)
„**Anteilseigner**“ das Bundesland Saarland und den Sparkassenverband Saar
„**Träger**“ das Bundesland Saarland und den Sparkassenverband Saar
„**Fitch**“ Fitch Deutschland GmbH oder Fitch Ratings Limited
„**Moody's**“ Moody's Deutschland GmbH oder Moody's Investors Services Ltd.
„**LBS**“, „**Landesbausparkasse**“ oder „**Landesbausparkasse Saar**“ die LBS Landesbausparkasse Saar.

In den Anhängen bezeichnet:

SaarLB“, „**Bank**“ oder „**Emittentin**“ die Landesbank Saar
„**SaarLB-Konzern**“ die Landesbank Saar und ihre Tochterunternehmen bzw. assoziierten Unternehmen
„**Anteilseigner**“ das Bundesland Saarland und den Sparkassenverband Saar
„**Träger**“ das Bundesland Saarland und den Sparkassenverband Saar
„**Fitch**“ Fitch Deutschland GmbH oder Fitch Ratings Limited
„**Moody's**“ Moody's Deutschland GmbH oder Moody's Investors Services Ltd.
„**LBS**“, „**Landesbausparkasse**“ oder „**Landesbausparkasse Saar**“ die LBS Landesbausparkasse Saar.

2.6. Einsehbare Dokumente

Dieses Registrierungsformular sowie etwaige Nachträge hierzu sind bei der SaarLB, Ursulinenstraße 2, D-66111 Saarbrücken, erhältlich und können auf der Internetseite der SaarLB (www.saarlb.de; dort unter „Investor Relations“, Unterkategorie „Eigene Emissionen“) abgerufen werden.
Während des Zeitraums von zwölf Monaten ab dem Tag der Billigung dieses Registrierungsformulars können ferner Kopien der folgenden Dokumente unter vorgenannter Adresse der Emittentin eingesehen werden und sind auf der Internetseite www.saarlb.de abrufbar:
- Finanzbericht der SaarLB - Einzelabschluss nach HGB für 2016 und 2015
- Finanzbericht der SaarLB - Konzernabschluss nach IFRS für 2015 und 2014
- Satzung der SaarLB.

3. Angaben zur Landesbank Saar

3.1. Allgemeine Angaben

Der Rechtsname der Emittentin lautet Landesbank Saar, ihr Werbename ist SaarLB. Die Landesbank Saar ist im Handelsregister des Amtsgerichts Saarbrücken unter der Nummer HRA 8589 eingetragen.

Die Landesbank Saar wurde per Errichtungsgesetz im Jahr 1941 als „Landesbank und Girozentrale Westmark“ errichtet. Nach den Umfirmierungen in den Jahren 1946 sowie 1974 wurde per 01.01.2003 die Firma in die heutige „Landesbank Saar“ geändert.

Die Landesbank Saar ist eine Anstalt öffentlichen Rechts nach den Gesetzen der Bundesrepublik Deutschland. Ihr Sitz ist Saarbrücken. Ihre Hauptgeschäftsadresse ist Ursulinenstraße 2, 66111 Saarbrücken, Bundesrepublik Deutschland (Tel.: +49(0)681 383-01).

Nach dem Saarländischen Sparkassengesetz kann die Landesbank Saar durch Beschluss der Hauptversammlung mit Zustimmung der Aufsichtsbehörden juristische Personen des öffentlichen Rechts als Mitträger aufnehmen, öffentlich-rechtliche Kreditinstitute an ihrem Kapital beteiligen, sich mit anderen öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten durch Fusionsvertrag vereinigen oder ihre Rechtsform in die einer Aktiengesellschaft ändern.

3.2. Organisationsstruktur

Die Landesbank Saar hält zum 31. Dezember 2016 insgesamt 29 Beteiligungen (inkl. der Beteiligungen der LBS Landesbausparkasse Saar). Dabei handelt es sich zu einem wesentlichen Teil um sog. strategische Beteiligungen, die der Unterstützung des Kerngeschäfts der SaarLB dienen oder im Rahmen des Verbundes gemeinsam mit anderen Instituten aus der Sparkassen-Finanzgruppe eingegangen wurden.

Mehrheitlich war die Landesbank Saar zum 31.12.2016 wie folgt (direkt und indirekt) an den nachstehend aufgeführten Unternehmen beteiligt:

- LBS Immobilien GmbH, Saarbrücken (zu 100 %)
  diese an der LBS Gutachter GmbH, Saarbrücken (zu 100 %)
- LBS Vertriebs GmbH, Saarbrücken (zu 100 %)
- SaarLB Bankenbeteiligungsgesellschaft mbH Saarbrücken (zu 100 %).

Diese Unternehmen sind einzeln und insgesamt von untergeordneter Bedeutung für die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage. In 2016 ist die Pflicht zur Aufstellung eines Konzernabschlusses gemäß § 290 Abs. 5 HGB entfallen, da nur Tochterunternehmen vorhanden sind, die nach § 296 HGB nicht in einen Konzernabschluss einbezogen werden brauchen. Damit wird zum 31.12.2016 kein Konzernabschluss nach IFRS mehr durch die Landesbank Saar erstellt. Somit entfällt auch die Notwendigkeit zur Einbeziehung der bisher nach der at Equity-Methode bewerteten und bis 31.12.2015 in den IFRS-Konzernabschluss einbezogenen drei assoziierten Unternehmen.

3.3. Verwaltungs-, Geschäftsführungs- und Aufsichtsorgane

Gemäß dem Saarländischen Sparkassengesetz und der Satzung der Landesbank Saar sind die Organe der Bank der Vorstand, der Verwaltungsrat und die Hauptversammlung.

Die Aufgaben und Befugnisse dieser drei Organe sind im Einzelnen im Saarländischen Sparkassengesetz und in der Satzung der Landesbank Saar geregelt. Der Vorstand führt die Geschäfte der Bank, während der Verwaltungsrat insbesondere über die Feststellung bzw. Billigung des Jahres- und Konzernabschlusses, die Entlastung des Vorstandes sowie die Bestellung der Abschlussprüfer beschließt und den Vorstand überwacht. Die Hauptversammlung beschließt insbesondere über die Grundsätze der Geschäftspolitik, die Verwendung eines Überschusses und die Deckung eines Verlustes, die Bestellung, Abberufung und Anstellung der Vorstandsmitglieder, die Wahl der Mitglieder für den Verwaltungsrat, die Entlastung des Verwaltungsrates sowie nach Vorberatung durch den Verwaltungsrat über Änderungen der Satzung der Bank (einschließlich der Festsetzung der Höhe des Stammkapitals).

In der nachfolgenden Tabelle sind die Mitglieder von Vorstand, Verwaltungsrat und Hauptversammlung, ihre jeweilige Stellung bei der Landesbank Saar sowie die wichtigsten Tätigkeiten, die sie jeweils außerhalb der Landesbank Saar ausüben, sofern sie für die Landesbank Saar von Bedeutung sind, aufgeführt.
Die Mitglieder dieser Organe sind unter der Geschäftsanschrift der SaarLB (Ursulinenstraße 2, 66111 Saarbrücken, Bundesrepublik Deutschland) erreichbar.

Vorstand		
Name	**Stellung bei der SaarLB Zuständigkeitsbereich**	**Wichtigste Tätigkeiten außerhalb der SaarLB**
Werner Severin (bis 31.12.2017)	Vorsitzender des Vorstandes • Strategie und Zentraler Stab • Gesamtbanksteuerung • Personal und Organisation • Interne Revision	./.
Dr. Thomas Bretzger (ab 01.01.2018)	Vorsitzender des Vorstandes • Strategie und Zentraler Stab • Gesamtbanksteuerung • Personal und Organisation • Interne Revision	./.
Gunar Feth	Stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes • Treasury und Portfoliomanagement • Private und Institutionelle • Kommunalbank • Verbundbank • LBS Landesbausparkasse Saar • Zentrale Geschäftsfeldsteuerung	• GEKOBA – Gesellschaft für Gewerbe- und Kommunalbauten – Vorsitzender des Aufsichtsrates • Gemeinnützige Baugenossenschaft Saarland e. G. – Mitglied des Aufsichtsrates • GSW – Saarländische Wohnungsbaugesellschaft mbH – Vorsitzender des Aufsichtsrates • SWA Saarpfalz-Werkstatt für angepasste Arbeit der Lebenshilfe gem. GmbH, St. Ingbert - stv. Vorsitzender des Aufsichtsrates
Frank Eloy	Mitglied des Vorstandes • Firmenkunden • Immobilien und Projekte • Syndizierung und Konsortialgeschäft • Produktmanagement • Zentrale Geschäftsfeldsteuerung	• Saarländische Investitionskreditbank AG – Mitglied im Aufsichtsrat • mediserv Bank GmbH – Mitglied im Prüfungsausschuss (ab 13.03.2017)
Dr. Matthias Böcker	Mitglied des Vorstandes • Marktfolge • Recht und Services • Risikocontrolling • Compliance Center • Datenschutz und Informationssicherheit	• VÖB-Service GmbH – Mitglied im Beirat

Verwaltungsrat		
Name	**Stellung bei der SaarLB**	**Haupttätigkeit außerhalb der SaarLB**
Jan-Christian Dreesen	Vorsitzender des Verwaltungsrates	Stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes, FC Bayern München AG, München
Cornelia Hoffmann-Bethscheider	Stellvertretende Vorsitzende des Verwaltungsrates	Präsidentin, Sparkassenverband Saar, Saarbrücken
Stephan Crohn	Mitglied des Verwaltungsrates	Ministerium der Finanzen des Landes Rheinland-Pfalz, Mainz
Klaus Meiser	Mitglied des Verwaltungsrates	Landtagspräsident des Saarlandes, Saarbrücken
Fred Metzken	Mitglied des Verwaltungsrates	Mitglied des Vorstandes, AG der Dillinger Hüttenwerke und Saarstahl AG, Dillingen
Anke Rehlinger	Mitglied des Verwaltungsrates	Ministerin, Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr, Saarbrücken
Daniela Schlegel-Friedrich	Mitglied des Verwaltungsrates	Landrätin Landkreis Merzig-Wadern, Merzig
Stephan Toscani	Mitglied des Verwaltungsrates	Minister, Ministerium für Finanzen und Europa, Saarbrücken
Thomas Roß	Mitglied des Verwaltungsrates, Bankangestellter	
Ralph Singer	Mitglied des Verwaltungsrates, Bankangestellter	
Thomas Klein	Mitglied des Verwaltungsrates, Bankangestellter	
Luzia Welter	Mitglied des Verwaltungsrates, Bankangestellte	

Hauptversammlung		
Name	**Stellung bei der SaarLB**	**Haupttätigkeit außerhalb der SaarLB**
Cornelia Hoffmann-Bethscheider	Vorsitzende der Hauptversammlung	Präsidentin, Sparkassenverband Saar, Saarbrücken
Jan-Christian Dreesen	1. stellvertretender Vorsitzender der Hauptversammlung	Stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes , FC Bayern München AG, München
Daniela Schlegel-Friedrich	2. stellvertretende Vorsitzende der Hauptversammlung	Landrätin, Kreis Merzig-Wadern, Merzig
Stephan Toscani	3. stellvertretender Vorsitzender der Hauptversammlung	Minister, Ministerium für Finanzen und Europa, Saarbrücken
Dr. Anke Morsch	Mitglied der Hauptversammlung	Staatssekretärin, Ministerium der Justiz, Saarbrücken
Antje Otto	Mitglied der Hauptversammlung	Geschäftsführerin Verband der Saarhütten, Saarbrücken
Anke Rehlinger	Mitglied der Hauptversammlung	Ministerin, Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr, Saarbrücken
Hans-Werner Sander	Mitglied der Hauptversammlung	Vorsitzender des Vorstandes, Sparkasse Saarbrücken, Saarbrücken
Dr. Axel Spies	Mitglied der Hauptversammlung	Staatssekretär, Ministerium für Finanzen und Europa, Saarbrücken

3.4. Interessenkonflikte

Die Mitglieder der Hauptversammlung sind von den Trägern der SaarLB in die Hauptversammlung entsandt. Die Mitglieder des Verwaltungsrates werden zu zwei Dritteln von der Hauptversammlung der SaarLB und zu einem Drittel von den Beschäftigten der Bank gewählt. Hauptberuflich üben die Mitglieder von Hauptversammlung und Verwaltungsrat die jeweils in der rechten Spalte der vorstehenden Tabellen beschriebenen Funktionen aus – mit Ausnahme der Vertreter der Beschäftigten der Bank, die hauptberuflich Angestellte der SaarLB sind. Ferner übernehmen Mitglieder des Vorstands, des Verwaltungsrats und der Hauptversammlung innerhalb der gesetzlichen Grenzen von Zeit zu Zeit Aufsichts- und Verwaltungsratsmandate bei anderen Unternehmen und Einrichtungen. Aus den Verpflichtungen dieser Personen gegenüber der Bank einerseits und ihren jeweiligen hauptberuflichen Tätigkeiten oder Aufsichts- und Verwaltungsratsmandaten andererseits können potenzielle Interessenkonflikte resultieren.

Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass Mitglieder des Vorstands, des Verwaltungsrats und der Hauptversammlung privat Wertpapiere der SaarLB oder Wertpapiere oder Vermögenswerte, auf die die Wertpapiere der SaarLB aus einer bestimmten Emission referenzieren, halten bzw. Geschäfte jedweder Art für eigene Rechnung oder für Rechnung von Kunden zu tätigen, ohne dabei die Interessen der Inhaber der Schuldverschreibungen zu berücksichtigen. Diese Geschäfte können in einem etwaigen Sekundärmarkt die Verkaufs- und Ankaufspreise der Schuldverschreibungen, die Dritte zu zahlen bereit sind, beeinflussen.

3.5. Anteilseigner

Das Stammkapital der SaarLB beträgt zurzeit EUR 250.119.407,03; es ist voll einbezahlt.

Die Anteile am Stammkapital werden mit 44,95 % (EUR 112.429.307,87) vom Bundesland Saarland, mit 15,06 % (EUR 37.671.163,09) vom Sparkassenverband Saar und mit 39,99 % (EUR 100.018.936,07) von der SRV GmbH & Co.KG gehalten.

Stimmberechtigte Träger der Bank sind das Bundesland Saarland mit 74,9 % der Stimmrechte und der Sparkassenverband Saar mit 25,1 % der Stimmrechte.

Das Bundesland Saarland verfügt mit 74,9 % der stimmberechtigten Anteile am Stammkapital der SaarLB über eine Mehrheitsbeteiligung an der SaarLB.

Neben den stimmberechtigten Trägern Bundesland Saarland und Sparkassenverband Saar ist seit 31.12.2014 die SRV GmbH & Co. KG, Saarbrücken (= sonstiger Anteilsinhaber), eine Gesellschaft, an der neben den beiden Trägern (mit 55 %) die PLP Management GmbH & Co. KG, Koblenz, eine Gesellschaft des Landes Rheinland-Pfalz, mit 45 % beteiligt ist, mit 39,99 % am Stammkapital der SaarLB beteiligt. Der Anteil der SRV GmbH & Co.KG ist nicht mit Stimmrechten in den Gremien der Bank verbunden.

3.6. Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe

Das Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe besteht aus 13 eigenständigen Sicherungseinrichtungen. Gemeinsam nehmen sie die Aufgabe wahr, die Zahlungsfähigkeit der Mitgliedsinstitute bei absehbaren oder bestehenden Schwierigkeiten zu sichern. Das Sicherungssystem besteht im Einzelnen aus: elf regionalen Sparkassenstützungsfonds, der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen und dem Sicherungsfonds der Landesbausparkassen. Die Bank ist Mitglied der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen.

Sollte ein Institut in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten, wird es vom jeweiligen Fonds gestützt, um jederzeit Liquidität und Solvenz zu gewährleisten. Wenn z. B. bei der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen die Mittel für eine mögliche Stützung nicht ausreichen, tritt ein systemweiter Ausgleich ein: Die Sparkassenstützungsfonds und die Sicherungsreserve der Landesbausparkassen beteiligen sich dann an einer notwendigen Stützungsmaßnahme. Durch diesen systemweiten Ausgleich stehen in einem Krisenfall sämtliche Mittel aller Sicherungseinrichtungen der Sparkassen-Finanzgruppe für institutssichernde Maßnahmen zur Verfügung.

Auf Grundlage der EU-Richtlinie 2014/49/EU ist am 3 Juli 2015 in Deutschland das Einlagensicherungsgesetz (EinSiG) in Kraft getreten. Die Sparkassen-Finanzgruppe hat ihr bewährtes Sicherungssystem an die Vorgaben dieses Gesetzes angepasst. Dabei hat sie das bewährte Prinzip der freiwilligen Institutssicherung für alle deutschen Sparkassen, Landesbanken und Landesbausparkassen beibehalten. Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat dieses System als Einlagensicherungssystem nach EinSiG amtlich anerkannt.

Zusätzlich erfüllt das Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe auch die Anforderungen der gesetzlichen Einlagensicherung. Durch diese sind Kundeneinlagen bis zu einer Höhe von 100.000 Euro pro Person abgesichert: Sofern die BaFin für ein Institut den Entschädigungsfall feststellt, haben Kunden ein Recht auf Entschädigung binnen sieben Arbeitstagen.

4. Geschäftsüberblick

4.1. Gesetzes- und satzungsmäßige Aufgabe

Gemäß dem Saarländischen Sparkassengesetz und der Satzung der Bank ist die Landesbank Saar Zentralbank der Sparkassen und darüber hinaus Geschäfts-, Außenhandels-, Staats- sowie Kommunalbank. Die Bank betreibt Bankgeschäfte aller Art sowie sonstige Geschäfte, die ihren Zwecken dienen. Die SaarLB ist berechtigt, Pfandbriefe nach dem Pfandbriefgesetz sowie sonstige Schuldverschreibungen auszugeben. Weiterhin unterhält die Landesbank Saar eine öffentliche Bausparkasse als rechtlich unselbstständige Einrichtung (Landesbausparkasse), die einen gesonderten Jahresabschluss erstellt. Die Geschäfte der Bank sind unter Beachtung ihres öffentlichen Auftrages nach kaufmännischen Grundsätzen zu führen, was auch für Geschäfte mit Trägern gilt.

4.2. Derzeitige Haupttätigkeitsbereiche und wichtigste Märkte

Die SaarLB hat sich als deutsch-französische Regionalbank positioniert. Dabei ist sie mit folgenden Schwerpunkten geschäftlich tätig: Firmenkundenkreditgeschäft, Immobiliengeschäft und Betreuung von institutionellen Kunden, der öffentlichen Hand/Kommunen, von vermögenden Privatkunden (Wealth Management) sowie von Sparkassen im Verbundgeschäft. Daneben hat sich die Bank in den vergangenen Jahren als Spezialfinanzierer für Projekte im Bereich Erneuerbare Energien deutschland- und frankreichweit profiliert.

Der Zielmarkt des SaarLB-Konzerns besteht grundsätzlich aus dem Saarland, aus den an das Saarland angrenzenden Regionen in Südwestdeutschland (Teile von Rheinland-Pfalz, Hessen, Baden-Württemberg), Frankreich (insbesondere Elsass und Lothringen) und Luxemburg. Zur Förderung der Vertriebsaktivitäten in Frankreich unterhält die SaarLB eine Niederlassung in Straßburg sowie ein Vertriebsbüro in Paris.

4.3. Geschäftsbereich Firmenkunden

Firmenkunden Deutschland

Zielkunden sind Unternehmen sowie Konzerne mit einem Unternehmensumsatz im Kernmarkt von in der Regel größer als EUR 20 Mio. (bis EUR 1 Mrd.). Das Kerngeschäft bildet der Kredit in seinen verschiedenen Ausprägungen, u. a. Investitionskredit, Schuldscheindarlehen, Betriebsmittel, Avale, Garantien. Zusätzlich werden verschiedene Produktfelder durch eigene Spezialisten abgedeckt: Zahlungsverkehr, Zins- und Währungsmanagement (ZWM), Außenhandelsfinanzierung, Anlagemanagement. Darüber hinaus bietet die Bank Dienstleistungen in Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern an, z. B. Leasing, Factoring, Versicherungen und Beteiligungskapital.

Firmen- und Kommunalkunden Frankreich

Analog zum Geschäft mit deutschen Firmenkunden erfolgt in diesem Teilgeschäftsbereich die Akquisition und Betreuung von französischen Unternehmenskunden. Somit werden Mittelstandskunden im französischen Regionalmarkt mit grenzüberschreitenden Geschäftsaktivitäten bzw. konkreten juristischen Strukturen (z. B. Mutterunternehmen aus Frankreich – Tochterunternehmen in Deutschland) akquiriert. Für das Produktangebot gelten grundsätzlich die Ausführungen im Abschnitt Firmenkunden Deutschland, wobei Kooperationen im Bereich Immobilienleasing und Mobilienleasing bestehen.
Hinzu kommt die Finanzierung von wirtschaftlich prosperierenden und finanziell stabilen Kommunen, Départements, Regionen, sonstigen Gebietskörperschaften und kommunalnahen Unternehmen mit Fokus auf Elsass und Lothringen, in begründeten Einzelfällen auch im übrigen französischen (intern abgegrenzten) Regionalmarkt. Angeboten werden langfristige Investitionskredite, Schuldscheindarlehen sowie Kassenkredite bis Laufzeit 1 Jahr.

4.4. Geschäftsbereich Immobilien und Projekte

Immobilien Deutschland

Aufgabe des Geschäftsfeldes ist die Betreuung von Immobilienkunden im deutschen Zielmarkt sowie eine kompetente Begleitung französischer Kunden auf dem deutschen Markt. Zielkunden sind u. a. professionelle gewerbliche Immobilieninvestoren, institutionelle Investoren (Fonds, Versicherungen, Pensionskassen), landeseigene oder kommunale Gesellschaften sowie selektiv vermögende Privatkunden. Die Produktpalette umfasst (Cashflow-basierte) Kreditprodukte, Vermögensanlagen sowie, in Zusammenarbeit mit hauseigenen Spezialisten des Produktmanagements, Produkte des Zins- und Währungsmanagements und Zahlungsverkehrsdienstleistungen (Mieteingangskonten).

Immobilien Frankreich
Aufgabe ist die Betreuung von Immobilienkunden im französischen Regionalmarkt. Zielkunden sind professionelle Immobilieninvestoren, institutionelle Investoren (Fonds, Foncières etc.) und selektiv vermögende Privatkunden. Das Produktangebot beinhaltet grundsätzlich die gleichen Produkte wie Immobilien Deutschland.

Projektfinanzierungen
Aufgabe ist die Begleitung von Projektfinanzierungen mittlerer Größe mit mittelständisch orientierten Projektentwicklern und Investoren. Geschäftsschwerpunkt ist die Finanzierung Erneuerbarer Energien, vorrangig von Wind- und Solarprojekten, jedoch keine Begleitung von Off-Shore-Projekten. Zielkunden sind mittelständisch orientierte Projektierer, Energieversorger, kommunalnahe Unternehmen und Anlagenhersteller. Projektstandorte können in (Gesamt-)Deutschland mit Priorisierung des Geschäftes im Kern- und Regionalmarkt sowie in Kontinentalfrankreich (einschließlich Korsika) liegen. Angeboten werden Cashflow-basierte Langfristfinanzierungen (ggf. unter Einbindung von KfW- und EIB-Programmen), in der Struktur von Konsortialgeschäften ergänzt um kurzfristige Bar-, Aval-, Mehrwertsteuer- und Garantielinien für die Bauphase. Ergänzende Dienstleistungen sind Zahlungsverkehr, Zins- und Währungsmanagement sowie Außenhandel (Garantien), jeweils in Zusammenarbeit mit hauseigenen Spezialisten des Produktmanagements, hinzu kommt in Einzelfällen Anlagemanagement.

4.5. Geschäftsbereich Private und Institutionelle

Institutionelle Kunden
Der Bereich Private und Institutionelle betreut schwerpunktmäßig Institutionelle Kunden (insb.Pensions- und Unterstützungskassen, Versicherungen und Versorgungswerke, aber auch Bausparkassen, Kreditinstitute, Kapitalverwaltungsgesellschaften u.ä., die regelmäßig einen großen Anlagebedarf haben). Für die SaarLB zählen zu den Institutionellen Kunden somit in erster Linie die nach WpHG als professionelle Kunden oder geeignete Gegenparteien eingestufte Kundengruppen. Das Ziel ist die Sicherstellung der langfristigen Refinanzierung der SaarLB. Angeboten werden eigene Papiere, Fixed Income Sales, Kommissionsgeschäfte in Wertpapieren und Derivaten.

Vermögende Privatkunden
Aufgabe des Geschäftsfeldes ist die Betreuung von vermögenden Privatpersonen und mittelständischen Unternehmen mit den saarländischen Sparkassen. Im Mittelpunkt der Beratung steht der ganzheitliche Ansatz und die anbieterunabhängige Produkt- und Dienstleistungsauswahl. Bei der Produktauswahl ist die Bank unabhängig. Die SaarLB kooperiert mit leistungsstarken Drittpartnern für Vermögensverwaltung, Vermögens- und Nachfolgeplanung sowie Vermittlung von Versicherungen und Immobiliendienstleistungen.

4.6. Geschäftsbereich Treasury und Portfoliomanagement

Das Aufgabengebiet von Treasury umfasst u. a. das Management von Zins- und Liquiditätsrisiken, die Konditionierung, Disposition und Refinanzierung aller Geschäfte im Zinsbereich sowie die Steuerung der Pfandbriefdeckungsmassen der Bank. Des Weiteren sind im Treasury und Portfoliomanagement sämtliche Handelsaktivitäten der SaarLB angesiedelt. Im Teilbereich Portfoliomanagement werden im Wesentlichen die Liquiditätsdepots der Bank geführt.

4.7. Kommunalbank

Der Bereich Kommunalbank betreut schwerpunktmäßig die öffentliche Hand und spricht Kommunen, Eigenbetriebe, öffentlich-rechtliche Zweckverbände sowie privatwirtschaftliche Kunden der öffentlichen Hand im deutschen Regionalmarkt an. Im Fokus steht die Sicherstellung der (langfristigen) Refinanzierung, insbesondere der saarländischen Kommunen in Kooperation mit den saarländischen Sparkassen. Weiterhin wird das Zinsmanagement für öffentliche Kunden angeboten.

4.8. Verbundbank

Der Bereich Verbundbank betreut schwerpunktmäßig Sparkassen. Die SaarLB dient als strategischer Partner für alle saarländischen Sparkassen für Eigen- und Kundenbedarf. Die Produktpalette umfasst u. a. Kreditgeschäft, Einlagengeschäft und in Zusammenarbeit mit hauseigenen Spezialisten Zahlungsverkehr, Zins- und Währungsmanagement, Außenhandelsfinanzierungen und das Arrangieren von Schuldscheindarlehen.

4.9. LBS Landesbausparkasse Saar (LBS)

Die LBS ist organisatorisch als unselbstständige Abteilung in die SaarLB im Segment Verbundbank eingegliedert. Sie hat jedoch einen eigenständigen Marktauftritt. Kerngeschäft ist die Vermittlung von Bausparverträgen sowie die Finanzierung von Wohneigentum.

4.10. Übergreifende Tätigkeiten

Im Rahmen der übergreifenden Tätigkeiten der Bank werden insbesondere das Produktmanagement sowie Syndizierung und Konsortialgeschäft betrieben.

- **Produktmanagement:**

Das Tätigkeitsgebiet dieses Produktbereichs gliedert sich in Internationales Geschäft, Zahlungsverkehr sowie Zins- und Währungsmanagement. Im Rahmen des Internationalen Geschäfts werden neben den klassischen Auslandsgeschäften (u.a. Akkreditive, Garantien, Inkassi) auch maßgeschneiderte Lösungskonzepte zu Risikoabsicherung und Liquiditätsoptimierung angeboten. Das Leistungsspektrum der Einheit Zahlungsverkehr umfasst den Vertrieb, die Beratung, die Implementierung und die Abwicklung von Zahlungsverkehrs-, Karten- sowie Electronic und Online-Banking Lösungen an SaarLB Kunden in Deutschland und Frankreich. Darüber hinaus werden maßgeschneiderte Cash Management-Strukturen umgesetzt. Aufgabe des Zins- und Währungsmanagements ist die Betreuung aller Kundengruppen der Bank beim Management von Zinsänderungs-, Währungs- sowie Energie- und Rohstoffrisiken sowie der Vertrieb der zugehörigen Sicherungsprodukte (= Produktbetreuung). Ziele sind: Absicherung von Zinsänderungsrisiken sowie Risikoreduzierung beim Kunden und somit bei der Bank. Alle Produkte werden als bilaterale Geschäfte außerbörslich abgeschlossen.

- **Syndizierung und Konsortialgeschäft**

Kernaufgabe dieses Produktbereiches ist das Ausplatzieren (Syndizieren) von mittel- und langfristigen Krediten oder Kredittranchen im Bestands- und/oder Neugeschäft der Bank im Wege der Arrangierung von Club Deals (mit einem oder mehreren Konsortialpartnern oder durch nachträgliche Syndizierung). Die Syndizierung umfasst dabei die Portfolien Firmenkunden, Erneuerbare Energien, Immobilien Deutschland, Immobilien Frankreich und Kommunalgeschäft Frankreich. Der Produktbereich unterstützt hierbei die Marktbereiche im Rahmen deren Portfoliosteuerung und berät diese in Bezug auf die Marktgängigkeit von Krediten, die zur Ausplatzierung vorgesehen sind. Neben der Ausreichung von Krediten zählt auch die gezielte Akquisition von Konsortialgeschäft, also die Beteiligung der SaarLB an Krediten unter fremder Konsortialführung, zu den Aufgaben, insbesondere zur Entwicklung des erforderlichen Netzwerkes im Markt.

Als übergreifende Tätigkeiten werden darüber hinaus das Management bestehender Beteiligungen sowie das Pfandbriefgeschäft zur Refinanzierung der Bank betrieben.

5. Wesentliche Verträge

Zurzeit sind keine wesentlichen Verträge vorhanden.

6. Verwaltungs-, Gerichts- und Schiedsgerichtsverfahren

Keine bedeutenden Rechtsstreitigkeiten

Die Landesbank Saar und der SaarLB-Konzern sind nicht von staatlichen Interventionen, Gerichts- oder Schiedsgerichtsverfahren betroffen, die im Zeitraum der letzten 12 Monate bestanden oder abgeschlossen wurden und die sich erheblich auf die Finanzlage oder die Rentabilität der SaarLB bzw. des SaarLB-Konzerns auswirken oder in jüngster Zeit ausgewirkt haben. Nach Kenntnis der Bank sind derartige Verfahren auch weder anhängig noch droht ihre Einleitung.

7. Finanz- und Trendinformationen

7.1. Allgemeines

Seit ihrem Geschäftsjahr 2016 erstellt die Landesbank Saar keinen Konzernabschluss mehr. Ihren Einzelabschluss erstellt die Landesbank Saar ausschließlich nach den Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuchs.

7.2. Historische Finanzinformationen und Lageberichte 2014 und 2015 (IFRS)

Die Konzernabschlüsse der Landesbank Saar für die Geschäftsjahre 2014 und 2015, jeweils inklusive Konzernlagebericht, sind diesem Registrierungsformular als Anhänge beigefügt. Die Konzernabschlüsse der Landesbank Saar für die Geschäftsjahre 2014 und 2015 wurden nach den Grundsätzen der International Financial Reporting Standards (IFRS), wie sie in der Europäischen Union anzuwenden sind , erstellt. Wegen der Umstellung von IFRS auf HGB sind diese Konzernabschlüsse diesem Registrierungsformular noch einmalig zum Vergleich beigefügt.

Die Konzernabschlüsse der Landesbank Saar für die Geschäftsjahre 2014 und 2015, zusammen mit den jeweils dazugehörigen Lageberichten, wurden von der PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft. In allen Fällen wurde ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt.

7.3. Historische Finanzinformationen und Lageberichte 2015 und 2016 (HGB)

Die Jahresabschlüsse der Landesbank Saar für die Geschäftsjahre 2015 und 2016, zusammen mit den dazugehörigen Lageberichten, sind diesem Registrierungsformular als Anhänge beigefügt. Die Jahresabschlüsse der Landesbank Saar für die Geschäftsjahre 2015 und 2016 wurden nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuchs erstellt.

Die Jahresabschlüsse der Landesbank Saar für die Geschäftsjahre 2015 und 2016, zusammen mit den dazugehörigen Lageberichten, wurden von der PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft. In allen Fällen wurde ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt

Seit dem Datum des letzten veröffentlichten Jahresabschlusses (31.12.2016) hat es keine wesentlichen negativen Veränderungen in den Aussichten der SaarLB gegeben.

7.4. Entwicklungen seit dem 31. Dezember 2016

Die Landesbank Saar hat am 26.04.2017 ihren Finanzbericht zum 31.12.2016 für das Jahr 2016 veröffentlicht, der inhaltlich vollständig auf den nachfolgenden Seiten abgedruckt ist. Der Finanzbericht wurde vom Abschlussprüfer der SaarLB testiert.

Wesentliche Veränderungen in der Finanzlage der SaarLB

Seit dem 31.12.2016 sind keine wesentlichen Veränderungen in der Finanzlage der SaarLB eingetreten.

7.5. Trendinformationen

Im laufenden Jahr 2017 bewegt sich die SaarLB in einem für Banken schwierigen Marktumfeld, das weiterhin durch hohe Wettbewerbsintensität, ein historisch niedriges Zinsniveau sowie anhaltende Regulierungskomplexität geprägt ist. Auch vor dem Hintergrund dieses Marktumfeldes ist es weiterhin Ziel der SaarLB, in allen Kerngeschäftsfeldern selektiv und unverändert risikobewusst zu wachsen, die Erträge weiter zu steigern und konsequent die Kosten zu optimieren.

Im Segment Firmenkunden wird insgesamt ein leichtes Wachstum im Geschäft mit deutschen und französischen mittelständischen Unternehmen erwartet. Im Kommunalgeschäft Frankreich wird aufgrund des fortgesetzten hohen Wettbewerbs eher von einer Seitwärtsbewegung ausgegangen.

Im Segment Immobilien ist vor dem Hintergrund weiterhin sehr niedriger bis negativer Zinsen auf mittlere Sicht mit haussierenden Immobilienmärkten in Deutschland und Frankreich zu rechnen.

Das Segment Projekte wird auch in 2017 – getrieben vom Niedrigzinsumfeld – von einem deutlich aggressiven Wettbewerb in beiden Kernmärkten sowohl auf Anbieter- als auch auf der Nachfrageseite gekennzeichnet sein.

Das Segmente Private und Institutionelle wird sich auch im laufenden Jahr verstärkt auf das Einlagen-, Platzierungs- und Dienstleistungsgeschäft mit institutionellen Anlegern und vermögenden Privatkunden konzentrieren.

Das Segment Kommunalbank fokussiert sich auch in 2017 weiterhin auf Kommunen und kommunalnahe Unternehmen und wird die Vertriebsaktivitäten weiter ausbauen.

Das Segment Verbundbank wird primär von der Entwicklung der LBS Landesbausparkasse Saar beeinflusst, wobei das anhaltend niedrige Marktzinsniveau die Ertragsmöglichkeiten der LBS einschränkt.

Das Segment Treasury und Portfoliomanagement wird im Rahmen des Risiko- und Ertragsmanagements die aktive Portfoliosteuerung fortführen. Hierbei stehen eine moderate Hebelerhöhung im Zinsbuch sowie die weitere Optimierung des Collateralbestandes im Vordergrund.

Die SaarLB erwartet für das Geschäftsjahr 2017 – unter der Prämisse der angenommenen Wirtschaftslage und der Zinsprognose – eine leicht rückläufige Ergebnisentwicklung in den Kerngeschäftsfeldern. Diese Entwicklung wird im Wesentlichen durch einen – im Vergleich zum abgelaufenen Geschäftsjahr – höheren Risikoaufwand begründet, der durch erwartete Steigerungen im Zins- und Provisionsergebnis nicht kompensiert werden kann.

Neben der Nutzung von Wachstumspotenzialen strebt die SaarLB bankweit eine permanente Verbesserung ihrer Effizienz an. Dazu werden kontinuierlich die internen Prozesse und Strukturen überprüft. Aufgrund der steigenden regulatorischen Anforderungen im Hinblick auf Informationsrisiko- und Notfallmanagementsysteme sowie zur Datensicherheit bei Einsatz individueller Datenverarbeitung hat die Bank ein umfangreiches Projekt begonnen, um den erhöhten aufsichtsrechtlichen Anforderungen gerecht zu werden.

Seit dem 31. Dezember 2016 sind keine wesentlichen negativen Veränderungen in den Aussichten der Emittentin und des SaarLB-Konzerns eingetreten.

Finanzbericht der SaarLB – Jahresabschluss 2016 nach HGB

Abkürzungsverzeichnis

BayernLB	Bayerische Landesbank, München
BilMoG	Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz
BIP	Bruttoinlandsprodukt
bzw.	beziehungsweise
CIR	Cost-Income-Ratio
CRD	Capital Requirements Directive
CRR	Capital Requirements Regulation
DAX	Deutscher Aktienindex
DSGV	Deutsche Sparkassen- und Giroverband e. V.
EBA	European Banking Authority
EE	Erneuerbare Energien
EK	Eigenkapital
EU	Europäische Union
EUR	Euro
EZB	Europäische Zentralbank
FK	Fremdkapital
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
HGB	Handelsgesetzbuch
HoRe	Hochrechnung
ICAAP	Internal Capital Adequacy Assessment Process
i. d. R.	in der Regel
i. V. m.	in Verbindung mit
i. H. v.	in Höhe von
IFRS	International Financial Reporting Standards
IKS	Internes Kontrollsystem
IRBA	Internal Ratings Based Approach
IT	Informationstechnologie
KWG	Kreditwesengesetz

LBS	Landesbausparkasse Saar, Saarbrücken
MaRisk	Mindestanforderungen an das Risikomanagement
MaH	Mindestanforderungen an das Betreiben von Handelsgeschäften
Mio.	Millionen
Mrd.	Milliarden
OE	Organisationseinheit
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OpRisk	Operationelles Risiko
PPP	Public Private Partnership
rd.	rund
ROE	Return on Equity
RWA	Risk-Weighted Assets
SaarLB	Landesbank Saar, Saarbrücken
SNB	Schweizerische Natonalbank
SolvV	Solvabilitätsverordnung
u. a.	unter anderem
US-GAAP	United States Generally Accepted Accounting Principles
v. a.	vor allem
VaR	Value at Risk
YtD	Year to Date

Übersicht

Die SaarLB

Die Landesbank Saar (im Folgenden „SaarLB“ genannt) ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Saarbrücken. Die Trägerstruktur der SaarLB stellt sich zum 31.12.2016 wie folgt dar:

Saarland:	74,90 %
Sparkassenverband Saar, Saarbrücken:	25,10 %

Die Geschäftsfelder der SaarLB umfassen im Wesentlichen die Schwerpunkte Firmenkundengeschäft, Immobiliengeschäft, Projektfinanzierungen, insbesondere im Bereich Erneuerbare Energien („EE“), Betreuung von institutionellen Kunden, der öffentlichen Hand (Kommunen und kommunalnahe Unternehmen), von Privatkunden (u. a. Wealth Management) sowie von Sparkassen im Verbundgeschäft.

Die zur SaarLB gehörende Landesbausparkasse Saar (LBS) finanziert im Rahmen des Bauspargeschäftes überwiegend privat genutzte Immobilien.

Aufgrund ihrer Historie und ihrer Eigentümerstruktur ist die SaarLB Bestandteil der Sparkassen-Finanzgruppe. Die SaarLB ist Zentralbank der Sparkassen und übt die Hausbankfunktion für das Saarland aus.

Zielmärkte sind das Saarland, die angrenzenden Regionen in Südwestdeutschland sowie Frankreich und Luxemburg. Für einzelne Geschäftsaktivitäten können Abweichungen bzw. Ergänzungen bezüglich des definierten Zielmarktes gelten.

Die SaarLB verfügt auf der Grundlage ihres Geschäftsmodells als deutsch-französische Regionalbank über segmentspezifische Zielkundengruppen. Die Kriterien für Zielkunden und Zielgeschäft werden in Teilstrategien auf Ebene der Geschäftsaktivitäten definiert.

Das Geschäftsmodell der Bank ist geprägt von der Vergabe langfristiger Kredite. Produktseitig konzentriert sich die SaarLB in erster Linie auf marktgängige und bedarfsgerechte Produkte. Komplexe und hochspezialisierte Produkte und Dienstleistungen werden überwiegend über Kooperationspartner dargestellt.

Die SaarLB ist das größte Kreditinstitut mit Sitz im Saarland und fühlt sich der Region in besonderem Maße verbunden und verpflichtet. Die SaarLB ist regional verwurzelt und fördert u. a. die regionale Wissenschaft- und Forschung sowie kulturelle Angebote. Dies kommt auch durch umfangreiche Dauerleihgaben an das Saarlandmuseum zum Ausdruck.

Für das französische Geschäft bestanden bis 31.07.2016 neben einer Niederlassung in Metz auch Vertriebsbüros in Straßburg und Paris. Der Sitz der Zweigniederlassung, die unter dem Namen SaarLB France firmiert, wurde ab 01.08.2016 nach Straßburg verlegt und gleichzeitig wurden die Räumlichkeiten in Metz aufgegeben.

Im Berichtsjahr wurde vom Vorstand das Strategie- und Strukturprojekt „SaarLB 2020“ mit externer Begleitung beschlossen und initiiert. Dieses Projekt hat die langfristige

Sicherstellung der Ertragskraft der Bank im Fokus. Die Bedienung der Dividendenerwartung sowie eine, auch unter steigenden aufsichtsrechtlichen Auflagen ausreichende Gewinnthesaurierung zur Stabilisierung der Kapitalstruktur, sind die wesentlichen Rahmenbedingungen des Projektes.

Die SaarLB hat ihr Geschäft in mehrere Segmente untergliedert, die im Wesentlichen auch die Aufbauorganisation widerspiegeln. Im Vergleich zum Jahresabschluss 2015 ergaben sich keine Änderungen. Die Geschäftstätigkeit umfasst weiterhin die folgenden 7 Segmente:

Firmenkunden

Das Segment Firmenkunden umfasst das gesamte Mittelstandsgeschäft der SaarLB in seinen Zielmärkten. Hierzu zählen in Deutschland das Saarland, Rheinland-Pfalz und angrenzende Regionen. In Frankreich konzentriert sich die SaarLB mit dem Firmenkundengeschäft auf den Grand-Est und hier insbesondere auf das benachbarte Elsass-Lothringen, wo die Bank mit ihrer Niederlassung in Straßburg vertreten ist.

Im Segment Firmenkunden werden neben der klassischen Kreditfinanzierung vor allem Produkte des Anlage- sowie des Zins- und Währungsmanagements, aber auch aus den Bereichen Außenhandel und Zahlungsverkehr angeboten und die Kunden bei der Unternehmensfinanzierung betriebswirtschaftlich beraten. Ein wichtiges Geschäftsfeld in Frankreich ist darüber hinaus die Kreditvergabe an die öffentliche Hand (Kommunen und kommunalnahe Unternehmen).

Immobilien

Das Segment Immobilien umfasst die Finanzierung gewerblicher Immobilien. Die geschäftlichen Aktivitäten beschränken sich auf die Zielmärkte der SaarLB. Geschäftsabschlüsse erfolgen auf bilateraler Basis oder in der Form von Club Deals unter Federführung der Bank. Im Fokus der Marktbearbeitung, die in Frankreich im Wesentlichen aus dem der SaarLB France angegliederten Centre d'Affaires Paris erfolgt, stehen institutionelle Investoren als Zielkunden, die ihrerseits primär in Büro- oder Handelsimmobilien investieren. Im deutschen Zielmarkt begleitet die SaarLB als Dienstleister auch Developer-Maßnahmen sowie Public Private Partnership (PPP)-Maßnahmen für Investitionen in Infrastruktur, Bildung oder sonstige öffentliche Baumaßnahmen. Der regionale Fokus des Geschäftssegmentes Immobilien liegt auf der deutschen Seite im Großraum Rhein-Main und in Frankreich im Ballungsraum Île-de-France.

Projektfinanzierungen

Das Segment Projektfinanzierungen beinhaltet in der SaarLB die Finanzierung von Projekten primär im Sektor Erneuerbarer Energien (EE), aber auch im Bereich PPP auf dem französischen Markt. Im EE-Sektor begleitet die SaarLB als Finanzdienstleister

mittelständische Projektinitiatoren und Hersteller, die in Wind- und/oder Solarparks investieren. Viele Kunden des Geschäftssegmentes werden grenzüberschreitend betreut. Hierbei werden Kunden auf der deutschen Seite regional mit Fokus auf den Südwesten (Saarland, Rheinland-Pfalz mit angrenzenden Regionen) sowie auf der französischen Seite landesweit betreut. Offshore-Windparks finanziert die Bank nicht.

Private und Institutionelle

In dem Segment Private und Institutionelle erfolgt die ganzheitliche Vermögensberatung und -verwaltung sowie der Vertrieb von Geld- und Kapitalmarktprodukten. Der Schwerpunkt des Teilsegmentes Institutionelle liegt in der Sicherstellung der Refinanzierung der SaarLB, der Intensivierung bestehender Kundenverbindungen sowie im Ausbau der Kontakte und Geschäftsbeziehungen zu Versicherungen und Versorgungswerken, Regionalbanken und Sparkassen. Im Saarland und in Rheinland-Pfalz erfolgt die Marktbearbeitung zusammen mit der Verbundbank. Im Geschäftsfeld vermögende Private steht die ganzheitliche Betreuung und Beratung von vermögenden Privatkunden im Vordergrund. Gleichzeitig werden die Firmen- und Immobilienkunden der SaarLB in allen Fragen des Anlagemanagements beraten.

Kommunalbank

Die Kommunalbank wurde im Jahr 2015 als Segment neu etabliert. Innerhalb der Kommunalbank werden sowohl klassische deutsche Kommunalkunden als auch deutsche kommunalnahe Unternehmen betreut. Klassische Kommunalkunden sind Städte, Gemeinden, Gemeindeverbände, Landkreise, kommunale Zweckverbände, Wasser- und Bodenverbände und kommunale Eigengesellschaften in öffentlich-rechtlicher Rechtsform im deutschen Zielmarkt der SaarLB. Voraussetzung für die Betreuung von kommunalnahen Unternehmen durch die SaarLB ist, dass diese eine öffentliche Trägerschaft von mindestens 50 % besitzen. Der ganzheitliche Ansatz umfasst hierbei insbesondere das Bereitstellen von Liquidität, die Betreuung im Schuldenportfoliomanagement und das Arrangieren von kommunalen Schuldscheindarlehen. Dabei arbeitet die SaarLB eng mit den ansässigen Sparkassen zusammen.

Verbundbank

Das Segment der Verbundbank wurde – ebenso wie die Kommunalbank – im Jahr 2015 neu aufgebaut. Im Segment Verbundbank enthalten sind die saarländischen und rheinland-pfälzischen Sparkassen sowie das bis dahin eigenständige Segment LBS. Die Verbundbank ist als Relationship-Center organisiert und fungiert als solches insbesondere für die saarländischen Sparkassen als primärer Ansprechpartner und Dienstleistungsadresse. In Zusammenarbeit mit den jeweiligen Spezialisten der Fachbereiche der SaarLB bietet die Verbundbank Konsortialfinanzierungen, Syndizie-

rungen und Eigenanlagen sowie andererseits eine Ergänzung der Produktpalette für die Kunden der Sparkassen.

Die Landesbausparkasse Saar (LBS), eine rechtlich unselbstständige Einheit der SaarLB, ist als Bestandteil der Sparkassen-Finanzgruppe Saar gemeinsam mit ihren Tochterunternehmen Dienstleistungs- und Kompetenzzentrum „rund um die Immobilie“. Kernleistungen sind das Bausparen sowie die Finanzierung von Wohnimmobilien. Ein weiterer geschäftspolitischer Fokus liegt auf der Finanzierung von energetischen Maßnahmen bei überwiegend privat genutzten Immobilien sowie Investitionen im Rahmen des Gesetzes für den Ausbau erneuerbarer Energien wie beispielsweise Photovoltaikanlagen.

Treasury & Portfoliomanagement

Das Treasury ist für die Steuerung des Zinsbuchs der Bank, das Deckungsstock- und Collateral Management sowie die Liquiditätssteuerung und -bepreisung zuständig. Dem Portfoliomanagement obliegen die Steuerung der Liquiditäts- und Sicherheitendepots und die Betreuung der strategischen Eigenanlagen der Bank (Direktanlagen und Spezialfonds).

Steuerungssystem der Bank

Seit Jahresende 2016 stellt die SaarLB keinen Konzernabschluss nach IFRS sondern nur noch einen Jahresabschluss nach HGB auf. Dementsprechend wurden auch die Steuerungskennzahlen der Bank zum Jahresende auf HGB-Zielgrößen angepasst, die unterjährige Steuerung erfolgte jedoch noch nach IFRS. Die Grunddefinition der Steuerungskennzahlen wurde beibehalten.

Die strategische Steuerung der SaarLB erfolgte – in Anlehnung an die Geschäftsstrategie auf Gesamtbank- sowie auf Segmentebene – durch die nachfolgenden finanziellen Leistungsindikatoren:

Steuerungsgröße	Neue Definition (HGB)	Bisherige Definition (IFRS)
Return on Equity (RoE)	Ergebnis vor Steuern (ohne Zinsaufwendungen auf Instrumente des Kernkapitals und vor Zuführung zu den Vorsorgereserven nach HGB § 340f und § 340g) im Verhältnis zum regulatorisch abgeleiteten Eigenkapital (Kernkapital)	IFRS-Ergebnis vor Steuern (ohne Berücksichtigung der Zinsaufwendungen für stille Einlagen) im Verhältnis zum regulatorisch abgeleiteten Eigenkapital (Kernkapital)
Cost Income Ratio (CIR)	Verwaltungsaufwendungen im Verhältnis zur Summe der	Verwaltungsaufwendungen im Verhältnis zur Summe der

	Bruttoerträge. Die Bruttoerträge sind definiert als die Summe aus dem Zinsüberschuss (ohne Zinsaufwendungen auf Instrumente des Kernkapitals), dem Provisionsüberschuss, dem Nettoergebnis des Handelsbestandes, zzgl. dem sonstigen betrieblichen Ergebnis	ordentlichen Erträge (jeweils IFRS) bestehend aus Zinsüberschuss ohne Zinsaufwand für stille Einlagen, Provisionsüberschuss und dem Handelsergebnis, dem Ergebnis aus assoziierten Unternehmen und laufende Erträge aus Beteiligungen sowie dem sonstigen ordentlichen Ergebnis
RWA-Rentabilität	Bei dieser Kennzahl wird die Summe aus Zins-, Provisionsüberschuss und sonstigem betrieblichen Ergebnis in Relation zu den durchschnittlichen Risikopositionen dargestellt	Bei dieser Kennzahl wird die Summe aus Zins-, Provisionsüberschuss und sonstigem betrieblichen Ergebnis in Relation zu den durchschnittlichen Risikopositionen dargestellt

Aufgrund des Wegfalls des IFRS-Abschlusses werden im Abschnitt Ertragslage neben den HGB-Steuerungskennzahlen letztmals informatorisch auch die IFRS-Steuerungskennzahlen ausgewiesen. Zur Vergleichbarkeit erfolgte eine entsprechende Anpassung der Vorjahreszahlen.

Nicht finanzielle Leistungsindikatoren werden zur Steuerung in der SaarLB nicht eingesetzt.

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Deutschland

In **Deutschland** legte nach Angaben des Statistischen Bundesamtes das Bruttoinlandsprodukt im dritten Quartal 2016 preis-, saison-, und kalenderbereinigt um 0,2 % gegenüber dem Vorquartal zu. Somit hat sich die deutsche Wirtschaft im dritten Quartal 2016 etwas verhaltener entwickelt als im starken ersten (BIP-Wachstum 0,7 %) und soliden zweiten Quartal (0,4 %). Getragen wurde das Wachstum überwiegend vom inländischen Konsum. Sowohl die privaten (+ 0,4 %) als auch die staatlichen Konsumausgaben (+ 1,0 %) haben sich positiv entwickelt, wohingegen die Anlageinvestitionen stagniert haben. Auch die außenwirtschaftliche Entwicklung hat das Wachstum gebremst: Durch geringfügig angestiegene Importe hat der Außenbeitrag einen negativen Effekt auf das Bruttoinlandsprodukt (- 0,3 Prozentpunkte). Die Zahl der Erwerbstätigen lag mit 43,7 Millionen um 0,9 % über dem Vorjahr. Die preisbereinigte Bruttowertschöpfung konnte im dritten Quartal in allen Wirtschaftsbereichen gesteigert werden. Der stärkste Anstieg konnte mit + 2,9 % im Bereich Information und Kommunikation erzielt werden, gefolgt von den Finanz- und Versicherungsdienstleistern (+ 2,5 %) und dem Baugewerbe (+ 2,4 %).

Im vierten Quartal 2016 hat sich die Entwicklung deutlich belebt. Unterstützend wirkten sich die soliden Produktions- und Umsatzzahlen der Industrie aus. Auch die Bautätigkeit hat sich in den letzten Monaten des Jahres belebt. Darüber hinaus zeigt sich die stark binnenwirtschaftlich getriebene Konjunktur stabil. Im Dreimonatsvergleich sind die Einfuhren mit 3,2 % stärker gestiegen als die Ausfuhren mit 2,2 %, so dass insgesamt vom Außenhandel leicht dämpfende Impulse ausgingen. Der Arbeitsmarkt entwickelte sich erfreulich, die Erwerbstätigkeit nahm weiter zu. Im November 2016 lag sie mit 43,8 Mio. Personen 0,7 % über dem Vorjahresniveau. Der Ausblick am Arbeitsmarkt ist weiterhin positiv, da die Frühindikatoren auf eine hohe Nachfrage hindeuten.

Insgesamt betrachtet ist die deutsche Wirtschaft im Jahr 2016 preisbereinigt um 1,9 % gewachsen und ist damit etwas stärker gestiegen, als wir es noch zum Halbjahr erwartet haben. Die Entwicklung wurde rechnerisch im Wesentlichen von der Binnennachfrage getragen. Wachstumstreiber waren vor allem die staatlichen und privaten Konsumausgaben sowie die Bauinvestitionen. Durch die starke Binnennachfrage nahmen die Importe stärker zu als die Exporte, der Wachstumsbeitrag des Außenhandels war somit leicht negativ.

Im Saarland wird für das Gesamtjahr ein Wachstum von 1 % erwartet, vor allem die Industrie musste Rückgänge bei den Auftragseingängen, den Umsätzen und der Produktion hinnehmen. In Rheinland-Pfalz hat das Wachstum im ersten Halbjahr 2,2 % betragen, durch einen Rückgang im verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe blieb das dritte Quartal 2016 mit 0,1 % gegenüber dem Vorquartal zurück.

Windenergie, einem Finanzierungsschwerpunkt der SaarLB, hat mittlerweile einen Anteil von rund 12 % an der deutschen Stromerzeugung. Mit dem Inkrafttreten der neuen Version des Gesetzes für den Ausbau erneuerbarer Energien (EEG) am 01.01.2017 wurde zum einen der bislang gewährte Anspruch auf staatlich festgelegte Vergütungssätze abgeschafft und zum anderen die Ermittlung der Vergütungshöhe für neue Windenergieanlagen auf wettbewerbliche Ausschreibungen umgestellt. Der in Erneuerbare-Energien-Anlagen erzeugte Strom wird grundsätzlich nur noch dann vergütet, wenn die Betreiber dieser Anlagen erfolgreich an einer Ausschreibung teilgenommen haben.

Frankreich

Das französische Statistikinstitut Insee hat Ende Januar 2017 die vorläufigen Zahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in **Frankreich** im 4. Quartal 2016 veröffentlicht. Demnach konnte in den letzten drei Monaten des Jahres 2016 das Bruttoinlandsprodukt um 0,4 % zulegen, was eine Steigerung gegenüber dem dritten Quartal bedeutet (0,2 %). Für das Gesamtjahr 2016 hat das Wachstum bei 1,1 % gelegen (2015 zum Vergleich: 1,2 %). Das Wachstum des vierten Quartals wurde getragen von den privaten Konsumausgaben (0,6 % gegenüber 0,1 % im dritten Quartal). Auch der Aufbau von Lagerbeständen hat zu der guten Entwicklung beigetragen (0,8 % nach 0,3 % im Vorquartal). Der Außenhandel konnte im vierten Quartal ebenfalls leicht zum Wachstum beitragen, während er im dritten Quartal die wirtschaftliche Entwicklung noch gebremst hat.

Der Immobilienmarkt in Frankreich hat sich in 2016 in den für die SaarLB wichtigen Teilsegmenten wie folgt entwickelt: Bei Büroimmobilien war die Entwicklung insgesamt zufrieden stellend. In 2016 wurden 2.410.400 m² nachgefragt, was einer Steigerung um 7 % im Vergleich zum Vorjahr entspricht. Die Anzahl der Transaktionen liegt mit 3.320 Stück auf dem Niveau des Vorjahres. Die Leerstandsquote hat sich im Vorjahresvergleich um 11 % auf 6,5 % reduziert. Bei Einzelhandelsimmobilien lag das jährliche Akquisitionsvolumen über EUR 4,4 Mrd., was zwar ein Rückgang um 21 % im Vorjahresvergleich, im Vergleich zum Durchschnitt der letzten zehn Jahre allerdings eine Steigerung um 32 % darstellt. Bei Logistikimmobilien kann die Entwicklung mit einem Investitionsvolumen von EUR 1,6 Mrd. in 2016 ebenfalls als zufrieden stellend gewertet werden.

Die Stromerzeugung aus Photovoltaik und Windenergie ist in Frankreich im dritten Quartal 2016 weiter angestiegen. Ende September 2016 hat die ans Netz angeschlossene Photovoltaikleistung in Frankreich erstmalig die Marke von 7 GW überschritten. Durch Sondereffekte im Jahr 2015 war allerdings die ans Netz angeschlossene PV-Leistung bis 30.09.2016 mit 449 MB rückläufig. Dennoch konnte die Solarstromerzeugung in Frankreich in den ersten neun Monaten 2016 im Vorjahresvergleich um 15 % gesteigert werden und erreichte damit einen neuen Rekordwert von 6,6 TWh. Im Segment Windenergie wurden 804 MW während der ersten neun Monate des Jahres 2016 angeschlossen (+ 18 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum). Der Zubau verbleibt somit auf hohem Niveau und die Gesamtleistung der installierten Windenergieanlagen konnte auf 11,2 GW gesteigert werden.

Laut der Studie Panorama für Strom, die u. a. der französische Verband für erneuerbare Energien (Syndicat des Énergies Renouvelables) herausgegeben hat, haben die erneuerbaren Energien im dritten Quartal 2016 rund 20 % des französischen Stromverbrauchs gedeckt. Die Gesamtleistung aller Windenergieanlagen betrug per 30.09.2016 danach 11.162 MW, die Gesamtleistung der angeschlossenen Photovoltaikanlagen 6.651 MW.

Finanzsektor

Das anhaltende Niedrigzinsumfeld stellte das deutsche Finanzsystem im Jahr 2016 vor weitere Herausforderungen. Je länger das niedrige Zinsniveau anhält, desto größer wird der Anteil niedrigverzinslicher Kapitalanlagen in den Bilanzen der europäischen Kreditinstitute und somit steigen die Risiken, die von einem Anstieg des Zinsniveaus ausgehen. Auch das Jahr 2016 war geprägt durch die Aufrechterhaltung der europäischen Finanzstabilität, die durch die weiterhin anhaltende Verschuldungssituation europäischer Staaten auch in diesem Jahr angespannt bleibt. Mit Blick auf das Preisstabilitätsziel hat der EZB-Rat am 08.12.2016 folgenden Beschluss bekannt gegeben: Ankäufe im Rahmen des Programms zum Ankauf von Vermögenswerten (Asset Purchase Programme, APP) werden im derzeitigen Umfang von EUR 80 Mrd. bis Ende März 2017 fortgesetzt. Der Nettoerwerb von Vermögenswerten soll ab April 2017 bis Ende Dezember 2017 oder erforderlichenfalls darüber hinaus im Umfang von monatlich EUR 60 Mrd. erfolgen. Bei einer Eintrübung des Ausblicks ist es möglich, den Umfang oder die Dauer auszuweiten. Die Parameter

werden ab Januar 2017 wie folgt angepasst: Der Laufzeitenbereich des Programms zum Ankauf von Wertpapieren des öffentlichen Sektors wird ausgeweitet, indem die Restlaufzeit notenbankfähiger Wertpapiere von mindestens zwei Jahre auf mindestens ein Jahr gesenkt wird. Daneben werden, soweit erforderlich, im Rahmen des APP Ankäufe von Wertpapieren mit einer Endfälligkeitsrendite unterhalb des Zinssatzes für die Einlagenfazilität der EZB zugelassen.

Darüber hinaus existieren weiterhin eine Reihe von Risiken, die die Stabilität des Eurosystems stören können. Hierzu zählen neben geopolitischen Risiken auch die Entwicklung der europäischen Flüchtlingskrise, die die Staatshaushalte belastet und innerhalb der politischen Lager weitreichende Diskussionen auslöst. Nicht außer Acht dürfen hier jedoch auch monetäre Forderungen gegen Länder gelassen werden, die sich weiterhin im Restrukturierungsprozess – resultierend aus der europäischen Schuldenkrise – befinden.

Der Brexit-Entscheid hat sich konjunkturell in Deutschland noch nicht merklich ausgewirkt. Es wird allerdings erwartet, dass die Verunsicherung im Finanzsektor zunehmen wird, da die Austrittsverhandlungen wohl zwei Jahre andauern werden und sich ein Abkommen frühestens im Jahr 2018 abzeichnen dürfte. Die britische Regierung strebt einen möglichst weitgehenden Zugang zum Europäischen Binnenmarkt an, möchte aber die damit eigentlich einhergehende Arbeitnehmerfreizügigkeit einschränken.

In Italien ist der Aufschwung weiterhin schwach und fragil. Zu Anspannungen führen neben der Überschreitung des EU-Konvergenzkriteriums zur Verschuldung auch die Krise der italienischen Banken. Durch den hohen Anteil von Problemkrediten am gesamten Kreditportfolio sind bei vielen italienischen Banken Kapitalerhöhungen geboten. Im Februar 2017 ist der Unicredit eine Emission neuer Aktien in Höhe von EUR 13 Mrd. gelungen. Bei der Bank Monte die Paschi di Siena hingegen laufen seit Wochen Verhandlungen über eine mögliche Rettung.

Die Entwicklung am **deutschen Aktienmarkt** war bis Mitte Februar 2016 von kräftigen Kursverlusten geprägt, auch da im Zuge globaler Rezessionssorgen die Erwartung einer schwachen konjunkturellen Entwicklung eingepreist wurde. Vor dem Hintergrund einer kräftigen Erholung des Ölpreises und einer Lockerung der Geldpolitik durch die EZB konnte sich der DAX bis Ende Mai 2016 jedoch spürbar erholen. Nach dem Votum der Briten, die EU zu verlassen, hat der Leitindex allein im Juni 2016 allerdings wieder rund 6 % an Wert verloren. Im zweiten Halbjahr konnte sich der DAX deutlich erholen und insbesondere zum Jahresende seinen Wert steigern. Insgesamt betrachtet ist der DAX im Jahr 2016 um 7 % gestiegen und schloss nahe dem Jahreshoch bei 11.481 Zählern. 2016 ist somit das fünfte Gewinn bringende Jahr in Folge.

Entgegen der insgesamt positiven Entwicklung am Aktienmarkt war die Entwicklung des Euro im Jahr 2016 gemischt. Gegenüber dem US-Dollar ist der Euro im vergangenen Jahr moderat abgewertet (von 1,08 EUR/USD auf 1,05 EUR/USD). Gestützt wurde diese Entwicklung im Wesentlichen durch die Geldpolitik der USA, da die US-Notenbank den Leitzins erst im Dezember 2016 anhob.

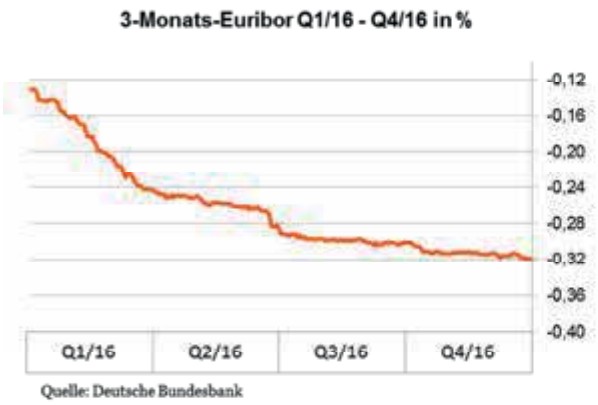
Der Schweizer Franken notierte zum Jahresbeginn 2016 bei einer Marke von 1,08 EUR/CHF. Gestützt wurde dieser Kurs durch Maßnahmen der Schweizerischen Nationalbank (SNB), die versuchte, eine Aufwertung des Franken zu vermeiden und den Kurs in einem engen Band von 1,11 bis 1,07 EUR/CHF hielt. Zum Jahresende wertete der Euro daher nur leicht auf 1,07 EUR/CHF ab.

Die chinesische Währung hat seit längerem den US-Dollar als wichtigste Währung im handelsgewichteten Euro-Wechselkurs verdrängt, hier konnte der Euro in 2016 um 3,7 % aufwerten.

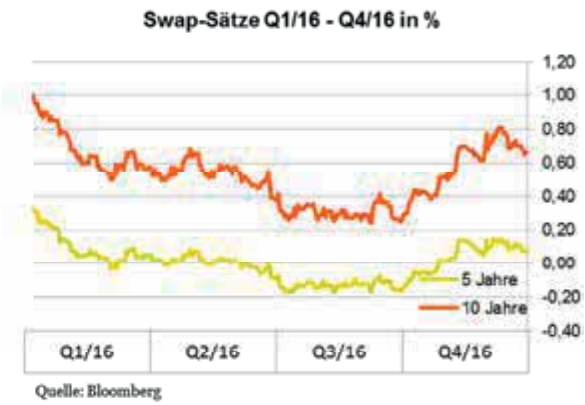
Das britische Pfund hat insbesondere nach dem Brexit-Votum der Briten am 23.06.2016 spürbar an Wert verloren und konnte das verlorene Vertrauen auch bis Jahresende nicht wieder gewinnen, so dass der EUR gegenüber dem Pfund um 17,8 % aufwertete.

Am 10.03.2016 hat die Europäische Zentralbank überraschend den Leitzins auf null Prozent gesenkt. Zeitgleich wurde der Zinssatz für die Einlagenfazilität um weitere 0,1 % auf nunmehr - 0,4 % reduziert. Mit dem Programm soll die Wirtschaft angekurbelt und für mehr Inflation gesorgt werden. Vorausgegangen war eine Senkung der Preise in der Euro-Zone um 0,2 % (Februar 2016 im Vergleich zu Februar 2015), die EZB hingegen strebt mittelfristig eine Teuerung von knapp 2 % pro Jahr als Idealwert für die Wirtschaft an. Im Januar 2017 lag die Inflationsrate in der Euro-Zone bei 1,8 Prozent gegenüber dem Vormonat (zum Vergleich: Dezember 2016: 1,1 %, November 2016: 0,6 %).

Der durchschnittliche 3-Monats-Euribor lag im Berichtsjahr 2016 durchgehend unter dem ursprünglichen Erwartungswert der Bank und hat sich von Jahresbeginn mit dem Anfangswert von -0,13 % kontinuierlich nach unten entwickelt. Der Schlusskurs lag bei - 0,32 % und unterschritt damit wiederum das bereits niedrige Niveau aus dem Jahr 2015. Die Entwicklung der langfristigen Zinsen zeigt ein leicht abweichendes Bild. Nachdem die Zinsen bis zum Anfang des 2. Quartals weiter gesunken waren, konnten sich diese bis zum Jahresende wieder leicht erholen und folgen damit dem Vorjahrestrend. Nichtsdestotrotz verblieben die Zinsen - entgegen unserer Erwartungen - weiterhin auf historisch niedrigem Niveau.



Quelle: Deutsche Bundesbank



Quelle: Bloomberg

Auch im Jahr 2016 musste sich der Finanzsektor der Herausforderung stellen, die aus strukturellen Veränderungen im Finanzsystem resultierten. Eine wesentliche Rolle spielten hierbei die regulatorischen Anforderungen.

Der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht finalisiert derzeit die Abschlussarbeiten von Basel III („Basel IV“). Für deutsche Kreditinstitute werden je nach Ausgestaltung verschieden hohe Anstiege der risikogewichteten Aktiva erwartet. Im Raum steht aber das Ziel des Baseler Ausschusses, dass es zu keiner signifikanten Erhöhung der Kapitalanforderung für Deutschland kommen soll. Daher betonen die deutschen Aufsichtsbehörden mit Blick auf die aktuelle Diskussion um den Output-Floor, dass eine Festlegung in solcher Höhe erforderlich ist, bei der es für die deutschen IRBA-Institute zu keiner zu großen Belastung kommt.

Im November 2016 wurde ein Berichtsentwurf der EU-Kommission zur Schaffung einer europäischen Einlagensicherung veröffentlicht. Die Einführung soll in zwei Stufen erfolgen, wobei auf eine vollständige Vergemeinschaftung der Sicherungsmittel verzichtet wird. Ab Januar 2019 soll die erste Stufe mit einem mindestens fünfjährigen Rückversicherungssystem beginnen. Einlagensicherungssysteme können dann in begrenztem Umfang Liquiditätsdefizite beim neuen europäischen Einlagenversicherungsfonds (Deposit Insurance Fund, DIF) geltend machen. Zur Finanzierung sollen bereits ab Juli 2017 Beitragszahlungen an den DIF erfolgen. Die zweite Stufe, die frühestens ab Januar 2024 beginnt, besteht aus einem Versicherungssystem, das sowohl Liquiditätsdefizite als auch Restverluste decken soll.

Geschäftsverlauf

Die Bank kann für 2016 auf einen zufriedenstellenden Neugeschäftsverlauf zurückblicken. Auch wenn sich das Neugeschäft (inkl. Prolongationen) nicht gleichmäßig auf die einzelnen Monate verteilte, sondern erst gegen Jahresende zulegte, konnte der für die Kundensegmente (ohne Verbundbank) gesetzte Planwert von rd. EUR 2,0 Mrd. erreicht werden. Das Neugeschäft verteilt sich nahezu hälftig auf Deutschland (54 %) und Frankreich (46 %). Das französische Geschäft verteilte sich im abgelaufenen Geschäftsjahr nahezu gleichverteilt auf die in Frankreich agierenden Segmente Immobilien, Firmenkunden und Projekte. Das deutsche Geschäft profitierte von einem sehr starken Kommunal- und kommunalnahen Geschäft, das rund 49 % des Neugeschäftes ausmacht, gefolgt vom deutschen Immobiliengeschäft mit rund 31 %. Insgesamt konnten die Segmente Firmenkunden und Kommunalbank, die in Summe rd. EUR 200 Mio. mehr als geplant realisieren konnten, das etwas unter den Erwartungen zurückgebliebene Neugeschäftsvolumen aus den Segmenten Immobilien und Projekte ausgleichen. Die für das Neugeschäft gesetzten Margenziele konnten im Jahresverlauf hingegen leicht übertroffen werden.

In Summe hat die Bank im abgelaufenen Geschäftsjahr ein gutes Ergebnis erreicht. Das Ergebnis vor Steuern und vor Zuführung zu den Vorsorgereserven nach HGB § 340f und § 340g liegt moderat über unseren Erwartungen, das Ergebnis nach Steuern konnte aufgrund einer Steuerrückerstattung unsere Erwartungen sogar deutlich übertreffen.

Gegenüber unseren ursprünglichen Annahmen zum Ergebnis ergaben sich jedoch strukturelle Unterschiede in den einzelnen GuV Positionen. Während im Wesentlichen der Zins- und Provisionsüberschuss die Erwartungen nicht erfüllen konnten, war das Bewertungsergebns vor Zuführung zu Vorsorgereserven nach HGB § 340f und § 340g zum Teil deutlich besser als erwartet.

Die Finanz- und Vermögenslage entspricht in Summe ebenfalls unseren Erwartungen.

Im Juni 2016 hat die SaarLB ihren Kommanditanteil von 16,5 % an der Deutsche Factoring GmbH & Co. KG, Bremen (DFB) mit Wirkung zum 18. August 2016 veräußert.

Ertragslage

Das Ergebnis vor Steuern liegt mit EUR 13,9 Mio. um EUR 21,7 Mio. unter dem Ergebnis des Vergleichszeitraumes 2015 (EUR 35,6 Mio.), aber dennoch leicht über den Erwartungen aus der letztjährigen Prognose, die keine Zuführungen zu den Reserven beinhaltet hatte. Insbesondere das in einzelnen Segmenten verhaltene Neugeschäftsvolumen im 1. und 3. Quartal des Jahres sowie das weiter gesunkene Zinsniveau wirkten sich ergebnisbelastend auf die SaarLB aus. Aufgrund der niedrigen Zinsen wurden aktivisch EUR 5,4 Mio. gezahlt und passivisch EUR 3,6 Mio. vereinnahmt. Darüber hinaus war das Zinsergebnis des Vorjahres positiv durch einen Sondereffekt im Zusammenhang mit der konzerninternen Veräußerung einer Beteiligung beeinflusst. Der Sachaufwand war durch regulatorische Anforderungen und der deutlich stärker als erwartet gestiegenen EU-Bankenabgabe belastet. Erfreulich hingegen entwickelte sich die deutlich niedriger als erwartete Risikovorsorge.

Da die Bank seit Jahresende 2016 nur noch einen Jahresabschluss nach HGB erstellt, wurden auch die Steuerungskennzahlen der Bank von IFRS- auf HGB-Steuerungskennzahlen angepasst. Zur Vergleichbarkeit wurden die Vorjahreszahlen ebenfalls angepasst. Der Return on Equity (vor Steuern und Zuführung zu den Reserven) beträgt nach HGB 5,81 % zum 31.12.2016 und liegt damit unter Vorjahresniveau (10,73 %). Auf Basis des IFRS-Ergebnisses, das rein zur internen Darstellung letztmalig zum Jahresende 2016 erhoben wurde, zeigt sich der RoE mit 11,7 % moderat über unseren Erwartungen der letztjährigen Prognose.

Die Cost Income Ratio nach HGB ist mit 62,54 % erwartungsgemäß deutlich über dem Vorjahreswert von 46,73 %, der maßgeblich durch den Sonderertrag aus Gewinnabführung geprägt war. Der interne IFRS Vergleichswert liegt mit 62,7 % ebenfalls deutlich über dem Vorjahr und deutlich über unserer letztjährigen Prognose.

Die RWA-Rentabilität nach HGB ist mit 2,04 % gegenüber dem Vorjahr (2,31 %) gesunken. Der interne IFRS Vergleichswert liegt zwar mit 2,14 % über dem Vorjahreswert, aber moderat unter unserem letztjährigen Prognosewert.

Das HGB-Ergebnis 2016 setzt sich wie folgt zusammen:

in Mio. EUR		2016	2015	Δ Mio.	Δ in %
Zinsüberschuss	[1]	109,7	116,5	-6,8	-5,8 %
Sonderertrag Gewinnabführung	[2]	0,0	22,5	-22,5	-100,0 %
Provisionsüberschuss	[3]	10,8	13,4	-2,6	-19,4 %
Ergebnis des Handelsbestandes	[4]	0,5	0,4	0,1	25,0 %
Sonstiges betriebliches Ergebnis	[5]	1,2	-0,1	1,3	>100 %
Verwaltungsaufwand	[6]	-87,3	-81,5	-5,8	7,1 %
Bewertungsergebnis	[7]	-20,7	-35,3	14,6	-41,4 %
Ergebnis aus der normalen Geschäftstätigkeit	[8]	14,2	35,9	-21,7	-60,4 %
Außerordentliches Ergebnis	[9]	-0,3	-0,3	0,0	0,0 %
Ergebnis vor Steuern	**[10]**	**13,9**	**35,6**	**-21,7**	**-61,0 %**
Steuern	[11]	-3,4	-15,3	11,9	-77,8 %
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	**[12]**	**10,4**	**20,3**	**-9,9**	**-48,8 %**
Zinsaufwand stille Einlagen	[13]	-17,4	-21,7	4,3	-19,8 %
Kernkapital	[14]	882,9	860,1	22,8	2,7 %
Ø Risikoposition	[15]	5.971,7	6.598,3	-626,6	-9,5 %
RoE* (([10]-[13])/[14])	[16]	**5,81%**	**10,73 %**	**-4,92 %**	
CIR ([6]/([1]+[2]+[3]+[4]+[5]-[13])	[17]	**62,54%**	**46,73 %**	**15,81 %**	
RWA-Rentabilität (([1]+[2]+[3]+[5])/[15])	[18]	**2,04%**	**2,31 %**	**-0,27 %**	

*vor Zuführung Reserven

Der Zinsüberschuss der SaarLB ist im Geschäftsjahr 2016 gegenüber dem Vorjahr um EUR -6,8 Mio. von EUR 116,5 Mio. (ohne Sonderertrag aus Gewinnabführung) auf EUR 109,7 Mio. gefallen und bleibt somit deutlich hinter den Erwartungen zurück. Der Rückgang entspricht einer Veränderung von -5,8 %. Hierbei wurde der Rückgang der Zinserträge von EUR 308,7 Mio. in 2015 auf EUR 271,1 Mio. in 2016 (entspricht -12,2 %) durch einen Rückgang der Zinsaufwendungen von EUR 203,3 Mio. in 2015 auf EUR 174,4 Mio. (entspricht -14,2 %) nur zum Teil kompensiert. Geprägt ist der Zinsüberschuss durch das weiter gesunkene, teils deutlich negative Zinsniveau und das im 1. und 3. Quartal sehr verhaltene Neugeschäftsvolumen.

Die Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften liegen mit EUR 243,0 Mio. nach einem Rückgang von EUR -22,2 Mio. aufgrund des weiter gesunkenen Zinsniveaus unter dem Vorjahresniveau. Dies entspricht einer Verringerung von rund -8,4 %. In geringerem Maße haben sich die absoluten Zinsaufwendungen aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden mit EUR 111,9 Mio. um EUR 19,5 Mio. bzw. um rund -14,8 % verringert.

Rund 53 % des Zinsergebnisses der Kundensegmente entfallen auf die Segmente Firmenkunden und Projekte sowie 38 % auf die Segmente Immobilien und Verbundbank. Insgesamt konnte jedoch keines der genannten Segmente die Prognose aus dem Vorjahr bestätigen.

Die Zinsaufwendungen für Stille Einlagen, Nachrangkapital und Genussrechtskapital liegen aufgrund entsprechender Fälligkeiten mit EUR 17,4 Mio. in 2016 unter Vorjahresniveau (EUR 21,7 Mio.).

Die Erträge und Aufwendungen aus vorzeitig gekündigten Geschäften (Vorfälligkeitsentschädigungen) erreichten im abgelaufenen Geschäftsjahr einen Saldo in Höhe von EUR 6,4 Mio. (Vorjahr: EUR 9,0 Mio.), denen allerdings Aufwendungen aus

Auflösungen von Zinsderivaten i.H.v. EUR 2,1 Mio. (Vorjahr: EUR 2,5 Mio.) entgegenstehen.

Der Provisionsüberschuss liegt mit EUR 10,8 Mio. unter dem Vorjahresniveau (EUR 13,4 Mio.). Damit bleibt der Provisionsüberschuss ebenfalls deutlich hinter unserer letztjährigen Prognose sowie den Entwicklungen der letzten Jahre zurück. Dabei konnte die angestrebte Ausweitung des Syndizierungsgeschäftes sowie die Ausweitung der Produktpalette und weiterer Dienstleistungen im Berichtsjahr nicht wie geplant umgesetzt werden. Begründet ist der Rückgang des Provisionsüberschusses im Wesentlichen durch das Provisionsergebnis aus dem Kreditgeschäft, das sich von EUR 11,3 Mio. in 2015 um EUR -2,4 Mio. auf EUR 8,9 Mio. verschlechterte sowie durch das Provisionsergebnis aus dem Effektengeschäft, das sich von EUR 4,6 Mio. im Vorjahr auf EUR 3,8 Mio. (EUR -0,8 Mio.) im abgelaufenen Geschäftsjahr verringerte. Gegenläufig wirkten primär leicht gesunkene Provisionszahlungen aus dem Bauspargeschäft, die in 2016 eine Höhe von EUR -4,3 Mio. erreichten, was einer Reduzierung von rd. -6,5 % gegenüber dem Vorjahr bedeutet (Vorjahr: EUR -4,6 Mio.). Verteilt auf die Segmente ist zu sagen, dass der im Vergleich zum Vorjahr und im Vergleich zur letztjährigen Prognose gestiegene Provisionsüberschuss im Bereich Immobilien die deutlich niedrigeren Provisionen in den Bereichen Projekte, Private und Institutionelle sowie Firmenkunden nicht kompensieren konnte.

Das Ergebnis des Handelsbestandes beträgt im Berichtszeitraum EUR 0,5 Mio. und liegt damit um EUR 0,1 Mio. über dem Vorjahresergebnis von 0,4 Mio. EUR, kann aber unsere letztjährige Prognose in Höhe von EUR 0,7 Mio. nicht ganz erreichen.

Das sonstige betriebliche Ergebnis liegt im abgelaufenen Geschäftsjahr bei EUR 1,2 Mio. und somit deutlich besser, als im Rahmen der Vorjahresprognose erwartet, was im Wesentlichen auf geringere Rückstellungsbildungen zurückzuführen ist. Das Ergebnis liegt somit um EUR 1,3 Mio. über dem Vorjahreswert (EUR -0,1 Mio.).

Die sonstigen betrieblichen Erträge sind dabei im Vergleich zum Vorjahr von EUR 7,2 Mio. auf nunmehr EUR 5,0 Mio. gesunken. Sie beinhalten im Wesentlichen die Erträge aus Derivaten des Anlagebuches in Höhe von EUR 2,4 Mio. (Vorjahr: EUR 5,8 Mio.).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind in 2016 mit EUR -3,8 Mio. um EUR 3,5 Mio. niedriger als im Vorjahr (EUR -7,3 Mio.). Darin enthalten sind Aufwendungen aus durchgehandelten Derivaten in Höhe von EUR -2,3 Mio. (Vorjahr: EUR -3,2 Mio.), sonstige Rückstellungen in Höhe von EUR -0,8 Mio. (Vorjahr: EUR-3,7 Mio.) sowie sonstige Aufwendungen in Höhe von EUR -0,7 Mio. (Vorjahr: EUR -1,7 Mio.).

Der Verwaltungsaufwand inkl. Abschreibungen auf Sachanlagen und andere immaterielle Vermögensgegenstände hat sich von EUR -81,5 Mio. im Vorjahr auf EUR -87,3 Mio. zum 31.12.2016 erhöht. Dabei zeigt sich der Personalaufwand gegenüber dem Vorjahr (EUR -44,5 Mio.) mit EUR -44,7 Mio. nahezu unverändert, und damit deutlich besser, als in der Prognose aus 2015 unterstellt was im Wesentlichen auf niedrigere Aufwendungen für variable Vergütungen sowie Pensionsrückstellungen zurückzuführen ist. Die anderen Verwaltungsaufwendungen hingegen liegen mit EUR -40,8 Mio. um EUR 5,5 Mio. über dem Vorjahresniveau von EUR -35,3 Mio. und können unsere

letztjährige Prognose somit nicht bestätigen. Wesentlicher Treiber ist dabei die stark gestiegene europäische Bankenabgabe in Höhe von EUR 4,3 Mio. (Vorjahr: EUR 2,8 Mio.), die für viele Institute eine deutliche Mehrbelastung darstellt. Hinzu kommen, wie im Rahmen der letztjährigen Prognose dargestellt, weitere Aufwendungen für DV-Kosten und Beratung im Zusammenhang mit der Anpassung des Informationsrisiko- und Notfallmanagementsystems sowie zur Datensicherheit beim Einsatz individueller Datenverarbeitung. Zusätzlich schlägt sich der Beratungsaufwand aus dem eingangs erwähnten Strategieprojekt wider.

Die Abschreibungen auf Sachanlagen und andere immaterielle Vermögensgegenstände liegen mit EUR -1,7 Mio. auf Vorjahresniveau (EUR -1,7 Mio.).

Das Bewertungsergebnis hat sich im Geschäftsjahr 2016 von EUR -35,3 Mio. auf EUR -20,7 Mio. verbessert. Darin enthalten ist das Bewertungsergebnis aus dem Kredit- und Wertpapiergeschäft sowie die Zuführungen zu den § 340g-Reserven in Höhe von 10,1 Mio EUR (Vorjahr: EUR 25,0 Mio.). Dem entgegen stehen Veräußerungsgewinne aus Beteiligungen in Höhe von EUR 5,0 Mio. (Vorjahr: EUR 4,5 Mio.) sowie Abschreibungen auf Beteiligungen in Höhe von EUR -0,7 Mio. (Vorjahr: EUR 0,0 Mio.).

Die Steuerposition i. H. v. EUR -3,4 Mio. umfasst neben den tatsächlichen Steuern des abgelaufenen Geschäftsjahres i. H. v. EUR -12,8 Mio. (Vorjahr: EUR -18,4 Mio.) ein latentes Steuerergebnis von EUR 3,2 Mio. (Vorjahr: EUR 3,0 Mio.), eine Steuererstattung aus den Vorjahren in Höhe von EUR 5,5 Mio sowie eine Auflösung von Steuerrückstellungen von EUR 0,7 Mio.

Die Kapitalrendite nach § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG, berechnet als Quotient aus Jahresüberschuss nach Steuern und Bilanzsumme beträgt im abgelaufenen Geschäftsjahr 0,8 ‰ (Vorjahr: 1,5 ‰).

Finanzlage

Auch in 2016 ist die Finanzlage der SaarLB unverändert gut.

Die Hypothekendeckung nach § 28 PfandBG liegt mit EUR 585 Mio. um EUR 168 Mio. unter dem Vorjahreswert (EUR 753 Mio.). Bei einer leichten Reduzierung des Pfandbriefumlaufes hat die geringere Deckungsmasse dazu geführt, dass die Überdeckung in 2016 mit ca. 49% um 18 Prozentpunkte unter dem Vorjahresniveau liegt (2015: 67 %) - dies jedoch nach wie vor weit über den regulatorischen Anforderungen.

Die öffentliche Deckungsmasse nach § 28 PfandBG hat sich mit EUR 2.104 Mio. gegenüber dem Vorjahr deutlich erhöht (2015: EUR 1.642 Mio.). Begründet ist dies durch das gute Neugeschäft im Kommunalbereich. Der Umlauf der öffentlichen Pfandbriefe folgte dem Trend und hat sich gegenüber 2015 von EUR 1.198 Mio. auf EUR 1.541 Mio. in 2016 ebenfalls deutlich erhöht. Die Überdeckung liegt mit rund 37 % zum 31.12.2016 auf Vorjahresniveau (37 %) und damit weiterhin deutlich über den regulatorischen Anforderungen.

Die Situation am Kapitalmarkt ist aus Sicht der SaarLB gegenüber dem Geschäftsjahr 2015 weiterhin stabil. Mit annähernd EUR 840 Mio. (2015: EUR 1.027 Mio.) liegt das

platzierte Volumen im Jahresverlauf 2016 unter dem Niveau des Vorjahres. Dies ist darin begründet, dass höheres Kapitalmarktfunding wegen der Ausnutzung alternativer Refinanzierungsquellen (u. a. mittel- bis langfristige Tendergeschäfte mit der Bundesbank, Einlagengeschäft) nicht erforderlich war. Kapitalmarktfunding erfolgte, wie in den vergangenen Jahren, fast ausschließlich im Rahmen von Private Placements bei Kunden und Finanzpartnern. Über die Hälfte der Mittelaufnahmen konnte im Sparkassen- und Landesbankenverbund erfolgen. Die Investorenbindung im Verbund, aber auch außerhalb der Sparkassenfinanzgruppe, ist für die SaarLB daher nach wie vor von zentraler Bedeutung. Somit war die SaarLB im laufenden Geschäftsjahr 2016, wie bereits in 2015, weitestgehend unabhängig vom Kapitalmarkt. Dabei gelang es der SaarLB sich sowohl über unbesicherte Emissionen, als auch über Pfandbriefe zu refinanzieren.

Die Entwicklung der Refinanzierungskonditionen hängen neben dem Bonitätsaufschlag maßgeblich von der Entwicklung der Swap- bzw. Geldmarktkurve ab.

Um die jederzeitige Zahlungsbereitschaft sicherzustellen, hat die SaarLB wie im Vorjahr Sicherheiten in Höhe von ca. EUR 839 Mio. bei der Bundesbank hinterlegt (Vorjahr EUR 961 Mio.). Aufkommende Zahlungsverpflichtungen können somit unabhängig von anderen Refinanzierungsquellen abgedeckt werden.

Zur Darstellung der **Liquiditätssteuerung** verweisen wir auf den Risikobericht. Aufgrund der auf Deutschland und Frankreich fokussierten Geschäftstätigkeit der SaarLB ist der Anteil der Absicherung von Nettopositionen in Fremdwährungen unbedeutend. Sowohl Darlehensneuausreichungen als auch die entsprechenden Refinanzierungen erfolgen primär in EUR.

Die Bank hat sich im Berichtsjahr an den gezielten längerfristigen Refinanzierungsgeschäften (GLRG bzw. TLTRO) im Rahmen des GLRG-II-Programms der EZB bei der Deutschen Bundesbank beteiligt. Beginnend ab Juni 2016 wurden der Landesbank Saar über die Deutsche Bundesbank € 100,0 Mio. zugeteilt. Diese Zuteilung ist mit einer vierjährigen Laufzeit sowie einer freiwilligen Rückzahlungsoption ausgestattet. Die im Rahmen des GLRG II-Programms aufgenommenen Mittel können zwei Jahre nach ihrer Valutierung in vierteljährlichem Rhythmus freiwillig zurückgezahlt werden. Der Zugang der SaarLB zum Geld- und Kapitalmarkt wird durch die Bonitätseinschätzung der zwei internationalen Ratingagenturen FitchRatings (Fitch) und Moody's Investors Service (Moody’s) unterstützt.

Das Langfristrating von Fitch wurde Mitte 2016 nochmals auf A- bestätigt.

Nachdem Moody’s im Juni 2015 – im Nachgang zur Methodikänderung aufgrund der veränderten Berücksichtigung von Supportfaktoren – das Langfristrating von A3 bestätigt und den Outlook auf „Positive“ angehoben hatte, wurde das Langfristrating Anfang 2016 auf A2 angehoben.

Zum 31.12.2016 stellt sich die Ratingeinschätzung der beiden Agenturen wie folgt dar:

Fitch	
Ratingbezeichnung	**Rating**
Long Term Issuer Default Rating	A-, stabil

Short Term Issuer Default Rating	F1
Viability Rating	bb+
Derivative Counterparty Rating	A- (dcr)

Moody's	
Ratingbezeichnung	**Rating**
Long-Term Deposit Rating	A2, stabil
Short-Term Deposit Rating	P-1
Baseline Credit Assessment	ba2
Adjusted Baseline Credit Assessment	baa3
Counterparty Risk Assessment	A2(cr)

Die Verbindlichkeiten der SaarLB stellen sich wie folgt dar:

in Mio. EUR	2016	2015	Δ Mio.	Δ in %
Kreditinstitute	3.227,9	3.577,2	-349,3	-9,8 %
Kunden	5.328,2	5.241,2	87,0	1,7 %
Verbriefte Verbindlichkeiten	3.631,9	3.659,2	-27,3	-0,7 %
Nachrangkapital	25,5	25,5	0,0	0,0 %
Summe der Verbindlichkeiten	**12.213,5**	**12.477,6**	**-264,1**	**-2,1 %**

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** sind im Vergleich zum Vorjahr um EUR -349 Mio. (-10 %) auf EUR 3.228 Mio. gesunken. Dieser Abbau betrifft mit EUR 390 Mio. vor allem Verbindlichkeiten aus Geldmarktgeschäften.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden** haben sich in 2016 um EUR 87 Mio. auf EUR 5.328 Mio. erhöht. Der Anstieg resultiert mit EUR 60 Mio. primär aus Bauspareinlagen.

Die **verbrieften Verbindlichkeiten** sind in 2016 bei einem Rückgang von EUR 27 Mio auf EUR 3.632 Mio. nahezu unverändert. Bei den Restlaufzeiten ergab sich eine Verschiebung von den langen (< 5 Jahre) zu den kürzeren Restlaufzeiten (<= 2 Jahre).

Das **Nachrangkapital** ist mit EUR 26 Mio. unverändert. Tilgungen sowie Neuaufnahmen fanden im abgelaufenen Geschäftsjahr nicht statt.

Die Erhöhung des **bilanziellen Eigenkapitals** ergibt sich aus der Gewinnverwendung für das Geschäftsjahr 2015 und der Zuführung zu den satzungsmäßigen Rücklagen für das Geschäftsjahr 2016; aus dem Bilanzgewinn 2015 wurden EUR 9 Mio. und aus dem Jahresüberschuss 2016 EUR 1 Mio. den Gewinnrücklagen zugeführt. Dem steht ein um EUR 9 Mio. geringerer Bilanzgewinn im Jahr 2016 gegenüber.

Zur Darstellung der **aufsichtsrechtlichen Eigenmittelausstattung** sowie den sich daraus abgeleiteten aufsichtsrechtlichen Kennzahlen wird auf den Abschnitt Risikobericht verwiesen.

Die **außerbilanziellen Verpflichtungen** der SaarLB werden primär durch unwiderrufliche Kreditzusagen sowie Eventualverbindlichkeiten bestimmt. Mit einem Gesamtvolumen von EUR 1.347 Mio. zum 31.12.2016 sind diese Verpflichtungen im

Vergleich zum Vorjahr (EUR 1.490 Mio.) gesunken. Sie sind für die Beurteilung der Finanzlage nur von untergeordneter Bedeutung, da diese im Rahmen des Liquiditätsmanagements bereits berücksichtigt sind.

Zugesagte Kreditlinien zugunsten der SaarLB bestehen nicht.

Die Nutzung derivativer Finanzinstrumente erfolgt zum weitaus größten Teil im Rahmen der Aktiv-Passiv-Steuerung und dient im Wesentlichen der Absicherung eigener Marktrisiken. Das Nominalvolumen ist um EUR 580 Mio. auf EUR 15.409 Mio. (Vorjahr: EUR 14.829 Mio.) gestiegen. Mit rund 96 % betrifft dies – analog zum Vorjahr – Zinsderivate zur Absicherung des Zinsänderungsrisikos.

Die Zahlungsfähigkeit der SaarLB war im Geschäftsjahr 2016 jederzeit gewährleistet.

Vermögenslage

Die **Bilanzsumme** der SaarLB hat sich mit EUR 13.290 Mio. per 31.12.2016 im Vergleich zum 31.12.2015 (EUR 13.566 Mio.) um -2,0 % verringert. Deutliche Rückgänge bei den Forderungen an Kreditinstituten sowie den Wertpapieren konnten nur teilweise durch den Anstieg der Forderungen an Kunden kompensiert werden.

Das **Kreditvolumen** der SaarLB folgt der Entwicklung der Bilanzsumme und ist von EUR 14.683 Mio. um -1,4 % auf EUR 14.475 Mio. im Geschäftsjahr 2016 weiter gesunken.

in Mio. EUR	2016	2015	Δ Mio.	Δ in %
Forderungen an Kreditinstitute	1.601,6	1.825,8	-224,2	-12,3 %
Wertpapiere	2.106,7	2.483,6	-376,9	-15,2 %
Forderungen an Kunden	9.418,9	8.883,9	535,0	6,0 %
Eventualverbindlichkeiten	410,1	421,8	-11,7	-2,8 %
Unwiderrufliche Kreditzusagen	937,2	1.067,8	-130,6	-12,2 %
Kreditvolumen	**14.474,5**	**14.682,9**	**-208,4**	**-1,4 %**

Die **Forderungen an Kreditinstitute** sind gegenüber dem Vorjahr um rund EUR -224 Mio. von EUR 1.826 Mio. zum 31.12.2015 auf EUR 1.602 Mio. zum 31.12.2016 gesunken. Betroffen sind vor allem Forderungen an inländische Kreditinstitute.

Die **Wertpapierbestände** sind im abgelaufenen Geschäftsjahr von EUR 2.484 Mio. auf EUR 2.107 Mio. gesunken (-15,2 %). Ursächlich hierfür war der Rückgang von längerfristigen Anleihen.

Zum Bilanzstichtag bestehen bei Wertpapieren des Anlagevermögens stille Lasten in Höhe von EUR 1,9 Mio. (Vorjahr: EUR 5,4 Mio.), denen stille Reserven von EUR 51,8 Mio. (Vorjahr: EUR 49,0 Mio.) gegenüberstehen.

Die **Forderungen an Kunden**, die primär durch die Kerngeschäftsfelder der Bank determiniert werden, sind deutlich gestiegen. Maßgeblich hierfür war vor allem der Anstieg der Forderungen an öffentliche Haushalte bzw. öffentlich-rechtliche Unternehmen i. H. v. EUR 398 Mio.

Die **Eventualverbindlichkeiten** lagen in 2016 mit EUR 410 Mio. weitgehend auf Vorjahresniveau (Vorjahr: EUR 422 Mio.).

Die **unwiderruflichen Kreditzusagen** sind um EUR 131 Mio. auf EUR 937 Mio zurückgegangen. Ursächlich hierfür war ein Rückgang bei den Zusagen an öffentliche Haushalte um EUR 99 Mio. sowie bei den Unternehmen um EUR 31 Mio.

Risikobericht

Grundlagen der Risikosteuerung und -überwachung

Die Risikosteuerung und -überwachung in der SaarLB erfolgt nach einheitlichen Grundsätzen. Die Steuerung der Tochter- bzw. Beteiligungsunternehmen erfolgt im Rahmen des Beteiligungscontrollings.

Die zentralen Grundsätze der Risikosteuerung und -überwachung sind in der Risikostrategie der SaarLB festgelegt. Der Vorstand regelt hier im Einklang mit der Geschäftsstrategie den Umgang mit den für die SaarLB wesentlichen Risikoarten Adressenrisiken (Adressenausfallrisiken und Credit Spread-Risiken), Marktpreisrisiken, Liquiditätsrisiken, operationelle Risiken, strategische Risiken/Geschäftsrisiken und Reputationsrisiken. Er verantwortet und überwacht die Umsetzung dieser Vorgaben.

Oberstes Ziel aller Geschäftsaktivitäten der SaarLB ist die Erwirtschaftung eines angemessenen und nachhaltigen Ertrags nach Risiken. Risiken dürfen nur insoweit eingegangen werden, wie dies die Risikotragfähigkeit der SaarLB erlaubt. Das Risikomanagementsystem berücksichtigt grundsätzlich weder Diversifikationseffekte zwischen den Risikoarten noch (Ertrags-) Chancen.

Demgemäß werden im Rahmen der Risikostrategie sachgerechte Limite für die wesentlichen Risikoarten gesetzt sowie entsprechende Verfahren für deren Identifikation, Messung und Steuerung definiert. Dabei werden alle Risikopositionen der Bank, der LBS und der Wertpapierspezialfonds in einer integrierten Sicht gemessen und gesteuert.

Es bestehen klar definierte Organisationsstrukturen und Prozesse, an denen sich die Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortungen der Beteiligten ausrichten. Dabei trägt die Aufbauorganisation den aufsichtsrechtlichen Vorschriften der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) und der Capital Requirements Regulation (CRR) an die Funktionstrennung zwischen Markt und Handel (Geschäftsbereiche) einerseits sowie Marktfolge, Handelsabwicklung und Risikocontrolling andererseits Rechnung.

Während die Geschäftsbereiche dem Geschäftsmodell der SaarLB entsprechend ausgerichtet sind, wurden bei der Organisation von Marktfolge und Handelsabwicklung Kernkompetenzen gebündelt.

Die Abteilung Risikocontrolling ist unmittelbar dem Leiter des Ressorts Risiko und Produktion unterstellt. Sie verantwortet das Risikocontrolling aller Risikoarten auf

Portfolioebene. Für die Risikosteuerung und Überwachung der Adressenrisiken auf Einzelengagement- und Teilportfolioebene ist der Unternehmensbereich Marktfolge zuständig. Dabei erfolgt eine integrierte Berichterstattung über alle Risikoarten hinweg im Rahmen eines gemeinsamen MaRisk-Risikoberichtes.

Die Interne Revision ist unmittelbar dem Vorstand unterstellt und disziplinarisch dem Vorsitzenden des Vorstandes zugeordnet. Sie prüft und beurteilt als unabhängiger unternehmensinterner Bereich grundsätzlich alle Aktivitäten und Prozesse der SaarLB, das interne Kontrollsystem sowie das Risikomanagement und -controlling auf der Grundlage eines risikoorientierten Prüfungsansatzes. Dies gilt auch für ausgelagerte Aktivitäten und Prozesse. Die Interne Revision führt ihre Tätigkeiten unter Berücksichtigung der jeweils geltenden gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen (z. B. KWG, MaRisk) aus.

Nach dem zum 1. Januar 2015 in Kraft getretenen Gesetz zur Sanierung und Abwicklung von Instituten und Finanzgruppen (Sanierungs- und Abwicklungsgesetz, SAG) sind grundsätzlich alle Institute verpflichtet, nach Aufforderung durch die BaFin einen Sanierungsplan zu erstellen und innerhalb von sechs Monaten der Aufsicht einzureichen. Dies gilt unabhängig davon, ob eine Sanierung bzw. Abwicklung des Instituts notwendig oder wahrscheinlich erscheint. Auch wenn sie von der BaFin bisher nicht formal dazu aufgefordert wurde, hat die SaarLB im Laufe des Jahres 2015 einen Sanierungsplan erstellt und im November 2015 an die BaFin sowie die Deutsche Bundesbank versendet. Die SaarLB überprüft in einem regelmäßigen Prozess potenziellen Anpassungsbedarf des Plans. Auf Basis der festgelegten Frühwarn- und Sanierungsindikatoren befindet sich die SaarLB in der Phase des gewöhnlichen Geschäftsbetriebs.

Kapitalmanagement

Neben der Einhaltung der ökonomischen Risikotragfähigkeit sind für die SaarLB die aufsichtsrechtlichen Vorschriften der CRR wesentlich für die Beurteilung und Steuerung ihrer Kapitalausstattung.

Aufsichtsrechtliches Kapital

Die SaarLB wendet seit ihrer Zulassung zur Verwendung des auf internen Ratings basierten Ansatzes (IRBA) durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) zum 01.01.2007 die entsprechenden Regeln zur Berechnung der Kapitalanforderungen nach der CRR an. Ergänzend dazu erfolgte mit Bescheid vom 19.03.2015 die Erlaubnis der BaFin hinsichtlich der Verwendung von Techniken zur Kreditrisikominderung gemäß Artikel 143 Abs. 3 CRR.

Das aufsichtsrechtlich relevante Kapital, die so genannten Eigenmittel, setzt sich aus Kernkapital (im Wesentlichen Stammkapital, stille Einlagen sowie Rücklagen

einschließlich der § 340g HGB-Reserve) und Ergänzungskapital (langfristige nachrangige Verbindlichkeiten) jeweils unter Berücksichtigung von Abzugspositionen zusammen.

Die Kennziffern für hartes Kernkapital, Kernkapital und Gesamt-Eigenmittel – das Verhältnis der jeweiligen Eigenmittelkomponente zu den nach den Vorschriften der CRR ermittelten Risikopositionen – dürfen aufsichtsrechtliche Mindest-Vorgaben nicht unterschreiten. In der internen Steuerung hat die SaarLB darüber hinausgehende Vorgaben festgelegt.

Im Rahmen der einen Zeitraum von fünf Jahren umfassenden Mittelfristplanung wird eine nachhaltige Einhaltung der Vorgaben sichergestellt. Für den strategischen Planungsprozess verantwortlich ist der Unternehmensbereich Strategie und Zentraler Stab. Auf Basis der in diesem Prozess festgelegten Rahmenbedingungen planen die Geschäftsbereiche ihre jeweiligen Risikopositionen im Zeitablauf. Sie werden von der für die quantitativen Aspekte der Mittelfristplanung verantwortlichen Abteilung Erfolgscontrolling auf Gesamtbankebene aggregiert und den im Planungszeitraum vorhandenen Eigenmitteln gegenübergestellt. Schließlich werden die zur Einhaltung der Zielwerte erforderlichen Maßnahmen zur Kapitalbeschaffung bzw. zur Kürzung der Geschäftsbereichsplanungen definiert.

Die Kennzahlen nach CRR zum Berichtsstichtag sowie die entsprechenden Vorjahreszahlen sind in der folgenden Übersicht dargestellt. Die SaarLB erstellt seit Mitte 2011 keine aufsichtsrechtliche Gruppenmeldung mehr. Insofern beinhalten die Werte das Einzelinstitut.

Kennzahlen nach CRR (in Mio. EUR bzw. in %)	31.12.2016	31.12.2015
Risikopositionen (Mio. EUR)	5.765	6.251
Eigenmittel	903	881
davon Kernkapital	883	860
davon hartes Kernkapital	672	637
Gesamtkennziffer	15,7 %	14,1 %
Kernkapitalquote	15,3 %	13,8 %
harte Kernkapitalquote	11,7 %	10,2 %

Sowohl die harte Kernkapitalquote, die Kernkapitalquote als auch die Gesamtkennziffer der SaarLB sind im Berichtszeitraum bei rückläufigen Risikopositionen und erhöhten Eigenmitteln merklich gestiegen:

- Der positive Effekt hinsichtlich der harten Kernkapitalquote ergibt sich im Wesentlichen aus (1) dem Rückgang der Risikoaktiva (rund EUR 486 Mio.), (2) Auffüllung der § 340g HGB-Reserve (rund EUR 25 Mio.), sowie (3) Erhöhung der Gewinnrücklagen (rund EUR 11 Mio.).
- Der positive Effekt hinsichtlich der Kernkapitalquote geht auf die Effekte (1), (2), und (3) im harten Kernkapital sowie (4) auf Kündigung stiller Einlagen (rund EUR 14 Mio.) zurück.

- Der positive Effekt hinsichtlich der Eigenmittel geht auf die bereits geschilderten Effekte (1) bis (4) zurück.

Für einen Kapitalbestandteil, der von der BaFin zum 31.12.2014 als hartes Kernkapital anerkannt wurde, laufen derzeit Abstimmungen mit der europäischen Bankenaufsichtsbehörde und der BaFin. Anpassungen der vertraglichen Grundlagen im Sinne der Aufsicht sollen im ersten Halbjahr 2017 vorgenommen werden.

Die aufsichtsrechtlich geforderten Mindestquoten waren auch unter Berücksichtigung institutsspezifischer Kapitalanforderungen der BaFin während des gesamten Berichtszeitraums jederzeit eingehalten, ebenso die strengeren internen Zielquoten der SaarLB. Dies gilt auch für die im Rahmen des aufsichtlichen Überprüfungs- und Bewertungsprozesses (Supervisory Review and Evaluation Process, SREP) seit 30. September 2016 festgelegten Mindestquoten. Die insgesamt gute Eigenmittelausstattung der SaarLB zeigt sich auch im Ergebnis der aufsichtsrechtlich (nach CRR) geforderten Stresstests: Selbst unter Annahme eines konjunkturellen Abschwungs liegt zum Berichtsstichtag die Gesamtkennziffer noch bei 13,4 % (31.12.2015: 12,0%), die Kernkapitalquote bei 13,1 % (31.12.2015: 11,8%), und die harte Kernkapitalquote bei 9,9 % (31.12.2015: 8,7%).

Ökonomisches Kapital (Risikotragfähigkeit)

Neben der Sicherstellung der aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen ist die Sicherung der ökonomischen Risikotragfähigkeit, die sich aus der Gegenüberstellung von Risikokapital (Risikodeckungsmasse) und Risikokapitalbedarf ergibt, zentraler Bestandteil der Steuerung in der SaarLB.

Die Risikodeckungsmasse wurde im Geschäftsjahr 2016 grundsätzlich auf Basis der IFRS-Rechnungslegung ermittelt und gibt Auskunft darüber, bis zu welcher Höhe unerwartete Verluste aus eingegangenen Risiken tatsächlich getragen werden können:[1,2]

[1] Aufgrund des einjährigen Betrachtungszeitraums werden in der Risikodeckungsmasse nicht die Eigenkapitalpositionen zum Stichtag sondern die (ggf. durch Fälligkeiten im Betrachtungszeitraum reduzierten) Werte ein Jahr nach dem Stichtag angesetzt.

[2] Da die SaarLB aufgrund des Verkaufs ihrer wesentlichen Beteiligungen keinen IFRS-Konzernabschluss mehr erstellt, erfolgt ab 2017 die Operationalisierung über HGB-Steuerungsgrößen. Ein Projekt zur Umstellung auf eine HGB-Steuerung wurde eingerichtet.

Komponenten der verfügbaren Deckungsmasse (in Mio. EUR)	31.12.2016	31.12.2015	Delta
Ergebnis nach Steuern (Minimum YtD und HoRe)	67,9	59,2	8,7
+ Grundkapital	250,1	250,1	0,0
+ Kapitalrücklage	69,1	69,1	0,0
+ Gewinnrücklagen	330,2	287,3	42,9
+ Unbefristete stille Einlagen	9,5	9,5	0,0
+ Befristete stille Einlagen	223,6	233,6	-10,0
+ Genussrechte	0,0	0,0	0,0
+ Nachrangige Verbindlichkeiten	25,5	25,5	0,0
+ Neubewertungsrücklage	33,8	68,0	-34,2
Risikodeckungsmasse	**+1.009,7**	**1.002,3**	**7,4**
./. Immaterielle Vermögenswerte	5,0	5,0	0,0
./. Saldo aus stillen Lasten und stillen Reserven aus Wertpapieren (LaR und HtM)	0,0	-2,6	2,6
./. Korrektur Eigenkapital wegen Überhang aus latenten Steuern	-33,8	-26,5	-7,3
Liquidationsdeckungsmasse	**+1.038,5**	**+1.026,4**	**+12,1**
./. Erwartete Verluste des Risikobetrachtungshorizonts	27,6	30,3	-2,7
Verfügbare Deckungsmasse	**+1.010,8**	**+996,0**	**+14,8**

Die Risikodeckungsmasse ist im Vergleich zum Jahresende 2015 vor allem auf Grund der Thesaurierung des Jahresergebnis 2015 gestiegen, die zu höheren Gewinnrücklagen führte. Demgegenüber stand eine deutlich niedrigere Neubewertungsrücklage.

Die verfügbare Deckungsmasse ergibt sich aus der Risikodeckungsmasse durch mindernde Berücksichtigung weiterer Effekte:

- In der Liquidationsdeckungsmasse werden Elemente der Deckungsmasse korrigiert, die im Falle einer Liquidation anders anzurechnen wären.
- Zusätzlich werden Puffer für mögliche Verringerungen der Risikodeckungsmasse im einjährigen Betrachtungshorizont abgesetzt, die in der weiteren Modellierung der ökonomischen Risikotragfähigkeitsrechnung nicht mehr explizit berücksichtigt werden.

Im Rahmen der ökonomischen Risikokapitalsteuerung (ICAAP) überwacht die SaarLB ihr Risikoprofil. Im Geschäftsjahr 2016 wurde in einem mindestens vierteljährlichen Turnus eine Risikotragfähigkeitsrechnung durchgeführt, in der eine Gegenüberstellung von aus der verfügbaren Deckungsmasse allokiertem Risikokapital und Risikokapitalbedarf erfolgt ist. Zur Ermittlung des Risikokapitalbedarfs erfolgt eine konsistente Betrachtung aller wesentlichen Risikoarten. Die Risiken werden auf Gesamtbankebene zu einer Gesamteinschätzung des vorhandenen Risikos zusammengeführt. Dabei wird zur Berechnung des Risikokapitalbedarfs im ICAAP grundsätzlich die Value at Risk (VaR)-Methodik mit einem Konfidenzniveau von 99,95 % angewandt. Die Limitierung erfolgt auf Ebene der einzelnen Risikoarten sowie

übergreifend durch das (insgesamt) allokierte Risikokapital. Annahmen und Ergebnisse der Risikoquantifizierung werden wenigstens jährlich validiert.

Die Ergebnisse der ICAAP-Risikotragfähigkeitsrechnung zum Berichtsstichtag sind in der nachfolgenden Übersicht dargestellt:

Ökonomische Risikotragfähigkeit:	31.12.2016			31.12.2015		
Kapitalbedarfe und Deckungsmasse (in Mio. EUR)	Kapital-bedarf	Limit	Aus-lastung	Kapital-bedarf	Limit	Aus-lastung
Adressenrisiko	165,2	345,0	48 %	188,7	315,0	60 %
davon Ausfallrisiko	(101,1)	(210,0)	48 %	(114,9)	(180,0)	64 %
davon Credit Spread-Risiko	(64,2)	(135,0)	48 %	(73,7)	(135,0)	55 %
Marktrisiko	116,8	180,0	65 %	78,8	150,0	53 %
Operationelles Risiko	25,5	30,0	85 %	6,8	10,0	68 %
Reputationsrisiko	0,0	0,0		0,0	5,0	0 %
Immobilienrisiko	0,0	0,0		12,5	15,0	83 %
Strategisches Risiko/Geschäftsrisiko	48,6	90,0	54 %	75,3	90,0	84 %
Summe	**356,0**	**645,0**	**55 %**	**362,1**	**585,0**	**62 %**
Verfügbare Deckungsmasse	**1.010,8**			**996,0**		
Freie ökon. Deckungsmasse	**654,8**			**633,9**		

Die Risikotragfähigkeit der SaarLB war im gesamten Berichtszeitraum (sowohl insgesamt als auch auf Ebene der einzelnen Risikoarten) jederzeit uneingeschränkt gegeben. Das Immobilienrisiko wird ab 31.12.2016 nicht mehr als wesentliche Risikoart eingestuft und daher in der ICAAP-Risikotragfähigkeitsrechnung nicht mehr explizit berücksichtigt. Das operationelle Risiko wird zum 31.12.2016 erstmals durch eine Szenarioanalyse quantifiziert. Durch diesen Methodenwechsel ergibt sich ein deutlich erhöhter Kapitalbedarf, für den das Limit entsprechend angepasst wurde.

Neben dem ICAAP-Risikokapitalbedarf werden zusätzlich Risikokapitalbedarfe in mehreren Stressszenarien ermittelt, u. a. in einem über alle Risikoarten hinweg unter konsistenten Annahmen modellierten schweren konjunkturellen Abschwung. Bzgl. Adressenrisiken wird bspw. eine branchenspezifische Verschlechterung des Kreditportfolios und eine weitere Ausweitung der Credit Spreads angenommen, für alle anderen Risikoarten gelten ebenfalls verschärfte Annahmen.

Schwerer konjunktureller Abschwung: Kapitalbedarfe und Deckungsmasse (in Mio. EUR)	31.12.2016	31.12.2015
Adressenrisiko	158,5	175,0
davon Ausfallrisiko	(98,2)	(101,9)
davon Credit Spread-Risiko	(60,4)	(73,1)
Marktrisiko	102,1	72,5
Operationelles Risiko	17,0	3,4
Reputationsrisiko	0,0	0,0
Immobilienrisiko	0,0	9,6
Strategisches Risiko/Geschäftsrisiko	30,9	39,7
Summe	**308,5**	**300,2**
Freie ökon. Deckungsmasse	**654,8**	**633,9**
Freie ökon. Deckungsmasse nach Stress	**346,2**	**333,7**

Die Kapitalbedarfe im Stressszenario Schwerer konjunktureller Abschwung sind im Vergleich zum Jahresende 2015 leicht gestiegen, da die höheren Marktpreisrisiken (u.a. bedingt durch eine strategische Investition in DAX-ETF) den Rückgang bei den Adressenrisiken überkompensieren. Gleichzeitig steigt die freie ökonomische Deckungsmasse merklich an. Insgesamt übertrifft die freie ökonomische Deckungsmasse damit auch unter Annahme eines schweren wirtschaftlichen Abschwungs zum Berichtsstichtag die Kapitalbedarfe weiterhin deutlich.

Adressenrisiko (Kreditrisiko)

Unter Adressenrisiko (Kreditrisiko) subsumiert die SaarLB das Adressenausfallrisiko sowie Credit Spread-Risiken. Unter Adressenausfallrisiko versteht die SaarLB das Risiko, dass sich die Bonität eines Geschäftspartners so weit verschlechtert, dass er seinen Zahlungs- oder Lieferverpflichtungen gegenüber der Bank nicht, nicht vollständig und/oder nicht termingerecht nachkommen kann.

Das Credit Spread-Risiko (Bonitätsänderungsrisiko) bezeichnet das Risiko bonitätsinduzierter Kursverluste des Wertpapierbestandes (inkl. Wertpapierpositionen in Spezialfonds, Kreditderivaten und Verbriefungen).

Der Rahmen für das Eingehen von Adressenausfallrisiken wird in der Risikostrategie festgelegt. Im jährlichen Strategieprozess wird aus der Risikodeckungsmasse ein Limit für Adressenausfallrisiken festgelegt. Zur Steuerung und Überwachung von Konzentrationsrisiken werden Limitierungen nach der Bonität von Kreditnehmern bzw. Transaktionen, geografischen Märkten und Branchen vorgenommen.

Die gesamten Abläufe im Kreditgeschäft einschließlich der Steuerungs- und Überwachungssysteme sind umfassend im Anweisungswesen der SaarLB dokumentiert. Die hier definierten Masterprozesse sind segmentübergreifend und einheitlich in allen Marktfolgebereichen implementiert. Das Anweisungswesen wird fortlaufend den sich verändernden internen und externen Anforderungen angepasst. Die Beurteilung der Adressenausfallrisiken erfolgt zunächst auf Ebene einzelner Kreditnehmer und (aufsichtsrechtlicher) Kreditnehmereinheiten (Gruppen verbundener Kunden). Hierbei finden die Ratingverfahren Banken, Corporates (inkl. kommunalnaher Unternehmen), Internationale Gebietskörperschaften, Leasing (Leasinggesellschaften sowie Immobilienleasing), Versicherungen, International Commercial Real Estate, Projektfinanzierungen, Länder- und Transferrisiko sowie DSGV-Haftungsverbund der RSU Rating Service Unit GmbH & Co. KG, München, Anwendung. Ergänzend werden die Module Sparkassen StandardRating (inkl. kommunalnaher Unternehmen) und Sparkassen ImmobiliengeschäftsRating der Sparkassen Rating und Risikosysteme GmbH, Berlin, eingesetzt. Alle genannten Ratingverfahren wurden von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) zur Verwendung im Rahmen des auf internen Ratings basierten Ansatzes (IRBA) bei der Berechnung der Eigenmittelanforderungen nach der Verordnung (EU) 575/2013 (CRR) anerkannt. Sie werden seitens der Bank in Zusammenarbeit mit den genannten Partnern jährlich auf Basis des aktuellen Kreditportfolios validiert.

Wesentliche Eingabeparameter für den quantitativen Teil der innerhalb der Ratingverfahren vorgenommenen Bonitätsanalyse stammen dabei aus einem Bilanzanalysesystem, das die wesentlichen Rechnungslegungsstandards (u. a. HGB, IFRS, US-GAAP) unterstützt und Peergruppen- sowie Branchenvergleiche ermöglicht. Darüber hinaus werden neben dem Bonitätsrating eines Kreditnehmers dort, wo es erforderlich ist, auch Objekt- und Projektrisiken sowie Länder- und Transferrisiken in der Risikobeurteilung berücksichtigt. Im Ergebnis erfolgt auf Basis von Ausfallwahrscheinlichkeiten eine Zuordnung zu einer Ratingklasse auf einer grundsätzlich 25-stufigen Ratingskala.

Zur ökonomischen Risikominderung werden gemäß den Vorgaben der SaarLB bankübliche Sicherheiten, v. a. Grundpfandrechte, Verpfändungen, Zessionen, Sicherungsübereignungen und schuldrechtliche Verpflichtungserklärungen hereingenommen. Sicherheitenbearbeitung und -bewertung sind im Sicherheitenhandbuch geregelt. Die Berechnung und Festsetzung der ermittelten Sicherheitenwerte wird nachvollziehbar dokumentiert. Im Handelsgeschäft mit Derivaten werden Rahmenverträge zur Verrechnung gegenseitiger Risiken (Close-Out-Netting) geschlossen. Mit bestimmten Geschäftspartnern bestehen Sicherheitenvereinbarungen, die das jeweilige Ausfallrisiko auf einen vereinbarten Höchstbetrag begrenzen.

Anhand eines in geeigneter Weise ausgestalteten Frühwarnsystems – u. a. durch monatlich erstellte, auf festen Frühwarnsignalen basierende Frühwarnlisten – werden möglicherweise gefährdete Engagements identifziert und in die geeignete Betreuungsform überführt. Die Intensivbetreuung ist im Markt, die Bearbeitung von Problemkrediten in der Marktfolge angesiedelt.

Den MaRisk Rechnung tragend werden die Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften täglich durch die Handelsabwicklung überwacht. Diese Überwachung umfasst insbesondere das gesamte Geschäft mit derivativen Finanzinstrumenten (Kontrahentenrisiko). Systemunterstützt und bankweit einheitlich werden alle mit einem Kunden getätigten Handelsgeschäfte in Anlehnung an die Vorschriften zur Marktbewertungsmethode nach CRR auf die ihm eingeräumten Kontrahentenlimite, die ggf. auch ein Settlement-Limit umfassen, angerechnet.

Bei der Steuerung und Überwachung von Adressenausfallrisiken auf Gesamtbankebene ist das interne Rating von zentraler Bedeutung. Über die Risikostrategie sind die Nettoengagementgrenzen für Gruppen verbundener Kunden in Abhängigkeit von Ratingklassen, aus der Geschäftsstrategie abgeleiteten Märkten und Segmenten klar definiert. Darüber hinaus soll in von der Bank identifizierten Risikobranchen nur selektiv Neugeschäft zur Verbesserung des jeweiligen Branchenportfolios eingegangen werden. Strenge Nebenbedingung ist schließlich eine am Risiko orientierte Preisgestaltung, die durch ein entsprechendes Kalkulationsinstrument unterstützt wird.

Die Einhaltung der Risikostrategie wird im Rahmen jeder wesentlichen Kreditentscheidung einzelfallbezogen durch die zuständigen Markt- und Marktfolgebereiche überprüft.

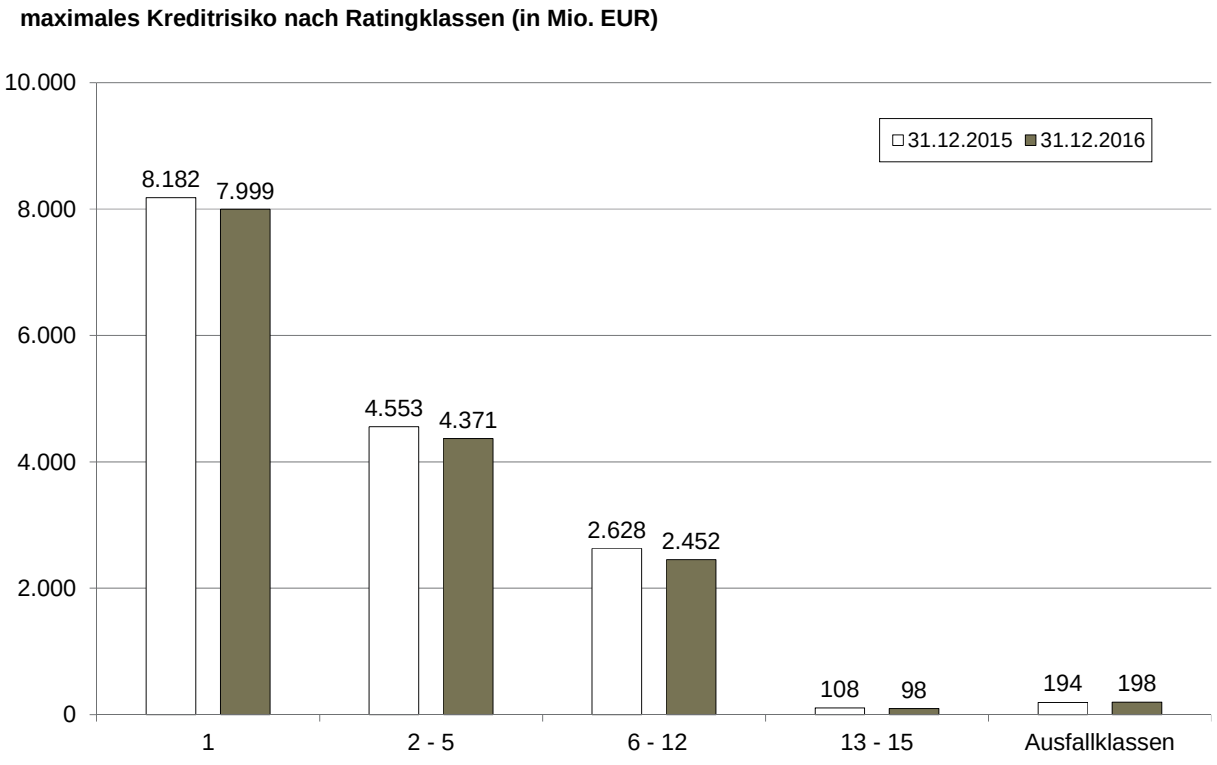
Der vierteljährlich erstellte MaRisk-Risikobericht an den Gesamtvorstand und den Risikoausschuss der SaarLB beinhaltet eine Analyse des Kreditportfolios, vor allem unter den Gesichtspunkten Ratingklassen-, Branchen- und Ländergliederung, sowie einen zusammenfassenden Soll-Ist-Abgleich mit der Risikostrategie.

Zur Risikoanalyse auf Portfolioebene verwendet die SaarLB insbesondere für die Risikotragfähigkeitsrechnung das Kreditportfoliomodell „CreditRisk+“. Im Kreditportfoliomodell wird der gesamte mit Adressenausfallrisiken behaftete Forderungsbestand der SaarLB betrachtet, jeweils gewichtet mit den individuellen, aus den Ratingklassen abgeleiteten Ausfallwahrscheinlichkeiten der einzelnen Kreditnehmer. Wesentliche Ausgabegröße ist der Credit-Value at Risk, der sich aufteilt in einen erwarteten Verlust (expected loss), der über die risikoorientierte Preisgestaltung berücksichtigt wird, und in einen unerwarteten Verlust (unexpected loss). Sowohl der

erwartete als auch der unerwartete Verlust sind im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung durch Risikokapital zu decken.

Portfolioanalyse (ökonomisch)

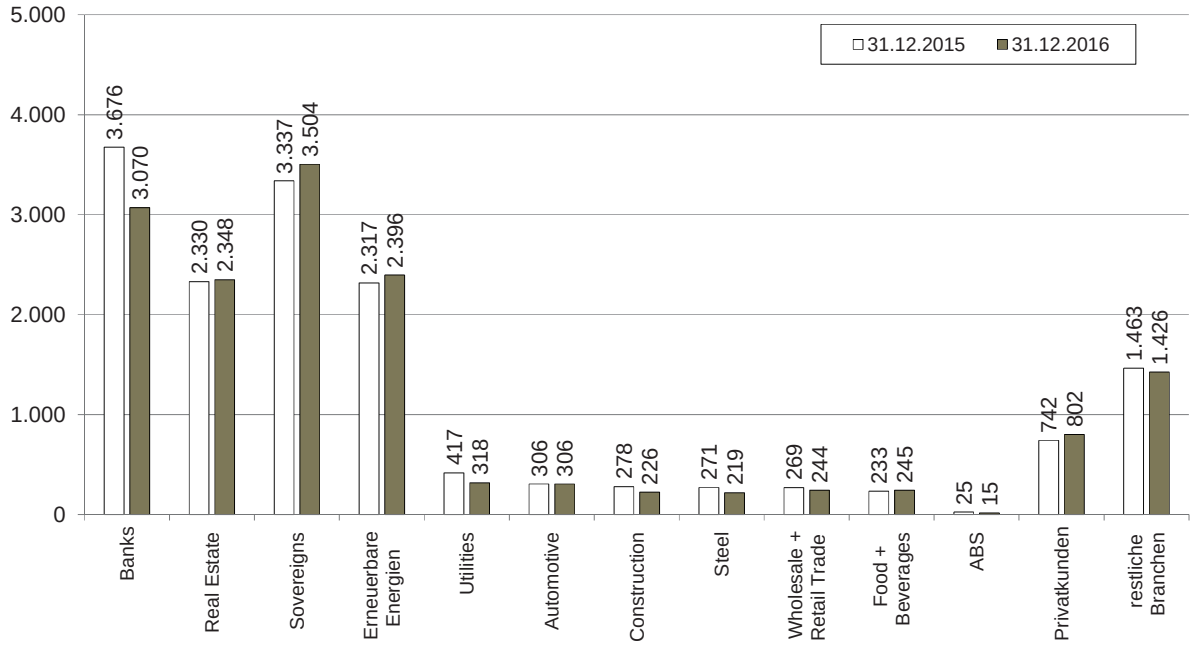
Die Darstellungen in den nachfolgenden Kapiteln „Portfolioanalyse (ökonomisch)“ und „Teilportfolien mit erhöhtem Risikoprofil“ basieren auf der internen Risikosteuerung, nach der zum Berichtsstichtag ein maximales Kreditrisiko von EUR 15.119 Mio. bestand (zum 31.12.2015: EUR 15.665 Mio.). Somit wurden Kreditrisiken in Höhe von EUR 546 Mio. abgebaut.



Zum Berichtsstichtag liegen rund 82 % des Kreditrisikos im Investment Grade-Bereich (Ratingklassen 1 bis 5 nach DSGV-Skala). Zum 31.12.2015 betrug der Anteil rund 81%.

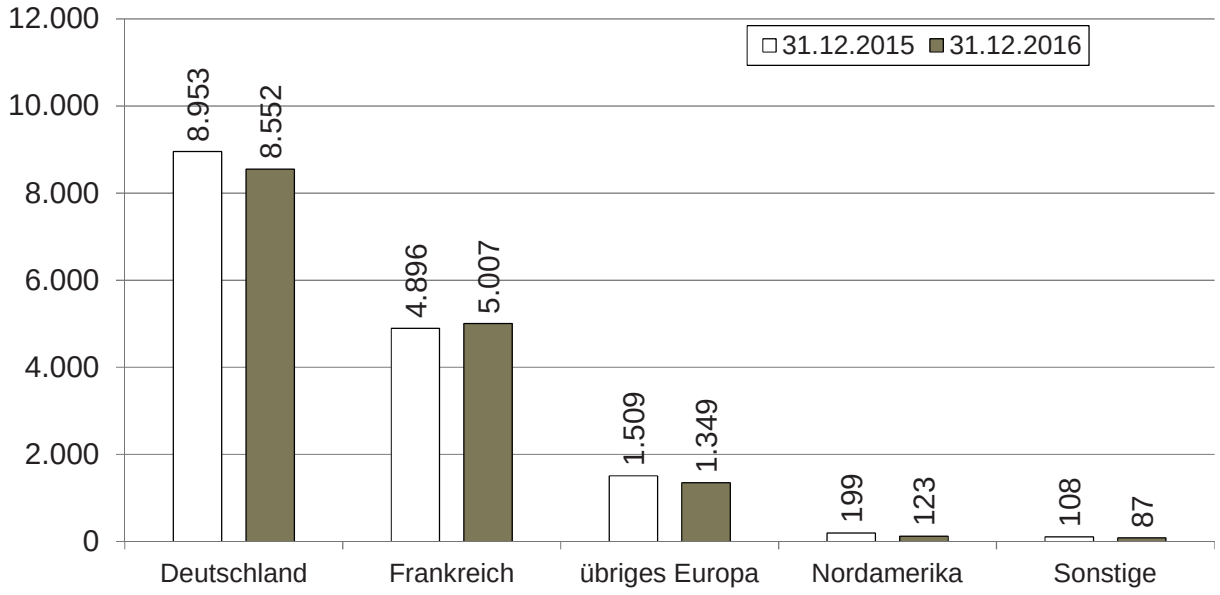
Für die wirtschaftliche Steuerung und strategische Ausrichtung des Branchen-Kreditrisikos wird in der SaarLB auf Kreditnehmerebene ein wertschöpfungs- und risikoorientierter Gruppierungsschlüssel verwendet, der das Kreditrisiko in 32 Branchengruppen strukturiert. Das Kreditrisiko nach Branchengruppen verteilt sich wie folgt:

maximales Kreditrisiko nach Branchen (in Mio. EUR)



Das Branchenportfolio – insbesondere das Corporates-Portfolio – der SaarLB ist weiterhin gut diversifiziert. Der größte Anteil des Portfolios (rund 23%) entfällt zum Berichtsstichtag auf die Branche Sovereigns gefolgt von den Branchen Banks (rund 20%), Erneuerbare Energien (rund 16%) und Real Estate (rund 16%). Im Berichtszeitraum wurde das Kreditrisiko der Branche Sovereigns um rund EUR 167 Mio. erhöht, während es in den Branchen Banks um EUR 606 Mio. und Utilities um EUR 99 Mio. deutlich reduziert wurde.

Maximales Kreditrisiko nach Regionen (in Mio. EUR)



Die SaarLB verwendet für die Darstellung der Verteilung des Kreditrisikos nach Ländern standardmäßig auf Einzelländerebene die offiziellen Bundesbankschlüssel. Kreditnehmer werden dabei gemäß dem jeweils maßgeblichen Länderrisiko verschlüsselt, das bspw. bei unselbstständigen Niederlassungen nicht dem des Sitzlandes entsprechen muss. Regionengruppierungen erfolgen dann unter Berücksichtigung globaler und regionaler wirtschaftlicher Verflechtungen. Der Schwerpunkt des Länderportfolios der SaarLB liegt mit einem Anteil von rund 90 % (zum 31.12.2015: 88 %) des Kreditrisikos in den von ihr definierten Zielmärkten Deutschland und Frankreich. Weitere 9 % (zum 31.12.2015: 10 %) betreffen Engagements im übrigen Europa, wobei sich die Kreditrisiken der PIIGS-Staaten (Portugal, Irland, Italien, Griechenland und Spanien) auf insgesamt EUR 242 Mio. (zum 31.12.2015: EUR 280 Mio.) belaufen, davon 89 % (zum 31.12.2015: 82 %) im Investment Grade. Das Exposure von Kreditnehmern im Vereinigten Königreich beträgt EUR 87 Mio. (zum 31.12.2015: EUR 114 Mio.), darunter 99 % (zum 31.12.2015: 99%) im Investment Grade. Im Berichtszeitraum wurde das Volumen in fast allen betrachteten Regionen reduziert, u. a. in Deutschland um EUR 401 Mio. oder dem übrigen Europa um rd. EUR 163 Mio. Lediglich in Frankreich wurde das Volumen um rd. EUR 111 Mio. erhöht.

Banken: maximales Kreditrisiko (in Mio. EUR) Regionen	31.12.2016	31.12.2015
Deutschland	2.201	2.575
Frankreich	123	219
übriges Europa	590	706
Nordamerika	79	100
Sonstige	79	77
Gesamt	3.070	**3.676**

Forderungen an Kreditinstitute einschließlich des Bestandes an kreditersetzenden Wertpapieren bestehen überwiegend gegen Institute mit Sitz in Europa und dort mehrheitlich gegen deutsche Kreditinstitute. Über alle Regionen hinweg sinkt das Kreditrisiko gegenüber Banken im Berichtszeitraum um insgesamt EUR 606 Mio., absolut gesehen am deutlichsten in Deutschland um EUR 374 Mio., prozentual mit minus 44 % am stärksten in Frankreich.

Nichtbanken: maximales Kreditrisiko (in Mio. EUR) per 31.12.2016 Regionen	Deutsch-land	Frank-reich	übriges West-europa	Nord-amerika	Sonstige	Summe	31.12.2015 Summe
Sovereigns	2.323	932	210	0	39	3.504	3.337
Real Estate	1.110	987	224	28	0	2.348	2.330
Automotive	278	25	2	1	0	306	306
ABS	0	0	14	1	0	15	25
Wholesale + Retail Trade	233	11	0	0	0	244	269
Construction	155	61	10	0	0	226	278
Utilities	251	24	42	0	0	318	417
Steel	206	3	10	0	0	219	271
Erneuerbare Energien	370	2.027	0	0	0	2.396	2.317
Food + Beverages	100	100	41	4	0	245	233
Privatkunden	419	376	8	0	0	802	742
restliche Branchen	908	340	164	10	4	1.426	1.463
Gesamt	**6.352**	**4.885**	**725**	**44**	**43**	**12.048**	**11.989**

Forderungen an Kunden einschließlich des Bestandes an kreditersetzenden Wertpapieren bestehen mit rund 99 % (31.12.2015: rund 99 %) überwiegend gegen Kunden mit (Wohn-)Sitz in Westeuropa. Unter diesen Kunden stellen die deutschen und französischen mit rund 93 % (31.12.2015: rund 93%) den größten Anteil.

Banken: maximales Kreditrisiko (in Mio. EUR) Grössenklassen	31.12.2016	31.12.2015
bis 1 Mio. EUR	37	34
> 1 Mio. EUR bis 5 Mio. EUR	113	151
> 5 Mio. EUR bis 10 Mio. EUR	45	107
> 10 Mio. EUR bis 20 Mio. EUR	587	457
> 20 Mio. EUR bis 50 Mio. EUR	711	1.073
> 50 Mio. EUR bis 100 Mio. EUR	672	815
> 100 Mio. EUR bis 250 Mio. EUR	904	522
> 250 Mio. EUR bis 500 Mio. EUR	0	520
> 500 Mio. EUR bis 1 Mrd. EUR	0	0
> 1 Mrd. EUR bis 2,5 Mrd. EUR	0	0
Gesamt	**3.070**	**3.676**

Das Geschäft mit Kreditinstituten erfolgt überwiegend in größeren Abschnitten, allerdings sind die Größenklassen größer EUR 250 Mio. zum aktuellen Berichtsstichtag nicht besetzt.

Nichtbanken: maximales Kreditrisiko (in Mio. EUR) Grössenklassen	31.12.2016	31.12.2015
bis 1 Mio. EUR	767	749
> 1 Mio. EUR bis 5 Mio. EUR	1.229	1.204
> 5 Mio. EUR bis 10 Mio. EUR	2.079	1.975
> 10 Mio. EUR bis 20 Mio. EUR	3.490	3.092
> 20 Mio. EUR bis 50 Mio. EUR	2.961	3.378
> 50 Mio. EUR bis 100 Mio. EUR	786	783
> 100 Mio. EUR bis 250 Mio. EUR	112	219
> 250 Mio. EUR bis 500 Mio. EUR	625	589
Gesamt	**12.048**	**11.989**

Die Kundenforderungen sind aus Sicht der Größenklassengliederung gut diversifiziert.

Teilportfolien mit erhöhtem Risikoprofil

Aufgrund der Staatsschuldenkrise im Euroraum werden Engagements in Portugal, Irland, Italien, Griechenland und Spanien („PIIGS“-Länder) weiterhin besonders aufmerksam beobachtet.

PIIGS-Exposures: maximales Kreditrisiko (in Mio. EUR) Länder	31.12.2016	31.12.2015
Portugal	4	8
Italien	108	136
Irland	12	10
Griechenland	0	0
Spanien	119	125
Gesamt	**242**	**280**

Der Kreditbestand in den PIIGS-Staaten wurde im Berichtszeitraum um rund. EUR 38 Mio. abgebaut, größtenteils in Italien (28 EUR Mio.). Das maximale Kreditrisiko liegt am Berichtsstichtag zu 89 % im Investmentgrade (zum 31.12.2015: 82 %). Ein Exposure in Griechenland liegt zum Berichts- wie zum Vergleichsstichtag nicht vor.

PIIGS-Exposures: maximales Kreditrisiko (in Mio. EUR) Branchen	31.12.2016	31.12.2015
Sovereigns	70	74
Banks	26	56
Logistics	52	53
Telecom	41	41
Real Estate	20	21
Utilities	20	19
ABS	12	14
Sonstige	2	2
Gesamt	**242**	**280**

Die SaarLB hält zum Berichtsstichtag Forderungen mit einem maximalen Kreditrisiko in Höhe von EUR 70 Mio. gegenüber Sovereigns in den PIIGS-Staaten (zum 31.12.2015: EUR 74 Mio.). Der Großteil hiervon ist Italien (77 %) gefolgt von Spanien (16%) und Irland (6%) zuzuordnen. In Portugal sind keine nennenswerten Forderungen gegenüber Sovereigns mehr vorhanden. Der deutlichste Abbau erfolgte in der Branche Banken (EUR 30 Mio.), gefolgt von Verbriefungen (ABS) in Höhe von EUR 2 Mio. Zum aktuellen Berichtsstichtag sind damit keine relevanten Volumina mehr in italienischen Banken investiert (nur noch rund EUR 0,5 Mio.), welche hauptsächlich von den Spezialfonds der SaarLB gehalten werden. Alle übrigen Branchen verblieben auf nahezu konstantem Niveau. Wertminderungen waren zum Berichtsstichtag nicht zu berücksichtigen.

Zum Berichtsstichtag hielt die SaarLB ein Exposure von EUR 87 Mio. im Vereinigten Königreich. Mit insgesamt 70 Mio. EUR stellt die Branche Banks den Großteil des Exposures. Die volumenmäßig nächst größere Branche ist Food and Beverages (8 Mio. EUR). Alle übrigen Branchen spielen nur eine untergeordnete Rolle. Der Großteil des

Exposures im Vereinigten Königreich wird durch die Spezialfonds von SaarLB und LBS gehalten. Das Exposure ist nahezu ausschließlich im Investment Grade-Bereich geratet. Wir schätzen die aus dem Brexit resultierenden Risiken für dieses Exposure daher als überschaubar ein.

Risikovorsorge

Alle Engagements mit Adressenausfallrisiken unterliegen im Rahmen der Risikoüberwachung einem fest definierten Frühwarn-, Intensivbetreuungs-, Problemkreditbehandlungsprozess mit entsprechenden Anweisungen und Policies. Im Rahmen dieses Prozesses werden Engagements mit eingetretenen Risikosignalen in eine dem Risikogehalt adäquate Betreuungsform überführt und klassifiziert. Basis dafür sind fest definierte harte Kriterien, die zu einer Aufnahme in die monatliche Frühwarnliste bzw. direkt zu einer Zuordnung in die entsprechende Betreuungsform führen.

Als Impairment Trigger werden objektive Hinweise verwendet, die auf eine Wertminderung des Engagements hinweisen. Diese sind u. a.:

- deutliche Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse
- Erwartung niedrigerer zukünftiger Zahlungsströme als die vereinbarten
- bonitätsinduzierte Leistungsstörung
- Zugeständnisse an den Kreditnehmer aufgrund wirtschaftlicher oder rechtlicher Gründe im Zusammenhang mit finanziellen Schwierigkeiten
- wesentliche Vertragsverletzungen wie bspw. Antrag auf Stundung
- hohe Wahrscheinlichkeit eines Insolvenzverfahrens oder eines sonstigen Sanierungsfalls des Schuldners
- Wegfall eines aktiven Marktes für diesen finanziellen Vermögenswert aufgrund finanzieller Schwierigkeiten
- wesentlicher oder anhaltender Rückgang des beizulegenden Zeitwertes unter die Anschaffungskosten

Wenn die Risikoanalyse des Kredites zeigt, dass die vertragskonforme Rückführung bzw. Vereinnahmung aller kreditvertraglichen Entgelte unwahrscheinlich ist, wird eine Risikovorsorge gebildet. Die Berechnung der Risikovorsorge wird pro Geschäft vorgenommen und berücksichtigt alle Adressenausfallrisiken. Die Festlegung der Höhe der Wertberichtigung erfolgt dabei unter Berücksichtigung bestehender Besicherung grundsätzlich durch Gegenüberstellung des Buchwerts der Forderung mit den künftig zu erwartenden Cashflows, die mit dem ursprünglichen Effektivzinssatz diskontiert werden.

Einzelwertberichtigungen werden auch für die Engagements gebildet, bei denen die vollständige Rückführung der Kredite ausschließlich aufgrund von Länderrisiko unwahrscheinlich ist.

Bei der Risikovorsorgebildung wird zwischen Einzelwertberichtigungen für bestehende Forderungen und Rückstellungen für künftige Inanspruchnahmen (Rückstellungen für außerbilanzielle Geschäfte im Kreditgeschäft) unterschieden. Uneinbringliche Finanzinstrumente werden ausgebucht.

Für alle im Rahmen der Risikoüberwachung im Berichtsjahr tatsächlich erkennbaren Verlustpotenziale wurde in angemessener Weise vorgesorgt. Die Risikovorsorge hat sich wie folgt entwickelt:

Risikovorsorge für Einzelrisiken in Mio. EUR	01.01.2016- 31.12.2016	01.01.2015- 31.12.2015
Anfangsbestand	**116,4**	**125,9**
Auflösung	-15,9	-18,7
Verbrauch	-23,0	-14,1
Zuführung	24,4	23,3
Endbestand	**101,9**	**116,4**

Die Direktabschreibungen betrugen einschließlich der unmittelbar bonitätsbedingten Wertkorrekturen und Veräußerungsverluste in den Wertpapieren des Anlagebestandes inkl. Wertpapierspezialfonds EUR 0,1 Mio. (per 31.12.2015: EUR 0,4 Mio.). Dem standen Eingänge auf abgeschriebenen Forderungen und unmittelbar bonitätsbedingte Veräußerungsgewinne in den Wertpapieren des Anlagebestandes inkl. Wertpapierspezialfonds in Höhe von EUR 0,8 Mio. (per 31.12.2015: EUR 1,5 Mio.) gegenüber. Schließlich bestehen für latente Risiken Pauschalwertberichtigungen in Höhe von EUR 15,3 Mio. (per 31.12.2015: EUR 17,0 Mio.).

Marktpreisrisiko

Das Marktpreisrisiko bezeichnet das Risiko von (Bewertungs-)Verlusten in offenen (Handels-) Positionen durch ungünstige Marktpreisveränderungen. Für die SaarLB relevante Marktpreise sind insbesondere EUR-Zinssätze, Aktienkurse und Währungskurse. Offene Positionen resultieren aus Kassa-, Termin- und Optionsgeschäften.

Die strategischen Grundsätze des Umgangs mit Marktpreisrisiken in der SaarLB sind in der Risikostrategie definiert. Die Aufbauorganisation des Handelsgeschäfts entspricht den Anforderungen der MaRisk. Der Bereich Treasury und Portfoliomanagement umfasst das Handelsgeschäft in Zinsprodukten und Devisen sowie das Aktiv-Passiv-Management, das die Zinsrisiken aus dem Bankbuch aktiv steuert; die Abteilung Produktmanagement sowie der Bereich Private und Institutionelle verantworten das Sales-Geschäft in Zinsprodukten und Devisen. Die Abwicklung der Handelsgeschäfte erfolgt im Bereich Recht und Services. Für die Überwachung und Steuerung der Marktrisiken sowie für die methodische Entwicklung des hierzu erforderlichen Instrumentariums ist die Abteilung Risikocontrolling verantwortlich. Die SaarLB limitiert sowohl Marktpreisrisiken des Handelsbuches als auch Marktpreisrisiken des Anlagebuches, insbesondere Zinsänderungsrisiken, nach einem einheitlichen Value at Risk (VaR)-Ansatz: Das Risikocontrolling überwacht die Risiken in mehreren Sparten und berücksichtigt dabei nicht nur die Risiken aus dem Handel im engeren Sinne, sondern auch aus den Positionen des Aktiv-Passiv-Managements, welche wesentliche Zinsänderungsrisiken der Bank beinhalten können.

Die Risiken aller Sparten fließen in die Risikotagesmeldung mit einer Haltedauerannahme von 10 Handelstagen und einem einseitigen Konfidenzniveau von 99,95 % ein. Bei der Zusammenfassung der Risiken werden Korrelationen außer Acht gelassen, die eine risikoreduzierende Darstellung ermöglichen würden. Die Risikokennzahlen werden grundsätzlich mittels einer historischen Simulation berechnet, wobei die verwendeten Zeitreihen regelmäßig aktualisiert werden. In der Sparte Devisen-Bankbuch und -Sales erfolgt die Risikoberechnung mit Hilfe von Risikoparametern, die auf weit in die Vergangenheit reichenden Zeitreihen basieren.

Abgeleitet aus der Risikodeckungsmasse legt der Vorstand je Sparte eine Verlustpotenzialobergrenze (VaR-Limit) sowie für die Handelsbuchsparten Renten-Sales und Devisen-Bankbuch und -Sales eine Verlustobergrenze (Planabweichungslimit) fest. Zu keinem Zeitpunkt darf der in einer Sparte täglich errechnete Value at Risk das zugeordnete VaR-Limit überschreiten. Gleichzeitig darf in den Handelsbuchsparten eine negative Abweichung des operativen Ergebnisses vom jeweiligen zeitanteiligen Planwert in einer Sparte dessen Planabweichungslimit nicht übersteigen. Das Planabweichungslimit beträgt regelmäßig jeweils 50 % des Planwertes einer Sparte. Die VaR-Limite können durch vom Handelsvorstand festgelegte Richtwerte für Bestandsobergrenzen und sonstige restriktive Vereinbarungen fallweise ergänzt werden.

Beim VaR werden Brutto- und Netto-VaR unterschieden. Während der Brutto-VaR ausschließlich das Risiko aus bestehenden offenen Positionen angibt, werden bei Handelsbuchsparten in den Netto-VaR negative operative Ergebnisse einbezogen (selbstverzehrendes Limit).

Die folgende Tabelle beschreibt das Risiko verschiedener Marktpreisrisikoarten im Berichtszeitraum sowie im Vergleichszeitraum. Bei den aufgeführten Werten handelt es sich um den Brutto-VaR.

Marktpreisrisiko SaarLB: Brutto-VaR (in Mio. EUR)	12-Monats-Zeitraum bis 31.12.2016			12-Monats-Zeitraum bis 31.12.2015		
	Durch-schnitt	Maxi-mum	Mini-mum	Durch-schnitt	Maxi-mum	Mini-mum
Zins-VaR	18,0	20,9	12,7	12,8	16,4	10,3
FX-VaR	0,9	1,7	0,1	1,1	1,9	0,6
Aktien-VaR	5,2	7,2	1,6	2,7	4,4	0,7
Gesamt-VaR	**24,2**	**27,8**	**18,0**	**16,7**	**21,6**	**12,4**

Die Berichterstattung an alle am Risikoüberwachungs- und steuerungsprozess beteiligten Bereiche einschließlich Vorstand erfolgt jeweils zu Beginn eines Handelstages. Die Darstellung umfasst operative Ergebnisse sowie VaR und Limitauslastung des vorangegangenen Handelstages.

Für den unter Berücksichtigung der negativen operativen Ergebnisse ermittelten (Netto-) VaR wurden aus der Risikodeckungsmasse der SaarLB zum Berichtsstichtag Limite in Höhe von insgesamt EUR 36,0 Mio. (zum 31.12.2015: EUR 29,5 Mio.) auf die einzelnen Sparten allokiert. Diese Limite waren (über alle Sparten) im Berichtszeitraum durchschnittlich mit 68,8 % (in 2015: 56,8 %) beansprucht, wobei die Auslastung zwischen einem Minimum von 52,9 % (in 2015: 38,8 %) und einem Maximum von 81,8 % (in 2015: 73,4 %) schwankte[3]. Letzteres entsprach – in absoluten Werten ausgedrückt – einem Verlustpotenzial in Höhe von EUR 28,1 Mio. (in 2015: EUR 21,6 Mio.). Zum Berichtsstichtag betrug der (Netto-)VaR aus Marktrisiken EUR 26,5 Mio. (zum 31.12.2015: EUR 20,0 Mio.)

Das beschriebene Instrumentarium wird laufend den sich verändernden Gegebenheiten angepasst. Insbesondere werden die verwendeten Risikoquantifizierungsmethoden im Rahmen eines Backtesting-Verfahrens halbjährlich validiert und entsprechend fortentwickelt. Die Risikoparameter werden turnusgemäß quartalsweise aktualisiert.

[3] In der obigen Tabelle werden die Minima (Maxima) des Brutto-VaR der jeweiligen Marktpreisrisikoart summiert, während hier das Minimum (Maximum) des Netto-VaR, d.h. inkl. eventuell durchgeführter Berücksichtigung von negativen operativen Ergebnissen, über alle Marktpreisrisikoarten hinweg angegeben ist.

Im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung werden die Verlustpotenziale der täglichen Steuerung auf SaarLB-einheitliche Werte von Konfidenzniveau und Haltedauer skaliert. Über die Quantifizierung des ICAAP-Risikokapitalbedarfs hinaus erfolgen hier auch zukunftsorientierte Analysen unter Annahme außergewöhnlicher Marktpreisänderungen (Stressszenarien).

Speziell für das Zinsänderungsrisiko im Anlagebuch wurden nach Vorgabe der Deutschen Bundesbank monatlich Zinsänderungen von +/-200 Basispunkten quantifiziert. Die ermittelten Barwertänderungen im Verhältnis zum haftenden Eigenkapital lagen (bei SaarLB inkl. LBS ebenso wie bei der LBS selbst) im Berichtszeitraum unter den aufsichtsrechtlichen Schwellenwerten.

Liquiditätsrisiko

Unter Liquiditätsrisiko versteht die SaarLB im Wesentlichen Zahlungsunfähigkeitsrisiko (Liquiditätsrisiko i.e.S.), aber auch das Liquiditätsfristentransformationsrisiko, jeweils unter Berücksichtigung von Marktliquiditätsrisiko und Refinanzierungsrisiko.

Die strategischen Grundsätze des Umgangs mit Liquiditätsrisiken in der SaarLB sind in der Risikostrategie und der Liquiditätssicherungsplanung festgelegt. Übergeordnetes Ziel von Liquiditätsrisikosteuerung und -controlling ist die Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungs- und Refinanzierungsfähigkeit der SaarLB.

Die Liquiditätssteuerung liegt in der Verantwortung der Abteilung Treasury, zu der auch der Geldhandel zählt, der für den Liquiditätsausgleich am Markt in Fristigkeiten bis zu einem Jahr zuständig ist. Das Liquiditätsrisikocontrolling erfolgt in der Abteilung Risikocontrolling.

Im Rahmen der Messung von Liquiditätsrisiken werden alle Liquiditätsabläufe (Zahlungsein- und -ausgänge) der Bank berücksichtigt. Diese umfassen neben deterministischen Zahlungsströmen auch die auf Basis von Annahmen modellierten, relevanten nichtdeterministischen Zahlungsströme (z. B. aus unwiderruflichen Kreditzusagen oder Sichteinlagen). Das dem gegenüberstehende Fundingpotenzial beinhaltet u. a. den frei verfügbaren Zugang zu Zentralbankgeld bei der EZB, kurzfristig veräußer- bzw. beleihbare Wertpapiere sowie das Potenzial für kurzfristig platzierbare Pfandbriefemissionen und quantifiziert damit die Möglichkeit zur Abdeckung von (negativen) Liquiditätsabläufen.

Die SaarLB misst und steuert Liquiditätsrisiken in vier Szenarien:

- **Szenario Basis (Planungssicht)**

  Abbildung der „gewöhnlichen“ Geschäftstätigkeit durch die Berücksichtigung der vertraglichen Kapitalfälligkeiten und Annahme von gleichwertigem Neugeschäft bei Fälligkeit.

- **Szenario Bankstress**

  Abbildung eines signifikanten Downgrades der SaarLB, welcher zu Liquiditätsabflüssen von privaten und institutionellen Geldgebern sowie zu dem Wegfall von Eigenemissionen führt (Abflüsse variabler Bestände). Des Weiteren ist das Funding durch die Vergabe von ungedeckten Papieren nicht mehr möglich.

- **Szenario Marktstress**

  Abbildung einer Kapitalmarktstörung (Vertrauensverlust auf dem Interbankenmarkt), welche sich auf die Liquiditätsbeschaffung auswirkt und zu Liquiditätsabflüssen durch die Valutierung der offenen Zusagen von gewerblichen Kunden führt.

- **Szenario Kombination**

  Simultane Abbildung der Effekte der Szenarien Bankstress und Marktstress.

Zur Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit auch in Krisensituationen verfügt die SaarLB über ein angemessenes Fundingpotenzial. Es setzt sich unter anderem aus Wertpapieren, bei der Bundesbank eingereichten Kreditforderungen und dem Deckungsregisterpotenzial zusammen. Zum Berichtszeitpunkt verfügte die SaarLB über ein freies Fundingpotenzial i.H.v. EUR 1,4 Mrd. (zum 31.12.2015: EUR 1,5 Mrd.) Ein ausreichendes Fundingpotenzial gewährleistet, dass etwaige ungeplante Zahlungsanforderungen bei Bedarf taggleich abgedeckt werden können. Dabei hat die SaarLB ihren kurzfristigen Liquiditätsbedarf so limitiert, dass der Überhang aus Passivfälligkeiten im Overnight-Bereich auf den in diesem Zeitpunkt frei verfügbaren Zugang zu Zentralbankgeld begrenzt ist.

Der kurzfristige Refinanzierungsbedarf nach BTR 3.2 MaRisk wird durch ausschließliche Anrechnung hochliquider Wertpapiere (sowohl EZB-fähig als auch GC Pooling-fähig) im Fundingpotenzial abgebildet. Dieses sollte in der handelstäglich fortgeschriebenen Wochen-Sicht zur Abdeckung der Liquiditätsabläufe ausreichen, die aus dem Szenario Kombination resultieren.

Das Volumen an hochliquiden Wertpapieren liegt zum Berichtsstichtag bei rund EUR 0,9 Mrd. (zum 31.12.2015: EUR 1,1 Mrd.). Aufkommende Zahlungsverpflichtungen können bei Bedarf nach wie vor weitgehend unabhängig von anderen Refinanzierungsquellen abgedeckt werden. Auf einen Rückgriff auf die Overnight-

Fazilität der EZB konnte im Berichtszeitraum (wie auch in den vergangenen Jahren) verzichtet werden.

Die Liquiditätssteuerung und -überwachung für den Zeitraum der jeweils kommenden 180 Tage erfolgt anhand der Gegenüberstellung der kumulierten Liquiditätsablaufbilanz mit dem kumulierten Fundingpotenzial. Die Auslastungen des Fundingpotenzials werden dabei anhand szenariospezifischer Schwellenwerte beurteilt.

Auch für die einen Zeitraum von 180 Tagen übersteigenden Laufzeiten geben die Auslastungsgrade des Fundingpotenzials die entscheidenden Steuerungsimpulse. Mittels geeigneter Funding-Instrumente wird auf eine ausgewogene Refinanzierungsstruktur hingewirkt, um die Zahlungs- und Refinanzierungsfähigkeit der Bank auch mittel- und langfristig sicherzustellen. Dies ist aus heutiger Sicht gegeben: Einerseits verfügt die SaarLB über eine ausreichende Überdeckung im Deckungsstock, dem Sicherheitenpool für Pfandbriefe, der in normalen Marktsituationen eine laufende Emissionstätigkeit ermöglicht. Andererseits ist die Liquiditätsablaufbilanz so strukturiert, dass per Saldo in den kommenden Jahren Liquidität zufließt. Rückflüsse aus dem Aktivgeschäft können also noch einmal als Kredite ausgegeben werden.

Auch unter den Stressannahmen der oben definierten Szenarien waren zum Berichtsstichtag die Liquiditätsabflüsse in der steuerungsrelevanten 180 Tages-Sicht jederzeit durch entsprechende Fundingpotenziale gedeckt:

Auslastung des Fundingpotenzials (180 Tage; in %)	maximale Auslastung	
	31.12.2016	31.12.2015
Szenario Basis (geplante Ablaufstrukturen)	0,00%	0,00%
Szenario Bankstress	37,59%	33,79%
Szenario Marktstress	20,07%	0,00%
Szenario Kombination	77,98%	56,77%

Alle dargestellten Instrumentarien sind Bestandteil der regelmäßigen Berichterstattung an den Vorstand und sind in den MaRisk-Risikobericht integriert. Im Berichtsjahr hat das Fundingpotenzial jederzeit die Liquiditätsabläufe der SaarLB abgedeckt.

Die unverändert positive Einschätzung der Liquiditätssituation wird auch durch die Liquiditätskennziffer (nach den aufsichtsrechtlichen Regelungen der Liquiditätsverordnung) bestätigt. Dabei geht die SaarLB in ihren internen Regelungen über die aufsichtsrechtliche Anforderung hinaus, dass das Verhältnis von Aktiv- zu Passivfälligkeiten (Liquiditätskennziffer) innerhalb des nächsten Monats größer als 1 sein muss. Die Bank setzt einen Warnwert, der bereits Gegensteuerungsmaßnahmen

auslöst, bei 1,25. Im Berichtszeitraum lag die Liquiditätskennziffer der Bank zwischen 2,51 und 3,49 (im Gesamtjahr 2015 zwischen 2,00 und 3,40); zum Berichtsstichtag belief sie sich auf 2,58 (zum 31.12.2015: 2,95).

Neben der Ermittlung der Liquiditätskennziffer werden im Rahmen der Berechnung der Liquidity Coverage Ratio (LCR) die liquiden Aktiva den kurzfristigen Nettoabflüssen der nächsten 30 Tage gegenüber gestellt. Dabei werden konsolidierte Werte des SaarLB Konzerns (inkl. LBS) verwendet. Die seit Oktober 2015 gültige aufsichtsrechtliche Mindestquote lag im Berichtszeitraum bei 70%. In den Folgejahren wird die Mindestquote sukzessive auf 100% ab dem Jahr 2018 angehoben. Die SaarLB hat die aufsichtsrechtliche Mindestquote sowie die höheren internen Schwellenwerte im Berichtszeitraum jederzeit eingehalten. Zum Berichtsstichtag wies die SaarLB eine LCR-Kennziffer gemäß Delegierter Verordnung (EU) 2015/61 von 155% aus (zum 31.12.2015: 257%).

Die Einhaltung sowohl der aufsichtsrechtlichen als auch der internen Anforderungen war somit zu jeder Zeit gewährleistet. Auch die LBS hat die aufsichtsrechtlichen Vorgaben bezüglich der Liquidität im abgelaufenen Geschäftsjahr jederzeit eingehalten.

Darüber hinaus stellen sich die finanziellen Verbindlichkeiten nach vertraglich vereinbarten Restlaufzeiten (ohne Bauspareinlagen, außerbilanzielle Verbindlichkeiten und einige Nachrangkapitalbestandteile, die keine vereinbarten Restlaufzeiten haben) wie folgt dar:

31.12.2016 (in Mio. EUR)[1)]	bis 3 Monate	>3 Monate bis 1 Jahr	>1 Jahr bis 5 Jahre	>5 Jahre
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	785	570	805	1.057
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2.079	576	455	1.515
Verbriefte Verbindlichkeiten	100	594	1.709	1.227
Nachrangkapital	0	0	5	21
Summe ohne Derivate	**2.964**	**1.741**	**2.973**	**3.819**
Derivate	0	0	0	0
Insgesamt	**2.964**	**1.741**	**2.973**	**3.819**

[1)] die Tabelle enthält HGB-Werte, da zum 31.12.2016 kein IFRS-Konzernabschluss mehr erstellt wird.

31.12.2015 (in Mio. EUR)	bis 3 Monate	>3 Monate bis 1 Jahr	>1 Jahr bis 5 Jahre	>5 Jahre
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	495	1.109	784	1.158
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3.592	802	349	1.351
Verbriefte Verbindlichkeiten	50	328	1.841	1.458
Nachrangkapital	0	1	182	21
Summe ohne Derivate	**4.137**	**2.239**	**3.156**	**3.987**
Derivate*	15	18	190	190
Insgesamt	**4.152**	**2.257**	**3.346**	**4.177**

* inklusive negativer Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (Hedge Accounting), überwiegend Zinsderivate

Im Berichtszeitraum war der SaarLB der Zugang zu Refinanzierungsmitteln über den Geld- und Kapitalmarkt jederzeit möglich. Die Bank konnte ihre mittel- und langfristige Refinanzierung über die Emission von börsennotierten Pfandbriefen und ungedeckten Schuldtiteln sicherstellen. Darüber hinaus hat die Bank von den Möglichkeiten zur Refinanzierung über die EZB Gebrauch gemacht und Tendergeschäfte der EZB zum Zwecke der Liquiditätsfeinsteuerung eingesetzt.

Operationelles Risiko

Allgemeines

Operationelles Risiko ist das Risiko eines unerwarteten Schadens, der durch menschliches Versagen, Prozess- oder Kontrollschwächen, technologisches Versagen, Katastrophen oder durch externe Einflüsse hervorgerufen wird. Zu den Operationellen Risiken zählen insbesondere Rechts-, Modell- und IT-Risiken; Strategische Risiken und Reputationsrisiken sind in der Definition nicht enthalten.

Die Methoden und Prozesse des Controllings und Managements operationeller Risiken sind im OpRisk-Handbuch der SaarLB detailliert beschrieben. Messung und Limitierung operationeller Risiken sind auch Gegenstand der Risikostrategie.

Die Steuerung operationeller Risiken erfolgt dezentral in den einzelnen Geschäftsbereichen, wobei jeder Bereich eigenverantwortlich für den Umgang mit den in

seine Zuständigkeit fallenden operationellen Risiken ist. Dies umfasst insbesondere die Vorbeugung gegen Risiken aus möglicherweise unvollkommenen Geschäftsprozessen sowie menschlichem Fehlverhalten. Durch Notfallpläne und den Einsatz paralleler Systeme sollen Beeinträchtigungen aus unvorhergesehenen Ereignissen – insbesondere auch im technischen Bereich – vermieden oder zumindest gemildert werden. Die Notfallpläne werden regelmäßig den sich ändernden aufbau- und ablauforganisatorischen Gegebenheiten angepasst und die Systeme fortlaufend modernisiert.

Zu den Aufgaben der Rechtsabteilung der SaarLB gehört die Minimierung rechtlicher Risiken aus Vertragsgestaltungen, Normen des nationalen und internationalen Rechts sowie Prozessen und Gerichtsentscheidungen. Schwebende Rechtsstreitigkeiten werden im Jahresabschluss berücksichtigt.

Die Überwachung der operationellen Risiken erfolgt zentral durch die Abteilung Risikocontrolling. Das verwendete Instrumentarium umfasst derzeit drei Komponenten: zum einen erfolgt die systematische Sammlung der in der SaarLB aufgetretenen operationellen Schadenfälle in einer Schadendatenbank. Zum anderen wird die vorausschauende Beurteilung des OpRisk-Profils durch turnusmäßige Self Assessments aller risikorelevanten Organisationseinheiten der SaarLB sowie die hierzu jeweils erforderliche Aufbau- und Ablauforganisation innerhalb des Hauses abgefragt. Zudem werden Szenarioanalysen als Verfahren zur zukunftsgerichteten Identifikation und Beurteilung operationeller Risiken eingesetzt. Auf den Ergebnissen der Szenarioanalysen basiert seit dem Berichtsstichtag 31.12.2016 die interne Quantifizierung des operationellen Risikos. Die SaarLB wendet seit dem 01.01.2007 zur Berechnung der Eigenmittelanforderungen aus operationellen Risiken den Standardansatz nach CRR an.

In einem turnusmäßigen, in den MaRisk-Risikobericht integrierten Berichtswesen werden die aufgetretenen Schadenfälle sowie die Ergebnisse der Self Assessments und der Szenarioanalysen aufbereitet.

Im Berichtsjahr wurden 24 Schadensfälle (gesamt 2015: 28) beobachtet, die zu einer erwarteten G.u.V.-Beeinträchtigung von insgesamt rund EUR 1,0 Mio. (gesamt 2015: EUR 0,6 Mio.) geführt haben. Dieser Betrag liegt deutlich unterhalb des anhand der Eigenmittelanforderungen des aufsichtlichen Standardansatzes auf operationelle Risiken allokierten Risikokapitals in Höhe von EUR 25,1 Mio. (in 2015: EUR 26,4 Mio.).

Rechtsrisiken

Rechtsrisiken bezeichnen die Wahrscheinlichkeit von Verlusten aufgrund der Außerachtlassung des durch Rechtsvorschriften und Rechtsprechung vorgegebenen Rahmens

infolge Unkenntnis, nicht ausreichend sorgfältiger Rechtsanwendung oder nicht zeitgerechter Re-aktion auf eine Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen. Rechtsrisiken fallen unter die Definition der operationellen Risiken gemäß CRR.

Das Rechtsrisiko zeigt sich in realisierten Verlusten beziehungsweise in Rückstellungen, die sich aufgrund von oder im Zusammenhang mit gegen die SaarLB gerichteten Klagen ergeben (Passiv-Prozesse). Von der SaarLB erhobene Klagen (Aktiv-Prozesse) verkörpern in der Regel kein operationelles, sondern ein Kreditrisiko, sodass dem Verlustrisiko bereits durch Wertberichtigungen Rechnung getragen wird. Die Rechtsverfolgungskosten (Gerichts- und Anwaltskosten) bei einem Aktiv-Prozess werden jedoch als Rechtsrisiko eingeordnet.

Organisation

In der SaarLB obliegt die Steuerung des Rechtsrisikos der Rechtsabteilung RS RE. Alle juristischen Mitarbeiter/-innen der Abteilung RS RE haben die Aufgabe, das rechtliche Risiko innerhalb der SaarLB zu identifizieren und zu steuern.

Risikosteuerung

Die juristischen Mitarbeiter/-innen in RS RE haben die Aufgabe, rechtliche Risiken und alle dadurch möglichen Verluste in einem frühen Stadium zu erkennen, Lösungsmöglichkeiten zur Vermeidung oder Minimierung der Verluste aufzuzeigen und an rechtliche Risiken betreffenden Entscheidungen aktiv mitzuwirken. Sie sollen im Rahmen ihres Aufgabenbereiches ständig über alle rechtlichen Änderungen oder neuen Erkenntnisse auf dem Laufenden bleiben und die betroffenen Geschäftseinheiten über die Auswirkungen auf das Rechtsrisiko sowie über sich ergebenden Handlungsbedarf informieren. Sie verantworten die Veranlassung beziehungsweise Anpassung von Rechtsrückstellungen unter Zugrundelegung eines risikoorientierten Ansatzes und betreuen und überwachen die neuen und laufenden Gerichtsverfahren. Bei Passiv-Prozessen wird die Rückstellung auf Grundlage der Risikoeinschätzung des zuständigen Mitarbeiters in RS RE in Abstimmung mit der Abteilungsleiterin RS RE gebildet. Dabei entspricht in der Regel das im Prozess erwartete Verlustrisiko der Höhe der zu bildenden Rückstellungen. Um den Betrag des erwarteten Verlusts einzuschätzen, ist nach jedem bedeutenden Verfahrensabschnitt zu bewerten, welchen Betrag die Bank vernünftigerweise zahlen müsste, wenn sie den Streit zu diesem Zeitpunkt durch Vergleich beenden würde. Bei Aktiv-Prozessen werden in der Regel nur die Gerichts- und eigenen Anwaltskosten zurückgestellt. Halbjährlich informiert die Abteilung RS RE über Vorstandsbeschlüsse über alle wesentlichen Gerichtsverfahren und Rechtsrisikoentwicklungen. Adressaten sind die Mitglieder des Vorstandes, der für RS RE zuständige Bereichsleiter, die internen Aufsichtsorgane, die externen Prüfer sowie die Abteilung Risikocontrolling der Bank.

Aktuelle Entwicklungen

Die SaarLB ist in verschiedene Gerichts- und Streitschlichtungsverfahren und sonstige rechtliche Verfahren involviert, die eine große Bandbreite von Themen betreffen, die aber der Höhe nach unwesentlich sind. Diese umfassen zum Beispiel Streitigkeiten im Zusammenhang mit Kreditfinanzierungen und der Verwertung von Sicherheiten sowie Streitigkeiten über die Frage von wirksam erteilten Widerrufsbelehrungen. In solchen gerichtlichen Verfahren werden vor allem Schadensersatz-, Rückerstattungsansprüche oder auch die Rückabwicklung geschlossener Verträge geltend gemacht. Sofern einzelnen oder mehreren dieser Klagen stattgegeben würde, könnten daraus Schadensersatzzahlungen, Rückabwicklungsaufwendungen oder sonstige kostenintensive Maßnahmen folgen. Einzelne Gerichtsverfahren können auch Auswirkungen auf die Reputation der SaarLB haben.

Daneben können Änderungen oder Verschärfungen der höchstrichterlichen Rechtsprechung zu weiteren Inanspruchnahme der SaarLB führen. Im Bauspargeschäft ist dabei zu beachten, dass die SaarLB von der aktuellen Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes zur Wirksamkeit der Kündigungen von Bausparverträgen 10 Jahre nach Erreichung der Zuteilungsreife nicht betroffen ist, da derartige Kündigungen bislang nicht ausgesprochen worden waren.

Die SaarLB bildet Rückstellungen für die Gerichtsverfahren entsprechend den handelsrechtlichen Vorschriften. Der endgültige Ausgang einzelner rechtlicher Verfahren kann das Ergebnis der SaarLB in einer bestimmten Berichtsperiode beeinflussen, die daraus eventuell resultierenden Verpflichtungen können auch Einfluss auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage haben. Für Prozessrisiken wurden zum 31.12.2016 unter Zugrundelegung eines risikoorientierten Ansatzes Rückstellungen von insgesamt TEUR 1.030 (Vorjahr: TEUR 1.149) gebildet. Von einer Einzeldarstellung der jeweiligen Rückstellungsbeträge wird abgesehen, um den Ausgang der jeweiligen Verfahren nicht zu beeinflussen.

Rechnungslegungsbezogenes internes Kontroll- und Risikomanagementsystem

Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf die Regelung des § 289 Absatz 5 HGB, nach der Kapitalgesellschaften im Sinne des § 264d HGB die wesentlichen Merkmale des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess zu beschreiben haben.

Aufgaben und Ziele

Zur Gewährleistung der Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der Rechnungslegung hat die Landesbank Saar ein internes Kontrollsystem (IKS) eingerichtet. Es beinhaltet Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen zur Sicherung von Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Rechnungslegung. Vor diesem Hintergrund dient das interne Kontrollsystem auch der Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Landesbank Saar.

Wesentliches Ziel des internen Kontrollsystems ist es, zu gewährleisten, dass sämtliche Geschäftsvorfälle in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und Standards sowie den satzungsmäßigen Bestimmungen und anderen internen Richtlinien

vollständig und richtig erfasst, verarbeitet und dokumentiert werden. Das interne Risikomanagementsystem wird hierbei als Bestandteil des internen Kontrollsystems angesehen.

Organisation

Der Vorstand der SaarLB trägt die Verantwortung dafür, dass die Bank über eine ordnungsgemäße Geschäftsorganisation verfügt, welche neben angemessenen internen Kontrollverfahren vor allem eine adäquate Steuerung und Überwachung der wesentlichen Risiken umfasst. Hierbei wird der Vorstand insbesondere durch den Unternehmensbereich Gesamtbanksteuerung mit der Abteilung Finanzen und Meldewesen, durch den Unternehmensbereich Personal und Organisation mit der Abteilung Organisation und IT, durch die Interne Revision sowie durch die Abteilung Risikocontrolling unterstützt.

Risikosteuerung und -überwachung

Zur Organisation der Risikosteuerung und -überwachung vgl. Abschnitt „Grundlagen der Risikosteuerung und -überwachung“.

Finanzen und Meldewesen

Die Abteilung Finanzen und Meldewesen ist bei der Landesbank Saar für die Erstellung des Abschlusses, die Entwicklung bilanzpolitischer Vorgaben, die Initiierung von rechnungslegungsrelevanten Projekten sowie für die Begleitung der nationalen Entwicklungen in der Rechnungslegung verantwortlich. Hinsichtlich der Erstellung des Abschlusses sind weitere Fachabteilungen eingebunden.

Zu den Aufgaben gehören in diesem Zusammenhang vor allem die Sicherstellung der Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung. Dies beinhaltet vor allem die Einrichtung und die Überwachung der Wirksamkeit der Rechnungslegungsprozesse sowie die Umsetzung der für die SaarLB relevanten Bilanzierungsstandards und gesetzlichen Anforderungen im Bereich der Rechnungslegung, die in Bilanzierungsrichtlinien, Buchungslogiken und Kontierungsregeln konkretisiert werden. Des Weiteren definieren die Fachbereiche in Organisations- und Prozessanweisungen die Regelungen zur Geschäftserfassung, Stammdatenpflege sowie die Erfüllung von Aufbewahrungspflichten. Diese Anweisungen bilden die wesentliche Grundlage für das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem.

Interne Revision

Die Interne Revision prüft den Geschäftsbetrieb der SaarLB und führt auch Prüfungshandlungen für die LBS, LBS Immobilien GmbH und LBS Vertriebs GmbH

durch. Sie ist dem Vorsitzenden des Vorstandes unterstellt. Die Prüfungstätigkeit erstreckt sich auf der Basis eines risikoorientierten Prüfungsansatzes grundsätzlich auf alle Aktivitäten und Prozesse, auch soweit diese ausgelagert sind. Dies schließt eine Prüfung der Wirksamkeit und Angemessenheit des internen Kontrollsystems und des Risikomanagements ein.

Die Interne Revision führt die ihr übertragenen Aufgaben unabhängig von den zu prüfenden Tätigkeiten, Abläufen und Funktionen unter Berücksichtigung der jeweils geltenden gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen (z. B. KWG, MaRisk) aus.

Kontrollumfeld und Kontrollverfahren

Das interne Kontrollsystem basiert auf Organisations- und Prozessanweisungen.

Zentrale Bestandteile dieser Regelungen im Hinblick auf das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem sind

- die im Rahmen von sogenannten Neue-Produkte-Prozessen erstellten Regelungen zur Erfassung, Bewertung und Berichterstattung,
- die im Kredit- und Steuerungshandbuch dokumentierten Anweisungen zur Erfassung, Bewertung und Berichterstattung von Forderungen sowie
- die Dokumentation über den Abschlusserstellungsprozess.

Darüber hinaus erstellt die Abteilung Finanzen und Meldewesen zu jedem Stichtag eine sogenannte Jahres- bzw. Halbjahresabschlussanweisung, die neben gesetzlichen Neuerungen, vor allem die von den jeweiligen Fachbereichen vorzunehmenden wesentlichen Erstellungsarbeiten (einschließlich erforderlicher Nachweisungen) und einen Terminplan enthält.

Regelungen hinsichtlich der Erfassung und Kontrolle von Geschäftsdaten liegen in der jeweiligen Abteilung vor; diese Anweisungen werden dezentral erstellt und bei Bedarf aktualisiert.

Die Organisations- und Prozessanweisungen enthalten auch in Bezug auf die Risikosteuerung und -überwachung den Umgang mit den wesentlichen Risiken der SaarLB.

Die genannten Regelungen zur Risikosteuerung und -überwachung werden regelmäßig überprüft und aktualisiert.

Ab dem Geschäftsjahr 2016 verzichtet die SaarLB gemäß § 290 Abs. 5 HGB auf die Aufstellung eines Konzernabschlusses, da sie nur Tochterunternehmen hat, die gemäß § 296 HGB nicht in den Konzernabschluss einbezogen werden müssen. Es wurde ein Projekt initiiert, um die notwendigen aufbau- und ablauforganisatorischen sowie IT-technischen Anpassungen, die aus dem Verzicht eines IFRS-Konzernabschlusses resultieren, umzusetzen.

Um eine vollständige und richtige Verarbeitung der Geschäftsvorfälle einschließlich einer ordnungsgemäßen Datenerfassung, Buchung und Dokumentation sicherzustellen, werden in der SaarLB eine Vielzahl von internen Kontrollen durchgeführt. Diese umfassen entsprechende Funktionstrennungen, ein differenziertes Zugriffsberechtigungssystem zum Schutz vor unbefugten Eingriffen, laufende Kontrollen im Rahmen des Arbeitsablaufes unter Beachtung des Vier-Augen-Prinzips sowie programmierte Kontrollen innerhalb der IT-Systeme.

Im Rahmen der internen Kontrollen werden beispielsweise in der SaarLB Haupt- und Nebenbücher abgestimmt sowie manuell bebuchbare Hauptbuchkonten vom zuständigen Fachbereich überwacht. Zudem werden weitere Kontrollen und Abstimmungen vorgenommen, um eine ordnungsgemäße Übertragung der Daten zwischen den verschiedenen IT-Systemen zu gewährleisten. Innerhalb des Abschlusserstellungsprozesses werden die fachlich richtige Abbildung der zugrunde liegenden Sachverhalte geprüft und Qualitätssicherungsmaßnahmen hinsichtlich der in den Abschluss einbezogenen Daten durchgeführt.

Die SaarLB hat einen Teil ihrer Dienstleistungen (im Wesentlichen IT-Dienstleistungen, Dienstleistungen im Bereich des Zahlungsverkehrs und der Wertpapierabwicklung) an externe Unternehmen ausgelagert. Die ausgelagerten Bereiche werden dabei in das interne Kontrollsystem im Rahmen des Auslagerungscontrollings einbezogen. Darüber hinaus hat die Interne Revision der SaarLB die ausgelagerten Bereiche im Prüfungsvorgehen berücksichtigt. Soweit die Prüfung durch die Interne Revision der Auslagerungsunternehmen erfolgt, überzeugt sich die Interne Revision der SaarLB regelmäßig von der Funktionsfähigkeit der jeweiligen Revisionen der Auslagerungsunternehmen.

In der SaarLB unterliegt der Rechnungslegungsprozess regelmäßigen Kontrollen in Bezug auf inhärente Risiken, um bei Bedarf entsprechende Maßnahmen zur Weiterentwicklung des internen Kontrollsystems einleiten zu können. Dies bezieht sich auch auf die interne Risikosteuerung und -überwachung. Zur Umsetzung aktueller aufsichtsrechtlicher Anforderungen hat die Bank im Jahr 2015 ein Projekt mit den Themenkreisen Informationsrisikomanagement, Notfallmanagement und individuelle

Datenverarbeitung aufgesetzt und im Geschäftsjahr 2016 fortgeführt. Der Abschluss des Projekts ist im laufenden Geschäftsjahr vorgesehen.

Immobilienrisiko

Das Immobilienrisiko ist definiert als potenzielle negative Wertveränderungen des SaarLB-eigenen Immobilienbestands durch eine Verschlechterung der allgemeinen Immobiliensituation oder eine Verschlechterung der speziellen Eigenschaften der einzelnen Immobilie (Leerstände, veränderte Nutzungsmöglichkeiten, Bauschäden etc.) oder geschlossener Immobilienfonds, die die SaarLB zur Vermögensanlage erwirbt.

Der ehemals eigene Immobilienbestand der SaarLB wurde 2005 in einen geschlossenen Immobilienfonds eingebracht. Die SaarLB ist 100%iger Anteilseigner des Fonds und Mieter in den selbstgenutzten Flächen. Die technische Objektbetreuung wird durch die SaarLB, die kaufmännische Immobilienverwaltung durch einen externen Dienstleister erbracht.

Es erfolgt eine regelmäßige jährliche Bewertung aller Immobilien durch einen unabhängigen Gutachterausschuss, die Gutachten werden der SaarLB zur Kenntnisnahme und ggfs. Stellungnahme vorgelegt. Hierbei werden aktuelle Marktgegebenheiten und Entwicklungen von Mietpreisen ebenso berücksichtigt wie die jeweilige Vermietungs-Situation in den Gebäuden und durchgeführte Maßnahmen in den Objekten. Zuschreibungen auf Grund wertsteigernder Maßnahmen in den Objekten erfolgen unter Berücksichtigung der stabilen Werterhaltung in Abstimmung mit dem Bereich Gesamtbanksteuerung der SaarLB.

Durch die ständige Tätigkeit der technischen Objektbetreuung wird dem Auftrag des Anlageausschusses nach Wertstabilität Rechnung getragen. Zur umsichtigen Steuerung der Werterhaltung der Immobilien wird jährlich ein Wirtschaftsplan für alle Immobilien erstellt und dem Fonds zur Genehmigung vorgelegt. Laufende Maßnahmen werden im Rahmen dieses Wirtschaftsplanes durchgeführt und – in Abhängigkeit vertraglich definierter Betragsgrenzen – dem Fonds jeweils zur Genehmigung vorgelegt. Für die Durchführung nicht im Vorfeld geplanter Maßnahmen ist in jedem Fall eine Sonderfreigabe des Fonds erforderlich.

Im Rahmen der kaufmännischen Immobilienverwaltung erfolgt eine ständige Steuerung und Überwachung der Vermietungen mit dem Ziel der Vollvermietung, der frühzeitigen Gegensteuerung bei auslaufenden Mietverhältnissen und der Optimierung des Branchenmix. Der Anlageausschuss legt mindestens einmal jährlich Ziele und Strategie fest, die SaarLB ist durch den Fachvorstand des Bereiches Strategie und Zentraler Stab sowie die Bereichsleitung Strategie und Zentraler Stab vertreten.

Das Immobilienrisiko wurde im Zuge der Risikoinventur im Jahr 2016 nicht mehr als wesentliche Risikoart klassifiziert. Daher entfällt ab dem Berichtsstichtag 31.12.2016 die Berücksichtigung dieser Risikoart bei der Berechnung der Risikotragfähigkeit. Potentielle Risiken aus unwesentlichen Risikoarten sind durch einen Puffer von mindestens 20% der allokierbaren Deckungsmasse abgedeckt.

Reputationsrisiko

Das Reputationsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass negative Publizität über die SaarLB, ob zutreffend oder nicht, das Vertrauen (von Teilen) der Öffentlichkeit in die Kompetenz, Integrität oder Vertrauenswürdigkeit der SaarLB beeinträchtigt.

Die Publizität über die SaarLB („eigen- und fremdgesteuert“) wird in der Abteilung SZ KV überwacht und gesteuert. Durch das institutionalisierte Beschwerdemanagement werden Wirkungen auf die Reputation gemessen und gesteuert. Zusätzlich ist in diesem Zusammenhang auch auf die enge Verknüpfung von Geschäfts- und Markenstrategie der Bank hinzuweisen, sodass auch das Reputationsrisiko durch die Faktoren Regionalbezug, Standardprodukte und Einbindung in die Sparkassen-Finanzgruppe begrenzt wird.

Die Methoden und Prozesse des Controllings und Managements von Reputationsrisiken sind auch Gegenstand der Risikostrategie. Entsprechend der ab dem Berichtsstichtag 31.12.2106 gültigen Risikostrategie wird künftig auf eine Quantifizierung dieser Risikoart verzichtet. Es erfolgt stattdessen eine qualitative Einwertung der Abteilung SZ KV im quartalsweisen Risikobericht.

Strategisches Risiko/Geschäftsrisiko

Unter strategischem Risiko versteht die SaarLB unerwartete, nachhaltig negative Auswirkungen auf Kapital und Ertrag der Bank (resp. den Unternehmenswert), die durch unerwartete Veränderungen der regulatorischen und sonstigen exogenen Markt- und Umfeldbedingungen oder durch falsche bzw. unzureichende Managemententscheidungen zur geschäftspolitischen Positionierung hervorgerufen werden.

Das Geschäftsrisiko bezeichnet unerwartete Veränderungen im wirtschaftlichen Umfeld, die zu negativen Veränderungen des Geschäftsvolumens oder der Margen führen und nicht auf die anderen Risikoarten zurückzuführen sind. Es quantifiziert Abweichungen zwischen geplanten und tatsächlichen Kosten bzw. Erträgen.

Der Umgang mit Geschäfts- und strategischen Risiken (Identifizierung, Limitierung, Steuerung) ist in der Geschäftsstrategie der SaarLB dokumentiert. Dort sind das

Geschäftsmodell, die strategische Positionierung der Bank sowie der jährlich neu aufzusetzende integrierte Strategie- und Planungsprozess detailliert beschrieben.

Die Identifizierung und Messung der Risiken erfolgt durch Analyse von Plan-/Ist-Abweichungen auf Gesamtbank- sowie Geschäftsfeldebene im Rahmen des Strategie- und Planungsprozesses.

Eine (qualitative) Limitierung der Risiken wird im Rahmen des Geschäftsprinzips „verstehen und gestalten“ durch den Regionalbezug der Bank, die nahezu ausschließliche Verwendung von Standardprodukten und die Einbindung in die Sparkassen-Finanzgruppe adressiert.

Die Steuerung erfolgt im Rahmen des Strategie-/Planungsprozesses, u. a. auch durch die Vorgabe strategischer Kennzahlen sowie die Verwendung der sogenannten Geschäftsfeldanalyse-Blätter, die insbesondere die Behandlung der Geschäftsrisiken auf Ebene der einzelnen Geschäftsfelder behandeln.

Die Methoden und Prozesse des Controllings und Managements von strategischen Risiken/Geschäftsrisiken sind auch Gegenstand der Risikostrategie. Die Quantifizierung und Limitierung der Risiken erfolgt auch im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung.

Zusammenfassung der Risikolage

Die SaarLB verfügt über eine Risikodeckungsmasse, die im Berichtszeitraum jederzeit zur Deckung aller ICAAP-Risikokapitalbedarfe ausreichte. Die ökonomische Risikotragfähigkeit der SaarLB war daher im Berichtszeitraum jederzeit uneingeschränkt gegeben. In der Sicht der COREP-Meldung zu den aufsichtsrechtlichen Eigenkapitalanforderungen überstiegen die Kennziffern im Berichtszeitraum die internen Zielvorgaben, sodass auch die aufsichtliche Risikotragfähigkeit jederzeit uneingeschränkt gegeben war.

Bilanz zum 31.12.2016
der Landesbank Saar

Aktivseite

			31.12.2016			31.12.2015
			EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Barreserve						
a) Kassenbestand				1.536.511,67		1.306
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken				59.278.843,80		210.478
darunter:						
bei der Deutschen Bundesbank	EUR	59.278.843,80				(210.478)
c) Guthaben bei Postgiroämtern				0,00	60.815.355,47	0
						211.784
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnoten-banken zugelassen sind						
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzan-weisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen				0,00		0
darunter:						
bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	EUR	0,00				(0)
b) Wechsel				0,00	0,00	0
						0
3. Forderungen an Kreditinstitute						
a) täglich fällig				688.137.151,16		1.054.679
b) andere Forderungen				913.416.910,77	1.601.554.061,93	771.126
darunter:						1.825.805
Hypothekendarlehen	EUR	0,00				0
Kommunalkredite	EUR	4.400.166,91				(6.012)
Baudarlehen der Bausparkasse:						
Bauspardarlehen	EUR	0,00				(0)
Vor- und Zwischenfinanzierungs-kredite	EUR	0,00				(0)
sonstige Baudarlehen	EUR	0,00				(0)
4. Forderungen an Kunden					9.418.904.831,27	8.883.910
darunter:						
Hypothekendarlehen	EUR	1.473.237.029,01				(1.539.266)
Kommunalkredite	EUR	2.099.567.529,64				(1.882.991)
gegen Beleihung von Wertpapieren	EUR	0,00				(0)
Baudarlehen der Bausparkasse:						
Bauspardarlehen	EUR	25.180.465,96				(31.672)
Vor- und Zwischenfinanzierungskredite	EUR	531.782.452,08				(470.513)
sonstige Baudarlehen	EUR	254.103.578,67				(228.514)
darunter:						
durch Grundpfandrechte gesichert	EUR	687.719.475,03				(626.209)
5. Schuldverschreibungen und andere festver-zinsliche Wertpapiere						
a) Geldmarktpapiere						
aa) von öffentlichen Emittenten			0			0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	EUR	0,00				(0)
ab) von anderen Emittenten			0,00	0,00		0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	EUR					0 (0)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen						
ba) von öffentlichen Emittenten			360.521.605,90			503.802
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	EUR	360.521.605,90				(503.802)
bb) von anderen Emittenten			1.359.405.452,94	1.719.927.058,84		1.598.500
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	EUR	1.112.771.936,96				2.102.302 (1.322.585)
c) eigene Schuldverschreibungen				7.648.857,42	1.727.575.916,26	19.740
Nennbetrag	EUR	7.700.000,00				2.122.042 (19.500)
				Übertrag:	12.808.850.164,93	13.043.541

Passivseite

			31.12.2016			31.12.2015
			EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten						
a) täglich fällig				131.565.758,71		95.541
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist				3.085.094.988,08		3.481.697
darunter:						
begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	EUR	10.000.000,00				(10.000)
begebene öffentliche Namenspfandbriefe	EUR	160.110.788,49				(131.679)
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe	EUR	0,00				(0)
und öffentliche Namenspfandbriefe	EUR	0,00				(0)
c) Bauspareinlagen				11.200.194,84	3.227.860.941,63	0
darunter:						3.577.238
auf gekündigte Verträge	EUR	0,00				(0)
auf zugeteilte Verträge	EUR	0,00				(0)
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden						
a) Spareinlagen						
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten			804.266,23			528
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten			3.664.391,48			385
ac) Bauspareinlagen			702.708.825,33	707.177.483,04		642.643
darunter:						643.556
auf gekündigte Verträge	EUR	1.120.779,22				(1.187)
auf zugeteilte Verträge	EUR	19.542.551,40				(18.070)
b) andere Verbindlichkeiten						
ba) täglich fällig			1.290.215.349,56			1.512.881
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			3.330.848.074,09	4.621.063.423,65	5.328.240.906,69	3.084.805
						4.597.686
darunter:						5.241.242
begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	EUR	34.500.000,00				(40.000)
begebene öffentliche Namenspfandbriefe	EUR	888.800.000,00				(651.536)
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe	EUR	0,00				(0)
und öffentliche Namenspfandbriefe	EUR	0,00				(0)
3. Verbriefte Verbindlichkeiten						
a) begebene Schuldverschreibungen				3.631.878.071,29		3.659.237
darunter:						
Hypothekenpfandbriefe	EUR	348.260.542,22				(402.511)
öffentliche Pfandbriefe	EUR	571.540.517,13				(504.214)
sonstige Schuldverschreibungen	EUR	2.712.077.011,94				(2.752.512)
b) andere verbriefte Verbindlichkeiten				0	3.631.878.071,29	0
darunter:						3.659.237
Geldmarktpapiere	EUR	0,00				(0)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	EUR	0,00				(0)
3a. Handelsbestand					0,00	0
4. Treuhandverbindlichkeiten					2.826.392,80	5.175
darunter:						
Treuhandkredite	EUR	2.826.392,80				(5.175)
				Übertrag:	12.190.806.312,41	12.482.892

Aktivseite

			31.12.2016			31.12.2015
			EUR	EUR	EUR	TEUR
Übertrag:					12.808.850.164,93	13.043.541
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere					379.067.132,14	361.624
6a. Handelsbestand					0,00	0
7. Beteiligungen					17.333.091,99	58.659
darunter:						
an Kreditinstituten	EUR	1.359.913,77				(41.893)
an Finanzdienstleistungsinstituten	EUR	0,00				(0)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen					350.000,00	350
darunter:						
an Kreditinstituten	EUR	0,00				(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	EUR	0,00				(0)
9. Treuhandvermögen					2.826.392,80	5.175
darunter:						
Treuhandkredite	EUR	2.826.392,80				(5.175)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch					0,00	0
11. Immaterielle Anlagewerte						
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte				0,00		0
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten				0,00 1.029.800,00		1.323
c) Geschäfts- oder Firmenwert				0,00		0
d) geleistete Anzahlungen				2.874.935,35	3.904.735,35	2.365
						3.688
12. Sachanlagen					3.398.644,57	2.254
13. Sonstige Vermögensgegenstände					26.134.546,98	51.874
14. Rechnungsabgrenzungsposten					30.799.611,96	24.672
darunter:						
aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	EUR	12.506.588,18				(10.122)
andere	EUR	18.293.023,78				(14.550)
15. Aktive latente Steuern					17.106.972,93	13.874
Summe der Aktiva					13.289.771.293,65	13.565.712

Passivseite

			31.12.2016			31.12.2015
			EUR	EUR	EUR	TEUR
Übertrag:					12.190.806.312,41	12.482.892
5. Sonstige Verbindlichkeiten					29.101.655,49	29.849
6. Rechnungsabgrenzungsposten					37.617.303,17	33.574
darunter:						
aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	EUR	10.507.657,64				(12.841)
andere	EUR	27.109.645,53				(20.732)
6a. Passive latente Steuern					0,00	0
7. Rückstellungen						
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen				28.651.686,00		28.682
b) Steuerrückstellungen				18.388.513,98		15.739
c) andere Rückstellungen				17.583.439,72	64.623.639,70	18.650
						63.071
7a. Fonds zur bauspartechnischen Absicherung					21.000,00	21
8. Nachrangige Verbindlichkeiten					25.500.000,00	25.500
9. Genussrechtskapital					0,00	0
darunter						
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	EUR	0,00				(0)
10. Fonds für allgemeine Bankrisiken					219.699.856,84	209.645
darunter						
Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	EUR	385.000,00				(330)
11. Eigenkapital						
a) gezeichnetes Kapital						
aa) Stammkapital			250.119.407,03			250.119
ab) Stille Einlagen			243.053.302,18	493.172.709,21		243.053
						493.173
b) Kapitalrücklage				69.084.905,58		69.085
c) Gewinnrücklagen						
ca) satzungsmäßige Rücklagen			63.744.581,76			62.701
cb) andere Gewinnrücklagen			87.010.680,85	150.755.262,61		77.913
						140.615
d) Bilanzgewinn				9.388.648,64	722.401.526,04	18.288
						721.160
Summe der Passiva					13.289.771.293,65	13.565.712

1. Eventualverbindlichkeiten			
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln	0,00		0
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	410.137.469,54		421.797
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten	0,00	410.137.469,54	0
			421.797
2. Andere Verpflichtungen			
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften	0,00		0
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen	0,00		0
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen	937.242.221,17	937.242.221,17	1.067.759
			1.067.759

Gewinn- und Verlustrechnung der Landesbank Saar
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016

			2016			2015
			EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Zinserträge aus						
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften			248.474.425,22			265.521
darunter:						
Zinserträge der Bausparkasse						
aus Bauspardarlehen	EUR	1.363.554,50				(1.798)
aus Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten	EUR	15.828.797,05				(14.755)
aus sonstigen Baudarlehen	EUR	6.823.321,55				(7.295)
b) festverzinslichen Wertpapieren						
und Schuldbuchforderungen			28.049.348,42	276.523.773,64		43.567
						309.088
2. Negative Zinsen aus Geldanlagen						
a) Negative Zinsen aus Kredit- und Geldmarktgeschäften			-5.425.774,81			-355
b) Negative Zinsen aus festverzinslichen Wertpapieren						
und Schuldbuchforderungen			0,00	-5.425.774,81	271.097.998,83	0
						-355
3. Zinsaufwendungen						
Zinsaufwendungen aus dem Bankgeschäft				178.094.021,09		203.564
darunter:						105.328
für Bauspareinlagen	EUR	11.537.085,45				(11.609)
4. Positive Zinsen aus Geldaufnahmen						
Positive Zinsen aus dem Bankgeschäft (Geldaufnahmen)				3.646.706,25	174.447.314,84	257
					96.650.683,99	105.426
5. Laufende Erträge aus						
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen						
Wertpapieren				9.708.024,13		8.356
b) Beteiligungen				3.281.867,96		800
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen				0,00	12.989.892,09	0
						9.155
6. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnab-						
führungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen					83.698,50	24.372
7. Provisionserträge				24.776.702,23		27.694
darunter:						
Provisionserträge der Bausparkasse						
aus Vertragsabschluss und -vermittlung	EUR	5.759.137,62				(6.009)
aus der Darlehensregelung nach der Zuteilung	EUR	0,00				(11)
aus Bereitstellung und Bearbeitung von Vor- und						
Zwischenfinanzierungskrediten	EUR	0,00				(0)
8. Provisionsaufwendungen				14.010.791,39	10.765.910,84	14.272
darunter:						13.422
für Vertragsabschluss und -vermittlung der						
Bausparkasse	EUR	10.034.938,66				(10.645)
9. Nettoertrag des Handelsbestands					487.834,80	411
darunter:						
Zuführung zum Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	EUR	55.000,00				(45)
10. Sonstige betriebliche Erträge					5.003.264,05	7.162
darunter:						
Ergebnis aus der Währungsumrechnung	EUR	0,00				(896)
11. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen						
a) Personalaufwand						
aa) Löhne und Gehälter			35.974.735,13			35.509
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen						
für Altersversorgung und für Unterstützung			8.727.095,63	44.701.830,76		9.005
darunter:						44.514
für Altersversorgung	EUR	2.858.801,85				(3.371)
b) andere Verwaltungsaufwendungen				40.838.782,38	85.540.613,14	35.304
						79.818
12. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf						
immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen					1.743.704,84	1.657
13. Sonstige betriebliche Aufwendungen					3.792.428,93	7.261
darunter:						
Ergebnis aus der Währungsumrechnung	EUR	192.339,04				(0)
				Übertrag:	34.904.537,36	71.213

			2016		2015
	EUR	EUR	EUR	TEUR
Übertrag:			34.904.537,36	71.213
14. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft			16.259.406,23	12.886
15. Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken		10.000.000,00		25.000
16. Erträge aus der Auflösung des Fonds für allgemeine Bankrisiken		0,00	-10.000.000,00	0
				-25.000
17. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere		2.462.690,81		4.233
18. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren		8.068.524,33	5.605.833,52	6.862
				2.628
19. Aufwendungen aus Verlustübernahme			36.701,97	32
20. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			14.214.262,68	35.924
21. Außerordentliche Erträge		0,00		0
22. Außerordentliche Aufwendungen		344.859,00		345
23. Außerordentliches Ergebnis			-344.859,00	-345
24. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		3.365.421,63		15.375
darunter:				
Latente Steuern	EUR -3.232.671,91			(-3.043)
25. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 13 ausgewiesen		72.150,23	3.437.571,86	-116
				15.259
26. Jahresüberschuss			10.431.831,82	20.320
27. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in satzungsmäßige Rücklagen		1.043.183,18		2.032
b) in andere Gewinnrücklagen		0,00	1.043.183,18	0
				2.032
28. Bilanzgewinn			9.388.648,64	18.288

Eigenkapitalspiegel

Die Darstellung des Eigenkapitalspiegels erfolgte auf Grundlage des Deutschen Rechnungslegungs Standard (DRS) 22, der am 23. Februar 2016 im Bundesanzeiger veröffentlicht wurde. Die SaarLB folgt der Empfehlung zur früheren vollumfänglichen Anwendung bereits zum 31. Dezember 2016. Der Eigenkapitalspiegel gibt Auskunft über die Entwicklung des Eigenkapitals der SaarLB.

	Gezeichnetes Kapital		Kapitalrücklage	Gewinnrücklagen		Bilanzgewinn	Eigenkapital
in TEUR	Stammkapital	Stille Einlagen		Satzungsmäßige Rücklagen	Andere Gewinnrücklagen		
Stand 01.01.2016	**250.119**	**243.053**	**69.085**	**62.701**	**77.913**	**18.288**	**721.160**
Einstellungen/Entnahmen stille Einlagen	-	-	-	-	-	-	-
Einstellungen/Entnahmen Kapitalrücklage	-	-	-	-	-	-	-
Einstellungen/Entnahmen Gewinnrücklage	-	-	-	1.043	9.097	-10.140	-
Ausschüttungen	-	-	-	-	-	-9.191	-9.191
Sonstige Veränderungen	-	-	-	-	-	-	-
Jahresüberschuss	-	-	-	-	-	10.432	10.432
Stand 31.12.2016	**250.119**	**243.053**	**69.085**	**63.744**	**87.011**	**9.389**	**722.402**

Kapitalflussrechnung

Die Kapitalflussrechnung zeigt die Zahlungsströme des Geschäftsjahres, aufgeteilt in die Bereiche "operative Geschäftstätigkeit", "Investitionstätigkeit" und "Finanzierungstätigkeit".

Der ausgewiesene Finanzmittelfonds entspricht dem Bilanzposten Barreserve und enthält den Kassenbestand und die Guthaben bei Zentralnotenbanken.

Der Finanzmittelfonds unterliegt keinen Verfügungsbeschränkungen.

Als Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit werden Zahlungsvorgänge aus Forderungen an Kreditinstitute und Kunden, Wertpapieren (soweit nicht Finanzanlagevermögen) und Derivaten sowie anderen Aktiva ausgewiesen. Die Zahlungsvorgänge aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden, aus verbrieften Verbindlichkeiten und anderen Passiva gehören ebenfalls zur laufenden Geschäftstätigkeit. Auch die aus dem operativen Geschäft resultierenden Zins- und Dividendenzahlungen finden sich im Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit wieder.

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit zeigt Zahlungsvorgänge des Finanzanlagevermögens, der Sachanlagen und des immateriellen Vermögens.

Der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit umfasst Zahlungen an stille Gesellschafter und Genussrechtsinhaber sowie Veränderungen aus Nachrangkapital.

in TEUR	2016
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	**9.389**
Im Jahresüberschuss enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Forderungen und Gegenstände des Anlagevermögens	30.562
Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	-1.097
Andere zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	-638
Gewinn/Verlust aus der Veräußerung von Gegenständen des Anlagevermögens	-8.029
Sonstige Anpassungen (Saldo)	0
Zwischensumme	**20.798**
Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeiten nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile	
Zunahme/Abnahme der Forderungen an Kreditinstitute	216.200
Zunahme/Abnahme der Forderungen an Kunden	-560.251
Zunahme/Abnahme der Wertpapiere (soweit nicht Finanzanlagevermögen)	-7.102
Zunahme/Abnahme anderer Aktiva aus laufender Geschäftstätigkeit	19.627
Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-337.439
Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	85.688
Zunahme/Abnahme verbriefter Verbindlichkeiten	-27.359
Zunahme/Abnahme anderer Passiva aus laufender Geschäftstätigkeit	3.296
Zinsaufwendungen/Zinserträge	-109.724
Aufwendungen/Erträge aus außerordentlichen Posten	345
Ertragsteueraufwand/-ertrag	3.365
Erhaltene Zinszahlungen und Dividendenzahlungen	293.418
Gezahlte Zinsen	-187.768
Außerordentliche Einzahlungen	91
Außerordentliche Auszahlungen	0
Ertragsteuerzahlungen/ -erstattungen	-3.964
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	**-581.390**
Einzahlungen aus Abgängen des Finanzanlagevermögens	596.566
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-164.962
Einzahlungen aus Abgängen des Sachanlagevermögens	85
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-2.108
Einzahlungen aus Abgängen des immateriellen Anlagevermögens	0
Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-1.067
Cashflow aus Investitionstätigkeit	**428.514**
Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	11.098
Auszahlungen an Unternehmenseigner	-9.191
Sonstige Auszahlungen	0
Mittelveränderung aus sonstigem Kapital (Saldo)	0
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	**1.907**
Finanzmittelfonds zum Ende der Vorperiode	**211.784**
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	-581.390
Cashflow aus Investitionstätigkeit	428.514
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	1.907
Finanzmittelfonds zum Ende der Periode	**60.815**

ANHANG

Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

(1) Grundlagen

Der Jahresabschluss der SaarLB für das Geschäftsjahr 2016 (Geschäftsjahr) wurde nach den Vorschriften des HGB, der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute sowie nach den Vorschriften des Pfandbriefgesetzes aufgestellt. Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung sind nach dem allgemeinen Formblatt der RechKredV gegliedert. Die für Pfandbriefbanken sowie für Bausparkassen vorgeschriebenen Positionen wurden in Form von Darunterangaben ergänzt, da sie nicht den Geschäftsschwerpunkt der Bank darstellen. Die Anhangsangaben zum Bausparkassengeschäft sind in einem gesondert veröffentlichten Jahresabschluss der LBS enthalten.

In 2016 ist die Pflicht zur Aufstellung eines Konzernabschlusses gemäß § 290 Abs. 5 HGB entfallen, da nur Tochterunternehmen vorhanden sind, die nach § 296 HGB nicht in einen Konzernabschluss einbezogen werden brauchen. Damit wird zum 31.12.2016 kein Konzernabschluss nach IFRS mehr erstellt.

Als kapitalmarktorientiertes Unternehmen, das nicht zur Aufstellung eines Konzernabschlusses verpflichtet ist, hat die SaarLB nach § 264 Abs. 1 Satz 2 HGB den Jahresabschluss um eine Kapitalflussrechnung und einen Eigenkapitalspiegel erweitert.

(2) Währungsumrechnung

Fremdwährungsaktiva und -passiva sind nach § 256a HGB zu den EZB-Referenzkursen zum 31. Dezember 2016 umgerechnet worden. Die schwebenden Kassageschäfte werden zum Stichtagskassakurs, die schwebenden Termingeschäfte zum Stichtagsterminkurs umgerechnet.

Da die Vermögensgegenstände, Schulden oder Termingeschäfte pro Währung durch Vermögensgegenstände, Schulden oder andere Termingeschäfte in derselben Währung besonders gedeckt sind, erfolgt die Berücksichtigung von Aufwendungen und Erträgen in der Gewinn- und Verlustrechnung (§ 340h HGB), saldiert in den sonstigen betrieblichen Aufwendungen.

Insgesamt beläuft sich der Betrag der auf fremde Währung lautenden Vermögensgegenstände und Schulden auf TEUR 201.883 bzw. TEUR 194.356.

(3) Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der Ansatz von Vermögensgegenständen, Schulden, Rechnungsabgrenzungsposten, Aufwendungen und Erträgen wird nach den Vorschriften der §§ 246 ff. HGB, die

Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden nach den Bewertungsvorschriften in den §§ 252 ff. HGB vorgenommen – soweit nicht in §§ 340a ff. HGB Sonderregelungen für Kreditinstitute kodifiziert sind.

Gegenstände des Sachanlagevermögens sowie immaterielle Vermögensgegenstände, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen entsprechend der Nutzungsdauer bewertet.

Die Nutzungsdauer bemisst sich nach den erwarteten Verläufen des Verbrauchs des künftigen wirtschaftlichen Nutzens und berücksichtigt daher den physischen Verschleiß; technische oder gewerbliche Veralterungen werden hierbei unabhängig von dem erwarteten physischen Verschleiß berücksichtigt.

Folgende Nutzungsdauern werden bei der SaarLB in der Regel zugrunde gelegt:

- Betriebs- und Geschäftsausstattung 3 - 15 Jahre
- Immaterielle Vermögensgegenstände 3 - 5 Jahre.

Bei dauerhafter Wertminderung wird eine außerplanmäßige Abschreibung erfasst. Fallen die Gründe für die dauerhafte Wertminderung weg, erfolgen Zuschreibungen bis maximal zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten.

Die Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen werden zu Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere werden wie Anlagevermögen behandelt, wenn Durchhalteabsicht besteht. Die Bewertung erfolgt zu Anschaffungskosten bzw. bei dauernder Wertminderung zum niedrigeren beizulegenden Wert; vorübergehende Wertminderungen wurden nicht aufwandswirksam erfasst. Zur präziseren Darstellung der Vermögens- und Ertragslage wird der Unterschiedsbetrag zwischen Anschaffungskosten und Rückzahlungsbeträgen zeitanteilig erfolgswirksam im Zinsergebnis erfasst.

Die Bewertung der Aktien und anderen nicht festverzinsliche Wertpapiere erfolgt zu Anschaffungskosten bzw. zum niedrigeren beizulegenden Wert, unabhängig von der Dauer einer Wertminderung.

Die Wertpapiere des Umlaufvermögens sind mit Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt.

Wertpapierleihgeschäfte werden wie echte Pensionsgeschäfte i.S. des § 340b Abs. 2 HGB bilanziert: Die Erfassung eines Zugangs (Entleihe) bzw. eines Abgangs (Verleihe) wird nicht vorgenommen. Verliehene Wertpapiere werden nach den Regelungen der §§ 252 ff HGB bewertet, bei entliehenen Wertpapieren erfolgt keine Bewertung des Wertpapiers. Bonitätsmängel des Entleihers wird durch die Bildung einer Risikovorsorge Rechnung getragen.

Forderungen werden mit dem Nennbetrag, Verbindlichkeiten mit dem Erfüllungsbetrag bilanziert. Agien und Disagien werden in den aktiven bzw. passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig aufgelöst.

Den Risiken im Kreditgeschäft wird durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen für Forderungen sowie Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten Rechnung getragen. Die Höhe der notwendigen Einzelwertberichtigungen wird durch Gegenüberstellung der Kreditinanspruchnahme und des Barwerts der zukünftig erwarteten Zahlungsströme auf Einzelkontenebene ermittelt. Dabei werden die geschätzten Cash-Flows mit dem Effektivzinssatz abgezinst. Des Weiteren wird für Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sowie für Eventualverbindlichkeiten und Kreditzusagen, bei denen keine objektiven Hinweise auf Wertminderungen vorliegen sowie für solche, für die bei Vorliegen objektiver Hinweise bei Einzelbetrachtung kein Wertberichtigungsbedarf festgestellt wurde, eine Pauschalwertberichtigung auf Basis historischer Ausfallwahrscheinlichkeiten und erwarteter Verluste ermittelt. Im Rahmen eines Backtestingverfahrens erfolgt die laufende Aktualisierung der historischen Ausfallwahrscheinlichkeiten.

Außerdem besteht eine Vorsorge für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340f HGB sowie ein "Fonds für allgemeine Bankrisiken" gemäß § 340g HGB.

Die Pensionsrückstellungen werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen gemäß den Vorschriften des § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB gebildet. Der Berechnung liegen ein Rechnungszinssatz von 4,00 % p.a., ein Anwartschaftstrend von 2,5 % p.a. sowie ein Rententrend von 2 % p.a. zu Grunde.

Erstmals waren die geänderten Vorschriften des § 253 Abs. 6 HGB zur Ermittlung des Abzinsungssatzes für langfristige Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen anzuwenden. Die Abzinsung erfolgt nunmehr mit dem laufzeitadäquaten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre. Bisher war der laufzeitadäquate durchschnittliche Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre anzuwenden. Grundlage des Rechnungszinssatzes bildete der von der Deutschen Bundesbank Ende September 2016 veröffentlichte durchschnittliche Marktzinssatz, der sich bei der gemäß § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Der Zinssatz wurde aufgrund des stark gesunkenen Zinsniveaus gemäß IDW RS HFA 30 Tz. 65 auf das Jahresende hochgerechnet.

Die Pensionsrückstellungen werden gemäß den Sterbewahrscheinlichkeiten der Heubeck-Richttafeln 2005G dotiert. Von der Übergangsvorschrift gemäß Art 67 EGHGB wird Gebrauch gemacht, d.h. der sich durch das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) bei den Pensionsrückstellungen zum 31.12.2009 ergebende Unterschiedsbetrag wird über einen Zeitraum von 15 Jahren verteilt. Die aus diesem Grund nicht in der Bilanz ausgewiesenen Pensionsrückstellungen belaufen sich zum 31.12.2016 auf einen Betrag von TEUR 2.759 (31.12.2015 TEUR 3.104). Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Ansatz der Rückstellungen nach Maßgabe des siebenjährigen und des zehnjährigen Durchschnittszinssatzes beläuft sich auf TEUR 3.255. Für ihn besteht eine Ausschüttungssperre.

Vermögensgegenstände i.H.v. TEUR 601 (31.12.2015 TEUR 642), die ausschließlich der Erfüllung von Altersversorgungsverpflichtungen dienen, sind dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen und wurden daher mit den Schulden gemäß § 246 Abs 2 Satz 2 HGB verrechnet. Bei diesen Vermögensgegenständen handelt es sich um Ansprüche (Rückkaufswerte) aus Rückdeckungsversicherungen, deren Anschaffungskosten, die den

beizulegenden Zeitwerten entsprechen, TEUR 601 (31.12.2015 TEUR 642) betragen. Der Erfüllungsbetrag der Schulden weist eine Höhe von TEUR 601 (31.12.2015 TEUR 642) auf. Zinsaufwendungen i.H.v. von TEUR 20 (2015 TEUR 31) wurden mit Zinserträgen in entsprechender Höhe verrechnet

Im Übrigen werden für ungewisse Verbindlichkeiten und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften Rückstellungen in Höhe des notwendigen Erfüllungsbetrags gebildet. Zur Berechnung einer möglichen Drohverlustrückstellung bei der verlustfreien Bewertung der zinstragenden Geschäfte des Bankbuches wird der barwertige Ansatz verwendet. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre (veröffentlicht durch die Deutsche Bundesbank) abgezinst, sofern der Abzinsungseffekt wesentlich ist.

Bei den unter der Bilanz ausgewiesenen Eventualverbindlichkeiten (ausschließlich Bürgschaften i.H.v. TEUR 410.137) ist eine Inanspruchnahme nicht wahrscheinlich. Diese Einschätzung beruht auf Bonitätsanalysen der jeweiligen Kreditnehmer. Die Inanspruchnahme der unwiderruflichen Kreditzusagen (TEUR 937.242) erfolgt auf Basis der vertraglichen Regelungen. Die unter der Bilanz ausgewiesenen Eventualverbindlichkeiten und unwiderruflichen Kreditzusagen enthalten keine Posten, die von wesentlicher Bedeutung sind.

Zur Absicherung des Zinsrisikos bildet die SaarLB Mikro-Bewertungseinheiten. Die Bewertungseinheiten in Form von durchgehandelten Geschäften werden auch handelsrechtlich gemäß § 254 HGB als Mikro-Bewertungseinheit abgebildet (Volumen per 31.12.2016 EUR 3.045 Mio., 31.12.2015 EUR 2.610 Mio.). Grund- und Sicherungsinstrument sind dabei Derivate, deren maßgebliche Risikoparameter so aufeinander abgestimmt sind, dass sich die Wertänderungen der Grundgeschäfte und die Wertänderungen der Sicherungsgeschäfte über die Gesamtlaufzeit der Geschäfte ausgleichen. Da es sich somit um perfekte Sicherungsbeziehungen handelt, erfolgt weder eine Bewertung des Grundgeschäfts noch eine Bewertung des Sicherungsgeschäfts jeweils im Hinblick auf das abgesicherte Risiko (Einfrierungsmethode). Der Nachweis der Effektivität der Bewertungseinheit erfolgt mittels critical term match. Die Höhe des abgesicherten Risikos beträgt per 31.12.2016 TEUR 151.374 (31.12.2015 TEUR 156.747).

Derivate des Anlagebuchs werden nicht bilanziert. Im Rahmen der Berechnung einer möglichen Drohverlustrückstellung bei der verlustfreien Bewertung der zinstragenden Geschäfte des Bankbuchs werden diese Derivate berücksichtigt.

Anteilige Zinsen aus Zins- und Währungsswaps werden periodengerecht abgegrenzt und unter den Forderungen an Kreditinstituten und Kunden bzw. den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden ausgewiesen. Zinserträge und -aufwendungen der sichernden Swapgeschäfte werden (netto) in den Zinserträgen oder -aufwendungen ausgewiesen.

Die SaarLB setzt aktive und passive latente Steuern unter Anwendung des § 274 HGB an. Bei der Ermittlung der latenten Steuern zum 31. Dezember 2016 wurde ein Steuersatz von 32,975% (31.12.2015: 31,57%) zugrunde gelegt.

(4) Aktiva

Nr.	Bilanzpositionen	31.12.2016 TEUR	31.12.2015 TEUR
Pos. 3	**Forderungen an Kreditinstitute**		
	Forderungen an verbundene Unternehmen	-	-
	Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	4.190	6.212
	Nachrangige Forderungen	10.000	15.000
	Forderungen an angeschlossene Sparkassen	344.154	416.614
	Zur Deckung begebener Schuldverschreibungen bestimmte Forderungen	19.589	54.604
Pos. 4	**Forderungen an Kunden**		
	Forderungen an verbundene Unternehmen	-	7
	Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	13.719	18.641
	Zur Deckung begebener Schuldverschreibungen bestimmte Forderungen	2.802.226	2.502.336
Pos. 5	**Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere**		
	a) Geldmarktpapiere		
	ab) von anderen Emittenten		
	börsenfähig, nicht börsennotiert	-	-
	b) Anleihen und Schuldverschreibungen		
	ba) von öffentlichen Emittenten		
	börsenfähig und börsennotiert	360.522	503.802
	bb) von anderen Emittenten		
	börsenfähig und börsennotiert	1.359.405	1.531.045
	börsenfähig, nicht börsennotiert	-	67.455
	Nachrangige Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	10.000	10.000
	c) Eigene Schuldverschreibungen		
	börsenfähig und börsennotiert	7.649	19.740
	verbriefte Forderungen an verbundene Unternehmen	-	-
	verbriefte Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	-	-
Pos. 6	**Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere**		
	börsenfähig, nicht börsennotiert	-	-

Nr.	Bilanzpositionen	31.12.2016 TEUR	31.12.2015 TEUR
Pos. 9	**Treuhandvermögen**		
	Forderungen an Kunden	2.826	5.175
Pos. 12	**Sachanlagen**		
	vgl. Anlagespiegel		
Pos. 13	**Sonstige Vermögensgegenstände**		
	Im Wesentlichen sind hier ausgewiesen		
	Ansprüche aus Gewinnabführung	-	22.496
	Steuererstattungsansprüche	17.297	17.282
	Sicherheitsleistungen bei Börseneinrichtungen	-	6.531
	Prämien für Optionsgeschäfte	1.647	1.965
Pos. 14	**Rechnungsabgrenzungsposten**		
	Disagioabgrenzung von Verbindlichkeiten und begebenen Anleihen	3.705	3.796
	Agioabgrenzung aus Forderungen und begebenen Anleihen	8.802	6.327

Die Beteiligungen und die Anteile an verbundenen Unternehmen enthalten keine börsenfähigen Anteile.

Anlagespiegel

Anlagevermögen	historische AK zum 01.01.2016	Veränderungen während des Geschäftsjahres				Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.2016	Buchwert zum 31.12.2016	Abschreibungen lfd. Jahr
		Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Zuschreibungen			
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Sachanlagen [3]	16.449	2.108	161	-	-	14.997	3.399	894
Immaterielle Anlagewerte	9.461	1.067	221	-	-	6.402	3.905	850
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	7.096	557	221	-	-	6.402	1.030	850
geleistete Anzahlungen	2.365	510	-	-	- -		2.875	-
Beteiligungen	61.184	125	40.797	-	-	3.179	17.333	654
Anteile an verbundenen Unternehmen	350	-	-	-	-	-	350	-
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2.132.075			-435.327 [1]			1.696.748	17.216
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	329.528			4.914 [1] [2]			334.442	1.753

1) Es handelt sich hierbei um eine Nettoveränderung gem. § 34 Abs. 3 RechKredV.

2) Anteile an Spezialfonds.

3) Davon für eigene Tätigkeit genutzte
- Grundstücke und Gebäude TEUR 0
- Betriebs- und Geschäftsausstattung TEUR 3.399.

Der Buchwert (inkl. anteiliger Zinsen i.H.v. TEUR 23.179) der (börsenfähigen) Schuldverschreibungen und der anderen festverzinslichen Wertpapiere, die wie Anlagevermögen behandelt werden, beträgt TEUR 1.719.927, der beizulegende Zeitwert (inkl. anteiliger Zinsen) TEUR 1.769.851; darin enthalten sind Wertpapiere mit stillen Lasten mit einem

Buchwert i.H.v. TEUR 180.972 (Vorjahr TEUR 472.497) und einem beizulegenden Zeitwert i.H.v. TEUR 179.083 (Vorjahr TEUR 467.090) sowie Wertpapiere mit stillen Reserven mit einem Buchwert i.H.v. TEUR 1.535.936 (Vorjahr TEUR 1.629.894) und einem beizulegenden Zeitwert i.H.v. TEUR 1.587.749 (TEUR 1.678.826). Abschreibungen wurden nicht vorgenommen, soweit es sich um vorübergehende Wertminderungen handelt. Die SaarLB geht davon aus, dass die betreffenden Wertpapiere zum Nennwert zurückgezahlt werden.

Der Buchwert der in der Position „Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere“ ausgewiesenen Anteile an Spezialfonds beträgt TEUR 334.442 (Vorjahr TEUR 316.999). Diese Wertpapiere enthalten keine stillen Lasten. Es wurden außerpanmäßige Abschreibungen i.H.v. TEUR 1.753 (Vorjahr TEUR 2.760) vorgenommen.

Anlagevermögen	Kumulierte Abschreibungen zum 01.01.2016	Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.2016	Abschrei-bungen lfd. Jahr	Änderungen in den kumulierten Abschreibungen		
				Zugänge	Abgänge	Umbuchungen
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Sachanlagen	14.195	14.997	894	0	-92	
Immaterielle Anlagewerte	5.774	6.402	850	0	-222	

Investmentfonds

Folgende Anteile oder Anlageaktien an inländischem Investmentvermögen oder vergleichbaren ausländischen Investmentanteilen überstiegen eine Anteilsquote von 10 %:

	Buchwert (BW) 31.12.2016 TEUR	Marktwert (MW) 31.12.2016 TEUR	Differenz (MW-BW) TEUR	Ausschüttung 2016 TEUR	Tägliche Rückgabe möglich	Unterl. AfA 2016 TEUR
Gemischte Fonds						
SaarLB 1-Fonds	158.708	158.708	0	2.832	Ja	-
Anleihenfonds						
SBLB-Fonds	65.544	66.908	1.364	2.380	Ja	-
SBLB 2-Fonds	63.717	67.285	3.568	1.701	Ja	-
SBLBHA-Fonds	30.000	31.086	1.086	1.170	Ja	-
Immobilienfonds						
LBImmoInvest	44.411	44.661	250	1.200	Nein	-
Wagniskapitalfonds						
AIRFI	0	0	-	-	Nein	-

Bei den gemischten Fonds sowie bei den Anleihen- und Immobilienfonds handelt es sich um Spezialfonds, bei denen die SaarLB der alleinige Anteilsinhaber ist.

Die tägliche Rückgabemöglichkeit der Anteile des Immobilienfonds LBImmoInvest ist am Abschlussstichtag dahingehend beschränkt, dass bei Rückgabe der Anteile ein Rücknahmeaufschlag erhoben wird, bei Rückgabe aller Anteile eine Liquidation des Sondervermögens erfolgt und/oder die Gesellschaft die Rücknahme der Anteile aus Liquiditätsgründen zum Schutze der Anleger befristet verweigern kann.

Bei dem Alsace Inter Régio Fonds d’Investissement (AIRFI) handelt es sich um einen Wagniskapitalfonds nach französischem Recht. Vom Investitionsvolumen stammen nach den gesetzlichen Bestimmungen jeweils 50 % aus dem öffentlichen und dem privaten Bereich. Der Fonds hat vor allem im Elsaß und im Osten Frankreichs investiert, darüber

hinaus sind Engagements in den angrenzenden deutschen und schweizer Regionen möglich. Zielgesellschaften sind kleine und mittlere Unternehmen mit bis zu 500 Mitarbeitern und weniger als EUR 75,0 Mio. Bilanzsumme mit Wachstumspotenzial. Aufgrund der nicht ausreichenden wirtschaftlichen Verhältnisse des Fonds waren in Vorjahren Abschreibungen des Buchwerts notwendig.

(5) Passiva

Nr.	Bilanzpositionen	31.12.2016 TEUR	31.12.2015 TEUR
Pos. 1	**Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten**		
	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	-	-
	Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	108.146	115.783
	Verbindlichkeiten gegenüber angeschlossenen Sparkassen	89.381	76.090
Pos. 2	**Verbindlichkeiten gegenüber Kunden**		
	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	2.494	24.992
	Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	8.364	8.966
Pos. 3	**Verbriefte Verbindlichkeiten**		
	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	-	-
	Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	-	-
Pos. 4	**Treuhandverbindlichkeiten**		
	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.699	4.193
	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	128	982
Pos. 5	**Sonstige Verbindlichkeiten**		
	In dieser Position sind im Wesentlichen enthalten:		
	Zinsen für stille Einlagen	16.322	16.322
	Zinsen auf Genussrechtskapital	-	-
	Zinsen auf nachrangige Verbindlichkeiten	903	901
	Erhaltene Optionsprämien	6.320	3.129
	Noch abzuführende Steuern und Sozialabgaben	2.295	2.458
	Ausgleichsposten aus der Währungsumrechnung	906	4.743
Pos. 6	**Rechnungsabgrenzungsposten**		
	Agioabgrenzung von Verbindlichkeiten und begebenen Schuldverschreibungen	8.091	9.781
	Disagioabgrenzung aus Forderungen	2.417	3.060
Pos. 8	**Nachrangige Verbindlichkeiten**		
	Darlehen	25.500	25.500
	Inhaberschuldverschreibungen	-	-
Pos. 9	**Genussrechtskapital**	-	-

Zu nachrangigen Verbindlichkeiten:

Spezifikation der 10 % des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten übersteigenden Mittelaufnahmen:

- Namensschuldverschreibung EUR 5,0 Mio., Zinssatz 4,424 %, Fälligkeit 14.03.2024
- Namensschuldverschreibung EUR 5,0 Mio., Zinssatz 4,0648 %, Fälligkeit 14.03.2024
- Namensschuldverschreibung EUR 5,0 Mio., Zinssatz 4,0048 %, Fälligkeit 20.03.2024
- Namensschuldverschreibung EUR 3,0 Mio., Zinssatz 4,1779 %, Fälligkeit 30.01.2024
- Schuldscheindarlehen EUR 5,0 Mio., Zinssatz 5,4042 %, Fälligkeit 26.03.2018

Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung kann für diese Mittelaufnahmen nicht entstehen.

Die nachrangigen Verbindlichkeiten haben in Höhe von EUR 20,5 Mio. eine Restlaufzeit von mehr als zwei Jahren.

Die Aufwendungen für nachrangige Verbindlichkeiten betragen TEUR 1.125 (Vorjahr TEUR 5.402).

Im Falle eines Insolvenzverfahrens oder einer Liquidation erhalten die Gläubiger der nachrangigen Verbindlichkeiten erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger Rückzahlungen. Eine etwaige Umwandlung in Kapital oder andere Schuldformen ist nach den Vertrags- bzw. Anleihebedingungen nicht vorgesehen.

(6) Fristengliederung der Bilanzpositionen nach Restlaufzeiten

Aktiva

Nr.	Bilanzposition	31.12.2016 TEUR	31.12.2015 TEUR
Pos. 3b)	**Andere Forderungen an Kreditinstitute**		
	bis 3 Monate	243.006	204.113
	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	578.591	348.349
	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	89.793	211.814
	mehr als 5 Jahre	2.027	6.850
Pos. 4	**Forderungen an Kunden**		
	bis 3 Monate	475.209	471.871
	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	647.181	693.734
	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	3.023.561	2.864.830
	mehr als 5 Jahre	5.125.101	4.562.146
	Forderungen mit unbestimmter Laufzeit	147.853	291.329
Pos. 5	**Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere**		
	im folgenden Geschäftsjahr fällig werdende Beträge	451.486	418.485

Passiva

Nr.	Bilanzpositionen	31.12.2016 TEUR	31.12.2015 TEUR
Pos. 1b)	**Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten**		
	bis 3 Monate	652.943	422.365
	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	570.052	1.108.739
	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	804.796	789.345
	mehr als 5 Jahre	1.057.304	1.161.248
Pos. 2ab)	**Verbindlichkeiten gegenüber Kunden – Spareinlagen**		
	bis 3 Monate	804	528
	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	3.664	385
	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	-	-
	mehr als 5 Jahre	-	-
Pos. 2bb)	**Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden**		
	bis 3 Monate	788.155	580.447
	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	572.795	803.986
	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	455.138	349.135
	mehr als 5 Jahre	1.514.760	1.351.237
Pos. 3a)	**begebene Schuldverschreibungen**		
	Im folgenden Geschäftsjahr fällig werdende Beträge	708.878	379.737

(7) Allgemeines

Die nachfolgenden Erläuterungen zu den einzelnen Positionen der Bilanz erfolgen entsprechend der Reihenfolge der Ausweispositionen.

(8) Latente Steuern

Zur Ermittlung der latenten Steuern wurde ein Steuersatz i.H.v. 32,975 % verwendet. Die aktiven und passiven latenten Steuern verteilen sich auf folgende Posten:

	2016		2015	
in TEUR	Aktive latente Steuern	Passive latente Steuern	Aktive latente Steuern	Passive latente Steuern
Forderungen	14.295		10.712	-
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	-	1.649	-	1.225
Beteiligungen	75		72	-
Anteile an verbundenen Unternehmen	-		-	-
Sachanlagen	14		13	-
Sonstige Vermögensgegenstände	1.238		1.185	-
Sonstige Verbindlichkeiten	-		-	-
Rückstellungen	3.134		3.117	-
Verlustvorträge Körperschaft- und Gewerbesteuer	-		-	-
Gesamtsumme latente Steuern (saldiert)	**17.107**	**-**	**13.874**	**-**

(9) Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die negativen Zinsen aus dem Geldmarktgeschäft resultieren aus den über das Mindestreservesoll des Instituts hinausgehende Reserveguthaben bei der EZB. Die positiven Zinsen aus dem Bankgeschäft resultieren aus Termingeldanlagen sowie längerfristigen Verbindlichkeiten gegenüber Kunden. Die negativen Zinsen inkl. Vorjahreszahlen und die positiven Zinsen inkl. Vorjahreszahlen werden als eigene Position in der GuV aufgeführt.

In der GuV-Position 8 „Sonstige betriebliche Erträge“ sind u.a. Erträge aus Buchgewinnen auf Optionen bei Fälligkeit mit TEUR 2.419, Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen i.H.v. TEUR 715 sowie TEUR 416 aus der Rückerstattung von Verbandsumlagen des Vorjahres enthalten.
In der GuV-Position 12 „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ sind Abschreibungen auf Optionen bei Fälligkeit i.H.v. TEUR 2.112 sowie Zinsen aus der Aufzinsung der langfristigen Rückstellungen im Personalbereich i.H.v. TEUR 794 enhalten.
Die GuV-Position 20 „Außerordentliche Aufwendungen“ enthält den sich nach Art 67 EGHGB ergebenden Jahresbetrag aus der Zuführung von bisher nicht in der Bilanz ausgewiesenen Pensionsrückstellungen (vgl. Angabe 3).

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag entfallen mit TEUR 3.256 (Vorjahr TEUR 15.266) auf das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit und mit TEUR 114 (Vorjahr TEUR 109) auf das außerordentliche Ergebnis.

Weitere Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung werden im Lagebericht vorgenommen.

Sonstige Angaben

(10) Gewinnverwendung

Der Jahresüberschuss beträgt EUR 10.431.831,82.

Von dem Jahresüberschuss sind vorab gem. § 18 Abs. 1 der Satzung (mindestens) 10% den satzungsmäßigen Gewinnrücklagen (GRL) zuzuführen. Für das Geschäftsjahr 2016 ergibt sich ein Zuführungsbetrag von EUR 1.043.183,18.

Es verbleibt ein Bilanzgewinn von EUR 9.388.648,64

Gem. § 18 Abs. 2 der Satzung wird dem Verwaltungsrat folgende Gewinnverwendung vorgeschlagen:

	EUR
Zuführung zu den anderen Gewinnrücklagen der SaarLB	198.148,64
Gewinnausschüttung auf das Stammkapital	9.190.500,00
	9.388.648,64

(11) Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres haben sich nicht ereignet.

(12) Angaben zu sonstigen finanziellen Verpflichtungen, die nicht in der Bilanz enthalten sind

Mietverhältnisse

in TEUR	2016	2015
Künftige Mindestzahlungen aus unkündbaren Mietvereinbarungen (Restlaufzeiten)	**16.592**	**18.422**
bis 1 Jahr	2.190	1.973
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	7.610	7.203
mehr als 5 Jahre	6.792	9.246

Die Mietvereinbarungen betreffen Mieten für Immobilien sowie die Anmietung von Betriebs- und Geschäftsausstattung. Die Verträge zur Anmietung von Betriebs- und Geschäftsausstattung haben eine feste Laufzeit von 4 bzw. 5 Jahren; die Mietverträge für Immobilien haben eine unbestimmte Laufzeit, die Mietzahlungen für ein Jahr sind im

Laufzeitband bis 1 Jahr enthalten. Optionen sowie bedingte Mietzahlungen bestehen nicht.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Sonstige finanzielle Verpflichtungen betreffen:

in TEUR	2016	2015
Nachschussverpflichtungen gegenüber dem institutsbezogenen Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe	-	-
Nachschussverpflichtung sowie zusätzliche Mithaftung für andere Gesellschafter	2.482	2.712
Nicht eingeforderte Einzahlungsverpflichtungen	2.200	2.315
Verpflichtungen zur Übernahme von Anteilen	512	2.784
Zahlungsverpflichtung gegenüber der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung	4.328	1.199

An das institutsbezogene Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe (vormals Sicherungsreserve der Landesbanken) sind seit 2015 100% des festgestellten Jahresbeitrags zu zahlen. Eine Nachschussverpflichtung tritt daher nur im Haftungsfall ein.

Die Nachschussverpflichtung sowie die zusätzliche Mithaft für andere Gesellschafter ergeben sich aus dem GmbHG und dem HGB (Recht der Kommanditgesellschaft).

Die Verpflichtungen zur Übernahme von Anteilen beruhen auf Satzung und Kapitalerhöhungsbeschlüssen.

Die Zahlungsverpflichtung gegenüber der Bundesanstalt für Finanzmarktstablilisierung ergibt sich aus dem Jahresbeitrag zum Restrukturierungsfonds für das Beitragsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2016 (sog. Bankenabgabe). 15% des festgesetzten Jahresbeitrags können in Form von in vollem Umfang abgesicherten Zahlungsverpflichtungen erbracht werden.

(13) Sicherheitenübertragung für eigene Verbindlichkeiten

Für die nachfolgend genannten Verbindlichkeiten wurden Vermögensgegenstände als Sicherheiten i.H.v. TEUR 751.442 übertragen:

in TEUR	31.12.2016	31.12.2015
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	210.956	368.259
Insgesamt	**210.956**	**368.259**

Der Gesamtbetrag der übertragenen Sicherheiten, die zur Teilnahme an Clearingeinrichtungen und standardisierten Börseneinrichtungen hinterlegt werden müssen, beträgt EUR 85 Mio. (Vorjahr EUR 133 Mio.).

(14) Angaben zu nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten derivativen Finanzgeschäften

Im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit ist die Bank vor allem

- Zinsrisiken
- Währungsrisiken
- Aktien- und sonstigen Preisrisiken sowie
- Adressrisiken

ausgesetzt.

Diesen Risiken wird u.a. durch den Abschluss von Sicherungsgeschäften Rechnung getragen.

Die nachstehenden Tabellen zeigen die hierbei verwendeten derivativen Finanzinstrumente, deren Nominalbeträge, die Marktwerte sowie die Fristen- und Kontrahentenstruktur zum 31. Dezember 2016.

Dabei wurden als Marktwerte bei

- Börsenkontrakten die Marktpreise
- Optionsgeschäften anerkannte Optionspreismodelle mit aktuellen Parametern sowie
- bei sonstigen derivativen Geschäften Barwertmodelle einschließlich aktueller Zinsstrukturkurven

zugrunde gelegt.

Darstellung der Volumina

in TEUR	Nominalwerte 2016	Nominalwerte 2015	Markt-werte positiv 2016	Markt-werte negativ 2016
Zinsrisiken				
Zinsswaps	12.321.288	11.372.292	477.315	-398.245
Swaptions	60.000	15.000	-	-3.805
Caps, Floors	994.230	1.416.656	734	-739
Futures	1.230.950	1.087.865	3.357	-3.357
Optionen auf Futures	204.449	210.031	582	-582
Zinsrisiken insgesamt	**14.810.917**	**14.101.844**	**481.988**	**-406.728**
Währungsrisiken				
Devisentermingeschäfte	282.294	397.152	2.251	-2.782
Währungsswaps/Zins-Währungsswaps	-	-	-	-
Devisenoptionen	129.470	1.190	579	-610
- Käufe	64.735	595	579	-
- Verkäufe	64.735	595	-	-610
Futures*	10.606	6.250	53	-53
Währungsrisiken insgesamt*	**422.370**	**404.592**	**2.883**	**-3.445**
Aktien- und sonstige Preisrisiken				
Indexoptionen	72.286	184.630	1.714	-1.714
- Käufe	36.143	92.315	1.714	-
- Verkäufe	36.143	92.315	-	-1.714
Aktienoptionen*	5.032	32.714	866	-866
- Käufe	2.516	16.357	866	-
- Verkäufe	2.516	16.357	-	-866
Futures	68.852	75.481	767	-767
Aktien- und sonstige Preisrisiken insgesamt*	**146.170**	**292.825**	**3.347**	**-3.347**
Risiken aus Kreditderivaten				
Sicherungsnehmer	-	-	-	-
Sicherungsgeber	30.000	30.000	26	-37
Risiken aus Kreditderivaten insgesamt	**30.000**	**30.000**	**26**	**-37**
Insgesamt	**15.409.457**	**14.829.261**	**488.244**	**-413.557**

* Ausweis der Vorjahreszahl wurde angepasst (von Aktien- und sonstige Preisrisiken zu Währungsrisiken)

Fristengliederung

	Nominalwerte							
	Zinsrisiken		Währungsrisiken		Aktien- und sonstige Preisrisiken		Risiken aus Kreditderivaten	
in TEUR	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Restlaufzeiten								
bis 3 Monate*	871.133	195.260	391.539	322.678	121.413	264.151	-	-
bis 1 Jahr	2.006.624	1.504.584	23.406	48.847	24.757	28.674	30.000	-
bis 5 Jahre	5.949.964	6.489.491	7.425	33.067	-	-	-	30.000
über 5 Jahre	5.983.196	5.912.509	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	**14.810.917**	**14.101.844**	**422.370**	**404.592**	**146.170**	**292.825**	**30.000**	**30.000**

* Ausweis der Vorjahreszahl wurde angepasst (von Aktien- und sonstige Preisrisiken zu Währungsrisiken)

Kontrahentengliederung

	Nominalwerte		Marktwerte positiv		Marktwerte negativ	
in TEUR	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Banken in der OECD	12.743.414	11.683.004	353.244	344.278	-404.959	-429.796
Öffentliche Stellen in der OECD	396.029	388.172	22.718	21.518	-1.282	-670
Sonstige Kontrahenten [1]	2.270.014	2.758.085	112.282	114.125	-7.316	-10.612
Insgesamt	**15.409.457**	**14.829.261**	**488.244**	**479.921**	**-413.557**	**-441.078**

[1)] Einschließlich Börsenkontrakte

Buchwerte bestehen im Hinblick auf gezahlte und erhaltene Optionsprämien in den Positionen „Sonstige Vermögensgegenstände“ bzw. „Sonstige Verbindlichkeiten“. Diese betreffen mit TEUR 1.647 gezahlte und mit TEUR 6.320 erhaltene Optionsprämien.

(15) Angaben zu ausschüttungsgesperrten Beträgen

in TEUR	31.12.2016	31.12.2015
Ausschüttungsgesperrte Beträge insgesamt	**20.362**	**13.874**
Aktive latente Steuern	17.107	13.874
Unterschiedsbetrag Pensionsrückstellungen	3.255	-

Nach § 253 Abs. 6 Satz 2 HGB besteht für den Unterschiedsbetrag zwischen dem Ansatz der Pensionsrückstellungen nach Maßgabe des siebenjährigen und des zehnjährigen Durchschnittszinssatzes eine Ausschüttungssperre.

(16) Zahl der Beschäftigten

Im Jahresdurchschnitt 2016 waren bei der Bank 560 Mitarbeiter beschäftigt, davon 89 bei der Landesbausparkasse sowie 8 bei der SaarLB France.

Durchschnittlicher Personalstand während des Berichtsjahres

Jahresdurchschnitt	2016	2015
Beschäftigte insgesamt	**560**	**552**
darunter:		
Landesbausparkasse	89	85
davon männlich	38	38
davon weiblich	51	47
SaarLB France	8	9
davon männlich	7	8
davon weiblich	1	1
Männlich	**288**	**290**
Weiblich	**272**	**262**
Vollzeitbeschäftigte	**413**	**403**
Teilzeitbeschäftigte	**128**	**126**
Auszubildende	**19**	**23**

(17)Bezüge des Vorstandes und des Verwaltungsrates

Die Gesamtbezüge des Vorstandes betrugen im Geschäftsjahr 2016 TEUR 1.920 (Vorjahr TEUR 1.890), die des Verwaltungsrates TEUR 288 (Vorjahr TEUR 261).

Die Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstandes und ihren Hinterbliebenen betragen per 31. Dezember 2016 TEUR 20.812. Aufgrund der Übergangsregelungen des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes sind hiervon TEUR 15.544 zurückgestellt. Die laufenden Versorgungsleistungen betrugen TEUR 1.583.

(18) Honorar für den Abschlussprüfer

in TEUR	2016
Abschlussprüfungen	954
Andere Bestätigungsleistungen	25
Steuerberatungsleistungen	36
Sonstige Leistungen	543
Insgesamt	**1.558**

(19) Dritten gegenüber erbrachte Dienstleistungen

Die Dritten gegenüber erbrachten Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung sind von untergeordneter Bedeutung.

(20) Pensions- und Wertpapierleihegeschäfte

Pensionsgeschäfte bestanden wie im Vorjahr zum Bilanzstichtag nicht. Im Rahmen von Wertpapierleihegeschäften wurden Wertpapiere i.H.v. TEUR 71.000 nominal entliehen.

Deckungsrechnung für das Hypotheken- und das Kommunalkreditgeschäft

(21) Weitergeführter Alt-Bestand nach § 51 PfandBG

in TEUR	2016	2015
Hypothekengeschäft		
Deckungspflichtige Verbindlichkeiten		
Hypothekenpfandbriefe	-	-
davon:		
Inhaberschuldverschreibungen	-	-
Namensschuldverschreibungen	-	-
Deckungswerte	-	-
davon:		
Wertpapiere öffentl. Emittenten	-	-
Forderungen an Kreditinstitute	-	-
Forderungen an Kunden	-	-
Deckungsüberhang	**-**	**-**
Kommunalkreditgeschäft		
Deckungspflichtige Verbindlichkeiten		
Öffentliche Pfandbriefe	77.956	88.069
davon:		
Inhaberschuldverschreibungen	-	-
Namensschuldverschreibungen	77.956	88.069*
Deckungswerte	120.241	126.048
davon:		
Wertpapiere öffentl. Emittenten	-	-
Forderungen an Kreditinstitute	3.000	-
Forderungen an Kunden	117.241	126.048
Deckungsüberhang	**42.285**	**37.979**

* Ausweis der Vorjahreszahl wurde angepasst (von Inhaberschuldverschreibung zu Namensschuldverschreibung)

(22) Neubestand

Nominal- und Barwertdeckung

Hypotheken-pfandbriefe (in TEUR)	Nennwert		Barwert		Risikobarwert + 250 bp		Risikobarwert - 250 bp	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs	391.500	450.000	398.253	460.548	379.795	441.138	398.733	462.970
Gesamtbetrag der Deckungsmasse	584.766	752.995	620.637	799.350	574.301	734.668	622.383	810.553
Überdeckung	193.266	302.995	222.384	338.802	194.505	293.530	223.650	347.583
Überdeckung in %	49,37	67,33	55,84	73,56	51,21	66,54	56,09	75,08

Öffentliche Pfandbriefe (in TEUR)	Nennwert		Barwert		Risikobarwert +250 bp		Risikobarwert -250 bp	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs	1.540.900	1.197.535	1.672.316	1.316.351	1.402.072	1.136.594	1.774.124	1.416.273
Gesamtbetrag der Deckungsmasse	2.103.941	1.642.236	2.342.414	1.835.696	1.966.558	1.557.884	2.474.871	1.969.465
Überdeckung	563.041	444.701	670.098	519.345	564.486	421.290	700.747	553.192
Überdeckung in %	36,54	37,13	40,07	39,45	40,26	37,07	39,50	39,06

Laufzeitstruktur der Pfandbriefe sowie Zinsbindungsfristen der Deckungsmassen

Zum 31.12.2016 ergibt sich hinsichtlich der Laufzeitstruktur der im Umlauf befindlichen Pfandbriefe sowie der Zinsbindungsfristen der Deckungsmasse Folgendes:

in TEUR	Hypotheken-pfandbriefe	Deckungsmasse	Öffentliche Pfandbriefe	Deckungsmasse
Bis 6 Monate	65.000	30.929	108.500	164.276
> 6 bis 12 Monate	152.000	69.339	51.000	48.953
> 12 bis 18 Monate	25.000	98.316	46.600	54.613
> 18 Monate bis 2 Jahre	10.000	50.522	25.000	111.265
> 2 Jahre bis 3 Jahre	25.500	57.455	105.000	178.885
> 3 Jahre bis 4 Jahre	59.000	90.047	127.000	127.973
> 4 Jahre bis 5 Jahre	-	47.890	100.000	161.232
> 5 Jahre bis 10 Jahre	55.000	140.269	455.000	661.985
> 10 Jahre	-	-	522.800	594.758

31.12.2015:

in TEUR	Hypotheken-pfandbriefe	Deckungsmasse	Öffentliche Pfandbriefe	Deckungsmasse
Bis 6 Monate	80.000	34.501	77.635	124.416
> 6 bis 12 Monate	10.500	85.011	75.000	61.161
> 12 bis 18 Monate	65.000	31.913	156.000	67.702
> 18 Monate bis 2 Jahre	165.000	103.060	1.000	38.292
> 2 Jahre bis 3 Jahre	35.000	149.619	71.600	149.423
> 3 Jahre bis 4 Jahre	25.500	68.092	80.000	91.896
> 4 Jahre bis 5 Jahre	34.000	94.327	89.500	117.841
> 5 Jahre bis 10 Jahre	35.000	186.473	278.500	572.822
> 10 Jahre	-	-	368.300	418.682

Aufschlüsselung Hypothekenregister

Nach Größenklassen	Betrag in TEUR		in %	Veränderung in %
	2016	2015	2016	2016 - 2015
x < =300 TEUR	916	2.122	0,2	-56,8
300 TEUR<x<= 1 Mio.EUR	11.362	23.542	1,9	-51,7
1 Mio. EUR < x <= 10 Mio. EUR	280.534	343.777	48,0	-18,4
x > 10 Mio. EUR	216.454	300.554	37,0	-28,0
sichernde Überdeckung	75.500	83.000	12,9	-9,0
Gesamtsumme	584.766	752.995	100,0	-22,3

in TEUR	Deutschland		Frankreich		Gesamtsumme aller Staaten	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Wohnungswirtschaftlich	**26.511**	**29.575**	**0**	**0**	**26.511**	**29.574**
Eigentumswohnungen	2.617	0	0	0	2.617	0
Mehrfamilienhäuser	23.894	29.575	0	0	23.894	29.574
Gewerblich	**295.315**	**378.888**	**187.439**	**261.532**	**482.754**	**640.419**
Bürogebäude	65.305	86.381	146.085	160.296	211.390	246.677
Handelsgebäude	173.938	229.804	21.503	75.075	195.441	304.878
Industriegebäude	0	2.712	0	0	0	2.712
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	56.072	59.991	19.851	26.161	75.923	86.152
Insgesamt	**321.827**	**408.463**	**187.439**	**261.532**	**509.266**	**669.993**

Der Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen beträgt EUR 0,00; der Geamtbetrag der Forderungen, soweit der jeweilige Rückstand mindestens 5% der Forderung beträgt ist ebenfalls EUR 0,00.

Aufschlüsselung Deckungsregister für öffentliche Pfandbriefe

Nach Größenklassen	Betrag in TEUR		in %	Veränderung in %
	2016	2015	2016	2016 - 2015
1 Mio. EUR < x <= 10 Mio. EUR	560.011	336.811	26,6	66,3
10 Mio. EUR < x <= 100 Mio. EUR	1.027.089	754.194	48,8	36,2
x > 100 Mio. EUR	516.841	510.557	24,6	1,2
Gesamtsumme	2.103.941	1.601.562	100,0	31,4

in TEUR	Deutschland		Frankreich		Gesamtsumme aller Staaten	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015
	1.628.564	1.309.435	475.377	292.128	2.103.941	1.601.563
Zentralstaat	0	-	18.734	19.103	18.734	19.103
regionale Gebietskörperschaft	292.639	309.952	0	-	292.639	309.952
örtliche Gebietskörperschaft	982.546	679.369	441.707	257.685	1.424.253	937.054
Sonstige	353.379	320.114	14.937	15.340	368.315	335.454

Der Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen beträgt EUR 0,00; der Geamtbetrag der Forderungen, soweit der jeweilige Rückstand mindestens 5% der Forderung beträgt ist ebenfalls EUR 0,00.

Weitere Deckungswerte für Hypothekenpfandbriefe nach § 19 Abs. 1 Nr. 1, 2 und 3 PfandBG i.V.m. § 28 Abs. 1 Nr. 4, 5 und 6 PfandBG sowie für öffentliche Pfandbriefe nach § 20 Abs. 2 Nr. 1 und 2 PfandBG

	Deutschland		Frankreich		Gesamtsumme aller Staaten	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Ausgleichsforderungen i.S.d. § 19 Abs. 1 Nr. 1 PfandBG	-	-	-	-	-	-
Forderungen i.S.d. § 19 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG	-	-	-	-	-	-
davon gedeckte Schuldverschreibungen i.S.d. Art. 129 Verordnung (EU) Nr. 575/2013	-	-	-	-	-	-
Forderungen i.S.d. § 19 Abs. 1 Nr. 3 PfandBG	75.500	83.000	-	-	75.500	83.000
Summe	75.500	83.000	-	-	75.500	83.000

	Deutschland		Frankreich		Gesamtsumme aller Staaten	
	2016	2015	2016	2015	2016	2015
Ausgleichsforderungen i.S.d. § 20 Abs. 2 Nr. 1 PfandBG	-	-	-	-	-	-
Forderungen i.S.d. § 20 Abs. 2 Nr. 2 PfandBG	-	41.000	-	-	-	41.000
davon gedeckte Schuldverschreibungen i.S.d. Art. 129 Verordnung (EU) Nr. 575/2013	-	-	-	-	-	-
Summe	-	41.000	-	-	-	41.000

Kennzeichen der begebenen Pfandbriefe

Hypothekenpfandbriefe		Q4 2016	Q4 2015
Umlaufende Pfandbriefe	TEUR	391.500	450.000
davon Anteil festverzinslicher Pfandbriefe (§ 28 PfandBG Abs.1 Nr.9)	%	73,95	74,44
Deckungsmasse	TEUR	584.766	752.995
davon Gesamtbetrag der Forderungen, die die Grenzen nach § 13 PfandBG Abs. 1 überschreiten (§ 28 PfandBG Abs.1 Nr. 7)	TEUR	-	-
davon Gesamtbetrag der Forderungen, die oberhalb der %-Werte nach § 19 PfandBG Abs.1 Nr. 2 liegen (§ 28 PfandBG Abs. 1 Nr. 8)	TEUR	-	-
davon Gesamtbetrag der Forderungen, die oberhalb der %-Werte nach § 19 PfandBG Abs.1 Nr. 3 liegen (§ 28 PfandBG Abs. 1 Nr. 8)	TEUR	-	-
davon Anteil festverzinslicher Deckungsmasse (§ 28 PfandBG Abs. 1 Nr. 9)	%	71,32	62,82
Nettobarwert nach § 6 Pfandbrief-Barwertverordnung je Fremdwährung in Mio. Euro (§ 28 PfandBG Abs. 1 Nr. 10)		-	-
volumengewichteter Durchschnitt des Alters der Forderungen (verstrichene Laufzeit seit Kreditvergabe - seasoning) § 28 PfandBG Abs. 1 Nr. 11	Jahre	5,39	4,6
durchschnittlicher gewichteter Beleihungsauslauf (§ 28 PfandBG Abs. 2 Nr. 3)	%	53,55	55,9

Öffentliche Pfandbriefe		Q4 2016	Q4 2015
Umlaufende Pfandbriefe	TEUR	1.540.900	1.197.535
davon Anteil festverzinslicher Pfandbriefe (§ 28 PfandBG Abs.1 Nr.9)	%	89,62	82,46
Deckungsmasse	TEUR	2.103.941	1.642.236
davon Gesamtbetrag der Forderungen, die oberhalb der %-Werte nach § 20 PfandBG Abs. 2 liegen (§ 28 PfandBG Abs. 1 Nr. 8)	TEUR	-	-
davon Anteil festverzinslicher Deckungsmasse (§ 28 PfandBG Abs. 1 Nr. 9)	%	74,76	75,92
Nettobarwert nach § 6 Pfandbrief-Barwertverordnung je Fremdwährung in Mio. Euro (§ 28 PfandBG Abs. 1 Nr. 10)		-	-

Anteil Derivate

Wie im Vorjahr bestanden im Berichtsjahr keine Derivate.

Zahl der Zwangsversteigerungen und Zwangsverwaltungen sowie Zahl der Grundstücksübernahmen zur Verhütung von Verlusten

Wie im Vorjahr bestanden im Berichtsjahr keine Zwangsversteigerungen und keine Zwangsverwaltungen sowie keine Grundstücksübernahmen zur Verhütung von Verlusten.

Gesamtbetrag der rückständigen Zinsen

Hypotheken	Betrag in TEUR			
	Wohnwirtschaftlich		Gewerblich	
	2016	2015	2016	2015
Gesamtbetrag der rückständigen Zinsen	-	-	-	150

(23) Anteilsbesitz

Den Anteilsbesitz der SaarLB gemäß § 285 Ziffer 11 HGB – soweit nicht von untergeordneter Bedeutung (§ 286 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 HGB) – zum 31. Dezember 2016 zeigt folgende Aufstellung:

Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Eigenka-pital in TEUR	Anteil am Kapital in %	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres in TEUR	
1.	SaarLB-Bankenbeteiligungsgesellschaft mbH, Saarbrücken	25	100,00	./.1,4	(2016)
2.	LBS Vertriebs GmbH, Saarbrücken*	25	100,00	31	(2015)
3.	LBS Immobilien GmbH, Saarbrücken*	300	100,00	200	(2015)
4.	TEGES Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH, Berlin	18	50,00	./. 0,4	(2015)
5.	TEGES Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Berlin KG, Berlin	./. 6.959	47,01	226	(2015)
6.	Gekoba-Gesellschaft für Gewerbe- und Kommunalbauten mbH, Saarbrücken	5.772	38,00	288	(2015)
7.	Saarländische Kapitalbeteiligungsgesellschaft mbH, Saarbrücken	7.440	33,33	271	(2015)
8.	Saarländische Wagnisfinanzierungsgesellschaft mbH, Saarbrücken	6.402	30,44	92	(2015)
9.	GSW-Saarländische Wohnungsbaugesellschaft mbH, Saarbrücken	8.414	28,57	296	(2015)
10.	NBV Beteiligungs GmbH, Hannover	15.084	21,33	2.113	(2015)
11.	Saarländische Investitionskreditbank AG, Saarbrücken	64.465	19,34	866	(2016)
12.	Artelis S.A., Luxemburg	39.411	10,00	3.702	(2015)
13.	S-Partner Kapital AG, München	21.673	9,31	1.091	(2015)
14.	Bayern Mezzaninekapital GmbH & Co. KG Unternehmensbeteiligungsgesellschaft, München	32.866	8,33	2.692	(2015)

* Beteiligung der LBS

Bei der folgenden großen Kapitalgesellschaft besteht eine Stimmrechtsquote von mehr als 5 %:

- Saarländische Investitionskreditbank AG, Saarbrücken

Mit den Unternehmen unter Nr. 1, 2 und 3 bestehen Ergebnisabführungsverträge.
Bei folgendem Unternehmen ist die SaarLB unbeschränkt haftender Gesellschafter:

- GLB GmbH & Co. OHG, An der Welle 4, 60422 Frankfurt/Main

(24) Verwaltungsorgane der SaarLB

Verwaltungsrat

Jan-Christian Dreesen
Stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes, FC Bayern München AG, München
Vorsitzender

Cornelia Hoffmann-Bethscheider
Präsidentin, Sparkassenverband Saar, Saarbrücken
Stellvertretende Vorsitzende

Dr. Michael Braun

Stefan Crohn

Bereichsleiter Konzernstrategie und Konzernkommunikation, Bayerische Landesbank, München (bis 31.12.2016)

Thomas Klein
Bankangestellter, Landesbank Saar, Saarbrücken

Fred Metzken
Sprecher des Vorstandes, AG der Dillinger Hüttenwerke und Saarstahl AG, Dillingen

Thomas Roß
Bankangestellter, Landesbank Saar, Saarbrücken

Ralph Singer
Bankangestellter, Landesbank Saar, Saarbrücken

Luzia Welter
Bankangestellte, Landesbank Saar, Saarbrücken

Ministerium der Finanzen des Landes Rheinland-Pfalz, Mainz (ab 26.01.2017)

Klaus Meiser
Landtagspräsident des Saarlandes, Saarbrücken

Anke Rehlinger
Ministerin, Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr, Saarbrücken

Daniela Schlegel-Friedrich
Landrätin, Landkreis Merzig-Wadern, Merzig

Stephan Toscani
Minister, Ministerium für Finanzen und Europa, Saarbrücken

Beauftragte der Aufsichtsbehörde:

Iris Jung
Ministerialrätin, Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr, Saarbrücken (bis 17.01.2016)

Beauftragter der Aufsichtsbehörde:

Dominik Becker
Regierungsrat, Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr, Saarbrücken (ab 18.01.2016)

Die Angaben in Klammern beziehen sich ausschließlich auf die Tätigkeit im Verwaltungsrat der SaarLB.

Vorstand

Werner Severin
Vorsitzender des Vorstandes

Gunar Feth
Stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes

Frank Eloy
Mitglied des Vorstandes

Dr. Matthias Böcker
Mitglied des Vorstandes

(25) Beziehungen zu nahe stehenden Unternehmen und Personen

Unternehmen und Personen gelten als nahe stehend, sofern eine Partei die andere mittelbar oder unmittelbar kontrolliert oder maßgeblichen Einfluss auf deren geschäftliche oder operative Entscheidungen ausüben kann. Zu den nahe stehenden Unternehmen und Personen der SaarLB gehören zum 31.12.2016:

- das Saarland sowie dessen Tochter- und Gemeinschaftsunternehmen,
- alle Tochterunternehmen der Gemeinschaftsunternehmen des Saarlandes (bis auf die letzte Ebene),
- alle Tochter- und Gemeinschaftsunternehmen der Tochterunternehmen des Saarlandes (bis auf die letzte Ebene),
- Tochterunternehmen und assoziierte Unternehmen der SaarLB,
- alle Gemeinschafts- und assoziierte Unternehmen der Tochterunternehmen der SaarLB (bis auf die letzte Ebene)
- alle Tochterunternehmen der assoziierten Unternehmen der SaarLB (bis auf die letzte Ebene)
- der Sparkassenverband Saar sowie dessen Tochter- und Gemeinschaftsunternehmen
- die Wertpapier- und Immobilienspezialfonds (vgl. (5) Aktiva Investmentfonds),
- Personen in Schlüsselpositionen, deren nahe Familienangehörige sowie Gesellschaften, die von diesen Personen oder deren nahen Familienangehörigen kontrolliert oder maßgeblich beeinflusst werden oder an denen dieser Personenkreis bedeutende Stimmrechte hält; Personen in Schlüsselpositionen sind Personen, die für die Planung, Leitung und Überwachung der Tätigkeiten der SaarLB direkt oder indirekt zuständig und verantwortlich sind. Hierzu zählen die Mitglieder des Vorstands und des Verwaltungsrats der SaarLB sowie deren nahen Familienangehörigen.
- das Trägerunternehmen für Pensionspläne für SaarLB-Mitarbeiter, die nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses in Anspruch genommen werden.

Die SaarLB unterhält geschäftliche Beziehungen zu nahe stehenden Unternehmen und Personen. Geschäfte mit diesen Unternehmen und Personen werden im Rahmen des normalen Geschäftsverlaufs durchgeführt und es gelten grundsätzlich die gleichen

Bedingungen – einschließlich Zinssätzen und Sicherheiten – wie für im selben Zeitraum getätigte vergleichbare Geschäfte mit Dritten. Diese Geschäfte waren nicht mit ungewöhnlich hohen Einbringlichkeitsrisiken oder anderen ungünstigen Eigenschaften behaftet.

Eine Auflistung der wesentlichen Beteiligungsunternehmen der SaarLB befindet sich in der Aufstellung des Anteilsbesitzes.

Der Gesamtbetrag der den Vorstands- bzw. Verwaltungsratsmitgliedern der SaarLB gewährten Kredite sowie erhaltenen Einlagen stellt sich wie folgt dar:

in TEUR	2016	2015
Forderungen	**1.314**	**1.485**
Mitglieder des Vorstandes SaarLB	23	28
Personen in Schlüsselpositionen	718	947
Mitglieder des Verwaltungsrates SaarLB	573	510
Verbindlichkeiten	**682**	**745**
Mitglieder des Vorstandes SaarLB	87	61
Personen in Schlüsselpositionen	162	267
Mitglieder des Verwaltungsrates SaarLB	433	417

Von nahen Familienangehörigen hat die SaarLB Einlagen i.H. v. TEUR 123 (im Vorjahr TEUR 77) erhalten.

(26) Mandate von Vorstandsmitgliedern und Mitarbeitern in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien

Während des Berichtsjahres bestanden folgende Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften (einschl. aller Kreditinstitute, unabhängig von deren Rechtsform):

Werner Severin

Deutsche Factoring Bank Deutsche Factoring GmbH & Co. KG, Bremen (bis 18.08.2016)

Frank Eloy

Saarländische Investitionskreditbank AG, Saarbrücken

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Nach bestem Wissen versichern wir, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Landesbank Saar vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Landesbank Saar so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Landesbank Saar beschrieben sind.

Saarbrücken, 20. März 2017

Landesbank Saar

Der Vorstand

Werner Severin Gunar Feth Frank Eloy Dr. Matthias Böcker

Anlage zum Jahresabschluss

Offenlegung nach § 26a Abs. 1 Satz 2 KWG

Die SaarLB betreibt eine Niederlassung in Frankreich mit Sitz in Straßburg, der mehrere „Centre d‘ Affaires“ zugeordnet sind.

Folgende Angaben sind vorzunehmen:

	31.12.2016	31.12.2015	31.12.2016	31.12.2015
Firmenbezeichnung	Landesbank Saar	Landesbank Saar	Landesbank Saar	Landesbank Saar
Art der Tätigkeit	Betreiben von Bankgeschäften	Betreiben von Bankgeschäften	Vermittlung von Kreditgeschäft	Vermittlung von Kreditgeschäft
geografische Lage	Deutschland	Deutschland	Frankreich	Frankreich
Umsatz[1]	300.923	372.869	4.290	4.248
Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeitäquivalenten	492,9	486,8	6,8	6,8
Gewinn vor Steuern[1]	13.455	35.180	415	399
Steuern auf Gewinn[1]	3.203	15.215	163	160
erhaltene öffentliche Beihilfen	-	-	-	-

[1] in TEUR

Der Umsatz ergibt sich als Summe aus den Zins- und Provisionserträgen sowie den sonstigen betrieblichen Erträgen. Die LBS ist in der Landesbank Saar Deutschland enthalten.

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss - bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang, Kapitalflussrechnung und Eigenkapitalspiegel - unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Landesbank Saar, Saarbrücken, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Bank. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Bank sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bank. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den gesetzlichen Vorschriften, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Bank und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Saarbrücken, den 23. März 2017

PricewaterhouseCoopers GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Jürgen Breisch	ppa. Thomas Apitzsch
Wirtschaftsprüfer	Wirtschaftsprüfer

Bericht des Verwaltungsrates

Im abgelaufenen Geschäftsjahr hat der Verwaltungsrat die Geschäftsführung des Vorstandes überwacht. Verwaltungsrat und Risikoausschuss haben regelmäßig Berichte über die Entwicklung und die Geschäftslage der Bank sowie über wichtige Geschäftsvorgänge entgegengenommen und diese mit dem Vorstand der Bank erörtert. Der Prüfungsausschuss hat sich mit den Abschlussprüfungen sowie den internen Kontrollverfahren der Bank befasst und mit dem Vorstand erörtert. In den Sitzungen des Verwaltungsrates wurde regelmäßig über die wesentlichen Inhalte der Sitzungen des Risikoausschusses, des Prüfungsausschusses und des Vergütungskontrollausschusses berichtet.

Im Rahmen der engen und vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Verwaltungsrat und Vorstand wurden neben den regelmäßigen Berichten und der jährlichen Erörterung der Geschäfts- und Risikostrategie sowie der IT-Strategie insbesondere die Maßnahmen und weitere Planung zum Strategie- und Strukturprojekt SaarLB2020, zur Stärkung des Eigenkapitals und zur Abarbeitung der Feststellungen aus der IT-Sonderprüfung gemäß § 44 KWG begleitet.

Der Verwaltungsrat und der Risikoausschuss haben, soweit nach der Satzung vorgesehen, bei den Geschäften der Bank mitgewirkt und die erforderlichen Beschlüsse gefasst.

Die Organe der Bank haben in ihren Sitzungen am 21. April 2017 die Einhaltung der unternehmenseigenen Corporate Governance-Grundsätze, zu denen sich die SaarLB freiwillig verpflichtet hat, erörtert und festgestellt, dass keine Anhaltspunkte bekannt sind, die im Geschäftsjahr 2016 einer Einhaltung dieser Grundsätze widersprechen.

Den Lagebericht und den Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016 sowie den Vorschlag für die Gewinnverwendung hat der Verwaltungsrat mit dem Vorstand beraten.

Jahresabschluss und Lagebericht zum 31. Dezember 2016 wurden durch den Abschlussprüfer, die PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, geprüft und erhielten den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk.

Der Verwaltungsrat hat das Prüfungsergebnis zustimmend zur Kenntnis genommen und den HGB-Jahresabschluss zum 31. Dezember 2016 am 21. April 2017 festgestellt. Dem Vorstand wurde Entlastung erteilt.

Saarbrücken, den 21. April 2017

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates
Jan-Christian Dreesen

Gewinnverwendungsbeschluss

Der Bilanzgewinn für das Geschäftsjahr 2016 in Höhe von EUR 9.388.648,64 wird in Höhe von EUR 198.148,64 der anderen Gewinnrücklage der SaarLB zugeführt und in Höhe von EUR 9.190.500,00 ausgeschüttet.

Finanzbericht der SaarLB – Jahresabschluss 2015 nach HGB

Abkürzungsverzeichnis

AbwMechG	Abwicklungsmechanismusgesetz
AMA	Advanced Measurement Approach
AnaCredit	Analytical Credit Dataset
BayernLB	Bayerische Landesbank, München
BilMoG	Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
BRRD	Bank Recovery and Resolution Directive
bspw.	beispielsweise
bzw.	beziehungsweise
CHF	Schweizer Franken
CIR	Cost-Income-Ratio
CRD	Capital Requirements Directive
CRR	Capital Requirements Regulation
DAX	Deutscher Aktienindex
DSGV	Deutscher Sparkassen- und Giroverband e. V.
EBA	European Banking Authority
EDIS	European Deposit Insurance System
EE	Erneuerbare Energien
EK	Eigenkapital
EU	Europäische Union
EUR	Euro
EURIBOR	Euro Interbank Offered Rate
EWU	Europäische Währungsunion
EZB	Europäische Zentralbank
FK	Fremdkapital
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GWp	Gigawatt Peak
HGB	Handelsgesetzbuch
HoRe	Hochrechnung
HQLA	High Quality Liquid Assets
i. d. R.	in der Regel
i. H. v.	in Höhe von
i. V. m.	in Verbindung mit
IASB	International Accounting Standards Board
ICAAP	Internal Capital Adequacy Assessment Process
IFRS	International Financial Reporting Standards
IKS	Internes Kontrollsystem
Insee	Institut national de la statistique et des études économiques
IRBA	Internal Ratings Based Approach
IT	Informationstechnologie
IWF	Internationaler Währungsfonds
KWG	Kreditwesengesetz
kWh	Kilowattstunde

LBS	Landesbausparkasse Saar, Saarbrücken
LCR	Liquidity Coverage Ratio
MaH	Mindestanforderungen an das Betreiben von Handelsgeschäften
MaRisk	Mindestanforderungen an das Risikomanagement
MiFID	Markets in Financial Instruments Directive
MiFIR	Markets in Financial Instruments Regulation
Mio.	Millionen
Mrd.	Milliarden
MW	Megawatt
o. g.	oben genannt
OE	Organisationseinheit
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OpRisk	Operationelles Risiko
PfandBG	Pfandbriefgesetz
PIIGS	Portugal, Italien, Irland, Griechenland und Spanien
PPP	Public Private Partnership
PRIIPS	Packaged Retail and Insurance-based Investment Products Regulation
rd.	rund
ROE	Return on Equity
RWA	Risk-Weighted Assets
SaarLB	Landesbank Saar, Saarbrücken
S-Finanzgruppe	Sparkassen-Finanzgruppe
SNB	Schweizerische Nationalbank
SolvV	Solvabilitätsverordnung
SRM	Single Resolution Mechanism
TWh	TeraWattStunden
u. a.	unter anderem
UK	United Kingdom
USD	US-Dollar
US-GAAP	United States Generally Accepted Accounting Principles
v. a.	vor allem
VaR	Value at Risk
YtD	Year to Date

Übersicht

Die SaarLB

Die Landesbank Saar (im Folgenden „SaarLB“ genannt) ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Saarbrücken. Die Trägerstruktur der SaarLB stellt sich zum 31.12.2015 wie folgt dar:

Saarland:	74,90 %
Sparkassenverband Saar, Saarbrücken:	25,10 %

Strategischer Anspruch der SaarLB ist der Auftritt als „Die deutsch-französische Regionalbank“ mit den Schwerpunkten Firmenkundengeschäft, Immobiliengeschäft, Spezialfinanzierungen im Bereich Erneuerbare Energien (EE), Betreuung von Institutionellen, der öffentlichen Hand/Kommunen, von Vermögenden Privatkunden (Wealth Management) sowie von Sparkassen im Verbundgeschäft.

Die zur SaarLB gehörende Landesbausparkasse Saar (LBS) finanziert im Rahmen des Bauspargeschäftes überwiegend privat genutzte Immobilien.

Aufgrund ihrer Historie und ihrer Eigentümerstruktur ist die SaarLB integraler Bestandteil der Sparkassen-Finanzgruppe und räumt der Verbundarbeit insbesondere mit den saarländischen Sparkassen hohe Priorität ein. Die SaarLB ist Zentralbank der Sparkassen und übt die Hausbankfunktion für das Saarland aus.

Zwischen der SaarLB und ihren Gesellschaftern sind jeweils Commitments vereinbart, die u. a. die dauerhafte Eigenständigkeit der Bank sowie ihre Weiterentwicklung zur deutsch-französischen Regionalbank gewährleisten sollen. Darüber hinaus existiert eine Rahmenvereinbarung mit dem Sparkassenverband Saar über die Grundsätze der Zusammenarbeit zwischen den saarländischen Sparkassen und der SaarLB.

Der gesamte Zielmarkt der SaarLB umfasst das Saarland, angrenzende Regionen in Südwestdeutschland und Frankreich sowie Luxemburg. Für das Geschäft im Bereich Erneuerbare Energien ist der Kernmarkt der SaarLB in Deutschland und Frankreich überregional jeweils in Abhängigkeit von den geografischen Rahmenbedingungen, die für das erfolgreiche Betreiben der EE-Anlagen erforderlich sind.

Das Geschäftsmodell der Bank ist geprägt von der Vergabe langfristiger Kredite.

Zum Zielgeschäft bei Immobilien- und Projektfinanzierungen sowie bei der LBS zählen diejenigen Engagements, bei denen das finanzierte Objekt beziehungsweise Projekt in Deutschland oder Frankreich liegt. Bei Immobilien (außer LBS) muss darüber hinaus der Kreditnehmer, Investor oder Asset Manager im Zielmarkt ansässig sein oder das finanzierte Objekt im Zielmarkt liegen. Im Bereich der Immobilienfinanzierungen in Frankreich zählt auch die Region Île-de-France zum Zielmarkt.

Produktseitig konzentriert sich die SaarLB in erster Linie auf marktgängige und bedarfsgerechte Produkte. Komplexe und hoch spezialisierte Produkte und Dienstleistungen werden überwiegend über Kooperationspartner dargestellt.

Die SaarLB ist – gemessen an der Bilanzsumme – das größte Kreditinstitut mit Sitz im Saarland und fühlt sich der Region in besonderem Maße verbunden und verpflichtet. Die SaarLB ist regional verwurzelt, gestaltet das wirtschaftliche Leben aktiv mit und leistet einen wichtigen Beitrag zur kulturellen Vielfalt und zur Förderung der Wissenschaften in der Großregion. Dies kommt unter anderem auch durch die Verleihung des SaarLB-Wissenschaftspreises sowie durch umfangreiche Dauerleihgaben an das Saarlandmuseum zum Ausdruck.

Die besondere Verpflichtung der SaarLB ihren Mitarbeitern gegenüber spiegelt sich in der Personalarbeit wider. Ein Schwerpunkt lag in 2015 neben der Weiterentwicklung der Führungsleitlinien, auch in der Überarbeitung der Fach- und Führungslaufbahn, der weiteren Verbesserung der Personalarbeit in Frankreich, der Umsetzung der regulatorischen Anforderungen im Bereich Personal und der Optimierung des Personalcontrollings.

Um die Standardprozesse im Bereich Personal weiter zu vereinfachen, wurden verstärkt Möglichkeiten der technischen Unterstützung der Finanz-Informatik eingeführt, sowie z. B. im Bereich der Personalkostenplanung.

Die SaarLB hat ihr Geschäft in mehrere Segmente untergliedert, die im Wesentlichen auch die Aufbauorganisation widerspiegeln. Wie im Prognosebericht zum 31.12.2014 avisiert, wurde die Segmentstruktur in 2015 an die geänderte Aufbauorganisation angepasst. Dies bedeutet, dass zwei neue Segmente etabliert wurden: Kommunalbank und Verbundbank. Die Kommunalbank wurde mit Kommunalkunden aus dem bisherigen Segment Sparkassen, Institutionelle und Vermögende sowie mit deutschen kommunalnahen Kunden aus dem Segment Firmenkunden aufgebaut. Die Verbundbank umfasst das bisherige Segment LBS sowie die Sparkassen aus dem Segment Sparkassen, Institutionelle und Vermögende. Die Anzahl der Segmente hat sich somit von 6 (31.12.2014) auf 7 (31.12.2015) erhöht. Die Segmente sind im Folgenden dargestellt:

Firmenkunden

Das Segment Firmenkunden umfasst das gesamte Mittelstandsgeschäft der SaarLB in seinen Zielmärkten. Hierzu zählen in Deutschland das Saarland, Rheinland-Pfalz und angrenzende Regionen in Hessen und Baden-Württemberg. In Frankreich konzentriert sich die SaarLB mit dem Firmenkundengeschäft auf den Grand-Est und hier insbesondere auf das benachbarte Elsass-Lothringen, wo die Bank mit ihrer Niederlassung in Metz sowie ihrem Vertriebsbüro in Straßburg vertreten ist. Ankerprodukt des Segmentes ist die klassische Kreditfinanzierung. Zum Produktspektrum zählen in Frankreich außerdem auch Finanzierungen für Kommunen und kommunalnahe Unternehmen.

Darüber hinaus werden im Sinne eines ganzheitlichen Betreuungsansatzes vor allem Produkte des Anlage- sowie des Zins- und Währungsmanagements, aber auch aus den Bereichen Außenhandel/Internationales Geschäft und Zahlungsverkehr den Bedürfnissen des Kunden entsprechend angeboten.

Immobilien

Das Segment Immobilien verantwortet in der SaarLB die Finanzierungen gewerblicher Immobilien. Die geschäftlichen Aktivitäten beschränken sich auf die Zielmärkte der SaarLB. Geschäftsabschlüsse erfolgen auf bilateraler Basis oder in der Form von Club Deals unter Federführung der Bank. Im Fokus der Marktbearbeitung stehen professionell agierende bzw. institutionelle Investoren als Zielkunden, die ihrerseits primär in Büro- oder Handelsimmobilien investieren. Im deutschen Zielmarkt begleitet die SaarLB als Finanzdienstleister auch Developer Maßnahmen sowie Public-Private-Partnership (PPP) Maßnahmen für Investitionen in Infrastruktur, Bildung oder sonstige öffentliche Baumaßnahmen. Der regionale Fokus des Geschäftssegmentes Immobilien liegt auf der deutschen Seite im Großraum Rhein-Main, in Frankreich im Ballungsraum Île-de-France. Ebenso wie im Segment Firmenkunden ist die Kreditfinanzierung Ankerprodukt, wobei die Strukturierungs- und grenzüberschreitende Rechtskompetenz der SaarLB wesentlich für den Geschäftserfolg des Segmentes ist.

Projekte

Das Segment Projekte umfasst in der SaarLB die Finanzierung von Projekten primär im Sektor Erneuerbarer Energien (EE), aber auch im Bereich Public Private Partnership auf dem französischen Markt. Im EE-Sektor begleitet die SaarLB als Finanzdienstleister mittelständische Projektinitiatoren und Hersteller, die in Wind- und/oder Solarparks an guten Standorten und mit ausgereifter Technik investieren. Viele Kunden des Geschäftssegmentes werden grenzüberschreitend betreut. Hierbei ist das Segment auf der deutschen Seite regional mit Fokus auf den Südwesten (Saarland, Rheinland-Pfalz mit angrenzenden Regionen) sowie - bedingt durch seine sehr gute Marktstellung - auf der französischen Seite landesweit vertreten. Offshore-Windparks finanziert die Bank nicht. Ebenso wie in den Segmenten Firmenkunden und Immobilien ist die Kreditfinanzierung von ausschlaggebender Bedeutung für die Kundenbeziehung und damit die Geschäftsentwicklung.

Neben der besonderen deutsch-französischen Rechts-, Markt- und Sprachexpertise der SaarLB sind das tiefe, langjährige Know-How in Bezug auf die Analyse der Projekte und Standorte, die daraus hergeleitete strikt fallspezifische und Cashflow-getriebene Strukturierung der Finanzierung und der gute Zugang der SaarLB zu langfristiger Refinanzierung als die wesentlichen Schlüsselfaktoren für den nachhaltigen Geschäftserfolg des Segmentes anzusehen.

Private und Institutionelle

Im bisherigen Segment Sparkassen, Private und Institutionelle haben sich aufbauorganisatorische Änderungen ergeben. Die kommunalen Kunden wurden in die Kommunalbank übertragen und die Sparkassen der Verbundbank zugeordnet. In dem damit neu geschaffenen Segment Private und Institutionelle erfolgt die ganzheitliche Vermögensberatung und -verwaltung sowie der Vertrieb von Geld- und Kapitalmarktprodukten. Der Schwerpunkt des Teilsegmentes Institutionelle liegt in der Sicherstellung der Refinanzierung der SaarLB, der Betreuung des Spezialfondsgeschäftes sowie klassischen Salesaktivitäten. Bestehende Kundenverbindungen werden intensiviert, Kontakte und Geschäftsbeziehungen zu Versicherungen und Versorgungswerken, Regionalbanken und Sparkassen ausgebaut. Im Saarland und in Rheinland-Pfalz erfolgt die Marktbearbeitung der letztgenannten Zielgruppe gemeinsam mit der Verbundbank. Im Teilsegment Private (Private Banking und Wealth Management) steht die ganzheitliche Betreuung und Beratung von vermögenden Privatkunden im Vordergrund. Gleichzeitig werden die Firmen- und Immobilienkunden der SaarLB in allen Fragen des Anlagemanagements beraten.

Kommunalbank

Die Kommunalbank wurde im Jahr 2015 als Segment neu etabliert. Innerhalb der Kommunalbank werden sowohl klassische deutsche Kommunalkunden (bisher im Segment Sparkassen, Private und Institutionelle) als auch deutsche kommunalnahe Unternehmen (bisher im Segment Firmenkunden) betreut. Klassische Kommunalkunden sind Städte, Gemeinden, Gemeindeverbände, Landkreise, kommunale Zweckverbände, Wasser- und Bodenverbände sowie kommunale Eigengesellschaften in öffentlich-rechtlicher Rechtsform im Geschäftsgebiet der SaarLB. Voraussetzung für die Betreuung von kommunalnahen Unternehmen ist, dass diese eine öffentliche Beteiligung von mindestens 50 % besitzen. Der ganzheitliche Ansatz umfasst hierbei insbesondere das Bereitstellen von Liquidität, die Betreuung im Schuldenportfoliomanagement und das Arrangieren von kommunalen Schuldscheindarlehen. Dabei arbeitet die SaarLB eng mit den ansässigen Sparkassen zusammen.

Verbundbank

Das Segment der Verbundbank wurde - ebenso wie die Kommunalbank – im Jahr 2015 neu aufgebaut. In der Verbundbank enthalten sind die Sparkassen sowie das bisher eigenständige Segment LBS. Die Verbundbank ist als Relationship-Center organisiert und als solches insbesondere für die saarländischen Sparkassen primärer Ansprechpartner und Dienstleistungsadresse. Mit der Verbundbank stärkt die SaarLB ihre Funktion als Partner der saarländischen Sparkassen. Die Zusammenarbeit mit den Sparkassen als Eigentümer, Kunde und Partner wird intensiviert und nachhaltig ausgebaut. In Zusammenarbeit mit den jeweiligen Spezialisten der Fachbereiche der SaarLB bietet die Verbundbank ein bedarfs- und wettbewerbsgerechtes Leistungsangebot z. B. für Konsortialfinanzierungen, Syndizierungen und Eigenanlagen einerseits

sowie andererseits eine Ergänzung/Erweiterung der Produktpalette für die Kunden der Sparkassen

Die Landesbausparkasse Saar (LBS Saar), eine rechtlich unselbstständige Einheit der SaarLB, ist als integraler Bestandteil der Sparkassen-Finanzgruppe Saar gemeinsam mit ihren Tochterunternehmen Dienstleistungs- und Kompetenzzentrum „rund um die Immobilie“. Kernleistungen sind das Bausparen sowie die Finanzierung von Wohnimmobilien. Ein weiterer geschäftspolitischer Fokus liegt auf der Finanzierung von energetischen Maßnahmen bei überwiegend privat genutzten Immobilien sowie Investitionen im Rahmen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes wie beispielsweise Photovoltaikanlagen.

Treasury & Portfoliomanagement

Das Treasury ist für die Steuerung des Zinsbuchs der Bank, das Deckungsstock- und Collateral Management sowie die Liquiditätssteuerung und -bepreisung zuständig. Dem Portfoliomanagement obliegen die Steuerung der Liquiditäts- und Sicherheitendepots und die Betreuung der strategischen Eigenanlagen der Bank (Direktanlagen und Spezialfonds).

Steuerungssystem der Bank

Die strategische Steuerung der SaarLB erfolgte in 2015 – in Anlehnung an die Geschäftsstrategie auf Gesamtbank- sowie auf Segmentebene – durch die nachfolgenden finanziellen IFRS-Leistungsindikatoren:

- Return on Equity (RoE): Ergebnis vor Steuern im Verhältnis zum gebundenen ökonomischen Kapital, wobei das ökonomische Kapital als 8 % der aufsichtsrechtlich ermittelten durchschnittlichen Risikopositionen im Berichtsjahr definiert ist.
- Cost Income Ratio (CIR): Verwaltungsaufwendungen im Verhältnis zur Summe der ordentlichen Erträge (bestehend aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss und dem sonstigen Ergebnis). Das Fair Value-Ergebnis wird hierbei explizit nicht berücksichtigt, um einen marktinduzierten Verwässerungseffekt zu vermeiden.
- RWA-Rentabilität: Bei dieser Kennzahl wird die Summe aus Zins-, Provisionsüberschuss und sonstigem betrieblichen Ergebnis in Relation zu den durchschnittlichen Risikopositionen dargestellt.

Nicht finanzielle Leistungsindikatoren werden zur Steuerung nicht eingesetzt.

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Deutschland

Das Wachstum der deutschen Wirtschaft war 2015 im Mittelfeld des Euroraums angesiedelt. Die Jahresrate des realen Bruttoinlandsproduktes (BIP) erreichte hierzulande nach der ersten amtlichen Schätzung 1,7 %. Unter Berücksichtigung von einem Plus von zwei Arbeitstagen, die 2015 gegenüber dem Vorjahr zur Verfügung standen, entspricht dies einem arbeitstäglich bereinigten Wachstum von 1,5 % und liegt somit auch im Rahmen unserer Vorjahresprognose. Das Wachstum verlief dabei recht gleichmäßig in den einzelnen Quartalen. Die stetige wirtschaftliche Entwicklung zeigte sich von den im Jahresverlauf abwechselnden geopolitischen Risiken und Krisen (Griechenland, Ukraine, Terroranschläge) nicht grundlegend erschüttert. Zur Stabilität des Wachstums trugen neben einer günstigen Finanzierungssituation, auch die Abwertung des Euro und der Kaufkraftgewinn durch das billige Öl bei.

Der Export Deutschlands legte 2015 real um 5,4 % zu. Das ist - unserer Vorjahresprognose folgend - deutlich mehr als in den vorangegangenen Jahren, was angesichts des Gegenwindes von der Weltwirtschaft einerseits durchaus beachtlich ist. Doch andererseits relativiert sich der Anstieg vor dem Hintergrund der eingetretenen starken Abwertung, die dem deutschen Export auf den Weltmärkten zu einer erheblichen Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit verhalf. Gleichzeitig stiegen die Importe nach Deutschland sogar um real 5,7 %. Vom Außenhandel ging deshalb unter dem Strich in der Realbetrachtung kaum ein Wachstumsimpuls für die deutsche Wirtschaft aus. Aber selbst wenn der mengenmäßige Gütersaldo sich kaum verändert hat, haben der nominale Außenbeitrag und der Leistungsbilanzsaldo 2015 neue Rekordmarken erreicht. Das liegt an der unterschiedlichen Preisentwicklung von Exporten und Importen. Die Importrechnung hat sich durch den Rohstoffpreisverfall deutlich verbilligt.

Treiber des realen Wachstums war wesentlich die inländische Güterverwendung. Die starke binnenwirtschaftliche Nachfrage machte allein 1,6 % der Gesamtwachstumsrate von 1,7 % aus. Besonders der Konsum expandierte kräftig. Der private Konsum konnte sich auf eine weiter ausgebaute Beschäftigungslage, steigende Löhne und die hohe verbleibende Kaufkraft angesichts des geringen Preisauftriebs stützen. Der Verbrauch der Haushalte legte real um 1,9 % zu.

Der Staatskonsum erhöhte sich real sogar um 2,8 % noch stärker als der private Konsum. Dazu trugen auch die Ausgaben für die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge und für erste Integrationsmaßnahmen bei.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) hat Ende November 2015 ein Eckpunktepapier für die vorgesehene Reform des Eneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) für Sommer 2016 veröffentlicht. Dieses Dokument umfasst die Umstellung des deutschen Fördersystems für Windenergie und Photovoltaik ab 2017 auf Ausschreibungen. Ziel ist es, durch mehr Wettbewerb einen kosteneffizienteren Erneuerbaren-Ausbau zu

erreichen, der zu einem Anteil der Erneuerbaren Energien am deutschen Strommix von 40-45 % bis 2015, 55-60 % bis 2035 und mind. 80 % bis 2050 führen soll.

Im vergangenen Jahr sind in Deutschland 3.535,8 MW an Windenergieleistung netto installiert worden. Verglichen mit dem Rekordjahr 2014 ist der Zubau zwar um 19 % gesunken, blieb dennoch auf hohem Niveau. Insgesamt wurden im Jahr 2015 Windenergieanlagen mit einer Leistung von 195,2 MW abgebaut. Die neu installierte Windleistung durch Repowering-Projekte betrug 484,1 MW. Ende 2015 waren in Deutschland dadurch insgesamt 41.651,5 MW an Windenergieleistung ans Netz angeschlossen. Die Windräder versorgten 2015 mit 78 TWh etwa 20 Mio. Haushalte und liefern die Energie für einen Anteil von 12 % des Bruttostromverbrauchs.

Für das Jahr 2015 konnte erneut eine Rekordstromerzeugung aus Photovoltaikanlagen erreicht werden. Dank günstiger Witterungsbedingungen und neuer Photovoltaikanlagen in einem Umfang von nahezu 1,46 GWp (rückläufig im Vergleich zu 1,9 GWp im Jahr 2014) konnte die Stromerzeugung aus den 1,53 Mio. deutschen Solaranlagen mit rund 37 Mrd. kWh einen neuen Rekord verbuchen. Die Photovoltaik trug damit etwa rd. 6,2 % zum deutschlandweiten Bruttostromverbrauch bei und vermochte so den Jahresstrombedarf von mehr als 10,5 Mio. deutschen Durchschnittshaushalten zu decken.

Das Jahr 2015 brachte am deutschen Immobilienmarkt viele neue Rekorde. Am gewerblichen Investmentmarkt wurden seit 2007 die höchsten Umsätze erzielt. Auch der Vermietungsmarkt hat aufgeholt: Die Top-Standorte verbuchten um etwa 20 % höhere Büroflächenumsätze, die Leerstände sind auf das niedrigste Niveau seit 2002 gesunken. Trotz der positiven Entwicklung auf der Nachfrageseite des gewerblichen Immobilienmarktes reagierte jedoch das Angebot nur verhalten. So sind die Investitionen im Nichtwohnungs-Hochbau in Deutschland im letzten Jahr sogar deutlich um preisbereinigt rund 2 % gesunken, wohingegen sie im Wohnungsbau um 1,5 % anstiegen. Der eher wenig spektakulären Entwicklung an den Vermietungsmärkten stand hingegen eine sehr hohe Dynamik am Investmentmarkt gegenüber. Hier wurden inzwischen Transaktionsvolumina in ähnlicher Größenordnung wie im Hype 2007 erreicht, wozu das extreme Niedrigzinsniveau und der daraus resultierende zunehmende Anlagenotstand beitrugen.

Frankreich

Entgegen der Entwicklung der Vorjahre hat sich das Bruttoinlandsprodukt (BIP) Frankreichs 2015 unseren Erwartungen entsprechend um real 1,1 % erhöht, die Dynamik bleibt jedoch weiterhin verhalten. Als treibende Kräfte haben zu einem großen Teil außenwirtschaftliche Faktoren wie der stark gesunkene Ölpreis, die lockere Geldpolitik der europäischen Zentralbank und auch der niedrige Kurs des Euro beigetragen.

Positiv entwickelte sich im Inland - ähnlich wie in Deutschland - der private Konsum. Bei relativ starken saisonalen Schwankungen setzen die Konsumausgaben der privaten Haushalte auf das Gesamtjahr bezogen ihr Wachstum fort. Nach einem Plus von 0,6 % im Jahr 2014 stieg die reale Zunahme in 2015 auf 1,4 %. Am stärksten profitieren davon industrielle Waren aus dem Non-Food-Bereich. Auch der Verbrauch von Energie stieg relativ stark. Neben Witterungseinflüssen dürfte hierfür auch das gesunkene Preisniveau bei Kraftstoffen mit verantwortlich sein.

Die Gesamtinvestitionen verringerten sich leicht um 0,1%, vor allem beeinflusst durch den Effekt der Sparanstrengungen der öffentlichen Hand, aber auch der privaten Haushalte. Insgesamt zeigt sich bei den Investitionen jedoch ein sehr uneinheitliches Bild. Am kräftigsten legten im Gesamtjahr 2015 die Investitionen in kommerzielle Dienstleistungen zu. Aber auch Investitionen in hergestellte Waren stiegen 2015 gegenüber 2014 um 2,0 %. Im Gegenzug litt die Gesamtentwicklung an den mit einem Minus von 3,0 % abermals gesunkenen Bauinvestitionen.

Das französische Statistikinstitut Insee hat Ende Januar 2016 die vorläufigen Zahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im 4. Quartal 2015 veröffentlicht. Demnach konnte in den letzten drei Monaten des Jahres 2015 die produzierende Industrie klar zulegen, etwas stärker als die ebenfalls expandierenden Dienstleistungen. Bemerkenswert war das positive Quartalsergebnis der Bauwirtschaft, die ihre Aktivitäten gegenüber dem Vorquartal um 0,7 % steigern konnte und damit das erste Wachstum nach acht Quartalen im Minus verzeichnete. Durch die positive Entwicklung im 4. Quartal wird die Hoffnung auf eine Trendwende beim Bau für 2016 verstärkt.

Für das Jahr 2015 wurde die steigende Tendenz beim Ausbau der Erneuerbaren Energien erneut bestätigt. Windenergie- und Solaranlagen konnten im letzten Jahr ihre Kapazitäten um 2.000 MW ausbauen, wohingegen die französischen Erzeugungskapazitäten aus Kohle um 33 % gesunken (-1.500 MW) sind. Die Stromerzeugung aus Windenergieanlagen machte 2015 ca. 4,5 % am landesweiten Stromverbrauch aus. Die Gesamtleistung der installierten Windenergieanlagen in Frankreich belief sich Ende Dezember 2015 auf 10.308 MW. Neu ans Netz angeschlossene Kapazitäten im vergangenen Jahr liegen zwar mit 932 MW um 20 % niedriger als im Jahr zuvor, jedoch deutlich über den jährlichen Zubauwerten der Jahre 2011 bis 2013. Die Solarstromerzeugung liefert die Energie für einen Anteil von 1,6 % des Stromverbrauchs. Die französischen Photovoltaikanlagen kommen Ende Dezember 2015 auf eine Leistung von insgesamt 6.549 MW, wobei 879 MW hinzugekommen sind. Dies entspricht einem Rückgang von 8 % gegenüber dem Vorjahr an neu installierter Leistung. Vor allem Kleinanlagen mit niedriger Leistung haben Einbußen verbucht. Die Leistung von

Solarprojekten, die einen Antrag auf Netzanschluss gestellt haben, blieb mit 1.980 MW Ende 2015 konstant.

Für die wesentlichen Immobilienmärkte in Frankreich (Großraum Paris, einzelne prosperierende Regionalmetropolen wie insbesondere Lyon) war im Vergleich zu Deutschland eine gleichartige Marktentwicklung zu konstatieren, die durch die französischen und internationalen Geschäftsbanken getrieben wurde. Das Marktgeschehen für gewerbliche Immobilien war in der Breite durch einen beschleunigten Preisanstieg in Verbindung mit einer größeren Risikobereitschaft der Kreditgeber gekennzeichnet.

Finanzsektor

Das Jahr 2015 war geprägt durch die Aufrechterhaltung der europäischen Finanzstabilität, die durch die weiterhin anhaltende Verschuldungsthematik europäischer Staaten auch in diesem Jahr angespannt bleibt. Im März 2015 hat die Europäische Zentralbank (EZB) ihren Anleihekaufprogramm, eine Form eines Quantitative Easing, begonnen. Seither werden Covered Bonds, Asset Backed Securities, vor allem aber Staatsanleihen in einem Volumen von monatlich EUR 60 Mrd. durch die EZB und die nationalen Notenbanken erworben.

Das anhaltende Niedrigzinsumfeld stellte das deutsche Finanzsystem auch im Jahr 2015 vor weitere wirtschaftliche Herausforderungen.

Darüber hinaus existiert weiterhin eine Reihe von Risiken, die die Stabilität des Eurosystems stören können. Hierzu zählt neben geopolitischen Risiken auch die Entwicklung der europäischen Flüchtlingskrise, die die Staatshaushalte belastet und innerhalb der politischen Lager weitreichende Diskussionen auslöst. Ebenso zu berücksichtigen sind Forderungen gegen Länder, die sich weiterhin im Restrukturierungsprozess - resultierend aus der europäischen Schuldenkrise - befinden.

Auch die Entwicklung am europäischen und insbesondere am deutschen Aktienmarkt wurde in 2015 durch makroökonomische Faktoren wie bspw. die quantitativen Maßnahmen der EZB, die Abwertung des Euro sowie den drastisch gesunkenen Ölpreis, begünstigt. Der DAX konnte die Marke von 10.000 Punkten innerhalb des Berichtsjahres fast permanent überschreiten. Nach einem leichten Rückgang im September erholte sich der Leitindex schnell wieder und schloss die Berichtsperiode mit einem deutlichen Jahresplus von 9,56 % bei einem Stand von 10.743 Punkten.

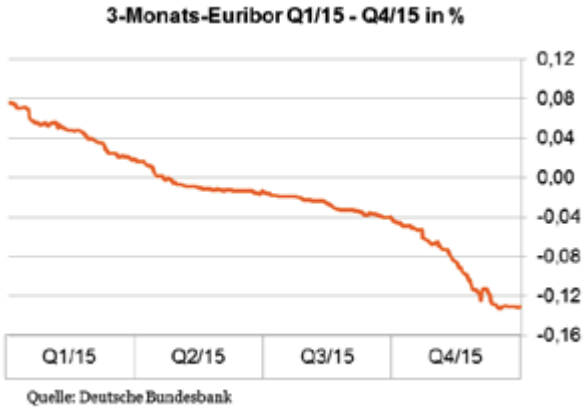
Entgegen der positiven Entwicklung am Aktienmarkt, gab der Euro gegenüber dem US-Dollar im Jahresverlauf deutlich nach und fiel von 1,21 EUR/USD zum Jahresbeginn auf 1,09 EUR/USD zum Jahresende 2015.

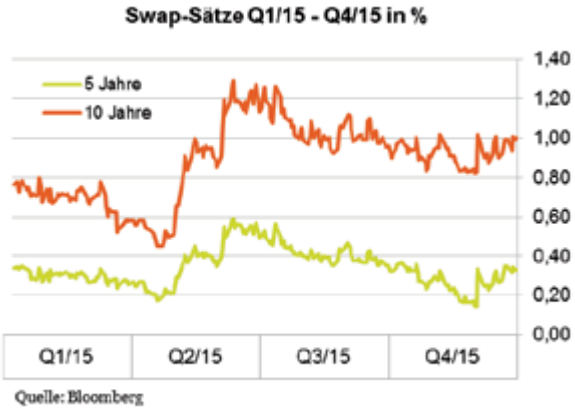
Der Schweizer Franken notierte zum Jahresbeginn 2015 bei einer Marke von 1,20 EUR/CHF. Gestützt wurde dieser Kurs durch Maßnahmen der Schweizerischen

Nationalbank (SNB), die versuchte, eine Aufwertung des Franken zu vermeiden. Nachdem die SNB die Maßnahmen am 15.01.2015 aussetzte, sackte der Kurs deutlich auf unter 1,00 EUR/CHF ab, schloss jedoch mit einer leichten Erholung bei 1,08 EUR/CHF zum Jahresende 2015. Die SaarLB bzw. ihre Kunden betreiben nur in unbedeutendem Maße Geschäfte in Schweizer Franken. Insofern spielt die Abwertung für die SaarLB eine untergeordnete Rolle.

Aufgrund der anhaltend langsamen wirtschaftlichen Erholung in der Eurozone beließ die EZB ihren Leitzins, der zuletzt im September 2014 gesenkt wurde, auch im abgelaufenen Geschäftsjahr weiterhin auf 0,05 %. Nachdem bereits in 2014 dem Negativzinsumfeld Rechnung getragen wurde, senkte die EZB den Zinssatz für die Einlagefazilität um weitere 0,10 % auf nunmehr -0,30 % und bleibt damit im negativen Bereich.

Der durchschnittliche 3-Monats-Euribor lag im Berichtsjahr 2015 ab Ende des 1. Quartals durchgehend unter dem ursprünglichen Erwartungswert der Bank von 0,04 % und hat sich von Jahresbeginn an mit dem Anfangswert von 0,06 % kontinuierlich nach unten entwickelt. Der Schlusskurs lag bei -0,13 % und unterschritt damit das bereits niedrige Niveau aus 2014. Die Entwicklung der langfristigen Zinsen zeigt ein leicht abweichendes Bild. Nachdem die Zinsen - dem Trend aus 2014 folgend - bis zum Anfang des 2. Quartals weiter gesunken waren, konnten sich diese bis zum Jahresende wieder leicht erholen. Nichtsdestotrotz verblieben die Zinsen - entgegen unserer Erwartungen - weiterhin auf historisch niedrigem Niveau.





Auch in 2015 musste sich der Finanzsektor der Herausforderung stellen, die aus strukturellen Veränderungen im Finanzsystem resultierten. Eine wesentliche Rolle spielte hierbei die Bedeutung von Regulierungsmaßnahmen bzw. regulatorischen Anforderungen, die den Finanzsektor nachhaltig bestimmt haben und auch in Zukunft noch prägen werden.

Mit dem Gesetz zur Anpassung des nationalen Bankenabwicklungsrechts an den Einheitlichen Abwicklungsmechanismus und die europäischen Vorgaben zur Bankenabgabe (Abwicklungsmechanismusgesetz - AbwMechG) vom 2. November 2015 wurde ein weiterer Schritt zur Einführung eines einheitlichen Abwicklungsmechanismus für in

Schieflage geratene Banken in Europa gemacht. Das AbwMechG trägt den im Rahmen der Bankenunion eingeführten Einheitlichen Europäischen Abwicklungsmechanismus (Single Resolution Mechanism - SRM) mit allen Befugnissen zum 1. Januar 2016 und den zwischenzeitlich ergangenen europäischen Konkretisierungen zur Bankenabgabe im nationalen Recht Rechnung.

Dem Zielbild der im Juli 2014 in Kraft getretenen EU-Krisenmanagementrichtlinie (BRRD) sowie der ab dem 1. Januar 2016 geltenden SRM-Verordnung entsprechend sollen Verluste, die aus einer Bankenabwicklung resultieren, in erster Linie von den Anteilseignern und Gläubigern getragen werden. Sofern dies nicht ausreichen sollte, sind etwaige Abwicklungsverfahren durch einen EU-Abwicklungsfonds aufzufangen, der von allen CRR-Instituten durch im Voraus erhobene Jahresbeiträge aufgebaut werden soll.

Die Europäische Kommission hat am 24. November 2015 einen Gesetzesvorschlag zur Vergemeinschaftung der Einlagensicherung auf europäischer Ebene vorgelegt. Ziel ist es, das Vertrauen in die Sicherheit von Bankeinlagen unabhängig von dem betreffenden Mitgliedstaat zu stärken. Die europäische Einlagensicherung EDIS (European Deposit Insurance System) soll in einem ersten Schritt - bis spätestens Mitte 2017 - als Rückversicherung für die nationalen Einlagensicherungssysteme auf europäischer Ebene eingerichtet werden. Dieses europäische Rückversicherungssystem würde - wie der einheitliche Abwicklungsfonds - über risikobasierte Beiträge finanziert, die im Voraus zu zahlen sind. Für alle Staaten der Eurozone soll die Teilnahme verpflichtend sein.

Geschäftsverlauf

Die Bank kann für 2015 auf einen positiven Neugeschäftsverlauf zurückblicken. Auch wenn sich das Neugeschäft nicht gleichmäßig auf die einzelnen Monate verteilte, sondern erst ab der Jahresmitte etwas zugelegt hat, konnte der für die Kundensegmente (ohne Verbundbank) gesetzte Planwert von rd. EUR 1,5 Mrd. um rd. EUR 300 Mio. überschritten werden. Das Neugeschäft verteilt sich dabei zu rd. 60 % auf Deutschland und zu 40 % auf Frankreich. Der wesentliche Treiber in Frankreich war das Segment Projekte. Alle Kundensegmente konnten die gesetzten Volumensziele überschreiten, besonders hervorzuheben sind hierbei jedoch die Segmente Kommunalbank und Projekte, die den Plan in Summe um rd. EUR 200 Mio. übertrafen. Die Portfolioqualität des Neugeschäfts entsprach den Erwartungen, die für das Neugeschäft gesetzten Margenziele konnten im Jahresverlauf hingegen nur leicht übertroffen werden.

Ertragslage

Da die Bank ihre finanziellen Leistungsindikatoren nach IFRS ausgerichtet hat, sind diese nicht direkt aus den vorliegenden HGB-Zahlen abzulesen.

Gegenüber dem HGB-Ergebnis vor Steuern in Höhe von EUR 35,6 Mio. fällt das IFRS-Ergebnis (EUR 75,5 Mio.) um ca. EUR 39,9 Mio. höher aus. Während sich im HGB-Ergebnis insbesondere im Zinsergebnis ein Sonderertrag aus Gewinnabführungen mit EUR 22,5 Mio. auswirkt, wird sich dieser Effekt in IFRS voraussichtlich im Geschäftsjahr 2016 niederschlagen. Weitere wesentliche Unterschiede zwischen HGB und IFRS liegen im Fair-Value Ergebnis (+EUR 15,7 Mio.), in dem Effekt des Split-Accountings in Zusammenhang mit stillen Einlagen (+EUR 5,8 Mio.) und der Bildung von HGB § 340g-Reserven in Höhe von EUR 25,0 Mio.

Weitere Unterschiede zeigten sich in Konsolidierungseffekten im Rahmen der IFRS-Konzernbilanzierung.

Der für die Ermittlung der CIR zu berücksichtigende Verwaltungsaufwand liegt in IFRS EUR 2,7 Mio. niedriger. Die Abweichung ist im Wesentlichen auf Konsolidierungseffekte zurückzuführen.

Der anzusetzende ordentliche Ertrag gemäß IFRS liegt bei EUR 136,9 Mio. Grund für die Abweichung zwischen IFRS und HGB sind – neben Konsolidierungseffekten – die bereits oben beschriebenen Effekte des Split-Accountings in Zusammenhang mit Stillen Einlagen (+EUR 5,8 Mio.), das Unwinding (+EUR 2,8 Mio.) sowie der in HGB im Zinsergebnis gezeigte Sonderertrag aus Gewinnabführungen (EUR -22,5 Mio.).

Aufgrund des stabilen Geschäftsverlaufs, dem deutlich gestiegenen Provisionsergebnis sowie der deutlich niedrigeren als erwarteten Risikovorsorge in 2015 ist der Return on Equity vor Steuern (RoE) nach IFRS mit 14,3 % zum 31.12.2015 merklich besser als im Rahmen der letztjährigen Prognose (10,5 %) angenommen. Das Niveau des Vorjahres wurde jedoch leicht unterschritten. Die Cost-Income Ratio (CIR) nach IFRS liegt mit 57,6 % geringfügig über dem Vorjahreswert von 57,3 %, und moderat über unserem Prognosewert. Die RWA-Rentabilität ist mit 207 Basispunkten im erwarteten Rahmen gestiegen und bestätigt unsere Prognose von 208 Basispunkten.

Herleitung der IFRS Steuerungskennzahlen

in Mio. EUR	2015	2014	Δ Mio.	Δ in %
[1] Ø Risikoposition	6.598,3	6.876,5	-278,2	-4,0 %
[2] Ordentliches IFRS-Ergebnis	136,9	128,3	8,6	6,7 %
[2.1] davon Zinsergebnis	124,7	120,2	4,5	3,7 %
[2.2] davon Provisionsergebnis	13,5	7,2	6,3	87,5 %
[2.3] davon sonstiges Ergebnis	-1,3	0,9	-2,2	-244,4 %
[3] IFRS Verwaltungsaufwand	-78,8	-73,5	-5,3	7,2 %
[4] IFRS Konzernüberschuss (vor Steuern)	75,5	88,0	-12,5	-14,2 %
RoE ([4]/([1]*8%))	**14,3 %**	**16,0 %**	**-1,7 %**	
CIR ([3]/[2])	**57,6 %**	**57,3 %**	**0,3 %**	
RWA-Rentabilität (([2.1]+[2.2]+[2.3])/[1])	**2,1 %**	**1,9 %**	**0,2 %**	

Das HGB-Ergebnis 2015 setzt sich wie folgt zusammen:

in Mio. EUR	2015	2014	Δ Mio.	Δ in %
Zinsüberschuss	116,5	112,9	3,6	3,2 %
Sonderertrag Gewinnabführung	22,5	0,0	22,5	0,0 %
Provisionsüberschuss	13,4	10,1	3,3	32,7 %
Ergebnis des Handelsbestandes	0,4	0,0	0,4	0,0 %
Sonstiges betriebliches Ergebnis	-0,1	-2,3	2,2	-95,7 %
Verwaltungsaufwand	-81,5	-73,1	-8,4	11,5 %
Bewertungsergebnis	-35,3	-33,5	-1,8	5,4 %
Ergebnis aus der normalen Geschäftstätigkeit	35,9	14,1	21,8	154,6 %
Außerordentliches Ergebnis	-0,3	-0,3	0,0	0,0 %
Ergebnis vor Steuern	**35,6**	**13,8**	**21,8**	**158,0 %**
Steuern	-15,3	-9,7	-5,6	57,7 %
Jahresüberschuss/-fehlbetrag	**20,3**	**4,1**	**16,2**	**395,1 %**

Der Zinsüberschuss der SaarLB (ohne den Sonderertrag aus Gewinnabführung) ist im Geschäftsjahr 2015 gegenüber dem Vorjahr um EUR 3,6 Mio. von EUR 112,9 Mio. auf EUR 116,5 Mio. gestiegen, bleibt jedoch in Summe deutlich hinter unseren Erwartungen zurück. Der Anstieg entspricht einer Veränderung von 3,2 %. Hierbei wurde der Rückgang der Zinserträge von EUR 344,1 Mio. in 2014 auf EUR 308,7 Mio. in 2015 (entspricht -10,3 %) durch einen Rückgang der Zinsaufwendungen von EUR 242,4 Mio. in 2014 auf EUR 203,3 Mio. (entspricht -16,1 %) vollständig kompensiert. Das nach wie vor sehr niedrige Zinsniveau sowie das rückläufige Geschäftsvolumen, welches im Wesentlichen durch Fälligkeiten der Bestände mit Gewährträgerhaftung determiniert ist, haben die Entwicklung des Zinsergebnisses maßgeblich beeinflusst.

Die Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften liegen mit EUR 265,2 Mio. nach einem Rückgang von EUR -17,8 Mio. moderat unter dem Vorjahresniveau. Dies entspricht einer Verringerung von rund -6,3 %. In höherem Maße haben sich die Zinsaufwendungen aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden mit EUR 131,4 Mio. um EUR 20,5 Mio. bzw. um rund -13,5 % verringert.

Die Zinsaufwendungen für Stille Einlagen, Nachrangkapital und Genussrechtskapital liegen aufgrund entsprechender Fälligkeiten mit EUR 21,7 Mio. in 2015 unter Vorjahresniveau (EUR 27,6 Mio.).

Zusätzlich konnte im abgelaufenen Geschäftsjahr ein Sonderertrag aus der Gewinnabführung der SaarLB-Bankenbeteiligungsgesellschaft mbH in Höhe von EUR 22,5 Mio. vereinnahmt werden, der ebenfalls dem Zinsergebnis zuzuordnen ist. Die Sondererträge hat die Beank genutzt, um über die Zuführung von HGB 340g-Reserven das Eigenkapital zu stärken. Bei dem Sonderertrag handelt es sich um eine Ergebnisabführung der SaarLB-Bankenbeteiligungsgesellschaft mbH die im Zusammenhang mit dem Erwerb der Kommanditanteile an der Deutschen Factoring Bank durch die SaarLB von der Bankenbeteiligungsgesellschaft steht.

Der Provisionsüberschuss liegt mit EUR 13,4 Mio. über dem Vorjahresniveau (EUR 10,1 Mio.) und folgt in seiner Entwicklung somit unserer letztjährigen Prognose. Begründet ist der Anstieg des Provisionsüberschusses im Wesentlichen durch das Provisionsergebnis aus dem Kreditgeschäft, das sich von EUR 8,4 Mio. in 2014 um EUR 2,9 Mio. auf EUR 11,3 Mio. verbesserte sowie durch das Provisionsergebnis aus

dem Effektengeschäft, das sich von EUR 4,0 Mio. im Vorjahr auf EUR 4,6 Mio. (+EUR 0,6 Mio.) im abgelaufenen Geschäftsjahr erhöhte. Gegenläufig wirkten primär gestiegene Provisionszahlungen aus dem Bauspargeschäft die in 2015 eine Höhe von EUR -4,6 Mio. erreicheten, was nochmals eine Steigerung von rd. 9,5 % gegenüber dem Vorjahr bedeutet (Vorjahr: EUR -4,2 Mio.).

Das Ergebnis des Handelsbestandes beträgt im Berichtszeitraum EUR 0,4 Mio. und liegt damit um EUR 0,4 Mio. leicht über dem ausgeglichenen Vorjahresergebnis, kann aber unsere letztjährige Prognose in Höhe von EUR 1,3 Mio. nicht erreichen.

Das sonstige betriebliche Ergebnis ist im Berichtszeitraum nahezu ausgeglichen und somit deutlich besser, als im Rahmen der Vorjahresprognose erwartet. Das Ergebnis beläuft sich im abgelaufenen Geschäftsjahr auf EUR -0,1 Mio. und liegt somit um EUR 2,2 Mio. über dem Vorjahreswert (EUR -2,3 Mio.).

Die sonstigen Erträge sind im Vergleich zum Vorjahr von EUR 4,9 Mio. auf nunmehr EUR 8,6 Mio. gestiegen. Sie beinhalten im Wesentlichen die Erträge aus durchgehandelten Derivaten in Höhe von EUR 5,8 Mio. (Vorjahr: EUR 2,8 Mio.).

Die Summe der sonstigen Aufwendungen ist in 2015 mit EUR -8,7 Mio. um EUR 1,5 Mio. höher als im Vorjahr (EUR -7,2 Mio.). Darin enthalten sind Aufwendungen aus durchgehandelten Derivaten in Höhe von EUR -3,2 Mio. (Vorjahr: EUR -3,7 Mio.) sowie sonstige Rückstellungen in Höhe von EUR -3,7 Mio. (Vorjahr: EUR -1,0 Mio.).

Der Verwaltungsaufwand inkl. Abschreibungen auf Sachanlagen und andere immaterielle Vermögensgegenstände hat sich von EUR 73,1 Mio. im Vorjahr auf EUR 81,5 Mio. zum 31.12.2015 erhöht. Dabei ist der Personalaufwand gegenüber dem Vorjahr moderat – aber deutlich unter der Prognose aus 2014 – um EUR 2,0 Mio. auf EUR 44,5 Mio. gestiegen. Die anderen Verwaltungsaufwendungen liegen mit EUR 35,3 Mio. um EUR 6,5 Mio. über dem Vorjahresniveau von EUR 28,8 Mio. und können unsere letztjährige Prognose somit nicht bestätigen. Wesentlicher Treiber ist dabei die im Sachaufwand neu zu zeigende europäische Bankenabgabe in Höhe von EUR 2,8 Mio., die in 2015 die nationale Bankenabgabe abgelöst hat und für alle Insitute eine deutliche Mehrbelastung darstellt. Ohne diesen Effekt liegen auch die anderen Verwaltungsaufwendungen leicht unter dem Prognosewert.

Die Abschreibungen auf Sachanlagen und andere immaterielle Vermögensgegenstände sind mit EUR -1,7 Mio. leicht unter dem Vorjahreswert (EUR -1,8 Mio.).

Das Bewertungsergebnis hat sich im Geschäftsjahr 2015 von EUR 33,5 Mio. auf EUR 35,3 Mio. leicht verschlechtert. Darin enthalten ist das Bewertungsergebnis aus dem Kredit- sowie aus dem Wertpapiergeschäft, das sich in Summe – auch durch die Zuführung zu den § 340g-Reserven in Höhe von EUR 25,0 Mio. – leicht erhöht hat. Dem

entgegen stehen Veräußerungsgewinne aus Beteiligungen in Höhe von EUR 4,5 Mio. (Vorjahr: EUR 0,0 Mio.).

Insgesamt ergibt sich somit im Geschäftsjahr 2015 ein Ergebnis vor Steuern von EUR 35,6 Mio., das deutlich über dem Vorjahresergebnis (Vorjahr: EUR 13,8 Mio.) und auch deutlich über der Prognose des Vorjahres liegt.

Die Steuerposition umfasst neben den tatsächlichen Steuern i. H. v. EUR -18,4 Mio. (Vorjahr: EUR -11,4 Mio.) ein latentes Steuerergebnis von EUR 3,0 Mio. (Vorjahr: EUR 2,0 Mio.).

In 2014 hat die SaarLB als CCR-Institut erstmals die Kapitalrendite nach § 26a Abs. 1 Satz 4 KWG veröffentlicht, berechnet als Quotient aus Jahresüberschuss nach Steuern und Bilanzsumme. Diese beträgt im abgelaufenen Geschäftsjahr 1,5 ‰ (Vorjahr: 0,3 ‰).

Finanzlage

Auch in 2015 ist die Finanzlage der SaarLB unverändert gut.

Die Hypothekendeckung nach § 28 PfandBG hat mit EUR 753 Mio. den Vorjahreswert (EUR 704 Mio.) um EUR 49 Mio. leicht überschritten. Eine weitestgehend gleich gebliebene Nutzung der Deckungsmasse zur Refinanzierung hat bei einer ebenfalls leichten Erhöhung des Pfandbriefumlaufs dazu geführt, dass die Überdeckung in 2015 mit ca. 67 % auf dem Vorjahresniveau liegt (2014: 69 %) und somit weiterhin weit über den regulatorischen Anforderungen.

Die öffentliche Deckungsmasse nach § 28 PfandBG hat sich gegenüber dem Vorjahr mit EUR 1.642 Mio. ebenfalls leicht erhöht (2014: EUR 1.617 Mio.). Fälligkeiten, insbesondere durch Gewährträgerpapiere wurden durch das gute Neugeschäft im Kommunalbereich kompensiert. Der Pfandbriefumlauf der öffentlichen Pfandbriefe folgte dem Trend und hat sich gegenüber 2014 von EUR 1.109 Mio. auf EUR 1.198 Mio. in 2015 ebenfalls moderat erhöht. Die Überdeckung liegt mit rund 37 % zum 31.12.2015 moderat unter dem Jahresende 2014 (ca. 46 %), aber immer noch deutlich über den regulatorischen Anforderungen.

Die Situation am Kapitalmarkt ist aus Sicht der SaarLB gegenüber dem Geschäftsjahr 2014 weiterhin stabil. Mit annähernd EUR 1.027 Mio. (2014: EUR 989 Mio.) liegt das platzierte Volumen im Jahresverlauf 2015 leicht über dem Niveau des Vorjahres und erfolgte wie in den vergangenen Jahren fast ausschließlich im Rahmen von Private Placements bei Kunden und Finanzpartnern. Über die Hälfte der Mittelaufnahmen konnte im Sparkassen- und Landesbankenverbund erfolgen. Die Investorenbindung im Verbund, aber auch außerhalb der Sparkassenfinanzgruppe, ist für die SaarLB daher

nach wie vor von zentraler Bedeutung. Somit war die SaarLB im laufenden Geschäftsjahr 2015, wie bereits in 2014, weitestgehend unabhängig vom Kapitalmarkt. Dabei gelang es der SaarLB – analog dem Vorjahr –, sich überwiegend über unbesicherte Emissionen zu refinanzieren, wobei die durchschnittlichen Laufzeiten mit 7,4 Jahren gegenüber dem Vorjahr mit 9,9 Jahren kürzer waren.

Die Entwicklung der Refinanzierungskonditionen hängt neben dem Bonitätsaufschlag maßgeblich von der Entwicklung der Swap- bzw. Geldmarktkurve ab.

Um die jederzeitige Zahlungsbereitschaft sicherzustellen, hat die SaarLB wie im Vorjahr Sicherheiten in Höhe von ca. EUR 961 Mio. bei der Bundesbank hinterlegt (Vorjahr EUR 1.161 Mio.). Aufkommende Zahlungsverpflichtungen können somit unabhängig von anderen Refinanzierungsquellen abgedeckt werden.

Zur Darstellung der **Liquiditätssteuerung** verweisen wir auf den Risikobericht.

Aufgrund der auf Deutschland und Frankreich fokussierten Geschäftstätigkeit der SaarLB ist der Anteil der Absicherung von Nettopositionen in Fremdwährungen unbedeutend. Sowohl Darlehensneuausreichungen als auch die entsprechenden Refinanzierungen erfolgen primär in EUR.

Der Zugang der SaarLB zum Geld- und Kapitalmarkt wird durch die Bonitäts-einschätzung der zwei internationalen Ratingagenturen FitchRatings (Fitch) und Moody's Investors Service (Moody's) unterstützt. Beide Ratingagenturen haben im 1. Halbjahr 2015 ihre Rating-Methodiken für Bankenratings aufgrund von EU-Ver-ordnungen angepasst und eine Vielzahl von Banken neu bewertet. Im Wesentlichen betrifft die Methodenänderung eine veränderte Berücksichtigung von Supportfaktoren innerhalb des Ratings.

Fitch hat daraufhin im Mai 2015 das Langfristrating von A auf A- herabgesetzt. Moody's hat im Juni 2015 das Langfristrating von A3 bestätigt und den Outlook auf „Positive" angehoben. Im Januar 2016 erfolgte durch Moody's eine Rating-Verbesserung auf A2.

Die Ratingeinschätzung für die SaarLB stellt sich wie folgt dar:

Rating	Moody's	FitchRatings
Langfrist-Rating	A2	A-
Ausblick	Stable	Stable
Kurzfrist-Rating	P-1	F1
BCA/Viability Rating	ba2	bb+

in Mio. EUR	2015	2014	Δ Mio.	Δ in %
Kreditinstitute	3.577,2	4.922,2	-1.345,0	-27,3 %
Kunden	5.241,2	4.630,6	610,6	13,2 %
Verbriefte Verbindlichkeiten	3.659,2	5.177,7	-1.518,5	-29,3 %
Nachrangkapital	25,5	142,0	-116,5	-82,0 %
Genussrechte	0,0	8,5	-8,5	-100,0 %
Summe der Verbindlichkeiten	**12.477,6**	**14.730,5**	**-2.252,9**	**-15,3 %**

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** sind im Vergleich zum Vorjahr um EUR -1.345 Mio. (-27 %) auf EUR 3.577 Mio. abgeschmolzen. Dieser Abbau zieht sich über den Gesamtbestand, resultiert jedoch insbesondere aus dem Rückgang von kurzfristigen Fälligkeiten sowie Geldmarktverbindlichkeiten.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden** sind in 2015 um EUR 610 Mio. auf EUR 5.241 Mio. angestiegen, primär mit kurzfristigen Laufzeiten.

Die **verbrieften Verbindlichkeiten** sind in 2015 von EUR 5.178 Mio. auf EUR 3.659 Mio. zurückgegangen. Der Rückgang basiert im Wesentlichen auf den Fälligkeiten von Verbindlichkeiten mit Gewährträgerhaftung, die in 2015 ausgelaufen ist.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr ist das **Nachrangkapital** von EUR 142 Mio. in 2014 auf EUR 26 Mio. in 2015 durch planmäßige Fälligkeiten gesunken. Neuaufnahmen fanden im abgelaufenen Geschäftsjahr nicht statt.

Der Bestand an **Genussrechten** wurde im Berichtszeitraum aufgrund planmäßiger Fälligkeiten von EUR 9 Mio. vollständig abgebaut.

Das **bilanzielle Eigenkapital** liegt aufgrund des höheren Bilanzgewinns in 2015 mit EUR 721 Mio. deutlich über Vorjahresniveau (EUR 704 Mio.).

Zur Darstellung der **aufsichtsrechtlichen Eigenmittelausstattung** sowie den sich daraus abgeleiteten aufsichtsrechtlichen Kennzahlen wird auf den Abschnitt Risikobericht verwiesen.

Die **außerbilanziellen Verpflichtungen** der SaarLB werden primär durch unwiderrufliche Kreditzusagen sowie Eventualverbindlichkeiten bestimmt. Mit einem Gesamtvolumen von EUR 1.490 Mio. zum 31.12.2015 sind diese Verpflichtungen zwar im Vergleich zum Vorjahr (EUR 838 Mio.) gestiegen, jedoch für die Beurteilung der Finanzlage nur von untergeordneter Bedeutung, da diese im Rahmen des Liquiditäts-managements bereits berücksichtigt sind.

Zugesagte Kreditlinien zugunsten der SaarLB bestehen nicht.

Die Nutzung derivativer Finanzinstrumente erfolgt zum weitaus größten Teil im Rahmen der Aktiv-Passiv-Steuerung und dient im Wesentlichen der Absicherung eigener Marktrisiken. Das Nominalvolumen ist um EUR 1.584 Mio. auf EUR 14.844 Mio. (Vorjahr: EUR 16.429 Mio.) merklich gesunken. Mit rund 95 % betrifft dies – analog zum Vorjahr – Zinsderivate zur Absicherung des Zinsänderungsrisikos.

Die Zahlungsfähigkeit der SaarLB war im Geschäftsjahr 2015 jederzeit gewährleistet.

Vermögenslage

Die **Bilanzsumme** der SaarLB hat sich mit EUR 13.566 Mio. per 31.12.2015 im Vergleich zum 31.12.2014 (EUR 15.901 Mio.) deutlich um -14,7 % verringert. Der Rückgang resultiert im Wesentlichen aus einem verringerten Bestand an Wertpapieren.

Das **Kreditvolumen** der SaarLB folgt der Entwicklung der Bilanzsumme und ist von EUR 16.356 Mio. um -10,2 % auf EUR 14.683 Mio. im Geschäftsjahr 2015 weiter gesunken.

in Mio. EUR	2015	2014	Δ Mio.	Δ in %
Forderungen an Kreditinstitute	1.825,8	2.360,8	-535,0	-22,7 %
Wertpapiere	2.483,6	4.235,7	-1.752,1	-41,4 %
Forderungen an Kunden	8.883,9	8.922,2	-38,3	-0,4 %
Eventualverbindlichkeiten	421,8	259,1	162,7	62,8 %
Unwiderrufliche Kreditzusagen	1.067,8	578,5	489,3	84,6 %
Kreditvolumen	**14.682,9**	**16.356,3**	**-1.673,4**	**-10,2 %**

Die **Forderungen an Kreditinstitute** sind gegenüber dem Vorjahr um rund EUR -535 Mio. von EUR 2.361 Mio. zum 31.12.2014 auf EUR 1.826 Mio. zum 31.12.2015 gesunken, was auf einen Rückgang der Forderungen innerhalb der kurz- und mittelfristigen Laufzeitbänder zurückzuführen ist.

Die **Wertpapierbestände** sind im abgelaufenen Geschäftsjahr von EUR 4.236 Mio. auf EUR 2.484 Mio. gesunken (-45,2 %). Während Geldmarktpapiere um rund EUR -439 Mio. zurückgegangen sind, ist der Bestand an längerfristigen Anleihen und Schuldverschreibungen um EUR -1.304 Mio. zurückgegangen. Ursache hierfür ist inbesondere der hohe Anteil an Fälligkeiten von Papieren mit Gewährträgerhaftung, die Ende 2015 ausgelaufen sind.

Zum Bilanzstichtag bestehen auf die Wertpapiere des Anlagevermögens stille Lasten in Höhe von EUR 5 Mio. (Vorjahr: EUR 4 Mio.) denen stille Reserven von EUR 49 Mio. (Vorjahr: EUR 71 Mio.) gegenüberstehen.

Die Entwicklung bei den **Forderungen an Kunden**, die primär durch die Kerngeschäftsfelder der Bank determiniert werden, ist im Wesentlichen stabil geblieben. Fälligkeiten konnten durch entsprechendes Neugeschäft nahezu kompensiert werden. In 2015 ist der Bestand mit EUR 8.884 Mio. nahezu auf Vorjahresniveau (Vorjahr: EUR 8.922 Mio.).

Die **Eventualverbindlichkeiten** lagen in 2015 mit EUR 422 Mio. deutlich über Vorjahresniveau (Vorjahr: EUR 259 Mio.), ebenso die **unwiderruflichen Kreditzusagen**, die mit rund EUR 1.068 Mio. eine deutliche Steigerung gezeigt haben

(Vorjahr: EUR 579 Mio.) Zurückzuführen ist dies auf eine Ausweitung der Kreditzusagen in den Segmenten Firmenkunden und Kommunalbank.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Geschäftsentwicklung in 2015 insgesamt positiv verlaufen ist, insbesondere aber das um Sondereffekte bereinigte Zinsergebnis durch die anhaltende Niedrigzinsphase weiterhin belastet wird und hinter den Erwartungen der Bank zurückgeblieben ist. Die Entwicklung der kreditgetriebenen Kerngeschäftsfelder sowie der Refinanzierungsmöglichkeiten der SaarLB entspricht jedoch in Summe den Erwartungen der Bank.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres haben sich nicht ereignet.

Risikobericht

Grundlagen der Risikosteuerung und -überwachung

Die Risikosteuerung und -überwachung in der SaarLB erfolgt nach einheitlichen Grundsätzen. Die Steuerung der Tochter- bzw. At-Equity-Unternehmen erfolgt im Rahmen des Beteiligungscontrollings.

Die zentralen Grundsätze der Risikosteuerung und -überwachung sind in der Risikostrategie der SaarLB festgelegt. Der Vorstand regelt hier im Einklang mit der Geschäftsstrategie den Umgang mit den für die SaarLB wesentlichen Risikoarten Adressenrisiken (Adressenausfallrisiken und Credit Spread-Risiken), Marktpreisrisiken, Liquiditätsrisiken, operationelle Risiken, Immobilienrisiken, strategische Risiken/Geschäftsrisiken und Reputationsrisiken. Er verantwortet und überwacht die Umsetzung dieser Vorgaben.

Oberstes Ziel aller Geschäftsaktivitäten der SaarLB ist die Erwirtschaftung eines angemessenen und nachhaltigen Ertrags nach Risiken. Risiken dürfen nur insoweit eingegangen werden, wie dies die Risikotragfähigkeit der SaarLB erlaubt. Das Risikomanagementsystem berücksichtigt grundsätzlich weder Diversifikationseffekte zwischen den Risikoarten noch (Ertrags-) Chancen.

Demgemäß werden im Rahmen der Risikostrategie sachgerechte Limite für die wesentlichen Risikoarten gesetzt sowie entsprechende Verfahren für deren Identifikation, Messung und Steuerung definiert. Dabei werden die Risiken der Bank einschließlich u.a. LBS sowie Wertpapierspezialfonds in einer integrierten Sicht gemessen und gesteuert.

Es bestehen klar definierte Organisationsstrukturen und Prozesse, an denen sich die Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortungen der Beteiligten ausrichten. Dabei trägt die Aufbauorganisation den aufsichtsrechtlichen Vorschriften der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) und der Capital Requirements Regulation (CRR) an die Funktionstrennung zwischen Markt und Handel (Geschäftsbereiche) einerseits sowie Marktfolge, Handelsabwicklung und Risikocontrolling andererseits Rechnung.

Während die Geschäftsbereiche dem Geschäftsmodell der SaarLB entsprechend ausgerichtet sind, wurden bei der Organisation von Marktfolge und Handelsabwicklung Kernkompetenzen gebündelt.

Die Abteilung Risikocontrolling wurde zum 01.01.2015 aus dem Unternehmensbereich Gesamtbanksteuerung ausgegliedert und unmittelbar dem Leiter des Ressorts Risiko und Produktion unterstellt. Sie verantwortet das Risikocontrolling aller Risikoarten auf Portfolioebene. Für die Risikosteuerung und Überwachung der Adressenrisiken auf Einzelengagement- und Teilportfolioebene ist der Unternehmensbereich Marktfolge zuständig. Dabei erfolgt eine integrierte Berichterstattung über alle Risikoarten hinweg im Rahmen eines gemeinsamen MaRisk-Risikoberichtes.

Die Interne Revision ist unmittelbar dem Vorstand unterstellt und disziplinarisch dem Vorsitzenden des Vorstandes zugeordnet. Sie prüft und beurteilt als unabhängiger unternehmensinterner Bereich grundsätzlich alle Aktivitäten und Prozesse der SaarLB, das interne Kontrollsystem sowie das Risikomanagement und -controlling auf der Grundlage eines risikoorientierten Prüfungsansatzes. Dies gilt auch für ausgelagerte Aktivitäten und Prozesse. Die Interne Revision führt ihre Tätigkeiten unter Berücksichtigung der jeweils geltenden gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen (z. B. KWG, MaRisk) aus.

Nach dem zum 1. Januar 2015 in Kraft getretenen Gesetz zur Sanierung und Abwicklung von Instituten und Finanzgruppen (Sanierungs- und Abwicklungsgesetz, SAG) sind grundsätzlich alle Institute verpflichtet, nach Aufforderung durch die BaFin einen Sanierungsplan zu erstellen und innerhalb von sechs Monaten der Aufsicht einzureichen. Dies gilt unabhängig davon, ob eine Sanierung bzw. Abwicklung des Instituts notwendig oder wahrscheinlich erscheint. Auch wenn sie von der BaFin bisher nicht formal dazu aufgefordert wurde, hat die SaarLB im Laufe des Jahres 2015 einen Sanierungsplan erstellt und im November 2015 an die BaFin sowie die Deutsche Bundesbank versendet. Auf Basis der festgelegten Frühwarn- und Sanierungsindikatoren befindet sich die SaarLB in der Phase des gewöhnlichen Geschäftsbetriebs.

Kapitalmanagement

Neben der Einhaltung der ökonomischen Risikotragfähigkeit sind für die SaarLB die aufsichtsrechtlichen Vorschriften der CRR wesentlich für die Beurteilung und Steuerung ihrer Kapitalausstattung.

Aufsichtsrechtliches Kapital

Die SaarLB wendet seit ihrer Zulassung zur Verwendung des auf internen Ratings basierten Ansatzes (IRBA) durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) zum 01.01.2007 die entsprechenden Regeln zur Berechnung der Kapitalanforderungen nach der CRR (bis 2013: SolvV) an. Ergänzend dazu erfolgte mit Bescheid vom 19.03.2015 die Erlaubnis der BaFin hinsichtlich der Verwendung von Techniken zur Kreditrisikominderung gemäß Artikel 143 Abs. 3 CRR.

Das aufsichtsrechtlich relevante Kapital, die so genannten Eigenmittel, setzt sich aus Kernkapital (im Wesentlichen Stammkapital, stille Einlagen sowie Rücklagen einschließlich der § 340 g HGB-Reserve) und Ergänzungskapital (langfristige nachrangige Verbindlichkeiten) jeweils unter Berücksichtigung von Abzugspositionen zusammen.

Die Kennziffern für hartes Kernkapital, Kernkapital und Gesamt-Eigenmittel – das Verhältnis der jeweiligen Eigenmittelkomponente zu den nach den Vorschriften der CRR ermittelten Risikopositionen – dürfen aufsichtsrechtliche Mindest-Vorgaben nicht unterschreiten. In der internen Steuerung hat die SaarLB darüber hinaus gehende Vorgaben festgelegt.

Im Rahmen der einen Zeitraum von fünf Jahren umfassenden Mittelfristplanung wird eine nachhaltige Einhaltung der Vorgaben sichergestellt. Für den strategischen Planungsprozess verantwortlich ist der Unternehmensbereich Strategie und Zentraler Stab. Auf Basis der in diesem Prozess festgelegten Rahmenbedingungen planen die Geschäftsbereiche ihre jeweiligen Risikopositionen im Zeitablauf. Sie werden von der für die quantitativen Aspekte der Mittelfristplanung verantwortlichen Abteilung Erfolgscontrolling auf Gesamtbankebene aggregiert und den im Planungszeitraum vorhandenen Eigenmitteln gegenübergestellt. Schließlich werden die zur Einhaltung der Zielwerte erforderlichen Maßnahmen zur Kapitalbeschaffung bzw. zur Kürzung der Geschäftsbereichsplanungen definiert.

Die Kennzahlen nach CRR zum Berichtsstichtag sowie die entsprechenden Vorjahreszahlen sind in der folgenden Übersicht dargestellt. Die SaarLB erstellt seit Mitte 2011 keine aufsichtsrechtliche Gruppenmeldung mehr. Insofern beinhalten die Werte das Einzelinstitut.

Kennzahlen nach CRR (in Mio. EUR bzw. in %)	31.12.2015	31.12.2014
Risikopositionen (Mio. EUR)	6.251	6.888
Eigenmittel	881	878
davon Kernkapital	860	847
davon hartes Kernkapital	637	621
Gesamtkennziffer	14,1 %	12,8 %
Kernkapitalquote	13,8 %	12,3 %
harte Kernkapitalquote	10,2 %	9,0 %

Sowohl die Kernkapitalquoten als auch die Gesamtkennziffer der SaarLB sind im Berichtszeitraum bei rückläufigen Risikopositionen und erhöhten Eigenmitteln merklich gestiegen:

- Der deutliche Rückgang in den Risikopositionen geht im Wesentlichen auf (1) Verwendung von Kreditrisikominderungstechniken (rund EUR 232 Mio. per 31.12.2015) sowie auf (2) einen Rückgang des Volumens in der IRBA-Risikopositionsklasse Unternehmen bei gleichzeitig tendenzieller Verbesserung der Bonitätseinstufung zurück.
- Der positive Effekt hinsichtlich des harten Kernkapitals ergibt sich im Wesentlichen aus (1) Auffüllung der 340g HGB-Reserve (rund EUR 12 Mio.), (2) Erhöhung der Gewinnrücklagen (rund EUR 1 Mio.) sowie (3) niedrigeren Belastung durch den Wertberichtigungsfehlbetrag (rund EUR 4 Mio.).
- Dem steht ein leichter Rückgang im zusätzlichen Kernkapital gegenüber, wodurch die Erhöhung des Kernkapitals um rund EUR 3 Mio. niedriger ausfällt als die im harten Kernkapital: Eine niedrigere Belastung durch den rückgehenden Wertberichtigungsfehlbetrag (Erhöhung des zusätzlichen Kernkapitals um rund EUR 12 Mio.) wird durch eine Reduktion der stillen Einlagen (Verringerung des zusätzlichen Kernkapitals um rund EUR 15 Mio.) überkompensiert.
- Der noch einmal um rund EUR 10 Mio. geringere Anstieg im Gesamtkapital ist durch sinkendes Ergänzungskapital erklärt: Der sinkende Wertberichtigungsfehlbetrag (Erhöhung des Ergänzungskapitals um rund EUR 12 Mio.) wird im Wesentlichen durch Rückgang von Nachrangdarlehen (Verringerung des Ergänzungskapitals um rund minus EUR 20 Mio.) konterkariert.

Für einen Kapitalbestandteil, der von der BaFin zum 31.12.2014 als hartes Kernkapital anerkannt wurde, laufen derzeit Abstimmungen mit der europäischen Bankaufsichtsbehörde. Die aufsichtsrechtlich geforderten Mindestquoten waren auch unter Berücksichtigung institutsspezifischer Kapitalanforderungen der BaFin während des gesamten Berichtszeitraums jederzeit eingehalten, ebenso die strengeren internen Zielquoten der SaarLB. Die insgesamt gute Eigenmittelausstattung der SaarLB zeigt sich auch im Ergebnis der aufsichtsrechtlich (nach CRR) geforderten Stresstests: Selbst unter Annahme eines konjunkturellen Abschwungs liegt zum Berichtsstichtag die Gesamtkennziffer noch bei 12,0 % (31.12.2014: 10,9 %), die Kernkapitalquote bei 11,8 % (31.12.2013: 10,5 %), und die harte Kernkapitalquote bei 8,7 % (31.12.2014: 7,7 %).

Ökonomisches Kapital (Risikotragfähigkeit)

Neben der Sicherstellung der aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen ist die Sicherung der ökonomischen Risikotragfähigkeit, die sich aus der Gegenüberstellung von Risikokapital (Risikodeckungsmasse) und Risikokapitalbedarf ergibt, zentraler Bestandteil der Steuerung in der SaarLB.

Die Risikodeckungsmasse ermittelt sich grundsätzlich auf Basis der IFRS-Rechnungslegung und gibt Auskunft darüber, bis zu welcher Höhe unerwartete Verluste aus eingegangenen Risiken tatsächlich getragen werden können:[1]

Komponenten der verfügbaren Deckungsmasse (in Mio. EUR)	31.12.2015	31.12.2014	Delta
Ergebnis nach Steuern (Minimum YtD und HoRe)	59,2	51,4	+7,8
+ Grundkapital	250,1	250,1	-
+ Kapitalrücklagen	69,1	69,1	-
+ Gewinnrücklagen	287,3	238,2	+49,1
+ Unbefristete stille Einlagen	9,5	24,5	-15,0
+ Befristete stille Einlagen	233,6	218,6	+15,0
+ Genussrechte	0,0	0,0	-
+ Nachrangige Verbindlichkeiten	25,5	25,5	-
+ Neubewertungsrücklage	68,0	72,6	-4,6
Risikodeckungsmasse	**1.002,3**	**950,0**	**+52,3**
./. Immaterielle Vermögenswerte	5,0	4,0	+1,0
./. Saldo aus stillen Lasten und stillen Reserven aus Wertpapieren (LaR und HtM)	-2,6	-5,7	+3,1
./. Korrektur Eigenkapital wegen Überhang aus latenten Steuern	-26,5	-17,8	-8,7
Liquidationsdeckungsmasse	**+1.026,4**	**+969,5**	**+56,9**
./. Verluste aus ausgefallenen Positionen	0,0	18,5	-18,5
./. Erwartete Verluste des Risikobetrachtungshorizonts	30,3	35,5	-5,2
Verfügbare Deckungsmasse	**+996,0**	**+915,4**	**+80,6**

Die Risikodeckungsmasse steigt im Vergleich zum Vorjahr vor allem aufgrund der gestiegenen Gewinnrücklagen. Verluste aus ausgefallenen Positionen werden ab dem Berichtsstichtag nicht mehr als Abzugsposition bei der verfügbaren Deckungsmasse behandelt, sondern als zusätzliche Kapitalbedarfe auf der Risikoseite berücksichtigt. Eine Kündigung von unbefristeten Einlagen führte zu einer Veränderung der Struktur der Risikodeckungsmasse, die absolute Höhe blieb von dieser Maßnahme unberührt.

Die verfügbare Deckungsmasse ergibt sich aus der Risikodeckungsmasse durch mindernde Berücksichtigung weiterer Effekte:

- In der Liquidationsdeckungsmasse werden Elemente der Deckungsmasse korrigiert, die im Falle einer Liquidation anders anzurechnen wären.

[1] Aufgrund des einjährigen Betrachtungszeitraums werden in der Risikodeckungsmasse nicht die Eigenkapitalpositionen zum Stichtag sondern die (ggf. durch Fälligkeiten im Betrachtungszeitraum reduzierten) Werte ein Jahr nach dem Stichtag angesetzt.

- Zusätzlich werden Puffer für mögliche Verringerungen der Risikodeckungsmasse im einjährigen Betrachtungshorizont abgesetzt, die in der weiteren Modellierung der ökonomischen Risikotragfähigkeitsrechnung nicht mehr explizit berücksichtigt werden.

Im Rahmen der ökonomischen Risikotragfähigkeitsrechnung (ICAAP) überwacht die SaarLB ihr Risikoprofil und stellt durch monatliche Gegenüberstellung von aus der verfügbaren Deckungsmasse allokiertem Risikokapital und Risikokapitalbedarf die Risikotragfähigkeit sicher. Zur Ermittlung des Risikokapitalbedarfs erfolgt eine konsistente Betrachtung aller wesentlichen Risikoarten. Die Risiken werden auf Gesamtbankebene zu einer Gesamteinschätzung des vorhandenen Risikos zusammengeführt. Dabei wird zur Berechnung des Risikokapitalbedarfs im ICAAP grundsätzlich die Value at Risk (VaR)-Methodik mit einem Konfidenzniveau von 99,95 % angewandt. Die Limitierung erfolgt auf Ebene der einzelnen Risikoarten sowie übergreifend durch das (insgesamt) allokierte Risikokapital. Annahmen und Ergebnisse der Risikoquantifizierung sind wenigstens jährlich zu validieren.

Die Ergebnisse der ICAAP-Risikotragfähigkeitsrechnung zum Berichtsstichtag sind in der nachfolgenden Übersicht dargestellt:

Ökonomische Risikotragfähigkeit: Kapitalbedarfe und Deckungsmasse (in Mio. EUR)	**31.12.2015**			**31.12.2014**		
	Kapital-bedarf	**Limit**	**Aus-lastung**	**Kapital-bedarf**	**Limit**	**Aus-lastung**
Adressenrisiko	188,7	315,0	60 %	217,6	315,0	69 %
davon Ausfallrisiko	(114,9)	(180,0)	64 %	(136,6)	(180,0)	76 %
davon Credit Spread-Risiko	(73,7)	(135,0)	55 %	(81,0)	(135,0)	60 %
Marktrisiko	78,8	150,0	53 %	45,9	90,0	51 %
Operationelles Risiko	6,8	10,0	68 %	6,8	10,0	68 %
Reputationsrisiko	0,0	5,0	0 %	0,0	2,0	0 %
Immobilienrisiko	12,5	15,0	83 %	13,1	15,0	87 %
Strategisches Risiko/Geschäftsrisiko	75,3	90,0	84 %	76,0	90,0	84 %
Summe	**362,1**	**585,0**	**62 %**	**359,4**	**522,0**	**69 %**
Verfügbare Deckungsmasse	**996,0**			**915,4**		
Freie ökon. Deckungsmasse	**633,9**			**556,1**		

Die Risikotragfähigkeit der SaarLB war im gesamten Berichtszeitraum (sowohl insgesamt als auch auf Ebene der einzelnen Risikoarten) jederzeit uneingeschränkt gegeben.

Neben dem ICAAP-Risikokapitalbedarf werden zusätzlich Risikokapitalbedarfe in mehreren Szenarien ermittelt, u. a. in einem über alle Risikoarten hinweg unter konsistenten Annahmen modellierten schweren konjunkturellen Abschwung. Bzgl. Adressenrisiken wird bspw. eine branchenspezifische Verschlechterung des Kredit-

portfolios und eine weitere Ausweitung der Credit Spreads angenommen, für alle anderen Risikoarten gelten ebenfalls verschärfte Annahmen.

Schwerer konjunktureller Abschwung: Kapitalbedarfe und Deckungsmasse (in Mio. EUR)	31.12.2015	31.12.2014
Adressenrisiko	175,0	214,3
davon Ausfallrisiko	(101,9)	(140,0)
davon Credit Spread-Risiko	(73,1)	(74,3)
Marktrisiko	72,5	41,3
Operationelles Risiko	3,4	3,4
Reputationsrisiko	0,0	0,0
Immobilienrisiko	9,6	10,1
Strategisches Risiko/Geschäftsrisiko	39,7	40,0
Summe	**300,2**	**309,1**
Freie ökon. Deckungsmasse	**633,9**	**556,1**
Freie ökon. Deckungsmasse nach Stress	**333,7**	**247,0**

Die Kapitalbedarfe sinken im Berichtszeitraum vor allem im Adressenausfallrisiko aufgrund von Rückgängen des Kapitalbedarfs wesentlicher Risikoengagements (Tilgungen und/oder Ratingverbesserungen). Gleichzeitig steigt die freie ökonomische Deckungsmasse merklich an. Insgesamt übertrifft die freie ökonomische Deckungsmasse damit auch unter Annahme eines schweren wirtschaftlichen Abschwungs zum Berichtsstichtag die Kapitalbedarfe weiterhin deutlich.

Adressenrisiko (Kreditrisiko)

Unter Adressenrisiko (Kreditrisiko) subsumiert die SaarLB das Adressenausfallrisiko sowie Credit Spread-Risiken. Unter Adressenausfallrisiko versteht die SaarLB das Risiko, dass sich die Bonität eines Geschäftspartners so weit verschlechtert, dass er seinen Zahlungs- oder Lieferverpflichtungen gegenüber der Bank nicht, nicht vollständig und/oder nicht termingerecht nachkommen kann. Das Adressenausfallrisiko umfasst neben dem klassischen Kreditrisiko auch das Emittentenrisiko, das Kontrahentenrisiko, das Länderrisiko sowie das Beteiligungsrisiko. Weitere Adressenrisiken (Credit Spread-Risiken) resultieren für die SaarLB aus (bonitätsinduzierten) Kursänderungen des Wertpapierbestandes (inkl. Kreditderivaten und Verbriefungen).

Der Rahmen für das Eingehen von Adressenausfallrisiken wird in der Risikostrategie festgelegt. Im jährlichen Strategieprozess wird aus der Risikotragfähigkeit ein Limit für Adressenausfallrisiken festgelegt. Zur Steuerung und Überwachung von Konzentrationsrisiken werden Limitierungen nach der Bonität von Kreditnehmern bzw. Transaktionen, geografischen Märkten und Branchen vorgenommen.

Die gesamten Abläufe im Kreditgeschäft einschließlich der Steuerungs- und Überwachungssysteme sind umfassend im Anweisungswesen der SaarLB dokumentiert. Die hier definierten Masterprozesse sind segmentübergreifend und einheitlich implementiert.

Das Anweisungswesen wird fortlaufend den sich verändernden internen und externen Anforderungen angepasst.

Die Beurteilung der Adressenausfallrisiken erfolgt zunächst auf Ebene einzelner Kreditnehmer und (aufsichtsrechtlicher) Kreditnehmereinheiten (Gruppen verbundener Kunden). Hierbei finden die Ratingverfahren Banken, Corporates (inkl. kommunalnaher Unternehmen), Internationale Gebietskörperschaften, Leasing (Leasinggesellschaften sowie Immobilienleasing), Versicherungen, International Commercial Real Estate, Projektfinanzierungen, Länder- und Transferrisiko sowie DSGV-Haftungsverbund der RSU Rating Service Unit GmbH & Co. KG, München, Anwendung. Ergänzend werden die Module Sparkassen StandardRating und Sparkassen ImmobiliengeschäftsRating der Sparkassen Rating und Risikosysteme GmbH, Berlin, eingesetzt. Alle genannten Ratingverfahren wurden von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) zur Verwendung im Rahmen des auf internen Ratings basierten Ansatzes (IRBA) bei der Berechnung der Eigenmittelanforderungen nach der Verordnung (EU) 575/2013 (CRR) anerkannt. Sie werden seitens der Bank in Zusammenarbeit mit den genannten Partnern jährlich auf Basis des aktuellen Kreditportfolios validiert.

Wesentliche Eingabeparameter für den quantitativen Teil der innerhalb der Ratingverfahren vorgenommenen Bonitätsanalyse stammen dabei aus einem Bilanzanalysesystem, das die wesentlichen Rechnungslegungsstandards (u. a. HGB, IFRS, US-GAAP) unterstützt und Peergruppen- sowie Branchenvergleiche ermöglicht. Darüber hinaus werden neben dem Bonitätsrating eines Kreditnehmers dort, wo es erforderlich ist, auch Objekt- und Projektrisiken sowie Länder- und Transferrisiken in der Risikobeurteilung berücksichtigt. Im Ergebnis erfolgt auf Basis von Ausfallwahrscheinlichkeiten eine Zuordnung zu einer Ratingklasse auf einer grundsätzlich 25-stufigen Ratingskala. Für das Sparkassen StandardRating wird seit November 2015 eine Ratingnote in drei (Sub-)Noten detailliert. Die Ratingklassen sind damit zwischen den unterschiedlichen Ratingverfahren vergleichbar.

Zur ökonomischen Risikominderung werden gemäß den Vorgaben der SaarLB bankübliche Sicherheiten, v. a. Grundpfandrechte, Verpfändungen, Zessionen, Sicherungsübereignungen und schuldrechtliche Verpflichtungserklärungen hereingenommen. Sicherheitenbearbeitung und -bewertung sind im Sicherheitenhandbuch geregelt. Die Berechnung und Festsetzung der ermittelten Sicherheitenwerte wird nachvollziehbar dokumentiert. Im Handelsgeschäft mit Derivaten werden Rahmenverträge zur Verrechnung gegenseitiger Risiken (Close-Out-Netting) geschlossen. Mit bestimmten Geschäftspartnern bestehen Sicherheitenvereinbarungen, die das jeweilige Ausfallrisiko auf einen vereinbarten Höchstbetrag begrenzen.

Anhand eines in geeigneter Weise ausgestalteten Frühwarnsystems – u. a. durch monatlich erstellte, auf festen Frühwarnsignalen basierende Frühwarnlisten – werden möglicherweise gefährdete Engagements identifziert und in die geeignete Betreuungs-

form überführt. Die Intensivbetreuung ist im Markt, die Bearbeitung von Problemkrediten in der Marktfolge angesiedelt.

Den MaRisk Rechnung tragend werden die Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften täglich durch die Handelsabwicklung überwacht. Diese Überwachung umfasst insbesondere das gesamte Geschäft mit derivativen Finanzinstrumenten (Kontrahentenrisiko). Systemunterstützt und bankweit einheitlich werden alle mit einem Kunden getätigten Handelsgeschäfte in Anlehnung an die Vorschriften zur Marktbewertungsmethode nach CRR auf die ihm eingeräumten Kontrahentenlimite, die auch ein Settlement-Limit umfassen, angerechnet.

Bei der Steuerung und Überwachung von Adressenausfallrisiken auf Gesamtbankebene ist das interne Rating von zentraler Bedeutung. Über die Risikostrategie sind die Nettoengagementgrenzen für Gruppen verbundener Kunden in Abhängigkeit von Ratingklassen, aus der Geschäftsstrategie abgeleiteten Märkten und Segmenten klar definiert. Darüber hinaus soll in von der Bank identifizierten Risikobranchen nur selektiv Neugeschäft zur Verbesserung des jeweiligen Branchenportfolios eingegangen werden. Strenge Nebenbedingung ist schließlich eine am Risiko orientierte Preisgestaltung, die durch ein entsprechendes Kalkulationsinstrument unterstützt wird.

Die Einhaltung der Risikostrategie wird im Rahmen jeder wesentlichen Kreditentscheidung einzelfallbezogen durch die zuständigen Markt- und Marktfolgebereiche überprüft.

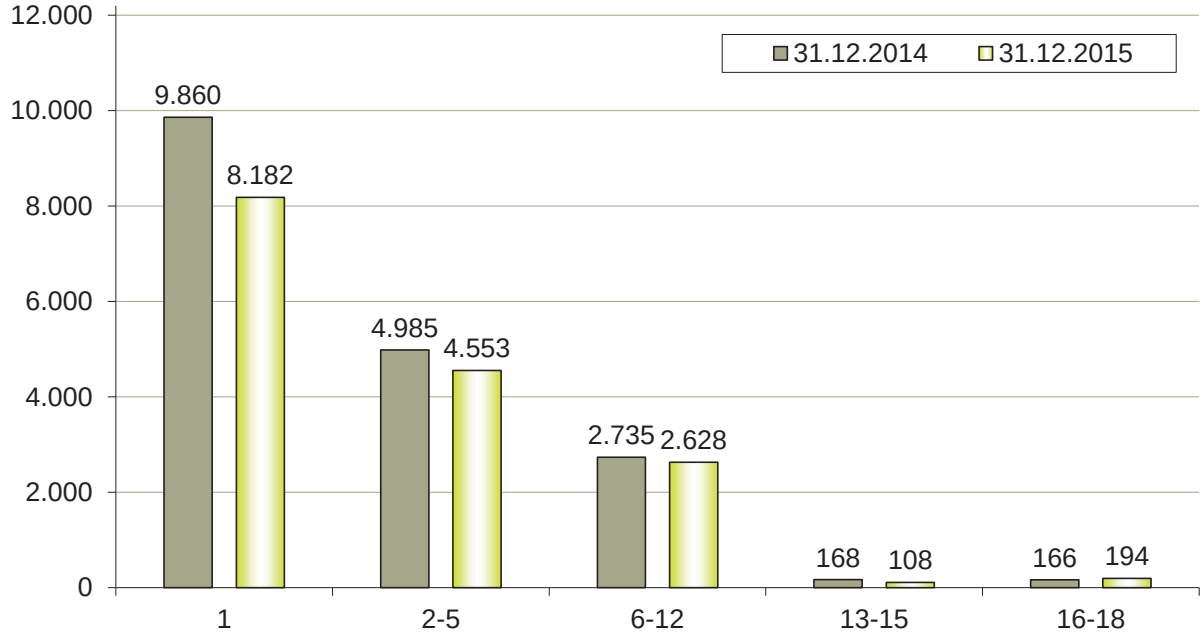
Der vierteljährlich erstellte MaRisk-Risikobericht an den Gesamtvorstand und den Risikoausschuss der SaarLB beinhaltet eine Analyse des Kreditportfolios, vor allem unter den Gesichtspunkten Ratingklassen-, Branchen- und Ländergliederung, sowie einen zusammenfassenden Soll-Ist-Abgleich mit der Risikostrategie.

Zur Risikoanalyse auf Portfolioebene verwendet die SaarLB insbesondere für die Risikotragfähigkeitsrechnung das Kreditportfoliomodell „CreditRisk+“. Im Kreditportfoliomodell wird der gesamte mit Adressenausfallrisiken behaftete Forderungsbestand der SaarLB betrachtet, jeweils gewichtet mit den individuellen, aus den Ratingklassen abgeleiteten Ausfallwahrscheinlichkeiten der einzelnen Kreditnehmer. Wesentliche Ausgabegröße ist der Credit-Value at Risk, der sich aufteilt in einen erwarteten Verlust (expected loss), der über die risikoorientierte Preisgestaltung berücksichtigt wird, und in einen unerwarteten Verlust (unexpected loss). Sowohl der erwartete als auch der unerwartete Verlust sind im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung durch Risikokapital zu decken.

Portfolioanalyse (ökonomisch)

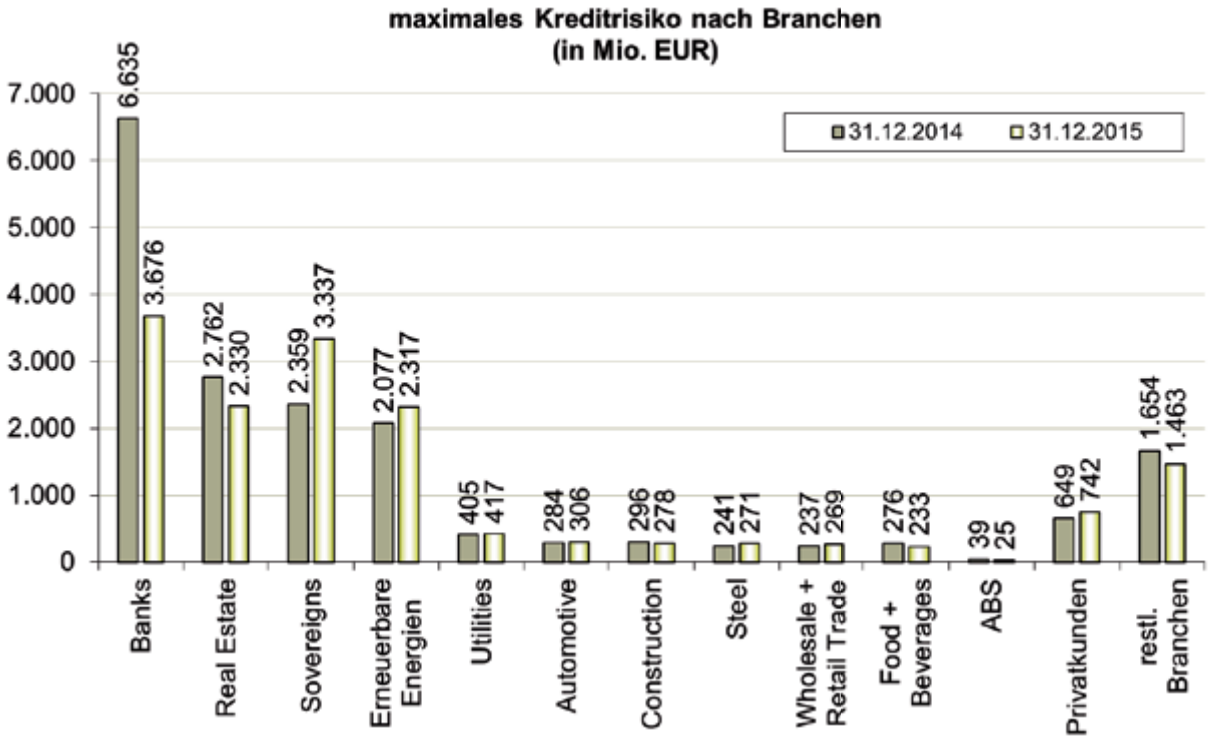
Die Darstellungen in den nachfolgenden Kapiteln „Portfolioanalyse (ökonomisch)“ und „Teilportfolien mit erhöhtem Risikoprofil“ basieren auf der internen Risikosteuerung (management approach), nach denen zum Berichtsstichtag ein maximales Kreditrisiko von EUR 15.665 Mio. bestand (zum 31.12.2014: EUR 17.914 Mio.). Geringfügige Abweichungen von den Bilanzdaten (balance sheet approach, vgl. Kapitel „Portfolioanalyse (bilanziell)“) sind u. a. auf die Berücksichtigung von Zuschlägen (add-ons) bei der Ermittlung des Kreditrisikos von derivativen Finanzinstrumenten nach der Marktbewertungsmethode, von Kontrahentenrisiken aus Wertpapierpensionsgeschäften sowie auf den Ansatz von Kreditderivaten zu Nominalwerten zurückzuführen.

maximales Kreditrisiko nach Ratingklassen (in Mio. EUR)

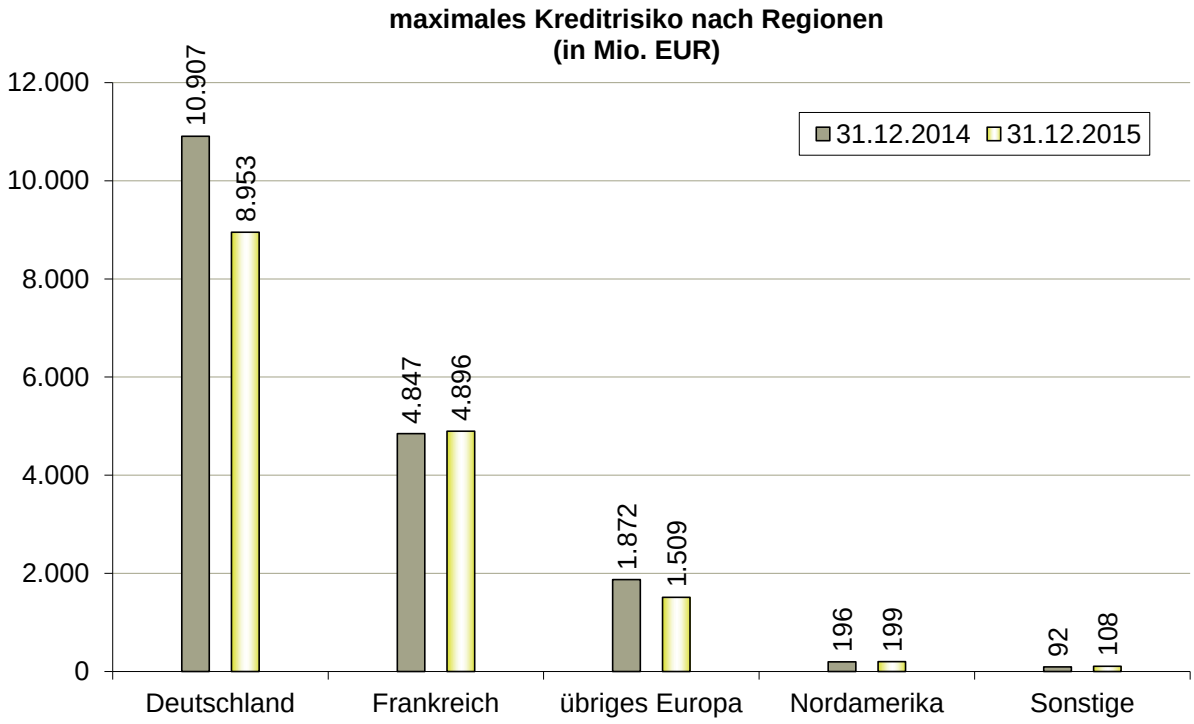


Rund 81 % des Kreditrisikos liegen im Investmentgrade-Bereich (Ratingklassen 1 bis 5 nach DSGV-Skala). Im Vergleich zum Vorjahr ist dieser Anteil um rund zwei Prozentpunkte gesunken, liegt damit aber noch über dem Niveau zum 31.12.2013 von rund 80 %.

Für die wirtschaftliche Steuerung und strategische Ausrichtung des Branchen-Kreditrisikos wird in der SaarLB auf Kreditnehmerebene ein wertschöpfungs- und risikoorientierter Gruppierungsschlüssel verwendet, der das Kreditrisiko in 32 Branchengruppen strukturiert. Das Kreditrisiko nach Branchengruppen verteilt sich wie folgt:



Das Branchenportfolio – insbesondere das Corporates-Portfolio – der SaarLB ist weiterhin gut diversifiziert. Im Berichtsjahr wurde das Kreditrisiko der Branche Banks um EUR 2.958 Mio. und Real Estate um EUR 432 Mio. deutlich reduziert. Das Kreditrisiko der Branche Sovereigns erhöhte sich hingegen um EUR 978 Mio. und auch das Kreditrisiko der Branche Erneuerbare Energien wurde weiter um EUR 241 Mio. ausgebaut. Der Anteil der Branche Sovereigns am Gesamtportfolio hat sich im Vergleich zum Vorjahr von 13 % auf 21 % deutlich erhöht. Auch der Anteil der Branche Erneuerbare Energien ist im Berichtszeitraum von 12 % auf 15 % gestiegen. Der Anteil der Branche Real Estate ist hingegen mit rund 15 % des gesamten Kreditrisikos im Vergleich zum Vorjahr (15 %) konstant geblieben.



Die SaarLB verwendet für die Darstellung der Verteilung des Kreditrisikos nach Ländern standardmäßig auf Einzelländerebene die offiziellen Bundesbankschlüssel. Kreditnehmer werden dabei gemäß dem jeweils maßgeblichen Länderrisiko verschlüsselt, das bspw. bei unselbstständigen Niederlassungen, nicht dem des Sitzlandes entsprechen muss. Regionengruppierungen erfolgen dann unter Berücksichtigung globaler und regionaler wirtschaftlicher Verflechtungen. Der Schwerpunkt des Länderportfolios der SaarLB liegt mit einem Anteil von rund 88,4 % (zum 31.12.2014: 87,9 %) des Kreditrisikos in den von ihr definierten Zielmärkten Deutschland und Frankreich. Weitere 10 % (zum 31.12.2014: 10 %) betreffen Engagements im übrigen Europa, wobei sich die Kreditrisiken in Irland und in den südeuropäischen Ländern Griechenland, Italien, Spanien und Portugal auf insgesamt EUR 280 Mio. (zum 31.12.2014: EUR 231 Mio.) belaufen, davon 82 % (zum 31.12.2014: 53 %) im Investmentgrade. Im Berichtszeitraum wurde das Volumen des Frankreichgeschäftes weiter um EUR 49 Mio. (in 2014: +EUR 82 Mio.) ausgebaut, während das Kreditrisiko in Deutschland (vor allem mit Banken) sowie im übrigen Europa um insgesamt EUR 2.297 Mio. deutlich zurückging.

Banken: maximales Kreditrisiko (in Mio. EUR) Regionen	31.12.2015	31.12.2014
Deutschland	2.575	5.000
Frankreich	219	415
übriges Europa	706	1.068
Nordamerika	100	74
Sonstige	77	77
Gesamt	**3.676**	**6.635**

Forderungen an Kreditinstitute einschließlich des unter der Bilanzposition Finanzanlagen zu zeigenden Bestandes an kreditersetzenden Wertpapieren bestehen überwiegend gegen Institute mit Sitz in Europa und dort mehrheitlich gegen deutsche Kreditinstitute. Über alle Regionen hinweg sinkt das Bankenkreditrisiko im Berichtszeitraum um insgesamt EUR 2.958 Mio., in Deutschland ist der Rückgang am deutlichsten (-EUR 2.425 Mio.).

Nichtbanken: maximales Kreditrisiko (in Mio. EUR) per 31.12.2015 Branchen	Deutsch-land	Frank-reich	übriges West-europa	Nord-amerika	Sonstige	Summe	31.12.2014 Summe
Sovereigns	2.092	951	268	0	27	**3.337**	2.359
Real Estate	1.109	974	166	81	0	**2.330**	2.762
Automotive	296	7	3	0	0	**306**	284
ABS	0	0	17	8	0	**25**	39
Wholesale + Retail Trade	257	12	0	0	0	**269**	237
Construction	148	121	10	0	0	**278**	296
Utilities	295	25	96	0	1	**417**	405
Steel	256	4	11	0	0	**271**	241
Erneuerbare Energien	451	1.866	0	0	0	**2.317**	2.077
Food + Beverages	105	80	45	3	0	**233**	276
Privatkunden	403	331	8	0	0	**742**	649
restl. Branchen	965	307	181	7	3	**1.463**	1.654
Gesamt	**6.379**	**4.677**	**803**	**99**	**31**	**11.989**	**11.279**

Auch Forderungen an Kunden einschließlich des unter der Bilanzposition Finanzanlagen zu zeigenden Bestandes an kreditersetzenden Wertpapieren bestehen mit rund 99 % (Vorjahr: rund 99 %) überwiegend gegen Kunden mit (Wohn-)Sitz in Westeuropa. Unter diesen Kunden stellen die deutschen und französischen mit rund 93 % (zum 31.12.2014: 93 %) unverändert den größten Anteil.

Banken: maximales Kreditrisiko (in Mio. EUR) Größenklasse	31.12.2015	31.12.2014
bis 1 Mio. EUR	34	34
> 1 Mio. bis 5 Mio. EUR	151	141
> 5 Mio. bis 10 Mio. EUR	107	79
> 10 Mio. bis 20 Mio. EUR	457	523
> 20 Mio. bis 50 Mio. EUR	1.073	1.453
> 50 Mio. bis 100 Mio. EUR	815	881
> 100 Mio. bis 250 Mio. EUR	522	1.587
> 250 Mio. bis 500 Mio. EUR	520	1.377
> 500 Mio. bis 1 Mrd. EUR	0	561
Gesamt	**3.676**	**6.635**

Das Geschäft mit Kreditinstituten erfolgt weiterhin überwiegend in mittleren und größeren Klassen ab EUR 20 Mio., wurde dort allerdings im Berichtsjahr sehr deutlich zurückgeführt.

Nichtbanken: maximales Kreditrisiko (in Mio. EUR) Größenklasse	31.12.2015	31.12.2014
bis 1 Mio. EUR	749	719
> 1 Mio. bis 5 Mio. EUR	1.204	1.149
> 5 Mio. bis 10 Mio. EUR	1.975	1.893
> 10 Mio. bis 20 Mio. EUR	3.092	2.974
> 20 Mio. bis 50 Mio. EUR	3.378	2.999
> 50 Mio. bis 100 Mio. EUR	783	751
> 100 Mio. bis 250 Mio. EUR	219	510
> 250 Mio. bis 500 Mio. EUR	589	284
Gesamt	**11.989**	**11.279**

Die Kundenforderungen sind aus Sicht der Größenklassengliederung gut diversifiziert. Das Neugeschäft erfolgt dem Geschäftsmodell der SaarLB entsprechend überwiegend bei Engagements in den Größenklassen bis EUR 50 Mio.

Teilportfolien mit erhöhtem Risikoprofil

Die von der SaarLB gehaltenen Verbriefungspositionen verfügen weitgehend über gute bis sehr gute externe Ratings. Knapp 97 % des gesamten Kreditrisikos (zum 31.12.2014 ebenfalls 97 %) verfügen über ein Rating im Investmentgrade-Bereich.

Verbriefungen: maximales Kreditrisiko (in Mio. EUR) Ratingklassen	31.12.2015	31.12.2014
1	24	19
2-5	0	16
6-8	0	0
9-12	0	0
13-15	0	0
Ausfallklassen	1	1
Gesamt	**25**	**37**

Bezogen auf die Region entfällt ein Anteil von weniger als 1 % des Kreditrisikos auf Deutschland, 67 % verteilen sich auf das übrige Europa, die restlichen 32 % liegen in Nordamerika. Schwerpunkte im europäischen Ausland sind hierbei Spanien (48 %) und Großbritannien (10 %). Die Verbriefungspositionen des nordamerikanischen Marktes sind mit EUR 8,0 Mio. im Vergleich zum Vorjahr (EUR 8,7 Mio.) leicht gesunken.

Aufgrund der Staatsschuldenkrise im Euroraum werden u.a. Engagements in Portugal, Irland, Italien, Griechenland und Spanien („PIIGS"-Länder) weiterhin besonders aufmerksam beobachtet.

PIIGS-Exposures: Maximales Kreditrisiko (in Mio. EUR) Land	31.12.2015	31.12.2014
Portugal	8	12
Italien	136	118
Irland	10	6
Griechenland	0	0
Spanien	125	95
Gesamtexposure	**280**	**231**

Der Kreditbestand hat sich im Berichtszeitraum erhöht, er liegt aber deutlich unter dem Bestand zum 31.12.2013 von EUR 352 Mio. Der Zuwachs im Vergleich zum Vorjahres-Stichtag ergibt sich im Wesentlichen aus neuen Engagements sehr guter Bonität in Spanien (Branche Logistics in Ratingklasse 1A- über EUR 20 Mio. sowie Branche Telecom mit Ratingklasse 2 über EUR 18 Mio.) sowie in Italien (Branche Utilities in Ratingklasse 1A- über EUR 6 Mio.). Weiterer Zuwachs entsteht durch einen Portfolioaufbau in der Branche Sovereigns (i.W. ein Engagement in Italien mit Ratingklasse 1A über EUR 42 Mio.), die jedoch durch ein sinkendes Banken-Portfolio (EUR -44 Mio.) ungefähr ausgeglichen wird. Das maximale Kreditrisiko liegt am Berichtsstichtag zu 82 % im Investmentgrade, d.h. in den Ratingnoten 1-5 (zum 31.12.2014: 53 %).

PIIGS-Exposures: Maximales Kreditrisiko (in Mio. EUR) Branchen	31.12.2015	31.12.2014
Sovereigns	74	29
Banks	56	100
Logistics	53	30
Telecom	41	18
Real Estate	21	22
Utilities	19	10
ABS	14	20
Sonstige	2	2
Gesamtexposure	**280**	**231**

Die SaarLB hält zum Berichtsstichtag Forderungen mit einem maximalen Kreditrisiko in Höhe von rund EUR 74 Mio. gegenüber Sovereigns in den PIIGS-Staaten (zum 31.12.2014: 29 Mio.). Der Großteil hiervon ist Italien (75 %) und Spanien (15 %) zuzuordnen. Portugal hat einen Anteil von 6 %, Irland von 4 % und Griechenland von 0 %. Wertminderungen waren zum Berichtsstichtag nicht zu berücksichtigen.

Risikovorsorge

Alle Engagements mit Adressenausfallrisiken unterliegen im Rahmen der Risikoüberwachung einem fest definierten Frühwarn-, Intensivbetreuungs-, Problemkreditbehandlungsprozess mit entsprechenden Anweisungen und Policies. Im Rahmen dieses Prozesses werden Engagements mit eingetretenen Risikosignalen in eine dem Risikogehalt adäquate Betreuungsform überführt und klassifiziert. Basis dafür sind fest definierte harte Kriterien, die zu einer Aufnahme in die monatliche Frühwarnliste bzw. direkt zu einer Zuordnung in die entsprechende Betreuungsform führen.

Als Impairment Trigger werden objektive Hinweise verwendet, die auf eine Wertminderung des Engagements hinweisen. Diese sind u. a.:

- deutliche Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse
- Erwartung niedrigerer zukünftiger Zahlungsströme als die vereinbarten
- bonitätsinduzierte Leistungsstörung
- Zugeständnisse an den Kreditnehmer aufgrund wirtschaftlicher oder rechtlicher Gründe im Zusammenhang mit finanziellen Schwierigkeiten
- wesentliche Vertragsverletzungen wie bspw. Antrag auf Stundung
- hohe Wahrscheinlichkeit eines Insolvenzverfahrens oder eines sonstigen Sanierungsfalls des Schuldners
- Wegfall eines aktiven Marktes für diesen finanziellen Vermögenswert aufgrund finanzieller Schwierigkeiten

- wesentlicher oder anhaltender Rückgang des beizulegenden Zeitwertes unter die Anschaffungskosten

Wenn die Risikoanalyse des Kredites zeigt, dass die vertragskonforme Rückführung bzw. Vereinnahmung aller kreditvertraglichen Entgelte unwahrscheinlich ist, wird eine Risikovorsorge gebildet. Die Berechnung der Risikovorsorge wird pro Geschäft vorgenommen und berücksichtigt alle Adressenausfallrisiken. Die Festlegung der Höhe der Wertberichtigung erfolgt dabei unter Berücksichtigung bestehender Besicherung grundsätzlich durch Gegenüberstellung des Buchwerts der Forderung mit den künftig zu erwartenden Cashflows, die mit dem ursprünglichen Effektivzinssatz diskontiert werden. Einzelwertberichtigungen werden auch für die Engagements gebildet, bei denen die vollständige Rückführung der Kredite ausschließlich aufgrund von Länderrisiko unwahrscheinlich ist.

Bei der Risikovorsorgebildung wird zwischen Einzelwertberichtigungen für bestehende Forderungen und Rückstellungen für künftige Inanspruchnahmen (Rückstellungen für außerbilanzielle Geschäfte im Kreditgeschäft) unterschieden. Uneinbringliche Finanzinstrumente werden ausgebucht.

Für alle im Rahmen der Risikoüberwachung im Berichtsjahr tatsächlich erkennbaren Verlustpotenziale wurde in angemessener Weise vorgesorgt. Die Risikovorsorge hat sich wie folgt entwickelt:

Risikovorsorge für Einzelrisiken in Mio. EUR	**01.01.2015-31.12.2015**	**01.01.2014-31.12.2014**
Anfangsbestand	**125,9**	**122,5**
Auflösung	-18,7	-11,4
Verbrauch	-14,1	-9,8
Zuführung	23,3	24,6
Endbestand	**116,4**	**125,9**

Die Direktabschreibungen betrugen einschließlich der unmittelbar bonitätsbedingten Wertkorrekturen und Veräußerungsverluste in den Wertpapieren des Anlagebestandes inkl. Wertpapierspezialfonds EUR 0,4 Mio. (per 31.12.2014: EUR 6,2 Mio.). Dem standen Eingänge auf abgeschriebene Forderungen und unmittelbar bonitätsbedingte Veräußerungsgewinne in den Wertpapieren des Anlagebestandes inkl. Wertpapierspezialfonds in Höhe von EUR 1,5 Mio. (per 31.12.2014: EUR 6,6 Mio.) gegenüber. Schließlich bestehen für latente Risiken Pauschalwertberichtigungen in Höhe von EUR 47,0 Mio. (per 31.12.2014: EUR 38,7 Mio.).

Marktpreisrisiko

Das Marktpreisrisiko bezeichnet das Risiko von (Bewertungs-)Verlusten in offenen (Handels-) Positionen durch ungünstige Marktpreisveränderungen. Für die SaarLB relevante Marktpreise sind insbesondere EUR-Zinssätze, Aktienkurse und Währungskurse. Offene Positionen resultieren aus Kassa-, Termin- und Optionsgeschäften.

Die strategischen Grundsätze des Umgangs mit Marktpreisrisiken in der SaarLB sind in der Risikostrategie definiert. Die Aufbauorganisation des Handelsgeschäfts entspricht den Anforderungen der MaRisk. Der Bereich Treasury und Portfoliomanagement umfasst das Aktiv-Passiv-Management, das die Zinsrisiken aus dem Bankbuch aktiv steuert; die Bereiche Produktmanagement und Institutionelle verantworten das Sales-Geschäft in Zinsprodukten und Devisen. Die Abwicklung der Handelsgeschäfte erfolgt im Bereich Services. Für die Überwachung und Steuerung der Marktrisiken sowie für die methodische Entwicklung des hierzu erforderlichen Instrumentariums ist die Abteilung Risikocontrolling verantwortlich. Die SaarLB limitiert bereits seit Einführung der Mindestanforderungen an das Betreiben von Handelsgeschäften 1996 sowohl Marktpreisrisiken des Handelsbuches als auch Marktpreisrisiken des Anlagebuches, insbesondere Zinsänderungsrisiken, nach einem einheitlichen Value at Risk (VaR)-Ansatz: Das Risikocontrolling überwacht die Risiken in mehreren Sparten und berücksichtigt dabei nicht nur die Risiken aus dem Handel im engeren Sinne, sondern auch aus den Positionen des Aktiv-Passiv-Managements, welche wesentliche Zinsänderungsrisiken der Bank beinhalten können.

Die Parameterfestlegung für die VaR-Berechnung spiegelt die Zurückhaltung der Bank beim Eingehen von Marktrisiken wider: Die Risiken aller Sparten fließen in die Risikotagesmeldung mit einer Haltedauerannahme von 10 Handelstagen und einem einseitigen Konfidenzniveau von 99,95 % ein. Bei der Zusammenfassung der Risiken werden außerdem Korrelationen außer Acht gelassen, die eine risikoreduzierende Darstellung ermöglichen würden. Für die Handelsbuchsparten werden Risikoparameter aus eigenen, teilweise weit in die Vergangenheit reichenden Zeitreihen ermittelt. In den Bankbuchsparten werden die Risikokennzahlen grundsätzlich mittels einer historischen Simulation berechnet, wobei die verwendeten Zeitreihen regelmäßig aktualisiert werden. Die in Spezialfonds gegebenenfalls enthaltenen Aktienkursrisiken werden dabei anhand von skalierten Risikokennzahlen der Fondsgesellschaft beurteilt.

Zum 01.07.2015 wurden die Zinsrisiko tragenden Positionen in einem Zinsbuch gesamt zusammengefasst. Insgesamt hat sich die Anzahl der Sparten dadurch von fünf auf nunmehr vier verringert.

Portfolio	Sparten bis 30. Juni 2015	Sparten ab 01. Juli 2015
Anlagebuch		Zinsbuch gesamt
	ALCO-Portfolio	Benchmark
	Treasury-Portfolio	Abweichung zur Benchmark
	Spezialfonds	Spezialfonds
Handelsbuch	Renten-Sales	Renten-Sales
	Devisen-Bankbuch und -Sales	Devisen-Bankbuch und -Sales

Abgeleitet aus der Risikodeckungsmasse legt der Vorstand je Sparte eine Verlustpotenzialobergrenze (VaR-Limit) sowie für die Handelsbuchsparten Renten-Sales und Devisen-Bankbuch und –Sales eine Verlustobergrenze (Planabweichungslimit) fest. Zu keinem Zeitpunkt darf der in einer Sparte täglich errechnete Value at Risk das zugeordnete VaR-Limit überschreiten. Gleichzeitig darf in den Handelsbuchsparten eine negative Abweichung des operativen Ergebnisses vom jeweiligen zeitanteiligen Planwert in einer Sparte dessen Planabweichungslimit nicht übersteigen. Das Planabweichungslimit beträgt regelmäßig jeweils 50 % des Planwertes einer Sparte. Die VaR-Limite können durch vom Handelsvorstand festgelegte Richtwerte für Bestandsobergrenzen und sonstige restriktive Vereinbarungen fallweise ergänzt werden.

Beim VaR werden Brutto- und Netto-VaR unterschieden. Während der Brutto-VaR ausschließlich das Risiko aus bestehenden offenen Positionen angibt, werden in den Netto-VaR je nach Sparte negative operative Ergebnisse einbezogen (selbstverzehrendes Limit). Die Systematik zur Ermittlung des Netto-VaR wurde im Juni 2015 umgestellt. Bis zu diesem Zeitpunkt, d.h. auch in den Vergleichszahlen zum 31.12.2014, wurden in allen Sparten negative operative Ergebnisse auf die Limitauslastung angerechnet. Seitdem gilt diese Vorgehensweise nur noch für die Handelsbuchsparten.

Die folgende Tabelle beschreibt das Risiko verschiedener Marktpreisrisikoarten im Berichtszeitraum sowie im Vergleichszeitraum. Bei den aufgeführten Werten handelt es sich um den Brutto-VaR.

Marktrisiko SaarLB: Brutto-VaR (in Mio. EUR)	12-Monats-Zeitraum bis 31.12.2015			12-Monats-Zeitraum bis 31.12.2014		
	Durchschnitt	Maximum	Minimum	Durchschnitt	Maximum	Minimum
Zins-VaR	12,8	16,4	10,3	10,1	15,6	4,2
FX-VaR	1,1	1,9	0,6	0,6	1,2	0,4
Aktien-VaR	2,7	4,4	0,7	1,5	7,1	0,0
Gesamt-VaR	**16,7**	**21,6**	**12,4**	**12,2**	**18,4**	**6,8**

Die Berichterstattung an alle am Risikoüberwachungs- und -steuerungsprozess beteiligten Bereiche einschließlich Gesamtvorstand erfolgt jeweils zu Beginn eines Handelstages. Die Darstellung umfasst operative Ergebnisse sowie VaR und Limitauslastung des vorangegangenen Handelstages.

Für den unter Berücksichtigung der negativen operativen Ergebnisse ermittelten (Netto-) VaR wurden aus der Risikodeckungsmasse der SaarLB zum Berichtsstichtag Limite in Höhe von insgesamt EUR 29,5 Mio. (zum 31.12.2014: EUR 44,65 Mio.) auf die einzelnen Sparten allokiert. Diese Limite waren (über alleSparten) im Berichtszeitraum durchschnittlich mit 56,8 % (in 2014: 35,2 %) beansprucht, wobei die Auslastung zwischen einem Minimum von 38,8 % (in 2014: 19,9 %) und einem Maximum von 73,4 % (in 2014: 48,4 %) schwankte.[2] Letzteres entsprach – in absoluten Werten ausgedrückt – einem Verlustpotenzial in Höhe von EUR 21,6 Mio. (in 2014: EUR 21,6 Mio.). Zum Berichtsstichtag betrug der (Netto-)VaR aus Marktrisiken EUR 20,0 Mio. (zum 31.12.2014: EUR 20,7 Mio.)

Das beschriebene Instrumentarium wird laufend den sich verändernden Gegebenheiten angepasst. Insbesondere werden die verwendeten Risikoquantifizierungsmethoden im Rahmen eines Backtesting-Verfahrens halbjährlich validiert und entsprechend fortentwickelt. Die Risikoparameter werden turnusgemäß quartalsweise aktualisiert.

Im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung werden die Verlustpotenziale der täglichen Steuerung auf SaarLB-einheitliche Werte von Konfidenzniveau und Haltedauer skaliert. Über die Quantifizierung des ICAAP-Risikokapitalbedarfs hinaus erfolgen hier auch zukunftsorientierte Analysen unter Annahme außergewöhnlicher Marktpreisänderungen (Stressszenarien).

Speziell für das Zinsänderungsrisiko im Anlagebuch wurden nach Vorgabe der Deutschen Bundesbank monatlich Zinsänderungen von +/-200 Basispunkten quantifiziert. Die ermittelten Barwertänderungen im Verhältnis zum haftenden Eigenkapital lagen (bei SaarLB inkl. LBS ebenso wie bei der LBS selbst) deutlich unter den aufsichtsrechtlichen Schwellenwerten.

Liquiditätsrisiko

Unter Liquiditätsrisiko versteht die SaarLB das Risiko, fällige Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig oder zeitgerecht erfüllen oder – im Falle einer Liquiditätskrise – Refinanzierungsmittel nur zu erhöhten Marktsätzen beschaffen oder Aktiva nur mit Abschlägen auf die Marktpreise veräußern zu können.

---

[2] In der obigen Tabelle werden die Minima (Maxima) des Brutto-VaR der jeweiligen Marktpreisrisikoart summiert, während hier das Minimum (Maximum) des Netto-VaR, d. h. inkl. eventuell durchgeführter Berücksichtigung von negativen operativen Ergebnissen, über alle Marktpreisrisikoarten hinweg angegeben ist.

Die strategischen Grundsätze des Umgangs mit Liquiditätsrisiken in der SaarLB sind in der Risikostrategie und der Liquiditätssicherungsplanung festgelegt. Übergeordnetes Ziel von Liquiditätsrisikosteuerung und -controlling ist die Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungs- und Refinanzierungsfähigkeit der SaarLB.

Die Liquiditätssteuerung liegt in der Verantwortung der Organisationseinheit Treasury, zu der auch der Geldhandel gehört, der für den Liquiditätsausgleich am Markt in Fristigkeiten bis zu einem Jahr zuständig ist. Das Liquiditätrisikocontrolling erfolgt in der Organisationseinheit Risikocontrolling.

Dabei gehen in die Messung von Liquiditätsrisiken alle Liquiditätsabläufe (Zahlungsein- und -ausgänge) der Bank ein. Diese umfassen neben deterministischen Zahlungsströmen auch die auf Basis von Annahmen modellierten, relevanten nichtdeterministischen Zahlungsströme (z. B. aus unwiderruflichen Kreditzusagen oder Beteiligungen). Das den Liquiditätsabläufen gegenüberstehende Fundingpotenzial beinhaltet u. a. den frei verfügbaren Zugang zu Zentralbankgeld bei der EZB, kurzfristig veräußer- bzw. beleihbare Wertpapiere sowie das Potenzial für kurzfristig platzierbare Pfandbriefemissionen und stellt damit die Möglichkeit zur Abdeckung von (negativen) Liquiditätsabläufen sicher.

Die SaarLB misst und steuert Liquiditätsrisiken in vier Szenarien:

- **Szenario Basis (Planungssicht)**

  Abbildung der „gewöhnlichen“ Geschäftstätigkeit durch die Berücksichtigung der vertraglichen Kapitalfälligkeiten und Annahme von gleichwertigem Neugeschäft bei Fälligkeit.

- **Szenario Bankstress**

  Abbildung eines signifikanten Downgrades der SaarLB, welcher zu Liquiditätsabflüssen von privaten und institutionellen Geldgebern sowie zu dem Wegfall von Eigenemissionen führt (Abflüsse variabler Bestände). Des Weiteren ist das Funding durch die Vergabe von ungedeckten Papieren nicht mehr möglich.

- **Szenario Marktstress**

  Abbildung einer Kapitalmarktstörung (Vertrauensverlust auf dem Interbankenmarkt), welche sich auf die Liquiditätsbeschaffung auswirkt und zu Liquiditätsabflüssen durch die Valutierung der offenen Zusagen von gewerblichen Kunden führt.

- **Szenario Kombination**

  Simultane Abbildung der Effekte der Szenarien Bankstress und Marktstress.

Zur Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit auch in Krisensituationen verfügt die SaarLB über ein angemessenes Fundingpotenzial. Im Berichtszeitraum verfügte die SaarLB über ein freies Fundingpotenzial i.H.v. EUR 1,5 Mrd. (zum 31.12.2014: EUR 2,6 Mrd.). Ein ausreichendes Fundingpotenzial gewährleistet, dass etwaige ungeplante Zahlungsanforderungen bei Bedarf taggleich abgedeckt werden können. Dabei hat die SaarLB ihren kurzfristigen Liquiditätsbedarf so limitiert, dass der Überhang aus Passivfälligkeiten im Overnight-Bereich auf den in diesem Zeitpunkt frei verfügbaren Zugang zu Zentralbankgeld begrenzt ist.

Der kurzfristige Refinanzierungsbedarf nach BTR 3.2 MaRisk wird durch ausschließliche Anrechnung hochliquider Wertpapiere (sowohl EZB-fähig als auch GC Pooling-fähig) im Fundingpotenzial abgebildet. Dieses sollte in der handelstäglich fortgeschriebenen Wochen-Sicht zur Abdeckung der Liquiditätsabläufe ausreichen, die aus dem Szenario Kombination resultieren.

Das Volumen an hochliquiden Wertpapieren liegt zum Berichtsstichtag bei rund EUR 1,1 Mrd. (zum 31.12.2014: EUR 1,4 Mrd.). Aufkommende Zahlungsverpflichtungen können bei Bedarf nach wie vor weitgehend unabhängig von anderen Refinanzierungsquellen abgedeckt werden. Auf einen Rückgriff auf die Overnight-Fazilität der EZB konnte im Berichtszeitraum (wie auch in den vergangenen Jahren) verzichtet werden.

Die Liquiditätssteuerung und -überwachung für den Zeitraum der jeweils kommenden 180 Tage erfolgt anhand der Gegenüberstellung der kumulierten Liquiditätsablaufbilanz mit dem kumulierten Fundingpotenzial. Die Auslastungen des Fundingpotenzials werden dabei anhand szenariospezifischer Schwellenwerte beurteilt.

Auch für die einen Zeitraum von 180 Tagen übersteigenden Laufzeiten geben die Auslastungsgrade des Fundingpotenzials die entscheidenden Steuerungsimpulse. Mittels geeigneter Funding-Instrumente wird auf eine ausgewogene Refinanzierungsstruktur hingewirkt, um die Zahlungs- und Refinanzierungsfähigkeit der Bank auch mittel- und langfristig sicherzustellen. Dies ist aus heutiger Sicht gegeben: Einerseits verfügt die SaarLB über eine ausreichende Überdeckung im Deckungsstock, dem Sicherheitenpool für Pfandbriefe, der in normalen Marktsituationen eine laufende Emissionstätigkeit ermöglicht. Andererseits ist die Liquiditätsablaufbilanz so strukturiert, dass per Saldo in den kommenden Jahren Liquidität zufließt. Rückflüsse aus dem Aktivgeschäft können also noch einmal als Kredite ausgegeben werden.

Auch unter den Stressannahmen der oben definierten Szenarien waren zum Berichtsstichtag die Liquiditätsabflüsse in der steuerungsrelevanten 180 Tages-Sicht jederzeit durch entsprechende Fundingpotenziale gedeckt:

Auslastung des Fundingpotenzials (180 Tage) (in % bzw. Mio. EUR)	maximale Auslastung 2015	2014
Szenario Basis (geplante Ablaufstrukturen)	0,00%	0,00%
Szenario Bankstress	33,79%	27,33%
Szenario Marktstress	0,00%	0,79%
Szenario Kombination	56,77%	45,85%

Alle dargestellten Instrumentarien sind Bestandteil der regelmäßigen Berichterstattung an den Vorstand und sind in den MaRisk-Risikobericht integriert. Im Berichtsjahr hat das Fundingpotenzial jederzeit die Liquiditätsabläufe der SaarLB abgedeckt.

Die unverändert positive Einschätzung der Liquiditätssituation wird auch durch die Liquiditätskennziffer (nach den aufsichtsrechtlichen Regelungen der Liquiditätsverordnung) bestätigt. Dabei geht die SaarLB in ihren internen Regelungen über die aufsichtsrechtliche Anforderung hinaus, dass das Verhältnis von Aktiv- zu Passivfälligkeiten (Liquiditätskennziffer) innerhalb des nächsten Monats größer als 1 sein muss. Die Bank setzt einen Warnwert, der bereits Gegensteuerungsmaßnahmen auslöst, bei 1,25. Im Berichtszeitraum lag die Liquiditätskennziffer der Bank zwischen 2,00 und 3,40 (in 2014 zwischen 2,00 und 3,25); zum Berichtsstichtag belief sie sich auf 2,95 (zum 31.12.2014: 2,62).

Im Rahmen der Berechnung der Liquidity Coverage Ratio (LCR) werden die liquiden Aktiva den kurzfristigen Nettoabflüssen der nächsten 30 Tage gegenüber gestellt. Dabei werden konsolidierte Werte (inkl. LBS) verwendet. Die seit Oktober 2015 gültige aufsichtsrechtliche Mindestquote lag im Berichtszeitraum bei 60%. In den Folgejahren wird diese Mindestquote sukzessive auf 100% ab dem Jahr 2018 angehoben. Die SaarLB hat die aufsichtsrechtliche Mindestquote sowie die höheren internen Schwellenwerte im Berichtszeitraum jederzeit eingehalten. Zum Berichtsstichtag wies die SaarLB eine LCR-Kennziffer von 257% aus.

Die Einhaltung sowohl der aufsichtsrechtlichen als auch der internen Anforderungen war somit zu jeder Zeit gewährleistet. Auch die LBS hat die aufsichtsrechtlichen Vorgaben bezüglich der Liquidität im abgelaufenen Geschäftsjahr jederzeit eingehalten.

Darüber hinaus stellen sich die finanziellen Verbindlichkeiten nach vertraglich vereinbarten Restlaufzeiten (ohne Bauspareinlagen, außerbilanzielle Verbindlichkeiten, sonstige Passiva und einige Nachrangkapitalbestandteile, die keine vereinbarten Restlaufzeiten haben) wie folgt dar:

31.12.2015 (in Mio. EUR)	bis 3 Monate	>3 Monate bis 1 Jahr	>1 Jahr bis 5 Jahre	>5 Jahre
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	495	1.109	784	1.158
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2.093	802	349	1.351
Verbriefte Verbindlichkeiten	50	328	1.841	1.458
Nachrangkapital	0	1	182	21
Summe ohne Derivate	**2.638**	**2.239**	**3.156**	**3.987**
Derivate*	15	18	190	190
Insgesamt	**2.653**	**2.257**	**3.346**	**4.177**

31.12.2014 (in Mio. EUR)	bis 3 Monate	>3 Monate bis 1 Jahr	>1 Jahr bis 5 Jahre	>5 Jahre
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.247	840	788	1.173
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3.369	541	367	1.253
Verbriefte Verbindlichkeiten	334	1.804	1.637	1.422
Nachrangkapital	10	87	5	21
Summe ohne Derivate	**5.960**	**3.271**	**2.797**	**3.868**
Derivate*	16	23	254	249
Insgesamt	**5.976**	**3.294**	**3.051**	**4.118**

* inklusive negativer Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (Hedge Accounting), überwiegend Zinsderivate

Im Berichtszeitraum war der SaarLB der Zugang zu Refinanzierungsmitteln über den Geld- und Kapitalmarkt jederzeit möglich. Die Bank konnte ihre mittel- und langfristige Refinanzierung über die Emission von börsennotierten Pfandbriefen und ungedeckten Schuldtiteln sicherstellen. Darüber hinaus hat die Bank von den Möglichkeiten zur Refinanzierung über die EZB Gebrauch gemacht und Tendergeschäfte der EZB zum Zwecke der Liquiditätsfeinsteuerung eingesetzt.

Operationelles Risiko

Allgemeines

Operationelles Risiko bezeichnet die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Diese Definition schließt Rechts - und Modellrisiken ein.

Die SaarLB verpflichtet sich zu einem effizienten Management operationeller Risiken, um das Unternehmen, seine Mitarbeiter und seine Kunden sowohl vor finanziellem Verlust als auch vor Verlust des Vertrauens oder des öffentlichen Ansehens zu bewahren.

Die Methoden und Prozesse des Controllings und Managements operationeller Risiken sind im OpRisk-Handbuch der SaarLB detailliert beschrieben. Messung und Limitierung operationeller Risiken sind auch Gegenstand der Risikostrategie.

Die Steuerung operationeller Risiken erfolgt dezentral in den einzelnen Geschäftsbereichen, wobei jeder Bereich eigenverantwortlich für den Umgang mit den in seine Zuständigkeit fallenden operationellen Risiken ist. Dies umfasst insbesondere die Vorbeugung gegen Risiken aus möglicherweise unvollkommenen Geschäftsprozessen sowie menschlichem Fehlverhalten. Durch Notfallpläne und den Einsatz paralleler Systeme sollen Beeinträchtigungen aus unvorhergesehenen Ereignissen – insbesondere auch im technischen Bereich – vermieden oder zumindest gemildert werden. Die Notfallpläne werden regelmäßig den sich ändernden aufbau- und ablauforganisatorischen Gegebenheiten angepasst und die Systeme fortlaufend modernisiert.

Zu den Aufgaben der Rechtsabteilung der SaarLB gehört die Minimierung rechtlicher Risiken aus Vertragsgestaltungen, Normen des nationalen und internationalen Rechts sowie Prozessen und Gerichtsentscheidungen. Schwebende Rechtsstreitigkeiten werden im Jahresabschluss angemessen berücksichtigt.

Die Überwachung der operationellen Risiken erfolgt zentral durch die Abteilung Risikocontrolling. Das verwendete Instrumentarium umfasst derzeit zum einen die systematische Sammlung der in der SaarLB aufgetretenen operationellen Schadenfälle in einer Schadensfalldatenbank, zum anderen die vorausschauende Beurteilung des OpRisk-Profils durch turnusmäßige Self Assessments aller risikorelevanten Organisationseinheiten der SaarLB sowie die hierzu jeweils erforderliche Aufbau- und Ablauforganisation innerhalb des Hauses. Die SaarLB wendet seit dem 01.01.2007 zur Berechnung der Eigenmittelanforderungen aus operationellen Risiken den Standardansatz nach CRR an.

In einem turnusmäßigen, in den MaRisk-Risikobericht integrierten Berichtswesen werden die aufgetretenen Schadenfälle und die Ergebnisse der Self Assessments analysiert.

Im Berichtsjahr wurden 28 Schadensfälle (in 2014: 22) beobachtet, die zu einer G. u. V.-Beeinträchtigung von insgesamt rund EUR 0,6 Mio. (in 2014: EUR 0,6 Mio.) geführt haben. Dieser Betrag liegt deutlich unterhalb des anhand der Eigenmittelanforderungen des aufsichtlichen Standardansatzes auf operationelle Risiken allokierten Risikokapitals in Höhe von EUR 26,4 Mio. (in 2014: EUR 23,3 Mio.).

Rechtsrisiken

Rechtsrisiken bezeichnen die Wahrscheinlichkeit von Verlusten aufgrund der Außerachtlassung des durch Rechtsvorschriften und Rechtsprechung vorgegebenen Rahmens infolge Unkenntnis, nicht ausreichend sorgfältiger Rechtsanwendung oder nicht zeitgerechter Reaktion auf eine Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen. Rechtsrisiken fallen unter die Definition der operationellen Risiken gemäß CRR.

Das Rechtsrisiko zeigt sich in realisierten Verlusten beziehungsweise in Rückstellungen, die sich aufgrund von oder im Zusammenhang mit gegen die SaarLB gerichteten Klagen ergeben (Passiv-Prozesse). Von der SaarLB erhobene Klagen (Aktiv-Prozesse) verkörpern in der Regel kein operationelles, sondern ein Kreditrisiko, sodass dem Verlustrisiko bereits durch Wertberichtigungen Rechnung getragen wird. Die Rechtsverfolgungskosten (Gerichts- und Anwaltskosten) bei einem Aktiv-Prozess werden jedoch als Rechtsrisiko eingeordnet.

Organisation

In der SaarLB und ihren Tochtergesellschaften obliegt die Steuerung des Rechtsrisikos der Rechtsabteilung RS RE. Alle juristischen Mitarbeiter der Abteilung RS RE haben die Aufgabe, das rechtliche Risiko innerhalb der SaarLB und ihrer Tochterunternehmen zu identifizieren und zu steuern.

Risikosteuerung

Die juristischen Mitarbeiter in RS RE haben die Aufgabe, rechtliche Risiken und alle dadurch möglichen Verluste in einem frühen Stadium zu erkennen, Lösungsmöglichkeiten zur Vermeidung oder Minimierung der Verluste aufzuzeigen und an rechtliche Risiken betreffenden Entscheidungen aktiv mitzuwirken. Sie sollen im Rahmen ihres Aufgabenbereiches ständig über alle rechtlichen Änderungen oder neuen Erkenntnisse auf dem Laufenden bleiben und die betroffenen Geschäftseinheiten über die Auswirkungen auf das Rechtsrisiko sowie über sich ergebenden Handlungsbedarf informieren. Sie verantworten die Veranlassung beziehungsweise Anpassung von Rechtsrückstellungen unter Zugrundelegung eines risikoorientierten Ansatzes und betreuen und überwachen die neuen und laufenden Gerichtsverfahren. Bei Passiv-Prozessen wird die Rückstellung auf Grundlage der Risikoeinschätzung des zuständigen Mitarbeiters in RS RE in Abstimmung mit dem Abteilungsleiter RS RE gebildet. Dabei entspricht in der Regel das im Prozess erwartete Verlustrisiko der Höhe der zu bildenden Rückstellungen. Um den Betrag des erwarteten Verlusts einzuschätzen, ist nach jedem bedeutenden Verfahrensabschnitt zu bewerten, welchen Betrag die Bank vernünftigerweise zahlen müsste, wenn sie den Streit zu diesem Zeitpunkt durch Vergleich beenden würde. Bei Aktiv-Prozessen werden in der Regel nur die Gerichts- und eigenen Anwaltskosten zurückgestellt. Halbjährlich informiert die Abteilung RS RE über Vorstandsbeschlüsse über alle wesentlichen Gerichtsverfahren und Rechtsrisikoentwicklungen. Adressaten sind die Mitglieder des Vorstandes, der für RS RE zuständige Bereichsleiter, die internen Aufsichtsorgane, die externen Prüfer sowie die Abteilung Risikocontrolling der Bank.

Aktuelle Entwicklungen

Die SaarLB ist mit verschiedenen Gerichts- und Schiedsgerichtsverfahren, Ansprüchen und behördlichen Untersuchungen (rechtliche Verfahren) konfrontiert, die eine große Bandbreite von Themen betreffen, die aber der Höhe nach unwesentlich sind. Diese umfassen zum Beispiel Streitigkeiten im Zusammenhang mit Kreditfinanzierungen, Streitigkeiten im Zusammenhang mit der Inanspruchnahme einer Bürgschaft sowie Streitigkeiten über die Frage von wirksam erteilten Widerrufsbelehrungen. Daneben können Änderungen oder Verschärfungen der höchstrichterlichen Rechtsprechung beispielsweise im Privatkundenbereich zur weiteren Inanspruchnahme der SaarLB im Bauspargeschäft führen. In solchen gerichtlichen Verfahren werden vor allem Schadensersatzansprüche oder auch die Rückabwicklung geschlossener Verträge geltend gemacht. Sofern einzelnen oder mehreren dieser Klagen stattgegeben würde, könnten daraus Schadensersatzzahlungen, Rückabwicklungsaufwendungen oder sonstige kostenintensive Maßnahmen folgen. Einzelne Gerichtsverfahren können auch Auswirkungen auf die Reputation der SaarLB haben. Die SaarLB und ihre Tochtergesellschaften bilden Rückstellungen für die Gerichtsverfahren, wenn und soweit die daraus resultierenden Verpflichtungen wahrscheinlich sind und die Höhe der Verpflichtungen hinreichend genau bestimmbar ist. Da die Entwicklung dieser Verfahren mit erheblichen Unsicherheiten behaftet ist, kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich die gebildeten Rückstellungen nach abschließenden Verfahrensentscheidungen teilweise als unzureichend erweisen. Infolgedessen können erhebliche zusätzliche Aufwendungen entstehen. Dies trifft auch auf rechtliche Verfahren zu, für die aus Sicht der SaarLB und ihrer Tochtergesellschaften keine Rückstellungen zu bilden waren. Der endgültige Ausgang einzelner rechtlicher Verfahren kann das Ergebnis der SaarLB und ihrer Tochtergesellschaften in einer bestimmten Berichtsperiode beeinflussen, die daraus eventuell resultierenden Verpflichtungen können auch Einfluss auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage haben. Bei rechtlichen Verfahren, für die Rückstellungen zu bilden sind, kann – wie bei allen rechtlichen Verfahren - zum Zeitpunkt der Rückstellungsbildung weder die Dauer des Verfahrens noch die Höhe der Inanspruchnahme abschließend vorhergesagt werden. Für Prozessrisiken wurden unter Zugrundelegung eines risikoorientierten Ansatzes eine Rückstellung zum 31.12.2015 von insgesamt TEUR 1.149 (Vorjahr: TEUR 1.534) gebildet. Von einer Einzeldarstellung der jeweiligen Rückstellungsbeträge wird abgesehen, um den Ausgang der jeweiligen Verfahren nicht zu beeinflussen.

Rechnungslegungsbezogenes internes Kontroll- und Risikomanagementsystem

Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf die Regelung des § 289 Absatz 5 HGB, nach der Kapitalgesellschaften im Sinne des § 264d HGB die wesentlichen Merkmale des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Rechnungslegungsprozess zu beschreiben haben.

Aufgaben und Ziele

Zur Gewährleistung der Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der Rechnungslegung hat die SaarLB ein internes Kontrollsystem (IKS) eingerichtet. Es beinhaltet Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen zur Sicherung von Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Rechnungslegung. Vor diesem Hintergrund dient das interne Kontrollsystem auch der Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der SaarLB.

Wesentliches Ziel des internen Kontrollsystems ist es, zu gewährleisten, dass sämtliche Geschäftsvorfälle in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und Standards sowie den satzungsmäßigen Bestimmungen und anderen internen Richtlinien vollständig und richtig erfasst, verarbeitet und dokumentiert werden. Das interne Risikomanagementsystem wird hierbei als Bestandteil des internen Kontrollsystems angesehen.

Organisation

Der Vorstand der SaarLB trägt die Verantwortung dafür, dass die Bank über eine ordnungsgemäße Geschäftsorganisation verfügt, welche neben angemessenen internen Kontrollverfahren vor allem eine adäquate Steuerung und Überwachung der wesentlichen Risiken umfasst. Hierbei wird der Vorstand insbesondere durch den Unternehmensbereich Gesamtbanksteuerung mit der Abteilung Finanzen und Meldewesen, dem Unternehmensbereich Services mit der Abteilung Organisation, dem Bereich Risikocontrolling, sowie durch die Interne Revision unterstützt.

Risikosteuerung und -überwachung

Zur Organisation der Risikosteuerung und -überwachung vgl. Abschnitt „Grundlagen der Risikosteuerung und -überwachung“.

Finanzen und Meldewesen

Die Abteilung Finanzen und Meldewesen ist in der SaarLB für die Erstellung des Jahresabschlusses, die Entwicklung bilanzpolitischer Vorgaben, die Initiierung von rechnungslegungsrelevanten Projekten sowie für die Begleitung der nationalen und internationalen Entwicklungen in der Rechnungslegung verantwortlich. Hinsichtlich der Erstellung des Jahresabschlusses sind weitere Fachabteilungen eingebunden.

Zu den Aufgaben gehören in diesem Zusammenhang vor allem die Sicherstellung der Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung (teilweise in Zusammenarbeit mit der Abteilung Organisation). Dies beinhaltet vor allem die Einrichtung und die Überwachung der Wirksamkeit der Rechnungslegungsprozesse sowie die Umsetzung der für die SaarLB relevanten Bilanzierungsstandards und gesetzlichen Anforderungen im Bereich der Rechnungslegung, die in Bilanzierungsrichtlinien, Buchungslogiken und Kontierungsregeln konkretisiert werden. Des Weiteren definieren die Fachbereiche in

Organisations- und Prozessanweisungen die Regelungen zur Geschäftserfassung, Stammdatenpflege sowie die Erfüllung von Aufbewahrungspflichten. Diese Anweisungen bilden die wesentliche Grundlage für das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem.

Der auf Basis der Bilanzierungsrichtlinien erstellte Jahresabschluss und Lagebericht wird durch den Vorstand aufgestellt, durch den Abschlussprüfer geprüft und anschließend dem Verwaltungsrat zur Feststellung vorgelegt. Der Verwaltungsrat hat einen Prüfungsausschuss gebildet, dem u. a. die Erörterung der Prüfungsberichte sowie die Vorbereitung der Entscheidung des Verwaltungsrates zur Feststellung des handelsrechtlichen Jahresabschlusses und des Lageberichts obliegen. Darüber hinaus befasst sich der Prüfungsausschuss mit dem Rechnungslegungsprozess. Er überwacht die Wirksamkeit des internen Kontroll-, Revisions- und Risikomanagementsystems, sofern diese Aufgabe nicht vom Verwaltungsrat wahrgenommen wird. Der Abschlussprüfer berichtet im Prüfungsausschuss über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung.

Interne Revision

Die Interne Revision prüft den Geschäftsbetrieb der SaarLB und ist dem Vorsitzenden des Vorstandes unterstellt. Die Prüfungstätigkeit erstreckt sich auf der Basis eines risikoorientierten Prüfungsansatzes grundsätzlich auf alle Aktivitäten und Prozesse der SaarLB, auch soweit diese ausgelagert sind. Dies schließt eine Prüfung der Wirksamkeit und Angemessenheit des internen Kontrollsystems und des Risikomanagements ein.

Die Interne Revision führt die ihr übertragenen Aufgaben unabhängig von den zu prüfenden Tätigkeiten, Abläufen und Funktionen unter Berücksichtigung der jeweils geltenden gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen (z.B. KWG, MaRisk) aus.

Kontrollumfeld und Kontrollverfahren

Das interne Kontrollsystem basiert auf Organisations- und Prozessanweisungen.

Zentrale Bestandteile dieser Regelungen im Hinblick auf das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem sind

- die im Rahmen von sogenannten Neuen-Produkt-Prozessen erstellten Regelungen zur Erfassung, Bewertung und Berichterstattung,
- die im Kredit- und Steuerungshandbuch dokumentierten Anweisungen zur Erfassung, Bewertung und Berichterstattung von Forderungen sowie
- die Dokumentation über den Abschlusserstellungsprozess.

Diese Regelungen beinhalten auf der Grundlage des deutschen Handelsgesetzbuches wesentliche Vorgaben für einheitliche Bilanzierungs- und Bewertungsverfahren in der SaarLB.

Die Organisations- und Prozessanweisungen enthalten auch in Bezug auf die Risikosteuerung und -überwachung den Umgang mit den wesentlichen Risiken der SaarLB.

Die genannten Regelungen zur Risikosteuerung und -überwachung werden regelmäßig überprüft und aktualisiert.

Um eine vollständige und richtige Verarbeitung der Geschäftsvorfälle einschließlich einer ordnungsgemäßen Datenerfassung, Buchung und Dokumentation sicherzustellen, wird in der SaarLB eine Vielzahl von internen Kontrollen durchgeführt. Diese umfassen entsprechende Funktionstrennungen, ein differenziertes Zugriffsberechtigungssystem zum Schutz vor unbefugten Eingriffen, laufende Kontrollen im Rahmen des Arbeitsablaufes unter Beachtung des Vier-Augen-Prinzips sowie programmierte Kontrollen innerhalb der IT-Systeme.

Im Rahmen der internen Kontrollen werden beispielsweise in der SaarLB Haupt- und Nebenbücher abgestimmt sowie manuell bebuchbare Hauptbuchkonten vom zuständigen Fachbereich überwacht. Zudem werden weitere Kontrollen und Abstimmungen vorgenommen, um eine ordnungsgemäße Übertragung der Daten zwischen den verschiedenen IT-Systemen zu gewährleisten. Innerhalb des Abschlusserstellungsprozesses werden die fachlich richtige Abbildung der zugrunde liegenden Sachverhalte geprüft und Qualitätssicherungsmaßnahmen hinsichtlich der in den Abschluss einbezogenen Daten durchgeführt.

Die SaarLB hat einen Teil ihrer Dienstleistungen (im Wesentlichen IT-Dienstleistungen, Dienstleistungen im Bereich des Zahlungsverkehrs und der Wertpapierabwicklung) an externe Unternehmen ausgelagert. Die ausgelagerten Bereiche sind hierbei in das interne Kontrollsystem der SaarLB eingebunden. Darüber hinaus hat die Interne Revision der SaarLB die ausgelagerten Bereiche im Prüfungsvorgehen berücksichtigt. Soweit die Prüfung durch die Interne Revision der Auslagerungsunternehmen erfolgt, überzeugt sich die Interne Revision der SaarLB regelmäßig von der Funktionsfähigkeit der jeweiligen Revisionen der Auslagerungsunternehmen.

In der SaarLB unterliegt der Rechnungslegungsprozess regelmäßigen Kontrollen in Bezug auf inhärente Risiken, um bei Bedarf entsprechende Maßnahmen zur Weiterentwicklung des internen Kontrollsystems einleiten zu können. Dies bezieht sich auch auf die interne Risikosteuerung und -überwachung.

Immobilienrisiko

Immobilienrisiko ist definiert als potenzielle negative Wertveränderungen des SaarLB-eigenen Immobilienbestands durch eine Verschlechterung der allgemeinen Immobiliensituation oder eine Verschlechterung der speziellen Eigenschaften der einzelnen Immobilie (Leerstände, veränderte Nutzungsmöglichkeiten, Bauschäden etc.).

Der ehemals eigene Immobilienbestand der SaarLB wurde 2005 in einen geschlossenen Immobilienfonds eingebracht. Die SaarLB ist 100%iger Anteilseigner des Fonds und Mieter in den selbstgenutzten Flächen. Die technische Objektbetreuung wird durch die SaarLB, die kaufmännische Immobilienverwaltung durch einen externen Dienstleister erbracht.

Es erfolgt eine regelmäßige jährliche Bewertung aller Immobilien durch einen unabhängigen Gutachterausschuss, die Gutachten werden der SaarLB zur Kenntnisnahme und ggfs. Stellungnahme vorgelegt. Hierbei werden aktuelle Marktgegebenheiten und Entwicklungen von Mietpreisen ebenso berücksichtigt wie die jeweilige Vermietungs-Situation in den Gebäuden und durchgeführte Maßnahmen in den Objekten. Zuschreibungen auf Grund wertsteigernder Maßnahmen in den Objekten erfolgen unter Berücksichtigung der stabilen Werterhaltung in Abstimmung mit dem Bereich Gesamtbanksteuerung der SaarLB.

Durch die ständige Tätigkeit der technischen Objektbetreuung wird dem Auftrag des Anlageausschusses nach Wertstabilität Rechnung getragen. Zur umsichtigen Steuerung der Werterhaltung der Immobilien wird jährlich ein Wirtschaftsplan für alle Immobilien erstellt und dem Fonds zur Genehmigung vorgelegt. Laufende Maßnahmen werden im Rahmen dieses Wirtschaftsplanes durchgeführt und – in Abhängigkeit vertraglich definierter Betragsgrenzen – dem Fonds jeweils zur Genehmigung vorgelegt. Für die Durchführung nicht im Vorfeld geplanter Maßnahmen ist in jedem Fall eine Sonderfreigabe des Fonds erforderlich.

Im Rahmen der kaufmännischen Immobilienverwaltung erfolgt eine ständige Steuerung und Überwachung der Vermietungen mit dem Ziel der Vollvermietung, der frühzeitigen Gegensteuerung bei auslaufenden Mietverhältnissen und der Optimierung des Branchenmix. Der Anlageausschuss legt mindestens einmal jährlich Ziele und Strategie fest, die SaarLB ist durch den Fachvorstand des Bereiches Strategie und Zentraler Stab sowie die Bereichsleitung Strategie und Zentraler Stab vertreten.

Die Methoden und Prozesse des Controllings und Managements von Immobilienrisiken sind auch Gegenstand der Risikostrategie. Die Quantifizierung und Limitierung der Risiken erfolgt auch im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung.

Reputationsrisiko

Reputationsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass negative Publizität über die SaarLB, ob zutreffend oder nicht, das Vertrauen (von Teilen) der Öffentlichkeit in die Kompetenz, Integrität oder Vertrauenswürdigkeit der SaarLB beeinträchtigt.

Die Publizität über die SaarLB („eigen- und fremdgesteuert“) wird in der Abteilung SZ KV überwacht und gesteuert. Durch das institutionalisierte Beschwerdemanagement werden Wirkungen auf die Reputation gemessen und gesteuert. Zusätzlich ist in diesem Zusammenhang auch auf die enge Verknüpfung von Geschäfts- und Markenstrategie der Bank hinzuweisen, sodass auch das Reputationsrisiko durch die Faktoren Regionalbezug, Standardprodukte und Einbindung in die Sparkassen-Finanzgruppe begrenzt wird.

Die Methoden und Prozesse des Controllings und Managements von Reputationsrisiken sind auch Gegenstand der Risikostrategie. Die Quantifizierung und Limitierung der Risiken erfolgt auch im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung.

Strategisches Risiko/Geschäftsrisiko

Unter strategischem Risiko versteht die SaarLB unerwartete, nachhaltig negative Auswirkungen auf Kapital und Ertrag der Bank (resp. den Unternehmenswert), die

1. durch unerwartete Veränderungen der regulatorischen und sonstigen exogenen Markt- und Umfeldbedingungen

oder

2. durch falsche bzw. unzureichende Managemententscheidungen zur geschäftspolitischen Positionierung hervorgerufen werden.

Das Geschäftsrisiko bezeichnet unerwartete Veränderungen im wirtschaftlichen Umfeld, die zu negativen Veränderungen des Geschäftsvolumens oder der Margen führen und nicht auf die anderen Risikoarten zurückzuführen sind. Es quantifiziert Abweichungen zwischen geplanten und tatsächlichen Kosten bzw. Erträgen.

Der Umgang mit Geschäfts- und strategischen Risiken (Identifizierung, Limitierung, Steuerung) ist in der Geschäftsstrategie der SaarLB dokumentiert. Dort sind das Geschäftsmodell, die strategische Positionierung der Bank sowie der jährlich neu aufzusetzende integrierte Strategie- und Planungsprozess detailliert beschrieben.

Die Identifizierung und Messung der Risiken erfolgt durch Analyse von Plan-/Ist-Abweichungen auf Gesamtbank- sowie Geschäftsfeldebene im Rahmen des Strategie- und Planungsprozesses.

Eine (qualitative) Limitierung der Risiken wird im Rahmen des Geschäftsprinzips „verstehen und gestalten“ durch den Regionalbezug der Bank, die nahezu ausschließliche Verwendung von Standardprodukten und die Einbindung in die Sparkassen-Finanzgruppe gewährleistet.

Die Steuerung erfolgt im Rahmen des Strategie-/Planungsprozesses, u. a. auch durch die Vorgabe strategischer Kennzahlen sowie die Verwendung der sogenannten Geschäftsfeldanalyse-Blätter, die insbesondere die Behandlung der Geschäftsrisiken auf Ebene der einzelnen Geschäftsfelder behandeln.

Die Methoden und Prozesse des Controllings und Managements von strategischen Risiken/Geschäftsrisiken sind auch Gegenstand der Risikostrategie. Die Quantifizierung und Limitierung der Risiken erfolgt auch im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung.

Zusammenfassung der Risikolage

Die SaarLB verfügt über eine Risikodeckungsmasse, die im Berichtszeitraum jederzeit zur Deckung aller ICAAP-Risikokapitalbedarfe ausreichte. Die ökonomische Risikotragfähigkeit der SaarLB war daher im Berichtszeitraum jederzeit uneingeschränkt gegeben. In der aufsichtlichen Sicht überstiegen die Kennziffern im Berichtszeitraum die aufsichtsrechtlichen Mindestquoten sowie die strengeren internen Zielvorgaben, sodass auch die aufsichtliche Risikotragfähigkeit jederzeit uneingeschränkt gegeben war.

Bilanz zum 31.12.2015
der Landesbank Saar

Aktivseite

			31.12.2015			31.12.2014
			EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Barreserve						
a) Kassenbestand				1.306.095,65		1.509
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken				210.478.132,10		297.891
darunter:						
bei der Deutschen Bundesbank	EUR	210.478.132,10				(297.891)
c) Guthaben bei Postgiroämtern				0,00	211.784.227,75	0
						299.400
2. Schuldtitel öffentlicher Stellen und Wechsel, die zur Refinanzierung bei Zentralnoten-banken zugelassen sind						
a) Schatzwechsel und unverzinsliche Schatzan-weisungen sowie ähnliche Schuldtitel öffentlicher Stellen				0,00		0
darunter:						
bei der Deutschen Bundesbank refinanzierbar	R	0,00				(0)
b) Wechsel				0,00	0,00	0
						0
3. Forderungen an Kreditinstitute						
a) täglich fällig				1.054.678.892,23		995.090
b) andere Forderungen				771.125.980,49	1.825.804.872,72	1.365.667
darunter:						2.360.757
Hypothekendarlehen	EUR	0,00				(200.968)
Kommunalkredite	EUR	6.012.043,93				(11.108)
Baudarlehen der Bausparkasse:						
Bauspardarlehen	EUR	0,00				(0)
Vor- und Zwischenfinanzierungs-kredite	EUR	0,00				(0)
sonstige Baudarlehen	EUR	0,00				(0)
4. Forderungen an Kunden					8.883.909.943,14	8.922.237
darunter:						
Hypothekendarlehen	EUR	1.539.266.423,04				(1.749.545)
Kommunalkredite	EUR	1.882.990.637,02				(2.086.607)
gegen Beleihung von Wertpapieren	EUR	0,00				(0)
Baudarlehen der Bausparkasse:						
Bauspardarlehen	EUR	31.672.321,35				(41.677)
Vor- und Zwischenfinanzierungskredite	EUR	470.513.277,01				(392.337)
sonstige Baudarlehen	EUR	228.513.877,96				(221.447)
darunter:						
durch Grundpfandrechte gesichert	EUR	626.208.985,33				(574.255)
5. Schuldverschreibungen und andere festver-zinsliche Wertpapiere						
a) Geldmarktpapiere						
aa) von öffentlichen Emittenten			0			0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	EUR	0,00				(0)
ab) von anderen Emittenten			0,00	0,00		439.283
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	EUR	0,00				439.283 (349.418)
b) Anleihen und Schuldverschreibungen						
ba) von öffentlichen Emittenten			503.801.651,52			550.523
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	EUR	503.801.651,52				(550.523)
bb) von anderen Emittenten			1.598.500.330,07	2.102.301.981,59		2.855.408
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank	EUR	1.322.585.495,53				3.405.931 (2.586.934)
c) eigene Schuldverschreibungen				19.740.008,87	2.122.041.990,46	27.613
Nennbetrag	EUR	19.500.000,00				3.872.827 (27.614)
				Übertrag:	13.043.541.034,07	15.455.221

Passivseite

			31.12.2015			31.12.2014
			EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten						
a) täglich fällig				95.541.035,09		341.830
b) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist				3.481.697.155,94		4.580.373
darunter:						
begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	EUR	10.000.000,00				(5.000)
begebene öffentliche Namenspfandbriefe zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe	EUR	131.678.533,55				(102.153)
	EUR	0,00				(0)
und öffentliche Namenspfandbriefe	EUR	0,00				(0)
c) Bauspareinlagen				0,00	3.577.238.191,03	0
darunter:						4.922.203
auf gekündigte Verträge	EUR	0,00				(0)
auf zugeteilte Verträge	EUR	0,00				(0)
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kunden						
a) Spareinlagen						
aa) mit vereinbarter Kündigungsfrist von drei Monaten			527.697,00			464
ab) mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als drei Monaten			384.852,09			63
ac) Bauspareinlagen			642.643.192,17	643.555.741,26		594.424
darunter:						594.950
auf gekündigte Verträge	EUR	1.186.570,30				(1.150)
auf zugeteilte Verträge	EUR	18.069.916,81				(15.273)
b) andere Verbindlichkeiten						
ba) täglich fällig			1.512.881.081,85			1.402.170
bb) mit vereinbarter Laufzeit oder Kündigungsfrist			3.084.805.113,56	4.597.686.195,41	5.241.241.936,67	2.633.493
						4.035.663
darunter:						4.630.613
begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe	EUR	40.000.000,00				(44.000)
begebene öffentliche Namenspfandbriefe zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe	EUR	651.535.953,15				(627.306)
	EUR	0,00				(0)
und öffentliche Namenspfandbriefe	EUR	0,00				(0)
3. Verbriefte Verbindlichkeiten						
a) begebene Schuldverschreibungen				3.659.236.579,89		5.177.747
darunter:						
Hypothekenpfandbriefe	EUR	402.510.726,83				(382.428)
öffentliche Pfandbriefe	EUR	504.213.366,57				(534.317)
sonstige Schuldverschreibungen	EUR	2.752.512.486,49				(4.261.002)
b) andere verbriefte Verbindlichkeiten				0	3.659.236.579,89	0
darunter:						5.177.747
Geldmarktpapiere	EUR	0,00				(0)
eigene Akzepte und Solawechsel im Umlauf	EUR	0,00				(0)
3a. Handelsbestand					0,00	0
4. Treuhandverbindlichkeiten					5.174.890,10	5.187
darunter:						
Treuhandkredite	EUR	5.174.890,10				(5.187)
				Übertrag:	12.482.891.597,69	14.735.749

Aktivseite

			31.12.2015			31.12.2014
			EUR	EUR	EUR	TEUR
Übertrag:					13.043.541.034,07	15.455.221
6. Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere					361.624.346,82	362.925
6a. Handelsbestand					0,00	0
7. Beteiligungen					58.659.354,65	18.623
darunter:						
an Kreditinstituten	EUR	41.892.649,93				(1.369)
an Finanzdienstleistungsinstituten	EUR	0,00				(0)
8. Anteile an verbundenen Unternehmen					350.000,00	15.902
darunter:						
an Kreditinstituten	EUR	0,00				(0)
an Finanzdienstleistungsinstituten	EUR	0,00				(0)
9. Treuhandvermögen					5.174.890,10	5.187
darunter:						
Treuhandkredite	EUR	5.174.890,10				(5.187)
10. Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand einschließlich Schuldverschreibungen aus deren Umtausch					0,00	0
11. Immaterielle Anlagewerte						
a) Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte				0,00		0
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten				0,00 1.322.464,00		1.669
c) Geschäfts- oder Firmenwert				0,00		0
d) geleistete Anzahlungen				2.365.348,50	3.687.812,50	1.120
						2.788
12. Sachanlagen					2.254.008,57	2.220
13. Sonstige Vermögensgegenstände					51.873.895,43	9.666
14. Rechnungsabgrenzungsposten					24.672.217,18	18.043
darunter:						
aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	EUR	10.122.441,28				(0)
andere	EUR	14.549.775,90				(3.629)
15. Aktive latente Steuern					13.874.301,02	10.831
Summe der Aktiva					13.565.711.860,34	15.901.406

Passivseite

			31.12.2015			31.12.2014
			EUR	EUR	EUR	TEUR
Übertrag:					12.482.891.597,69	14.735.749
5. Sonstige Verbindlichkeiten					29.849.085,21	31.744
6. Rechnungsabgrenzungsposten					33.573.819,63	36.140
darunter:						
aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft	EUR	12.841.336,39				(14.203)
andere	EUR	20.732.483,24				(21.937)
6a. Passive latente Steuern					0,00	0
7. Rückstellungen						
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen				28.682.231,00		25.156
b) Steuerrückstellungen				15.739.279,60		14.040
c) andere Rückstellungen				18.649.796,15	63.071.306,75	19.615
						58.811
7a. Fonds zur bauspartechnischen Absicherung					21.000,00	21
8. Nachrangige Verbindlichkeiten					25.500.000,00	142.000
9. Genussrechtskapital					0,00	8.500
darunter						
vor Ablauf von zwei Jahren fällig	EUR	0,00				(8.500)
10. Fonds für allgemeine Bankrisiken					209.644.856,84	184.600
darunter						
Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	EUR	330.000,00				(285)
11. Eigenkapital						
a) gezeichnetes Kapital						
aa) Stammkapital			250.119.407,03			250.119
ab) Stille Einlagen			243.053.302,18	493.172.709,21		243.053
						493.173
b) Kapitalrücklage				69.084.905,58		69.085
c) Gewinnrücklagen						
ca) satzungsmäßige Rücklagen			62.701.398,58			60.669
cb) andere Gewinnrücklagen			77.913.370,14	140.614.768,72		77.224
						137.893
d) Bilanzgewinn				18.287.810,71	721.160.194,22	3.692
						703.842
Summe der Passiva					13.565.711.860,34	15.901.406

1. Eventualverbindlichkeiten			
a) Eventualverbindlichkeiten aus weitergegebenen abgerechneten Wechseln	0,00		0
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	421.796.571,03		259.125
c) Haftung aus der Bestellung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten	0,00	421.796.571,03	0
			259.125
2. Andere Verpflichtungen			
a) Rücknahmeverpflichtungen aus unechten Pensionsgeschäften	0,00		0
b) Platzierungs- und Übernahmeverpflichtungen	0,00		0
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen	1.067.758.719,65	1.067.758.719,65	578.522

Gewinn- und Verlustrechnung der Landesbank Saar
für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015

			2015			2014
			EUR	EUR	EUR	TEUR
1. Zinserträge aus						
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften			265.166.058,39			282.981
darunter:						
Zinserträge der Bausparkasse						
aus Bauspardarlehen	EUR	1.798.396,92				(2.366)
aus Vor- und Zwischenfinanzierungskrediten	EUR	14.755.415,20				(13.132)
aus sonstigen Baudarlehen	EUR	7.294.581,62				(8.331)
b) festverzinslichen Wertpapieren						
und Schuldbuchforderungen			43.567.304,72	308.733.363,11		61.072
						344.053
2. Zinsaufwendungen				203.306.570,90	105.426.792,21	242.375
darunter:						101.679
für Bauspareinlagen	EUR	11.608.634,73				(11.395)
3. Laufende Erträge aus						
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen						
Wertpapieren				8.355.467,15		8.557
b) Beteiligungen				799.493,11		670
c) Anteilen an verbundenen Unternehmen				0,00	9.154.960,26	0
						9.228
4. Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnab-						
führungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen					24.372.378,80	2.033
5. Provisionserträge				27.694.041,11		24.338
darunter:						
Provisionserträge der Bausparkasse						
aus Vertragsabschluss und -vermittlung	EUR	6.008.811,47				(5.363)
aus der Darlehensregelung nach der Zuteilung	EUR	11.001,30				(13)
aus Bereitstellung und Bearbeitung von Vor- und						
Zwischenfinanzierungskrediten	EUR	0,00				(0)
6. Provisionsaufwendungen				14.271.765,93	13.422.275,18	14.219
darunter:						10.119
für Vertragsabschluss und -vermittlung der						
Bausparkasse	EUR	10.644.710,95				(9.557)
7. Nettoertrag des Handelsbestands					410.675,07	49
darunter:						
Zuführung zum Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB	EUR	45.000,00				(6)
8. Sonstige betriebliche Erträge					7.162.439,48	4.890
darunter:						
Ergebnis aus der Währungsumrechnung	EUR	896.405,01				(0)
9. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen						
a) Personalaufwand						
aa) Löhne und Gehälter			35.508.748,72			34.413
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen						
für Altersversorgung und für Unterstützung			9.005.257,66	44.514.006,38		8.101
darunter:						42.514
für Altersversorgung	EUR	3.371.138,45				(2.755)
b) andere Verwaltungsaufwendungen				35.304.376,90	79.818.383,28	28.804
						71.318
10. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf						
immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen					1.656.796,61	1.811
11. Sonstige betriebliche Aufwendungen					7.261.334,48	7.212
darunter:						
Ergebnis aus der Währungsumrechnung	EUR	0,00				(1.172)
				Übertrag:	71.213.006,63	47.658

		2015			2014
		EUR	EUR	EUR	TEUR
Übertrag:				71.213.006,63	47.658
12. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft				12.885.959,36	20.490
13. Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken			25.000.000,00		12.220
14. Erträge aus der Auflösung des Fonds für allgemeine Bankrisiken			0,00	-25.000.000,00	0
					-12.220
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere			4.233.355,43		6.747
16. Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren			6.861.757,20	2.628.401,77	5.995
					-753
17. Aufwendungen aus Verlustübernahme				31.628,80	81
18. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				35.923.820,24	14.113
19. Außerordentliche Erträge			0,00		0
20. Außerordentliche Aufwendungen			344.859,00		345
21. Außerordentliches Ergebnis				-344.859,00	-345
22. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag			15.375.022,81		9.594
darunter:					
Latente Steuern	EUR -3.043.354,14				(-2.021)
23. Sonstige Steuern, soweit nicht unter Posten 11 ausgewiesen			-115.851,25	15.259.171,56	72
					9.666
24. Jahresüberschuss				20.319.789,68	4.102
25. Einstellungen in Gewinnrücklagen					
a) in satzungsmäßige Rücklagen			2.031.978,97		410
b) in andere Gewinnrücklagen			0,00	2.031.978,97	0
					410
26. Bilanzgewinn				18.287.810,71	3.692

ANHANG

Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

(1) Grundlagen

Der Jahresabschluss der SaarLB für das Geschäftsjahr 2015 (Geschäftsjahr) wurde nach den Vorschriften des HGB, der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute sowie nach den Vorschriften des Pfandbriefgesetzes aufgestellt. Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung sind nach dem allgemeinen Formblatt der RechKredV gegliedert. Die für Pfandbriefbanken sowie für Bausparkassen vorgeschriebenen Positionen wurden in Form von Darunterangaben ergänzt, da sie nicht den Geschäftsschwerpunkt der Bank darstellen. Die Anhangsangaben zum Bausparkassengeschäft sind in einem gesondert veröffentlichten Jahresabschluss der LBS enthalten.

(2) Währungsumrechnung

Fremdwährungsaktiva und -passiva sind nach § 256a HGB zu den EZB-Referenzkursen zum 31. Dezember 2015 umgerechnet worden. Die schwebenden Kassageschäfte werden zum Stichtagskassakurs, die schwebenden Termingeschäfte zum Stichtagsterminkurs umgerechnet.

Da die Vermögensgegenstände, Schulden oder Termingeschäfte pro Währung durch Vermögensgegenstände, Schulden oder andere Termingeschäfte in derselben Währung besonders gedeckt sind, erfolgt die Berücksichtigung von Aufwendungen und Erträgen in der Gewinn- und Verlustrechnung (§ 340h HGB), saldiert in den sonstigen betrieblichen Erträgen.

Insgesamt beläuft sich der Betrag der auf fremde Währung lautenden Vermögensgegenstände und Schulden auf TEUR 308.647 bzw. TEUR 310.783.

(3) Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der Ansatz von Vermögensgegenständen, Schulden, Rechnungsabgrenzungsposten, Aufwendungen und Erträgen wird nach den Vorschriften der §§ 246 ff. HGB, die Bewertung der Vermögensgegenstände und Schulden nach den Bewertungsvorschriften in den §§ 252 ff. HGB vorgenommen – soweit nicht in §§ 340a ff. HGB Sonderregelungen für Kreditinstitute kodifiziert sind.

Gegenstände des Sachanlagevermögens sowie immaterielle Vermögensgegenstände, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden zu Anschaffungskosten, vermindert um planmäßige Abschreibungen entsprechend der Nutzungsdauer bewertet.

Die Nutzungsdauer bemisst sich nach den erwarteten Verläufen des Verbrauchs des künftigen wirtschaftlichen Nutzens und berücksichtigt daher den physischen Verschleiß;

technische oder gewerbliche Veralterungen werden hierbei unabhängig von dem erwarteten physischen Verschleiß berücksichtigt.

Folgende Nutzungsdauern werden bei der SaarLB in der Regel zugrunde gelegt:

- Betriebs- und Geschäftsausstattung 3 - 15 Jahre
- Immaterielle Vermögensgegenstände 3 - 5 Jahre.

Bei dauerhafter Wertminderung wird eine außerplanmäßige Abschreibung erfasst. Fallen die Gründe für die dauerhafte Wertminderung weg, erfolgen Zuschreibungen bis maximal zur Höhe der fortgeführten Anschaffungskosten.

Die Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen werden zu Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt.

Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere werden wie Anlagevermögen behandelt, wenn Durchhalteabsicht besteht. Die Bewertung erfolgt zu Anschaffungskosten bzw. bei dauernder Wertminderung zum niedrigeren beizulegenden Wert; vorübergehende Wertminderungen wurden nicht aufwandswirksam erfasst. Zur präziseren Darstellung der Vermögens- und Ertragslage wird der Unterschiedsbetrag zwischen Anschaffungskosten und (ggf. niedrigeren) Rückzahlungsbeträgen zeitanteilig erfolgswirksam im Zinsergebnis erfasst.

Die Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere des Umlaufvermögens sind mit Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt.

Die Bewertung der Aktien und anderen nicht festverzinsliche Wertpapiere erfolgt zu Anschaffungskosten bzw. zum niedrigeren beizulegenden Wert, unabhängig von der Dauer einer Wertminderung.

Die SaarLB schließt echte Pensionsgeschäfte i.S. des § 340 b Abs. 2 HGB mit Wertpapieren als zu übertragene Vermögensgegenstände ab. Ist die SaarLB Pensionsgeber werden die Wertpapiere weiterhin in der Bilanz der SaarLB ausgewiesen. In Höhe des für die Übertragung erhaltenen Betrags erfolgt der Ausweis einer Verbindlichkeit gegenüber dem Pensionsnehmer. Das Wertpapier wird nach den Regelungen der §§ 252 ff HGB bewertet. Ist die SaarLB Pensionsnehmer, erfolgt keine Erfassung der in Pension genommenen Wertpapiere; in Höhe des für die Übertragung gezahlten Betrags wird in der Bilanz eine Forderung an den Pensionsnehmer ausgewiesen.

Wertpapierleihgeschäfte werden wie echte Pensionsgeschäfte bilanziert: Die Erfassung eines Zugangs (Entleihe) bzw. eines Abgangs (Verleihe) wird nicht vorgenommen. Verliehene Wertpapiere werden nach den Regelungen der §§ 252 ff HGB bewertet, bei entliehenen Wertpapieren erfolgt keine Bewertung des Wertpapiers. Bonitätsmängel des Entleihers wird durch die Bildung einer Risikovorsorge Rechnung getragen.

Forderungen werden mit dem Nennbetrag, Verbindlichkeiten mit dem Erfüllungsbetrag bilanziert. Agien und Disagien werden in den aktiven bzw. passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und zeitanteilig aufgelöst.

Den Risiken im Kreditgeschäft wird durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen für Forderungen sowie Rückstellungen für Eventualverbindlichkeiten Rechnung getragen. Die Höhe der notwendigen Einzelwertberichtigungen wird durch Gegenüberstellung der

Kreditinanspruchnahme und des Barwerts der zukünftig erwarteten Zahlungsströme auf Einzelkontenebene ermittelt. Dabei werden die geschätzten Cash-Flows mit dem Effektivzinssatz abgezinst. Des Weiteren wird für Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sowie für Eventualverbindlichkeiten und Kreditzusagen, bei denen keine objektiven Hinweise auf Wertminderungen vorliegen sowie für solche, für die bei Vorliegen objektiver Hinweise bei Einzelbetrachtung kein Wertberichtigungsbedarf festgestellt wurde, eine Pauschalwertberichtigung auf Basis historischer Ausfallwahrscheinlichkeiten und erwarteter Verluste ermittelt. Im Rahmen eines Backtestingverfahrens erfolgt die laufende Aktualisierung der historischen Ausfallwahrscheinlichkeiten.

Außerdem besteht eine Vorsorge für allgemeine Bankrisiken gemäß § 340f HGB sowie ein "Fonds für allgemeine Bankrisiken" gemäß § 340g HGB.

Vermögensgegenstände und Schulden, die die SaarLB im eigenen Namen, aber für fremde Rechnung hält, werden als Treuhandvermögen und Treuhandverbindlichkeiten angesetzt. Die Bewertung erfolgt zu Anschaffungskosten.

Die Pensionsrückstellungen werden nach versicherungsmathematischen Grundsätzen gemäß den Vorschriften des § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB gebildet. Der Berechnung liegen ein Rechnungszinssatz von 3,89 % p.a., ein Anwartschaftstrend von 2,5 % p.a. sowie ein Rententrend von 2 % p.a. zu Grunde. Die Pensionsrückstellungen werden in vollem Umfang gemäß den Sterbewahrscheinlichkeiten der Heubeck-Richttafeln 2005G dotiert. Von der Übergangsvorschrift gemäß Art 67 EGHGB wird Gebrauch gemacht, d.h. der sich durch das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) bei den Pensionsrückstellungen zum 31.12.2009 ergebende Unterschiedsbetrag wird über einen Zeitraum von 15 Jahren verteilt. Die aus diesem Grund nicht in der Bilanz ausgewiesenen Pensionsrückstellungen belaufen sich zum 31.12.2015 auf einen Betrag von TEUR 3.104 (31.12.2014 TEUR 3.448).

Vermögensgegenstände i.H.v. TEUR 642 (31.12.2014 TEUR 652), die ausschließlich der Erfüllung von Altersversorgungsverpflichtungen dienen, sind dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen und wurden daher mit den Schulden gemäß § 246 Abs 2 Satz 2 HGB verrechnet. Bei diesen Vermögensgegenständen handelt es sich um Ansprüche (Rückkaufswerte) aus Rückdeckungsversicherungen, deren Anschaffungskosten, die den beizulegende Zeitwerte entsprechen, TEUR 642 (31.12.2014 TEUR 652) betragen. Der Erfüllungsbetrag der Schulden weist eine Höhe von TEUR 642 (31.12.2014 TEUR 652) auf. Zinsaufwendungen i.H.v. von TEUR 31 (2014 TEUR 20) wurden mit Zinserträgen in entsprechender Höhe verrechnet.

Im Übrigen werden für ungewisse Verbindlichkeiten und drohende Verluste aus schwebenden Geschäften Rückstellungen in Höhe der voraussichtlichen Inanspruchnahme gebildet. Zur Berechnung einer möglichen Drohverlustrückstellung bei der verlustfreien Bewertung der zinstragenden Geschäfte des Bankbuches wird der barwertige Ansatz verwendet. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre (veröffentlicht durch die Deutsche Bundesbank) abgezinst, sofern der Abzinsungseffekt wesentlich ist.

Bei den unter der Bilanz ausgewiesenen Eventualverbindlichkeiten (ausschließlich Bürgschaften i.H.v. TEUR 421.797) ist eine Inanspruchnahme nicht wahrscheinlich. Diese Einschätzung beruht auf Bonitätsanalysen der jeweiligen Kreditnehmer. Die Inanspruchnahme der unwiderruflichen Kreditzusagen (TEUR 1.067.759) erfolgt auf Basis der vertraglichen Regelungen. Die unter der Bilanz ausgewiesenen Eventualverbindlichkeiten und unwiderruflichen Kreditzusagen enthalten keine Posten, die von wesentlicher Bedeutung sind.

Zur Absicherung des Zinsrisikos bildet die SaarLB Mikro-Bewertungseinheiten. Die Bewertungseinheiten in Form von durchgehandelten Geschäften werden auch handelsrechtlich gemäß § 254 HGB als Mikro-Bewertungseinheit abgebildet (Volumen per 31.12.2015 EUR 2.610 Mio., 31.12.2014 EUR 2.477 Mio.). Grund- und Sicherungsinstrument sind dabei Derivate, deren maßgebliche Risikoparameter so aufeinander abgestimmt sind, dass sich die Wertänderungen der Grundgeschäfte und die Wertänderungen der Sicherungsgeschäfte über die Gesamtlaufzeit der Geschäfte ausgleichen. Da es sich somit um perfekte Sicherungsbeziehungen handelt, erfolgt weder eine Bewertung des Grundgeschäfts noch eine Bewertung des Sicherungsgeschäfts jeweils im Hinblick auf das abgesicherte Risiko (Einfrierungsmethode). Der Nachweis der Effektivität der Bewertungseinheit erfolgt mittels critical term match. Die Höhe des abgesicherten Risikos beträgt per 31.12.2015 TEUR 156.747 (31.12.2014 TEUR 156.016).

Derivate des Anlagebuchs werden nicht bilanziert. Im Rahmen der Berechnung einer möglichen Drohverlustrückstellung bei der verlustfreien Bewertung der zinstragenden Geschäfte des Bankbuchs werden diese Derivate berücksichtigt.

Anteilige Zinsen aus Zins- und Währungsswaps werden periodengerecht abgegrenzt und unter den Forderungen an Kreditinstituten und Kunden bzw. den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden ausgewiesen. Zinserträge und -aufwendungen der sichernden Swapgeschäfte werden (netto) in den Zinserträgen oder -aufwendungen ausgewiesen.

Die SaarLB setzt aktive und passive latente Steuern unter Anwendung des § 274 HGB an. Bei der Ermittlung der latenten Steuern zum 31. Dezember 2015 wurde ein im Vergleich zum Vorjahr unveränderter Steuersatz von 31,57% zugrunde gelegt.

Angaben zur Bilanz

(4) Allgemeines

Die nachfolgenden Erläuterungen zu den einzelnen Positionen der Bilanz erfolgen entsprechend der Reihenfolge der Ausweispositionen.

(5) Aktiva

Nr.	Bilanzpositionen	31.12.2015 TEUR	31.12.2014 TEUR
Pos. 3	**Forderungen an Kreditinstitute**		
	Forderungen an verbundene Unternehmen	-	-
	Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	6.212	11.408
	Nachrangige Forderungen	15.000	27.000
	Forderungen an angeschlossene Sparkassen	416.614	422.856
	Zur Deckung begebener Schuldverschreibungen bestimmte Forderungen	54.604	200.968
Pos. 4	**Forderungen an Kunden**		
	Forderungen an verbundene Unternehmen	7	75
	Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	18.641	22.359
	Zur Deckung begebener Schuldverschreibungen bestimmte Forderungen	2.502.336	2.436.864
Pos. 5	**Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere**		
	a) Geldmarktpapiere		
	ab) von anderen Emittenten		
	börsenfähig, nicht börsennotiert	-	439.283
	b) Anleihen und Schuldverschreibungen		
	ba) von öffentlichen Emittenten		
	börsenfähig und börsennotiert	503.802	550.523
	bb) von anderen Emittenten		
	börsenfähig und börsennotiert	1.531.045	2.737.365
	börsenfähig, nicht börsennotiert	67.455	118.043
	Nachrangige Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	10.000	10.000
	c) Eigene Schuldverschreibungen		
	börsenfähig und börsennotiert	19.740	27.613
	verbriefte Forderungen an verbundene Unternehmen	-	-
	verbriefte Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	-	-
Pos. 6	**Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere**		
	börsenfähig, nicht börsennotiert	-	-

Nr.	Bilanzpositionen	31.12.2015 TEUR	31.12.2014 TEUR
Pos. 9	**Treuhandvermögen**		
	Forderungen an Kunden	5.175	5.187
Pos. 12	**Sachanlagen**		
	vgl. Anlagespiegel		
Pos. 13	**Sonstige Vermögensgegenstände**		
	Im Wesentlichen sind hier ausgewiesen		
	Ansprüche aus Gewinnabführung	22.496	-
	Steuererstattungsansprüche	17.282	4.189
	Sicherheitsleistungen bei Börseneinrichtungen	6.531	0
	Prämien für Optionsgeschäfte	1.965	3.032
Pos. 14	**Rechnungsabgrenzungsposten**		
	Disagioabgrenzung von Verbindlichkeiten und begebenen Anleihen	3.796	3.629

Die Beteiligungen und die Anteile an verbundenen Unternehmen enthalten keine börsenfähigen Anteile.

Anlagespiegel

Anlagevermögen	historische AK zum 01.01.2015	Veränderungen während des Geschäftsjahres				Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.2015	Buchwert zum 31.12.2015	Abschreibungen lfd. Jahr
		Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Zuschreibungen			
	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
Sachanlagen [3]	15.720	760	31	-	-	14.195	2.254	726
Immaterielle Anlagewerte	7.631	1.831	-	-	-	5.774	3.688	931
erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	6.512	585	-	-	-	5.774	1.323	931
geleistete Anzahlungen	1.119	1.246	-	-	-	-	2.365	-
Beteiligungen	21.792	40.523	1.131	-	644	3.169	58.659	-
Anteile an verbundenen Unternehmen	16.302		15.952	-	-	-	350	-
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	3.428.575			-1354.691 [1]			2.073.884	18.755
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	327.450			-10.451 [1] [2]			316.999	2.760

1) Es handelt sich hierbei um eine Nettoveränderung gem. § 34 Abs. 3 RechKredV.

2) Anteile an Spezialfonds.

3) Davon für eigene Tätigkeit genutzte
- Grundstücke und Gebäude TEUR 0
- Betriebs- und Geschäftsausstattung TEUR 2.254.

Bei den Sachanlagen handelt es sich wie im Vorjahr ausschließlich um Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Der Buchwert der (börsenfähigen) Schuldverschreibungen und der anderen festverzinslichen Wertpapiere, die wie Anlagevermögen behandelt werden, beträgt TEUR 2.102.302, der beizulegende Zeitwert TEUR 2.145.916; darin enthalten sind Wertpapiere mit stillen Lasten mit einem Buchwert i.H.v. TEUR 472.497 (Vorjahr TEUR 434.225) und einem beizulegenden Zeitwert i.H.v. TEUR 467.090 (Vorjahr TEUR 430.019) sowie Wertpapiere mit stillen Reserven mit einem

Buchwert i.H.v. TEUR 1.629.894 (Vorjahr TEUR 3.130.126) und einem beizulegenden Zeitwert i.H.v. TEUR 1.678.826 (Vorjahr TEUR 3.201.014). Abschreibungen wurden nicht vorgenommen, soweit es sich um vorübergehende Wertminderungen handelt. Die SaarLB geht davon aus, dass die betreffenden Wertpapiere zum Buchwert zurückgezahlt werden.

Der Buchwert der in der Position „Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere" ausgewiesenen Anteile an Spezialfonds beträgt TEUR 316.999 (Vorjahr TEUR 317.681). Diese Wertpapiere enthalten keine stillen Lasten. Es wurden außerplanmäßige Abschreibungen i.H.v. TEUR 2.760 (Vorjahr TEUR 2.600) vorgenommen.

Investmentfonds

	Buchwert (BW) 31.12.2015 TEUR	Marktwert (MW) 31.12.2015 TEUR	Differenz (MW-BW) TEUR	Ausschüttung 2015 TEUR	Tägliche Rückgabe möglich	Unterl. AfA 2015 TEUR
Gemischte Fonds						
SaarLB 1-Fonds	157.738	157.738	0	2.127	Ja	-
Anleihenfonds						
SBLB-Fonds	65.544	67.366	1.822	1.938	Ja	-
SBLB 2-Fonds	63.717	67.502	3.785	2.195	Ja	-
SBLBHA-Fonds	30.000	31.392	1.392	895	Ja	-
Immobilienfonds						
LBImmoInvest	44.411	44.411	0	1.200	Nein	-
Wagniskapitalfonds						
AIRFI	0	0	-	-	Nein	-

Bei den gemischten Fonds sowie bei den Anleihen- und Immobilienfonds handelt es sich um Spezialfonds, bei denen die SaarLB der alleinige Anteilsinhaber ist.

Die tägliche Rückgabemöglichkeit der Anteile des Immobilienfonds LBImmoInvest ist am Abschlussstichtag dahingehend beschränkt, dass bei Rückgabe der Anteile ein Rücknahmeaufschlag erhoben wird, bei Rückgabe aller Anteile eine Liquidation des Sondervermögens erfolgt und/oder die Gesellschaft die Rücknahme der Anteile aus Liquiditätsgründen zum Schutze der Anleger befristet verweigern kann.

Bei dem Alsace Inter Régio Fonds d'Investissement (AIRFI) handelt es sich um einen Wagniskapitalfonds nach französischem Recht. Vom Investitionsvolumen stammen nach den gesetzlichen Bestimmungen jeweils 50 % aus dem öffentlichen und dem privaten Bereich. Der Fonds hat vor allem im Elsaß und im Osten Frankreichs investiert, darüber hinaus sind Engagements in den angrenzenden deutschen und schweizer Regionen möglich. Zielgesellschaften sind kleine und mittlere Unternehmen mit bis zu 500 Mitarbeitern und weniger als EUR 75,0 Mio. Bilanzsumme mit Wachstumspotenzial. Aufgrund der nicht ausreichenden wirtschaftlichen Verhältnisse des Fonds waren in Vorjahren Abschreibungen des Buchwerts notwendig.

(6) Passiva

Nr.	Bilanzpositionen	31.12.2015 TEUR	31.12.2014 TEUR
Pos. 1	**Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten**		
	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	-	-
	Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	115.783	137.821
	Verbindlichkeiten gegenüber angeschlossenen Sparkassen	76.090	146.118
Pos. 2	**Verbindlichkeiten gegenüber Kunden**		
	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	24.992	25
	Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	8.966	9.438
Pos. 3	**Verbriefte Verbindlichkeiten**		
	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	-	-
	Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	-	-
Pos. 4	**Treuhandverbindlichkeiten**		
	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.193	4.148
	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	982	1.039
Pos. 5	**Sonstige Verbindlichkeiten**		
	In dieser Position sind im Wesentlichen enthalten:		
	Zinsen für stille Einlagen	16.322	20.773
	Zinsen auf Genussrechtskapital	-	486
	Zinsen auf nachrangige Verbindlichkeiten	901	1.928
	Erhaltene Optionsprämien	3.129	3.901
	Noch abzuführende Steuern und Sozialabgaben	2.458	2.856
	Ausgleichsposten aus der Währungsumrechnung	4.743	-
Pos. 6	**Rechnungsabgrenzungsposten**		
	Agioabgrenzung von Verbindlichkeiten und begebenen Schuldverschreibungen	9.781	10.761
	Disagioabgrenzung aus Forderungen	3.060	3.441
Pos. 8	**Nachrangige Verbindlichkeiten**		
	Darlehen	25.500	122.000
	Inhaberschuldverschreibungen	-	20.000
Pos. 9	**Genussrechtskapital**	-	8.500

Zu nachrangigen Verbindlichkeiten:

Spezifikation der 10 % des Gesamtbetrages der nachrangigen Verbindlichkeiten übersteigenden Mittelaufnahmen:

- Namensschuldverschreibung EUR 5,0 Mio., Zinssatz 4,424 %, Fälligkeit 14.03.2024
- Namensschuldverschreibung EUR 5,0 Mio., Zinssatz 4,0648 %, Fälligkeit 14.03.2024
- Namensschuldverschreibung EUR 5,0 Mio., Zinssatz 4,0048 %, Fälligkeit 20.03.2024
- Namensschuldverschreibung EUR 3,0 Mio., Zinssatz 4,1779 %, Fälligkeit 30.01.2024
- Schuldscheindarlehen EUR 5,0 Mio., Zinssatz 5,4042 %, Fälligkeit 26.03.2018

Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung kann für diese Mittelaufnahmen nicht entstehen.

Die nachrangigen Verbindlichkeiten haben eine Restlaufzeit von mehr als zwei Jahren.

Die Aufwendungen für nachrangige Verbindlichkeiten betragen TEUR 5.402 (Vorjahr TEUR 6.301).

Im Falle eines Insolvenzverfahrens oder einer Liquidation erhalten die Gläubiger der nachrangigen Verbindlichkeiten erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger Rückzahlungen. Eine etwaige Umwandlung in Kapital oder andere Schuldformen ist nach den Vertrags- bzw. Anleihebedingungen nicht vorgesehen.

(7) Fristengliederung der Bilanzpositionen nach Restlaufzeiten

Aktiva

Nr.	Bilanzposition	31.12.2015 TEUR	31.12.2014 TEUR
Pos. 3b)	**Andere Forderungen an Kreditinstitute**		
	bis 3 Monate	204.113	408.795
	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	348.349	614.578
	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	211.814	330.076
	mehr als 5 Jahre	6.850	12.219
Pos. 4	**Forderungen an Kunden**		
	bis 3 Monate	471.871	566.200
	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	693.734	724.005
	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	2.864.830	2.729.412
	mehr als 5 Jahre	4.562.146	4.418.751
	Forderungen mit unbestimmter Laufzeit	291.329	483.869
Pos. 5	**Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere**		
	im folgenden Geschäftsjahr fällig werdende Beträge	418.485	2.292.185

Passiva

Nr.	Bilanzpositionen	31.12.2015 TEUR	31.12.2014 TEUR
Pos. 1b)	**Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten**		
	bis 3 Monate	422.365	1.385.525
	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	1.108.739	1.103.305
	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	789.345	842.113
	mehr als 5 Jahre	1.161.248	1.249.431
Pos. 2ab)	**Verbindlichkeiten gegenüber Kunden – Spareinlagen**		
	bis 3 Monate	528	482
	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	385	39
	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	-	5
	mehr als 5 Jahre	-	-
Pos. 2bb)	**Andere Verbindlichkeiten gegenüber Kunden**		
	bis 3 Monate	580.447	1.873.101
	mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	803.986	541.146
	mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	349.135	367.670
	mehr als 5 Jahre	1.351.237	1.253.746
Pos. 3a)	**begebene Schuldverschreibungen**		
	Im folgenden Geschäftsjahr fällig werdende Beträge	379.737	2.122.718

(8) Latente Steuern

Zur Ermittlung der latenten Steuern wurde ein Steuersatz i.H.v. 31,57 % verwendet. Die aktiven und passiven latenten Steuern verteilen sich auf folgende Posten:

	2015		2014	
in TEUR	Aktive latente Steuern	Passive latente Steuern	Aktive latente Steuern	Passive latente Steuern
Forderungen	10.712	-	6.540	-
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	-	1.225	-	1.023
Beteiligungen	72	-	1.234	-
Anteile an verbundenen Unternehmen	-	-	2.005	-
Sachanlagen	13	-	13	-
Sonstige Vermögensgegenstände	1.185	-	9	-
Sonstige Verbindlichkeiten	-	-	87	-
Rückstellungen	3.117	-	1.966	-
Verlustvorträge Körperschaft- und Gewerbesteuer	-	-	-	-
Gesamtsumme latente Steuern (saldiert)	**13.874**	**-**	**10.831**	**-**

(9) Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

Negative Zinserträge (TEUR 355) werden in der GuV-Position 1 „Zinserträge“ und negative Zinsaufwendungen (TEUR 257) in der GuV-Position 2 „Zinsaufwendungen“ ausgewiesen. Die Negativzinsen ergeben sich aus Geldmarktgeschäften.

In der GuV-Position 8 „Sonstige betriebliche Erträge“ sind u.a. Erträge aus Derivaten des Anlagebuchs mit TEUR 3.521, das Devisenergebnis mit TEUR 896 sowie Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen i.H.v. TEUR 1.471 enthalten.

In der GuV-Position 12 „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ sind Aufwendungen aus Derivaten des Anlagebuchs i.H.v. TEUR 3.197, sowie Zinsen aus der Aufzinsung der langfristigen Rückstellungen im Personalbereich i.H.v. TEUR 3.726 ausgewiesen.

Die GuV-Position 20 „Außerordentliche Aufwendungen“ enthält den sich nach Art 67 EGHGB ergebenden Jahresbetrag aus der Zuführung von bisher nicht in der Bilanz ausgewiesenen Pensionsrückstellungen (vgl. Angabe 3).

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag entfallen mit TEUR 15.266 (Vorjahr TEUR 9.485) auf das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit und unverändert mit TEUR 109 auf das außerordentliche Ergebnis.

Weitere Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung werden im Lagebericht vorgenommen.

Sonstige Angaben

(10) Angaben zu sonstigen finanziellen Verpflichtungen, die nicht in der Bilanz enthalten sind

Mietverhältnisse

in TEUR	2015	2014
Künftige Mindestzahlungen aus unkündbaren Mietvereinbarungen (Restlaufzeiten)	**18.422**	**18.568**
bis 1 Jahr	1.973	2.299
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	7.203	7.038
mehr als 5 Jahre	9.246	9.231

Die Mietvereinbarungen betreffen Mieten für Immobilien sowie die Anmietung von Betriebs- und Geschäftsausstattung. Die Verträge zur Anmietung von Betriebs- und Geschäftsausstattung haben eine feste Laufzeit von 4 bzw. 5 Jahren; die Mietverträge für Immobilien haben eine unbestimmte Laufzeit, die Mietzahlungen für ein Jahr sind im Laufzeitband bis 1 Jahr enthalten. Optionen sowie bedingte Mietzahlungen bestehen nicht.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Sonstige finanzielle Verpflichtungen betreffen:

in TEUR	2015	2014
Nachschussverpflichtungen gegenüber dem institutsbezogenen Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe	-	14.469
Nachschussverpflichtung sowie zusätzliche Mithaftung für andere Gesellschafter	2.712	2.712
Nicht eingeforderte Einzahlungsverpflichtungen	2.315	2.315
Verpflichtungen zur Übernahme von Anteilen	1.287	2.784
Zahlungsverpflichtung gegenüber der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung	1.199	-

An das institutsbezogen Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe (vormals Sicherungsreserve der Landesbanken) sind seit 2015 100% des festgestellten Jahresbeitrags zu zahlen. Eine Nachschussverpflichtung tritt daher nur im Haftungsfall ein.

Die Nachschussverpflichtung sowie die zusätzliche Mithaft für andere Gesellschafter ergeben sich aus dem GmbHG und dem HGB (Recht der Kommanditgesellschaft).

Die Verpflichtungen zur Übernahme von Anteilen beruhen auf Satzung und Kapitalerhöhungsbeschlüssen.

Die Zahlungsverpflichtung gegenüber der Bundesanstalt für Finanzmarktstablilisierung ergibt sich aus dem Jahresbeitrag zum Restrukturierungsfonds für das Beitragsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2015 (sog. Bankenabgabe). 30% des festgesetzten

Jahresbeitrags können in Form von in vollem Umfang abgesicherten Zahlungsverpflichtungen erbracht werden.

(11) Sicherheitenübertragung für eigene Verbindlichkeiten

Für die nachfolgend genannten Verbindlichkeiten wurden Vermögensgegenstände als Sicherheiten i.H.v. TEUR 731.862 übertragen:

in TEUR	31.12.2015	31.12.2014
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	368.259	928.028
Insgesamt	**368.259**	**928.028**

Der Gesamtbetrag der übertragenen Sicherheiten, die zur Teilnahme an Clearingeinrichtungen und standardisierten Börseneinrichtungen hinterlegt werden müssen, beträgt EUR 133 Mio. (Vorjahr EUR 174 Mio.).

(12) Angaben zu nicht zum beizulegenden Zeitwert bilanzierten derivativen Finanzgeschäften

Im Rahmen ihrer Geschäftstätigkeit ist die Bank vor allem

- Zinsrisiken
- Währungsrisiken
- Aktien- und sonstigen Preisrisiken sowie
- Adressrisiken

ausgesetzt.

Diesen Risiken wird u.a. durch den Abschluss von Sicherungsgeschäften Rechnung getragen.

Die nachstehenden Tabellen zeigen die hierbei verwendeten derivativen Finanzinstrumente, deren Nominalbeträge, die Marktwerte sowie die Fristen- und Kontrahentenstruktur zum 31. Dezember 2015.

Dabei wurden als Marktwerte bei

- Börsenkontrakten die Marktpreise
- Optionsgeschäften anerkannte Optionspreismodelle mit aktuellen Parametern sowie
- bei sonstigen derivativen Geschäften Barwertmodelle einschließlich aktueller Zinsstrukturkurven

zugrunde gelegt.

Darstellung der Volumina

in TEUR	Nominalwerte 2015	Nominalwerte 2014	Markt-werte positiv 2015	Markt-werte negativ 2015
Zinsrisiken				
Zinsswaps	11.372.292	12.870.655	470.387	-425.858
Swaptions	15.000	10.000	-	-1.063
Caps, Floors	1.416.656	1.504.468	1.138	-1.139
Futures	1.297.896	1.275.707	1.668	-1.668
Zinsrisiken insgesamt	**14.101.844**	**15.660.830**	**473.193**	**-429.728**
Währungsrisiken				
Devisentermingeschäfte	397.152	124.193	1.875	-6.428
Währungsswaps/Zins-Währungsswaps	-	-	-	-
Devisenoptionen	1.190	-	10	-12
- Käufe	595	-	10	-
- Verkäufe	595	-	-	-12
Währungsrisiken insgesamt	**398.342**	**124.193**	**1.885**	**-6.440**
Aktien- und sonstige Preisrisiken				
Indexoptionen	184.630	440.996	2.941	-2.941
- Käufe	92.315	220.498	2.941	-
- Verkäufe	92.315	220.498	-	-2.941
Aktienoptionen	38.964	106.252	1.364	-1.364
- Käufe	19.482	53.126	1.364	-
- Verkäufe	19.482	53.126	-	-1.364
Futures	75.481	54.639	519	-519
Aktien- und sonstige Preisrisiken insgesamt	**299.075**	**601.887**	**4.824**	**-4.824**
Risiken aus Kreditderivaten				
Sicherungsnehmer	-	-	-	-
Sicherungsgeber	30.000	30.000	19	-86
Risiken aus Kreditderivaten insgesamt	**30.000**	**30.000**	**19**	**-86**
Insgesamt	**14.829.261**	**16.416.910**	**479.921**	**-441.078**

Fristengliederung

	Nominalwerte							
	Zinsrisiken		Währungsrisiken		Aktien- und sonstige Preisrisiken		Risiken aus Kreditderivaten	
in TEUR	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014
Restlaufzeiten								
bis 3 Monate	195.260	417.000	316.428	99.483	270.401	573.263	-	-
bis 1 Jahr	1.504.584	2.248.022	48.847	24.710	28.674	28.587	-	-
bis 5 Jahre	6.489.491	7.271.693	33.067	-	-	37	30.000	30.000
über 5 Jahre	5.912.509	5.724.115	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	**14.101.844**	**15.660.830**	**398.342**	**124.193**	**299.075**	**601.887**	**30.000**	**30.000**

Kontrahentengliederung

in TEUR	Nominalwerte 2015	Nominalwerte 2014	Marktwerte positiv 2015	Marktwerte positiv 2014	Marktwerte negativ 2015	Marktwerte negativ 2014
Banken in der OECD	11.683.004	13.105.494	344.278	442.633	-429.796	-557.436
Öffentliche Stellen in der OECD	388.172	360.173	21.518	20.500	-670	-65
Sonstige Kontrahenten [1]	2.758.085	2.951.243	114.125	152.362	-10.612	-12.602
Insgesamt	**14.829.261**	**16.416.910**	**479.921**	**615.495**	**-441.078**	**-570.103**

[1)] Einschließlich Börsenkontrakte

Buchwerte bestehen im Hinblick auf gezahlte und erhaltene Optionsprämien in den Positionen „Sonstige Vermögensgegenstände“ bzw. „Sonstige Verbindlichkeiten“. Diese betreffen mit TEUR 1.965 gezahlte und mit TEUR 3.129 erhaltene Optionsprämien.

(13) Angaben zu ausschüttungsgesperrten Beträgen

in TEUR	31.12.2015	31.12.2014
Ausschüttungsgesperrte Beträge insgesamt	**13.874**	**10.831**
Aktive latente Steuern	13.874	10.831

(14) Zahl der Beschäftigten

Im Jahresdurchschnitt 2015 waren bei der Bank 552 Mitarbeiter beschäftigt, davon 85 bei der Landesbausparkasse sowie 9 bei der Niederlassung Metz.

Durchschnittlicher Personalstand während des Berichtsjahres

Jahresdurchschnitt	2015	2014
Beschäftigte insgesamt	**552**	**552**
darunter:		
Landesbausparkasse	85	78
davon männlich	38	37
davon weiblich	47	41
Niederlassung Metz	9	14
davon männlich	8	11
davon weiblich	1	3
Männlich	**290**	**286**
Weiblich	**262**	**266**
Vollzeitbeschäftigte	**403**	**410**
Teilzeitbeschäftigte	**126**	**119**
Auszubildende	**23**	**23**

(15) Bezüge des Vorstandes und des Verwaltungsrates

Die Gesamtbezüge des Vorstandes betrugen im Geschäftsjahr 2015 TEUR 1.603 (Vorjahr TEUR 1.592), die des Verwaltungsrates TEUR 261 (Vorjahr TEUR 268).

Die Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstandes und ihren Hinterbliebenen betragen per 31. Dezember 2015 TEUR 21.984. Aufgrund der Übergangsregelungen des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes sind hiervon TEUR 19.599 zurückgestellt. Die laufenden Versorgungsleistungen betrugen TEUR 1.777.

(16) Honorar für den Abschlussprüfer

Zu den Angaben verweisen wir auf den Konzernabschluss der SaarLB zum 31. Dezember 2015.

(17) Dritten gegenüber erbrachte Dienstleistungen

Die Dritten gegenüber erbrachten Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung sind von untergeordneter Bedeutung.

(18) Pensionsgeschäfte

Zum Bilanzstichtag wurden im Rahmen von echten Wertpapierpensionsgeschäften keine Anleihen in Pension gegeben (Vorjahr TEUR 660.619).

Deckungsrechnung für das Hypotheken- und das Kommunalkreditgeschäft

(19) Weitergeführter Alt-Bestand nach § 51 PfandBG

in TEUR	2015	2014
Hypothekengeschäft		
Deckungspflichtige Verbindlichkeiten		
Hypothekenpfandbriefe	-	13.000
davon:		
Inhaberschuldverschreibungen	-	13.000
Namensschuldverschreibungen	-	-
Deckungswerte	-	157.760
davon:		
Wertpapiere öffentl. Emittenten	-	-
Forderungen an Kreditinstitute	-	-
Forderungen an Kunden	-	157.760
Deckungsüberhang	**-**	**144.760**
Kommunalkreditgeschäft		
Deckungspflichtige Verbindlichkeiten		
Öffentliche Pfandbriefe	88.069	150.069
davon:		
Inhaberschuldverschreibungen	88.069	150069
Namensschuldverschreibungen	-	-
Deckungswerte	126.048	207.545
davon:		
Wertpapiere öffentl. Emittenten	-	-
Forderungen an Kreditinstitute	-	64.239
Forderungen an Kunden	126.048	143.306
Deckungsüberhang	**37.979**	**57.476**

(20) Neubestand

Nominal- und Barwertdeckung

Hypotheken-pfandbriefe (in TEUR)	Nennwert		Barwert		Risikobarwert + 250 bp		Risikobarwert - 250 bp	
	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014
Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs	450.000	416.000	460.548	430.799	441.138	411.130	462.970	433.068
Gesamtbetrag der Deckungsmasse	752.995	704.366	799.350	758.198	734.668	702.098	810.553	767.545
Überdeckung	302.995	288.366	338.802	327.399	293.530	290.968	347.583	334.478
Überdeckung in %	67,33	69,32	73,56	76,00	66,54	70,77	75,08	77,23

Öffentliche Pfandbriefe (in TEUR)	Nennwert		Barwert		Risikobarwert +250 bp		Risikobarwert -250 bp	
	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014
Gesamtbetrag des Pfandbriefumlaufs	1.197.535	1.109.353	1.316.351	1.258.046	1.136.594	1.112.532	1.416.273	1.325.092
Gesamtbetrag der Deckungsmasse	1.642.236	1.616.911	1.835.696	1.814.371	1.557.884	1.596.488	1.969.465	1.904.535
Überdeckung	444.701	507.558	519.345	556.325	421.290	483.957	553.192	579.444
Überdeckung in %	37,13	45,75	39,45	44,22	37,07	43,50	39,06	43,73

Laufzeitstruktur der Pfandbriefe sowie Zinsbindungsfristen der Deckungsmassen

Zum 31.12.2015 ergibt sich hinsichtlich der Laufzeitstruktur der im Umlauf befindlichen Pfandbriefe sowie der Zinsbindungsfristen der Deckungsmasse Folgendes:

in TEUR	Hypotheken-pfandbriefe	Deckungsmasse	Öffentliche Pfandbriefe	Deckungsmasse
Bis 6 Monate	80.000	34.501	77.635	124.416
> 6 bis 12 Monate	10.500	85.011	75.000	61.161
> 12 bis 18 Monate	65.000	31.913	156.000	67.702
> 18 Monate bis 2 Jahre	165.000	103.060	1.000	38.292
> 2 Jahre bis 3 Jahre	35.000	149.619	71.600	149.423
> 3 Jahre bis 4 Jahre	25.500	68.092	80.000	91.896
> 4 Jahre bis 5 Jahre	34.000	94.327	89.500	117.841
> 5 Jahre bis 10 Jahre	35.000	186.473	278.500	572.822
> 10 Jahre	-	-	368.300	418.682

31.12.2014:

in TEUR	Hypotheken-pfandbriefe	Deckungsmasse	Öffentliche Pfandbriefe	Deckungsmasse
Bis 6 Monate	-	83.055	133.000	242.387
> 6 bis 12 Monate	-	116.732	68.818	343.652
> 12 bis 18 Monate	80.000	16.665	77.635	29.531
> 18 Monate bis 2 Jahre	10.500	23.703	72.500	31.945
> 2 Jahre bis 3 Jahre	240.000	93.528	159.500	68.417
> 3 Jahre bis 4 Jahre	35.000	145.667	71.600	111.841
> 4 Jahre bis 5 Jahre	25.500	60.515	55.000	55.285
> 5 Jahre bis 10 Jahre	25.000	164.500	180.500	401.304
> 10 Jahre	-	-	290.800	332.548

Aufschlüsselung Hypothekenregister

Nach Größenklassen	Betrag in TEUR		in %	Veränderung in %
	2015	2014	2015	2015 - 2014
x< =300 TEUR	2.122	1.890	0,3	12,3
300 TEUR<x<= 1 Mio.EUR	23.542	24.191	3,1	-2,7
1 Mio. EUR < x <= 10 Mio. EUR	343.777	352.559	45,7	-2,5
x> 10 Mio. EUR	300.554	275.726	39,9	9,0
sichernde Überdeckung	83.000	50.000	11,0	66,0
Gesamtsumme	752.995	704.366	100,0	6,9

in TEUR	Deutschland		Frankreich		Gesamtsumme aller Staaten	
	2015	2014	2015	2014	2015	2014
Wohnungswirtschaftlich	**29.575**	**25.943**	**0**	**3.511**	**29.574**	**29.455**
Mehrfamilienhäuser	29.575	25.943	0	3.511	29.574	29.455
Gewerblich	**378.888**	**307.128**	**261.532**	**317.784**	**640.419**	**624.911**
Bürogebäude	86.381	62.204	160.296	229.869	246.677	292.073
Handelsgebäude	229.804	193.285	75.075	57.488	304.878	250.773
Industriegebäude	2.712	3.046	0	84	2.712	3.129
sonstige gewerblich genutzte Gebäude	59.991	48.593	26.161	30.343	86.152	78.936
Insgesamt	**408.463**	**333.071**	**261.532**	**321.295**	**669.993**	**654.366**

Der Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen beträgt EUR 0,00; der Geamtbetrag der Forderungen, soweit der jeweilige Rückstand mindestens 5% der Forderung beträgt ist ebenfalls EUR 0,00.

Aufschlüsselung Deckungsregister für öffentliche Pfandbriefe

Nach Größenklassen	Betrag in TEUR		in %	Veränderung in %
	2015	2014	2015	2015 - 2014
1 Mio. EUR < x <= 10 Mio. EUR	336.811	-	21,0	> 100
10 Mio. EUR < x <= 100 Mio. EUR	754.194	-	47,1	> 100
x > 100 Mio. EUR	510.557	-	31,9	> 100
Gesamtsumme	1.601.562	-	100,0	> 100

in TEUR	Deutschland		Frankreich		Gesamtsumme aller Staaten	
	2015	2014	2015	2014	2015	2014
	1.309.435	1.453.868	292.128	163.043	1.601.563	1.616.912
Zentralstaat	-	-	19.103	-	19.103	-
regionale Gebietskörperschaft	309.952	304.600	-	-	309.952	304.600
örtliche Gebietskörperschaft	679.369	531.104	257.685	163.043	937.054	694.148
Sonstige	320.114	618.164	15.340	-	335.454	618.164

Der Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen beträgt EUR 0,00; der Geamtbetrag der Forderungen, soweit der jeweilige Rückstand mindestens 5% der Forderung beträgt ist ebenfalls EUR 0,00.

Weitere Deckungswerte für Hypothekenpfandbriefe nach § 19 Abs. 1 Nr. 1, 2 und 3 PfandBG i.V.m. § 28 Abs. 1 Nr. 4, 5 und 6 PfandBG sowie für öffentliche Pfandbriefe nach § 20 Abs. 2 Nr. 1 und 2 PfandBG

	Deutschland		Frankreich		Gesamtsumme aller Staaten	
	2015	2014	2015	2014	2015	2014
Ausgleichsforderungen i.S.d. § 19 Abs. 1 Nr. 1 PfandBG	-	-	-	-	-	-
Forderungen i.S.d. § 19 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG	-	50.000	-	-	-	50.000
davon gedeckte Schuldverschreibungen i.S.d. Art. 129 Verordnung (EU) Nr. 565/2013	-	-	-	-	-	-
Forderungen i.S.d. § 19 Abs. 1 Nr. 3 PfandBG	83.000	-	-	-	83.000	-
Summe	83.000	50.000	-	-	83.000	50.000

	Deutschland		Frankreich		Gesamtsumme aller Staaten	
	2015	2014	2015	2014	2015	2014
Ausgleichsforderungen i.S.d. § 20 Abs. 2 Nr. 1 PfandBG	-	-	-	-	-	-
Forderungen i.S.d. § 20 Abs. 2 Nr. 2 PfandBG	41.000	-	-	-	41.000	-
davon gedeckte Schuldverschreibungen i.S.d. Art. 129 Verordnung (EU) Nr. 565/2013	-	-	-	-	-	-
Summe	41.000	-	-	-	83.000	-

Kennzeichen der begebenen Pfandbriefe

Hypothekenpfandbriefe		Q4 2015	Q4 2014
Umlaufende Pfandbriefe	TEUR	450.000	416.000
davon Anteil festverzinslicher Pfandbriefe (§ 28 PfandBG Abs.1 Nr.9)	%	74,44	69,95
Deckungsmasse	TEUR	752.995	704.366
davon Gesamtbetrag der Forderungen, die die Grenzen nach § 13 PfandBG Abs. 1 überschreiten (§ 28 PfandBG Abs.1 Nr. 7)	TEUR	-	-
davon Gesamtbetrag der Forderungen, die oberhalb der %-Werte nach § 19 PfandBG Abs.1 Nr. 2 liegen (§ 28 PfandBG Abs. 1 Nr. 8)	TEUR	-	-
davon Gesamtbetrag der Forderungen, die oberhalb der %-Werte nach § 19 PfandBG Abs.1 Nr. 3 liegen (§ 28 PfandBG Abs. 1 Nr. 8)	TEUR	-	-
davon Anteil festverzinslicher Deckungsmasse (§ 28 PfandBG Abs. 1 Nr. 9)	%	62,82	46,83
Nettobarwert nach § 6 Pfandbrief-Barwertverordnung je Fremdwährung in Mio. Euro (§ 28 PfandBG Abs. 1 Nr. 10)		-	-
volumengewichteter Durchschnitt des Alters der Forderungen (verstrichene Laufzeit seit Kreditvergabe - seasoning) § 28 PfandBG Abs. 1 Nr. 11	Jahre	4,60	-
durchschnittlicher gewichteter Beleihungsauslauf (§ 28 PfandBG Abs. 2 Nr. 3)	%	55,9	50,28

Öffentliche Pfandbriefe		Q4 2015	Q4 2014
Umlaufende Pfandbriefe	TEUR	1.197.535	1.109.353
davon Anteil festverzinslicher Pfandbriefe (§ 28 PfandBG Abs.1 Nr.9)	%	82,46	81,97
Deckungsmasse	TEUR	1.642.236	1.616.911
davon Gesamtbetrag der Forderungen, die oberhalb der %-Werte nach § 20 PfandBG Abs. 2 liegen (§ 28 PfandBG Abs. 1 Nr. 8)	TEUR	-	-
davon Anteil festverzinslicher Deckungsmasse (§ 28 PfandBG Abs. 1 Nr. 9)	%	75,92	61,78
Nettobarwert nach § 6 Pfandbrief-Barwertverordnung je Fremdwährung in Mio. Euro (§ 28 PfandBG Abs. 1 Nr. 10)		-	-

Anteil Derivate

Wie im Vorjahr bestanden im Berichtsjahr keine Derivate.

Zahl der Zwangsversteigerungen und Zwangsverwaltungen sowie Zahl der Grundstücksübernahmen zur Verhütung von Verlusten

Wie im Vorjahr bestanden im Berichtsjahr keine Zwangsversteigerungen und keine Zwangsverwaltungen sowie keine Grundstücksübernahmen zur Verhütung von Verlusten.

Gesamtbetrag der rückständigen Zinsen

Hypotheken	Betrag in TEUR			
	Wohnwirtschaftlich		Gewerblich	
	2015	2014	2015	2014
Gesamtbetrag der rückständigen Zinsen	-	-	150	570

(21) Anteilsbesitz

Den Anteilsbesitz der SaarLB gemäß § 285 Ziffer 11 HGB – soweit nicht von untergeordneter Bedeutung (§ 286 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 HGB) – zum 31. Dezember 2015 zeigt folgende Aufstellung:

Nr.	Name und Sitz der Gesellschaft	Eigenkapital in TEUR	Anteil am Kapital in %	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres in TEUR	
1.	SaarLB-Bankenbeteiligungsgesellschaft mbH, Saarbrücken	25	100,00	24.141	(2015)
2.	LBS Vertriebs GmbH, Saarbrücken*	25	100,00	125	(2015)
3.	LBS Immobilien GmbH, Saarbrücken*	300	100,00	200	(2015)
4.	TEGES Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH, Berlin	19	50,00	./. 1	(2014)
5.	TEGES Grundstücks-Vermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Berlin KG, Berlin	./. 7.185	47,01	212	(2014)
6.	Gekoba-Gesellschaft für Gewerbe- und Kommunalbauten mbH, Saarbrücken	3.871	38,00	./. 813	(2014)
7.	Saarländische Kapitalbeteiligungsgesellschaft mbH, Saarbrücken	7.169	33,33	198	(2014)
8.	Saarländische Wagnisfinanzierungsgesellschaft mbH, Saarbrücken	6.311	30,44 **	./. 384	(2014)
9.	GSW-Saarländische Wohnungsbaugesellschaft mbH, Saarbrücken	8.119	28,57	./. 191	(2014)
10.	NBV Beteiligungs GmbH, Hamburg	15.071	21,33	1.312	(2014)

* Beteiligung der LBS

** direkt und indirekt

Mit den Unternehmen unter Nr. 1, 2, und 3 bestehen Ergebnisabführungsverträge.

Bei der folgenden großen Kapitalgesellschaft mit einer Beteiligungsquote von weniger als 20 v.H. besteht eine Stimmrechtsquote von mehr als 5 %:

- Saarländische Investitionskreditbank AG, Saarbrücken

Bei folgendem Unternehmen ist die SaarLB unbeschränkt haftender Gesellschafter:

- GLB GmbH & Co. OHG
  An der Welle 4, 60422 Frankfurt/Main

(22) Verwaltungsorgane der SaarLB

Verwaltungsrat

Jan-Christian Dreesen
Stellvertretener Vorsitzender des Vorstandes
FC Bayern München AG, München
Vorsitzender

Cornelia Hoffmann-Bethscheider
Präsidentin, Sparkassenverband Saar, Saarbrücken, Stellvertretende Vorsitzende
(ab 01.08.2015)

Dr. Alfons Lauer
Präsident, Sparkassenverband Saar, Saarbrücken
Stellvertretender Vorsitzender
verstorben am 21.01.2015

Dr. Micheal Braun
Bereichsleiter Konzernstrategie & Konzernkommunikation,
Bayerische Landesbank,
München

Thomas Klein
Bankangestellter
Landesbank Saar, Saarbrücken

Clemens Lindemann
Landrat a. D., Kirkel
(bis 30.09.2015)

Klaus Meiser
Landtagspräsident des Saarlandes, Saarbrücken

Fred Metzken
Finanzvorstand
AG der Dillinger Hüttenwerke und Saarstahl AG, Dillingen

Anke Rehlinger
Ministerin, Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr, Saarbrücken

Thomas Roß
Bankangestellter
Landesbank Saar, Saarbrücken

Daniela Schlegel-Friedrich
Landrätin, Kreis Merzig-Wadern, Merzig
(ab 01.10.2015)

Ralph Singer
Bankangestellter,
Landesbank Saar,
Saarbrücken

Stephan Toscani
Minister, Ministerium für Finanzen und Europa, Saarbrücken

Luzia Welter
Bankangestellte, Landesbank Saar, Saarbrücken

Beauftragte der Aufsichtsbehörde:

Iris Jung
Ministerialrätin
Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr, Saarbrücken
(bis 17.01.2016)

Beauftragter der Aufsichtsbehörde:

Dominik Becker
Regierungsrat
Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr, Saarbrücken
(ab 18.01.2016)

Die Angaben in Klammern beziehen sich ausschließlich auf die Tätigkeit im Verwaltungsrat der SaarLB.

Vorstand

Werner Severin
Vorsitzender des Vorstandes

Gunar Feth (seit 1.10.2015)
stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes

Dr. Matthias Böcker
Mitglied des Vorstandes

Frank Eloy
Mitglied des Vorstandes

(23) Beziehungen zu nahe stehenden Unternehmen und Personen

Unternehmen und Personen gelten als nahe stehend, sofern eine Partei die andere mittelbar oder unmittelbar kontrolliert oder maßgeblichen Einfluss auf deren geschäftliche oder operative Entscheidungen ausüben kann. Zu den nahe stehenden Unternehmen und Personen der SaarLB gehören zum 31.12.2015:

- das Saarland sowie dessen Tochter- und Gemeinschaftsunternehmen,
- alle Tochterunternehmen der Gemeinschaftsunternehmen des Saarlandes (bis auf die letzte Ebene),
- alle Tochter- und Gemeinschaftsunternehmen der Tochterunternehmen des Saarlandes (bis auf die letzte Ebene),
- Tochterunternehmen und assoziierte Unternehmen der SaarLB,
- alle Gemeinschafts- und assoziierte Unternehmen der Tochterunternehmen der SaarLB (bis auf die letzte Ebene)
- alle Tochterunternehmen der assoziierten Unternehmen der SaarLB (bis auf die letzte Ebene)
- der Sparkassenverband Saar sowie dessen Tochter- und Gemeinschaftsunternehmen
- die Wertpapier- und Immobilienspezialfonds (vgl. (5) Aktiva Investmentfonds),
- Personen in Schlüsselpositionen, deren nahe Familienangehörige sowie Gesellschaften, die von diesen Personen oder deren nahen Familienangehörigen kontrolliert oder maßgeblich beeinflusst werden oder an denen dieser Personenkreis bedeutende Stimmrechte hält; Personen in Schlüsselpositionen sind Personen, die für die Planung, Leitung und Überwachung der Tätigkeiten der SaarLB direkt oder indirekt zuständig und verantwortlich sind. Hierzu zählen die Mitglieder des Vorstands und des Verwaltungsrats der SaarLB sowie deren nahen Familienangehörigen.

Die SaarLB unterhält geschäftliche Beziehungen zu nahe stehenden Unternehmen und Personen. Geschäfte mit diesen Unternehmen und Personen werden im Rahmen des normalen Geschäftsverlaufs durchgeführt und es gelten grundsätzlich die gleichen Bedingungen – einschließlich Zinssätzen und Sicherheiten – wie für im selben Zeitraum getätigte vergleichbare Geschäfte mit Dritten. Diese Geschäfte waren nicht mit ungewöhnlich hohen Einbringlichkeitsrisiken oder anderen ungünstigen Eigenschaften behaftet.

Eine Auflistung der wesentlichen Beteiligungsunternehmen der SaarLB befindet sich in der Aufstellung des Anteilsbesitzes.

Der Gesamtbetrag der den Vorstands- bzw. Verwaltungsratsmitgliedern der SaarLB gewährten Kredite sowie erhaltenen Einlagen stellt sich wie folgt dar:

in TEUR	2015	2014
Forderungen	**1.485**	**1.494**
Mitglieder des Vorstandes SaarLB	28	9
Personen in Schlüsselpositionen	947	953
Mitglieder des Verwaltungsrates SaarLB	510	532
Verbindlichkeiten	**745**	**944**
Mitglieder des Vorstandes SaarLB	61	174
Personen in Schlüsselpositionen	267	277
Mitglieder des Verwaltungsrates SaarLB	417	493

Von nahen Familienangehörigen hat die SaarLB Einlagen i.H. v. TEUR 77 (im Vorjahr TEUR 78) erhalten.

(24) Mandate von Vorstandsmitgliedern und Mitarbeitern in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien

Während des Berichtsjahres bestanden folgende Mandate in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften (einschl. aller Kreditinstitute, unabhängig von deren Rechtsform):

Werner Severin

Deutsche Factoring Bank Deutsche Factoring GmbH & Co. KG, Bremen

Frank Eloy

Saarländische Investitionskreditbank AG, Saarbrücken

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Nach bestem Wissen versichern wir, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Landesbank Saar vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage der Landesbank Saar so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung der Landesbank Saar beschrieben sind.

Saarbrücken, 23. März 2016

Landesbank Saar

Der Vorstand

Werner Severin Gunar Feth Frank Eloy Dr. Matthias Böcker

Anlage zum Jahresabschluss

Offenlegung nach § 26a Abs. 1 Satz 2 KWG

Die SaarLB betreibt eine Niederlassung in Frankreich mit Sitz in Metz, der mehrere „Centre d'Affaires" zugeordnet sind.

Folgende Angaben sind vorzunehmen:

	31.12.2015	31.12.2014	31.12.2015	31.12.2014
Firmenbezeichnung	Landesbank Saar	Landesbank Saar	Landesbank Saar	Landesbank Saar
Art der Tätigkeit	Betreiben von Bankgeschäften	Betreiben von Bankgeschäften	Vermittlung von Kreditgeschäft	Vermittlung von Kreditgeschäft
geografische Lage	Deutschland	Deutschland	Frankreich	Frankreich
Umsatz[1]	372.869	380.435	4.248	4.108
Anzahl der Lohn- und Gehaltsempfänger in Vollzeitäquivalenten	486,8	496,8	6,8	7,8
Gewinn vor Steuern[1]	35.180	13.365	399	403
Steuern auf Gewinn[1]	15.215	9.254	160	340
erhaltene öffentliche Beihilfen	-	-	-	-

[1] in TEUR

Der Umsatz ergibt sich als Summe aus den Zinserträgen, den laufenden Erträgen, Erträgen aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen, den Provisionserträgen sowie den sonstigen betrieblichen Erträgen.

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Landesbank Saar, Saarbrücken, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Bank. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Bank sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Bank. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Bank und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Saarbrücken, den 23. März 2016

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Jürgen Breisch	ppa. Thomas Apitzsch
Wirtschaftsprüfer	Wirtschaftsprüfer

Bericht des Verwaltungsrates

Im abgelaufenen Geschäftsjahr hat der Verwaltungsrat die Geschäftsführung des Vorstandes überwacht. Verwaltungsrat und Risikoausschuss haben regelmäßig Berichte über die Entwicklung und die Geschäftslage der Bank sowie über wichtige Geschäftsvorgänge entgegengenommen und diese mit dem Vorstand der Bank erörtert. Der Prüfungsausschuss hat sich mit den Abschlussprüfungen sowie den internen Kontrollverfahren der Bank befasst und mit dem Vorstand erörtert. In den Sitzungen des Verwaltungsrates wurde regelmäßig über die wesentlichen Inhalte der Sitzungen des Risikoausschusses, des Prüfungsausschusses und des neu gebildeten Vergütungskontrollausschusses berichtet.

Im Rahmen der engen und vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Verwaltungsrat und Vorstand wurden neben den regelmäßigen Berichten und der jährlichen Erörterung der GeschäftsSch und Risikostrategie sowie der IT-Strategie insbesondere die Maßnahmen und weitere Planung zur Stärkung des Eigenkapitals, die Erstellung des ersten Sanierungsplans und die Bildung des Vergütungskontrollausschusses begleitet.

Der Verwaltungsrat und der Risikoausschuss haben, soweit nach der Satzung vorgesehen, bei den Geschäften der Bank mitgewirkt und die erforderlichen Beschlüsse gefasst.

Die Organe der Bank haben in ihren Sitzungen am 21. April 2016 die Einhaltung der unternehmenseigenen Corporate Governance-Grundsätze, zu denen sich die SaarLB freiwillig verpflichtet hat, erörtert und festgestellt, dass keine Anhaltspunkte bekannt sind, die im Geschäftsjahr 2015 einer Einhaltung dieser Grundsätze widersprechen.

Den Lagebericht und den Jahresabschluss, den Konzernlagebericht und den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2015 sowie den Vorschlag für die Gewinnverwendung hat der Verwaltungsrat mit dem Vorstand beraten.

Jahresabschluss und Lagebericht sowie Konzernabschluss und Konzernlagebericht zum 31. Dezember 2015 wurden durch den Abschlussprüfer, die PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, geprüft und erhielten den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk.

Der Verwaltungsrat hat das Prüfungsergebnis zustimmend zur Kenntnis genommen und den HGB-Jahresabschluss zum 31. Dezember 2015 am 21. April 2016 festgestellt. Der IFRS-Konzernabschluss für das zum 31. Dezember 2015 endende Geschäftsjahr wurde vom Verwaltungsrat gebilligt. Dem Vorstand wurde Entlastung erteilt.

Saarbrücken, den 21. April 2016

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates
Jan-Christian Dreesen

Gewinnverwendungsbeschluss

Der Bilanzgewinn für das Geschäftsjahr 2015 in Höhe von EUR 18.287.810,71 wird in Höhe von EUR 9.097.310,71 der anderen Gewinnrücklage der SaarLB (davon EUR 1.102.500,00 der satzungsmäßigen Gewinnrücklage der Landesbausparkasse) zugeführt und in Höhe von EUR 9.190.500,00 ausgeschüttet (davon LBS EUR 0,00).

Finanzbericht der SaarLB -

Konzernabschluss 2015 nach IFRS

Abkürzungsverzeichnis

AbwMechG	Abwicklungsmechanismusgesetz
AMA	Advanced Measurement Approach
AnaCredit	Analytical Credit Dataset
BayernLB	Bayerische Landesbank, München
BilMoG	Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
BRRD	Bank Recovery and Resolution Directive
bspw.	beispielsweise
bzw.	beziehungsweise
CHF	Schweizer Franken
CIR	Cost-Income-Ratio
CRD	Capital Requirements Directive
CRR	Capital Requirements Regulation
DAX	Deutscher Aktienindex
DSGV	Deutscher Sparkassen- und Giroverband e. V.
EBA	European Banking Authority
EDIS	European Deposit Insurance System
EE	Erneuerbare Energien
EK	Eigenkapital
EU	Europäische Union
EUR	Euro
EURIBOR	Euro Interbank Offered Rate
EWU	Europäische Währungsunion
EZB	Europäische Zentralbank
FK	Fremdkapital
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GWp	Gigawatt Peak
HGB	Handelsgesetzbuch
HoRe	Hochrechnung
HQLA	High Quality Liquid Assets
i. d. R.	in der Regel
i. H. v.	in Höhe von
i. V. m.	in Verbindung mit
IASB	International Accounting Standards Board
ICAAP	Internal Capital Adequacy Assessment Process
IFRS	International Financial Reporting Standards
IKS	Internes Kontrollsystem
Insee	Institut national de la statistique et des études économiques
IRBA	Internal Ratings Based Approach
IT	Informationstechnologie
IWF	Internationaler Währungsfonds
KWG	Kreditwesengesetz
kWh	Kilowattstunde
LBS	Landesbausparkasse Saar, Saarbrücken
LCR	Liquidity Coverage Ratio
MaH	Mindestanforderungen an das Betreiben von Handelsgeschäften

MaRisk	Mindestanforderungen an das Risikomanagement
MiFID	Markets in Financial Instruments Directive
MiFIR	Markets in Financial Instruments Regulation
Mio.	Millionen
Mrd.	Milliarden
MW	Megawatt
o. g.	oben genannt
OE	Organisationseinheit
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OpRisk	Operationelles Risiko
PfandBG	Pfandbriefgesetz
PIIGS	Portugal, Italien, Irland, Griechenland und Spanien
PPP	Public Private Partnership
PRIIPS	Packaged Retail and Insurance-based Investment Products Regulation
rd.	rund
ROE	Return on Equity
RWA	Risk-Weighted Assets
SaarLB	Landesbank Saar, Saarbrücken
S-Finanzgruppe	Sparkassen-Finanzgruppe
SNB	Schweizerische Nationalbank
SolvV	Solvabilitätsverordnung
SRM	Single Resolution Mechanism
TWh	TeraWattStunden
u. a.	unter anderem
UK	United Kingdom
USD	US-Dollar
US-GAAP	United States Generally Accepted Accounting Principles
v. a.	vor allem
VaR	Value at Risk
YtD	Year to Date

Übersicht

Die SaarLB

Der Landesbank Saar-Konzern (im Folgenden „SaarLB“ genannt) ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Saarbrücken. Die Trägerstruktur der SaarLB stellt sich zum 31.12.2015 wie folgt dar:

Saarland:	74,90 %
Sparkassenverband Saar, Saarbrücken:	25,10 %

Strategischer Anspruch der SaarLB ist der Auftritt als „Die deutsch-französische Regionalbank“ mit den Schwerpunkten Firmenkundengeschäft, Immobiliengeschäft, Projektfinanzierungen im Bereich Erneuerbare Energien (EE), Betreuung von Institutionellen, der öffentlichen Hand (Kommunen und kommunalnahe Unternehmen), von

Privatkunden (Private Banking und Wealth Management) sowie von Sparkassen im Verbundgeschäft.

Die zur SaarLB gehörende Landesbausparkasse Saar (LBS) finanziert im Rahmen des Bauspargeschäftes überwiegend privat genutzte Immobilien.

Aufgrund ihrer Historie und ihrer Eigentümerstruktur ist die SaarLB integraler Bestandteil der Sparkassen-Finanzgruppe und räumt der Verbundarbeit insbesondere mit den saarländischen Sparkassen hohe Priorität ein. Die SaarLB ist Zentralbank der Sparkassen und übt die Hausbankfunktion für das Saarland aus.

Zwischen der SaarLB und ihren Gesellschaftern sind jeweils Commitments vereinbart, die u. a. die dauerhafte Eigenständigkeit der Bank sowie ihre Weiterentwicklung zur deutsch-französischen Regionalbank gewährleisten sollen. Darüber hinaus existiert eine Rahmenvereinbarung mit dem Sparkassenverband Saar über die Grundsätze der Zusammenarbeit zwischen den saarländischen Sparkassen und der SaarLB.

Der gesamte Zielmarkt der SaarLB umfasst das Saarland, angrenzende Regionen in Südwestdeutschland und Frankreich sowie Luxemburg. Für das Geschäft im Bereich Erneuerbare Energien ist der Kernmarkt der SaarLB in Deutschland und Frankreich überregional jeweils in Abhängigkeit von den geografischen Rahmenbedingungen, die für das erfolgreiche Betreiben der EE-Anlagen erforderlich sind.

Das Geschäftsmodell der Bank ist geprägt von der Vergabe langfristiger Kredite.

Zum Zielgeschäft bei Immobilien- und Projektfinanzierungen sowie bei der LBS zählen diejenigen Engagements, bei denen das finanzierte Objekt beziehungsweise Projekt in Deutschland oder Frankreich liegt. Bei Immobilien (außer LBS) muss darüber hinaus der Kreditnehmer, Investor oder Asset Manager im Zielmarkt ansässig sein oder das finanzierte Objekt im Zielmarkt liegen. Im Bereich der Immobilienfinanzierungen in Frankreich zählt auch die Region Île-de-France zum Zielmarkt.

Produktseitig konzentriert sich die SaarLB in erster Linie auf marktgängige und bedarfsgerechte Produkte. Komplexe und hoch spezialisierte Produkte und Dienstleistungen werden überwiegend über Kooperationspartner dargestellt.

Die SaarLB ist das größte Kreditinstitut mit Sitz im Saarland und fühlt sich der Region in besonderem Maße verbunden und verpflichtet. Die SaarLB ist regional verwurzelt, gestaltet das wirtschaftliche Leben aktiv mit und leistet einen wichtigen Beitrag zur kulturellen Vielfalt und zur Förderung der Wissenschaften in der Großregion. Dies kommt unter anderem auch durch die Verleihung des SaarLB-Wissenschaftspreises sowie durch umfangreiche Dauerleihgaben an das Saarlandmuseum zum Ausdruck.

Die besondere Verpflichtung der SaarLB ihren Mitarbeitern gegenüber spiegelt sich in der Personalarbeit wider. Ein Schwerpunkt lag in 2015 neben der Weiterentwicklung der Führungsleitlinien, auch in der Überarbeitung der Fach- und Führungslaufbahn, der weiteren Verbesserung der Personalarbeit in Frankreich, der Umsetzung der regulatorischen Anforderungen im Bereich Personal und der Optimierung des Personalcontrollings.

Um die Standardprozesse im Bereich Personal weiter zu vereinfachen, wurden verstärkt Möglichkeiten der technischen Unterstützung der Finanz-Informatik eingeführt, sowie z. B. im Bereich der Personalkostenplanung.

Der Konsolidierungskreis der SaarLB umfasst wie schon zum 31.12.2014 unverändert 7 Tochterunternehmen. Dabei handelt es sich um die SaarLB Bankenbeteiligungsgesellschaft mbH, Saarbrücken, die LBS Immobilien GmbH, Saarbrücken, und um Spezialfonds, die nach IFRS 10 voll konsolidiert werden. Unternehmen, auf die die SaarLB einen maßgeblichen Einfluss ausüben kann (assoziierte Unternehmen) werden nach der at-Equity-Methode in den Konzernabschluss einbezogen. Dabei werden wie im Vorjahr drei assoziierte Unternehmen nach der at-Equity-Methode bewertet. Die Festlegung des Konsolidierungskreises der SaarLB erfolgt unter Wesentlichkeitsgesichtspunkten.

Die SaarLB hat ihr Geschäft in mehrere Segmente untergliedert, die im Wesentlichen auch die Aufbauorganisation widerspiegeln. Wie im Prognosebericht zum 31.12.2014 avisiert, wurde die Segmentstruktur in 2015 an die geänderte Aufbauorganisation angepasst. Dies bedeutet, dass zwei neue Segmente etabliert wurden: Kommunalbank und Verbundbank. Die Kommunalbank wurde mit Kommunalkunden aus dem bisherigen Segment Sparkassen, Institutionelle und Vermögende sowie mit deutschen kommunalnahen Kunden aus dem Segment Firmenkunden aufgebaut. Die Verbundbank umfasst das bisherige Segment LBS sowie die Sparkassen aus dem Segment Sparkassen, Institutionelle und Vermögende. Die Anzahl der Segmente hat sich somit von 6 (31.12.2014) auf 7 (31.12.2015) erhöht. Die Segmente sind im Folgenden dargestellt:

Firmenkunden

Das Segment Firmenkunden umfasst das gesamte Mittelstandsgeschäft der SaarLB in seinen Zielmärkten. Hierzu zählen in Deutschland das Saarland, Rheinland-Pfalz und angrenzende Regionen in Hessen und Baden-Württemberg. In Frankreich konzentriert sich die SaarLB mit dem Firmenkundengeschäft auf den Grand-Est und hier insbesondere auf das benachbarte Elsass-Lothringen, wo die Bank mit ihrer Niederlassung in Metz sowie ihrem Vertriebsbüro in Straßburg vertreten ist. Ankerprodukt des Segmentes ist die klassische Kreditfinanzierung. Zum Produktspektrum zählen in Frankreich außerdem auch Finanzierungen für Kommunen und kommunalnahe Unternehmen.

Darüber hinaus werden im Sinne eines ganzheitlichen Betreuungsansatzes vor allem Produkte des Anlage- sowie des Zins- und Währungsmanagements, aber auch aus den Bereichen Außenhandel/Internationales Geschäft und Zahlungsverkehr den Bedürfnissen des Kunden entsprechend angeboten.

Immobilien

Das Segment Immobilien verantwortet in der SaarLB die Finanzierungen gewerblicher Immobilien. Die geschäftlichen Aktivitäten beschränken sich auf die Zielmärkte der SaarLB. Geschäftsabschlüsse erfolgen auf bilateraler Basis oder in der Form von Club Deals unter Federführung der Bank. Im Fokus der Marktbearbeitung stehen professionell agierende bzw. institutionelle Investoren als Zielkunden, die ihrerseits primär in Büro- oder Handelsimmobilien investieren. Im deutschen Zielmarkt begleitet die SaarLB als Finanzdienstleister auch Developer Maßnahmen sowie Public-Private-Partnership (PPP)

Maßnahmen für Investitionen in Infrastruktur, Bildung oder sonstige öffentliche Baumaßnahmen. Der regionale Fokus des Geschäftssegmentes Immobilien liegt auf der deutschen Seite im Großraum Rhein-Main, in Frankreich im Ballungsraum Île-de-France. Ebenso wie im Segment Firmenkunden ist die Kreditfinanzierung Ankerprodukt, wobei die Strukturierungs- und grenzüberschreitende Rechtskompetenz der SaarLB wesentlich für den Geschäftserfolg des Segmentes ist.

Projekte

Das Segment Projekte umfasst in der SaarLB die Finanzierung von Projekten primär im Sektor Erneuerbarer Energien (EE), aber auch im Bereich Public Private Partnership auf dem französischen Markt. Im EE-Sektor begleitet die SaarLB als Finanzdienstleister mittelständische Projektinitiatoren und Hersteller, die in Wind- und/oder Solarparks an guten Standorten und mit ausgereifter Technik investieren. Viele Kunden des Geschäftssegmentes werden grenzüberschreitend betreut. Hierbei ist das Segment auf der deutschen Seite regional mit Fokus auf den Südwesten (Saarland, Rheinland-Pfalz mit angrenzenden Regionen) sowie - bedingt durch seine sehr gute Marktstellung - auf der französischen Seite landesweit vertreten. Offshore-Windparks finanziert die Bank nicht. Ebenso wie in den Segmenten Firmenkunden und Immobilien ist die Kreditfinanzierung von ausschlaggebender Bedeutung für die Kundenbeziehung und damit die Geschäftsentwicklung.

Neben der besonderen deutsch-französischen Rechts-, Markt- und Sprachexpertise der SaarLB sind das tiefe, langjährige Know-How in Bezug auf die Analyse der Projekte und Standorte, die daraus hergeleitete strikt fallspezifische und Cashflow-getriebene Strukturierung der Finanzierung und der gute Zugang der SaarLB zu langfristiger Refinanzierung als die wesentlichen Schlüsselfaktoren für den nachhaltigen Geschäftserfolg des Segmentes anzusehen.

Private und Institutionelle

Im bisherigen Segment Sparkassen, Private und Institutionelle haben sich aufbauorganisatorische Änderungen ergeben. Die kommunalen Kunden wurden in die Kommunalbank übertragen und die Sparkassen der Verbundbank zugeordnet. In dem damit neu geschaffenen Segment Private und Institutionelle erfolgt die ganzheitliche Vermögensberatung und -verwaltung sowie der Vertrieb von Geld- und Kapitalmarktprodukten. Der Schwerpunkt des Teilsegmentes Institutionelle liegt in der Sicherstellung der Refinanzierung der SaarLB, der Betreuung des Spezialfondsgeschäftes sowie klassischen Salesaktivitäten. Bestehende Kundenverbindungen werden intensiviert, Kontakte und Geschäftsbeziehungen zu Versicherungen und Versorgungswerken, Regionalbanken und Sparkassen ausgebaut. Im Saarland und in Rheinland-Pfalz erfolgt die Marktbearbeitung der letztgenannten Zielgruppe gemeinsam mit der Verbundbank. Im Teilsegment Private (Private Banking und Wealth Management) steht die ganzheitliche Betreuung und Beratung von vermögenden Privatkunden im Vordergrund. Gleichzeitig werden die Firmen- und Immobilienkunden der SaarLB in allen Fragen des Anlagemanagements beraten.

Kommunalbank

Die Kommunalbank wurde im Jahr 2015 als Segment neu etabliert. Innerhalb der Kommunalbank werden sowohl klassische deutsche Kommunalkunden (bisher im Segment Sparkassen, Private und Institutionelle) als auch deutsche kommunalnahe Unternehmen (bisher im Segment Firmenkunden) betreut. Klassische Kommunalkunden sind Städte, Gemeinden, Gemeindeverbände, Landkreise, kommunale Zweckverbände, Wasser- und Bodenverbände sowie kommunale Eigengesellschaften in öffentlich-rechtlicher Rechtsform im Geschäftsgebiet der SaarLB. Voraussetzung für die Betreuung von kommunalnahen Unternehmen ist, dass diese eine öffentliche Beteiligung von mindestens 50 % besitzen. Der ganzheitliche Ansatz umfasst hierbei insbesondere das Bereitstellen von Liquidität, die Betreuung im Schuldenportfoliomanagement und das Arrangieren von kommunalen Schuldscheindarlehen. Dabei arbeitet die SaarLB eng mit den ansässigen Sparkassen zusammen.

Verbundbank

Das Segment der Verbundbank wurde - ebenso wie die Kommunalbank – im Jahr 2015 neu aufgebaut. In der Verbundbank enthalten sind die Sparkassen sowie das bisher eigenständige Segment LBS. Die Verbundbank ist als Relationship-Center organisiert und als solches insbesondere für die saarländischen Sparkassen primärer Ansprechpartner und Dienstleistungsadresse. Mit der Verbundbank stärkt die SaarLB ihre Funktion als Partner der saarländischen Sparkassen. Die Zusammenarbeit mit den Sparkassen als Eigentümer, Kunde und Partner wird intensiviert und nachhaltig ausgebaut. In Zusammenarbeit mit den jeweiligen Spezialisten der Fachbereiche der SaarLB bietet die Verbundbank ein bedarfs- und wettbewerbsgerechtes Leistungsangebot z. B. für Konsortialfinanzierungen, Syndizierungen und Eigenanlagen einerseits sowie andererseits eine Ergänzung/Erweiterung der Produktpalette für die Kunden der Sparkassen

Die Landesbausparkasse Saar (LBS Saar), eine rechtlich unselbstständige Einheit der SaarLB, ist als integraler Bestandteil der Sparkassen-Finanzgruppe Saar gemeinsam mit ihren Tochterunternehmen Dienstleistungs- und Kompetenzzentrum „rund um die Immobilie“. Kernleistungen sind das Bausparen sowie die Finanzierung von Wohnimmobilien. Ein weiterer geschäftspolitischer Fokus liegt auf der Finanzierung von energetischen Maßnahmen bei überwiegend privat genutzten Immobilien sowie Investitionen im Rahmen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes wie beispielsweise Photovoltaikanlagen.

Treasury & Portfoliomanagement

Das Treasury ist für die Steuerung des Zinsbuchs der Bank, das Deckungsstock- und Collateral Management sowie die Liquiditätssteuerung und -bepreisung zuständig. Dem Portfoliomanagement obliegen die Steuerung der Liquiditäts- und Sicherheitendepots und die Betreuung der strategischen Eigenanlagen der Bank (Direktanlagen und Spezialfonds).

Steuerungssystem der Bank

Die strategische Steuerung der SaarLB erfolgte in 2015 – in Anlehnung an die Geschäftsstrategie auf Gesamtbank- sowie auf Segmentebene – durch die nachfolgenden finanziellen IFRS-Leistungsindikatoren:

- Return on Equity (RoE): Ergebnis vor Steuern im Verhältnis zum gebundenen ökonomischen Kapital, wobei das ökonomische Kapital als 8 % der aufsichtsrechtlich ermittelten durchschnittlichen Risikopositionen im Berichtsjahr definiert ist.
- Cost Income Ratio (CIR): Verwaltungsaufwendungen im Verhältnis zur Summe der ordentlichen Erträge (bestehend aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss und dem sonstigen Ergebnis). Das Fair Value-Ergebnis wird hierbei explizit nicht berücksichtigt, um einen marktinduzierten Verwässerungseffekt zu vermeiden.
- RWA-Rentabilität: Bei dieser Kennzahl wird die Summe aus Zins-, Provisionsüberschuss und sonstigem betrieblichen Ergebnis in Relation zu den durchschnittlichen Risikopositionen dargestellt.

Nicht finanzielle Leistungsindikatoren werden zur Steuerung nicht eingesetzt.

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Deutschland

Das Wachstum der deutschen Wirtschaft war 2015 im Mittelfeld des Euroraums angesiedelt. Die Jahresrate des realen Bruttoinlandsproduktes (BIP) erreichte hierzulande nach der ersten amtlichen Schätzung 1,7 %. Unter Berücksichtigung von einem Plus von zwei Arbeitstagen, die 2015 gegenüber dem Vorjahr zur Verfügung standen, entspricht dies einem arbeitstäglich bereinigten Wachstum von 1,5 % und liegt somit auch im Rahmen unserer Vorjahresprognose. Das Wachstum verlief dabei recht gleichmäßig in den einzelnen Quartalen. Die stetige wirtschaftliche Entwicklung zeigte sich von den im Jahresverlauf abwechselnden geopolitischen Risiken und Krisen (Griechenland, Ukraine, Terroranschläge) nicht grundlegend erschüttert. Zur Stabilität des Wachstums trugen neben einer günstigen Finanzierungssituation, auch die Abwertung des Euro und der Kaufkraftgewinn durch das billige Öl bei.

Der Export Deutschlands legte 2015 real um 5,4 % zu. Das ist - unserer Vorjahresprognose folgend - deutlich mehr als in den vorangegangenen Jahren, was angesichts des Gegenwindes von der Weltwirtschaft einerseits durchaus beachtlich ist. Doch andererseits relativiert sich der Anstieg vor dem Hintergrund der eingetretenen starken Abwertung, die dem deutschen Export auf den Weltmärkten zu einer erheblichen Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit verhalf. Gleichzeitig stiegen die Importe nach Deutschland sogar um real 5,7 %. Vom Außenhandel ging deshalb unter dem Strich in der Realbetrachtung kaum ein Wachstumsimpuls für die deutsche Wirtschaft aus. Aber selbst wenn der mengenmäßige Gütersaldo sich kaum verändert hat, haben der nominale Außenbeitrag und der Leistungsbilanzsaldo 2015 neue Rekordmarken erreicht. Das liegt an der unterschiedlichen Preisentwicklung von Exporten und Importen. Die Importrechnung hat sich durch den Rohstoffpreisverfall deutlich verbilligt.

Treiber des realen Wachstums war wesentlich die inländische Güterverwendung. Die starke binnenwirtschaftliche Nachfrage machte allein 1,6 % der Gesamtwachstumsrate von 1,7 %

aus. Besonders der Konsum expandierte kräftig. Der private Konsum konnte sich auf eine weiter ausgebaute Beschäftigungslage, steigende Löhne und die hohe verbleibende Kaufkraft angesichts des geringen Preisauftriebs stützen. Der Verbrauch der Haushalte legte real um 1,9 % zu.

Der Staatskonsum erhöhte sich real sogar um 2,8 % noch stärker als der private Konsum. Dazu trugen auch die Ausgaben für die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge und für erste Integrationsmaßnahmen bei.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) hat Ende November 2015 ein Eckpunktepapier für die vorgesehene Reform des Eneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) für Sommer 2016 veröffentlicht. Dieses Dokument umfasst die Umstellung des deutschen Fördersystems für Windenergie und Photovoltaik ab 2017 auf Ausschreibungen. Ziel ist es, durch mehr Wettbewerb einen kosteneffizienteren Erneuerbaren-Ausbau zu erreichen, der zu einem Anteil der Erneuerbaren Energien am deutschen Strommix von 40-45 % bis 2015, 55-60 % bis 2035 und mind. 80 % bis 2050 führen soll.

Im vergangenen Jahr sind in Deutschland 3.535,8 MW an Windenergieleistung netto installiert worden. Verglichen mit dem Rekordjahr 2014 ist der Zubau zwar um 19 % gesunken, blieb dennoch auf hohem Niveau. Insgesamt wurden im Jahr 2015 Windenergieanlagen mit einer Leistung von 195,2 MW abgebaut. Die neu installierte Windleistung durch Repowering-Projekte betrug 484,1 MW. Ende 2015 waren in Deutschland dadurch insgesamt 41.651,5 MW an Windenergieleistung ans Netz angeschlossen. Die Windräder versorgten 2015 mit 78 TWh etwa 20 Mio. Haushalte und liefern die Energie für einen Anteil von 12 % des Bruttostromverbrauchs.

Für das Jahr 2015 konnte erneut eine Rekordstromerzeugung aus Photovoltaikanlagen erreicht werden. Dank günstiger Witterungsbedingungen und neuer Photovoltaikanlagen in einem Umfang von nahezu 1,46 GWp (rückläufig im Vergleich zu 1,9 GWp im Jahr 2014) konnte die Stromerzeugung aus den 1,53 Mio. deutschen Solaranlagen mit rund 37 Mrd. kWh einen neuen Rekord verbuchen. Die Photovoltaik trug damit etwa rd. 6,2 % zum deutschlandweiten Bruttostromverbrauch bei und vermochte so den Jahresstrombedarf von mehr als 10,5 Mio. deutschen Durchschnittshaushalten zu decken.

Das Jahr 2015 brachte am deutschen Immobilienmarkt viele neue Rekorde. Am gewerblichen Investmentmarkt wurden seit 2007 die höchsten Umsätze erzielt. Auch der Vermietungsmarkt hat aufgeholt: Die Top-Standorte verbuchten um etwa 20 % höhere Büroflächenumsätze, die Leerstände sind auf das niedrigste Niveau seit 2002 gesunken. Trotz der positiven Entwicklung auf der Nachfrageseite des gewerblichen Immobilienmarktes reagierte jedoch das Angebot nur verhalten. So sind die Investitionen im Nichtwohnungs-Hochbau in Deutschland im letzten Jahr sogar deutlich um preisbereinigt rund 2 % gesunken, wohingegen sie im Wohnungsbau um 1,5 % anstiegen. Der eher wenig spektakulären Entwicklung an den Vermietungsmärkten stand hingegen eine sehr hohe Dynamik am Investmentmarkt gegenüber. Hier wurden inzwischen Transaktionsvolumina in ähnlicher Größenordnung wie im Hype 2007 erreicht, wozu das extreme Niedrigzinsniveau und der daraus resultierende zunehmende Anlagenotstand beitrugen.

Frankreich

Entgegen der Entwicklung der Vorjahre hat sich das Bruttoinlandsprodukt (BIP) Frankreichs 2015 unseren Erwartungen entsprechend um real 1,1 % erhöht, die Dynamik bleibt jedoch weiterhin verhalten. Als treibende Kräfte haben zu einem großen Teil außenwirtschaftliche Faktoren wie der stark gesunkene Ölpreis, die lockere Geldpolitik der europäischen Zentralbank und auch der niedrige Kurs des Euro beigetragen.

Positiv entwickelte sich im Inland - ähnlich wie in Deutschland - der private Konsum. Bei relativ starken saisonalen Schwankungen setzen die Konsumausgaben der privaten Haushalte auf das Gesamtjahr bezogen ihr Wachstum fort. Nach einem Plus von 0,6 % im Jahr 2014 stieg die reale Zunahme in 2015 auf 1,4 %. Am stärksten profitieren davon industrielle Waren aus dem Non-Food-Bereich. Auch der Verbrauch von Energie stieg relativ stark. Neben Witterungseinflüssen dürfte hierfür auch das gesunkene Preisniveau bei Kraftstoffen mit verantwortlich sein.

Die Gesamtinvestitionen verringerten sich leicht um 0,1%, vor allem beeinflusst durch den Effekt der Sparanstrengungen der öffentlichen Hand, aber auch der privaten Haushalte. Insgesamt zeigt sich bei den Investitionen jedoch ein sehr uneinheitliches Bild. Am kräftigsten legten im Gesamtjahr 2015 die Investitionen in kommerzielle Dienstleistungen zu. Aber auch Investitionen in hergestellte Waren stiegen 2015 gegenüber 2014 um 2,0 %. Im Gegenzug litt die Gesamtentwicklung an den mit einem Minus von 3,0 % abermals gesunkenen Bauinvestitionen.

Das französische Statistikinstitut Insee hat Ende Januar 2016 die vorläufigen Zahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung im 4. Quartal 2015 veröffentlicht. Demnach konnte in den letzten drei Monaten des Jahres 2015 die produzierende Industrie klar zulegen, etwas stärker als die ebenfalls expandierenden Dienstleistungen. Bemerkenswert war das positive Quartalsergebnis der Bauwirtschaft, die ihre Aktivitäten gegenüber dem Vorquartal um 0,7 % steigern konnte und damit das erste Wachstum nach acht Quartalen im Minus verzeichnete. Durch die positive Entwicklung im 4. Quartal wird die Hoffnung auf eine Trendwende beim Bau für 2016 verstärkt.

Für das Jahr 2015 wurde die steigende Tendenz beim Ausbau der Erneuerbaren Energien erneut bestätigt. Windenergie- und Solaranlagen konnten im letzten Jahr ihre Kapazitäten um 2.000 MW ausbauen, wohingegen die französischen Erzeugungskapazitäten aus Kohle um 33 % gesunken (-1.500 MW) sind. Die Stromerzeugung aus Windenergieanlagen machte 2015 ca. 4,5 % am landesweiten Stromverbrauch aus. Die Gesamtleistung der installierten Windenergieanlagen in Frankreich belief sich Ende Dezember 2015 auf 10.308 MW. Neu ans Netz angeschlossene Kapazitäten im vergangenen Jahr liegen zwar mit 932 MW um 20 % niedriger als im Jahr zuvor, jedoch deutlich über den jährlichen Zubauwerten der Jahre 2011 bis 2013. Die Solarstromerzeugung liefert die Energie für einen Anteil von 1,6 % des Stromverbrauchs. Die französischen Photovoltaikanlagen kommen Ende Dezember 2015 auf eine Leistung von insgesamt 6.549 MW, wobei 879 MW hinzugekommen sind. Dies entspricht einem Rückgang von 8 % gegenüber dem Vorjahr an neu installierter Leistung. Vor allem Kleinanlagen mit niedriger Leistung haben Einbußen verbucht. Die Leistung von Solarprojekten, die einen Antrag auf Netzanschluss gestellt haben, blieb mit 1.980 MW Ende 2015 konstant.

Für die wesentlichen Immobilienmärkte in Frankreich (Großraum Paris, einzelne prosperierende Regionalmetropolen wie insbesondere Lyon) war im Vergleich zu Deutschland eine gleichartige Marktentwicklung zu konstatieren, die durch die französischen

und internationalen Geschäftsbanken getrieben wurde. Das Marktgeschehen für gewerbliche Immobilien war in der Breite durch einen beschleunigten Preisanstieg in Verbindung mit einer größeren Risikobereitschaft der Kreditgeber gekennzeichnet.

Finanzsektor

Das Jahr 2015 war geprägt durch die Aufrechterhaltung der europäischen Finanzstabilität, die durch die weiterhin anhaltende Verschuldungsthematik europäischer Staaten auch in diesem Jahr angespannt bleibt. Im März 2015 hat die Europäische Zentralbank (EZB) ihren Anleihekaufprogramm, eine Form eines Quantitative Easing, begonnen. Seither werden Covered Bonds, Asset Backed Securities, vor allem aber Staatsanleihen in einem Volumen von monatlich EUR 60 Mrd. durch die EZB und die nationalen Notenbanken erworben.

Das anhaltende Niedrigzinsumfeld stellte das deutsche Finanzsystem auch im Jahr 2015 vor weitere wirtschaftliche Herausforderungen.

Darüber hinaus existiert weiterhin eine Reihe von Risiken, die die Stabilität des Eurosystems stören können. Hierzu zählt neben geopolitischen Risiken auch die Entwicklung der europäischen Flüchtlingskrise, die die Staatshaushalte belastet und innerhalb der politischen Lager weitreichende Diskussionen auslöst. Ebenso zu berücksichtigen sind Forderungen gegen Länder, die sich weiterhin im Restrukturierungsprozess - resultierend aus der europäischen Schuldenkrise - befinden.

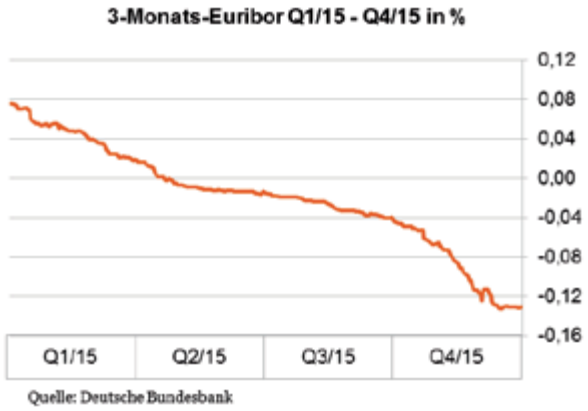
Auch die Entwicklung am europäischen und insbesondere am deutschen Aktienmarkt wurde in 2015 durch makroökonomische Faktoren wie bspw. die quantitativen Maßnahmen der EZB, die Abwertung des Euro sowie den drastisch gesunkenen Ölpreis, begünstigt. Der DAX konnte die Marke von 10.000 Punkten innerhalb des Berichtsjahres fast permanent überschreiten. Nach einem leichten Rückgang im September erholte sich der Leitindex schnell wieder und schloss die Berichtsperiode mit einem deutlichen Jahresplus von 9,56 % bei einem Stand von 10.743 Punkten.

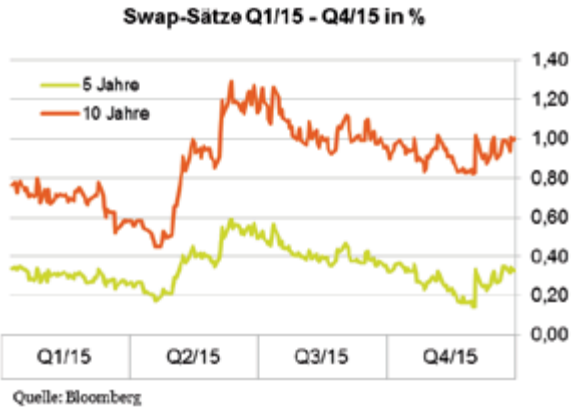
Entgegen der positiven Entwicklung am Aktienmarkt, gab der Euro gegenüber dem US-Dollar im Jahresverlauf deutlich nach und fiel von 1,21 EUR/USD zum Jahresbeginn auf 1,09 EUR/USD zum Jahresende 2015.

Der Schweizer Franken notierte zum Jahresbeginn 2015 bei einer Marke von 1,20 EUR/CHF. Gestützt wurde dieser Kurs durch Maßnahmen der Schweizerischen Nationalbank (SNB), die versuchte, eine Aufwertung des Franken zu vermeiden. Nachdem die SNB die Maßnahmen am 15.01.2015 aussetzte, sackte der Kurs deutlich auf unter 1,00 EUR/CHF ab, schloss jedoch mit einer leichten Erholung bei 1,08 EUR/CHF zum Jahresende 2015. Die SaarLB bzw. ihre Kunden betreiben nur in unbedeutendem Maße Geschäfte in Schweizer Franken. Insofern spielt die Abwertung für die SaarLB eine untergeordnete Rolle.

Aufgrund der anhaltend langsamen wirtschaftlichen Erholung in der Eurozone beließ die EZB ihren Leitzins, der zuletzt im September 2014 gesenkt wurde, auch im abgelaufenen Geschäftsjahr weiterhin auf 0,05 %. Nachdem bereits in 2014 dem Negativzinsumfeld Rechnung getragen wurde, senkte die EZB den Zinssatz für die Einlagefazilität um weitere 0,10 % auf nunmehr -0,30 % und bleibt damit im negativen Bereich.

Der durchschnittliche 3-Monats-Euribor lag im Berichtsjahr 2015 ab Ende des 1. Quartals durchgehend unter dem ursprünglichen Erwartungswert der Bank von 0,04 % und hat sich von Jahresbeginn an mit dem Anfangswert von 0,06 % kontinuierlich nach unten entwickelt. Der Schlusskurs lag bei -0,13 % und unterschritt damit das bereits niedrige Niveau aus 2014. Die Entwicklung der langfristigen Zinsen zeigt ein leicht abweichendes Bild. Nachdem die Zinsen - dem Trend aus 2014 folgend - bis zum Anfang des 2. Quartals weiter gesunken waren, konnten sich diese bis zum Jahresende wieder leicht erholen. Nichtsdestotrotz verblieben die Zinsen - entgegen unserer Erwartungen - weiterhin auf historisch niedrigem Niveau.





Auch in 2015 musste sich der Finanzsektor der Herausforderung stellen, die aus strukturellen Veränderungen im Finanzsystem resultierten. Eine wesentliche Rolle spielte hierbei die Bedeutung von Regulierungsmaßnahmen bzw. regulatorischen Anforderungen, die den Finanzsektor nachhaltig bestimmt haben und auch in Zukunft noch prägen werden.

Mit dem Gesetz zur Anpassung des nationalen Bankenabwicklungsrechts an den Einheitlichen Abwicklungsmechanismus und die europäischen Vorgaben zur Bankenabgabe (Abwicklungsmechanismusgesetz - AbwMechG) vom 2. November 2015 wurde ein weiterer Schritt zur Einführung eines einheitlichen Abwicklungsmechanismus für in Schieflage geratene Banken in Europa gemacht. Das AbwMechG trägt den im Rahmen der Bankenunion eingeführten Einheitlichen Europäischen Abwicklungsmechanismus (Single Resolution Mechanism - SRM) mit allen Befugnissen zum 1. Januar 2016 und den zwischenzeitlich ergangenen europäischen Konkretisierungen zur Bankenabgabe im nationalen Recht Rechnung.

Dem Zielbild der im Juli 2014 in Kraft getretenen EU-Krisenmanagementrichtlinie (BRRD) sowie der ab dem 1. Januar 2016 geltenden SRM-Verordnung entsprechend sollen Verluste, die aus einer Bankenabwicklung resultieren, in erster Linie von den Anteilseignern und Gläubigern getragen werden. Sofern dies nicht ausreichen sollte, sind etwaige Abwicklungsverfahren durch einen EU-Abwicklungsfonds aufzufangen, der von allen CRR-Instituten durch im Voraus erhobene Jahresbeiträge aufgebaut werden soll.

Die Europäische Kommission hat am 24. November 2015 einen Gesetzesvorschlag zur Vergemeinschaftung der Einlagensicherung auf europäischer Ebene vorgelegt. Ziel ist es, das Vertrauen in die Sicherheit von Bankeinlagen unabhängig von dem betreffenden Mitgliedstaat zu stärken. Die europäische Einlagensicherung EDIS (European Deposit Insurance System) soll in einem ersten Schritt - bis spätestens Mitte 2017 - als Rückversicherung für die nationalen Einlagensicherungssysteme auf europäischer Ebene eingerichtet werden. Dieses europäische Rückversicherungssystem würde - wie der einheitliche Abwicklungsfonds - über risikobasierte Beiträge finanziert, die im Voraus zu zahlen sind. Für alle Staaten der Eurozone soll die Teilnahme verpflichtend sein.

Geschäftsverlauf

Die Bank kann für 2015 auf einen positiven Neugeschäftsverlauf zurückblicken. Auch wenn sich das Neugeschäft nicht gleichmäßig auf die einzelnen Monate verteilte, sondern erst ab der Jahresmitte etwas zugelegt hat, konnte der für die Kundensegmente (ohne Verbundbank) gesetzte Planwert von rd. EUR 1,5 Mrd. um rd. EUR 300 Mio. überschritten werden. Das Neugeschäft verteilt sich dabei zu rd. 60 % auf Deutschland und zu 40 % auf Frankreich. Der wesentliche Treiber in Frankreich war das Segment Projekte. Alle Kundensegmente konnten die gesetzten Volumensziele überschreiten, besonders hervorzuheben sind hierbei jedoch die Segmente Kommunalbank und Projekte, die den Plan in Summe um rd. EUR 200 Mio. übertrafen. Die Portfolioqualität des Neugeschäfts entsprach den Erwartungen, die für das Neugeschäft gesetzten Margenziele konnten im Jahresverlauf hingegen nur leicht übertroffen werden.

Ertragslage

Ergebnisentwicklung des SaarLB Konzerns

Der Konzernüberschuss vor Steuern liegt mit EUR 75,5 Mio. um EUR 12,5 Mio. unter dem Ergebnis des Vergleichszeitraums 2014 (EUR 88,0 Mio.). Insbesondere die verhaltene Investitionstätigkeit und das weiter gesunkene, sehr niedrige Zinsniveau in 2015 wirken sich ergebnisbelastend auf die SaarLB aus.

Aufgrund des stabilen Geschäftsverlaufs in 2015, dem gestiegenen Provisionsergebnis sowie der deutlich niedriger als erwarteten Risikovorsorge, ist der Return on Equity (vor Steuern) nach IFRS mit 14,3 % zum 31.12.2015 merklich besser als im Rahmen der letztjährigen Prognose (10,5 %) angenommen. Das Niveau des Vorjahres wurde jedoch leicht unterschritten (Vorjahr: 16,0 %). Die Cost Income Ratio nach IFRS liegt mit 57,6 % geringfügig über dem Vorjahreswert von 57,3 % und moderat über unserem Prognosewert. Die RWA-Rentabilität ist mit 2,1 % im erwarteten Rahmen gestiegen und bestätigt unsere Prognose von 2,1 %.

in Mio. EUR		2015	2014	Δ Mio.	Δ in %
Zinsüberschuss inkl. Ergebnis aus at-Equity bewerteten Unternehmen	[1]	124,7	120,2	4,5	3,7 %
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	[2]	-3,8	-16,2	12,4	-76,5 %
Provisionsüberschuss	[3]	13,5	7,2	6,3	87,5 %
Ergebnis aus der Fair Value Bewertung inkl. Ergebnis aus Sicherungsgeschäften	[4]	15,7	48,4	-32,7	-67,6 %
Ergebnis aus Finanzanlagen	[5]	5,5	0,9	4,6	511,1 %
Verwaltungsaufwand (inkl. Afa)	[6]	-78,8	-73,5	-5,3	7,2 %
Sonstiges Ergebnis	[7]	-1,3	0,9	-2,2	-244,4 %
Konzernüberschuss/-fehlbetrag (vor Steuern)	**[8]**	**75,5**	**88,0**	**-12,5**	**-14,2 %**
Ertragsteuern	[9]	-21,8	-27,7	5,9	-21,3 %
Bankenabgabe	[10]	-2,8	0,0	-2,8	0,0 %
Konzernüberschuss/-fehlbetrag	**[11]**	**50,9**	**60,3**	**-9,4**	**-15,6 %**
durchschnittliche Risikopositionen	[12]	6.598	6.877	-278,2	-4,0 %
CIR ([6] / ([1]+[3]+[7]))	[13]	57,6 %	57,3 %	27 bp	
RoE ([8] / ([12]*8%))	[14]	14,3 %	16,0 %	-169 bp	
RWA-Rentabilität (([1]+[3]+[7]) / ([12])	[15]	2,1 %	1,9 %	21 bp	

Der **Zinsüberschuss** der SaarLB (inklusive des Ergebnisses aus at-Equity bewerteten Unternehmen) ist von EUR 120,2 Mio. in 2014 um EUR 4,5 Mio. auf EUR 124,7 Mio. (+3,7 %) gestiegen, bleibt aber merklich hinter der letzten Prognose zurück.

Geprägt ist der Zinsüberschuss durch das weiterhin sehr niedrige Zinsniveau sowie das rückläufige Geschäftsvolumen, welches im Wesentlichen durch Fälligkeiten der Bestände mit Gewährträgerhaftung determiniert ist.

Der Rückgang der Zinserträge von EUR 543,2 Mio. auf EUR 478,8 Mio. wurde durch einen höheren Rückgang der Zinsaufwendungen von EUR 423,2 Mio. auf EUR 354,6 Mio. mehr als kompensiert.

Die Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften liegen um EUR 21,2 Mio. unter dem Vorjahresniveau. Dies entspricht einer Verringerung von rund 7,5 %.

Die Zinserträge aus Derivaten mit wirtschaftlichen Hedge-Beziehungen sind im Vergleich zum Vorjahr um rund EUR 26,2 Mio. zurückgegangen.

Die Zinsaufwendungen aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden haben sich im Vergleich zum Vorjahr um EUR 20,9 Mio. bzw. 13,7 % verringert, die Zinsaufwendungen aus Derivaten mit wirtschaftlichen Hedge-Beziehungen haben um EUR 36,2 Mio. bzw. 18,5 % nachgegeben.

Der Zinsaufwand für Nachrang-/Hybridkapital ist in 2015 von EUR 16,6 Mio. auf EUR 15,9 Mio. (-4,2 %) zurückgegangen.

Die **Risikovorsorge im Kreditgeschäft** ist mit EUR 3,8 Mio. zum 31.12.2015 um EUR 12,4 Mio. deutlich besser als der Vorjahreswert von EUR 16,2 Mio. und ist somit auch deutlich besser als im Rahmen der letztjährigen Prognose angenommen.

Die Zuführungen zu Einzelwertberichtigungen (einschließlich Rückstellungen) liegen mit EUR -23,0 Mio. um EUR 1,5 Mio. über dem Vorjahreswert von EUR -24,5 Mio. Die Auflösungen der Einzelwertberichtigungen (einschließlich Rückstellungen und Eingänge auf abgeschriebene Forderungen sowie Zuschreibungen auf Forderungen) liegen mit

EUR 17,9 Mio. rund EUR 7,2 Mio. über dem entsprechenden Vorjahresniveau von EUR 10,7 Mio.

Die Zuführungen zu den Portfoliowertberichtigungen liegen mit EUR 0,9 Mio. unter dem Vorjahr (EUR 2,4 Mio.). Diesen standen Auflösungen in 2015 in Höhe von EUR 2,2 Mio. (Vorjahr EUR 0,1 Mio.) gegenüber.

Der **Provisionsüberschuss** beläuft sich auf EUR 13,5 Mio. und liegt damit deutlich über dem Vorjahresniveau (EUR 7,2 Mio.), was auch unserer letztjährigen Prognose entspricht. Begründet ist der Anstieg vor allem durch eine Verbesserung des Provisionsergebnisses aus dem Kredit- und Darlehensgeschäft (+EUR 3,1 Mio. gegenüber dem Vorjahr).

Die Provisionserträge sind zum 31.12.2015 mit EUR 31,2 Mio. um EUR 4,0 Mio. höher als im Vorjahr (EUR 27,2 Mio.). Gleichzeitig sind die Provisionsaufwendungen von EUR 20,0 Mio. um EUR 2,3 Mio. auf EUR 17,7 Mio. zurückgegangen.

Das sonstige Provisionsergebnis hat sich mit EUR 0,6 Mio. leicht um EUR 0,1 Mio. verschlechtert.

Das **Ergebnis aus der Fair-Value Bewertung inkl. Ergebnis aus Sicherungsgeschäften** (Hedge Accounting) hat im Berichtszeitraum mit EUR 15,7 Mio. den Vorjahreswert in Höhe von EUR 48,4 Mio. erwartungsgemäß deutlich unterschritten. Maßgeblich dafür waren negative Bewertungseffekte bei den Zinsswaps sowie ein Effekt von EUR -12,3 Mio. aus den zur Fair Value Option bewerteten Wertpapieren.

Das Ergebnis aus dem Hedge-Accounting ist im Berichtsjahr mit EUR 0,2 Mio. über Vorjahresniveau (Vorjahr: EUR -2,7 Mio.). Im Ergebnis aus Sicherungsgeschäften werden die - im Rahmen der für das Hedge Accounting zulässigen Bandbreiten - vorhandenen Ineffektivitäten der bestehenden Hedge-Beziehungen abgebildet.

Das **Ergebnis aus Finanzanlagen** liegt im Berichtszeitraum mit EUR 5,5 Mio. in Summe um EUR 4,6 Mio. über Vorjahresniveau (Vorjahr: EUR 0,9 Mio.) und deutlich über der Prognose des Vorjahres. Beeinflusst wurde das Ergebnis im Wesentlichen durch Veräußerungsgewinne bei Beteiligungen (EUR 4,5 Mio.), die im Vorjahr nicht vorkamen.

Der **Verwaltungsaufwand inkl. Abschreibungen** auf Sachanlagen und andere immaterielle Vermögensgegenstände liegt am 31.12.2015 mit EUR 78,8 Mio. über dem Vergleichszeitraum des Vorjahres (EUR 73,5 Mio.), jedoch leicht unter dem ursprünglichen Prognosewert. Der Personalaufwand ist gegenüber 2014 um EUR 2,2 Mio. auf EUR 45,3 Mio. gestiegen, jedoch leicht unterhalb des Prognosewertes. Die anderen Verwaltungsaufwendungen sind mit EUR 31,3 Mio. um EUR 3,1 Mio. gegenüber dem Vorjahreszeitraum gestiegen, jedoch ebenfalls weniger, als im Rahmen der letztjährigen Prognose erwartet. Begründet ist die Abweichung zur Prognose im Wesentlichen in einer geringeren Ausschöpfung der Projektbudgets.

Die Abschreibungen auf Sachanlagen und andere immaterielle Vermögensgegenstände sind mit EUR 2,0 Mio. leicht besser als im Vorjahr (EUR 2,2 Mio.).

Das **sonstige Ergebnis** beläuft sich im Berichtszeitraum auf EUR -1,3 Mio. (Vorjahr: EUR 0,9 Mio.).

Die sonstigen Erträge sind im Vergleich zum 31.12. des Vorjahres von EUR 3,4 Mio. auf EUR 4,8 Mio. in 2015 gestiegen. Sie beinhalten im Wesentlichen Mieterträge aus den als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien (EUR 1,3 Mio.; Vorjahr: EUR 1,3 Mio.) sowie Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (EUR 1,2 Mio.; Vorjahr: EUR 0,8 Mio.). Die Erhöhung der sonstigen Erträge ist im Vergleich zum 31.12.2014 primär durch die höhere Auflösung von Rückstellungen (+EUR 0,4 Mio.) sowie Veräußerungsgewinnen aus zurückgekauften eigenen Emissionen und nicht betriebsnotwendiger Grundstücke und Gebäude (+EUR 0,4 Mio.) begründet.

Die Summe der sonstigen Aufwendungen ist im Berichtszeitraum von EUR -2,5 Mio. auf EUR -6,1 Mio. gestiegen.

Insgesamt ergibt sich somit in 2015 ein **Konzernüberschuss vor Steuern** von EUR 75,5 Mio. gegenüber EUR 88,0 Mio. im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Das Ergebnis des Vorjahres wird erwartungsgemäß nicht erreicht, liegt jedoch deutlich über der Prognose des Vorjahres.

Nach Berücksichtigung des **Steueraufwandes** in Höhe von EUR -21,8 Mio. (Vorjahr: EUR -27,7 Mio.) sowie der neu abzuführenden europäische Bankenabgabe in Höhe von EUR -2,8 Mio. verbleibt ein Konzernüberschuss nach Steuern von EUR 50,9 Mio. (Vorjahr: EUR 60,3 Mio.). Der Steueraufwand umfasst neben einem tatsächlichen Steueraufwand in Höhe von EUR -18,4 Mio. (Vorjahr: EUR -11,6 Mio.), einen Ertrag aus latenten Steuern in Höhe von EUR -3,4 Mio. (Vorjahr: EUR -16,1 Mio.)

Geschäfts- und Ergebnisentwicklung der Segmente

Nachfolgend sind die Ergebnisbeiträge der Segmente dargestellt.

Aufgrund der umfassenden Neustrukturierung der Segmente im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden – soweit technisch mit vertretbarem Aufwand möglich – die Vorjahresergebnisse angepasst. In Einzelfällen war jedoch eine rückwirkende Anpassung der Vorjahreszahlen mit vertretbarem Aufwand nicht möglich.

Firmenkunden (FK)

in TEUR	2015	2014	Δ Tsd.	Δ in %
Zinsüberschuss	24.413	24.533	-121	-0,5 %
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-1.821	-3.377	1.556	46,1 %
Provisionsüberschuss	4.277	3.461	816	23,6 %
Ergebnis aus der Fair-Value-Bewertung	1.229	-260	1.490	572,1 %
Verwaltungsaufwand	-13.087	-10.518	-2.569	-24,4 %
Ergebnis vor Steuern	**15.012**	**13.839**	**1.173**	**8,5 %**
Segmentvermögen	1.745.074	1.778.592	-33.518	-1,9 %

Das Segment Firmenkunden erreicht zum 31.12.2015 einen **Zinsüberschuss** von EUR 24,4 Mio. und liegt somit um EUR -0,1 Mio. unter dem Vorjahresergebnis. Dies kann damit die im Jahresabschluss 2014 getroffene Prognose nicht bestätigen. Das Geschäft mit deutschen Firmenkunden verlief erwartungsgemäß. Zwar standen den planmäßigen Neukrediteinräumungen hohe Regel- und Sondertilgungen gegenüber, die mit der allgemein guten Liquiditätslage der Unternehmen zu erklären sind. Diese konnten jedoch durch Provisionsgeschäfte insbesondere aus den strukturierten Finanzierungen unter Federführung der SaarLB und der regelmäßigen Einbindung der saarländischen und rheinland-pfälzischen Sparkassen kompensiert werden. Der hohe Margen- und Konkurrenzdruck hat sich im Laufe des Jahres nochmals verstärkt.

Das Geschäft mit französischen Firmenkunden verlief leicht über Planniveau. Hier konnte mit bonitätsstarken, international ausgerichteten Unternehmen - ein strategischer Schwerpunkt der kommerziellen Aktivitäten - signifikantes Neukreditgeschäft generiert werden. Besonders erfolgreich verlief das Geschäft mit Kommunalkunden in Frankreich. Neben der verstärkten Implementierung von Kassakrediten konnte auch ein dynamisches Darlehensgeschäft zum Jahresende die Erwartungen für das Jahr 2015 übertreffen.

Das Neugeschäftsvolumen des Segmentes in Höhe von rd. EUR 388 Mio. verteilte sich im Berichtsjahr fast hälftig auf Deutschland und Frankreich. Hinsichtlich seiner Erträge konnte das Neugeschäft die Erwartungen deutlich übertreffen. Die Portfolioqualität - gemessen am durchschnittlichen Rating - übertrifft die Planannahmen in Frankreich, bleibt jedoch in Deutschland leicht hinter den Erwartungen zurück.

Die **Risikovorsorge** im Kreditgeschäft in Höhe von EUR 1,8 Mio. wird in 2015 insbesondere durch Neubildungen im Segment Firmenkunden Deutschland determiniert, die nur teilweise durch Auflösungen kompensiert werden konnten. In Frankreich lagen die Neubildungen deutlich unter dem deutschen Markt und konnten zusätzlich durch Auflösungen fast vollständig ausgeglichen werden.

Der **Provisionsüberschuss** in Höhe von EUR 4,3 Mio. (Vorjahr: EUR 3,5 Mio.) setzt sich in 2015 im Wesentlichen aus Provisionen des Aval- und Garantiegeschäfts sowie aus Kreditprovisionen, zusammen. Die Entwicklung des Provisionsüberschusses bestätigt damit die zum Jahresabschluss 2014 aufgestellte Prognose.

Der **Verwaltungsaufwand** ist mit EUR 13,1 Mio. um rd. EUR 2,6 Mio. höher als im Vorjahr. Die wesentliche Ursache dieser Abweichung stellt das überarbeitete Umlageverfahren dar, das in 2015 angewendet wurde. Dies führt dazu, dass neben direkten, indirekten und direkt zuordenbaren Kosten nun auch sonstige umlagefähige Overheadkosten

erstmals auf die Geschäftsbereiche verteilt werden. Diese Logik spiegelt sich in allen Geschäftsbereichen wider. Eine Anpassung der Vorjahreswerte konnte mit vertretbarem Aufwand nicht vollständig vollzogen werden.

Das **Segmentvermögen** in Höhe von EUR 1.745,1 Mio. ist im Vergleich zum Vorjahr stabil geblieben (EUR 1.778,6 Mio.).

Immobilien (IM)

in TEUR	2015	2014	Δ Tsd.	Δ in %
Zinsüberschuss	31.453	32.575	-1.122	-3,4 %
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-10.873	-5.593	-5.280	94,4 %
Provisionsüberschuss	1.693	972	721	74,1 %
Ergebnis aus der Fair-Value-Bewertung	-1.505	-300	-1.205	0,0 %
Verwaltungsaufwand	-10.874	-8.511	-2.363	-27,8 %
Ergebnis vor Steuern	**9.894**	**19.143**	**-9.249**	**-48,3 %**
Segmentvermögen	2.441.287	2.821.915	-380.628	-13,5 %

Der **Zinsüberschuss** im Geschäftssegment Immobilien in Höhe von EUR 31,5 Mio. ist im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um EUR -1,1 Mio. gesunken und kann damit die zum Jahresende 2014 getroffene Prognose nicht bestätigen. Das rückläufige Zinsergebnis resultiert aus sukzessivem Auslaufen des Auslandsgeschäftes außerhalb von Frankreich einerseits und aus zeitlich deutlich verzögerten Abschlüssen von Neugeschäft im französischen Markt im 1. Halbjahr andererseits. Zudem haben außerordentlich hohe vorzeitige Tilgungen französischer Kunden im 2. Halbjahr den Druck auf das Zinsergebnis verstärkt. Erst im weiteren Jahresverlauf lag die Neugeschäftsentwicklung in Frankreich über den Erwartungen und konnte somit die schwache Entwicklung der ersten Monate teilweise kompensieren. Das Geschäft in Deutschland hat hingegen die dynamische Aufwärtsentwicklung des Vorjahres in 2015 beschleunigt fortgesetzt und die ehrgeizigen Erwartungen gut erfüllt.

Das Segment Immobilien konnte im Berichtszeitraum insgesamt etwa EUR 517 Mio. neu an Darlehen valutieren bzw. prolongieren. Dabei konnten auch aufgrund der in beiden Märkten zugespitzten Wettbewerbssituation die Planmargen nicht immer vollständig durchgesetzt werden. Die Neugeschäftsentwicklung blieb insbesondere in Frankreich deutlich hinter den Erwartungen zurück.

Die **Risikovorsorge** im Kreditgeschäft in Höhe von EUR 10,9 Mio. weist mit einer Abweichung von EUR 5,3 Mio. einen deutlichen Zuwachs im Vergleich zum Vorjahr (EUR 5,6 Mio.) auf. Auflösungen - in Deutschland und Frankreich - konnten die hohen Neubildungen in Frankreich nicht kompensieren, die im Berichtsjahr den Großteil der Risikovorsorge darstellen.

Die Entwicklung des **Provisionsüberschusses** hängt primär vom Neugeschäftsvolumen ab und konnte sich – trotz der verhaltenen Entwicklung des Neugeschäfts innerhalb von Immobilien Frankreich - mit EUR 1,7 Mio. zum 31.12.2015 deutlich erhöhen (EUR 0,7 Mio.).

Immobilien Frankreich leistet hierbei den wesentlichen Beitrag. Hier bestätigt sich die zum Jahresabschluss 2014 getroffene Prognose.

Der **Verwaltungsaufwand** beläuft sich im Berichtszeitraum auf EUR 10,9 Mio. und liegt damit merklich über Vorjahresniveau (EUR 8,5 Mio.).

Insgesamt liegt das **Segmentvermögen** bei rd. EUR 2.441,3 Mio. und primär aufgrund des ausgebliebenen bzw. verzögerten Neugeschäfts in Frankreich sowie hoher Sondertilgungen um EUR -380,6 Mio. unter Vorjahresniveau (EUR 2.822 Mio..).

Projekte (PF)

in TEUR	2015	2014	Δ Tsd.	Δ in %
Zinsüberschuss	28.037	24.675	3.362	13,6 %
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	6.338	-5.865	12.204	*** %
Provisionsüberschuss	5.595	4.305	1.290	30,0 %
Ergebnis aus der Fair-Value-Bewertung	-562	-181	-380	-210,0 %
Verwaltungsaufwand	-9.266	-6.269	-2.997	-47,8 %
Ergebnis vor Steuern	**30.143**	**16.664**	**13.479**	**80,9 %**
Segmentvermögen	2.159.483	2.001.401	158.082	7,9 %

Der **Zinsüberschuss** im Segment Projekte konnte in 2015 von EUR 24,7 Mio. auf EUR 28,0 Mio. gesteigert werden (+EUR 3,3 Mio.) und übertrifft damit die zum Jahresende 2014 getroffene Prognose. Wesentliche Ursache hierfür war die Fortsetzung des kontinuierlichen Ausbaus des Kreditneugeschäfts in 2015. Insgesamt wurden im Jahresverlauf 2015 neue Kredite in Höhe von rd. EUR 480 Mio. valutiert und die damit gesetzten Erwartungen abermals deutlich übertroffen. Wachstumstreiber waren - wie bereits in den Vorjahren - Finanzierungen französischer EE-Projekte, die mit einer Quote von mehr als 80 % zu den Abschlüssen beigetragen haben. Dies unterstreicht die nach wie vor exponierte Marktstellung und die Strukturierungs- und Rechtskompetenz der SaarLB als deutsch-französische Regionalbank. Auch im deutschen Zielmarkt liegt die Geschäftsentwicklung über den Erwartungen, wobei der Bestand durch konsequentes Ausplatzieren von Konsortialbeteiligungen insbesondere innerhalb der S-Finanzgruppe nur verhalten wächst. Bei dem Teilsegment PPP Frankreich konnte die Bank ihre Marktposition als Nischenanbieter für mittelständisch geprägte Vorhaben weiterhin behaupten.

Die **Risikovorsorge** im Berichtsjahr ist durch Auflösungen im Bereich der sonstigen Spezialfinanzierungen geprägt (EUR 6,3 Mio.), die ebenfalls im Segment Projekte abgebildet werden. Die Bildung der Risikovorsorge des Vorjahres (EUR 5,9 Mio.) ist auch den sonstigen Spezialfinanzierungen zuzuordnen. Die Portfolioqualität im Bereich Erneuerbare Energien knüpft auch in 2015 weiterhin an das sehr gute Niveau der Vorjahre an.

Der **Provisionsüberschuss** von EUR 5,6 Mio. liegt um EUR 1,3 Mio. über dem Vorjahr. Dies ist auf einen Anstieg der Provisionen im Kredit- und Darlehensgeschäft zurückzuführen,

die insbesondere durch das Frankreichgeschäft positiv beeinflusst werden. Damit wird die getroffene Prognose im Vorjahr bestätigt.

Der **Verwaltungsaufwand** beträgt EUR 9,3 Mio. und ist somit höher als der Vorjahreswert (EUR 6,3 Mio.).

Das **Segmentvermögen** des Geschäftsbereichs steigerte sich - auch bedingt durch gutes Neugeschäft - um EUR 158,1 Mio. auf EUR 2.159,5 Mio. per 31.12.2015 (Vorjahr: EUR 2.001,4 Mio.).

Private und Institutionelle (PI)

in TEUR	2015	2014	Δ Tsd.	Δ in %
Zinsüberschuss	3.499	3.544	-45	-1,3 %
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	4	4	0	0,0 %
Provisionsüberschuss	5.451	4.837	614	12,7 %
Ergebnis aus der Fair-Value-Bewertung	627	229	398	173,5 %
Verwaltungsaufwand	-5.792	-5.170	-622	-12,0 %
Ergebnis vor Steuern	**3.788**	**3.445**	**345**	**10,0 %**
Segmentvermögen	6.959	7.668	-708	-9,2 %

Im Geschäft mit vermögenden Privatkunden ist das Passivvolumen im Vorjahresvergleich um rd. EUR 80 Mio. zurückgegangen und weist zum Stichtag 31.12.2015 einen Bestand von rd. EUR 255 Mio. auf. Die Margen konnten im Vergleich zum Vorjahr deutlich zulegen, verbleiben jedoch aufgrund des Niedrigzins-Umfeldes weiterhin auf einem niedrigen Niveau.

Die Geschäftsaktivitäten wurden auch im Berichtsjahr kontinuierlich ausgebaut und verbesserten zunehmend die Wahrnehmung der SaarLB bei vermögenden Privaten - insbesondere mit unternehmerischem Hintergrund. Das Volumen der Vermögensverwaltungsmandate von Kunden wurde gesteigert.

Deutlich belebt hat sich das Spezialfondsgeschäft, was sich vor allem in einem merklichen Anstieg des Depotbankvolumens ausdrückt.

Die Nachfrage nach eigenen Emissionen - insbesondere im Rahmen von Private Placements - verlief auch in 2015 erfreulich. Auch kommunale Schuldscheine konnten erfolgreich bei institutionellen Investoren platziert werden.

Der **Zinsüberschuss** bleibt trotz des weiterhin gesunkenen Zinsniveaus im Vergleich zum Vorjahr mit EUR 3,5 Mio. (Vorjahr: EUR 3,5 Mio.) stabil. Ursächlich hierfür waren im Wesentlichen die guten Platzierungserfolge eigener Emissionen bei institutionellen Investoren und Sparkassen. Zum Jahresende 2015 bestätigt die Seitwärtsbewegung des Zinsüberschusses die Prognose aus 2014.

Da das Segment Private und Institutionelle primär durch Passiv- und Dienstleistungsgeschäft determiniert wird, ist die **Risikovorsorge** im Kreditgeschäft zum Berichtszeitpunkt - analog dem Vorjahr - nicht in erwähnenswertem Maße erforderlich.

Der **Provisionsüberschuss** steigt mit EUR 5,5 Mio. gegenüber dem Vorjahresniveau (EUR 4,8 Mio.) um 13 %. Den größten Beitrag hierzu leisteten neben dem klassischen Wertpapiergeschäft auch das Kommissionsgeschäft sowie die Vermögensverwaltung. Die Entwicklung des Provisionsgeschäfts kann damit die zum Jahresende 2014 getroffene Prognose bestätigen.

Der **Verwaltungsaufwand** in Höhe von EUR 5,8 Mio. liegt über dem Vorjahresniveau (EUR 5,2 Mio.).

Das **Segmentvermögen**, das nach der Neuorganisation nun primär durch das Geschäft mit Privatkunden geprägt ist, ging im Geschäftsverlauf von rund EUR 7,7 Mio. auf rund EUR 7,0 Mio. zurück.

Kommunalbank (KB)

in TEUR	2015	2014	Δ Tsd.	Δ in %
Zinsüberschuss	5.120	2.828	2.292	81,1 %
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	900	1.164	-264	-22,7 %
Provisionsüberschuss	122	-136	258	190,1 %
Ergebnis aus der Fair-Value-Bewertung	546	-1.072	1.618	150,9 %
Verwaltungsaufwand	-1.481	-940	-541	-57,5 %
Ergebnis vor Steuern	**5.207**	**1.843**	**3.364**	**182,5 %**
Segmentvermögen	1.424.430	1.230.019	194.411	15,8 %

Das Neugeschäft im Bereich der Kommunen und kommunalnahen Unternehmen konnte im Gesamtjahr kontinuierlich ausgebaut werden und weist mit rd. EUR 496 Mio. ein deutlich positives Volumen aus. Die vereinnahmten Neugeschäftsmargen konnten ebenfalls unsere Erwartungen deutlich übertreffen. Im laufenden Jahr hat das Segment auch die Arrangierung von Schuldscheinen für kommunale Kunden umgesetzt und bei institutionellen Investoren platziert. Eine Prognose wurde zum letzten Berichtsstichtag nicht abgegeben, da das Segment erst im laufenden Jahr neu etabliert wurde.

Der **Zinsüberschuss** hat sich gegenüber dem Vergleichswert des Vorjahres von EUR 2,8 Mio. auf EUR 5,1 Mio. im Jahresverlauf 2015 deutlich gesteigert. Begründet ist dieser Anstieg primär im Aufbau des Segmentes. Andererseits hat die Verbreiterung der Kundenbasis im Kommunalgeschäft sowie im Geschäft mit kommunalnahen Kunden und dem damit einhergehenden kontinuierlichen Aufbau von Kreditvolumen einen wesentlichen Beitrag geleistet.

Die **Risikovorsorge** ist in 2015 mit EUR 0,9 Mio. wie auch im Vorjahr positiv (Vorjahr: EUR 1,2 Mio.) und wird geprägt durch Auflösungen im Bereich der kommunalen Spezialfinanzierungen.

Das **Provisionsergebnis** wird in 2015 positiv von der Arrangierung von Schuldscheindarlehen beeinflusst und beläuft sich auf rund EUR 0,1 Mio. Diese Erhöhung folgt dem sehr positiven Neugeschäft im laufenden Geschäftsjahr. Die deutliche Verbesserung zum Vorjahr ist in einem deutlichen Rückgang von Provisionszahlungen aus Vermittlungsgeschäft begründet.

Der **Verwaltungsaufwand** ist im Vergleich zum Vorjahr nur eingeschränkt vergleichbar, da das Segment Kommunalbank erst zum 01.05.2015 etabliert wurde. Zum Jahresende weist das Segment einen Aufwand von EUR 1,5 Mio. aus.

Das **Segmentvermögen** der Kommunalbank wurde in 2015 auf ein Volumen von EUR 1.424,4 Mio. aufgebaut und wurde zum einen durch hohe Neuvalutierungen im Gesamtjahr 2015 positiv beeinflusst sowie zum anderen durch die Umstrukturierung der Geschäftssegmente.

Verbundbank (VB)

in TEUR	2015	2014	Δ Tsd.	Δ in %
Zinsüberschuss	19.605	18.659	946	5,1 %
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-157	-102	-55	-53,8 %
Provisionsüberschuss	-2.606	-2.867	261	9,1 %
Ergebnis aus der Fair-Value-Bewertung	546	0	546	*** %
Verwaltungsaufwand	-15.047	-12.261	-2.786	-22,7 %
Sonstiges Ergebnis	752	379	373	98,4 %
Ergebnis vor Steuern	**3.093**	**3.808**	**-715**	**-18,8 %**
Segmentvermögen	1.213.883	1.346.096	-132.213	-9,8 %

Seit 01.05.2015 wird das Segment Verbundbank, das insbesondere als Schnittstelle zwischen den saarländischen Sparkassen und den kunden- und produktverantwortlichen Bereichen der SaarLB dient, explizit in der Aufbauorganisation der Bank berücksichtigt.

Die Finanzierung privat genutzter Immobilien erfolgt ausschließlich über die zur SaarLB gehörende Landesbausparkasse Saar (LBS) und in enger Zusammenarbeit mit den saarländischen Sparkassen. Daher wird die Geschäftstätigkeit der LBS künftig ebenfalls im Segment Verbundbank abgebildet.

Die Geschäftsentwicklung der LBS verlief trotz des anhaltenden Niedrigzinsumfeldes in 2015 erneut zufriedenstellend. Das Kundenkreditvolumen der Landesbausparkasse konnte zum 31.12.2015 um 11 % auf EUR 738 Mio. gegenüber dem Jahresendwert 2014 gesteigert werden. Das Bausparneugeschäftsvolumen lag zum Jahresende mit EUR 713 Mio. um 9,3 % über dem Gesamtvolumen des Vorjahres.

Der **Zinsüberschuss** ist gegenüber dem Vergleichswert des Vorjahres von EUR 18,7 Mio. auf EUR 19,6 Mio. im Jahresverlauf 2015 leicht gestiegen. Innerhalb des Segmentes Verbundbank bestätigt die LBS ihre Vorjahresprognose.

Die **Risikovorsorge** ist in 2015 mit EUR 0,2 Mio. gegenüber dem Vorjahresniveau moderat gestiegen (Vorjahr mit EUR 0,1 Mio.) und wird im Wesentlichen durch das Geschäft der LBS beeinflusst.

Das **Provisionsergebnis** konnte sich gegenüber dem Vorjahreswert leicht verbessern, belastet jedoch das Segmentergebnis im Berichtsjahr mit rund EUR -2,6 Mio. (Vorjahr: EUR -2,9 Mio.). Diese Entwicklung spiegelt im Wesentlichen den Verlauf des Neugeschäfts der LBS wider, mit dem entsprechende Provisionszahlungen einhergehen. Darauf aufbauend werden in den nächsten Jahren erhöhte nachhaltige Zinsüberschüsse erwartet. Ausgleichend wirken in diesem Jahr Provisionserträge aus den weiteren Teilen der Verbundbank, insbesondere aus dem Wertpapier- und Depotgeschäft. Für den Provisionsüberschuss der LBS wird damit die angenommene Prognose bestätigt.

Der **Verwaltungsaufwand** ist in der Verbundbank mit EUR 15,0 Mio. höher als im Vorjahr (EUR 12,3 Mio.).

Das **Segmentvermögen** der Verbundbank hat sich von EUR 1.346 Mio. um rund EUR -132 Mio. auf EUR 1.214 Mio. verringert, was insbesondere auf einen Rückgang außerhalb der LBS zurückzuführen ist.

Treasury und Portfoliomanagement (TP)

in TEUR	2015	2014	Δ Tsd.	Δ in %
Zinsüberschuss	16.894	17.406	-512	-2,9 %
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	294	-308	601	195,3 %
Provisionsüberschuss	-899	-958	59	6,2 %
Ergebnis aus der Fair-Value-Bewertung	19.318	45.334	-26.016	-57,4 %
Ergebnis aus Finanzanlagen	746	911	-165	-18,1 %
Verwaltungsaufwand	-9.030	-7.296	-1.734	-23,8 %
Ergebnis vor Steuern	**27.323**	**55.089**	**-27.767**	**-50,4 %**
Segmentvermögen	4.232.521	4.805.868	-573.346	-11,9 %

In 2015 wurden im Segment TP Investments in Höhe von rd. EUR 685 Mio. getätigt. Diesen stehen Tilgungen/Verkäufe in einem Volumen von rd. EUR 1.401 Mio. gegenüber, in denen sich auch der hohe Tilgungsanteil von Papieren mit Gewährträgerhaftung widerspiegelt. Die Investments betrafen in einer Größenordnung von rd. EUR 395 Mio. das klassische Depot-A, wogegen auf LCR-fähige Wertpapiere (HQLA) ein Volumen von EUR 290 Mio. entfiel. Das Ankaufsprogramm der EZB, das auch Corporate-Adressen beinhaltet, wirkt sich weiterhin negativ auf Marktliquidität und Rentabilität der entsprechenden Papiere aus. Da diese auch teilweise Zielinvestments im Depot A der SaarLB darstellen, hat dies einen negativen Einfluss

auf die Rentabilität der Neuinvestments. Das bisherige Abbauportfolio wurde aufgrund von Umgliederungen und Rückführungen in 2015 deutlich reduziert und ist mit einem Volumen von rund EUR 150 Mio. nur noch von untergeordneter Bedeutung für die SaarLB.

Der **Zinsüberschuss** in Höhe von EUR 16,9 Mio. liegt leicht unter dem Vorjahresniveau von EUR 17,4 Mio. (-2,9 %). Somit kann auch die letztjährige Prognose nicht bestätigt werden. Auf Grund der Änderung der Berechnungslogik im Zinsüberschuss für das Segmente Treasury und Portfoliomanagement wurde - zur besseren Vergleichbarkeit - auch der Vorjahreswert entsprechend angepasst. Die Veränderung des Zinsüberschusses ist neben dem nach wie vor sehr niedrigen Zinsumfeld, auch in einer genauen Verteilung von Erträgen aus vorzeitig aufgelösten Swaps begründet, die im Berichtsjahr erstmals verursachungsgerecht auf die Segmente allokiert werden können. Hier ist allerdings zu beachten, dass der Vorjahreswert aus der neuen Darstellung der Erträge aus Zinsswaps nicht mit vertretbarem Aufwand angepasst werden konnte.

Die **Risikovorsorge** im Kreditgeschäft konnte durch Auflösungen im Berichtszeitraum überkompensiert werden und beläuft sich auf EUR 0,3 Mio. Im Vorjahr beliefen sich die Neubildungen auf EUR 0,3 Mio.

Darüber hinaus hat sich der **Provisionsüberschuss** um EUR 0,1 Mio. auf EUR -0,9 Mio. verbessert - ursächlich sind verminderte Provisionsaufwendungen für das Wertpapier- und Depotgeschäft. Dies bestätigt damit auch die zum Jahresende 2014 getroffene Prognose.

Demgegenüber steht das positive **Fair-Value-Ergebnis**, das primär aus Zinsswaps resultiert und sich auf EUR 19,3 Mio. beläuft. Die im Segment TP abgeschlossenen Zinsderivate werden primär für die Zinsbuchsteuerung der SaarLB eingesetzt.

Das **Ergebnis aus Finanzanlagen** betrifft im Wesentlichen Wertpapiere, die zum sonstigen Anlagebestand der SaarLB gehören, und liegt mit EUR 0,7 Mio. moderat unter dem Vorjahreswert von EUR 0,9 Mio.

Der **Verwaltungsaufwand** liegt mit EUR 9,0 Mio. deutlich über dem Vorjahresniveau (Vorjahr EUR 7,3 Mio.).

Das **Segmentvermögen** ist - getrieben durch hohe Rückführungen innerhalb der Wertpapierbestände - mit einem Stand von EUR 4.233 Mio. im Vergleich zum Vorjahresstichtag (EUR 4.806 Mio.) deutlich zurückgegangen. Treasury konnte zum Stichtag 31.12.2015 mehr Segmentvermögen zugeordnet werden, weshalb hier – zur besseren Vergleichbarkeit – auch der Vorjahreswert angepasst wurde.

Finanzlage

Auch in 2015 ist die Finanzlage der SaarLB unverändert gut.

Die Hypothekendeckung nach § 28 PfandBG hat mit EUR 753 Mio. den Vorjahreswert (EUR 704 Mio.) um EUR 49 Mio. leicht überschritten. Eine weitestgehend gleich gebliebene Nutzung der Deckungsmasse zur Refinanzierung hat bei einer ebenfalls leichten Erhöhung des Pfandbriefumlaufs dazu geführt, dass die Überdeckung in 2015 mit ca. 67 % auf dem Vorjahresniveau liegt (2014: 69 %) und somit weiterhin weit über den regulatorischen Anforderungen.

Die öffentliche Deckungsmasse nach § 28 PfandBG hat sich gegenüber dem Vorjahr mit EUR 1.642 Mio. ebenfalls leicht erhöht (2014: EUR 1.617 Mio.). Fälligkeiten, insbesondere durch Gewährträgerpapiere wurden durch das gute Neugeschäft im Kommunalbereich kompensiert. Der Pfandbriefumlauf der öffentlichen Pfandbriefe folgte dem Trend und hat sich gegenüber 2014 von EUR 1.109 Mio. auf EUR 1.198 Mio. in 2015 ebenfalls moderat erhöht. Die Überdeckung liegt mit rund 37 % zum 31.12.2015 moderat unter dem Jahresende 2014 (ca. 46 %), aber immer noch deutlich über den regulatorischen Anforderungen.

Die Situation am Kapitalmarkt ist aus Sicht der SaarLB gegenüber dem Geschäftsjahr 2014 weiterhin stabil. Mit annähernd EUR 1.027 Mio. (2014: EUR 989 Mio.) liegt das platzierte Volumen im Jahresverlauf 2015 leicht über dem Niveau des Vorjahres und erfolgte wie in den vergangenen Jahren fast ausschließlich im Rahmen von Private Placements bei Kunden und Finanzpartnern. Über die Hälfte der Mittelaufnahmen konnte im Sparkassen- und Landesbankenverbund erfolgen. Die Investorenbindung im Verbund, aber auch außerhalb der Sparkassenfinanzgruppe, ist für die SaarLB daher nach wie vor von zentraler Bedeutung. Somit war die SaarLB im laufenden Geschäftsjahr 2015, wie bereits in 2014, weitestgehend unabhängig vom Kapitalmarkt. Dabei gelang es der SaarLB – analog dem Vorjahr –, sich überwiegend über unbesicherte Emissionen zu refinanzieren, wobei die durchschnittlichen Laufzeiten mit 7,4 Jahren gegenüber dem Vorjahr mit 9,9 Jahren kürzer waren.

Die Entwicklung der Refinanzierungskonditionen hängt neben dem Bonitätsaufschlag maßgeblich von der Entwicklung der Swap- bzw. Geldmarktkurve ab.

Um die jederzeitige Zahlungsbereitschaft sicherzustellen, hat die SaarLB wie im Vorjahr Sicherheiten in Höhe von ca. EUR 961 Mio. bei der Bundesbank hinterlegt (Vorjahr EUR 1.161 Mio.). Aufkommende Zahlungsverpflichtungen können somit unabhängig von anderen Refinanzierungsquellen abgedeckt werden.

Zur Darstellung der **Liquiditätssteuerung** verweisen wir auf den Risikobericht.

Aufgrund der auf Deutschland und Frankreich fokussierten Geschäftstätigkeit der SaarLB ist der Anteil der Absicherung von Nettopositionen in Fremdwährungen unbedeutend. Sowohl Darlehensneuausreichungen als auch die entsprechenden Refinanzierungen erfolgen primär in EUR.

Der Zugang der SaarLB zum Geld- und Kapitalmarkt wird durch die Bonitätseinschätzung der zwei internationalen Ratingagenturen FitchRatings (Fitch) und Moody's Investors Service (Moody's) unterstützt. Beide Ratingagenturen haben im 1. Halbjahr 2015 ihre Rating-Methodiken für Bankenratings aufgrund von EU-Verordnungen angepasst und eine Vielzahl von Banken neu bewertet. Im Wesentlichen betrifft die Methodenänderung eine veränderte Berücksichtigung von Supportfaktoren innerhalb des Ratings.

Fitch hat daraufhin im Mai 2015 das Langfristrating von A auf A- herabgesetzt. Moody's hat im Juni 2015 das Langfristrating von A3 bestätigt und den Outlook auf „Positive" angehoben. Im Januar 2016 erfolgte durch Moody's eine Rating-Verbesserung auf A2.

Die Ratingeinschätzung für die SaarLB stellt sich wie folgt dar:

Rating	Moody's	FitchRatings
Langfrist-Rating	A2	A-
Ausblick	Stable	Stable
Kurzfrist-Rating	P-1	F1
BCA/Viability Rating	ba2	bb+

Die Kapitalstruktur der SaarLB folgt der Entwicklung des Kreditvolumens. In Summe verringerte sich das Volumen an Verbindlichkeiten um ca. EUR 2.367 Mio. gegenüber dem Jahresende 2014.

in Mio. EUR	2015	2014	Δ Mio.	Δ in %
Kreditinstitute	3.545,5	4.880,3	-1.334,8	-27,4 %
Kunden	5.237,1	4.644,8	592,3	12,8 %
verbriefte Verbindlichkeiten	3.676,7	5.196,3	-1.519,6	-29,2 %
Nachrangkapital inkl. Genussrechte	203,5	308,8	-105,3	-34,1 %
Summe der Verbindlichkeiten	**12.662,8**	**15.030,2**	**-2.367,4**	**-15,8 %**

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** sind im Vergleich zum Vorjahr von EUR 4.880 Mio. um EUR 1.334 Mio. (-27,4 %) auf EUR 3.546 Mio. zum 31.12.2015 abgeschmolzen. Der Rückgang basiert unter anderem auf den Fälligkeiten von Verbindlichkeiten mit Gewährträgerhaftung, die in 2015 ausgelaufen ist.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden** liegen mit EUR 5.237 Mio. um EUR 592 Mio. über dem Stand des Vorjahres (31.12.2014: EUR 4.645 Mio.).

Die **verbrieften Verbindlichkeiten** sind im Berichtszeitraum von EUR 5.196 Mio. auf EUR 3.677 Mio. gefallen. Auch hier ist der Rückgang im Wesentlichen auf die Fälligkeiten von Verbindlichkeiten mit Gewährträgerhaftung zurückzuführen.

Gegenüber dem Vorjahr (EUR 308,8 Mio.) hat sich das **Nachrangkapital inkl. Genussrechte** mit einer Höhe von EUR 203,5 Mio. um EUR -105 Mio. abgebaut. Neuaufnahmen fanden im abgelaufenen Geschäftsjahr nicht statt.

Die Restlaufzeitstruktur der Refinanzierung spiegelt im Wesentlichen die Restlaufzeitenstruktur der Aktivseite wider, wobei eine Erhöhung der längerfristigen Geldern zu verzeichnen ist.

in Mio. EUR	2015	2014	Δ Mio.	Δ in %
tgl. fällig / ohne Restlaufzeit	738,1	936,2	-198,1	-21,2 %
bis drei Monaten	1.076,4	2.068,9	-992,5	-48,0 %
mehr als drei Monaten bis ein Jahr	2.239,2	3.556,7	-1.317,5	-37,0 %
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	3.155,7	2.939,2	216,5	7,4 %
mehr als fünf Jahre	3.987,5	4.076,3	-88,8	-2,2 %
Summe Refinanzierung	**11.196,9**	**13.577,3**	**-2.380,4**	**-17,5 %**

Das **bilanzielle Eigenkapital** ist von EUR 754,4 Mio. zum Jahresende 2014 um EUR 23,0 Mio. auf EUR 777,4 Mio. angestiegen. Die Veränderung ist im Wesentlichen in der Erhöhung der Gewinnrücklagen begründet, die einen Rückgang des gezeichneten Kapitals sowie der hybriden Kapitalinstrumente überkompensieren kann. Der Konzerngewinn ist von EUR 53,8 Mio. zum 31.12.2014 auf EUR 43,1 Mio. zum Jahresende 2015 gestiegen.

Zur Darstellung der **aufsichtsrechtlichen Eigenmittelausstattung** sowie den sich daraus ableitenden aufsichtsrechtlichen Kennzahlen wird auf den Abschnitt Risikobericht verwiesen.

Die **außerbilanziellen Verpflichtungen** der SaarLB werden vorrangig durch unwiderrufliche Kreditzusagen sowie Eventualverbindlichkeiten bestimmt. Mit einem Gesamtvolumen von EUR 1.459,6 Mio. zum 31.12.2015 sind diese Verpflichtungen zwar im Vergleich zum Vorjahr (EUR 807,6 Mio.) gestiegen, jedoch für die Beurteilung der Finanzlage nur von untergeordneter Bedeutung. Die außerbilanziellen Verpflichtungen sind im Rahmen des Liquiditätsmanagements berücksichtigt.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr bestanden, wie im Vorjahr, keine zugesagten Kreditlinien zugunsten der SaarLB.

Die Nutzung derivativer Finanzinstrumente erfolgt zum weitaus größten Teil im Rahmen der Aktiv-Passiv-Steuerung und dient im Wesentlichen der Absicherung eigener Marktrisiken. Das Nominalvolumen ist um EUR 1.584 Mio. auf EUR 14.844 Mio. (Vorjahr: EUR 16.429 Mio.) merklich gesunken. Mit rund 95 % betrifft dies – analog zum Vorjahr – Zinsderivate zur Absicherung des Zinsänderungsrisikos.

Die Zahlungsfähigkeit der SaarLB war im abgelaufenen Geschäftsjahr somit jederzeit gewährleistet.

Vermögenslage

Die **Bilanzsumme** des SaarLB-Konzerns hat sich per 31.12.2015 mit EUR 14.047 Mio. im Vergleich zum 31.12.2014 (EUR 16.517 Mio.) analog dem Trend des Vorjahres um 15,0 % verringert. Der deutliche Rückgang in 2015 resultiert im Wesentlichen aus einem verringerten Bestand an Finanzanlagen, begründet in den Fälligkeiten von Geschäften mit Gewährträgerhaftung.

Das **Kreditvolumen** des SaarLB-Konzerns folgt der Entwicklung der Bilanzsumme und ist um 10,2 % von EUR 16.466 Mio. auf EUR 14.792 Mio. in 2015 weiter gesunken.

in Mio. EUR	2015	2014	Δ Mio.	Δ in %
Forderungen an Kreditinstitute	1.794	2.327	-533	-22,9 %
Finanzanlagen	2.559	3.674	-1.116	-30,4 %
Wertpapierpensions- und Leihegeschäfte	2	662	-660	-99,7 %
Anteile an at-Equity bewerteten Unternehmen	6	6	0	-1,7 %
Forderungen an Kunden	8.972	8.989	-18	-0,2 %
Eventualverbindlichkeiten	392	229	163	71,0 %
Unwiderrufliche Kreditzusagen	1.068	579	489	84,6 %
Kreditvolumen	**14.792**	**16.466**	**-1.674**	**-10,2 %**

Die **Forderungen an Kreditinstitute** haben sich zum 31.12.2015 gegenüber dem Jahresende 2014 um rund EUR -533 Mio. auf EUR 1.794 Mio. verringert.

Die Entwicklung der **Forderungen an Kunden**, die im Wesentlichen durch die Kerngeschäftsfelder der Bank beeinflusst werden, zeigten sich mit EUR 8.972 Mio. zum 31.12.2014 stabil (Vorjahr: EUR 8.989 Mio.)

Die **Finanzanlagen** sind im Berichtszeitraum von EUR 3.674 Mio. auf EUR 2.559 Mio. zurückgegangen (-30 %). Ursache hierfür sind im Wesentlichen Rückführungen von Geldmarktpapieren, aber auch Anleihen und Schuldverschreibungen, die sich von EUR 3.609 Mio. in 2014 auf EUR 2.501 Mio. in 2015 reduziert haben. Ursache hierfür waren primär Fälligkeiten von Gewährträger besicherten Forderungen.

Die **Wertpapierpensions- und Leihegeschäfte** sind planmäßig ausgelaufen. Im Jahr 2015 wurden keine neuen Geschäfte mehr abgeschlossen (Vorjahr: EUR 662 Mio.). Zum Bilanzstichtag befindet sich eine Wertpapierleihe im Bestand der Bank.

Die **Anteile an at-Equity bewerteten Unternehmen** liegen mit EUR 6 Mio. auf Vorjahresniveau (EUR 6 Mio.).

Die **Eventualverbindlichkeiten** sind zum 31.12.2015 mit EUR 392 Mio. moderat über dem Vorjahresniveau (31.12.2014: EUR 229 Mio.), wohingegen die **unwiderruflichen Kreditzusagen** mit EUR 1.068 Mio. im Berichtsjahr deutlich angestiegen sind (31.12.2014: EUR 579 Mio.). Zurückzuführen ist dies auf eine Ausweitung der Kreditzusagen in den Segmenten Firmenkunden und Kommunalbank.

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Geschäftsentwicklung in 2015 insgesamt positiv verlaufen ist, wobei das Zinsergebnis weiterhin durch die anhaltende Niedrigzinsphase belastet wird und daher hinter den Erwartungen der Bank zurückgeblieben ist. Die Entwicklung der kreditgetriebenen Kerngeschäftsfelder sowie der Refinanzierungsmöglichkeiten der SaarLB entspricht jedoch in Summe den Erwartungen der Bank.

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres haben sich nicht ereignet.

Risikobericht

Grundlagen der Risikosteuerung und -überwachung

Die Risikosteuerung und -überwachung in der SaarLB erfolgt nach einheitlichen Grundsätzen. Die Steuerung der Tochter- bzw. At-Equity-Unternehmen erfolgt im Rahmen des Beteiligungscontrollings.

Die zentralen Grundsätze der Risikosteuerung und -überwachung sind in der Risikostrategie der SaarLB festgelegt. Der Vorstand regelt hier im Einklang mit der Geschäftsstrategie den Umgang mit den für die SaarLB wesentlichen Risikoarten Adressenrisiken (Adressenausfallrisiken und Credit Spread-Risiken), Marktpreisrisiken, Liquiditätsrisiken, operationelle Risiken, Immobilienrisiken, strategische Risiken/Geschäftsrisiken und Reputationsrisiken. Er verantwortet und überwacht die Umsetzung dieser Vorgaben.

Oberstes Ziel aller Geschäftsaktivitäten der SaarLB ist die Erwirtschaftung eines angemessenen und nachhaltigen Ertrags nach Risiken. Risiken dürfen nur insoweit eingegangen werden, wie dies die Risikotragfähigkeit der SaarLB erlaubt. Das Risikomanagementsystem berücksichtigt grundsätzlich weder Diversifikationseffekte zwischen den Risikoarten noch (Ertrags-) Chancen.

Demgemäß werden im Rahmen der Risikostrategie sachgerechte Limite für die wesentlichen Risikoarten gesetzt sowie entsprechende Verfahren für deren Identifikation, Messung und Steuerung definiert. Dabei werden die Risiken der Bank einschließlich u.a. LBS sowie Wertpapierspezialfonds in einer integrierten Sicht gemessen und gesteuert.

Es bestehen klar definierte Organisationsstrukturen und Prozesse, an denen sich die Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortungen der Beteiligten ausrichten. Dabei trägt die Aufbauorganisation den aufsichtsrechtlichen Vorschriften der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) und der Capital Requirements Regulation (CRR) an die Funktionstrennung zwischen Markt und Handel (Geschäftsbereiche) einerseits sowie Marktfolge, Handelsabwicklung und Risikocontrolling andererseits Rechnung.

Während die Geschäftsbereiche dem Geschäftsmodell der SaarLB entsprechend ausgerichtet sind, wurden bei der Organisation von Marktfolge und Handelsabwicklung Kernkompetenzen gebündelt.

Die Abteilung Risikocontrolling wurde zum 01.01.2015 aus dem Unternehmensbereich Gesamtbanksteuerung ausgegliedert und unmittelbar dem Leiter des Ressorts Risiko und Produktion unterstellt. Sie verantwortet das Risikocontrolling aller Risikoarten auf Portfolioebene. Für die Risikosteuerung und Überwachung der Adressenrisiken auf Einzelengagement- und Teilportfolioebene ist der Unternehmensbereich Marktfolge

zuständig. Dabei erfolgt eine integrierte Berichterstattung über alle Risikoarten hinweg im Rahmen eines gemeinsamen MaRisk-Risikoberichtes.

Die Interne Revision ist unmittelbar dem Vorstand unterstellt und disziplinarisch dem Vorsitzenden des Vorstandes zugeordnet. Sie prüft und beurteilt als unabhängiger unternehmensinterner Bereich grundsätzlich alle Aktivitäten und Prozesse der SaarLB, das interne Kontrollsystem sowie das Risikomanagement und -controlling auf der Grundlage eines risikoorientierten Prüfungsansatzes. Dies gilt auch für ausgelagerte Aktivitäten und Prozesse. Die Interne Revision führt ihre Tätigkeiten unter Berücksichtigung der jeweils geltenden gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen (z. B. KWG, MaRisk) aus.

Nach dem zum 1. Januar 2015 in Kraft getretenen Gesetz zur Sanierung und Abwicklung von Instituten und Finanzgruppen (Sanierungs- und Abwicklungsgesetz, SAG) sind grundsätzlich alle Institute verpflichtet, nach Aufforderung durch die BaFin einen Sanierungsplan zu erstellen und innerhalb von sechs Monaten der Aufsicht einzureichen. Dies gilt unabhängig davon, ob eine Sanierung bzw. Abwicklung des Instituts notwendig oder wahrscheinlich erscheint. Auch wenn sie von der BaFin bisher nicht formal dazu aufgefordert wurde, hat die SaarLB im Laufe des Jahres 2015 einen Sanierungsplan erstellt und im November 2015 an die BaFin sowie die Deutsche Bundesbank versendet. Auf Basis der festgelegten Frühwarn- und Sanierungsindikatoren befindet sich die SaarLB in der Phase des gewöhnlichen Geschäftsbetriebs.

Kapitalmanagement

Neben der Einhaltung der ökonomischen Risikotragfähigkeit sind für die SaarLB die aufsichtsrechtlichen Vorschriften der CRR wesentlich für die Beurteilung und Steuerung ihrer Kapitalausstattung.

Aufsichtsrechtliches Kapital

Die SaarLB wendet seit ihrer Zulassung zur Verwendung des auf internen Ratings basierten Ansatzes (IRBA) durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) zum 01.01.2007 die entsprechenden Regeln zur Berechnung der Kapitalanforderungen nach der CRR (bis 2013: SolvV) an. Ergänzend dazu erfolgte mit Bescheid vom 19.03.2015 die Erlaubnis der BaFin hinsichtlich der Verwendung von Techniken zur Kreditrisikominderung gemäß Artikel 143 Abs. 3 CRR.

Das aufsichtsrechtlich relevante Kapital, die so genannten Eigenmittel, setzt sich aus Kernkapital (im Wesentlichen Stammkapital, stille Einlagen sowie Rücklagen einschließlich der § 340 g HGB-Reserve) und Ergänzungskapital (langfristige nachrangige Verbindlichkeiten) jeweils unter Berücksichtigung von Abzugspositionen zusammen.

Die Kennziffern für hartes Kernkapital, Kernkapital und Gesamt-Eigenmittel – das Verhältnis der jeweiligen Eigenmittelkomponente zu den nach den Vorschriften der CRR ermittelten Risikopositionen – dürfen aufsichtsrechtliche Mindest-Vorgaben nicht

unterschreiten. In der internen Steuerung hat die SaarLB darüber hinaus gehende Vorgaben festgelegt.

Im Rahmen der einen Zeitraum von fünf Jahren umfassenden Mittelfristplanung wird eine nachhaltige Einhaltung der Vorgaben sichergestellt. Für den strategischen Planungsprozess verantwortlich ist der Unternehmensbereich Strategie und Zentraler Stab. Auf Basis der in diesem Prozess festgelegten Rahmenbedingungen planen die Geschäftsbereiche ihre jeweiligen Risikopositionen im Zeitablauf. Sie werden von der für die quantitativen Aspekte der Mittelfristplanung verantwortlichen Abteilung Erfolgscontrolling auf Gesamtbankebene aggregiert und den im Planungszeitraum vorhandenen Eigenmitteln gegenübergestellt. Schließlich werden die zur Einhaltung der Zielwerte erforderlichen Maßnahmen zur Kapitalbeschaffung bzw. zur Kürzung der Geschäftsbereichsplanungen definiert.

Die Kennzahlen nach CRR zum Berichtsstichtag sowie die entsprechenden Vorjahreszahlen sind in der folgenden Übersicht dargestellt. Die SaarLB erstellt seit Mitte 2011 keine aufsichtsrechtliche Gruppenmeldung mehr. Insofern beinhalten die Werte das Einzelinstitut.

Kennzahlen nach CRR (in Mio. EUR bzw. in %)	31.12.2015	31.12.2014
Risikopositionen (Mio. EUR)	6.251	6.888
Eigenmittel	881	878
davon Kernkapital	860	847
davon hartes Kernkapital	637	621
Gesamtkennziffer	14,1 %	12,8 %
Kernkapitalquote	13,8 %	12,3 %
harte Kernkapitalquote	10,2 %	9,0 %

Sowohl die Kernkapitalquoten als auch die Gesamtkennziffer der SaarLB sind im Berichtszeitraum bei rückläufigen Risikopositionen und erhöhten Eigenmitteln merklich gestiegen:

- Der deutliche Rückgang in den Risikopositionen geht im Wesentlichen auf (1) Verwendung von Kreditrisikominderungstechniken (rund EUR 232 Mio. per 31.12.2015) sowie auf (2) einen Rückgang des Volumens in der IRBA-Risikopositionsklasse Unternehmen bei gleichzeitig tendenzieller Verbesserung der Bonitätseinstufung zurück.
- Der positive Effekt hinsichtlich des harten Kernkapitals ergibt sich im Wesentlichen aus (1) Auffüllung der 340g HGB-Reserve (rund EUR 12 Mio.), (2) Erhöhung der Gewinnrücklagen (rund EUR 1 Mio.) sowie (3) niedrigeren Belastung durch den Wertberichtigungsfehlbetrag (rund EUR 4 Mio.).
- Dem steht ein leichter Rückgang im zusätzlichen Kernkapital gegenüber, wodurch die Erhöhung des Kernkapitals um rund EUR 3 Mio. niedriger ausfällt als die im harten Kernkapital: Eine niedrigere Belastung durch den rückgehenden Wertberichtigungsfehlbetrag (Erhöhung des zusätzlichen Kernkapitals um rund EUR 12 Mio.) wird durch eine Reduktion der stillen Einlagen (Verringerung des zusätzlichen Kernkapitals um rund EUR 15 Mio.) überkompensiert.

- Der noch einmal um rund EUR 10 Mio. geringere Anstieg im Gesamtkapital ist durch sinkendes Ergänzungskapital erklärt: Der sinkende Wertberichtigungsfehlbetrag (Erhöhung des Ergänzungskapitals um rund EUR 12 Mio.) wird im Wesentlichen durch Rückgang von Nachrangdarlehen (Verringerung des Ergänzungskapitals um rund minus EUR 20 Mio.) konterkariert.

Für einen Kapitalbestandteil, der von der BaFin zum 31.12.2014 als hartes Kernkapital anerkannt wurde, laufen derzeit Abstimmungen mit der europäischen Bankaufsichtsbehörde. Die aufsichtsrechtlich geforderten Mindestquoten waren auch unter Berücksichtigung institutsspezifischer Kapitalanforderungen der BaFin während des gesamten Berichtszeitraums jederzeit eingehalten, ebenso die strengeren internen Zielquoten der SaarLB. Die insgesamt gute Eigenmittelausstattung der SaarLB zeigt sich auch im Ergebnis der aufsichtsrechtlich (nach CRR) geforderten Stresstests: Selbst unter Annahme eines konjunkturellen Abschwungs liegt zum Berichtsstichtag die Gesamtkennziffer noch bei 12,0 % (31.12.2014: 10,9 %), die Kernkapitalquote bei 11,8 % (31.12.2013: 10,5 %), und die harte Kernkapitalquote bei 8,7 % (31.12.2014: 7,7 %).

Ökonomisches Kapital (Risikotragfähigkeit)

Neben der Sicherstellung der aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen ist die Sicherung der ökonomischen Risikotragfähigkeit, die sich aus der Gegenüberstellung von Risikokapital (Risikodeckungsmasse) und Risikokapitalbedarf ergibt, zentraler Bestandteil der Steuerung in der SaarLB.

Die Risikodeckungsmasse ermittelt sich grundsätzlich auf Basis der IFRS-Rechnungslegung und gibt Auskunft darüber, bis zu welcher Höhe unerwartete Verluste aus eingegangenen Risiken tatsächlich getragen werden können:[1]

[1] Aufgrund des einjährigen Betrachtungszeitraums werden in der Risikodeckungsmasse nicht die Eigenkapitalpositionen zum Stichtag sondern die (ggf. durch Fälligkeiten im Betrachtungszeitraum reduzierten) Werte ein Jahr nach dem Stichtag angesetzt.

Komponenten der verfügbaren Deckungsmasse (in Mio. EUR)	31.12.2015	31.12.2014	Delta
Ergebnis nach Steuern (Minimum YtD und HoRe)	59,2	51,4	+7,8
+ Grundkapital	250,1	250,1	-
+ Kapitalrücklagen	69,1	69,1	-
+ Gewinnrücklagen	287,3	238,2	+49,1
+ Unbefristete stille Einlagen	9,5	24,5	-15,0
+ Befristete stille Einlagen	233,6	218,6	+15,0
+ Genussrechte	0,0	0,0	-
+ Nachrangige Verbindlichkeiten	25,5	25,5	-
+ Neubewertungsrücklage	68,0	72,6	-4,6
Risikodeckungsmasse	**1.002,3**	**950,0**	**+52,3**
./. Immaterielle Vermögenswerte	5,0	4,0	+1,0
./. Saldo aus stillen Lasten und stillen Reserven aus Wertpapieren (LaR und HtM)	-2,6	-5,7	+3,1
./. Korrektur Eigenkapital wegen Überhang aus latenten Steuern	-26,5	-17,8	-8,7
Liquidationsdeckungsmasse	**+1.026,4**	**+969,5**	**+56,9**
./. Verluste aus ausgefallenen Positionen	0,0	18,5	-18,5
./. Erwartete Verluste des Risikobetrachtungshorizonts	30,3	35,5	-5,2
Verfügbare Deckungsmasse	**+996,0**	**+915,4**	**+80,6**

Die Risikodeckungsmasse steigt im Vergleich zum Vorjahr vor allem aufgrund der gestiegenen Gewinnrücklagen. Verluste aus ausgefallenen Positionen werden ab dem Berichtsstichtag nicht mehr als Abzugsposition bei der verfügbaren Deckungsmasse behandelt, sondern als zusätzliche Kapitalbedarfe auf der Risikoseite berücksichtigt. Eine Kündigung von unbefristeten Einlagen führte zu einer Veränderung der Struktur der Risikodeckungsmasse, die absolute Höhe blieb von dieser Maßnahme unberührt.

Die verfügbare Deckungsmasse ergibt sich aus der Risikodeckungsmasse durch mindernde Berücksichtigung weiterer Effekte:

- In der Liquidationsdeckungsmasse werden Elemente der Deckungsmasse korrigiert, die im Falle einer Liquidation anders anzurechnen wären.
- Zusätzlich werden Puffer für mögliche Verringerungen der Risikodeckungsmasse im einjährigen Betrachtungshorizont abgesetzt, die in der weiteren Modellierung der ökonomischen Risikotragfähigkeitsrechnung nicht mehr explizit berücksichtigt werden.

Im Rahmen der ökonomischen Risikotragfähigkeitsrechnung (ICAAP) überwacht die SaarLB ihr Risikoprofil und stellt durch monatliche Gegenüberstellung von aus der verfügbaren Deckungsmasse allokiertem Risikokapital und Risikokapitalbedarf die Risikotragfähigkeit sicher. Zur Ermittlung des Risikokapitalbedarfs erfolgt eine konsistente Betrachtung aller wesentlichen Risikoarten. Die Risiken werden auf Gesamtbankebene zu einer Gesamteinschätzung des vorhandenen Risikos zusammengeführt. Dabei wird zur Berechnung des Risikokapitalbedarfs im ICAAP grundsätzlich die Value at Risk (VaR)-Methodik mit einem Konfidenzniveau von 99,95 % angewandt. Die Limitierung erfolgt auf Ebene der einzelnen Risikoarten sowie übergreifend durch das (insgesamt) allokierte Risikokapital. Annahmen und Ergebnisse der Risikoquantifizierung sind wenigstens jährlich

Die Ergebnisse der ICAAP-Risikotragfähigkeitsrechnung zum Berichtsstichtag sind in der nachfolgenden Übersicht dargestellt:

Ökonomische Risikotragfähigkeit: Kapitalbedarfe und Deckungsmasse (in Mio. EUR)	31.12.2015 Kapital-bedarf	Limit	Aus-lastung	31.12.2014 Kapital-bedarf	Limit	Aus-lastung
Adressenrisiko	188,7	315,0	60 %	217,6	315,0	69 %
davon Ausfallrisiko	(114,9)	(180,0)	64 %	(136,6)	(180,0)	76 %
davon Credit Spread-Risiko	(73,7)	(135,0)	55 %	(81,0)	(135,0)	60 %
Marktrisiko	78,8	150,0	53 %	45,9	90,0	51 %
Operationelles Risiko	6,8	10,0	68 %	6,8	10,0	68 %
Reputationsrisiko	0,0	5,0	0 %	0,0	2,0	0 %
Immobilienrisiko	12,5	15,0	83 %	13,1	15,0	87 %
Strategisches Risiko/Geschäftsrisiko	75,3	90,0	84 %	76,0	90,0	84 %
Summe	**362,1**	**585,0**	**62 %**	**359,4**	**522,0**	**69 %**
Verfügbare Deckungsmasse	**996,0**			**915,4**		
Freie ökon. Deckungsmasse	**633,9**			**556,1**		

Die Risikotragfähigkeit der SaarLB war im gesamten Berichtszeitraum (sowohl insgesamt als auch auf Ebene der einzelnen Risikoarten) jederzeit uneingeschränkt gegeben.

Neben dem ICAAP-Risikokapitalbedarf werden zusätzlich Risikokapitalbedarfe in mehreren Szenarien ermittelt, u. a. in einem über alle Risikoarten hinweg unter konsistenten Annahmen modellierten schweren konjunkturellen Abschwung. Bzgl. Adressenrisiken wird bspw. eine branchenspezifische Verschlechterung des Kreditportfolios und eine weitere Ausweitung der Credit Spreads angenommen, für alle anderen Risikoarten gelten ebenfalls verschärfte Annahmen.

Schwerer konjunktureller Abschwung: Kapitalbedarfe und Deckungsmasse (in Mio. EUR)	31.12.2015	31.12.2014
Adressenrisiko	175,0	214,3
davon Ausfallrisiko	(101,9)	(140,0)
davon Credit Spread-Risiko	(73,1)	(74,3)
Marktrisiko	72,5	41,3
Operationelles Risiko	3,4	3,4
Reputationsrisiko	0,0	0,0
Immobilienrisiko	9,6	10,1
Strategisches Risiko/Geschäftsrisiko	39,7	40,0
Summe	**300,2**	**309,1**
Freie ökon. Deckungsmasse	**633,9**	**556,1**
Freie ökon. Deckungsmasse nach Stress	**333,7**	**247,0**

Die Kapitalbedarfe sinken im Berichtszeitraum vor allem im Adressenausfallrisiko aufgrund von Rückgängen des Kapitalbedarfs wesentlicher Risikoengagements (Tilgungen und/oder Ratingverbesserungen). Gleichzeitig steigt die freie ökonomische Deckungsmasse merklich an. Insgesamt übertrifft die freie ökonomische Deckungsmasse damit auch unter Annahme eines schweren wirtschaftlichen Abschwungs zum Berichtsstichtag die Kapitalbedarfe weiterhin deutlich.

Adressenrisiko (Kreditrisiko)

Unter Adressenrisiko (Kreditrisiko) subsumiert die SaarLB das Adressenausfallrisiko sowie Credit Spread-Risiken. Unter Adressenausfallrisiko versteht die SaarLB das Risiko, dass sich die Bonität eines Geschäftspartners so weit verschlechtert, dass er seinen Zahlungs- oder Lieferverpflichtungen gegenüber der Bank nicht, nicht vollständig und/oder nicht termingerecht nachkommen kann. Das Adressenausfallrisiko umfasst neben dem klassischen Kreditrisiko auch das Emittentenrisiko, das Kontrahentenrisiko, das Länderrisiko sowie das Beteiligungsrisiko. Weitere Adressenrisiken (Credit Spread-Risiken) resultieren für die SaarLB aus (bonitätsinduzierten) Kursänderungen des Wertpapierbestandes (inkl. Kreditderivaten und Verbriefungen).

Der Rahmen für das Eingehen von Adressenausfallrisiken wird in der Risikostrategie festgelegt. Im jährlichen Strategieprozess wird aus der Risikotragfähigkeit ein Limit für Adressenausfallrisiken festgelegt. Zur Steuerung und Überwachung von Konzentrationsrisiken werden Limitierungen nach der Bonität von Kreditnehmern bzw. Transaktionen, geografischen Märkten und Branchen vorgenommen.

Die gesamten Abläufe im Kreditgeschäft einschließlich der Steuerungs- und Überwachungssysteme sind umfassend im Anweisungswesen der SaarLB dokumentiert. Die hier definierten Masterprozesse sind segmentübergreifend und einheitlich implementiert. Das Anweisungswesen wird fortlaufend den sich verändernden internen und externen Anforderungen angepasst.

Die Beurteilung der Adressenausfallrisiken erfolgt zunächst auf Ebene einzelner Kreditnehmer und (aufsichtsrechtlicher) Kreditnehmereinheiten (Gruppen verbundener Kunden). Hierbei finden die Ratingverfahren Banken, Corporates (inkl. kommunalnaher Unternehmen), Internationale Gebietskörperschaften, Leasing (Leasinggesellschaften sowie Immobilienleasing), Versicherungen, International Commercial Real Estate, Projektfinanzierungen, Länder- und Transferrisiko sowie DSGV-Haftungsverbund der RSU Rating Service Unit GmbH & Co. KG, München, Anwendung. Ergänzend werden die Module Sparkassen StandardRating und Sparkassen ImmobiliengeschäftsRating der Sparkassen Rating und Risikosysteme GmbH, Berlin, eingesetzt. Alle genannten Ratingverfahren wurden von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) zur Verwendung im Rahmen des auf internen Ratings basierten Ansatzes (IRBA) bei der Berechnung der Eigenmittelanforderungen nach der Verordnung (EU) 575/2013 (CRR) anerkannt. Sie werden seitens der Bank in Zusammenarbeit mit den genannten Partnern jährlich auf Basis des aktuellen Kreditportfolios validiert.

Wesentliche Eingabeparameter für den quantitativen Teil der innerhalb der Ratingverfahren vorgenommenen Bonitätsanalyse stammen dabei aus einem Bilanzanalysesystem, das die wesentlichen Rechnungslegungsstandards (u. a. HGB, IFRS, US-GAAP) unterstützt und Peergruppen- sowie Branchenvergleiche ermöglicht. Darüber hinaus werden neben dem Bonitätsrating eines Kreditnehmers dort, wo es erforderlich ist, auch Objekt- und Projektrisiken sowie Länder- und Transferrisiken in der Risikobeurteilung berücksichtigt. Im Ergebnis erfolgt auf Basis von Ausfallwahrscheinlichkeiten eine Zuordnung zu einer Ratingklasse auf einer grundsätzlich 25-stufigen Ratingskala. Für das Sparkassen

StandardRating wird seit November 2015 eine Ratingnote in drei (Sub-)Noten detailliert. Die Ratingklassen sind damit zwischen den unterschiedlichen Ratingverfahren vergleichbar.

Zur ökonomischen Risikominderung werden gemäß den Vorgaben der SaarLB bankübliche Sicherheiten, v. a. Grundpfandrechte, Verpfändungen, Zessionen, Sicherungsübereignungen und schuldrechtliche Verpflichtungserklärungen hereingenommen. Sicherheitenbearbeitung und -bewertung sind im Sicherheitenhandbuch geregelt. Die Berechnung und Festsetzung der ermittelten Sicherheitenwerte wird nachvollziehbar dokumentiert. Im Handelsgeschäft mit Derivaten werden Rahmenverträge zur Verrechnung gegenseitiger Risiken (Close-Out-Netting) geschlossen. Mit bestimmten Geschäftspartnern bestehen Sicherheitenvereinbarungen, die das jeweilige Ausfallrisiko auf einen vereinbarten Höchstbetrag begrenzen.

Anhand eines in geeigneter Weise ausgestalteten Frühwarnsystems – u. a. durch monatlich erstellte, auf festen Frühwarnsignalen basierende Frühwarnlisten – werden möglicherweise gefährdete Engagements identifziert und in die geeignete Betreuungsform überführt. Die Intensivbetreuung ist im Markt, die Bearbeitung von Problemkrediten in der Marktfolge angesiedelt.

Den MaRisk Rechnung tragend werden die Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften täglich durch die Handelsabwicklung überwacht. Diese Überwachung umfasst insbesondere das gesamte Geschäft mit derivativen Finanzinstrumenten (Kontrahentenrisiko). Systemunterstützt und bankweit einheitlich werden alle mit einem Kunden getätigten Handelsgeschäfte in Anlehnung an die Vorschriften zur Marktbewertungsmethode nach CRR auf die ihm eingeräumten Kontrahentenlimite, die auch ein Settlement-Limit umfassen, angerechnet.

Bei der Steuerung und Überwachung von Adressenausfallrisiken auf Gesamtbankebene ist das interne Rating von zentraler Bedeutung. Über die Risikostrategie sind die Nettoengagementgrenzen für Gruppen verbundener Kunden in Abhängigkeit von Ratingklassen, aus der Geschäftsstrategie abgeleiteten Märkten und Segmenten klar definiert. Darüber hinaus soll in von der Bank identifizierten Risikobranchen nur selektiv Neugeschäft zur Verbesserung des jeweiligen Branchenportfolios eingegangen werden. Strenge Nebenbedingung ist schließlich eine am Risiko orientierte Preisgestaltung, die durch ein entsprechendes Kalkulationsinstrument unterstützt wird.

Die Einhaltung der Risikostrategie wird im Rahmen jeder wesentlichen Kreditentscheidung einzelfallbezogen durch die zuständigen Markt- und Marktfolgebereiche überprüft.

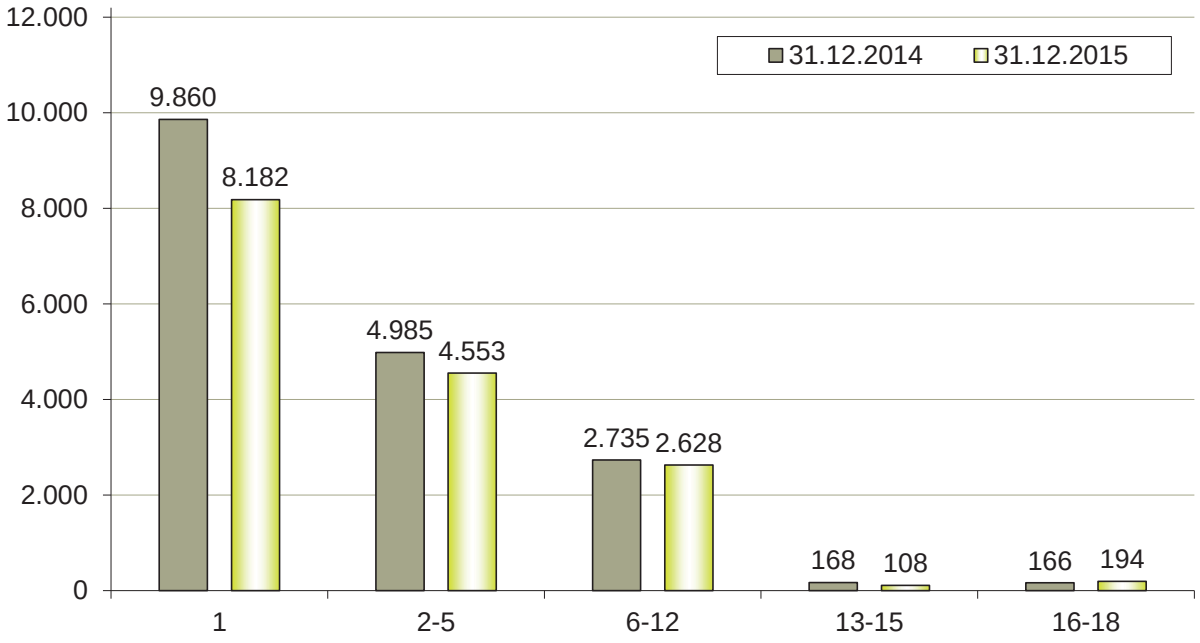
Der vierteljährlich erstellte MaRisk-Risikobericht an den Gesamtvorstand und den Risikoausschuss der SaarLB beinhaltet eine Analyse des Kreditportfolios, vor allem unter den Gesichtspunkten Ratingklassen-, Branchen- und Ländergliederung, sowie einen zusammenfassenden Soll-Ist-Abgleich mit der Risikostrategie.

Zur Risikoanalyse auf Portfolioebene verwendet die SaarLB insbesondere für die Risikotragfähigkeitsrechnung das Kreditportfoliomodell „CreditRisk+“. Im Kreditportfoliomodell wird der gesamte mit Adressenausfallrisiken behaftete Forderungsbestand der SaarLB betrachtet, jeweils gewichtet mit den individuellen, aus den Ratingklassen abgeleiteten Ausfallwahrscheinlichkeiten der einzelnen Kreditnehmer. Wesentliche Ausgabegröße ist der Credit-Value at Risk, der sich aufteilt in einen erwarteten Verlust (expected loss), der über die risikoorientierte Preisgestaltung berücksichtigt wird, und in einen unerwarteten Verlust (unexpected loss). Sowohl der erwartete als auch der unerwartete Verlust sind im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung durch Risikokapital zu decken.

Portfolioanalyse (ökonomisch)

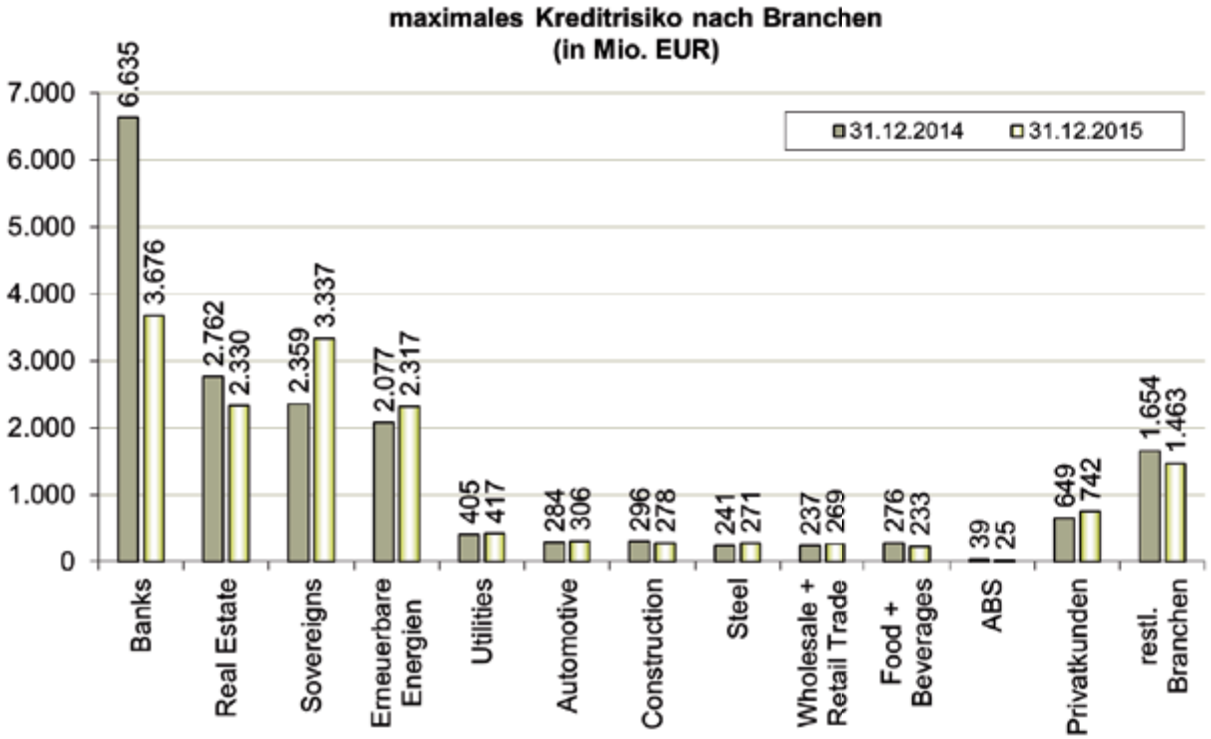
Die Darstellungen in den nachfolgenden Kapiteln „Portfolioanalyse (ökonomisch)“ und „Teilportfolien mit erhöhtem Risikoprofil“ basieren auf der internen Risikosteuerung (management approach), nach denen zum Berichtsstichtag ein maximales Kreditrisiko von EUR 15.665 Mio. bestand (zum 31.12.2014: EUR 17.914 Mio.). Geringfügige Abweichungen von den Bilanzdaten (balance sheet approach, vgl. Kapitel „Portfolioanalyse (bilanziell)“) sind u. a. auf die Berücksichtigung von Zuschlägen (add-ons) bei der Ermittlung des Kreditrisikos von derivativen Finanzinstrumenten nach der Marktbewertungsmethode, von Kontrahentenrisiken aus Wertpapierpensionsgeschäften sowie auf den Ansatz von Kreditderivaten zu Nominalwerten zurückzuführen.

maximales Kreditrisiko nach Ratingklassen (in Mio. EUR)

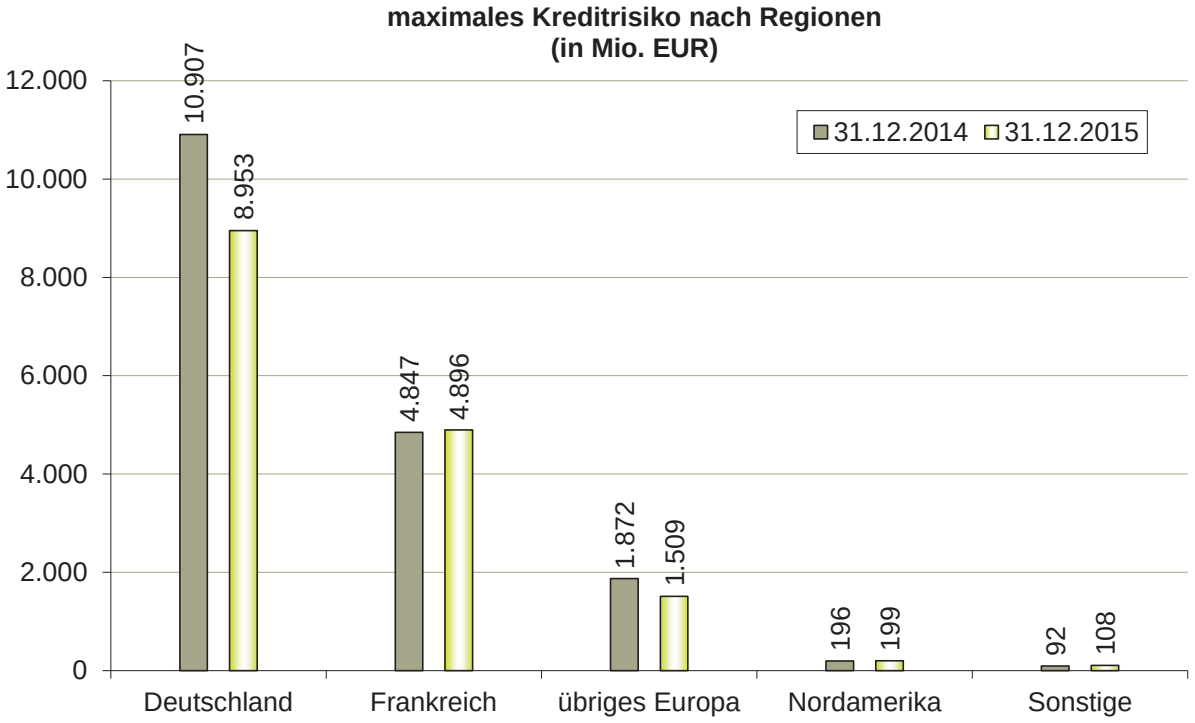


Rund 81 % des Kreditrisikos liegen im Investmentgrade-Bereich (Ratingklassen 1 bis 5 nach DSGV-Skala). Im Vergleich zum Vorjahr ist dieser Anteil um rund zwei Prozentpunkte gesunken, liegt damit aber noch über dem Niveau zum 31.12.2013 von rund 80 %.

Für die wirtschaftliche Steuerung und strategische Ausrichtung des Branchen-Kreditrisikos wird in der SaarLB auf Kreditnehmerebene ein wertschöpfungs- und risikoorientierter Gruppierungsschlüssel verwendet, der das Kreditrisiko in 32 Branchengruppen strukturiert. Das Kreditrisiko nach Branchengruppen verteilt sich wie folgt:



Das Branchenportfolio – insbesondere das Corporates-Portfolio – der SaarLB ist weiterhin gut diversifiziert. Im Berichtsjahr wurde das Kreditrisiko der Branche Banks um EUR 2.958 Mio. und Real Estate um EUR 432 Mio. deutlich reduziert. Das Kreditrisiko der Branche Sovereigns erhöhte sich hingegen um EUR 978 Mio. und auch das Kreditrisiko der Branche Erneuerbare Energien wurde weiter um EUR 241 Mio. ausgebaut. Der Anteil der Branche Sovereigns am Gesamtportfolio hat sich im Vergleich zum Vorjahr von 13 % auf 21 % deutlich erhöht. Auch der Anteil der Branche Erneuerbare Energien ist im Berichtszeitraum von 12 % auf 15 % gestiegen. Der Anteil der Branche Real Estate ist hingegen mit rund 15 % des gesamten Kreditrisikos im Vergleich zum Vorjahr (15 %) konstant geblieben.



Die SaarLB verwendet für die Darstellung der Verteilung des Kreditrisikos nach Ländern standardmäßig auf Einzelländerebene die offiziellen Bundesbankschlüssel. Kreditnehmer werden dabei gemäß dem jeweils maßgeblichen Länderrisiko verschlüsselt, das bspw. bei unselbstständigen Niederlassungen, nicht dem des Sitzlandes entsprechen muss. Regionengruppierungen erfolgen dann unter Berücksichtigung globaler und regionaler wirtschaftlicher Verflechtungen. Der Schwerpunkt des Länderportfolios der SaarLB liegt mit einem Anteil von rund 88,4 % (zum 31.12.2014: 87,9 %) des Kreditrisikos in den von ihr definierten Zielmärkten Deutschland und Frankreich. Weitere 10 % (zum 31.12.2014: 10 %) betreffen Engagements im übrigen Europa, wobei sich die Kreditrisiken in Irland und in den südeuropäischen Ländern Griechenland, Italien, Spanien und Portugal auf insgesamt EUR 280 Mio. (zum 31.12.2014: EUR 231 Mio.) belaufen, davon 82 % (zum 31.12.2014: 53 %) im Investmentgrade. Im Berichtszeitraum wurde das Volumen des Frankreichgeschäftes weiter um EUR 49 Mio. (in 2014: +EUR 82 Mio.) ausgebaut, während das Kreditrisiko in Deutschland (vor allem mit Banken) sowie im übrigen Europa um insgesamt EUR 2.297 Mio. deutlich zurückging.

Banken: maximales Kreditrisiko (in Mio. EUR)		
Regionen	**31.12.2015**	**31.12.2014**
Deutschland	2.575	5.000
Frankreich	219	415
übriges Europa	706	1.068
Nordamerika	100	74
Sonstige	77	77
Gesamt	**3.676**	**6.635**

Forderungen an Kreditinstitute einschließlich des unter der Bilanzposition Finanzanlagen zu zeigenden Bestandes an kreditersetzenden Wertpapieren bestehen überwiegend gegen Institute mit Sitz in Europa und dort mehrheitlich gegen deutsche Kreditinstitute. Über alle Regionen hinweg sinkt das Bankenkreditrisiko im Berichtszeitraum um insgesamt EUR 2.958 Mio., in Deutschland ist der Rückgang am deutlichsten (-EUR 2.425 Mio.).

Nichtbanken: maximales Kreditrisiko (in Mio. EUR) per 31.12.2015							31.12.2014
Branchen	**Deutsch-land**	**Frank-reich**	**übriges West-europa**	**Nord-amerika**	**Sonstige**	**Summe**	**Summe**
Sovereigns	2.092	951	268	0	27	**3.337**	2.359
Real Estate	1.109	974	166	81	0	**2.330**	2.762
Automotive	296	7	3	0	0	**306**	284
ABS	0	0	17	8	0	**25**	39
Wholesale + Retail Trade	257	12	0	0	0	**269**	237
Construction	148	121	10	0	0	**278**	296
Utilities	295	25	96	0	1	**417**	405
Steel	256	4	11	0	0	**271**	241
Erneuerbare Energien	451	1.866	0	0	0	**2.317**	2.077
Food + Beverages	105	80	45	3	0	**233**	276
Privatkunden	403	331	8	0	0	**742**	649
restl. Branchen	965	307	181	7	3	**1.463**	1.654
Gesamt	**6.379**	**4.677**	**803**	**99**	**31**	**11.989**	**11.279**

Auch Forderungen an Kunden einschließlich des unter der Bilanzposition Finanzanlagen zu zeigenden Bestandes an kreditersetzenden Wertpapieren bestehen mit rund 99 % (Vorjahr: rund 99 %) überwiegend gegen Kunden mit (Wohn-)Sitz in Westeuropa. Unter diesen Kunden stellen die deutschen und französischen mit rund 93 % (zum 31.12.2014: 93 %) unverändert den größten Anteil.

Banken: maximales Kreditrisiko (in Mio. EUR)		
Größenklasse	**31.12.2015**	**31.12.2014**
bis 1 Mio. EUR	34	34
> 1 Mio. bis 5 Mio. EUR	151	141
> 5 Mio. bis 10 Mio. EUR	107	79
> 10 Mio. bis 20 Mio. EUR	457	523
> 20 Mio. bis 50 Mio. EUR	1.073	1.453
> 50 Mio. bis 100 Mio. EUR	815	881
> 100 Mio. bis 250 Mio. EUR	522	1.587
> 250 Mio. bis 500 Mio. EUR	520	1.377
> 500 Mio. bis 1 Mrd. EUR	0	561
Gesamt	**3.676**	**6.635**

Das Geschäft mit Kreditinstituten erfolgt weiterhin überwiegend in mittleren und größeren Klassen ab EUR 20 Mio., wurde dort allerdings im Berichtsjahr sehr deutlich zurückgeführt.

Nichtbanken: maximales Kreditrisiko (in Mio. EUR) Größenklasse	31.12.2015	31.12.2014
bis 1 Mio. EUR	749	719
> 1 Mio. bis 5 Mio. EUR	1.204	1.149
> 5 Mio. bis 10 Mio. EUR	1.975	1.893
> 10 Mio. bis 20 Mio. EUR	3.092	2.974
> 20 Mio. bis 50 Mio. EUR	3.378	2.999
> 50 Mio. bis 100 Mio. EUR	783	751
> 100 Mio. bis 250 Mio. EUR	219	510
> 250 Mio. bis 500 Mio. EUR	589	284
Gesamt	**11.989**	**11.279**

Die Kundenforderungen sind aus Sicht der Größenklassengliederung gut diversifiziert. Das Neugeschäft erfolgt dem Geschäftsmodell der SaarLB entsprechend überwiegend bei Engagements in den Größenklassen bis EUR 50 Mio.

Teilportfolien mit erhöhtem Risikoprofil

Die von der SaarLB gehaltenen Verbriefungspositionen verfügen weitgehend über gute bis sehr gute externe Ratings. Knapp 97 % des gesamten Kreditrisikos (zum 31.12.2014 ebenfalls 97 %) verfügen über ein Rating im Investmentgrade-Bereich.

Verbriefungen: maximales Kreditrisiko (in Mio. EUR) Ratingklassen	31.12.2015	31.12.2014
1	24	19
2-5	0	16
6-8	0	0
9-12	0	0
13-15	0	0
Ausfallklassen	1	1
Gesamt	**25**	**37**

Bezogen auf die Region entfällt ein Anteil von weniger als 1 % des Kreditrisikos auf Deutschland, 67 % verteilen sich auf das übrige Europa, die restlichen 32 % liegen in Nordamerika. Schwerpunkte im europäischen Ausland sind hierbei Spanien (48 %) und Großbritannien (10 %). Die Verbriefungspositionen des nordamerikanischen Marktes sind mit EUR 8,0 Mio. im Vergleich zum Vorjahr (EUR 8,7 Mio.) leicht gesunken.

Aufgrund der Staatsschuldenkrise im Euroraum werden u.a. Engagements in Portugal, Irland, Italien, Griechenland und Spanien („PIIGS“-Länder) weiterhin besonders aufmerksam beobachtet.

PIIGS-Exposures: Maximales Kreditrisiko (in Mio. EUR) Land	31.12.2015	31.12.2014
Portugal	8	12
Italien	136	118
Irland	10	6
Griechenland	0	0
Spanien	125	95
Gesamtexposure	**280**	**231**

Der Kreditbestand hat sich im Berichtszeitraum erhöht, er liegt aber deutlich unter dem Bestand zum 31.12.2013 von EUR 352 Mio. Der Zuwachs im Vergleich zum Vorjahres-Stichtag ergibt sich im Wesentlichen aus neuen Engagements sehr guter Bonität in Spanien (Branche Logistics in Ratingklasse 1A- über EUR 20 Mio. sowie Branche Telecom mit Ratingklasse 2 über EUR 18 Mio.) sowie in Italien (Branche Utilities in Ratingklasse 1A- über EUR 6 Mio.). Weiterer Zuwachs entsteht durch einen Portfolioaufbau in der Branche Sovereigns (i.W. ein Engagement in Italien mit Ratingklasse 1A über EUR 42 Mio.), die jedoch durch ein sinkendes Banken-Portfolio (EUR -44 Mio.) ungefähr ausgeglichen wird. Das maximale Kreditrisiko liegt am Berichtsstichtag zu 82 % im Investmentgrade, d.h. in den Ratingnoten 1-5 (zum 31.12.2014: 53 %).

PIIGS-Exposures: Maximales Kreditrisiko (in Mio. EUR) Branchen	31.12.2015	31.12.2014
Sovereigns	74	29
Banks	56	100
Logistics	53	30
Telecom	41	18
Real Estate	21	22
Utilities	19	10
ABS	14	20
Sonstige	2	2
Gesamtexposure	**280**	**231**

Die SaarLB hält zum Berichtsstichtag Forderungen mit einem maximalen Kreditrisiko in Höhe von rund EUR 74 Mio. gegenüber Sovereigns in den PIIGS-Staaten (zum 31.12.2014: 29 Mio.). Der Großteil hiervon ist Italien (75 %) und Spanien (15 %) zuzuordnen. Portugal hat einen Anteil von 6 %, Irland von 4 % und Griechenland von 0 %. Wertminderungen waren zum Berichtsstichtag nicht zu berücksichtigen.

Risikovorsorge

Alle Engagements mit Adressenausfallrisiken unterliegen im Rahmen der Risikoüberwachung einem fest definierten Frühwarn-, Intensivbetreuungs-, Problemkreditbehandlungsprozess mit entsprechenden Anweisungen und Policies. Im Rahmen dieses Prozesses werden Engagements mit eingetretenen Risikosignalen in eine dem Risikogehalt adäquate Betreuungsform überführt und klassifiziert. Basis dafür sind fest definierte harte Kriterien, die zu einer Aufnahme in die monatliche Frühwarnliste bzw. direkt zu einer Zuordnung in die entsprechende Betreuungsform führen.

Als Impairment Trigger werden objektive Hinweise verwendet, die auf eine Wertminderung des Engagements hinweisen. Diese sind u. a.:

- deutliche Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse
- Erwartung niedrigerer zukünftiger Zahlungsströme als die vereinbarten
- bonitätsinduzierte Leistungsstörung
- Zugeständnisse an den Kreditnehmer aufgrund wirtschaftlicher oder rechtlicher Gründe im Zusammenhang mit finanziellen Schwierigkeiten
- wesentliche Vertragsverletzungen wie bspw. Antrag auf Stundung
- hohe Wahrscheinlichkeit eines Insolvenzverfahrens oder eines sonstigen Sanierungsfalls des Schuldners
- Wegfall eines aktiven Marktes für diesen finanziellen Vermögenswert aufgrund finanzieller Schwierigkeiten
- wesentlicher oder anhaltender Rückgang des beizulegenden Zeitwertes unter die Anschaffungskosten

Wenn die Risikoanalyse des Kredites zeigt, dass die vertragskonforme Rückführung bzw. Vereinnahmung aller kreditvertraglichen Entgelte unwahrscheinlich ist, wird eine Risikovorsorge gebildet. Die Berechnung der Risikovorsorge wird pro Geschäft vorgenommen und berücksichtigt alle Adressenausfallrisiken. Die Festlegung der Höhe der Wertberichtigung erfolgt dabei unter Berücksichtigung bestehender Besicherung grundsätzlich durch Gegenüberstellung des Buchwerts der Forderung mit den künftig zu erwartenden Cashflows, die mit dem ursprünglichen Effektivzinssatz diskontiert werden. Einzelwertberichtigungen werden auch für die Engagements gebildet, bei denen die vollständige Rückführung der Kredite ausschließlich aufgrund von Länderrisiko unwahrscheinlich ist.

Bei der Risikovorsorgebildung wird zwischen Einzelwertberichtigungen für bestehende Forderungen und Rückstellungen für künftige Inanspruchnahmen (Rückstellungen für außerbilanzielle Geschäfte im Kreditgeschäft) unterschieden. Uneinbringliche Finanzinstrumente werden ausgebucht.

Portfoliowertberichtigungen werden für Finanzinstrumente gebildet, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden und für die kein Impairment identifiziert wurde. Hierunter fallen auch solche Engagements, bei denen zwar die oben genannten objektiven Hinweise auf eine Wertminderung zutrafen, die jedoch nach entsprechender Prüfung als nicht wertgemindert eingestuft wurden. Portfoliowertberichtigungen sollen sicherstellen, dass eingetretenen Wertminderungen, die nicht einzeln identifiziert wurden, Rechnung getragen wird. Sie dient damit der Abdeckung eingetretener aber noch nicht einzeln zuordenbarer Risiken. Die Portfoliowertberichtigungen werden mithilfe von CRR-

Parametern und unter Berücksichtigung der Loss Identification Period (LIP) für Portfolien gleichartiger Risiken ermittelt.

Für alle im Rahmen der Risikoüberwachung im Berichtsjahr tatsächlich erkennbaren Verlustpotenziale wurde in angemessener Weise vorgesorgt. Die Risikovorsorge für Einzelrisiken im SaarLB-Konzern hat sich wie folgt entwickelt:

Risikovorsorge für Einzelrisiken in Mio. EUR	2015	2014
Anfangsbestand	**125,1**	**121,7**
Auflösung	-15,6	-8,8
Unwinding	-2,8	-2,5
Verbrauch	-14,1	-9,8
Zuführung	23,0	24,5
Endbestand	**115,6**	**125,1**

Die bonitätsbedingten Direktabschreibungen betrugen EUR 0,4 Mio. (im Geschäftsjahr 2014: EUR 0,1 Mio.). Für eingetretene aber noch nicht einzeln zuordenbare Risiken im Kreditgeschäft einschließlich den zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten Finanzanlagen bestehen Portfoliowertberichtigungen in Höhe von nunmehr EUR 16,4 Mio. (zum 31.12.2014: EUR 18,1 Mio.). Davon entfallen auf Bürgschaften und unwiderrufliche Kreditzusagen EUR 4,1 Mio. (zum 31.12.2014: EUR 3,6 Mio.). Auf Finanzanlagen entstanden im Berichtszeitraum insgesamt bonitätsbedingte Abschreibungen ohne Portfoliowertberichtigungen in Höhe von EUR 0,1 Mio. (im Geschäftsjahr 2014: EUR 2,3 Mio.).

Portfolioanalyse (bilanziell)

Das durch die IFRS-Buchwerte (für Bilanzpositionen) bzw. durch die Nominalbeträge (für Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen) jeweils unter Berücksichtigung von Einzelwertberichtigungen sowie der Länderrisikovorsorge gemäß IAS 39 beschriebene maximale Kreditrisiko hat sich im Berichtszeitraum wie folgt entwickelt:

maximales Kreditrisiko (in Mio. EUR) nach Bilanzpositionen	31.12.2015	31.12.2014
Barreserve	212	299
Forderungen an Kreditinstitute	1.786	2.310
Forderungen an Kunden	8.851	8.866
Handelsaktiva	363	477
Positive Marktwerte aus Fair Value Hedges	117	136
Finanzanlagen*	2.503	4.271
Sonstige Aktiva	5	2
Eventualverbindlichkeiten	392	229
Unwiderrufliche Kreditzusagen	1.068	579
Insgesamt	**15.296**	**17.168**

* ohne Eigenkapitalinstrumente, einschließlich Wertpapier-Pensionsgeschäften

In den folgenden Tabellen wird dieses maximale Kreditrisiko unterschieden in (a) finanzielle Vermögenswerte, die weder überfällig noch wertgemindert sind, (b) finanzielle Vermögenswerte, die überfällig, aber nicht wertgemindert sind und (c) finanzielle Vermögenswerte, die wertgemindert sind.

Finanzielle Vermögenswerte, die weder überfällig noch wertgemindert sind: maximales Kreditrisiko per 31.12.2015 nach Ratingklassen (in Mio. EUR)*								
Bilanzposition und Haltekategorie**	**1**	**2-5**	**6-12**	**13-15**	**Ausfall**	**ohne Rating**	**Summe**	**31.12.2014 Summe**
Barreserve (LaR)	-	-	-	-	-	212	212	299
Forderungen an Kreditinstitute (LaR)	1.425	42	307	-	-	13	1.785	2.309
Forderungen an Kunden (LaR)	3.360	3.326	1.752	100	49	87	8.674	8.669
Handelsaktiva (HfT)	274	38	45	0	0	6	363	476
Pos. Marktwerte aus Fair Value Hedges	108	9	-	-	-	-	117	136
Finanzanlagen***	1.702	620	78	0	-	102	2.502	4.270
Available for Sale	1.455	507	10	-	-	97	2.070	3.389
Fair Value Option	175	74	8	-	-	5	263	268
Held to maturity	25	33	-	-	-	-	58	450
Loans and Receivables	47	5	59	0	-	-	111	164
Sonstige Aktiva	-	-	2	-	-	3	5	2
Eventualverbindlich-keiten	148	148	90	2	3	-	391	229
Unwiderrufliche Kreditzusagen	344	479	231	1	3	11	1.068	579
Insgesamt	**7.360**	**4.662**	**2.503**	**104**	**55**	**433**	**15.117**	**16.968**

* Bei Überfälligkeit einer Forderung wird das gesamte Exposure des Kreditnehmers inkl. Finanzanlagen, Handelsaktiva, Eventualverbindlichkeiten und unwiderruflichen Kreditzusagen als überfällig ausgewiesen.

** Haltekategorien sind: Loans and Receivables (LaR), Held for Trading (HfT), Available for Sale (AfS), Fair Value Option (FVO) und Held to Maturity (HtM)

*** ohne Eigenkapitalinstrumente, einschließlich Wertpapier-Pensionsgeschäften

Das Kreditrisiko für weder überfällige noch wertgeminderte finanzielle Vermögenswerte ist im Berichtszeitraum um rund EUR 1.852 Mio. gesunken, im Wesentlichen bei Finanzanlagen (um EUR 1.768 Mio.), bei Forderungen an Kreditinstitute (um EUR 524 Mio.), Handelsaktiva (um EUR 113 Mio.) sowie Barreserve (um EUR 88 Mio.). Im Gegenzug stiegen die unwiderruflichen Kreditzusagen (um EUR 489 Mio.) und Eventualverbindlichkeiten (um EUR 162 Mio.).[2]

[2] Positionen ohne Rating betreffen Vermögenswerte, denen nicht analog Management Approach ein abgeleitetes Rating zugeordnet werden konnte, z. B. Barreserve und Aktivsalden auf Sachkonten.

Finanzielle Vermögenswerte, die überfällig, aber nicht wertgemindert sind: maximales Kreditrisiko per 31.12.2015 nach Dauer der Überfälligkeit (in Mio. EUR)*							31.12.2014	
Bilanzposition, Haltekategorie und Branche**	**1 bis 30 Tage**	**30 Tage bis 3 Monate**	**3 Monate bis 1 Jahr**	**> 1 Jahr**	**Summe**	**Fair Value Collaterals**	**max. Kreditrisiko**	**Fair Value Collaterals**
FORDERUNGEN AN KREDITINSTITUTE (LaR)	-	-	-	-	-	-	0	0
Banks/Finance	-	-	-	-	-	-	0	0
FORDERUNGEN AN KUNDEN (LaR)	0	7	4	9	20	0	56	32
Non profit organisations	-	-	-	9	9	0	9	5
Privatkunden, sonstige	-	7	3	-	10	-	8	5
restl. Branchen	0	0	1	0	1	0	39	22
HANDELSAKTIVA (HfT)	-	-	-	-	-	-	0	0
FINANZANLAGEN (AfS)***	-	-	-	-	-	-	0	0
Eventualverbindlichkeiten	-	-	0	-	0	-	0	0
Unwiderrufliche Kreditzusagen	-	-	-	-	-	-	0	0
Insgesamt	**0**	**7**	**4**	**9**	**20**	**0**	**56**	**32**

* Bei Überfälligkeit einer Forderung wird das gesamte Exposure des Kreditnehmers inkl. Finanzanlagen, Handelsaktiva, Eventualverbindlichkeiten und unwiderruflichen Kreditzusagen als überfällig ausgewiesen.

** Haltekategorien sind: Loans and Receivables (LaR), Held for Trading (HfT), Available for Sale (AfS), Fair Value Option (FVO) und Held to Maturity (HtM)

*** ohne Eigenkapitalinstrumente, einschließlich Wertpapier-Pensionsgeschäften

Überfällig aber nicht wertgemindert sind zum Berichtsstichtag fast ausschließlich Forderungen an Kunden.[3] Der Rückgang der überfälligen aber nicht wertgeminderten Vermögenswerte um rund EUR 36 Mio. im Berichtszeitraum ist vor allem auf Kundenforderungen in den Branchen Banks (-EUR 22 Mio.), Sovereigns (-EUR 6 Mio.) und Technology/Methodology (-EUR 10 Mio.) zurückzuführen.

[3] In der Bilanzposition „Forderungen an Kunden“ sind auch solche Kunden enthalten, die ökonomisch der Branche „Banks“ zugeordnet sind.

Finanzielle Vermögenswerte, die wertgemindert sind: maximales Kreditrisiko (in Mio. EUR) Bilanzposition, Haltekategorie* und Branche	31.12.2015 Expo-sure	EWB	max. Kredit-risiko	Fair Value Colla-terals	31.12.2014 max. Kredit-risiko	Fair Value Colla-terals
FORDERUNGEN AN KREDITINSTITUTE (LaR)	7	7	0	-	1	0
FORDERUNGEN AN KUNDEN (LaR)	266	108	157	95	141	80
Real Estate	134	69	65	65	42	24
Privatkunden	63	2	60	-	62	35
Sovereigns	9	1	8	8	10	6
Food + Beverages	4	2	2	2	8	5
Construction	12	6	6	6	6	3
Chemicals	12	6	6	5	6	3
restl. Branchen	31	21	10	10	6	3
HANDELSAKTIVA (HfT)	-	-	-	-	1	0
FINANZANLAGEN**	1	-	1	-	1	0
Eventualverbindlichkeiten	1	-	1	-	0	0
Unwiderrufliche Kreditzusagen	-	-	-	-	0	0
Insgesamt	**275**	**116**	**159**	**95**	**143**	**81**

* Haltekategorien sind: Loans and Receivables (LaR), Held for Trading (HfT), Available for Sale (AfS), Fair Value Option (FVO) und Held to Maturity (HtM)

** ohne Eigenkapitalinstrumente, einschließlich Wertpapier-Pensionsgeschäften

Im maximalen Kreditrisiko der wertgeminderten Vermögensgegenstände sind zum Berichtsstichtag Einzelwertberichtigungen in Höhe von rund EUR 115,6 Mio. (zum 31.12.2014: EUR 125,1 Mio.) berücksichtigt. Im oben dargestellten maximalen Kreditrisiko nicht enthalten sind die hereingenommenen banküblichen Sicherheiten, v. a. Grundpfandrechte, Verpfändungen, Zessionen, Sicherungsübereignungen und schuldrechtliche Verpflichtungserklärungen. Im Rahmen der Sicherheitenverwertung wurden von der SaarLB im Berichtszeitraum keine Sicherheiten im Sinne eines Rettungserwerbs übernommen.

Marktpreisrisiko

Das Marktpreisrisiko bezeichnet das Risiko von (Bewertungs-)Verlusten in offenen (Handels-) Positionen durch ungünstige Marktpreisveränderungen. Für die SaarLB relevante Marktpreise sind insbesondere EUR-Zinssätze, Aktienkurse und Währungskurse. Offene Positionen resultieren aus Kassa-, Termin- und Optionsgeschäften.

Die strategischen Grundsätze des Umgangs mit Marktpreisrisiken in der SaarLB sind in der Risikostrategie definiert. Die Aufbauorganisation des Handelsgeschäfts entspricht den Anforderungen der MaRisk. Der Bereich Treasury und Portfoliomanagement umfasst das Aktiv-Passiv-Management, das die Zinsrisiken aus dem Bankbuch aktiv steuert; die Bereiche Produktmanagement und Institutionelle verantworten das Sales-Geschäft in Zinsprodukten und Devisen. Die Abwicklung der Handelsgeschäfte erfolgt im Bereich Services. Für die Überwachung und Steuerung der Marktrisiken sowie für die methodische Entwicklung des hierzu erforderlichen Instrumentariums ist die Abteilung Risikocontrolling verantwortlich. Die SaarLB limitiert bereits seit Einführung der Mindestanforderungen an das Betreiben von Handelsgeschäften 1996 sowohl Marktpreisrisiken des Handelsbuches als auch

Marktpreisrisiken des Anlagebuches, insbesondere Zinsänderungsrisiken, nach einem einheitlichen Value at Risk (VaR)-Ansatz: Das Risikocontrolling überwacht die Risiken in mehreren Sparten und berücksichtigt dabei nicht nur die Risiken aus dem Handel im engeren Sinne, sondern auch aus den Positionen des Aktiv-Passiv-Managements, welche wesentliche Zinsänderungsrisiken der Bank beinhalten können.

Die Parameterfestlegung für die VaR-Berechnung spiegelt die Zurückhaltung der Bank beim Eingehen von Marktrisiken wider: Die Risiken aller Sparten fließen in die Risikotagesmeldung mit einer Haltedauerannahme von 10 Handelstagen und einem einseitigen Konfidenzniveau von 99,95 % ein. Bei der Zusammenfassung der Risiken werden außerdem Korrelationen außer Acht gelassen, die eine risikoreduzierende Darstellung ermöglichen würden. Für die Handelsbuchsparten werden Risikoparameter aus eigenen, teilweise weit in die Vergangenheit reichenden Zeitreihen ermittelt. In den Bankbuchsparten werden die Risikokennzahlen grundsätzlich mittels einer historischen Simulation berechnet, wobei die verwendeten Zeitreihen regelmäßig aktualisiert werden. Die in Spezialfonds gegebenenfalls enthaltenen Aktienkursrisiken werden dabei anhand von skalierten Risikokennzahlen der Fondsgesellschaft beurteilt.

Zum 01.07.2015 wurden die Zinsrisiko tragenden Positionen in einem Zinsbuch gesamt zusammengefasst. Insgesamt hat sich die Anzahl der Sparten dadurch von fünf auf nunmehr vier verringert.

Portfolio	Sparten bis 30. Juni 2015	Sparten ab 01. Juli 2015
Anlagebuch		Zinsbuch gesamt
	ALCO-Portfolio	Benchmark
	Treasury-Portfolio	Abweichung zur Benchmark
	Spezialfonds	Spezialfonds
Handelsbuch	Renten-Sales	Renten-Sales
	Devisen-Bankbuch und -Sales	Devisen-Bankbuch und -Sales

Abgeleitet aus der Risikodeckungsmasse legt der Vorstand je Sparte eine Verlustpotenzialobergrenze (VaR-Limit) sowie für die Handelsbuchsparten Renten-Sales und Devisen-Bankbuch und –Sales eine Verlustobergrenze (Planabweichungslimit) fest. Zu keinem Zeitpunkt darf der in einer Sparte täglich errechnete Value at Risk das zugeordnete VaR-Limit überschreiten. Gleichzeitig darf in den Handelsbuchsparten eine negative Abweichung des operativen Ergebnisses vom jeweiligen zeitanteiligen Planwert in einer Sparte dessen Planabweichungslimit nicht übersteigen. Das Planabweichungslimit beträgt regelmäßig jeweils 50 % des Planwertes einer Sparte. Die VaR-Limite können durch vom Handelsvorstand festgelegte Richtwerte für Bestandsobergrenzen und sonstige restriktive Vereinbarungen fallweise ergänzt werden.

Beim VaR werden Brutto- und Netto-VaR unterschieden. Während der Brutto-VaR ausschließlich das Risiko aus bestehenden offenen Positionen angibt, werden in den Netto-VaR je nach Sparte negative operative Ergebnisse einbezogen (selbstverzehrendes Limit). Die Systematik zur Ermittlung des Netto-VaR wurde im Juni 2015 umgestellt. Bis zu diesem Zeitpunkt, d.h. auch in den Vergleichszahlen zum 31.12.2014, wurden in allen Sparten

negative operative Ergebnisse auf die Limitauslastung angerechnet. Seitdem gilt diese Vorgehensweise nur noch für die Handelsbuchsparten.

Die folgende Tabelle beschreibt das Risiko verschiedener Marktpreisrisikoarten im Berichtszeitraum sowie im Vergleichszeitraum. Bei den aufgeführten Werten handelt es sich um den Brutto-VaR.

Marktrisiko SaarLB: Brutto-VaR (in Mio. EUR)	**12-Monats-Zeitraum bis 31.12.2015**			**12-Monats-Zeitraum bis 31.12.2014**		
	Durch-schnitt	Maxi-mum	Mini-mum	Durch-schnitt	Maxi-mum	Mini-mum
Zins-VaR	12,8	16,4	10,3	10,1	15,6	4,2
FX-VaR	1,1	1,9	0,6	0,6	1,2	0,4
Aktien-VaR	2,7	4,4	0,7	1,5	7,1	0,0
Gesamt-VaR	**16,7**	**21,6**	**12,4**	**12,2**	**18,4**	**6,8**

Die Berichterstattung an alle am Risikoüberwachungs- und -steuerungsprozess beteiligten Bereiche einschließlich Gesamtvorstand erfolgt jeweils zu Beginn eines Handelstages. Die Darstellung umfasst operative Ergebnisse sowie VaR und Limitauslastung des vorangegangenen Handelstages.

Für den unter Berücksichtigung der negativen operativen Ergebnisse ermittelten (Netto-) VaR wurden aus der Risikodeckungsmasse der SaarLB zum Berichtsstichtag Limite in Höhe von insgesamt EUR 29,5 Mio. (zum 31.12.2014: EUR 44,65 Mio.) auf die einzelnen Sparten allokiert. Diese Limite waren (über alleSparten) im Berichtszeitraum durchschnittlich mit 56,8 % (in 2014: 35,2 %) beansprucht, wobei die Auslastung zwischen einem Minimum von 38,8 % (in 2014: 19,9 %) und einem Maximum von 73,4 % (in 2014: 48,4 %) schwankte.[4] Letzteres entsprach – in absoluten Werten ausgedrückt – einem Verlustpotenzial in Höhe von EUR 21,6 Mio. (in 2014: EUR 21,6 Mio.). Zum Berichtsstichtag betrug der (Netto-)VaR aus Marktrisiken EUR 20,0 Mio. (zum 31.12.2014: EUR 20,7 Mio.)

Das beschriebene Instrumentarium wird laufend den sich verändernden Gegebenheiten angepasst. Insbesondere werden die verwendeten Risikoquantifizierungsmethoden im Rahmen eines Backtesting-Verfahrens halbjährlich validiert und entsprechend fortentwickelt. Die Risikoparameter werden turnusgemäß quartalsweise aktualisiert.

Im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung werden die Verlustpotenziale der täglichen Steuerung auf SaarLB-einheitliche Werte von Konfidenzniveau und Haltedauer skaliert. Über die Quantifizierung des ICAAP-Risikokapitalbedarfs hinaus erfolgen hier auch zukunftsorientierte Analysen unter Annahme außergewöhnlicher Marktpreisänderungen (Stressszenarien).

---

[4] In der obigen Tabelle werden die Minima (Maxima) des Brutto-VaR der jeweiligen Marktpreisrisikoart summiert, während hier das Minimum (Maximum) des Netto-VaR, d. h. inkl. eventuell durchgeführter Berücksichtigung von negativen operativen Ergebnissen, über alle Marktpreisrisikoarten hinweg angegeben ist.

Speziell für das Zinsänderungsrisiko im Anlagebuch wurden nach Vorgabe der Deutschen Bundesbank monatlich Zinsänderungen von +/-200 Basispunkten quantifiziert. Die ermittelten Barwertänderungen im Verhältnis zum haftenden Eigenkapital lagen (bei SaarLB inkl. LBS ebenso wie bei der LBS selbst) deutlich unter den aufsichtsrechtlichen Schwellenwerten.

Liquiditätsrisiko

Unter Liquiditätsrisiko versteht die SaarLB das Risiko, fällige Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig oder zeitgerecht erfüllen oder – im Falle einer Liquiditätskrise – Refinanzierungsmittel nur zu erhöhten Marktsätzen beschaffen oder Aktiva nur mit Abschlägen auf die Marktpreise veräußern zu können.

Die strategischen Grundsätze des Umgangs mit Liquiditätsrisiken in der SaarLB sind in der Risikostrategie und der Liquiditätssicherungsplanung festgelegt. Übergeordnetes Ziel von Liquiditätsrisikosteuerung und -controlling ist die Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungs- und Refinanzierungsfähigkeit der SaarLB.

Die Liquiditätssteuerung liegt in der Verantwortung der Organisationseinheit Treasury, zu der auch der Geldhandel gehört, der für den Liquiditätsausgleich am Markt in Fristigkeiten bis zu einem Jahr zuständig ist. Das Liquiditätrisikocontrolling erfolgt in der Organisationseinheit Risikocontrolling.

Dabei gehen in die Messung von Liquiditätsrisiken alle Liquiditätsabläufe (Zahlungsein- und -ausgänge) der Bank ein. Diese umfassen neben deterministischen Zahlungsströmen auch die auf Basis von Annahmen modellierten, relevanten nichtdeterministischen Zahlungsströme (z. B. aus unwiderruflichen Kreditzusagen oder Beteiligungen). Das den Liquiditätsabläufen gegenüberstehende Fundingpotenzial beinhaltet u. a. den frei verfügbaren Zugang zu Zentralbankgeld bei der EZB, kurzfristig veräußer- bzw. beleihbare Wertpapiere sowie das Potenzial für kurzfristig platzierbare Pfandbriefemissionen und stellt damit die Möglichkeit zur Abdeckung von (negativen) Liquiditätsabläufen sicher.

Die SaarLB misst und steuert Liquiditätsrisiken in vier Szenarien:

- **Szenario Basis (Planungssicht)**

  Abbildung der „gewöhnlichen“ Geschäftstätigkeit durch die Berücksichtigung der vertraglichen Kapitalfälligkeiten und Annahme von gleichwertigem Neugeschäft bei Fälligkeit.

- **Szenario Bankstress**

  Abbildung eines signifikanten Downgrades der SaarLB, welcher zu Liquiditätsabflüssen von privaten und institutionellen Geldgebern sowie zu dem Wegfall von Eigenemissionen führt (Abflüsse variabler Bestände). Des Weiteren ist das Funding durch die Vergabe von ungedeckten Papieren nicht mehr möglich.

- **Szenario Marktstress**

  Abbildung einer Kapitalmarktstörung (Vertrauensverlust auf dem Interbankenmarkt), welche sich auf die Liquiditätsbeschaffung auswirkt und zu Liquiditätsabflüssen durch die Valutierung der offenen Zusagen von gewerblichen Kunden führt.

- **Szenario Kombination**

  Simultane Abbildung der Effekte der Szenarien Bankstress und Marktstress.

Zur Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit auch in Krisensituationen verfügt die SaarLB über ein angemessenes Fundingpotenzial. Im Berichtszeitraum verfügte die SaarLB über ein freies Fundingpotenzial i.H.v. EUR 1,5 Mrd. (zum 31.12.2014: EUR 2,6 Mrd.). Ein ausreichendes Fundingpotenzial gewährleistet, dass etwaige ungeplante Zahlungsanforderungen bei Bedarf taggleich abgedeckt werden können. Dabei hat die SaarLB ihren kurzfristigen Liquiditätsbedarf so limitiert, dass der Überhang aus Passivfälligkeiten im Overnight-Bereich auf den in diesem Zeitpunkt frei verfügbaren Zugang zu Zentralbankgeld begrenzt ist.

Der kurzfristige Refinanzierungsbedarf nach BTR 3.2 MaRisk wird durch ausschließliche Anrechnung hochliquider Wertpapiere (sowohl EZB-fähig als auch GC Pooling-fähig) im Fundingpotenzial abgebildet. Dieses sollte in der handelstäglich fortgeschriebenen Wochen-Sicht zur Abdeckung der Liquiditätsabläufe ausreichen, die aus dem Szenario Kombination resultieren.

Das Volumen an hochliquiden Wertpapieren liegt zum Berichtsstichtag bei rund EUR 1,1 Mrd. (zum 31.12.2014: EUR 1,4 Mrd.). Aufkommende Zahlungsverpflichtungen können bei Bedarf nach wie vor weitgehend unabhängig von anderen Refinanzierungsquellen abgedeckt werden. Auf einen Rückgriff auf die Overnight-Fazilität der EZB konnte im Berichtszeitraum (wie auch in den vergangenen Jahren) verzichtet werden.

Die Liquiditätssteuerung und -überwachung für den Zeitraum der jeweils kommenden 180 Tage erfolgt anhand der Gegenüberstellung der kumulierten Liquiditätsablaufbilanz mit dem kumulierten Fundingpotenzial. Die Auslastungen des Fundingpotenzials werden dabei anhand szenariospezifischer Schwellenwerte beurteilt.

Auch für die einen Zeitraum von 180 Tagen übersteigenden Laufzeiten geben die Auslastungsgrade des Fundingpotenzials die entscheidenden Steuerungsimpulse. Mittels geeigneter Funding-Instrumente wird auf eine ausgewogene Refinanzierungsstruktur hingewirkt, um die Zahlungs- und Refinanzierungsfähigkeit der Bank auch mittel- und langfristig sicherzustellen. Dies ist aus heutiger Sicht gegeben: Einerseits verfügt die SaarLB über eine ausreichende Überdeckung im Deckungsstock, dem Sicherheitenpool für Pfandbriefe, der in normalen Marktsituationen eine laufende Emissionstätigkeit ermöglicht. Andererseits ist die Liquiditätsablaufbilanz so strukturiert, dass per Saldo in den kommenden Jahren Liquidität zufließt. Rückflüsse aus dem Aktivgeschäft können also noch einmal als Kredite ausgegeben werden.

Auch unter den Stressannahmen der oben definierten Szenarien waren zum Berichtsstichtag die Liquiditätsabflüsse in der steuerungsrelevanten 180 Tages-Sicht jederzeit durch entsprechende Fundingpotenziale gedeckt:

Auslastung des Fundingpotenzials (180 Tage) (in % bzw. Mio. EUR)	maximale Auslastung 2015	2014
Szenario Basis (geplante Ablaufstrukturen)	0,00%	0,00%
Szenario Bankstress	33,79%	27,33%
Szenario Marktstress	0,00%	0,79%
Szenario Kombination	56,77%	45,85%

Alle dargestellten Instrumentarien sind Bestandteil der regelmäßigen Berichterstattung an den Vorstand und sind in den MaRisk-Risikobericht integriert. Im Berichtsjahr hat das Fundingpotenzial jederzeit die Liquiditätsabläufe der SaarLB abgedeckt.

Die unverändert positive Einschätzung der Liquiditätssituation wird auch durch die Liquiditätskennziffer (nach den aufsichtsrechtlichen Regelungen der Liquiditätsverordnung) bestätigt. Dabei geht die SaarLB in ihren internen Regelungen über die aufsichtsrechtliche Anforderung hinaus, dass das Verhältnis von Aktiv- zu Passivfälligkeiten (Liquiditätskennziffer) innerhalb des nächsten Monats größer als 1 sein muss. Die Bank setzt einen Warnwert, der bereits Gegensteuerungsmaßnahmen auslöst, bei 1,25. Im Berichtszeitraum lag die Liquiditätskennziffer der Bank zwischen 2,00 und 3,40 (in 2014 zwischen 2,00 und 3,25); zum Berichtsstichtag belief sie sich auf 2,95 (zum 31.12.2014: 2,62).

Im Rahmen der Berechnung der Liquidity Coverage Ratio (LCR) werden die liquiden Aktiva den kurzfristigen Nettoabflüssen der nächsten 30 Tage gegenüber gestellt. Dabei werden konsolidierte Werte (inkl. LBS) verwendet. Die seit Oktober 2015 gültige aufsichtsrechtliche Mindestquote lag im Berichtszeitraum bei 60%. In den Folgejahren wird diese Mindestquote sukzessive auf 100% ab dem Jahr 2018 angehoben. Die SaarLB hat die aufsichtsrechtliche Mindestquote sowie die höheren internen Schwellenwerte im Berichtszeitraum jederzeit eingehalten. Zum Berichtsstichtag wies die SaarLB eine LCR-Kennziffer von 257% aus.

Die Einhaltung sowohl der aufsichtsrechtlichen als auch der internen Anforderungen war somit zu jeder Zeit gewährleistet. Auch die LBS hat die aufsichtsrechtlichen Vorgaben bezüglich der Liquidität im abgelaufenen Geschäftsjahr jederzeit eingehalten.

Darüber hinaus stellen sich die finanziellen Verbindlichkeiten nach vertraglich vereinbarten Restlaufzeiten (ohne Bauspareinlagen, außerbilanzielle Verbindlichkeiten, sonstige Passiva und einige Nachrangkapitalbestandteile, die keine vereinbarten Restlaufzeiten haben) wie folgt dar:

31.12.2015 (in Mio. EUR)	bis 3 Monate	>3 Monate bis 1 Jahr	>1 Jahr bis 5 Jahre	>5 Jahre
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	495	1.109	784	1.158
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2.093	802	349	1.351
Verbriefte Verbindlichkeiten	50	328	1.841	1.458
Nachrangkapital	0	1	182	21
Summe ohne Derivate	**2.638**	**2.239**	**3.156**	**3.987**
Derivate*	15	18	190	190
Insgesamt	**2.653**	**2.257**	**3.346**	**4.177**

31.12.2014 (in Mio. EUR)	bis 3 Monate	>3 Monate bis 1 Jahr	>1 Jahr bis 5 Jahre	>5 Jahre
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.247	840	788	1.173
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3.369	541	367	1.253
Verbriefte Verbindlichkeiten	334	1.804	1.637	1.422
Nachrangkapital	10	87	5	21
Summe ohne Derivate	**5.960**	**3.271**	**2.797**	**3.868**
Derivate*	16	23	254	249
Insgesamt	**5.976**	**3.294**	**3.051**	**4.118**

* inklusive negativer Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (Hedge Accounting), überwiegend Zinsderivate

Im Berichtszeitraum war der SaarLB der Zugang zu Refinanzierungsmitteln über den Geld- und Kapitalmarkt jederzeit möglich. Die Bank konnte ihre mittel- und langfristige Refinanzierung über die Emission von börsennotierten Pfandbriefen und ungedeckten Schuldtiteln sicherstellen. Darüber hinaus hat die Bank von den Möglichkeiten zur Refinanzierung über die EZB Gebrauch gemacht und Tendergeschäfte der EZB zum Zwecke der Liquiditätsfeinsteuerung eingesetzt.

Operationelles Risiko

Allgemeines

Operationelles Risiko bezeichnet die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Diese Definition schließt Rechts - und Modellrisiken ein.

Die SaarLB verpflichtet sich zu einem effizienten Management operationeller Risiken, um das Unternehmen, seine Mitarbeiter und seine Kunden sowohl vor finanziellem Verlust als auch vor Verlust des Vertrauens oder des öffentlichen Ansehens zu bewahren.

Die Methoden und Prozesse des Controllings und Managements operationeller Risiken sind im OpRisk-Handbuch der SaarLB detailliert beschrieben. Messung und Limitierung operationeller Risiken sind auch Gegenstand der Risikostrategie.

Die Steuerung operationeller Risiken erfolgt dezentral in den einzelnen Geschäftsbereichen, wobei jeder Bereich eigenverantwortlich für den Umgang mit den in seine Zuständigkeit

fallenden operationellen Risiken ist. Dies umfasst insbesondere die Vorbeugung gegen Risiken aus möglicherweise unvollkommenen Geschäftsprozessen sowie menschlichem Fehlverhalten. Durch Notfallpläne und den Einsatz paralleler Systeme sollen Beeinträchtigungen aus unvorhergesehenen Ereignissen – insbesondere auch im technischen Bereich – vermieden oder zumindest gemildert werden. Die Notfallpläne werden regelmäßig den sich ändernden aufbau- und ablauforganisatorischen Gegebenheiten angepasst und die Systeme fortlaufend modernisiert.

Zu den Aufgaben der Rechtsabteilung der SaarLB gehört die Minimierung rechtlicher Risiken aus Vertragsgestaltungen, Normen des nationalen und internationalen Rechts sowie Prozessen und Gerichtsentscheidungen. Schwebende Rechtsstreitigkeiten werden im Jahresabschluss angemessen berücksichtigt.

Die Überwachung der operationellen Risiken erfolgt zentral durch die Abteilung Risikocontrolling. Das verwendete Instrumentarium umfasst derzeit zum einen die systematische Sammlung der in der SaarLB aufgetretenen operationellen Schadenfälle in einer Schadensfalldatenbank, zum anderen die vorausschauende Beurteilung des OpRisk-Profils durch turnusmäßige Self Assessments aller risikorelevanten Organisationseinheiten der SaarLB sowie die hierzu jeweils erforderliche Aufbau- und Ablauforganisation innerhalb des Hauses. Die SaarLB wendet seit dem 01.01.2007 zur Berechnung der Eigenmittelanforderungen aus operationellen Risiken den Standardansatz nach CRR an.

In einem turnusmäßigen, in den MaRisk-Risikobericht integrierten Berichtswesen werden die aufgetretenen Schadenfälle und die Ergebnisse der Self Assessments analysiert.

Im Berichtsjahr wurden 28 Schadensfälle (in 2014: 22) beobachtet, die zu einer G. u. V.-Beeinträchtigung von insgesamt rund EUR 0,6 Mio. (in 2014: EUR 0,6 Mio.) geführt haben. Dieser Betrag liegt deutlich unterhalb des anhand der Eigenmittelanforderungen des aufsichtlichen Standardansatzes auf operationelle Risiken allokierten Risikokapitals in Höhe von EUR 26,4 Mio. (in 2014: EUR 23,3 Mio.).

Rechtsrisiken

Rechtsrisiken bezeichnen die Wahrscheinlichkeit von Verlusten aufgrund der Außerachtlassung des durch Rechtsvorschriften und Rechtsprechung vorgegebenen Rahmens infolge Unkenntnis, nicht ausreichend sorgfältiger Rechtsanwendung oder nicht zeitgerechter Reaktion auf eine Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen. Rechtsrisiken fallen unter die Definition der operationellen Risiken gemäß CRR.

Das Rechtsrisiko zeigt sich in realisierten Verlusten beziehungsweise in Rückstellungen, die sich aufgrund von oder im Zusammenhang mit gegen die SaarLB gerichteten Klagen ergeben (Passiv-Prozesse). Von der SaarLB erhobene Klagen (Aktiv-Prozesse) verkörpern in der Regel kein operationelles, sondern ein Kreditrisiko, sodass dem Verlustrisiko bereits durch Wertberichtigungen Rechnung getragen wird. Die Rechtsverfolgungskosten (Gerichts- und Anwaltskosten) bei einem Aktiv-Prozess werden jedoch als Rechtsrisiko eingeordnet.

Organisation

In der SaarLB und ihren Tochtergesellschaften obliegt die Steuerung des Rechtsrisikos der Rechtsabteilung RS RE. Alle juristischen Mitarbeiter der Abteilung RS RE haben die Aufgabe, das rechtliche Risiko innerhalb der SaarLB und ihrer Tochterunternehmen zu identifizieren und zu steuern.

Risikosteuerung

Die juristischen Mitarbeiter in RS RE haben die Aufgabe, rechtliche Risiken und alle dadurch möglichen Verluste in einem frühen Stadium zu erkennen, Lösungsmöglichkeiten zur Vermeidung oder Minimierung der Verluste aufzuzeigen und an rechtliche Risiken betreffenden Entscheidungen aktiv mitzuwirken. Sie sollen im Rahmen ihres Aufgabenbereiches ständig über alle rechtlichen Änderungen oder neuen Erkenntnisse auf dem Laufenden bleiben und die betroffenen Geschäftseinheiten über die Auswirkungen auf das Rechtsrisiko sowie über sich ergebenden Handlungsbedarf informieren. Sie verantworten die Veranlassung beziehungsweise Anpassung von Rechtsrückstellungen unter Zugrundelegung eines risikoorientierten Ansatzes und betreuen und überwachen die neuen und laufenden Gerichtsverfahren. Bei Passiv-Prozessen wird die Rückstellung auf Grundlage der Risikoeinschätzung des zuständigen Mitarbeiters in RS RE in Abstimmung mit dem Abteilungsleiter RS RE gebildet. Dabei entspricht in der Regel das im Prozess erwartete Verlustrisiko der Höhe der zu bildenden Rückstellungen. Um den Betrag des erwarteten Verlusts einzuschätzen, ist nach jedem bedeutenden Verfahrensabschnitt zu bewerten, welchen Betrag die Bank vernünftigerweise zahlen müsste, wenn sie den Streit zu diesem Zeitpunkt durch Vergleich beenden würde. Bei Aktiv-Prozessen werden in der Regel nur die Gerichts- und eigenen Anwaltskosten zurückgestellt. Halbjährlich informiert die Abteilung RS RE über Vorstandsbeschlüsse über alle wesentlichen Gerichtsverfahren und Rechtsrisikoentwicklungen. Adressaten sind die Mitglieder des Vorstandes, der für RS RE zuständige Bereichsleiter, die internen Aufsichtsorgane, die externen Prüfer sowie die Abteilung Risikocontrolling der Bank.

Aktuelle Entwicklungen

Die SaarLB ist mit verschiedenen Gerichts- und Schiedsgerichtsverfahren, Ansprüchen und behördlichen Untersuchungen (rechtliche Verfahren) konfrontiert, die eine große Bandbreite von Themen betreffen, die aber der Höhe nach unwesentlich sind. Diese umfassen zum Beispiel Streitigkeiten im Zusammenhang mit Kreditfinanzierungen, Streitigkeiten im Zusammenhang mit der Inanspruchnahme einer Bürgschaft sowie Streitigkeiten über die Frage von wirksam erteilten Widerrufsbelehrungen. Daneben können Änderungen oder Verschärfungen der höchstrichterlichen Rechtsprechung beispielsweise im Privatkundenbereich zur weiteren Inanspruchnahme der SaarLB im Bauspargeschäft führen. In solchen gerichtlichen Verfahren werden vor allem Schadensersatzansprüche oder auch die Rückabwicklung geschlossener Verträge geltend gemacht. Sofern einzelnen oder mehreren dieser Klagen stattgegeben würde, könnten daraus Schadensersatzzahlungen, Rückabwicklungsaufwendungen oder sonstige kostenintensive Maßnahmen folgen. Einzelne Gerichtsverfahren können auch Auswirkungen auf die Reputation der SaarLB haben. Die SaarLB und ihre Tochtergesellschaften bilden Rückstellungen für die Gerichtsverfahren, wenn und soweit die daraus resultierenden Verpflichtungen wahrscheinlich sind und die Höhe der Verpflichtungen hinreichend genau bestimmbar ist. Da die Entwicklung dieser Verfahren mit erheblichen Unsicherheiten behaftet ist, kann nicht ausgeschlossen werden,

dass sich die gebildeten Rückstellungen nach abschließenden Verfahrensentscheidungen teilweise als unzureichend erweisen. Infolgedessen können erhebliche zusätzliche Aufwendungen entstehen. Dies trifft auch auf rechtliche Verfahren zu, für die aus Sicht der SaarLB und ihrer Tochtergesellschaften keine Rückstellungen zu bilden waren. Der endgültige Ausgang einzelner rechtlicher Verfahren kann das Ergebnis der SaarLB und ihrer Tochtergesellschaften in einer bestimmten Berichtsperiode beeinflussen, die daraus eventuell resultierenden Verpflichtungen können auch Einfluss auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage haben. Bei rechtlichen Verfahren, für die Rückstellungen zu bilden sind, kann – wie bei allen rechtlichen Verfahren - zum Zeitpunkt der Rückstellungsbildung weder die Dauer des Verfahrens noch die Höhe der Inanspruchnahme abschließend vorhergesagt werden. Für Prozessrisiken wurden unter Zugrundelegung eines risikoorientierten Ansatzes eine Rückstellung zum 31.12.2015 von insgesamt TEUR 1.149 (Vorjahr: TEUR 1.534) gebildet. Von einer Einzeldarstellung der jeweiligen Rückstellungsbeträge wird abgesehen, um den Ausgang der jeweiligen Verfahren nicht zu beeinflussen.

In der SaarLB und ihren Tochtergesellschaften existieren somit ausreichende organisatorische Vorkehrungen, die die Erfassung, Einwertung, laufende Steuerung und Überwachung von Rechtsrisiken aus Gerichtsverfahren sicherstellen.

Weitere Informationen über rechtliche Verfahren können der Note (56) zu den Rückstellungen und der Note (75) zu den Eventualverbindlichkeiten und unwiderruflichen Kreditzusagen des Konzernabschlusses entnommen werden.

Rechnungslegungsbezogenes internes Kontroll- und Risikomanagementsystem

Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf die Regelung des § 315 Absatz 2 Nr. 5 HGB i. V. m. § 315a Abs. 1 HGB, nach der Kapitalgesellschaften im Sinne des § 264d HGB die wesentlichen Merkmale des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Konzernrechnungslegungsprozess zu beschreiben haben.

Aufgaben und Ziele

Zur Gewährleistung der Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der Rechnungslegung hat der SaarLB-Konzern ein internes Kontrollsystem (IKS) eingerichtet. Es beinhaltet Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen zur Sicherung von Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Rechnungslegung. Vor diesem Hintergrund dient das interne Kontrollsystem auch der Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des SaarLB-Konzerns.

Wesentliches Ziel des internen Kontrollsystems ist es, zu gewährleisten, dass sämtliche Geschäftsvorfälle in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und Standards sowie den satzungsmäßigen Bestimmungen und anderen internen Richtlinien vollständig und richtig erfasst, verarbeitet und dokumentiert werden. Das interne Risikomanagementsystem wird hierbei als Bestandteil des internen Kontrollsystems angesehen.

Organisation

Der Vorstand der SaarLB (Konzernvorstand) trägt die Verantwortung dafür, dass die Bank über eine ordnungsgemäße Geschäftsorganisation verfügt, welche neben angemessenen internen Kontrollverfahren vor allem eine adäquate Steuerung und Überwachung der wesentlichen Risiken umfasst. Hierbei wird der Konzernvorstand insbesondere durch den Bereich Gesamtbanksteuerung mit der Abteilung Finanz- und Meldewesen, den Bereich Personal und Organisation mit der Abteilung Organisation sowie durch die Interne Revision unterstützt.

Risikosteuerung und -überwachung

Zur Organisation der Risikosteuerung und -überwachung vgl. Abschnitt „Grundlagen der Risikosteuerung und -überwachung“.

Finanz- und Meldewesen

Die Abteilung Finanz- und Meldewesen ist im SaarLB-Konzern für die Erstellung des Konzernabschlusses, die Entwicklung bilanzpolitischer Vorgaben, die Initiierung von rechnungslegungsrelevanten Projekten sowie für die Begleitung der nationalen und internationalen Entwicklungen in der Rechnungslegung verantwortlich. Hinsichtlich der Erstellung des Konzernabschlusses sind weitere Fachabteilungen sowie die zu konsolidierenden Einheiten eingebunden.

Zu den Aufgaben gehören in diesem Zusammenhang vor allem die Sicherstellung der Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung, insbesondere die konzerneinheitliche Bilanzierung und Bewertung (teilweise in Zusammenarbeit mit der Abteilung Organisation). Dies beinhaltet vor allem die Einrichtung und die Überwachung der Wirksamkeit der Rechnungslegungsprozesse sowie die Umsetzung der für den SaarLB-Konzern relevanten Bilanzierungsstandards und gesetzlichen Anforderungen im Bereich der Rechnungslegung, die in Bilanzierungsrichtlinien, Buchungslogiken und Kontierungsregeln konkretisiert werden. Des Weiteren definieren die Fachbereiche sowie die Konsolidierungseinheiten in Organisations- und Prozessanweisungen die Regelungen zur Geschäftserfassung, Stammdatenpflege sowie die Erfüllung von Aufbewahrungspflichten. Diese Anweisungen bilden die wesentliche Grundlage für das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem.

Interne Revision

Die Interne Revision prüft den Geschäftsbetrieb der SaarLB und führt auch Prüfungshandlungen für die LBS, LBS Immo und LBS Vertriebs GmbH durch, für die Spezialfonds überzeugt sie sich von der Ordnungsmäßigkeit des Geschäftsbetriebs. Sie ist dem Vorsitzenden des Konzernvorstandes unterstellt. Die Prüfungstätigkeit erstreckt sich auf der Basis eines risikoorientierten Prüfungsansatzes grundsätzlich auf alle Aktivitäten und Prozesse, auch soweit diese ausgelagert sind. Dies schließt eine Prüfung der Wirksamkeit und Angemessenheit des internen Kontrollsystems und des Risikomanagements ein.

Die Interne Revision führt die ihr übertragenen Aufgaben unabhängig von den zu prüfenden Tätigkeiten, Abläufen und Funktionen unter Berücksichtigung der jeweils geltenden gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen (z. B. KWG, MaRisk) aus.

Kontrollumfeld und Kontrollverfahren

Das interne Kontrollsystem basiert auf Organisations- und Prozessanweisungen.

Zentrale Bestandteile dieser Regelungen im Hinblick auf das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem sind

- die im Rahmen von sogenannten Neuen-Produkt-Prozessen erstellten Regelungen zur Erfassung, Bewertung und Berichterstattung,
- die im Kredit- und Steuerungshandbuch dokumentierten Anweisungen zur Erfassung, Bewertung und Berichterstattung von Forderungen sowie
- die Dokumentation über den Abschlusserstellungsprozess.

Diese Regelungen beinhalten auf der Grundlage der IFRS/IAS wesentliche Vorgaben für konzerneinheitliche Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden im SaarLB-Konzern.

Darüber hinaus erstellt die Abteilung Finanz- und Meldewesen zu jedem Stichtag eine sogenannte Jahres- bzw. Halbjahresabschlussanweisung, die neben gesetzlichen Neuerungen, vor allem die von den jeweiligen Fachbereichen vorzunehmenden wesentlichen Erstellungsarbeiten (einschließlich erforderlicher Nachweisungen) und einen Terminplan enthält.

Regelungen hinsichtlich der Erfassung und Kontrolle von Geschäftsdaten liegen in der jeweiligen Abteilung vor; diese Anweisungen werden dezentral erstellt und bei Bedarf aktualisiert.

Die Organisations- und Prozessanweisungen enthalten auch in Bezug auf die Risikosteuerung und -überwachung den Umgang mit den wesentlichen Risiken des SaarLB-Konzerns.

Die genannten Regelungen zur Risikosteuerung und -überwachung werden regelmäßig überprüft und aktualisiert.

Um eine vollständige und richtige Verarbeitung der Geschäftsvorfälle einschließlich einer ordnungsgemäßen Datenerfassung, Buchung und Dokumentation sicherzustellen, wird im SaarLB-Konzern eine Vielzahl von internen Kontrollen durchgeführt. Diese umfassen entsprechende Funktionstrennungen, ein differenziertes Zugriffsberechtigungssystem zum Schutz vor unbefugten Eingriffen, laufende Kontrollen im Rahmen des Arbeitsablaufes unter

Beachtung des Vier-Augen-Prinzips sowie programmierte Kontrollen innerhalb der IT-Systeme.

Im Rahmen der internen Kontrollen werden beispielsweise in der SaarLB Haupt- und Nebenbücher abgestimmt sowie manuell bebuchbare Hauptbuchkonten vom zuständigen Fachbereich überwacht. Zudem werden weitere Kontrollen und Abstimmungen vorgenommen, um eine ordnungsgemäße Übertragung der Daten zwischen den verschiedenen IT-Systemen zu gewährleisten. Innerhalb des Konzernabschlusserstellungsprozesses werden die fachlich richtige Abbildung der zugrunde liegenden Sachverhalte geprüft und Qualitätssicherungsmaßnahmen hinsichtlich der in den Konzernabschluss einbezogenen Daten durchgeführt. Die für die Konsolidierung verwendete, serverbasierte Software IDLKONSIS enthält mehrere programmierte Kontrollen, um eine den Konzernvorgaben entsprechende Datenerfassung und Dokumentation sicherzustellen.

Der SaarLB-Konzern hat einen Teil seiner Dienstleistungen (im Wesentlichen IT-Dienstleistungen, Dienstleistungen im Bereich des Zahlungsverkehrs und der Wertpapierabwicklung) an externe Unternehmen ausgelagert. Die ausgelagerten Bereiche werden in das interne Kontrollsystem des SaarLB-Konzerns im Rahmen des Auslagerungscontrollings eingebunden. Darüber hinaus hat die Interne Revision der SaarLB die ausgelagerten Bereiche im Prüfungsvorgehen berücksichtigt. Soweit die Prüfung durch die Interne Revision der Auslagerungsunternehmen erfolgt, überzeugt sich die Interne Revision der SaarLB regelmäßig von der Funktionsfähigkeit der jeweiligen Revisionen der Auslagerungsunternehmen.

Im SaarLB-Konzern unterliegt der Rechnungslegungsprozess regelmäßigen Kontrollen in Bezug auf inhärente Risiken, um bei Bedarf entsprechende Maßnahmen zur Weiterentwicklung des internen Kontrollsystems einleiten zu können. Dies bezieht sich auch auf die interne Risikosteuerung und -überwachung.

Immobilienrisiko

Immobilienrisiko ist definiert als potenzielle negative Wertveränderungen des SaarLB-eigenen Immobilienbestands durch eine Verschlechterung der allgemeinen Immobiliensituation oder eine Verschlechterung der speziellen Eigenschaften der einzelnen Immobilie (Leerstände, veränderte Nutzungsmöglichkeiten, Bauschäden etc.).

Der ehemals eigene Immobilienbestand der SaarLB wurde 2005 in einen geschlossenen Immobilienfonds eingebracht. Die SaarLB ist 100%iger Anteilseigner des Fonds und Mieter in den selbstgenutzten Flächen. Die technische Objektbetreuung wird durch die SaarLB, die kaufmännische Immobilienverwaltung durch einen externen Dienstleister erbracht.

Es erfolgt eine regelmäßige jährliche Bewertung aller Immobilien durch einen unabhängigen Gutachterausschuss, die Gutachten werden der SaarLB zur Kenntnisnahme und ggfs. Stellungnahme vorgelegt. Hierbei werden aktuelle Marktgegebenheiten und Entwicklungen von Mietpreisen ebenso berücksichtigt wie die jeweilige Vermietungs-Situation in den

Gebäuden und durchgeführte Maßnahmen in den Objekten. Zuschreibungen auf Grund wertsteigernder Maßnahmen in den Objekten erfolgen unter Berücksichtigung der stabilen Werterhaltung in Abstimmung mit dem Bereich Gesamtbanksteuerung der SaarLB.

Durch die ständige Tätigkeit der technischen Objektbetreuung wird dem Auftrag des Anlageausschusses nach Wertstabilität Rechnung getragen. Zur umsichtigen Steuerung der Werterhaltung der Immobilien wird jährlich ein Wirtschaftsplan für alle Immobilien erstellt und dem Fonds zur Genehmigung vorgelegt. Laufende Maßnahmen werden im Rahmen dieses Wirtschaftsplanes durchgeführt und – in Abhängigkeit vertraglich definierter Betragsgrenzen – dem Fonds jeweils zur Genehmigung vorgelegt. Für die Durchführung nicht im Vorfeld geplanter Maßnahmen ist in jedem Fall eine Sonderfreigabe des Fonds erforderlich.

Im Rahmen der kaufmännischen Immobilienverwaltung erfolgt eine ständige Steuerung und Überwachung der Vermietungen mit dem Ziel der Vollvermietung, der frühzeitigen Gegensteuerung bei auslaufenden Mietverhältnissen und der Optimierung des Branchenmix. Der Anlageausschuss legt mindestens einmal jährlich Ziele und Strategie fest, die SaarLB ist durch den Fachvorstand des Bereiches Strategie und Zentraler Stab sowie die Bereichsleitung Strategie und Zentraler Stab vertreten.

Die Methoden und Prozesse des Controllings und Managements von Immobilienrisiken sind auch Gegenstand der Risikostrategie. Die Quantifizierung und Limitierung der Risiken erfolgt auch im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung.

Reputationsrisiko

Reputationsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass negative Publizität über die SaarLB, ob zutreffend oder nicht, das Vertrauen (von Teilen) der Öffentlichkeit in die Kompetenz, Integrität oder Vertrauenswürdigkeit der SaarLB beeinträchtigt.

Die Publizität über die SaarLB („eigen- und fremdgesteuert“) wird in der Abteilung SZ KV überwacht und gesteuert. Durch das institutionalisierte Beschwerdemanagement werden Wirkungen auf die Reputation gemessen und gesteuert. Zusätzlich ist in diesem Zusammenhang auch auf die enge Verknüpfung von Geschäfts- und Markenstrategie der Bank hinzuweisen, sodass auch das Reputationsrisiko durch die Faktoren Regionalbezug, Standardprodukte und Einbindung in die Sparkassen-Finanzgruppe begrenzt wird.

Die Methoden und Prozesse des Controllings und Managements von Reputationsrisiken sind auch Gegenstand der Risikostrategie. Die Quantifizierung und Limitierung der Risiken erfolgt auch im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung.

Strategisches Risiko/Geschäftsrisiko

Unter strategischem Risiko versteht die SaarLB unerwartete, nachhaltig negative Auswirkungen auf Kapital und Ertrag der Bank (resp. den Unternehmenswert), die

1. durch unerwartete Veränderungen der regulatorischen und sonstigen exogenen Markt- und Umfeldbedingungen

oder

2. durch falsche bzw. unzureichende Managemententscheidungen zur geschäftspolitischen Positionierung hervorgerufen werden.

Das Geschäftsrisiko bezeichnet unerwartete Veränderungen im wirtschaftlichen Umfeld, die zu negativen Veränderungen des Geschäftsvolumens oder der Margen führen und nicht auf die anderen Risikoarten zurückzuführen sind. Es quantifiziert Abweichungen zwischen geplanten und tatsächlichen Kosten bzw. Erträgen.

Der Umgang mit Geschäfts- und strategischen Risiken (Identifizierung, Limitierung, Steuerung) ist in der Geschäftsstrategie der SaarLB dokumentiert. Dort sind das Geschäftsmodell, die strategische Positionierung der Bank sowie der jährlich neu aufzusetzende integrierte Strategie- und Planungsprozess detailliert beschrieben.

Die Identifizierung und Messung der Risiken erfolgt durch Analyse von Plan-/Ist-Abweichungen auf Gesamtbank- sowie Geschäftsfeldebene im Rahmen des Strategie- und Planungsprozesses.

Eine (qualitative) Limitierung der Risiken wird im Rahmen des Geschäftsprinzips „verstehen und gestalten“ durch den Regionalbezug der Bank, die nahezu ausschließliche Verwendung von Standardprodukten und die Einbindung in die Sparkassen-Finanzgruppe gewährleistet.

Die Steuerung erfolgt im Rahmen des Strategie-/Planungsprozesses, u. a. auch durch die Vorgabe strategischer Kennzahlen sowie die Verwendung der sogenannten Geschäftsfeldanalyse-Blätter, die insbesondere die Behandlung der Geschäftsrisiken auf Ebene der einzelnen Geschäftsfelder behandeln.

Die Methoden und Prozesse des Controllings und Managements von strategischen Risiken/Geschäftsrisiken sind auch Gegenstand der Risikostrategie. Die Quantifizierung und Limitierung der Risiken erfolgt auch im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung.

Zusammenfassung der Risikolage

Die SaarLB verfügt über eine Risikodeckungsmasse, die im Berichtszeitraum jederzeit zur Deckung aller ICAAP-Risikokapitalbedarfe ausreichte. Die ökonomische Risikotragfähigkeit der SaarLB war daher im Berichtszeitraum jederzeit uneingeschränkt gegeben. In der aufsichtlichen Sicht überstiegen die Kennziffern im Berichtszeitraum die aufsichtsrechtlichen Mindestquoten sowie die strengeren internen Zielvorgaben, sodass auch die aufsichtliche Risikotragfähigkeit jederzeit uneingeschränkt gegeben war.

Konzernabschluss SaarLB

Konzern-Gesamtergebnisrechnung vom 1. Januar 2015 bis zum 31. Dezember 2015

in TEUR	Notes	2015	2014	Delta
1 Zinsertrag [1)]	(28)	478.810	543.200	-64.390
2 Zinsaufwendungen [1)]	(28)	-354.562	-423.183	68.621
3 Gewinnanteile an assoziierten Unternehmen, die nach der Equity- Methode bilanziert werden	(29)	448	157	291
4 Risikovorsorge im Kreditgeschäft	(30)	-3.795	-16.168	12.373
5 Provisionsertrag	(31)	31.236	27.195	4.041
6 Provisionsaufwand	(31)	-17.694	-20.029	2.335
7 Ergebnis aus der Fair-Value Bewertung [1)]	(32)	15.542	51.148	-35.606
8 Ergebnis aus Sicherungsgeschäften	(33)	190	-2.714	2.904
9 Ergebnis aus Finanzanlagen	(34)	5.456	925	4.531
10 Verwaltungsaufwand	(35)	-78.825	-73.476	-5.349
11 Sonstige Erträge	(36)	4.757	3.431	1.326
12 Sonstige Aufwendungen	(36)	-6.094	-2.512	-3.582
13 Ertragsteuern[2)]	(37) (50)	-21.751	-27.679	5.928
14 Bankenabgabe	(37)	-2.797	0	-2.797
15 Konzernüberschuss		**50.921**	**60.294**	**-9.374**
15 Konzernüberschuss		**50.921**	**60.294**	**-9.374**
16 Nicht in die GuV umbuchbare Posten	(62)	**448**	**-5.682**	**6.130**
erfolgsneutrale Änderung der versicherungsmathematischen Gewinne/Verluste		654	-8.304	8.958
Erfolgsneutral gebildete Ertragsteuern		-207	2.622	-2.829
17 In die GuV umbuchbare Posten		**1.147**	**26.505**	**-25.358**
Veränderung der Neubewertungsrücklage	(62)			
davon Bewertungsänderungen		-6.055	26.811	-32.866
davon Bestandsveränderungen aufgrund von Gewinn-oder Verlustrealisationen		1.313	4.705	-3.392
Erfolgsneutral gebildete latente Steuern		5.889	-5.011	10.900
Sonstiges Periodenergebnis		1.595	20.823	-19.228
18 Konzerngesamtergebnis		**52.516**	**81.117**	**-28.602**

1) Anpassung der Vorjahreszahlen, vgl. Note 28 und 32

2) 2014 Korrektur vgl. Note 37 und 50

Konzern-Bilanz zum 31. Dezember 2015

Aktiva

	in TEUR	Notes	31.12.2015	31.12.2014	01.01.2014
1	Barreserve	(9), (38)	211.784	299.400	784.905
2	Forderungen an Kreditinstitute	(10), (39)	1.794.205	2.326.746	2.021.687
3	Forderungen an Kunden	(10), (40)	8.971.929	8.989.368	8.797.381
4	Risikovorsorge im Kreditgeschäft	(11), (41)	-128.677	-140.149	-135.515
5	Handelsaktiva	(12), (42)	363.322	476.675	328.264
6	Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (Hedge Accounting)	(13), (43)	116.760	135.535	28.559
7	Finanzanlagen	(14), (44)	2.558.533	3.674.309	4.398.146
8	Wertpapierpensions- und leihegeschäfte	(14), (45)	1.880	661.821	629.146
9	Anteile an at-Equity bewerteten Unternehmen	(15), (46)	5.785	5.924	6.028
10	Als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien	(16), (47)	19.446	20.501	20.777
11	Sachanlagen	(16), (48)	20.634	20.941	21.532
12	Immaterielle Vermögenswerte	(17), (49)	3.688	2.788	2.489
13	Tatsächliche Ertragsteueransprüche	(27), (50)	17.282	4.211	7.693
14	Latente Ertragsteueransprüche	(27), (50)	40.900	37.461	43.616
15	Sonstige Aktiva	(18), (51)	3.853	1.643	4.044
16	Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	(19), (52)	41.583	-	-
	Summe der Aktiva		**14.042.906**	**16.517.173**	**16.958.752**

Passiva

	in TEUR	Notes	31.12.2015	31.12.2014	01.01.2014
1	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(20), (53)	3.545.503	4.880.332	5.748.734
2	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	(20), (54)	5.237.113	4.644.753	4.759.091
3	Verbriefte Verbindlichkeiten	(20), (55)	3.676.696	5.196.321	4.939.714
4	Handelspassiva	(21), (56)	412.665	542.589	432.882
5	Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (Hedge Accounting)	(22), (57)	28.468	27.620	29.517
6	Rückstellungen	(23), (58)	50.018	47.467	37.779
7	Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	(27), (59)	15.659	14.026	6.684
8	Latente Ertragsteuerverpflichtungen [1)]	(27), (59)	63.436	62.327	49.996
9	Sonstige Passiva	(24), (60)	32.383	38.485	43.677
10	Nachrangkapital	(25), (61)	203.541	308.840	319.937
11	**Eigenkapital**	(62)	**777.426**	**754.415**	**590.741**
	Gezeichnetes Kapital	(62)	259.619	274.619	174.600
	Hybride Kapitalinstrumente	(25), (62)	56.413	62.107	72.413
	Kapitalrücklage	(62)	69.085	69.085	69.085
	Gewinnrücklagen [1)]	(50), (62)	296.324	243.502	216.914
	Andere Rücklagen	(44), (62)	52.905	51.309	30.486
	Konzerngewinn	(62)	43.080	53.793	27.243
	Summe der Passiva		**14.042.906**	**16.517.173**	**16.958.752**

1) 2013, 2014 Korrektur vgl. Note 50

Eigenkapitalveränderungsrechnung vom 1. Januar 2015 bis zum 31. Dezember 2015

in TEUR	Gezeichnetes Kapital	Hybride Kapitalinstrum	Kapitalrücklage	Gewinnrücklage	Andere Rücklagen	Konzerngewinn	Konzerneigenkapital
Stand 31.12.2013	**174.600**	**72.413**	**69.085**	**211.024**	**30.486**	**27.243**	**584.851**
Einstellungen/Entnahmen Gewinnrücklage [1)]	-	-	-	5.890	-	-	5.890
Stand 01.01.2014	**174.600**	**72.413**	**69.085**	**216.914**	**30.486**	**27.243**	**590.741**
Veränderung der anderen Rücklagen							
nicht in die GuV umbuchbare Posten	-	-	-	-	-5.682	-	-5.682
in die GuV umbuchbare Posten	-	-	-	-	26.505	-	26.505
Summe erfolgsneutraler Änderungen	-	-	-	-	20.823	-	20.823
Konzernüberschuss	-	-	-	-	-	60.294	60.294
Summe Konzerngesamtergebnis	-	-	-	-	20.823	60.294	81.117
Kapitalerhöhung/Wandlungstille Einlagen	100.019	-	-	-	-	-	100.019
Änderungen aus latenten Steuern (Hybridkapital)	-	-	-	-	-	-	-
Einstellungen/Entnahmen Gewinnrücklage	-	-	-	26.588	-	-27.243	-665
Verminderung Hybride Kapitalinstrumente	-	-10.306	-	-	-	-	-10.306
Ausschüttung auf stille Einlagen und Genussrechte	-	-	-	-	-	-6.501	-6.501
Stand 31.12.2014	**274.619**	**62.107**	**69.085**	**243.502**	**51.310**	**53.793**	**754.415**
Stand 01.01.2015	**274.619**	**62.107**	**69.085**	**243.502**	**51.310**	**53.793**	**754.415**
Veränderung der anderen Rücklagen							
nicht in die GuV umbuchbare Posten	-	-	-	-	448	-	448
in die GuV umbuchbare Posten	-	-	-	-	1.147	-	1.147
Summe erfolgsneutraler Änderungen	-	-	-	-	1.595	-	1.595
Konzernüberschuss	-	-	-	-	-	50.921	50.921
Summe Konzerngesamtergebnis	-	-	-	-	1.595	50.921	52.516
Wandlung in Hybride Kapitalinstrumente	-15.000	15.000	-	-	-	-	-
Einstellungen/Entnahmen Gewinnrücklage	-	-	-	52.822	-	-52.822	-
Verminderung Hybride Kapitalinstrumente	-	-20.694	-	-	-	-	-20.694
Ausschüttung auf Stammkapital, stille Einlagen und Genussrechte	-	-	-	-	-	-8.812	-8.812
Stand 31.12.2015	**259.619**	**56.413**	**69.085**	**296.324**	**52.905**	**43.080**	**777.425**

1) Anpassung der Vorjahreswerte, vgl. Note 50

Kapitalflussrechnung

in TEUR	2015	2014
Konzernjahresüberschuss	**50.921**	**60.294**
Im Konzernabschluss enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cashflow aus operativer Tätigkeit		
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Forderungen, Sach- und Finanzanlagen, immaterielle Vermögenswerte und Investment Properties	1.248	19.307
Veränderungen von Rückstellungen	3.205	1.383
Veränderung anderer zahlungsunwirksamer Posten [1)]	-14.445	-56.777
Erfolge aus der Veräußerung von Anlagevermögen	-916	-1.645
Sonstige Anpassungen [2)]	-91.785	-106.339
Zwischensumme	**-102.693**	**-144.070**
Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeiten nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile		
Forderungen an Kreditinstitute	521.746	-304.758
Forderungen an Kunden	23.953	-302.991
Handelsaktiva [1)]	134.896	-103.579
Sonstige Aktiva aus operativer Tätigkeit	-2.209	2.401
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-1.338.205	-868.604
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	596.489	-114.337
Verbriefte Verbindlichkeiten	-1.517.252	258.797
Handelspassiva	-129.924	109.706
Sonstige Passiva aus operativer Tätigkeit	-6.102	-5.192
Positive/Negative Marktwerte aus Sicherungsderivaten	8.051	-9.690
Gezahlte Zinsen [1)]	-349.655	-404.341
Erhaltene Zinsen [1)]	466.714	533.286
Erhaltene Dividenden	2.420	2.898
Ertragsteuerzahlungen/ -erstattungen [2)]	-29.933	10.127
Cashflow aus operativer Tätigkeit	**-1.670.782**	**-1.280.053**
Einzahlungen aus der Veräußerung/Rückzahlung von Finanzanlagen	2.493.750	2.226.859
Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen, Investment Properties und immateriellen Vermögenswerten	1.090	74
Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	-764.765	-1.496.834
Auszahlungen für den Erwerb von Sachanlagen, Investment Properties und immateriellen Vermögenswerten	-2.620	-1.925
Cashflow aus Investitionstätigkeit	**1.727.455**	**728.174**
Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen [2)]	-29.506	88.446
Mittelverwendung aus Nachrangkapital (Auszahlung)	-114.783	-22.073
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	**-144.289**	**66.374**
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Vorperiode	**299.400**	**784.905**
Cashflow aus operativer Tätigkeit	-1.670.782	-1.280.053
Cashflow aus Investitionstätigkeit	1.727.455	728.174
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	-144.289	66.374
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Periode	**211.784**	**299.400**

1) 2014 Anpassung der Vorjahreszahlen, vgl. Note (28) und (32).

2) 2014 Korrektur, vgl. Note (37) und (50).

Konzernanhang 2015 (Notes)

Erläuterungen zum Konzernabschluss der Landesbank Saar

Der Konzernabschluss der Landesbank Saar, Anstalt des öffentlichen Rechts, Saarbrücken – im Folgenden SaarLB – für das Geschäftsjahr 2015 wurde nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) gemäß EG-Verordnung Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Juli 2002 und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften erstellt. Die IFRS umfassen neben den als IFRS bezeichneten Standards auch die International Accounting Standards (IAS) sowie die Interpretationen des International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC) bzw. des Standing Interpretations Committee (SIC). Es wurden alle für das Geschäftsjahr 2015 in der EU verpflichtend anzuwendenden Standards und Interpretationen berücksichtigt. Die SaarLB hat darüber hinaus keine Standards vorzeitig angewendet. Es erfolgte im Hinblick auf den Lagebericht einschließlich Risikobericht die Anwendung von DRS 20.

Der Konzernabschluss beinhaltet die Gesamtergebnisrechnung, bestehend aus der erfolgswirksamen und erfolgsneutralen Ergebnisrechnung, die Bilanz, die Eigenkapitalveränderungsrechnung, die Kapitalflussrechnung sowie die Erläuterungen (Notes) inklusive der Segmentberichterstattung. Darstellungswährung ist der Euro.

Alle Beträge werden, sofern nicht gesondert darauf hingewiesen wird, in Tausend Euro (TEUR) angegeben. Aus rechnerischen Gründen können in den Tabellen Rundungsdifferenzen in Höhe von +/- einer Einheit auftreten. Die Betragsangaben in den Tabellen erfolgen grundsätzlich ohne Vorzeichen, wenn sich dieses aus dem Zusammenhang erschließt.

An der SaarLB sind zum 31. Dezember 2015 das Saarland mit 74,90 % und der Sparkassenverband Saar mit 25,10 % der Anteile stimmberechtigt.

Der Konzernlagebericht einschließlich Risikobericht ist in einem separaten Abschnitt des Geschäftsberichts abgedruckt.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

(1) Grundlagen

Die Rechnungslegung im SaarLB-Konzern erfolgt nach konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden. Die Bilanzierung und die Bewertung basieren auf der Annahme der Unternehmensfortführung (going concern).

Erträge und Aufwendungen werden zeitanteilig abgegrenzt und in der Periode erfolgswirksam erfasst, der sie wirtschaftlich zuzurechnen sind.

Die für die Bilanzierung und Bewertung nach IFRS erforderlichen Schätzungen und Beurteilungen werden in Übereinstimmung mit dem jeweiligen Standard vorgenommen. Sie werden fortlaufend überprüft und basieren auf historischen Erfahrungen und anderen Faktoren, wie Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Ereignisse. Die Annahmen und Schätzungen beziehen sich im Wesentlichen auf die Ermittlung der Fair Values bei bestimmten Finanzinstrumenten, die Identifikation sowie die Ermittlung von Wertminderungen nach IAS 39, die Bilanzierung und Bewertung von Rückstellungen sowie die Realisierbarkeit künftiger Steuerentlastungen. Sofern aus Schätzungen resultierende Risiken oder Schätzunsicherheiten in größerem Umfang vorliegen, werden die getroffenen Annahmen bei der Erläuterung der entsprechenden Position im Folgenden dargelegt.

Ein Vermögenswert wird aktiviert, wenn es wahrscheinlich ist, dass dem SaarLB-Konzern daraus künftig ein wirtschaftlicher Nutzen zufließen wird, und die Anschaffungs- oder Herstellungskosten verlässlich ermittelt werden können.

Eine Schuld wird passiviert, wenn es wahrscheinlich ist, dass sich aus der Erfüllung einer gegenwärtigen Verpflichtung ein Abfluss von Ressourcen mit wirtschaftlichem Nutzen ergibt und der Erfüllungsbetrag verlässlich ermittelt werden kann.

Auswirkung geänderter und neuer IFRS

Erstmalig in der Berichtsperiode verpflichtend anzuwendende Standards und Interpretationen

Für den Berichtszeitraum wurden jährliche Verbesserungen an den IFRS-Zyklus 2010-2012 sowie an den IFRS-Zyklus 2011-2013 erlassen.

Im Rahmen der Standardanpassungen im IFRS Zyklus 2010-2012 wurden IFRS 2 „Anteilsbasierte Vergütung“, IFRS 3 „Unternehmenszusammenschlüsse“, IFRS 8 „Geschäftssegmente“, IFRS 13 „Bemessung des beizulegenden Zeitwerts“, IAS 7 „Kapitalflussrechnung“, IAS 16 „Sachanlagen“, IAS 24 „Angaben über Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen“ und IAS 38 „Immaterielle Vermögenswerte“ geändert und von der SaarLB umgesetzt.

In den Anpassungen zu IFRS 8: „Geschäftssegmente“ wird klargestellt, dass ein Unternehmen nur Überleitungen der Summe der zu berichtenden Vermögenswerte auf die Vermögenswerte des Unternehmens zur Verfügung stellen muss, wenn über die Vermögenswerte des Segments regelmäßig berichtet wird. Da bei der SaarLB eine entsprechende Überleitung erfolgt, hat die Änderung für die SaarLB nur klarstellende

Wirkung. Die Änderung an IAS 24 „Angaben über Beziehungen zu nahestehenden Unternehmen und Personen“ stellt klar, dass ein Unternehmen, das Dienstleistungen im Bereich der Unternehmensführung für das berichtende Unternehmen erbringt, ein nahestehendes Unternehmen des berichtenden Unternehmens ist. Die Änderungen der anderen Standards haben keine Relevanz für die SaarLB.

Im Rahmen der Standardanpassungen im IFRS Zyklus 2011-2013 wurden IFRS 1 „Erstmalige Anwendung der International Financial Reporting Standards“, IFRS 3 „Unternehmenszusammenschlüsse“, IFRS 13 „Bemessung des beizulegenden Zeitwerts“ und IAS 40 „Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien“ geändert. Diese Änderungen haben keine Relevanz für die SaarLB.

Verabschiedete Standards und Interpretationen, die in den der Berichtsperiode folgenden Perioden anzuwenden sind und nicht vorzeitig angewandt werden

Die verabschiedeten wesentlichen Standards, der jeweils verpflichtende Erstanwendungszeitpunkt sowie die erwarteten Auswirkungen auf die SaarLB sind nachfolgend zusammengefasst:

Standard	**Erstanwendungszeitpunkt für Geschäftsjahre, die nach dem 31.12.2015 beginnen**	**Beschreibung der Änderungen und Auswirkungen auf die SaarLB**
IFRS 9 (Finanzinstrumente)	01.01.2018 (veröffentlicht am 28.10.2010, geändert am 24.07.2014; noch nicht endorsed)	Der neue IFRS 9 enthält die Ergebnisse der Überarbeitung des IAS 39, die sich auf die Klassifizierung und Bewertung von Finanzinstrumenten bezieht. Danach sind finanzielle Vermögenswerte bei Zugang der Bewertungskategorie Amortised Cost, Fair Value trough Profit and Loss oder Fair Value through OCI zuzuordnen. Eine Bewertung zu Amortised Cost erfolgt, wenn • der finanzielle Vermögenswert in einem Geschäftsmodell mit dem Ziel gehalten wird, die vertraglichen Zahlungsströme zu vereinnahmen und • die Vertragsbedingungen des finanziellen Vermögenswerts Zahlungen an festgelegten Terminen vorsehen, die Zins- und Tilgungszahlungen auf den ausstehenden Nominalbetrag verkörpern. Eine Bewertung zu Fair Value through OCI erfolgt, wenn

		• der finanzielle Vermögenswert in einem Geschäftsmodell mit dem Ziel gehalten wird, sowohl die vertraglichen Zahlungsströme als auch Zahlungsströme aus der Veräußerung finanzieller Vermögenswerte zu vereinnahmen und • die Vertragsbedingungen des finanziellen Vermögenswerts Zahlungen an festgelegten Terminen vorsehen, die Zins- und Tilgungszahlungen auf den ausstehenden Nominalbetrag verkörpern. Alle anderen Fremdkapitalinstrumente müssen zum Fair Value trough Profit and Loss bewertet werden. Eine freiwillige Zuordnung finanzieller Vermögenswerte zur Bewertungskategorie Fair Value trough Profit and Loss ist bei Zugang möglich, sofern dadurch Inkongruenzen bei der Bewertung oder beim Ansatz beseitigt oder erheblich verringert werden (Fair Value Option). Für Eigenkapitalinstrumente, die nicht zu Handelszwecken gehalten werden, besteht bei Zugang das Wahlrecht, Wertänderungen dieser finanziellen Vermögenswerte einschließlich Abgangsergebnissen nicht erfolgswirksam, sondern erfolgsneutral in der Gesamtergebnisrechnung, zu erfassen (Fair Value through OCI) Da das Business Modell die jeweilige Einordnung und Bewertung bestimmt, besteht bei Änderung des Geschäftsmodells eine Umwidmungspflicht. Finanzielle Verbindlichkeiten werden in der Regel zu Amortised Cost bilanziert. Davon ausgenommen sind Handelsbestände sowie finanzielle Verbindlichkeiten, für die die Fair Value Option gewählt wurde. Kreditrisiko-bedingte Fair Value-Änderungen finanzieller Verbindlichkeiten in der Fair Value Option sind nach IFRS 9 im sonstigen Gesamtergebnis zu erfassen. Alle anderen Fair Value-Änderungen werden weiterhin

		erfolgswirksam erfasst. IFRS 9 ändert zudem die Regelungen zur bilanziellen Abbildung der erwarteten Adressenausfallrisiken (Risikovorsorge). Anders als unter IAS 39 ist eine Risikovorsorge nicht erst bei bereits eingetretenen Verlusten zu bilden. Vielmehr ist für jedes Finanzinstrument, das zu fortgeführten Anschaffungskosten oder ergebnisneutral zum Fair Value zu bewerten ist, bereits bei Zugang der erwartete Verlust über ein Jahr (Expected Loss) als Risikovorsorge zu bilden. Tritt eine wesentliche Verschlechterung der Bonität des Schuldners ein, liegt jedoch noch kein Ausfallgrund vor, ist die Risikovorsorge für die erwarteten Verluste über die gesamte restliche Vertragslaufzeit (Lifetime Expected Loss) zu bilden. Liegt ein Ausfallgrund vor, ist die Risikovorsorge auf Basis der geschätzten, noch zu erwartenden Cashflows zu ermitteln. Die überarbeiteten Regeln zum Hedge Accounting sehen im Wesentlichen folgende Änderungen vor: • Hedge Accounting soll das Risikomanagement realitätsnäher abbilden, so dass eine stärkere Verknüpfung zwischen Risikomanagement und Accounting erfolgt • Der Effektivitätstest ist künftig nur noch prospektiv und qualitativ vorzunehmen. Die quantitative Bandbreite von 80-125% fällt somit weg. Bezüglich Hedge Accounting besteht ein Wahlrecht, ob Anwendung nach IAS 39 oder nach IFRS 9 erfolgt. Die Anwendung des neuen IFRS 9 wird wesentliche Auswirkungen hinsichtlich der Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten sowie hinsichtlich der Ermittlung der Risikovorsorge auf den Abschluss des SaarLB-

		Konzerns haben. Im Rahmen des Hedge Accountings sind keine wesentlichen Auswirkungen zu erwarten.
IFRS 15 (Erlöse aus dem Umsatz mit Kunden)	01.01.2018 (veröffentlicht am 28.05.2014; geändert am 11.09.2015, noch nicht endorsed)	Mit IFRS 15 wird vorgeschrieben, wann und in welcher Höhe ein IFRS-Anwender Erlöse zu erfassen hat. Zudem wird von den Abschlusserstellern gefordert, Angaben zu Vertragsvereinbarungen, Leistungsverpflichtungen sowie zu wesentlichen Ermessensentscheidungen und Schätzungen zu tätigen. Der Standard bietet dafür ein einziges, prinzipienbasiertes, fünfstufiges Modell, das auf alle Verträge mit Kunden anzuwenden ist. Für die SaarLB werden aus IFRS 15 nur unwesentliche Änderungen erwartet. IFRS 15 ersetzt die folgenden Standards und Interpretationen: IAS 11 Fertigungsaufträge, IAS 18 Erlöse, IFRIC 13 Kundenbindungsprogramme, IFRIC 15 Vereinbarungen über die Errichtung von Immobilien, IFRIC 18 Übertragungen von Vermögenswerten von Kunden, SIC-31 Erträge - Tausch von Werbeleistungen.

Von der vorzeitigen Anwendung der geänderten oder neu vom IASB bzw. IFRIC herausgegebenen für den SaarLB-Konzern grundsätzlich einschlägigen Standards bzw. Interpretationen (z.T. noch nicht endorsed), die erst ab dem Geschäftsjahr 2016 oder später verpflichtend anzuwenden sind, hat die SaarLB abgesehen.

(2) Konsolidierungsgrundsätze

In den Konzernabschluss werden alle wesentlichen Tochterunternehmen einbezogen, die gemäß IFRS 10 von der SaarLB direkt oder indirekt beherrscht werden.

Für die Kapitalkonsolidierung wurden die Anschaffungskosten der zu konsolidierenden Einheiten mit deren Eigenkapital zum Erwerbszeitpunkt verrechnet. Aktivische Unterschiedsbeträge zwischen den höheren Anschaffungskosten und dem Eigenkapital haben sich im Rahmen der Erstkonsolidierung bisher nicht ergeben.

Im Rahmen der Schulden- und Erfolgskonsolidierung sowie Zwischenergebniseliminierung werden alle Forderungen und Verbindlichkeiten, Erträge und Aufwendungen sowie Zwischenergebnisse aus konzerninternen Geschäften eliminiert.

Anteile an assoziierte Unternehmen werden nach der Equity-Methode bewertet und in der Bilanzposition „Anteile an at-Equity bewerteten Unternehmen“ ausgewiesen. Nach dieser Methode werden die Anschaffungskosten der Beteiligung an den assoziierten Unternehmen im Erwerbszeitpunkt angesetzt und in der Folge um den Anteil des Konzerns am Ergebnis

oder an sonstigen Reinvermögensänderungen des assoziierten Unternehmen fortgeschrieben.

Die Abgrenzung des Konsolidierungskreises bestimmt sich gemäß den Regelungen des IFRS 10.

(3) Konsolidierungskreis

Der Konsolidierungskreis der SaarLB umfasst sieben (31.12.2014 sieben) Tochterunternehmen. Dabei handelt es sich um die SaarLB Bankenbeteiligungsgesellschaft mbH, Saarbrücken, die LBS Immobilien GmbH, Saarbrücken und um Spezialfonds, die gemäß IFRS 10 voll konsolidiert werden. Es werden drei (31.12.2014 drei) assoziierte Unternehmen nach der at-Equity-Methode bewertet.

Die Festlegung des Konsolidierungskreises der SaarLB erfolgt unter Wesentlichkeitsgesichtspunkten. Nachdem zum 31.12.2014 die beiden neu gegründeten Gesellschaften der LBS Immobilien GmbH (IVS Immobilien Verwaltungsgesellschaft Saar mbH, Saarbrücken und die LBS Gutachter Gesellschaft mbH, Saarbrücken) als unwesentliche Tochterunternehmen nicht in den Konzernabschluss als vollkonsolidierte Unternehmen einbezogen wurden, werden drei (31.12.2014: drei) Töchter sowie drei (31.12.2014: drei) assoziierte Unternehmen weder voll konsolidiert noch in die at-Equity-Bewertung einbezogen, da sie für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns von untergeordneter Bedeutung sind. Die bilanziellen und ergebnisbezogenen Auswirkungen der vertraglichen Beziehungen der Konzerngesellschaften zu diesen nicht einbezogenen Unternehmen sind im Konzernabschluss enthalten. Zum Stichtag besteht weiterhin ein Gemeinschaftsunternehmen nach IFRS 11 „Gemeinsame Vereinbarungen“. Aus Wesentlichkeitsaspekten wurde auf eine Einbeziehung nach der Equity-Methode verzichtet.

Eine vollständige Übersicht über die in den Konzernabschluss einbezogenen Spezialfonds und assoziierten Unternehmen befindet sich in der Aufstellung des Anteilsbesitzes (siehe auch Note (78)).

Erhebliche Beschränkungen

Gesetzliche, vertragliche oder aufsichtsrechtliche Beschränkungen sowie Schutzrechte nicht beherrschender Anteile können den SaarLB Konzern hinsichtlich des Zugangs zu Vermögenswerten oder deren Transfer innerhalb anderer Unternehmen innerhalb des Konzerns oder hinsichtlich der Begleichung von Schulden des Konzerns erheblich beschränken.

Zum Bilanzstichtag bestanden keine für den Konzern wesentlichen Anteile ohne beherrschenden Einfluss. Folglich existieren keine erheblichen Beschränkungen aufgrund von Schutzrechten zugunsten dieser Anteilseigner.

Bis auf folgende wesentliche Sachverhalte liegen im SaarLB-Konzern keine maßgeblichen Beschränkungen vor: Vermögenswerte, die im Rahmen von Pensionsgeschäften, besicherten Refinanzierungen sowie für zweckgebundene Refinanzierungsmittel als Sicherheit übertragen wurden, beliefen sich auf 1.719,1 Mio. Euro (Vorjahr: 2.975,3 Mio). Die belasteten Vermögenswerte gemäß IFRS 12 stimmen grundsätzlich mit der Definition der CRR zu beschränkt verfügbaren Vermögenswerten überein. Vermögenswerte, die dem Deckungsstock im Rahmen von Pfandbriefemissionen zuzuordnen sind, betrugen 2.731,9

Mio. Euro (Vorjahr: 2.902,8 Mio) Diese Vermögenswerte können nicht innerhalb des Konzerns transferiert werden.

Im Hinblick auf vertragliche Vereinbarungen zur Gewährung von Finanzhilfen gibt es vereinzelt Finanzgarantien, die die SaarLB einigen wenigen Unternehmen gewährt. Diese sind für die SaarLB unwesentlich. Darüber hinaus bestehen Beschränkungen für ein nicht strukturiertes, nicht wesentliches assoziiertes Unternehmen in Form einer Ausschüttungssperre, so dass Finanzwerte nicht transferiert werden können.

Für die erforderlichen Angaben zu Abweichungen zwischen Stichtag und der Periode des Abschlusses unserer Tochterunternehmen und denen des Konzernabschlusses verweisen wir auf Note (78). Für die Angaben zu Art und Änderung der Risiken an konsolidierten strukturierten Unternehmen verweisen wir auf Note (5).

(4) Angaben zu Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen

Wesentliche assoziierte und gemeinschaftlich geführte Unternehmen

Beteiligungen an wesentlichen assoziierten Unternehmen und gemeinschaftlich geführten Unternehmen werden nach der Equity Methode bilanziert.

Der SaarLB Konzern hält Anteile an sechs assoziierten und an einem gemeinschaftlich geführten Unternehmen. Drei assoziierte Unternehmen sind aufgrund des Beteiligungsbuchwerts und des anteiligen Ergebnisses des Beteiligungsunternehmens für den Konzern von wesentlicher Bedeutung:

Name des Unternehmens	Art der Beziehung	Zweck	Hauptsitz des Unternehmens	Anteil (in %)	Anteil (in %)	Einbe-ziehung
				2015	2014	
GeKoBa mbH	assoziiertes Unternehmen Bauträgertätigkeit	strategisch	Saarbrücken	38,00	38,00	at equity
GSW mbH	assoziiertes Unternehmen Bauträgertätigkeit	strategisch	Saarbrücken	28,57	28,57	at equity
NBV Beteiligungs GmbH	assoziiertes Unternehmen Holding für Beteiligung an Deutscher Sparkassenverlag GmbH	strategisch	Hamburg	21,30	21,30	at equity

Zusammengefasste Finanzinformationen zu den Beteiligungsunternehmen[1)]

	GeKoBa mbH		GSW mbH		NBV Beteiligungs GmbH	
in TEUR	**31.12.2015**	**31.12.2014**	**31.12.2015**	**31.12.2014**	**31.12.2015**	**31.12.2014**
Umsatzerlöse	7.122	1.306	1.875	2.343	1.108	-
Ergebnis nach Steuern	-813	7	-191	-103	1.312	2.255
Sonstiges Ergebnis	-7.122	-1.306	-1.875	-2.343	-1.108	-37
Gesamtergebnis	-813	7	-191	-103	1.312	2.218
in Mio €						
Gesamtvermögen	21.405	19.630	18.273	15.075	14.589	15.007
Gesamtschulden	15.921	13.333	10.154	6.765	13	11
Reinvermögen	5.484	6.297	8.119	8.310	14.576	14.996

1) Für die angegebenen Gesellschaften liegen zum Bilanzstichtag nur die Abschlüsse der jeweils vergangenen Periode vor.

Überleitungsrechnung vom Reinvermögen auf den Beteiligungsbuchwert

	GeKoBa mbH		GSW mbH		NBV Beteiligungs GmbH	
in TEUR	**31.12.2015**	**31.12.2014**	**31.12.2015**	**31.12.2014**	**31.12.2015**	**31.12.2014**
Reinvermögen [1)]	5.484	6.294	8.119	8.310	14.576	14.996
Anteil des Konzerns am Kapital der Unternehmen (in Prozent)	38,00	38,00	28,57	28,60	21,33	21,33
Anteil des Konzerns am Reinvermögen der Unternehmen	2.084	2.392	2.319	2.374	3.109	3.199
Geschäfts- und Firmenwert	207	-101	-1.734	-1.789	-201	-151
Immaterielle Vermögenswerte	-	-	-	-	-	-
Sonstige Anpassungen	-	-	-	-	-	-
Beteiligungsbuchwert	2.291	2.291	585	585	2.908	3.047

1) Zur Ermittlung der Beteiligungsbuchwerte wurden für die angegebenen Gesellschaften die Abschlüsse der vergangenen Periode verwendet.

Unwesentliche gemeinschaftlich geführte und assoziierte Unternehmen

Die zusammengefassten Finanzinformationen zu den einzeln betrachtet unwesentlichen Anteilen des Konzerns an gemeinschaftlich geführten Unternehmen und assoziierten Unternehmen stellen sich wie folgt dar:

	Unwesentliche Gemeinschaftsunternehmen		Unwesentliche assoziierte Unternehmen	
in TEUR	**31.12.2015**	**31.12.2014**	**31.12.2015**	**31.12.2014**
Summe der Anteile des Konzerns am Gewinn oder Verlust aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	-	-	-	-
Summe der Anteile des Konzerns am Gewinn oder Verlust aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	-	-	-	-
Summe der Anteile des Konzerns am sonstigen Ergebnis	99,7	- 14,4	- 117,3	- 148,6
Summe der Anteile des Konzerns am Gesamtergebnis	112,2	- 14,4	2.087,5	2.068,7

Weitere Angaben zu gemeinschaftlich geführten und assoziierten Unternehmen

Das Gemeinschaftsunternehmen und die assoziierten Unternehmen im Konzern der SaarLB unterlagen im Geschäftsjahr keinen erheblichen Beschränkungen bezüglich des Transfers von Finanzmitteln, wie beispielsweise im Rahmen von Kredit- bzw. Darlehensrückzahlungen.

Art und Änderung der Risiken aufgrund der Anteile an gemeinschaftlichen Vereinbarungen und assoziierten Unternehmen

Es liegen für das Gemeinschaftsunternehmen der SaarLB keine Eventualverbindlichkeiten oder andere Verpflichtungen vor. Auch für die assoziierten Unternehmen der SaarLB liegen keine Eventualverbindlichkeiten vor.

(5) Angaben zu strukturierten Unternehmen

Angaben zu konsolidierten strukturierten Unternehmen

Bei den konsolidierten strukturierten Unternehmen der SaarLB handelt es sich neben der SaarLB Bankenbeteiligungsgesellschaft mbH und der LBS Immobilien GmbH um die Anteile an den Spezialfonds. Außer den beiden Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträgen bei der Bankenbeteiligungsgesellschaft und der LBS Immobilien GmbH existieren keine sonstigen Verpflichtungen gegenüber konsolidierten strukturierten Unternehmen. Im Geschäftsjahr wurde darüber hinaus keine Finanzhilfen oder andere Unterstützungsleistungen durch den SaarLB Konzern gewährt noch besteht in absehbarer Zeit eine derartige Absicht.

Angaben zu nicht konsolidierten strukturierten Unternehmen

Art, Zweck und Umfang der Beteiligung des Konzerns an nicht konsolidierten strukturierten Einheiten

Zur Durchführung unserer Geschäftsaktivitäten nutzt die SaarLB unter anderem sogenannte strukturierte Einheiten, die einem bestimmten Geschäftszweck dienen. Strukturierte Einheiten sind Einheiten, die derart ausgestaltet sind, dass Stimmrechte oder ähnliche Rechte für die Beherrschung des Unternehmens nicht ausschlaggebend sind. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn Stimmrechte sich nur auf administrative Aufgaben beziehen und die relevanten Aktivitäten durch vertragliche Vereinbarungen gesteuert werden.

Eine strukturierte Einheit verfügt oft über einige oder alle der folgenden Merkmale:

- Limitierte Aktivitäten;
- Ein eng gefasstes und genau definiertes Ziel;
- Unzureichendes Eigenkapital, um ihre Aktivitäten ohne nachrangige finanzielle Unterstützung zu finanzieren;
- Finanzierung in Form zahlreicher vertraglich verknüpfter Instrumente für Investoren, um Kredit- oder anderen Risiken zu bündeln (Tranchen).

Strukturierte Einheiten sind bei der SaarLB vorhanden. Sie können als Kapital-, Investment- oder Personengesellschaften gegründet sein. Strukturierte Einheiten finanzieren den Erwerb von Vermögenswerten üblicherweise durch die Gewährung von Darlehen oder aber durch Emission von Schuld- oder Eigenkapitaltiteln, die durch von ihnen gehaltene Vermögenswerte besichert werden und/oder an diese gekoppelt sind. Die von strukturierten Einheiten begebenen Schuld- oder Eigenkapitaltitel können Tranchen mit unterschiedlichem Rang beinhalten. Typischerweise handelt es sich bei strukturierten Unternehmen um

Verbriefungsgesellschaften, Leasingobjektgesellschaften oder auch Investmentfondgesellschaften.

Wie in Note (2) Konsolidierungsgrundsätze dargestellt, werden strukturierte Einheiten konsolidiert, wenn die Beziehung zwischen dem Konzern und den strukturierten Einheiten zeigt, dass diese vom Konzern i.S. des IFRS 10 beherrscht werden. Die Einheiten, die Gegenstand dieser Anhangangabe sind, werden nicht konsolidiert, da der Konzern keine Beherrschung über Verträge, Finanzierungsvereinbarungen oder andere Vereinbarungen hat.

Die SaarLB hält Anteile an 13 (Vorjahr: 17) Verbriefungsgesellschaften, 16 (Vorjahr: 16) Leasingobjektgesellschaften bzw. mit Vermögenswerten unterlegten Finanzierungen, 8 (Vorjahr: 3) Investmentfonds, sowie 9 (Vorjahr: 10) sonstige Beteiligungen.

Nachfolgend werden die Geschäftsaktivitäten des SaarLB-Konzerns mit nicht konsolidierten strukturierten Einheiten beschrieben:

Verbriefungsgesellschaften

Der Konzern hält Anteile an von Dritten gesponserten Verbriefungsgesellschaften, die finanzielle Mittel in diversifizierte Pools von Vermögenswerten investieren. Dazu zählen unter anderem festverzinsliche Wertpapiere, Firmenkredite, Asset Backed Securities (vorwiegend verbriefte gewerbliche und private Immobilienkredite). Die Gesellschaften finanzieren diese Käufe durch die Emission verschiedener Tranchen von Schuld- und Eigenkapitaltiteln, deren Rückzahlung an die Performance der Vermögenswerte der Vehikel gekoppelt ist.

Leasingobjektgesellschaften und sonstige Finanzierungen

Der Konzern stellt Finanzierungsmittel für strukturierte Einheiten bereit, die eine Vielzahl verschiedener Vermögenswerte halten können. Diese strukturierten Einheiten können die Form von Finanzierungsgesellschaften oder als private Investmentgesellschaften gegründet werden. Die Finanzierung ist durch den gehaltenen Vermögenswert besichert.

Fonds

Der Konzern kann strukturierte Einheiten gründen, um eigene oder ggf. auch unterschiedliche Kundenanforderungen in Bezug auf Investitionen in spezifische Vermögenswerte zu erfüllen. Eine Konzerngesellschaft kann die Funktion eines Fondsmanagers, Treuhänders oder eine andere Funktion ausüben. Die Finanzierung ist in der Regel durch den zugrunde liegenden Vermögenswert besichert, welcher vom Fonds gehalten wird.

Sonstige Gesellschaften

Diese beinhalten von Dritten gesponserte strukturierte Einheiten, die nicht in eine der oben genannten Kategorien fallen.

Höchstmögliches Ausfallrisiko von nicht konsolidierten strukturierten Einheiten

Das maximal mögliche Verlustrisiko bestimmt sich aus der Art der Beteiligung an einer nicht konsolidierten strukturierten Einheit. Das maximal mögliche Verlustrisiko aus Forderungen aus Kreditgeschäften besteht im Buchwert, der in der Bilanz abgebildet ist. Der maximal mögliche Verlust aus außerbilanziellen Geschäften, wie zum Beispiel Garantien, Liquiditätsfazilitäten und Kreditzusagen bestimmt sich unter IFRS 12 durch ihren Nennwert. Diese Nennwerte stellen nicht das ökonomische Risiko dar, da weder Effekte aus

Besicherungen oder Verbriefungen berücksichtigt werden noch die Wahrscheinlichkeit von Verlusten, die entstanden sein können. Für Handelsaktiva wird das höchstmögliche Ausfallrisiko am Betrag der positiven Wiederbeschaffungswerte ermittelt.

Größe von strukturierten Einheiten

Die Art der Geschäftsaktivitäten einer strukturierten Einheit bestimmt deren Größe. Die folgenden Kennzahlen werden als angemessene Indikatoren für die Bewertung der Größe strukturierter Einheiten angesehen:

- Verbriefungen: Nennwert der ausgegebenen Wertpapiere, wenn der Konzern seine Beteiligungen durch Wertpapiere hält, und Nennwert von Derivaten, wenn die Beteiligung des Konzerns in Form von Derivaten besteht.
- Leasingobjektgesellschaften und Finanzierungsgesellschaften: beizulegender Zeitwert der Beteiligung.
- Fonds: Nettoinventarwert oder Höhe des verwalteten Vermögens, wenn der Konzern Fondsanteile hält.
- Sonstige Gesellschaften: beizulegender Zeitwert.

Die folgende Tabelle zeigt nach Art der strukturierten Einheit die Buchwerte der Beteiligungen des Konzerns sowie den maximal möglichen Verlust, der aus diesen Beteiligungen resultieren könnte. Sie gibt auch eine Indikation über die Größe von strukturierten Einheiten. Die Werte bilden nicht das ökonomische Risiko des Konzerns aus diesen Beteiligungen ab, da sie keine Sicherheiten oder Sicherungsbeziehungen berücksichtigen.

in TEUR	Verbriefungs-gesellschaften		Leasingobjekt-gesellschaften		Investment-fonds		sons Beteilig
	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015
Vermögenswerte							
Forderungen an Kunden	-	-	180.143	69.158	88.516	22.690	2.374
Finanzanlagen	22.399	34.278	1.525	1.777	-	-	-
Summe der Aktiva	**22.399**	**34.278**	**181.668**	**70.935**	**88.516**	**22.690**	**2.374**
Verbindlichkeiten	-	-					
Verbindlichkeiten ggü. Kunden	-	-	5.238	2.906	-	-	-
Summe der Passiva	**-**	**-**	**5.238**	**2.906**	**-**	**-**	**-**
Außerbilanzielle Risikopositionen	-	-	1.757	1.978	-	-	-
Gesamt	**22.399**	**34.278**	**178.187**	**70.007**	**88.516**	**22.690**	**2.374**
Größe der strukt. Gesellschaft	46.756	58.470	599.191	489.981	2.282.298	1.980.904	2.382
Maximales Verlustrisiko	22.399	34.278	181.668	70.935	88.516	22.690	2.374

Gesponserte nicht konsolidierte strukturierte Einheiten

Die SaarLB sponsert keine Gründung strukturierter Einheiten.

(6) Währungsumrechnung

Sämtliche Vermögenswerte und Schulden in Fremdwährungen werden bei der erstmaligen Erfassung mit dem am jeweiligen Tag des Geschäftsvorfalls gültigen Kassakurs in die funktionale Währung (Euro) umgerechnet. Für die Umrechnung an den nachfolgenden Bilanzstichtagen wird für die Währungsumrechnung zwischen monetären und nicht monetären Posten unterschieden. Auf Fremdwährung lautende monetäre Vermögenswerte und Schulden werden mit dem Kurs am Bilanzstichtag umgerechnet. Für nicht monetäre Posten, die zu historischen Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet werden, erfolgt die Währungsumrechnung mit dem historischen Anschaffungskurs. Zum Fair Value bewertete nicht monetäre Posten werden mit dem Kurs zum Ermittlungszeitpunkt des Fair Values umgerechnet. Aus der Währungsumrechnung resultierende Gewinne und Verluste aus monetären Posten werden erfolgswirksam erfasst.

(7) Aufrechnung

Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten sind dann zu saldieren und als Nettobetrag in der Bilanz anzugeben, wenn die SaarLB einen Rechtsanspruch darauf hat, die erfassten Beträge miteinander zu verrechnen und entweder den Ausgleich auf Nettobasis herbeizuführen oder gleichzeitig mit der Verwertung des betreffenden Vermögenswertes die dazugehörige Verbindlichkeit abzulösen.

(8) Finanzinstrumente

Definition

Ein Finanzinstrument ist ein Vertrag, der gleichzeitig bei einem Vertragspartner zur Entstehung eines finanziellen Vermögenswertes und bei dem anderen zur Entstehung einer finanziellen Verbindlichkeit oder eines Eigenkapitalinstruments führt.

Ansatz und Zugangsbewertung

Finanzinstrumente werden ab dem Zeitpunkt bilanziell erfasst, ab dem das bilanzierende Unternehmen Vertragspartei wird und zu den vereinbarten Leistungen bzw. Gegenleistungen berechtigt oder verpflichtet ist.

Übliche Käufe oder Verkäufe (Kassageschäfte) von finanziellen Vermögenswerten (Regular Way Contracts) können entweder zum Handelstag oder Erfüllungstag erfasst werden. Als solche gelten gem. IAS 39.9 Käufe und Verkäufe von finanziellen Vermögenswerten, bei denen die Lieferung des Vermögenswerts innerhalb der üblichen Marktusancen nach einer gewissen Frist erfolgt. Bei der SaarLB werden Wertpapiere immer zum Handelstag bilanziert.

Derivate und Wertpapiere werden zum Handelstag, die übrigen Finanzinstrumente zum Erfüllungstag erfasst.

Alle Finanzinstrumente, einschließlich derivativer Finanzinstrumente, werden gemäß IAS 39 in der Bilanz angesetzt und den Kategorien des IAS 39 zugeordnet.

Die erstmalige Erfassung der Finanzinstrumente erfolgt mit dem Fair Value, der regelmäßig dem im Zeitpunkt der Anschaffung geleisteten oder erhaltenen Gegenwert (exit price) entspricht.

Folgebewertung

Die Folgebewertung der Finanzinstrumente richtet sich nach der Zugehörigkeit zu den Bewertungskategorien nach IAS 39, die wie folgt unterschieden werden:

Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten (Financial Assets and Liabilities at Fair Value through Profit or Loss):

Hierzu zählen die zu Handelszwecken gehaltenen Finanzinstrumente und Derivate, die nicht die Voraussetzungen des Hedge Accountings gemäß IAS 39 erfüllen (Held-for-Trading) sowie nicht zu Handelszwecken gehaltene Finanzinstrumente, für welche die Fair-Value-Option angewendet wird (Fair-Value-Option gem. IAS 39).

Zu Handelszwecken gehaltene Finanzinstrumente der Kategorie Held-for-Trading (HfT):

Die Bewertung erfolgt zum Fair Value; die Bewertungsergebnisse werden im Ergebnis aus der Fair Value-Bewertung erfasst. In diesem Posten werden auch die realisierten Ergebnisse gezeigt, während der Ausweis der laufenden Erträge und Aufwendungen im Zinsüberschuss erfolgt. Derivate in wirtschaftlichen Hedge-Beziehungen erfüllen nicht die Voraussetzungen des Hedge Accountings gemäß IAS 39. Sie dienen der Risikosteuerung und wurden nicht zu Handelszwecken abgeschlossen.

Die Finanzinstrumente der Kategorie HfT werden in den Bilanzposten Handelsaktiva und Handelspassiva ausgewiesen.

Finanzinstrumente der Kategorie Fair-Value-Option (FVO):

Die Fair-Value-Option wird für die Portfolien von Finanzinstrumenten genutzt, deren Management auf Fair Value Basis gemäß einer dokumentierten Risikomanagement- oder Anlagestrategie erfolgt; hierbei handelt es sich überwiegend um die von den Wertpapierspezialfonds verwalteten Wertpapiere. Darüber hinaus erfolgt die Anwendung der Fair-Value-Option, um die getrennte Bilanzierung des Grundgeschäfts und des eingebetteten Derivats trennungspflichtiger strukturierter Produkte zu vermeiden. Die Bewertung erfolgt zum Fair Value. Die Bewertungsergebnisse werden im Ergebnis aus der Fair Value-Bewertung, die laufenden Ergebnisse im Zinsüberschuss erfasst.

Die im Rahmen der Fair-Value-Option designierten Finanzinstrumente sind in dem Posten Finanzanlagen enthalten. Es erfolgt keine Kategorisierung von Finanzinstrumenten in die Fair-Value-Option, die ansonsten zu fortgeführten Anschaffungskosten zu bewerten wären.

Bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestitionen (Held-to-Maturity, HtM):

Dieser Kategorie werden nicht derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbaren Zahlungen sowie einer festen Laufzeit, die die Bank bis zur Endfälligkeit halten will und kann, zugeordnet, soweit für diese im Zugangs- bzw. Umgliederungszeitpunkt ein aktiver Markt besteht. Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Zur Ermittlung notwendiger Abschreibungen wird auf die Ausführungen zu Wertminderungen verwiesen.

Diese Finanzinstrumente werden in den Finanzanlagen ausgewiesen. Die laufenden Ergebnisse sowie die Aufwendungen und Erträge aus der Amortisierung werden im Zinsüberschuss erfasst.

Kredite und Forderungen (Loans-and-Receivables, LaR):

Hierunter fallen nicht derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbaren Zahlungen, die nicht an einem aktiven Markt notiert sind. Diese werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Zur Ermittlung notwendiger Risikovorsorge bzw. Abschreibungen wird auf die Ausführungen zu Wertminderungen verwiesen.

Die Finanzinstrumente der Kategorie LaR werden unter der Barreserve, den Forderungen an Kreditinstitute/Kunden, den Finanzanlagen bzw. den Sonstigen Aktiva ausgewiesen. Die laufenden Ergebnisse sowie die Aufwendungen und Erträge aus der Amortisierung werden im Zinsertrag erfasst; dies gilt auch für Bestände, die Bestandteil einer Sicherungsbeziehung gem. IAS 39 sind. Ergebnisse aus der Veräußerung werden, soweit es sich um Finanzanlagen handelt, im Ergebnis aus Finanzanlagen und, soweit es sich um Forderungen handelt, im Sonstigen Ergebnis ausgewiesen.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (Available-for-Sale, AfS):

Hierunter fallen jene nicht derivative finanzielle Vermögenswerte (Wertpapiere, Beteiligungen), die als zur Veräußerung verfügbar klassifiziert sind oder nicht einer der vorgenannten Kategorien zugeordnet wurden. Die Finanzinstrumente dieser Kategorie werden zum Fair Value bewertet. Der Unterschiedsbetrag zwischen Fair Value und fortgeführten Anschaffungskosten wird solange erfolgsneutral in einer gesonderten Position des Eigenkapitals (Neubewertungsrücklage) ausgewiesen, bis der Vermögenswert veräußert bzw. fällig wird oder durch eine dauerhafte Wertminderung (Impairment, hierzu vgl. Ausführungen zu Wertminderungen) eine erfolgswirksame Anpassung erforderlich wird. Bei Eigenkapitalinstrumenten, deren Fair Value nicht zuverlässig ermittelbar ist, erfolgt der Ansatz zu Anschaffungskosten abzüglich etwaiger Wertminderungen.

Available-for-Sale-Finanzinstrumente sind in dem Posten Finanzanlagen enthalten. Ergebnisse aus der Veräußerung sowie aus der dauerhaften Wertminderung (Impairment) werden im Ergebnis aus Finanzanlagen, laufende Ergebnisse sowie die Aufwendungen und Erträge aus der Amortisierung im Zinsertrag erfasst; dies gilt auch für Bestände, die Bestandteil einer Sicherungsbeziehung gem. IAS 39 sind.

Finanzielle Verbindlichkeiten (Liabilities-measured-at-amortised-cost):

Zu der Kategorie Liabilities-measured-at-amortised-cost zählen finanzielle Verbindlichkeiten, die nicht Handelszwecken dienen. Sie werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet und unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten/Kunden, Verbrieften Verbindlichkeiten, Sonstigen Passiva sowie dem Nachrangkapital ausgewiesen. Der Ausweis der laufenden Ergebnisse sowie der Aufwendungen und Erträge aus der Amortisierung erfolgt im Zinsaufwand.

Fair Value

Definition des Fair Value

Nach IAS 39 sind alle Finanzinstrumente beim **erstmaligen Ansatz** zu ihrem beizulegenden Zeitwert (Fair Value) zu bewerten. Im Falle eines Finanzinstruments, das

nicht als erfolgswirksam zum Fair Value zu bewerten klassifiziert ist, hat die Bewertung unter Einschluss bestimmter Transaktionskosten zu erfolgen.

Die **Folgebewertung** der Finanzinstrumente, die als erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten klassifiziert sind, oder von jederzeit veräußerbaren finanziellen Vermögenswerten (AfS), erfolgt laufend zum Fair Value.

Der Fair Value ist eine marktbasierte und keine unternehmensspezifische Bewertungsgröße. IFRS 13 definiert den Fair Value als den Preis, den man in einer gewöhnlichen Transaktion zwischen Marktteilnehmern in dem Hauptmarkt (oder dem vorteilhaftesten Markt; s. zur Definition des Hauptmarktes bzw. vorteilhaftesten Marktes im folgenden Abschnitt „Bewertung“) unter aktuellen Marktbedingungen am Bewertungsstichtag beim Verkauf eines Vermögenswerts erhalten würde oder bei der Übertragung einer Schuld zu zahlen hätte.

Demnach ist der beizulegende Zeitwert eines **Vermögenswertes** nach IFRS 13 der Betrag, zu dem dieser zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern verkauft werden könnte. Der beizulegende Zeitwert entspricht somit einem Veräußerungspreis (exit price). Für **Verbindlichkeiten** ist der beizulegende Zeitwert definiert als der Preis, zu dem die Schuld im Rahmen einer gewöhnlichen Transaktion an einen Dritten übertragen werden könnte. Für die Bewertung von Schulden ist zudem das eigene Ausfallrisiko zu berücksichtigen. Sofern Sicherheiten von Dritten für unsere Verbindlichkeiten gestellt werden (zum Beispiel Garantien), sind diese bei der Bewertung grundsätzlich nicht zu berücksichtigen, da die Rückzahlungsverpflichtung seitens der Bank weiterhin bestehen bleibt.

Die Ermittlung des Fair Value erfolgt nach den Vorgaben des IFRS 13. In diesem sind auch die Bestimmungen zur Bewertungshierarchie enthalten. Weiterhin gelten die jeweiligen Bestimmungen der Standards für Finanzinstrumente, darunter die Ausführungen des IAS 39 zu Finanzinstrumenten, insbesondere die Einordnung in die Bewertungskategorien.

Bewertung zum Fair Value

Die SaarLB legt bei der Bewertung zum Fair Value folgende Sachverhalte fest:

- den **bestimmten Vermögenswert** oder die **bestimmte Schuld**, die Gegenstand der Bewertung ist, im Einklang mit seiner/ihrer Bilanzierungseinheit (also der Ebene, auf der ein Vermögenswert oder eine Schuld in einem IFRS-Standard für Ansatzzwecke zusammengefasst oder aufgegliedert wird
- den **Hauptmarkt** (oder den vorteilhaftesten Markt) für den Vermögenswert oder die Schuld. Um den Hauptmarkt, oder in Ermangelung eines Hauptmarktes den vorteilhaftesten Markt zu identifizieren, werden alle Informationen berücksichtigt, die mit angemessenem Aufwand zu beschaffen sind. Solange kein gegenteiliger substanzieller Hinweis vorliegt, ist der Markt, in dem das Unternehmen normalerweise eine Transaktion zum Verkauf des Vermögenswerts oder zur Übertragung der Schuld vornehmen wurde, der unterstellte Hauptmarkt oder, in Ermangelung eines Hauptmarktes, der vorteilhafteste Markt. Falls für den Vermögenswert oder die Schuld ein Hauptmarkt vorhanden ist, repräsentiert die Bewertung zum Fair Value den Preis in diesem Markt (dieser Preis ist entweder direkt beobachtbar oder wurde unter Verwendung eines anderen Bewertungsverfahrens ermittelt), auch wenn der Preis am Bewertungsstichtag in einem anderen Markt potenziell vorteilhafter ist. Die SaarLB hat am Bewertungsstichtag Zugang zu ihren definierten Hauptmärkten (oder den vorteilhaftesten Märkten).

- das für die Ermittlung geeignete **Bewertungsverfahren** unter Berücksichtigung der Verfügbarkeit von Daten, mit denen Eingangsparameter hergeleitet werden, die die Annahmen der Marktteilnehmer bei der Preisfestlegung des Vermögenswerts oder der Schuld darstellen und die
- Hierarchiestufe, der die Eingangsparameter zugeordnet werden (s. nachfolgend).

Fair Value Hierarchie und Bewertungsverfahren

Um die Vergleichbarkeit und Stetigkeit bei Bewertungen zum beizulegenden Zeitwert und den zugehörigen Angaben zu erhöhen, legt IFRS 13 eine Hierarchie für die Ermittlung des Fair Value fest („Fair-Value-Hierarchie), die in die Bewertungsverfahren zur Ermittlung des Fair Value eingehenden Eingangsparameter drei Stufen (oder Level) zuordnet. Demnach wird in aktiven Märkten für identische Vermögenswerte notierten Preisen die höchste Priorität eingeräumt, während die Verwendung nicht beobachtbarer Inputfaktoren in Bewertungsmodellen die niedrigste Priorität erhalten. Die Gesamteinstufung des beizulegenden Zeitwerts basiert stets auf dem niedrigsten Level eines verwendeten bedeutsamen Input-Parameters.

Der zuverlässigste Nachweis für den Fair Value ist der notierte Marktpreis für ein identisches Instrument an einem aktiven Markt (**Bewertungshierarchie Level 1**). Wann immer ein solcher notierter Preis zur Verfügung steht, ist er zur Bemessung des Fair Value heranzuziehen. Der relevante Markt für die Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts ist grundsätzlich der Markt mit der höchsten Aktivität (Hauptmarkt). Um den Preis wiederzugeben, zu dem ein Vermögenswert getauscht oder eine Verbindlichkeit beglichen werden könnte, werden Vermögenswerte zum Geldkurs und Verbindlichkeiten zum Briefkurs bewertet. Für Finanzinstrumente wird ein Markt als aktiv angesehen, wenn notierte Preise leicht und regelmäßig von einer Börse, einem Händler oder einer Marktplattform verfügbar sind und diese Preise tatsächliche und sich regelmäßig ereignende Markttransaktionen zwischen sachverständigen, vertragswilligen und unabhängigen Geschäftspartnern repräsentieren. Bei der SaarLB werden im Rahmen der Folgebewertung für zum Fair Value zu bewertende Finanzinstrumente, die an aktiven Märkten gehandelt werden (darunter Wertpapiere und derivative Börsenkontrakte), der Börsenpreis, OTC-Preise von Marktplattformen (z.B. Bloomberg) sowie Kurse auf anderen aktiven Märkten herangezogen.

Wenn keine notierten Preise verfügbar sind, erfolgt die Bewertung anhand von notierte Preise für ähnliche Vermögenswerte oder Schulden an aktiven Märkten. Sind keine notierten Preise für identische oder ähnliche Finanzinstrumente verfügbar, wird der Fair Value unter Anwendung eines geeigneten Bewertungsmodells ermittelt, bei dem die einfließenden Daten soweit möglich aus überprüfbaren Marktquellen stammen (**Bewertungshierarchie Level 2**). Wird der Fair Value mittels Bewertungsmethoden ermittelt, deren Bewertungsparameter mit signifikanter Auswirkung auf die Ermittlung des Fair Values direkt oder indirekt (z.B. aus ähnlichen Preisen abgeleitet) am Markt beobachtbar sind, erfolgt eine Zuordnung zu Level 2. Derivate, die ausschließlich mit am Markt beobachtbaren Parametern bewertet werden, sind demnach dem Level 2 zuzuordnen.

Während sich die meisten Bewertungsmethoden auf Daten aus überprüfbaren Marktquellen stützen, werden bestimmte Finanzinstrumente unter Einsatz von Bewertungsmodellen bewertet, die andere Eingangswerte heranziehen, für die nicht ausreichend aktuelle überprüfbare Marktdaten vorhanden sind. Als mögliche Bewertungsmethoden unterscheidet IFRS 13 den marktbasierten Ansatz (Market Approach), den einkommensbasierten Ansatz (Income Approach) und den kostenbasierten Ansatz (Cost Approach). Der Market Approach

umfasst Bewertungsmethoden, die auf Informationen über identische oder vergleichbare Vermögenswerte und Schulden zurückgreifen. Der einkommensbasierte Ansatz spiegelt die heutigen Erwartungen über zukünftige Zahlungsströme, Aufwendungen oder Erträge wider. Zum Income Approach zählen unter anderem auch Optionspreismodelle. Im Rahmen des Cost Approachs (nur für Nichtfinanzinstrumente zulässig) entspricht der Fair Value den aktuellen Wiederbeschaffungskosten unter Berücksichtigung des Zustands des Vermögenswertes. Diese Bewertungsmethoden unterliegen naturgemäß in höherem Maße den Einschätzungen des Managements. Diese nicht beobachtbaren Eingangswerte können Daten enthalten, die in Form von Näherungswerten aus korrelierten oder historischen Daten ermittelt werden. Allerdings werden hierbei in größtmöglichem Umfang Marktdaten oder Daten Dritter und so wenig wie möglich unternehmensspezifische Eingangswerte herangezogen (**Bewertungshierarchie Level 3**).

Ist kein aktiver Markt für die betreffenden Finanzinstrumente vorhanden, ist auf oben genannte Bewertungsmethoden zurückzugreifen. Die dabei verwendeten Daten müssen alle inhärenten Markterwartungen reflektieren. Ein inaktiver Markt ist durch stark eingeschränkte Handelsvolumina, sehr große Geld-/Briefspannen bzw. bestehende Arbitragemöglichkeiten gekennzeichnet. Falls der Fair Value mittels Bewertungsmethoden ermittelt wird, bei denen der Einfluss der Bewertungsparameter – die nicht auf beobachtbaren Marktdaten basieren – auf den Fair Value signifikant ist, erfolgt eine Zuordnung zu Level 3 der Bewertungshierarchie des IFRS 13.

Im Rahmen der Anwendung von Bewertungsmethoden werden bei Wertpapieren primär indikative Kurse von unabhängigen Marktdatenlieferanten und – soweit diese nicht verfügbar sind – von anderen Marktteilnehmern (vor allem Arranger von Emissionen) verwendet. Hierbei werden Kurse bzw. Quotes von unterschiedlichen Anbietern für jedes relevante Finanzinstrument erhoben. Durch Vergleich der genannten Kurse wird eine Plausibilisierung vorgenommen. Liegt in Ausnahmefällen nur ein Kurs vor, erfolgt zur Plausibilisierung ergänzend eine Bonitätsanalyse. Sofern vorhanden, werden auch Kurse von Wertpapieren mit gleichartiger Ausstattung, Restlaufzeit und Bonität zur Plausibilisierung herangezogen. Diese Vorgehensweise wurde für die Ermittlung der Fair Values bei bestimmten Wertpapieren angewendet. Mangels anderer Quellen wurden bei ABS-Wertpapieren überwiegend von Arrangern gestellte Kurse zur Fair Value-Ermittlung verwendet. Wertpapiere, die mittels indikativer Kurse bewertet werden, fallen in Level 3.

Bei außerbörslich gehandelten Derivaten sowie bei Eigenkapitaltiteln, die nicht an aktiven Märkten gehandelt werden, kommen ebenfalls Bewertungsmodelle zur Anwendung.

Die Fair Values werden dabei mit Hilfe von anerkannten Bewertungsmodellen ermittelt, die auf frei zugänglichen Marktdaten sowie im geringen Umfang unternehmensinternen Daten aufbauen. Die Bewertungsmodelle umfassen die Barwertmethode sowie Optionspreismodelle.

Die Barwertmethode wird für unbedingte derivative Finanzinstrumente (Zins- und Zinswährungsswaps, Forward Rate Agreements sowie Devisentermingeschäfte) angewendet. Dabei erfolgt die Bewertung auf Basis der Cash Flow Struktur unter Berücksichtigung von Nominalwerten, Restlaufzeiten sowie der vereinbarten Zinszählmethode. Credit Default Swaps werden ebenfalls wie unbedingte derivative Finanzinstrumente unter zusätzlicher Berücksichtigung von erwarteten Ausfällen auf der Grundlage aktueller Credit Spreads bewertet.

Zur Ermittlung der Cash Flow Struktur wird bei Finanzinstrumenten mit vertraglich fixierten Cash Flows auf die vereinbarten Cash Flows zurückgegriffen. Bei variabel verzinslichen Instrumenten erfolgt die Bestimmung der Cash Flows unter Verwendung von Terminkurven.

Die Diskontierung erfolgt unter Verwendung von währungs- und laufzeitkongruenten Zinskurven und einem risikoadäquaten Spread. Sofern es sich um öffentlich verfügbare Spreads handelt, werden die am Markt beobachtbaren Daten herangezogen.

Bei in den Finanzanlagen enthaltenen wesentlichen Eigenkapitaltiteln, die nicht an aktiven Märkten gehandelt werden, erfolgt die Ermittlung des Fair Values auf Basis des Ertragswertverfahrens. Dabei basieren die erwarteten Cash Flows auf Planwerten der betroffenen Unternehmen. Unwesentliche Bestände bzw. solche, für die keine verlässlichen Planwerte vorliegen, werden zu Anschaffungskosten bewertet.

Die Bewertung von Optionen sowie anderen derivativen Finanzinstrumenten mit Optionseigenschaften basiert im Wesentlichen auf dem Optionspreismodell von Black Scholes. In die Bewertung gehen dabei regelmäßig folgende Bewertungsparameter ein: kumulierte Wahrscheinlichkeits-Verteilungsfunktion für Standardnormalverteilung, Optionsausübungspreise (Strike), risikoloser Zins (für unterschiedliche Währungen und Laufzeiten), Preisvolatilitäten, Options-Restlaufzeiten, ggf. Zins- und Preisschranken (Barriers), sowie Eintrittswahrscheinlichkeiten. Zu den Optionen gehören Zinsbegrenzungsvereinbarungen, Swaptions und Devisenoptionen.

Die Bewertungsmodelle kommen bei der Ermittlung der Fair Values für bilanzielle Zwecke für Finanzinstrumente der Kategorien HfT und AfS zum Einsatz. Davon betroffen sind die folgenden Bilanzposten und Produkte:

- In den Handelsaktiva enthaltene OTC-Derivate
- In den Finanzanlagen enthaltene Eigenkapitaltitel
- In den Handelspassiva enthaltene OTC-Derivate

Für Notes-Zwecke sind gem. IFRS 7 i.V.m. IFRS 13 für alle in der Bilanz dargestellten Finanzinstrumente Fair Values anzugeben und die angewendeten Ermittlungsverfahren der dreistufigen Hierarchie (Level 1 bis 3) zuzuordnen.

Für die Angaben der Fair Values der Finanzinstrumente sowie die Levelzuordnung wird auf Note (62) und Note (63) verwiesen.

Fair Value bei erstmaligen Ansatz und Day One Profit / Loss

Die SaarLB hat bei der Beurteilung, ob der Fair Value beim erstmaligen Ansatz dem Transaktionspreis entspricht die charakteristischen Faktoren gem. IFRS 13 untersucht. Ein Ansatz mit einem von den Anschaffungskosten abweichendem Fair Value kann demnach nur unter bestimmten Bedingungen auftreten. Im Berichtsjahr wurde kein solcher Sachverhalt festgestellt, ein potentieller Day One Profit bzw. Loss trat demnach nicht auf.

Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen

Im Rahmen der Steuerung von Zins- und Währungsrisiken werden derivative Finanzinstrumente zur Absicherung von bilanzierten Vermögenswerten oder bilanzierten Verbindlichkeiten eingesetzt. Aufgrund der möglichen unterschiedlichen Bewertungskonzeptionen bei Grund- und Sicherungsgeschäft können asymmetrische GuV-Effekte entstehen, die betriebswirtschaftlich nicht begründet sind und zu einer nicht

sachgerechten Abbildung insbesondere der Ertragslage führen. Das Hedge Accounting kann diesen Accounting Mismatch beheben. Sicherungsbeziehungen, die sich für das Hedge Accounting im Sinne des IAS 39 qualifizieren und als solche designiert werden, werden derzeit ausschließlich als Fair Value Hedges abgebildet und sind auf die Absicherung von Zinsrisiken beschränkt. Durch Anwendung des Hedge-Accountings, das hinsichtlich des gesicherten Risikos eine Bewertung des Grundgeschäfts mit dem Fair Value vorsieht, werden solche asymmetrischen Bewertungen reduziert. Dabei wird ein bilanzierter Vermögenswert oder eine bilanzierte Verbindlichkeit (oder Teile davon) gegen Änderungen des Fair Values abgesichert, die aus dem Zinsrisiko resultieren und Auswirkungen auf das Periodenergebnis haben können. Als Voraussetzung für die Anwendung des Hedge Accounting ist eine hohe erwartete und tatsächliche Effektivität erforderlich; d.h., dass sich die Änderungen der Fair Values von gesichertem Grundgeschäft mit Bezug auf das gesicherte Risiko und Sicherungsderivat in einer Bandbreite von 80 - 125 Prozent ausgleichen müssen. Fair-Value-Hedge-Accounting wird in Form von Mikro-Fair-Value-Hedges durchgeführt. Als Sicherungsinstrumente werden Zinsswaps verwendet. Derivate, die der Absicherung des Fair Value bilanzierter Vermögenswerte und Verbindlichkeiten dienen, werden zum Fair Value bewertet; Wertänderungen werden erfolgswirksam erfasst. Die Buchwerte der Grundgeschäfte werden erfolgswirksam um die Bewertungsergebnisse angepasst, die sich auf das abgesicherte Risiko zurückführen lassen.

Sowohl die Bewertungsergebnisse der Sicherungsgeschäfte als auch die Bewertungsergebnisse der Grundgeschäfte werden in der GuV-Position „Ergebnis aus Sicherungsgeschäften“ ausgewiesen. Die laufenden Ergebnisse der Derivate, die Bestandteil einer Sicherungsbeziehung sind und die die Voraussetzungen des Hedge Accountings gem. IAS 39 erfüllen, werden im Zinsüberschuss erfasst.

Wertminderungen (Impairment)

An jedem Bilanzstichtag beurteilt die SaarLB, ob objektive Hinweise auf eine Wertminderung eines finanziellen Vermögenswerts vorliegen. Ein finanzieller Vermögenswert gilt als wertgemindert und ein Wertminderungsverlust als entstanden, wenn

- objektive Hinweise auf eine Wertminderung infolge eines Verlustereignisses vorliegen, das nach der erstmaligen Erfassung des Finanzinstruments und bis zum Bilanzstichtag eingetreten ist,
- das Verlustereignis einen Einfluss auf die geschätzten zukünftigen Cash Flows des finanziellen Vermögenswerts oder der Gruppe finanzieller Vermögenswerte hat und
- eine verlässliche Schätzung des Betrags der Wertminderung vorgenommen werden kann.

Bei Finanzinstrumenten der Kategorien LaR, HtM und AfS beurteilt die SaarLB zunächst auf individueller Ebene, ob objektive Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen. Hierzu erfolgt eine Analyse der Kundenbeziehungen bzw. des Emittenten von Wertpapieren (soweit Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere) in regelmäßigen Zeitabständen. Als objektive Hinweise für eine Wertminderung gelten dabei insbesondere folgende Kriterien:

- Deutliche Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse
- Erwartung niedrigerer zukünftiger Zahlungsströme als die vereinbarten

- Ausfall oder Verzug vereinbarter Zahlungen von Kapital und/oder Zins, Antrag auf Stundung oder Laufzeitverlängerung
- Zugeständnisse an den Kreditnehmer aufgrund wirtschaftlicher oder rechtlicher Gründe im Zusammenhang mit finanziellen Schwierigkeiten
- Bruch kreditmaterieller Vereinbarungen
- Hohe Wahrscheinlichkeit eines Insolvenzverfahrens oder eines sonstigen Sanierungsfalls des Schuldners
- Bonitätsbedingte Restrukturierung oder Sanierung
- Verschwinden eines aktiven Marktes für diesen finanziellen Vermögenswert aufgrund finanzieller Schwierigkeiten
- Länderspezifische Hinweise
- Marktpreisabschläge von mehr als 15 % im Vergleich zum Einstandskurs
- Signifikanter oder dauerhafter Rückgang des Fair Values

Die Höhe der Wertminderung bemisst sich bei Forderungen als Unterschiedsbetrag zwischen dem Buchwert des jeweiligen Finanzinstruments und dem nach der Discounted-Cashflow-Methode unter Verwendung des ursprünglichen Effektivzinssatzes berechneten Barwert der künftig erwarteten Zahlungseingänge. In die erwarteten Cash Flows einbezogen werden auch solche Zahlungsströme, die aus einer Sicherheitenverwertung nach Abzug der Kosten der Aneignung und des Verkaufs resultieren können. Der Buchwert des Finanzinstruments wird mittels einer Einzelwertberichtigung, die in der Bilanz auf der Aktivseite als Risikovorsorge ausgewiesen wird, reduziert. Der Wertminderungsaufwand wird in der Gewinn- und Verlustrechnung als Bestandteil der Risikovorsorge erfasst.

Veränderungen der Zahlungserwartung führen zu Auflösungen von bzw. Zuführungen zur Risikovorsorge.

Bei Wertpapieren der Kategorien LaR und HtM bemisst sich die Höhe des Wertminderungsaufwands als Differenz zwischen dem Buchwert und dem Fair Value, soweit ein aktiver Markt vorliegt. Der Wertminderungsaufwand wird als Abschreibung erfasst und im Ergebnis aus Finanzanlagen ausgewiesen.

Sobald eine Forderung oder Wertpapier der Kategorie LaR bzw. HtM als wertgemindert identifiziert ist, erfolgt die Einstellung der Erfassung von Zinserträgen auf Basis der vertraglichen Bedingungen. Dessen ungeachtet wird aber die Veränderung des Barwerts der künftig erwarteten Zahlungseingänge im Zeitablauf auf Basis des anfänglichen Effektivzinses (sog. Unwinding) als Zinsertrag ausgewiesen.

Für Finanzinstrumente der Kategorien LaR und HtM, bei denen keine objektiven Hinweise auf Wertminderungen vorliegen sowie für solche, für die bei Vorliegen objektiver Hinweise bei Einzelbetrachtung kein Wertberichtigungsbedarf festgestellt wurde, wird eine Portfoliowertberichtigung auf Basis historischer Ausfallwahrscheinlichkeiten ermittelt. Im Rahmen eines Backtestingverfahrens erfolgt die laufende Aktualisierung der historischen Ausfallwahrscheinlichkeiten.

Die Abbildung von Länderrisiken (Transferrisiko) erfolgt ebenfalls über die Bildung der Portfoliowertberichtigung auf Basis länderrisikospezifischer Ausfallwahrscheinlichkeiten, sofern die Risiken nicht bereits über Einzelwertberichtigungen berücksichtigt wurden.

Uneinbringliche Finanzinstrumente werden ausgebucht. Bei Forderungen erfolgt dies grundsätzlich gegen Verbrauch der Einzelwertberichtigungen. Ausfälle, für die bisher keine bzw. keine ausreichenden Einzelwertberichtigungen gebildet wurden, werden zu Lasten der bestehenden Portfoliowertberichtigung gebucht.

Für Finanzinstrumente der Kategorie AfS erfolgt ebenfalls zu jedem Bilanzstichtag eine Beurteilung, ob objektive Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen.

Für Eigenkapitaltitel, die als AfS klassifiziert wurden, stellt ein signifikanter oder dauerhafter Rückgang des Fair Values der Investition unter die Anschaffungskosten einen objektiven Hinweis auf eine Wertminderung dar. Für Schuldtitel, die als AfS klassifiziert wurden, wird das Vorliegen einer Wertminderung auf Basis der gleichen Kriterien wie für Wertpapiere der Kategorien LaR und HtM bestimmt.

Bei Vorliegen einer Wertminderung wird der kumulative unrealisierte Verlust, der zuvor im Eigenkapital unter der Neubewertungsrücklage ausgewiesen wurde, in die Gewinn- und Verlustrechnung für die Berichtsperiode umgegliedert und im Ergebnis aus Finanzanlagen erfasst. Der aus der Neubewertungsrücklage umzugliedernde Betrag entspricht der Differenz zwischen den fortgeführten Anschaffungskosten und dem aktuellen Fair Value.

Fallen die Gründe für eine Wertminderung weg, ist für Fremdkapitalinstrumente eine Wertaufholung erfolgswirksam bis zu den fortgeführten Anschaffungskosten vorzunehmen. Werterhöhungen von Eigenkapitalinstrumenten nach vorherigem Impairment dürfen nur erfolgsneutral gegen die Neubewertungsrücklage rückgängig gemacht werden.

Ausbuchung

Finanzielle Vermögenswerte werden ausgebucht, wenn die vertraglichen Rechte auf Cash Flows aus den jeweiligen Vermögenswerten erloschen sind oder die finanziellen Vermögenswerte übertragen wurden und die Übertragung die Merkmale eines Abgangs gem. IAS 39 erfüllt. Eine Übertragung liegt nach IAS 39 vor, wenn die vertraglichen Rechte auf die Zahlungsströme aus dem finanziellen Vermögenswert an einen Dritten übertragen oder die Zahlungsströme gem. IAS 39.19 an einen Dritten weitergeleitet werden. Liegt eine solche Übertragung vor, wird der finanzielle Vermögenswert ausgebucht, wenn der Konzern im Wesentlichen alle Chancen und Risiken aus dem finanziellen Vermögenswert übertragen hat. Finanzielle Verbindlichkeiten werden ausgebucht, wenn die vertraglichen Verpflichtungen beglichen, aufgehoben oder ausgelaufen sind.

Unter die Übertragungen, bei denen die Kriterien für die Ausbuchung nicht erfüllt sind, fallen bei der SaarLB insbesondere echte Wertpapierpensionsgeschäfte und Wertpapierleihgeschäfte. Da in diesen Fällen im Wesentlichen alle mit dem Eigentum verbundenen Risiken und Chancen zurückbehalten werden, verbleiben die übertragenen Vermögenswerte weiterhin vollständig in der Bilanz und werden in einem gesonderten Posten ausgewiesen (Note (45)). Die im Rahmen von echten Pensionsgeschäften erhaltenen Gegenwerte sowie die hereingenommenen Barsicherheiten werden unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten/Kunden passiviert.

Zu den übertragenen Vermögenswerten, die weiterhin bilanziert werden, verweisen wir auf die Ausführungen unter „Als Sicherheit übertragene finanzielle Vermögenswerte“ (Note (72)).

(9) Barreserve

Die Barreserve umfasst den Kassenbestand sowie Guthaben bei Zentralnotenbanken. Der Ansatz erfolgt zum Nennwert.

(10) Forderungen

Bei den Forderungen an Kreditinstitute und Kunden handelt es sich um nicht derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbaren Zahlungen, die nicht an einem aktiven Markt notiert sind und nicht Handelszwecken dienen. Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten, sofern die Forderungen nicht Grundgeschäfte eines effektiven Fair Value Hedges sind. Agien, Disagien sowie Gebühren, die Bestandteil des Effektivzinssatzes des Finanzinstruments sind, werden effektivzinskonstant über die Zinsbindungsfrist verteilt und im Zinsertrag vereinnahmt.

Wertminderungen von Forderungen werden separat im Bilanzposten Risikovorsorge erfasst und aktivisch abgesetzt.

(11) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Die Risikovorsorge für Forderungen wird aktivisch abgesetzt; sie umfasst Einzelwertberichtigungen und Portfoliowertberichtigungen auf Forderungen.

Aufwendungen für die Zuführung zur Risikovorsorge, Erträge aus der Auflösung von Risikovorsorge sowie Eingänge auf abgeschriebene Forderungen werden im Posten Risikovorsorge in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen.

(12) Handelsaktiva

Die Handelsaktiva enthalten ausschließlich derivative Finanzinstrumente mit positiven Marktwerten, die nicht als Sicherungsinstrument im Rahmen des Hedge Accounting gemäß IAS 39 designiert sind. Die Bewertung erfolgt zum Fair Value. Die Bewertungs- sowie die realisierten Ergebnisse aus Handelsaktiva werden erfolgswirksam im Ergebnis aus der Fair Value Bewertung, die laufenden Ergebnisse mit Ausnahme derjenigen aus Kreditderivaten (Prämienzahlungen) im Zinsüberschuss erfasst.

(13) Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (Hedge Accounting)

Dieser Bilanzposten beinhaltet derivative Finanzinstrumente mit positiven Marktwerten, die in Sicherungsbeziehungen eingesetzt werden und sich für das Hedge Accounting im Sinne des IAS 39 qualifizieren. Die derivativen Instrumente werden mit dem Fair Value bewertet.

Die Fair Value Änderungen der Sicherungsinstrumente werden zusammen mit den Fair Value Änderungen der Grundgeschäfte, die aus dem gesicherten Risiko resultieren, im Ergebnis aus Sicherungsgeschäften (Hedge Accounting) ausgewiesen. Zinserträge und -aufwendungen aus Sicherungsderivaten werden im Zinsüberschuss erfasst.

(14) Finanzanlagen

Die Finanzanlagen umfassen Finanzanlagen der Kategorien HtM, LaR, FVO sowie AfS. Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen und an nicht nach der Equity-Methode einbezogenen assoziierten Unternehmen werden unter den AfS-Finanzanlagen ausgewiesen. Die Bewertung der Finanzanlagen erfolgt differenziert nach den Bewertungskategorien. Die Identifikation vorzunehmender Wertminderungen erfolgt nach den in Note (8) dargestellten Kriterien.

(15) Anteile an at-Equity bewerteten Unternehmen

Die Anteile an at-Equity bewerteten Unternehmen beinhalten die entsprechend bewerteten Anteile an drei Unternehmen (vgl. auch Note (46)).

(16) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien / Sachanlagen

Unter den als Finanzinvestition gehaltenen Grundstücken und Gebäuden werden diejenigen gezeigt, die an Dritte vermietet oder vorrangig zur Erzielung von Wertsteigerungen gehalten werden. Die Sachanlagen umfassen selbst genutzte Grundstücke und Gebäude sowie die Betriebs- und Geschäftsausstattung. Bei gemischter Nutzung von Immobilien erfolgt grundsätzlich eine getrennte Bilanzierung der jeweiligen Teile als Finanzinvestition bzw. Sachanlage. Können die Teile nicht gesondert verkauft (oder vermietet) werden, stellen die gehaltenen Immobilien nur dann eine Finanzinvestition dar, wenn der Anteil der Eigennutzung unbedeutend ist.

Die Bewertung der Sachanlagen und der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien erfolgt zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, die bei abnutzbaren Vermögenswerten um planmäßige, lineare Abschreibungen entsprechend der Nutzungsdauer gemindert werden.

Die Nutzungsdauer bemisst sich nach den erwarteten Verläufen des Verbrauchs des künftigen wirtschaftlichen Nutzens und berücksichtigt daher den physischen Verschleiß; technische oder gewerbliche Veralterungen werden hierbei unabhängig von dem erwarteten physischen Verschleiß berücksichtigt.

Zur Bestimmung der Nutzungsdauer bei Zugängen von Gebäuden (ohne Grundstücke) werden diese in ihre wesentlichen Bestandteile zerlegt. Im Rahmen der Folgebewertung erfolgt die Abschreibung solcher Komponenten einer Sachanlage separat, welche

- im Verhältnis zu den gesamten Anschaffungs- und Herstellungskosten der Sachanlage bedeutend sind und

- sich hinsichtlich ihrer Nutzungsdauer und Abschreibungsmethode voneinander unterscheiden.

Für die Durchführung des Komponentenansatzes werden bereits zum Zeitpunkt der Erstbewertung des Vermögenswerts die Identifizierung von Komponenten und die Beurteilung der Wesentlichkeit vorgenommen. Die anzuwendende Methodik zur Identifizierung der Komponenten und der anschließenden Aufteilung der Gesamtkosten der Sachanlage auf die wesentlichen Komponenten wird nach kaufmännischem Beurteilungsvermögen durchgeführt. Im Falle der Anschaffung der Sachanlage erfolgt idR. eine Schätzung. Eine Einzelverwertbarkeit einer Komponente ist hierfür nicht erforderlich.

Bei der SaarLB werden Gebäude (ohne Grundstücke) in folgende Komponenten mit folgenden Nutzungsdauern aufgeteilt:

Rohbau / Tragwerk	90
Dach	40
Fassade	40
Fenster	30
Elektroinstallation	30
Heizung- / Klimaanlage	20
Sanitär (einschließlich Sanitärobjekte)	30
Innenausbau	20
Außenanlagen	40

Kommt es im Hinblick auf einzelne Gebäude zu Umbau-/ Sanierungsmaßnahmen, d.h. werden wesentliche Renovierungsmaßnahmen durchgeführt, erfolgt eine Aktivierung dieser Maßnahme, es sei denn, dass deren Kosten unwesentlich sind. Laufende Erhaltungsaufwendungen werden erfolgswirksam berücksichtigt.

Die Nutzungsdauer der Betriebs- und Geschäftsausstattung beträgt zwischen 3 und 15 Jahren.

Bei dauerhafter Wertminderung (Impairment nach IAS 36) wird ein Wertminderungsaufwand erfasst, der sich aus der Differenz aus (höherem) Buchwert und erzielbarem Betrag ergibt. Fallen die Gründe für die dauerhafte Wertminderung weg, erfolgen Zuschreibungen bis maximal zur Höhe der fortgeführten Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten. Der Impairmentprozess findet auf Komponenten eines Vermögenswerts entsprechend Anwendung.

Abschreibungen auf als Finanzinvestition gehaltene Grundstücke und Gebäude werden im Sonstigen Ergebnis, Abschreibungen auf Sachanlagen im Verwaltungsaufwand ausgewiesen. Zuschreibungen werden im Sonstigen Ergebnis gezeigt.

(17) Immaterielle Vermögenswerte

Die Immateriellen Vermögenswerte beinhalten ausschließlich erworbene DV-Software.

Die immateriellen Vermögenswerte werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet; die Abschreibung der Anschaffungskosten erfolgt linear über eine erwartete Nutzungsdauer von drei bis fünf Jahren.

Bei dauerhafter Wertminderung (Impairment) wird ein Wertminderungsaufwand erfasst. Fallen die Gründe für die dauerhafte Wertminderung weg, erfolgen Zuschreibungen bis maximal zur Höhe der fortgeführten Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten.

Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte werden im Verwaltungsaufwand ausgewiesen. Zuschreibungen werden im Sonstigen Ergebnis gezeigt.

(18) Sonstige Aktiva

In den Sonstigen Aktiva sind die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten und sonstigen Vermögenswerte enthalten.

(19) Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen

Der SaarLB Konzern klassifiziert langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen als zur Veräußerung gehalten, wenn der zugehörige Buchwert durch ein Veräußerungsgeschäft realisiert werden soll. Voraussetzungen für eine Einstufung als zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte sind u.a., dass der Vermögenswert im gegenwärtigen Zustand sofort veräußerbar ist, ein Veräußerungsplan zu Grunde liegt, aktiv mit der Suche nach einem Käufer begonnen wurde, die Veräußerung erwartungsgemäß innerhalb eines Jahres ab dem Zeitpunkt der Klassifizierung abgeschlossen sein wird und der Preis angemessen im Verhältnis zum aktuellen Fair Value ist.

Die Bewertung der langfristigen Vermögenswerte (oder Veräußerungsgruppen), die als zur Veräußerung gehalten klassifiziert werden, erfolgt zum niedrigeren Wert aus Buchwert oder beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten bzw. bei Finanzinstrumenten, die in den Anwendungsbereich des IAS 39 fallen, nach den Grundsätzen des IAS 39.

Der Ausweis der laufenden Ergebnisse erfolgt in der GuV-Position, in der das Ergebnis auch ohne Verkaufsabsicht auszuweisen wäre. Wertminderungen werden erfasst, wenn der beizulegende Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten unter dem Buchwert liegt. Die Wertminderungen werden im sonstigen Ergebnis gezeigt.

Zum 31. Dezember 2014 bestanden keine zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen.

(20) Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sowie die verbrieften Verbindlichkeiten werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet, sofern es sich nicht um Grundgeschäfte eines effektiven Fair Value Hedges handelt. Agien und Disagien werden effektivzinskonstant über die Zinsbindungsfrist verteilt und im Zinsaufwand erfasst.

(21) Handelspassiva

Die Handelspassiva enthalten ausschließlich derivative Finanzinstrumente mit negativen Marktwerten, die nicht als Sicherungsinstrumente im Rahmen des Hedge Accountings gemäß IAS 39 designiert sind. Die Bewertung erfolgt zum Fair Value. Die Bewertungs- sowie die realisierten Ergebnisse aus Handelspassiva werden erfolgswirksam im Ergebnis aus der Fair Value Bewertung erfasst. Die laufenden Ergebnisse werden im Zinsüberschuss erfasst, mit Ausnahme derjenigen der Kreditderivate, die ebenfalls im Fair Value Ergebnis gezeigt werden.

(22) Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (Hedge Accounting)

Dieser Bilanzposten beinhaltet derivative Finanzinstrumente mit negativen Marktwerten, die in Sicherungsbeziehungen eingesetzt werden und für das Hedge Accounting im Sinne des IAS 39 qualifizieren. Die derivativen Instrumente werden mit dem Fair Value bewertet. Die Fair Value Änderungen der Sicherungsinstrumente werden zusammen mit den Fair Value-Änderungen der Grundgeschäfte, die aus dem gesicherten Risiko resultieren, im Ergebnis aus Sicherungsgeschäften (Hedge Accounting) ausgewiesen. Zinserträge und -aufwendungen aus Sicherungsderivaten werden wie die der Grundgeschäfte im Zinsüberschuss erfasst.

(23) Rückstellungen

In diesem Bilanzposten werden Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sowie andere Rückstellungen ausgewiesen.

Im SaarLB-Konzern existieren unterschiedliche Pensionspläne.

Zum einen erhalten die Mitglieder des Vorstandes individuelle Pensionszusagen. Ehemalige Mitglieder des Vorstandes (derzeit 7 Pensionäre) sind Rentenbezieher. Die laufenden und künftigen Renten sind vom Grundgehalt abhängig. Die Risiken aus diesen Pensionsplänen bestehen vor allem in den biometrischen Risiken und der im Vergleich zu den Annahmen tatsächlich eintretenden Gehalts- und Rentenentwicklung. Ungewöhnliche Risiken bestehen nicht.

Des Weiteren erhielten sieben Mitarbeiter Pensionszusagen durch sog. Entgeltumwandlung, die in Form von Rückdeckungsversicherungen finanziert werden. Die Verpflichtungen werden bilanziell mit der Rückdeckungsversicherung aufgerechnet.

Die leistungsorientierten Pläne – Vorstandszusagen und Entgeltumwandlung - schreiben Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenleistungen fest, die Anspruchsberechtigte im Versorgungsfall (Erreichen der Altersgrenze, Invalidität bzw. Tod) erhalten und die von mehreren Faktoren wie Alter, Dienstzeit und Gehalt abhängig sind.

Die Ermittlung der Pensionsverpflichtungen erfolgt jährlich durch versicherungsmathematische Gutachten.

Für die Berechnung der Pensionsrückstellungen wurden folgende versicherungsmathematische Annahmen zugrunde gelegt:

in %	2015	2014
Rechnungszinsfuß	2,25	2,00
Gehaltsdynamik	2,50	2,50
Rententrend	2,00	2,00

Als biometrische Parameter werden die Heubeck-Richttafeln 2005G verwendet.

Die Höhe der Pensionsverpflichtungen wird nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (sog. „projected unit credit method“) ermittelt. Dabei erfolgt die Bewertung der Verpflichtungen auf der Grundlage der zum Bilanzstichtag anteilig erworbenen Leistungsansprüche (sog. „defined benefit obligation“). Bei der Bewertung werden Annahmen über die zukünftige Entwicklung bestimmter Parameter wie Gehalts- und Rententrends, die sich auf die Leistungshöhe auswirken, berücksichtigt.

Bei der Ermittlung der Pensionsrückstellungen erfolgt eine GuV-wirksame Fortschreibung der bilanziellen Pensionsrückstellung immer auf Grundlage der erwarteten versicherungsmathematischen Parameter zu Beginn der Periode, so dass zwischen dem bilanzierten Buchwert und dem aktuellen versicherungsmathematischen Wert in der Regel eine Differenz besteht, die als versicherungsmathematischer Gewinn oder Verlust bezeichnet und in den anderen Rücklagen erfasst wird. Auf die versicherungsmathematischen Gewinne oder Verluste werden latente Steuern ermittelt, die ebenfalls erfolgsneutral in den anderen Rücklagen erfasst werden. Die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste sind nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung umbuchbar.

Daneben ist die SaarLB freiwilliges Mitglied der Zusatzversorgungskasse Saarland (ZVK). Die ZVK ist ein gemeinschaftlicher Versorgungsplan mehrerer Arbeitgeber. Mitglieder sind sog. Pflichtmitglieder (Gemeinden, Gemeindeverbände und Zweckverbände) und freiwillige Mitglieder (vor allem das Saarland, öffentlich-rechtliche Sparkassen sowie sonstige Mitglieder des Kommunalen Arbeitgeberverbandes e.V.).

Die Finanzierung der satzungsmäßigen Leistungen erfolgt im Rahmen des Umlageverfahrens. Aufgrund der fehlenden Insolvenzfähigkeit sowohl der überwiegenden Zahl der Mitglieder der ZVK als auch der ZVK selbst, haftet die SaarLB faktisch nicht für die Verpflichtung anderer Arbeitgeber des gemeinschaftlichen Versorgungsplans.

Bei einem Ausscheiden hätte die SaarLB einen finanziellen Ausgleich in Höhe des Barwerts der auf der ZVK lastenden Verpflichtungen aus den Pflichtversicherungen der Beschäftigten der SaarLB zu zahlen. Die Informationen zur finanziellen Verpflichtung bei Schließung des Planes ist nicht verfügbar.

Der Anteil der SaarLB im Hinblick auf die Anzahl der Versicherten der ZVK beträgt ca. 1%.

Der Versorgungsplan der ZVK ist nach den Regelungen des IAS 19 grundsätzlich als leistungsorientierter Versorgungsplan einzustufen. Da jedoch der Bank die für die Bilanzierung als leistungsorientierten Versorgungsplan relevanten Informationen nicht zur Verfügung stehen und auch nicht verfügbar gemacht werden können und sie im Rahmen des Umlageverfahrens auch versicherungsmathematischen Risiken ausgesetzt ist, die sich auf die aktiven und früheren Arbeitnehmer der anderen Mitglieder (Arbeitgeber) beziehen, wurde dieser Pensionsplan nicht als leistungsorientierter Versorgungsplan behandelt. Für die Beiträge der SaarLB an die ZVK im IFRS Konzernabschluss wurde demnach keine

Rückstellung erfasst. Die Zusage wird gemäß IAS 19.32 hilfsweise als beitragsorientierter Versorgungsplan bilanziert, d.h. die Beiträge der SaarLB an die ZVK werden als Personalaufwand sofort erfolgswirksam erfasst.

Bei wirtschaftlicher Betrachtung stellen die gesamten Zahlungen der SaarLB an die ZVK, also die regulären Umlagebeiträge sowie die zusätzlich erhobenen sog. Sanierungsgelder, Beiträge zur laufenden Finanzierung der ZVK im Wege der Umlage dar. Sie dienen weder zum Ausgleich eines vergangenen Defizits noch zur Bildung eines Kapitalstocks. Insbesondere handelt es sich bei den Sanierungsgeldern dem Grunde nach lediglich um erhöhte Umlagebeiträge. Informationen über etwaige Überschüsse bzw. Fehlbeträge des Plans, die die Höhe der künftigen Beiträge beeinflussen können, liegen nicht vor.

Sonstige Rückstellungen werden gemäß IAS 37 für gegenwärtige rechtliche oder faktische Verpflichtungen aus einem Ereignis gebildet, bei dem wahrscheinlich ist, dass zur Erfüllung der Verpflichtung ein Abfluss von Ressourcen mit wirtschaftlichem Nutzen erforderlich ist. Dabei muss eine verlässliche Schätzung hinsichtlich der Höhe des Ressourcenabflusses vorliegen.

Sonstige langfristige Rückstellungen, die abzuzinsen sind, bestehen mit Ausnahme von langfristigen Personalrückstellungen nicht.

Für Eventualverbindlichkeiten und Andere Verpflichtungen, für die ein Ausfallrisiko besteht, werden Rückstellungen im Kreditgeschäft sowohl auf Einzelgeschäftsebene als auch auf Portfolioebene gebildet.

(24) Sonstige Passiva

In den Sonstigen Passiva sind die passiven Rechnungsabgrenzungsposten, sonstigen Verpflichtungen, abgegrenzte Schulden sowie noch nicht gezahlte Ausschüttungsbeträge für die im Eigenkapital ausgewiesenen hybriden Kapitalinstrumente enthalten.

(25) Hybride Kapitalinstrumente

Die Klassifizierung von Eigen- und Fremdkapitalinstrumenten erfolgt anhand des IAS 32 unter Berücksichtigung der IDW-Stellungnahme RS HFA 9 zur Bilanzierung von Finanzinstrumenten nach IFRS vom 11. März 2011. Danach ist ein Finanzinstrument u.a. dann dem Eigenkapital zuzuordnen, wenn es

- einen Residualanspruch auf einen Anteil der Vermögenswerte des Unternehmens nach Abzug aller Schulden begründet (IAS 32.11)
- und insbesondere keine vertragliche Verpflichtung beinhaltet, Zahlungsmittel oder andere finanzielle Vermögenswerte an den Vertragspartner zu übertragen (IAS 32.16).

Die Vertragsbedingungen der von der SaarLB hereingenommenen hybriden Kapitalinstrumente führen zur nachfolgend dargestellten Bilanzierung und Bewertung im Konzernabschluss.

Unbefristete stille Einlagen, die kein Gläubigerkündigungsrecht aufweisen, erfüllen bei Vorliegen der übrigen Bedingungen die Voraussetzungen für einen Ausweis im bilanziellen Eigenkapital.

Befristete stille Einlagen und solche mit Gläubigerkündigungsrecht sowie Genussrechtskapital sind als zusammengesetzte Finanzinstrumente (Compound Financial Instruments) in ihre Eigen- und Fremdkapitalkomponente aufzuteilen (Split Accounting). Bei Zugang wird der Fair Value der Fremdkapitalkomponente durch Abzinsung des Nominalwerts des gesamten zusammengesetzten Finanzinstruments mit dem vereinbarten Effektivzins ermittelt. Der Ausweis der Fremdkapitalkomponente erfolgt im Bilanzposten Nachrangkapital. In den Folgejahren erfolgt eine Aufzinsung der Fremdkapitalkomponente. Der hieraus resultierende Aufwand wird im Zinsergebnis erfasst.

Die Eigenkapitalkomponente, die bei Zugang dem Barwert der erwarteten zukünftigen Ausschüttungen entspricht, wird im Eigenkapital als hybrides Kapitalinstrument ausgewiesen. Die Ausschüttung wird im Rahmen der Gewinnverwendung dargestellt.

Nachrangige Darlehen und Schuldverschreibungen werden im Bilanzposten Nachrangkapital ausgewiesen.

(26) Leasinggeschäfte

Gemäß IAS 17 werden Leasingverhältnisse in Finanzierungsleasing und Operating Leasing unterteilt. Die Klassifizierung der Verträge erfolgt in Abhängigkeit von der Verteilung der wirtschaftlichen Risiken und Chancen aus dem Leasinggegenstand. Werden im Wesentlichen alle Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum verbunden sind, auf den Leasingnehmer übertragen, ist das Leasingverhältnis als Finanzierungsleasing einzustufen, ansonsten liegt Operating Leasing vor. Bei der SaarLB besteht derzeit nur Operating Leasing.

SaarLB als Leasinggeber

Die Leasingobjekte – vor allem Grundstücke und Gebäude – werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten in der Position „Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien“ bilanziert. Sowohl die erhaltenen Leasingraten als auch die planmäßigen und außerplanmäßigen Abschreibungen werden im sonstigen Ergebnis ausgewiesen.

SaarLB als Leasingnehmer

Die im Rahmen des Operating Leasing zu leistenden Leasingraten werden im Verwaltungsaufwand erfasst. Die Leasingobjekte betreffen Betriebs- und Geschäftsausstattung.

(27) Steuern

Tatsächliche (laufende) Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen wurden mit den aktuell gültigen Steuersätzen berechnet. Ertragsteuerforderungen bzw. -verpflichtungen werden insoweit angesetzt, als mit einer Erstattung bzw. Zahlung zu rechnen ist und nicht abgezinst.

Latente Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen ergeben sich aus temporären Differenzen unterschiedlicher Wertansätze bilanzierter Vermögenswerte oder

Verpflichtungen und den jeweiligen steuerlichen Wertansätzen. Hieraus resultieren in der Zukunft voraussichtliche Ertragsteuerbelastungs- und -entlastungseffekte. Sie wurden für jede Einheit, die in den Konzernabschluss einbezogen wird, mit den jeweils einschlägigen Ertragsteuersätzen bewertet, deren Gültigkeit für die Periode der Umkehrung der temporären Differenzen aufgrund in Kraft getretener oder bereits verabschiedeter Steuergesetze zu erwarten ist.

Im Rahmen des Split Accountings werden bestimmte emittierte Instrumente in eine Eigen- und Fremdkapitalkomponente aufgespalten. Da die Instrumente steuerlich in voller Höhe Fremdkapital darstellen, wird bei Zugang der Mittel eine passive latente Steuer erfolgsneutral angesetzt. Diese reduziert sich ergebniserhöhend in dem Maße, wie sich der Unterschiedsbetrag zukünftig auflöst.

Eine Abzinsung latenter Steuern erfolgt nicht. Die Bildung und Fortführung latenter Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen wird erfolgswirksam vorgenommen, wenn der zugrunde liegende Sachverhalt erfolgswirksam behandelt wurde, und wird erfolgsneutral in der entsprechenden Eigenkapitalposition vorgenommen, wenn der zugrunde liegende Sachverhalt erfolgsneutral behandelt wurde.

Der dem Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit zuzurechnende Ertragsteueraufwand bzw. -ertrag ist in der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns als Ertragsteuern ausgewiesen.

Sonstige Steuern, die nicht ertragsabhängig sind, werden im Sonstigen Ergebnis gezeigt.

Segmentberichterstattung

Die Segmentberichterstattung spiegelt die Geschäftsstruktur der SaarLB wider.

Wie im Prognosebericht zum 31.12.2014 avisiert, wurde die Segmentstruktur im ersten Halbjahr 2015 an die geänderte Aufbauorganisation angepasst. Die Anzahl der Segmente hat sich von 6 (31.12.2014) auf 7 (30.06.2015) erhöht. Die Vergleichszahlen wurden, soweit möglich, rückwirkend angepasst.

Insgesamt berichtet der Konzern nun seit dem 1. Halbjahr 2015 über die folgenden sieben Segmente:

- Firmenkunden (FK)
- Immobilien (IM)
- Projektfinanzierungen (PF)
- Private und Institutionelle (PI)
- Kommunalbank (KB)
- Verbundbank (VB)
- Treasury und Portfoliomanagement (TP)

Die Segmentberichterstattung setzt die Anforderungen des IFRS 8 um, wonach der Vorstand als Hauptentscheidungsträger im Sinne des IFRS 8.7 fungiert und die externe Segmentberichterstattung der internen Berichtserstattung und Steuerung folgt.

Ergebnisverantwortlich für die Segmente im Sinne der internen Steuerung sind die Bereichsleiter (Segmentmanager nach IFRS 8.8). Die Überleitung enthält solche Beträge, die nicht verursachungsgerecht den operativen Einheiten zugeordnet werden können. In der Spalte Konsolidierung ist die Überleitung der internen Ergebnisbeiträge erfasst, die aus der Konsolidierung resultieren.

Die Management-Information in den Jahren 2014 und 2015 erfolgte im Hinblick auf den Zins- und Provisionsüberschuss sowie den Verwaltungsaufwand auf kalkulatorischer Grundlage (internes Rechnungswesen) und hinsichtlich der übrigen Positionen auf den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden der IFRS.

Das Segmentvermögen betrifft Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sowie in den Finanzanlagen ausgewiesene Anleihen (sog. kreditersetzende Wertpapiere) und Beteiligungen. In der Überleitung sind vor allem finanzielle Vermögenswerte enthalten, die der Liquiditätssteuerung dienen. Da im abgelaufenen Geschäftsjahr eine detailliertere Zuordnung des Segmentvermögens für Treasury und Portfoliomanagement umgesetzt werden konnte, wurde - zur besseren Vergleichbarkeit - auch der Vorjahreswert entsprechend angepasst.

Segmentberichterstattung zum 31. Dezember 2015

in TEUR	FK	IM	PF	PI	KB	VB	TP	Überl. / sonst. Pos.	Konsoli-dierung	Insgesamt
Zinsüberschuss [1]	24.413	31.453	28.037	3.499	5.120	19.605	16.894	-3.114	-1.210	**124.696**
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-1.821	-10.873	6.338	4	900	-157	294	1.521	-1	**-3.795**
Provisionsüberschuss	4.277	1.693	5.595	5.451	122	-2.606	-899	-303	213	**13.543**
Ergebnis aus der Fair Value-Bewertung [2]	1.229	-1.505	-562	627	546	2	19.318	-3.923	-	**15.732**
Ergebnis aus Finanzanlagen	-	-	-	-	-	-	746	4.710	-	**5.456**
Verwaltungsaufwand	-13.087	-10.874	-9.266	-5.792	-1.481	-15.047	-9.030	-14.036	-213	**-78.825**
Sonstiges Ergebnis	-	-	-	-	-	752	-	-2.089	-	**-1.337**
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit/ Ergebnis vor Steuern	15.012	9.894	30.143	3.788	5.207	2.549	27.323	-17.235	-1.211	**75.469**
Segment-vermögen	1.745.074	2.441.287	2.159.483	6.959	1.424.430	1.213.883	4.232.521	823.193	-	**14.046.830**

[1] einschließlich Gewinnanteile an assoziierten Unternehmen, die nach der Equity-Methode bilanziert werden

[2] einschließlich des Ergebnisses aus Sicherungsgeschäften (Hedge Accounting)

Segmentberichterstattung zum 31. Dezember 2014

in TEUR	FK	IM	PF	PI	KB	VB	TP	Überl. / sonst. Pos.	Konsoli-dierung	Insgesamt
Zinsüberschuss [1]	24.533	32.575	24.675	3.544	2.828	18.659	17.406	-3.440	-606	**120.174**
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-3.377	-5.593	-5.865	4	1.164	-102	-308	-2.092	-	**-16.169**
Provisions-überschuss	3.461	972	4.305	4.837	-136	-2.867	-958	-2.696	249	**7.167**
Ergebnis aus der Fair Value-Bewertung [2]	-260	-300	-181	229	-1.072	-	45.334	4.685	-	**48.434**
Ergebnis aus Finanzanlagen	-	-	-	-	-	-	911	14	-	**925**
Verwaltungsaufwand	-10.518	-8.511	-6.269	-5.170	-940	-12.262	-7.296	-22.530	18	**-73.476**
Sonstiges Ergebnis	-	-	-	-	-	379	-	540	-	**919**
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit/ Ergebnis vor	13.839	19.143	16.664	3.445	1.843	3.808	55.089	-25.518	-339	**87.973**
Segment- [3] vermögen	1.778.592	2.821.915	2.001.401	7.668	1.230.019	1.346.096	4.805.868	2.037.432	488.183	**16.517.173**

[1] einschließlich Gewinnanteile an assoziierten Unternehmen, die nach der Equity-Methode bilanziert werden

[2] einschließlich des Ergebnisses aus Sicherungsgeschäften (Hedge Accounting)

[3] Korrektur des Vorjahreswertes auf die Bilanzsumme

Hinweise zur Abgrenzung der Segmente

Firmenkunden

Das Segment Firmenkunden umfasst das gesamte Mittelstandsgeschäft der SaarLB in seinen Zielmärkten. Hierzu zählen in Deutschland das Saarland, Rheinland-Pfalz und angrenzende Regionen in Hessen und Baden-Württemberg. In Frankreich konzentriert sich die SaarLB

mit dem Firmenkundengeschäft auf den Grand-Est und hier insbesondere auf das benachbarte Elsass-Lothringen, wo die Bank mit ihrer Niederlassung in Metz sowie ihrem Vertriebsbüro in Straßburg vertreten ist. Ankerprodukt des Segmentes ist die klassische Kreditfinanzierung. Darüber hinaus werden im Sinne eines ganzheitlichen Betreuungsansatzes vor allem Produkte des Anlage- sowie des Zins- und Währungsmanagements, aber auch aus den Bereichen Außenhandel/Internationales Geschäft und Zahlungsverkehr den Bedürfnissen des Kunden entsprechend angeboten.

Immobilien

Das Segment Firmenkunden umfasst das gesamte Mittelstandsgeschäft der SaarLB in seinen Zielmärkten. Hierzu zählen in Deutschland das Saarland, Rheinland-Pfalz und angrenzende Regionen in Hessen und Baden-Württemberg. In Frankreich konzentriert sich die SaarLB mit dem Firmenkundengeschäft auf den Grand-Est und hier insbesondere auf das benachbarte Elsass-Lothringen, wo die Bank mit ihrer Niederlassung in Metz sowie ihrem Vertriebsbüro in Straßburg vertreten ist. Ankerprodukt des Segmentes ist die klassische Kreditfinanzierung. Darüber hinaus werden im Sinne eines ganzheitlichen Betreuungsansatzes vor allem Produkte des Anlage- sowie des Zins- und Währungsmanagements, aber auch aus den Bereichen Außenhandel/Internationales Geschäft und Zahlungsverkehr den Bedürfnissen des Kunden entsprechend angeboten.

Projekte

Das Segment Projekte umfasst in der SaarLB die Finanzierung von Projekten primär im Sektor Erneuerbarer Energien (EE), aber auch im Bereich Public Private Partnership auf dem französischen Markt. Im EE-Sektor begleitet die SaarLB als Finanzdienstleister mittelständische Projektinitiatoren und Hersteller, die in Wind- und/oder Solarparks an guten Standorten und mit ausgereifter Technik investieren. Viele Kunden des Geschäftssegmentes werden grenzüberschreitend betreut. Hierbei ist das Segment auf der deutschen Seite regional mit Fokus auf den Südwesten (Saarland, Rheinland-Pfalz mit angrenzenden Regionen) sowie - bedingt durch seine sehr gute Marktstellung - auf der französischen Seite landesweit vertreten. Offshore-Windparks finanziert die Bank nicht. Ebenso wie in den Segmenten Firmenkunden und Immobilien ist die Kreditfinanzierung von ausschlaggebender Bedeutung für die Kundenbeziehung und damit die Geschäftsentwicklung.

Neben der besonderen deutsch-französischen Rechts-, Markt- und Sprachexpertise der SaarLB sind das tiefe, langjährige Know-How in Bezug auf die Analyse der Projekte und Standorte, die daraus hergeleitete strikt fallspezifische und Cashflow-getriebene Strukturierung der Finanzierung und der gute Zugang der SaarLB zu langfristiger Refinanzierung als die wesentlichen Schlüsselfaktoren für den nachhaltigen Geschäftserfolg des Segmentes anzusehen.

Private und Institutionelle

Im bisherigen Segment Sparkassen, Private und Institutionelle haben sich aufbauorganisatorische Änderungen ergeben. Die kommunalen Kunden wurden in die Kommunalbank übertragen und die Sparkassen der Verbundbank zugeordnet. In dem damit neu geschaffenen Segment Private und Institutionelle erfolgt die ganzheitliche

Vermögensberatung und -verwaltung sowie der Vertrieb von Geld- und Kapitalmarktprodukten. Der Schwerpunkt des Teilsegmentes Institutionelle liegt in der Sicherstellung der Refinanzierung der SaarLB, der Betreuung des Spezialfondsgeschäftes sowie klassischen Salesaktivitäten. Bestehende Kundenverbindungen werden intensiviert, Kontakte und Geschäftsbeziehungen zu Versicherungen und Versorgungswerken, Regionalbanken und Sparkassen ausgebaut. Im Saarland und in Rheinland-Pfalz erfolgt die Marktbearbeitung der letztgenannten Zielgruppe gemeinsam mit der Verbundbank. Im Teilsegment Private (Private Banking und Wealth Management) steht die ganzheitliche Betreuung und Beratung von vermögenden Privatkunden im Vordergrund. Gleichzeitig werden die Firmen- und Immobilienkunden der SaarLB in allen Fragen des Anlagemanagements beraten.

Kommunalbank

Die Kommunalbank wurde im Jahr 2015 als Segment neu etabliert. Innerhalb der Kommunalbank werden sowohl klassische deutsche Kommunalkunden (bisher im Segment Sparkassen, Private und Institutionelle) als auch deutsche kommunalnahe Unternehmen (bisher im Segment Firmenkunden) betreut. Klassische Kommunalkunden sind Städte, Gemeinden, Gemeindeverbände, Landkreise, kommunale Zweckverbände, Wasser- und Bodenverbände sowie kommunale Eigengesellschaften in öffentlich-rechtlicher Rechtsform im Geschäftsgebiet der SaarLB. Voraussetzung für die Betreuung von kommunalnahen Unternehmen ist, dass diese eine öffentliche Beteiligung von mindestens 50 % besitzen. Der ganzheitliche Ansatz umfasst hierbei insbesondere das Bereitstellen von Liquidität, die Betreuung im Schuldenportfoliomanagement und das Arrangieren von kommunalen Schuldscheindarlehen. Dabei arbeitet die SaarLB eng mit den ansässigen Sparkassen zusammen.

Verbundbank

Das Segment der Verbundbank wurde - ebenso wie die Kommunalbank – im Jahr 2015 neu aufgebaut. In der Verbundbank enthalten sind die Sparkassen sowie das bisher eigenständige Segment LBS. Die Verbundbank ist als Relationship-Center organisiert und als solches insbesondere für die saarländischen Sparkassen primärer Ansprechpartner und Dienstleistungsadresse. Mit der Verbundbank stärkt die SaarLB ihre Funktion als Partner der saarländischen Sparkassen. Die Zusammenarbeit mit den Sparkassen als Eigentümer, Kunde und Partner wird intensiviert und nachhaltig ausgebaut. In Zusammenarbeit mit den jeweiligen Spezialisten der Fachbereiche der SaarLB bietet die Verbundbank ein bedarfs- und wettbewerbsgerechtes Leistungsangebot z. B. für Konsortialfinanzierungen, Syndizierungen und Eigenanlagen einerseits sowie andererseits eine Ergänzung/Erweiterung der Produktpalette für die Kunden der Sparkassen

Die Landesbausparkasse Saar (LBS Saar), eine rechtlich unselbstständige Einheit der SaarLB, ist als integraler Bestandteil der Sparkassen-Finanzgruppe Saar gemeinsam mit ihren Tochterunternehmen Dienstleistungs- und Kompetenzzentrum „rund um die Immobilie“. Kernleistungen sind das Bausparen sowie die Finanzierung von Wohnimmobilien. Ein weiterer geschäftspolitischer Fokus liegt auf der Finanzierung von energetischen Maßnahmen bei überwiegend privat genutzten Immobilien sowie Investitionen im Rahmen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes wie beispielsweise Photovoltaikanlagen.

Treasury & Portfoliomanagement

Das Treasury ist für die Steuerung des Zinsbuchs der Bank, das Deckungsstock- und Collateral Management sowie die Liquiditätssteuerung und -bepreisung zuständig. Dem Portfoliomanagement obliegen die Steuerung der Liquiditäts- und Sicherheitendepots und die Betreuung der strategischen Eigenanlagen der Bank (Direktanlagen und Spezialfonds).

Erläuterungen von Überleitung und sonstigen Positionen

In der Position Überleitung / sonstige Positionen werden Sachverhalte abgebildet, die im Rahmen des Management-Reportings an den Vorstand zum einen keinem bestimmten Segment zugeordnet werden können (sonstige Positionen), Beteiligungserträge die aufgrund ihrer rückläufigen Bedeutung nicht als separates Segment dargestellt werden (sonstige Positionen) bzw. Positionen, die in der Überleitung vom internen auf das externe Rechnungswesen begründet sind (Überleitung).

Im Zinsüberschuss sind die wesentlichen Positionen der sonstigen Positionen der Zinsaufwand aus Pensionsrückstellungen, Zinsaufwand aus Steuernachzahlungen sowie die Minusmarge für Hybridkapital. Die sonstigen Positionen werden maßgeblich durch das Zinsergebnis der Beteiligungen geprägt.

In den vergangen Jahren wurde die Überleitung des internen auf das externe Rechnungswesen innerhalb der Überleitung abgebildet. Hier wurde die Berechnung und Abstimmung des Zinsergebnisses im abgelaufenen Geschäftsjahr neu definiert. Während in der Überleitung und sonstigen Positionen nur noch fest definierte Zinsbestandteile gezeigt werden, zeigen sich die verbleibenden Zinserträge und -aufwendungen im Segment Treasury und Portfoliomanagement, da auch hier die Steuerung des Zinsbuchs der Bank gemanaged wird. Eine Anpassung dieser Berechnungslogik ist für die Vorjahre nicht ohne unerheblichen Aufwand möglich, sodass der Vorjahreswert nur bedingt vergleichbar ist.

In den sonstigen Positionen der Risikovorsorge sind im Wesentlichen EUR + 1,3 Mio. aus der Nettoveränderung der Portfoliowertberichtigung enthalten. Da diese nicht segmentbezogen gebildet werden, erfolgt auch im Rahmen des Management-Reportings an den Vorstand keine Zuordnung auf die Segmente.

Im Provisionsüberschuss resultieren die sonstigen Positionen vor allem aus Unterschieden zwischen dem internen und dem externen Rechnungswesen und nicht auf die Segmente allokierbare Bestandteile. Die Aufwendungen im Zusammenhang mit stillen Einlagen entfallen im Zuge der Härtung zum Jahresende 2014.

Im Ergebnis aus der Fair Value Bewertung betreffen im Wesentlichen die sonstigen Positionen die Marktwertschwankungen der LBS Spezialfonds (EUR -3,9 Mio.).

Die sonstigen Positionen im Ergebnis aus Finanzanlagen werden zum Großteil beeinflusst durch Veräußerungsgewinne einer Beteiligungsgesellschaft.

Die sonstigen Positionen im Verwaltungsaufwand betreffen weit überwiegend nicht verursachungsgerecht zuordenbare Aufwendungen in Höhe von EUR 14,0 Mio. (Vorjahr: EUR 22,5 Mio.), die vor allem aus strategischen Projekten sowie aus Overheadkosten – nicht zuletzt der Stabsbereiche – resultieren. Die Veränderung der Größenordnung ergibt sich aus der im Rahmen der Anpassung der Struktur zum 01.05.2015 verbesserten verursachungsgerechten Zuordnung von Sach- und Personalkosten auf die Segmente. Dabei erfolgte erstmalig auch eine Differenzierung nach direkten, indirekten und zuordenbarer Kosten sowie zuordenbarer Overheadkosten. Zur besseren Vergleichbarkeit sowie zur Vermeidung von unterjährigen Brüchen wurde die Zuordnungssystematik rückwirkend für das gesamte Geschäftsjahr angewandt. Diese Änderung der Zuordnungssystematik konnte jedoch nicht ohne erheblichen Aufwand für das Vorjahr angepasst werden.

Im sonstigen Ergebnis beinhalten die sonstigen Positionen nahezu ausschließlich nicht zuordenbare Effekte. Sie resultieren vor allem aus Mieterträgen aus nicht betriebsnotwendigen Grundstücke und Gebäuden in Höhe von EUR 1,3 Mio., Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von EUR 0,9 Mio., sonstige Erträge (EUR 0,9 Mio.) und Veräußerungsverlusten in Höhe von EUR 1,8 Mio. aus dem Rückkauf eigener Emissionen.

Eine weitere Differenzierung der Erträge nach einzelnen Produkten und Dienstleistungen ist nicht verfügbar und die Kosten für ihre Erstellung wären übermäßig hoch.

Eine weitere Differenzierung der Segmente nach Regionen wird in der internen Berichterstattung lediglich für Deutschland und Frankreich bei ausgewählten Produkten vorgenommen. Diese Differenzierung erfolgt unterhalb der Segmentebene und wäre daher nur mit unverhältnismäßigem Aufwand auf die Segmentdarstellung übertragbar.

Angaben zur Gesamtergebnisrechnung

(28) Zinsüberschuss

in TEUR	2015	2014[1)]	2014
Zinserträge	**478.810**	**543.199**	**539.330**
Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften[1)]	262.378	283.591	279.709
darunter:			
Zinserträge aus Unwinding	2.771	2.474	2.474
Zinserträge aus Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren [1)]	50.025	66.385	66.241
Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	423	515	515
assoziierten Unternehmen sowie sonstigen Beteiligungen	1.997	2.383	2.540
Laufende Erträge aus Gewinngemeinschaften und Gewinnabführungsverträgen	31	125	125
Zinserträge aus Derivaten	163.956	190.200	190.200
Zinsaufwendungen	**354.562**	**423.183**	**417.001**
Zinsaufwendungen für Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden [1)]	131.522	152.371	149.901
Zinsaufwendungen für verbriefte Verbindlichkeiten[1)]	44.610	54.146	50.435
Zinsaufwendungen für Nachrangkapital	5.414	6.303	6.303
Zinsaufwendungen für Hybridkapital	10.512	10.307	10.307
Zinsaufwendungen für Derivate	159.898	196.068	196.068
Sonstige Zinsaufwendungen	2.606	3.988	3.988
Insgesamt	**124.248**	**120.016**	**122.329**

1) Vorjahreszahlen geändert, vgl. Note 32.

Der Ausweis der laufzeitbedingten Fair Value Änderung für Grundgeschäfte in Hedge-Beziehung wurde rückwirkend geändert. Bislang wurde der Restlaufzeiteneffekt für Grundgeschäfte im Zinsergebnis ausgewiesen. Die Restlaufzeiteneffekte der Sicherungsinstrumente wurden hingegen im Fair Value-Ergebnis ausgewiesen. Der einheitliche Ausweis im Ergebnis aus der Fair Value Bewertung dient einer klareren und zuverlässigeren Darstellung der beschriebenen Effekte aus Grund- und Sicherungsgeschäften. Die Änderung führt für das Jahr 2014 zu einer Verschiebung vom Zinsergebnis in das Fair Value-Ergebnis in Höhe von TEUR 2.155. Diese Änderung in der Darstellung wurde im laufenden Jahr bereits umgesetzt und ist im Fair Value-Ergebnis in Höhe von TEUR 10.825 enthalten.

Für finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten, die nicht erfolgswirksam zum Fair Value bewertet werden, beträgt der gesamte Zinsertrag TEUR 308.106 (Vorjahr: TEUR 349.098) und der gesamte Zinsaufwand TEUR 194.664 (Vorjahr: TEUR 220.933). Aus der effektivzinskonstanten Verteilung von Agien, Disagien und Gebühren sind im Zinsertrag Ertragsminderungen in Höhe von TEUR -19.205 (Vorjahr TEUR 17.469) und im Zinsaufwand Aufwandsminderungen in Höhe von TEUR 2.417 (Vorjahr TEUR 4.540) enthalten. In 2015 sind im Zinsertrag Auflösungen von Unterschiedsbeträgen aus

umgegliederten Wertpapieren in Höhe von TEUR 173 (Vorjahr: TEUR 131) enthalten, die weitgehend mit den Beträgen aus der Auflösung der Neubewertungsrücklage in den anderen Rücklagen (Note 62) kompensiert werden.

Negative Zinserträge (TEUR 355) werden in der GuV-Position „Zinserträge“ und negative Zinsaufwendungen (TEUR 257) in der GuV-Position „Zinsaufwendungen“ ausgewiesen. Die Negativzinsen ergeben sich aus Geldmarktgeschäften.

(29) Gewinnanteile an assoziierten Unternehmen, die nach der Equity-Methode bilanziert werden

in TEUR	2015	2014
Gewinnanteile an assoziierten Unternehmen, die nach der Equity-Methode bilanziert werden	448	157
Insgesamt	**448**	**157**

Die Gewinne ergeben sich aus der phasengleichen anteiligen Ergebnisvereinnahmung.

(30) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

in TEUR	2015	2014
Zuführungen	**23.932**	**26.718**
Einzelwertberichtigungen	23.016	24.519
Portfoliowertberichtigungen im bilanziellen Kreditgeschäft	433	1.260
Rückstellungen auf Einzelgeschäftsebene	-	-
Rückstellungen auf Portfolioebene	483	939
Direktabschreibungen	**2**	**216**
Auflösungen	**17.766**	**8.893**
Einzelwertberichtigungen	15.464	8.838
Portfoliowertberichtigungen im bilanziellen Kreditgeschäft	2.203	52
Rückstellungen auf Einzelgeschäftsebene	99	3
Rückstellungen auf Portfolioebene	-	-
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	**997**	**888**
Zuschreibungen zu Forderungen	**1.375**	**984**
Insgesamt	**3.795**	**16.168**

Die Beträge beziehen sich sowohl auf das bilanzielle als auch das außerbilanzielle Kreditgeschäft.

Die Zuschreibungen zu Forderungen betreffen Eingänge auf gesundete Engagements.

(31) Provisionsüberschuss

in TEUR	2015	2014
Provisionserträge	**31.236**	**27.195**
Effektengeschäft	6.229	6.664
Kreditgeschäft	12.328	9.131
Zahlungsverkehr	1.467	1.501
Bauspargeschäft	6.035	5.372
Sonstiges Dienstleistungsgeschäft	5.176	4.528
Provisionsaufwendungen	**17.694**	**20.029**
Effektengeschäft	2.812	3.500
Kreditgeschäft	1.115	975
Zahlungsverkehr	441	519
Bauspargeschäft	8.940	8.412
Sonstiges Dienstleistungsgeschäft	4.386	6.622
Insgesamt	**13.542**	**7.166**

Der Rückgang der Provisionserträge aus dem Effektengeschäft ergibt sich vor allem mit TEUR 516 aus der rückläufigen Vermittlung von Börsen- bzw. Kommissionsgeschäften.

Der Anstieg der Provisionserträge im Kreditgeschäft steht im Zusammenhang mit höheren Erträgen aus Strukturierungsprovisionen (TEUR 2.516) sowie aus Arrangierungsprovisionen (TEUR 577), jeweils bedingt durch ausgeweitete Geschäftstätigkeiten.

Im Bauspargeschäft wirkte sich erneut ein höheres Neugeschäftsvolumen aus, das sowohl zu einem Anstieg der Abschlussprovisionen wie auch der Vermittlungsaufwendungen führte.

In den sonstigen Provisionserträgen und –aufwendungen sind Provisionen aus der Vermittlung von Immobilien i.H.v TEUR 3.650 (Vorjahr TEUR 3.117) bzw. i.H.v. – TEUR 2.599 (Vorjahr - TEUR 2.467) enthalten.

Die Provisionserträge aus Finanzinstrumenten, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden, betragen TEUR 18.363 (Vorjahr TEUR 14.503); die Provisionsaufwendungen aus Finanzinstrumenten, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden, betragen TEUR 10.055 (Vorjahr TEUR 9.387).

(32) Ergebnis aus der Fair Value Bewertung

in TEUR	2015	2014 [1)]	2014
Handelsergebnis	**21.544**	**44.832**	**42.676**
Zinsbezogene Geschäfte[1)]	21.313	45.302	43.147
Aktien-/Indexbezogene Geschäfte und Geschäfte mit sonstigen Risiken	-0	-0	-0
Währungsbezogene Geschäfte	182	-965	-965
Kreditderivate	-46	378	378
Sonstige Finanzgeschäfte	114	120	120
Handelsbezogene Provisionen	-18	-4	-4
Fair Value-Ergebnis aus der Fair Value Option	**-6.001**	**6.317**	**6.317**
Insgesamt	**15.542**	**51.148**	**48.993**

1) Anpassung der Vorjahreswerte, vgl. Note 28.

Der Ausweis der laufzeitbedingten Fair Value Änderung für Grundgeschäfte in Hedge-Beziehung wurde rückwirkend geändert. Bislang wurde der Restlaufzeiteneffekt für Grundgeschäfte im Zinsergebnis ausgewiesen. Die Restlaufzeiteneffekte der Sicherungsinstrumente wurden hingegen im Fair Value-Ergebnis ausgewiesen. Der einheitliche Ausweis im Ergebnis aus der Fair Value Bewertung dient einer klareren und zuverlässigeren Darstellung der beschriebenen Effekte aus Grund- und Sicherungsgeschäften. Die Änderung führt für das Jahr 2014 zu einer Verschiebung vom Zinsergebnis in das Fair Value-Ergebnis in Höhe von TEUR 2.155. Diese Änderung in der Darstellung wurde im laufenden Jahr bereits umgesetzt und ist im Fair Value-Ergebnis in Höhe von TEUR 10.825 enthalten.

In dem Posten sind auch die Ergebnisse aus der Fremdwährungsumrechnung enthalten; davon betreffen TEUR 8.257 (Vorjahr TEUR -2.678) Umrechnungsdifferenzen aus Finanzinstrumenten, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden.

Im Handelsergebnis sind neben den aus der Derivatebewertung entstandenen realisierten und unrealisierten Ergebnissen laufende Erträge aus Credit Default Swaps (CDS) in Höhe von TEUR 269 enthalten (Vorjahr TEUR 240).

Das Ergebnis aus der Fair Value Option betrifft mit TEUR 168 (Vorjahr TEUR -3.719) Investmentanteile sowie mit TEUR -6.170 (Vorjahr TEUR 10.036) zinsbezogene Geschäfte.

Im Ergebnis aus der Fair Value Option sind realisierte Ergebnisse in Höhe von TEUR -692 (Vorjahr TEUR -3.648) ausgewiesen.

Zinserträge und Dividenden aus unterjährig im Bestand gehaltenen Wertpapieren der Kategorie HfT, den Fair-Value-Option-Beständen und Derivaten (außer CDS) werden im Zinsüberschuss ausgewiesen.

(33) Ergebnis aus Sicherungsgeschäften (Hedge Accounting)

in TEUR	2015	2014
Bewertungsergebnis der Grundgeschäfte	11.761	-101.897
Bewertungsergebnis der Sicherungsinstrumente	-11.571	99.183
Insgesamt	**190**	**-2.714**

Abgesichert werden Zinsänderungsrisiken. Grundgeschäfte sind Forderungen der Kategorie LaR, Wertpapiere der Kategorie AfS sowie Verbindlichkeiten der Kategorie LaC.

(34) Ergebnis aus Finanzanlagen

in TEUR	2015	2014
Ergebnis aus Finanzanlagen "Held-to-Maturity"	**-5**	**101**
Erträge aus Zuschreibungen	-	101
davon Portfoliowertberichtigungen	-	101
Aufwendungen aus Abschreibungen	-5	-
davon Portfoliowertberichtigungen	-5	-
Ergebnis aus Finanzanlagen "Loans and Receivables"	**462**	**102**
Veräußerungsergebnis	265	-297
Erträge aus Zuschreibungen	198	1.297
davon Portfoliowertberichtigungen	198	1.297
Aufwendungen aus Abschreibungen	-	-898
davon Portfoliowertberichtigungen	-	-
Ergebnis aus Finanzanlagen "Available-for-Sale"	**4.998**	**722**
Veräußerungsergebnis	4.909	1.951
Erträge aus Zuschreibungen	89	155
Aufwendungen aus Abschreibungen	-	-1.384
Insgesamt	**5.456**	**925**

Das Veräußerungsergebnis bei Finanzanlagen der Kategorie LaR ergibt sich aus Veräußerungsgewinnen bei zwei Verbriefungen (sog. ABS-Papiere). Die Erträge aus der Auflösung der Portfoliowertberichtigung ergeben sich vor allem aus dem Bestandsabbau der betreffenden Anleihen.

Das Veräußerungsergebnis aus Finanzanlagen der Kategorie AfS ergibt sich aus dem Verkauf zweier Beteiligung (TEUR 4.517) sowie mehrerer Anleihen (TEUR 392). Die Zuschreibung betrifft eine Verbriefung.

(35) Verwaltungsaufwand

in TEUR	2015	2014	
Personalaufwand	**45.345**	**43.074**	
Löhne und Gehälter	36.271	34.800	
Soziale Abgaben	5.803	5.420	
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	3.271	2.854	
Andere Verwaltungsaufwendungen	**31.448**	**28.220**	
Aufwendungen für selbst genutzte Grundstücke und Gebäude	2.803	2.832	
DV-Kosten	9.110	6.359	
Bürokosten	322	304	
Werbung	1.631	1.533	
Kommunikations- und sonstige Vertriebskosten	2.730	2.868	
Beiträge, Rechts- und Beratungskosten	11.129	10.349	1)
Sonstige Verwaltungsaufwendungen	3.608	3.975	1)
Aufwendungen für Geschäftsbesorgung	115	-	
Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte (ohne Geschäfts- und Firmenwerte)	**2.033**	**2.182**	
Insgesamt	**78.825**	**73.476**	

1) Vorjahreszahl i.H.v. TEUR 1.979 wegen Umgliederung Projektkosten angepasst

Der Anstieg der Personalaufwendungen resultiert vor allem aus Tarif- und Gehaltserhöhungen.

Der Anstieg der DV-Kosten ergibt sich vor allem aus einem Projekt zur Neustrukturierung von IT-Prozessen.

Die Erhöhung der Beiträge, Rechts- und Beratungskosten ist vor allem auf einen gestiegenen Beitrag zur Sicherungsreserve der Sparkassenfinanzgruppe zurück zu führen. Dem stehen geringere Projektkosten gegenüber.

(36) Sonstiges Ergebnis

in TEUR	2015	2014
Sonstige Erträge	**4.757**	**3.431**
Erträge aus dem Rückkauf eigener Emissionen	192	-
Mieterträge	1.303	1.300
darunter:		
Mieterträge aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	1.259	1.300
Veräußerungsgewinne aus Sachanlagen, immateriellen Vermögenswerten, als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien und Immobilien des Vorratsvermögens	259	117
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	1.188	798
Übrige sonstige Erträge	1.815	1.217
Sonstige Aufwendungen	**6.094**	**2.512**
Aufwendungen aus dem Rückkauf eigener Emissionen	1.789	606
Laufende Aufwendungen für als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	407	632
- Vermietete Immobilien	407	632
Veräußerungsverluste aus Sachanlagen, immateriellen Vermögenswerten, als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien und Immobilien des Vorratsvermögens	-	9
Abschreibungen auf als Finanzinvestition gehaltene Immobilien und Immobilien des Vorratsvermögens	219	228
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	56	81
Aufwendungen für sonstige Steuern	98	113
Übrige sonstige Aufwendungen	3.525	844
Insgesamt	**-1.337**	**919**

Die übrigen sonstigen Erträge beinhalten Kostenerstattungen sowie weiterbelastete Personal- und Sachkosten.

(37) Ertragsteuern

in TEUR	2015	2014
Tatsächliche Ertragsteuern	**-18.398**	**-11.582**
In- und ausländische Körperschaftsteuer inkl. Solidaritätszuschlag	-10.510	-5.593
Gewerbesteuer / ausländische lokale Steuer	-7.888	-5.989
Latente Ertragsteuern	**-3.353**	**-16.097**
In- und ausländische Körperschaftsteuer inkl. Solidaritätszuschlag	-1.710	-8.209
Gewerbesteuer / ausländische lokale Steuer	-1.643	-7.888
Insgesamt	**-21.751**	**-27.679**

Die tatsächlichen Ertragssteuern beinhalten keine periodenfremden Aufwendungen (Vorjahr TEUR 183).

Der latente Steueraufwand von TEUR 3.353 (Vorjahr TEUR 16.097) resultiert per Saldo aus der Entstehung bzw. Umkehrung temporärer Unterschiede.

Der latente Steueraufwand des Vorjahres ist von TEUR 17.157 auf TEUR 16.097 korrigiert. Wir verweisen dazu auf Note (50).

Der ausgewiesene Ertragsteueraufwand i.H.v. TEUR 21.751 weicht im Berichtsjahr um TEUR 1.192 vom erwarteten Ertragsteueraufwand ab. Die Bestimmungsgründe für diese Abweichung werden in nachstehender Tabelle dargestellt.

in TEUR	2015	2014
Ergebnis vor Steuern (nach Bankenabgabe)	72.672	87.973
Konzernertragsteuersatz (in %)	31,57	31,57
Erwarteter Ertragsteueraufwand	**-22.943**	**-27.773**
Auswirkungen abweichender lokaler Steuersätze	-	-
Auswirkungen von im Geschäftsjahr erfassten Steuern aus Vorjahren	-	-140
Auswirkungen von Steuersatzänderungen	-	-
Auswirkungen nicht anrechenbarer Ertragsteuern (insbesondere Quellensteuern)	-	-
Auswirkungen von nicht abziehbaren Betriebsausgaben	-947	-377
Auswirkungen steuerfreier Erträge	1.579	137
Auswirkungen permanenter bilanzieller Differenzen	1.835	2.052
Auswirkungen von Bemessungsgrundlagentransfers	-	-
Auswirkungen von Wertberichtigungen/ Ansatzkorrekturen	-	-
Hinzurechnungen und Kürzungen für Gewerbesteuer	-1.410	-1.761
Sonstige Auswirkungen	135	183
Effektiver Ertragsteueraufwand (-) /-ertrag (+)	**-21.751**	**-27.679**
Effektiver Ertragsteuersatz (in %)	**-29,93**	**-31,46**

Der erwartete Ertragsteueraufwand/-ertrag wurde mit dem für in Deutschland steuerpflichtige Unternehmen anzuwendenden Steuersatz berechnet. Bei einem Körperschaftsteuersatz in Höhe von 15 %, einem Solidaritätszuschlag in Höhe von 5,5 %, einem unveränderten Gewerbesteuersatz von 15,75 % und unter Beachtung der Nichtabzugsfähigkeit der Gewerbesteuer von der Körperschaftsteuer ergibt sich zum Berichtsstichtag unverändert ein Konzernertragsteuersatz von 31,57%.

Die Auswirkungen steuerfreier Erträge resultieren wie in den Vorjahren im Wesentlichen aus steuerfreien Dividendenerträge bzw. Veräußerungsgewinnen. Die Auswirkungen von steuerlich nicht abziehbaren Betriebsausgaben resultieren aus Aufwendungen in Bezug auf Dividendenerträge, aus nichtabzugsfähigen Kostenübernahmen für Personengesellschaften, sowie den Aufwendungen für die Bankenabgabe gem. § 12 Abs. 2 RStruktG.

Die Auswirkungen permanenter bilanzieller Differenzen berücksichtigen den Eigenkapitaleffekt des Split-Accounting.

Angaben zur Bilanz

(38) Barreserve

in TEUR	2015	2014
Kassenbestand	1.306	1.509
Guthaben bei Zentralnotenbanken	210.478	297.891
Insgesamt	**211.784**	**299.400**

(39) Forderungen an Kreditinstitute

in TEUR	2015	2014
Forderungen an inländische Kreditinstitute	1.691.219	1.851.853
Forderungen an ausländische Kreditinstitute	102.986	474.893
Insgesamt	**1.794.205**	**2.326.746**

Aufgliederung der Forderungen an Kreditinstitute nach Laufzeiten:

in TEUR	2015	2014
Täglich fällig	**1.095.002**	**1.009.716**
Befristet mit Restlaufzeit	**699.206**	**1.317.030**
bis 3 Monate	132.723	351.605
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	348.346	614.578
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	211.053	334.048
mehr als 5 Jahre	7.084	16.800
Insgesamt	**1.794.205**	**2.326.746**

(40) Forderungen an Kunden

in TEUR	2015	2014
Forderungen an inländische Kunden	4.570.054	4.576.971
Forderungen an ausländische Kunden	4.401.875	4.412.397
Insgesamt	**8.971.929**	**8.989.368**

Aufgliederung der Forderungen an Kunden nach Branchen:

in TEUR	2015	2014
Immobilienwesen	2.391.922	2.674.235
Privatkunden	742.201	667.861
Lebensmittelindustrie	156.654	176.387
Bauindustrie	147.238	153.358
Flugzeugwesen	12.028	32.422
Groß-/Einzelhandel	334.903	202.154
Staaten/Öffentliche Hand	1.770.725	1.700.128
Technologie	150.988	171.052
Fahrzeugbau	209.704	134.144
Gesundheitsindustrie	141.653	139.911
Stahlindustrie	209.047	183.381
erneuerbare Energien	2.120.473	1.829.460
Gebrauchsgüterindustrie	269.914	253.348
Arzneimittelindustrie	52.468	58.871
Restliche Branchengruppen	262.010	612.659
Insgesamt	**8.971.928**	**8.989.368**

Aufgliederung der Forderungen an Kunden nach Laufzeiten:

in TEUR	2015	2014
Befristet mit Restlaufzeit	**8.971.929**	**8.500.076**
bis 3 Monate	834.427	567.076
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	601.706	721.627
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	2.833.161	2.743.710
mehr als 5 Jahre	4.702.635	4.467.663
Unbestimmte Laufzeiten	**-**	**489.292**
Insgesamt	**8.971.929**	**8.989.368**

(41) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Einzelwertberichtigungen

in TEUR	Forderungen an Kreditinstitute 2015	2014	Forderungen an Kunden 2015	2014	Insgesamt 2015	2014
Stand zum 1.1.	**-16.726**	**-16.725**	**-108.279**	**-104.852**	**-125.005**	**-121.577**
Erfolgswirksame Veränderungen	**138**	**-131**	**-4.918**	**-13.075**	**-4.780**	**-13.206**
Zuführungen	-	-156	-23.013	-24.362	**-23.013**	**-24.518**
Auflösungen	137	13	15.327	8.825	**15.464**	**8.838**
Unwinding	1	12	2.768	2.462	**2.769**	**2.474**
Erfolgsneutrale Veränderungen	**9.003**	**132**	**5.047**	**9.647**	**14.050**	**9.779**
Verbrauch	9.003	132	5.047	9.647	**14.050**	**9.779**
Umbuchungen / Sonstige Veränderungen	-	-	-	-	**-**	**-**
Stand zum 31.12.	**-7.585**	**-16.725**	**-108.150**	**-108.279**	**-115.735**	**-125.004**

In den Einzelwertberichtigungen sind Länderwertberichtigungen in Höhe von TEUR 0 (Vorjahr TEUR 43) enthalten.

Den Stand der Einzelwertberichtigungen (ohne Länderwertberichtigungen) nach Branchen zeigt folgende Tabelle:

in TEUR	2015	2014
Branchengruppen		
Immobilienwesen	60.667	56.683
Banken / Finanzdienstleister	7.585	16.736
Privatkunden	12.456	13.989
Lebensmittelindustrie	2.289	8.561
Bauindustrie	5.846	5.673
Maschinen- / Anlagenbau	3.775	3.478
Fahrzeugbau	537	950
Staaten / Öffentliche Hand	2.245	2.216
Ver- / Entsorger	2.064	2.990
Flugwesen	2.672	2.672
Chemieindustrie	5.993	6.362
Groß- / Einzelhandel	-	2.244
Technologie	3.245	1.374
Gesundheitswesen	574	590
Zellstoff- / Papierindustrie	-	443
Stahlindustrie	1.313	-
Medien	-	-
Gebrauchsgüterindustrie	4.351	-
Logistik	-	-
Textil/Bekleidung	124	-
Restliche Branchengruppen	-	-
Insgesamt	**115.735**	**124.961**

Die Erfassung des Unwindings erfolgt durch Reduzierung der Einzelwertberichtigungen; die Erträge werden im Zinsertrag ausgewiesen.

Portfoliowertberichtigungen

	Forderungen an Kreditinstitute		Forderungen an Kunden		Insgesamt	
in TEUR	2015	2014	2015	2014	2015	2014
Stand zum 1.1.	**-205**	**-158**	**-14.940**	**-13.780**	**-15.145**	**-13.938**
Erfolgswirksame Veränderungen	**130**	**-47**	**2.073**	**-1.161**	**2.203**	**-1.208**
Zuführungen	-	-47	-2	-1.213	**-2**	**-1.260**
Auflösungen	130	-	2.073	52	**2.203**	**52**
Umbuchungen / Sonstige Veränderungen	-	-	2	-	**2**	**-**
Stand zum 31.12.	**-75**	**-205**	**-12.867**	**-14.940**	**-12.942**	**-15.145**

Die Risikovorsorge für Eventualverbindlichkeiten und Andere Verpflichtungen wird als Rückstellung für Risiken aus dem Kreditgeschäft gezeigt.

(42) Handelsaktiva

in TEUR	2015	2014
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (kein Hedge Accounting)	**363.322**	**476.675**
Insgesamt	**363.322**	**476.675**

Zur Zusammensetzung und Entwicklung der derivativen Finanzinstrumente vgl. Note (67).

Aufgliederung der Handelsaktiva nach vertraglichen Laufzeiten:

in TEUR	2015	2014
Befristet mit Restlaufzeit	**363.322**	**476.675**
bis 3 Monate	9.647	14.504
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	9.302	25.298
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	140.331	184.174
mehr als 5 Jahre	204.042	252.698
Insgesamt	**363.322**	**476.675**

(43) Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (Hedge Accounting)

in TEUR	2015	2014
Positive Marktwerte aus Fair Value Hedges	116.760	135.535
Insgesamt	**116.760**	**135.535**

Bei den Hedgebeziehungen handelt es sich um die Absicherung von Zinsänderungsrisiken. Grundgeschäfte sind verbriefte Verbindlichkeiten sowie Schuldscheindarlehen.

(44) Finanzanlagen

Die Posten Finanzanlagen setzt sich wie folgt zusammen:

in TEUR	2015	2014
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	**2.501.272**	**3.609.380**
Geldmarktpapiere	-	439.675
Anleihen und Schuldverschreibungen	2.501.272	3.169.705
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	**28.279**	**9.148**
Aktien	214	469
Investmentanteile	28.064	8.679
Sonstige nicht festverzinsliche Wertpapiere	-	-
Anteile an Tochterunternehmen	**100**	**100**
Anteile an nicht konsolidierten Gemeinschaftsunternehmen	**88**	**88**
Anteile an assoziierten, nicht konsolidierten Unternehmen	**2.205**	**2.205**
Sonstige Beteiligungen	**26.870**	**53.862**
abzüglich Portfoliowertberichtigung	**280**	**473**
Insgesamt	**2.558.533**	**3.674.309**

Aufgliederung der Finanzanlagen nach Laufzeiten:

in TEUR	2015	2014
Befristet mit Restlaufzeit	**2.500.992**	**3.608.907**
bis 3 Monate	153.637	328.213
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	292.811	1.294.715
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	1.289.504	1.404.576
mehr als 5 Jahre	765.040	581.404
Ohne Laufzeiten	**57.540**	**65.402**
Insgesamt	**2.558.533**	**3.674.309**

Eine Realisierung der Anteile ohne Laufzeit innerhalb der nächsten zwölf Monate ist nicht vorgesehen.

Umgliederung

Auf Grund der Finanzmarktkrise wurden im vierten Quartal 2008 Schuldverschreibungen retrospektiv zum 1. Juli 2008 mit einem Marktwert von EUR 1.232,6 Mio. aus der Kategorie AfS in die Kategorie LaR umgegliedert. Weiterhin hat die SaarLB zum 31. Oktober 2008 Schuldverschreibungen mit einem Marktwert von EUR 538,4 Mio. aus der Kategorie AfS in die Kategorien LaR sowie Schuldverschreibungen mit einem Marktwert in Höhe von EUR 1.115,7 Mio. aus der Kategorie AfS in die Kategorie HtM umgegliedert. Weitere Ausführungen zu den vorgenommenen Umgliederungen sind dem Finanzbericht der SaarLB für das Geschäftsjahr 2008 zu entnehmen (vgl. hierzu Ausführungen der Note (1), (6) und (42)).

Zum 31. Dezember 2015 haben diese umgegliederten Wertpapiere einen Fair Value von EUR 172,5 Mio. (Vorjahr EUR 622,4 Mio.). Die fortgeführten Anschaffungskosten der umgegliederten Wertpapiere betragen EUR 169,9 Mio. (Vorjahr EUR 615,2 Mio.).

in TEUR	2015	2014
Fair Value	**172.532**	**622.392**
davon LaR	111.851	165.480
davon HtM	60.682	456.912
fortgeführte Anschaffungskosten	**169.940**	**615.213**
davon LaR	111.630	163.997
davon HtM	58.310	451.216
Neubewertungsrücklage	**-3.188**	**-5.412**
davon LaR	-2.668	-4.251
davon HtM	-520	-1.161
Neubewertungsrücklage ohne Umgliederung	**-596**	**1.767**
davon LaR	-2.447	-3.922
davon HtM	1.851	5.689

Die Neubewertungsrücklage der umgegliederten Wertpapiere beträgt EUR -3,2 Mio. (Vorjahr EUR -5,4 Mio.). Wenn keine Umgliederung vorgenommen worden wäre, hätte sich eine Neubewertungsrücklage iHv. EUR -0,6 Mio. (Vorjahr EUR 1,8 Mio.) ergeben, so dass der Bestand der Neubewertungsrücklage für die umgegliederten Wertpapiere um EUR 2,6 Mio. entlastet worden wäre.

in TEUR	2015	2014
Veränderung der Neubewertungsrücklage		
ohne Umgliederung	**-2.363**	**4.417**
davon LaR	1.475	7.481
davon HtM	-3.838	-3.064
mit Umgliederung	**2.224**	**3.108**
davon LaR	1.583	2.168
davon HtM	641	940

Die zum Zeitpunkt der Umwidmungen auf Basis der neuen Anschaffungskosten ermittelten Effektivzinssätze befinden sich in der Bandbreite von min. 2,3857 % und max. 13,1024 %. Die geschätzten Zahlungsströme, die die SaarLB zum Zeitpunkt der Umgliederungen erwartet hatte, beliefen sich auf EUR 3.493,4 Mio.

(45) Wertpapierpensions- und leihegeschäfte

in TEUR	2015	2014
Wertpapierpensions- und leihegeschäfte	1.880	661.821
Insgesamt	**1.880**	**661.821**

Die Laufzeit der 2014 im Bestand befindlichen Pensionsgeschäfte endete im Jahr 2015 gemäß der vertraglichen Vereinbarungen. Zum Bilanzstichtag befindet sich eine Wertpapierleihe im Bestand der Bank.

(46) Anteile an at-Equity bewerteten Unternehmen

in TEUR	2015	2014
Assoziierte Unternehmen	5.785	5.924
Insgesamt	**5.785**	**5.924**

Im Berichtsjahr wurden unverändert drei Unternehmen als at-Equity bewertet berücksichtigt. Zusammengefasste finanzielle Informationen über assoziierte Unternehmen, die nach der Equity Methode bewertet werden, sind in Note (79) enthalten.

Eine Realisierung der Anteile innerhalb der nächsten zwölf Monate ist nicht vorgesehen.

(47) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

in TEUR	2015	2014
Vermietete Grundstücke und Gebäude	19.446	20.501
Insgesamt	**19.446**	**20.501**

Entwicklung der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien:

in TEUR	2015	2014
Anschaffungs-/ Herstellungskosten		
Stand zum 1.1.	24.774	24.823
Veränderungen aus Währungsumrechnungen	-	-
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	-
Zugänge	-	-
Umbuchungen	-	-
Abgänge	836	49
Stand zum 31.12.	23.938	24.774
Ab- und Zuschreibungen		
Stand zum 1.1.	4.274	4.046
Veränderungen aus Währungsumrechnungen	-	-
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	-
Planmäßige Abschreibungen	219	228
Wertminderungen	-	-
Wertaufholungen	-	-
Umbuchungen	-	-
Abgänge	-	-
Stand zum 31.12.	4.493	4.274
Buchwerte		
Stand zum 1.1.	20.500	20.777
Stand zum 31.12.	19.446	20.501

Beschränkungen hinsichtlich der Veräußerbarkeit oder des Erzielens von Erträgen und Veräußerungserlösen bestanden zum Bilanzstichtag nicht.

Der Fair Value der als Finanzinvestition gehaltenen Grundstücke und Gebäude belief sich auf TEUR 20.440 (Vorjahr TEUR 22.130), davon sind TEUR 20.440 (Vorjahr TEUR 22.130) durch externe Gutachter ermittelt. Die Ermittlung basiert auf der Anwendung des Discounted Cash Flow-Verfahrens, in das Markt- und Geodaten eingehen.

Die Fair Values werden aus dem Vergleich von Sachwert (Summe aus Bodenwert und Wert der baulichen Anlagen) sowie dem Ertragswert (Produkt aus Jahresrohertrag und einem sog. Vervielfältiger) ermittelt. Wesentliche Inputparameter sind für das Sachwertverfahren Baupreisindizes sowie Annahmen für Altersminderungen und für das Ertragswertverfahren ortübliche Vergleichsmieten, Bewirtschaftungskosten sowie der Vervielfältiger.

Alle Fair Values werden der Level 3 Bewertungshierarchie zugeordnet (vgl. Note 8).

Eine Realisierung der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien innerhalb der nächsten zwölf Monate ist nicht vorgesehen.

(48) Sachanlagen

in TEUR	2015	2014
Selbst genutzte Grundstücke und Gebäude	18.308	18.662
Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.326	2.278
Insgesamt	**20.634**	**20.941**

Entwicklung der Sachanlagen:

	Selbst genutzte Grundstücke und Gebäude		Betriebs- und Geschäfts-ausstattung		Insgesamt	
in TEUR	**2015**	**2014**	**2015**	**2014**	**2015**	**2014**
Anschaffungs- und Herstellungskosten						
Stand zum 1.1.	22.887	22.887	15.881	15.471	38.768	**38.358**
Zugänge	-	-	789	520	789	**520**
Abgänge	-	-	31	110	31	**110**
Stand zum 31.12.	22.887	22.887	16.639	15.881	39.526	**38.768**
Ab- und Zuschreibungen						
Stand zum 1.1.	4.225	3.870	13.602	12.957	17.827	**16.827**
Planmäßige Abschreibungen	354	355	742	718	1.096	**1.073**
Wertminderungen	-	-	-	-	-	**-**
Abgänge	-	-	31	73	31	**73**
Stand zum 31.12.	4.579	4.225	14.313	13.602	18.892	**17.827**
Buchwerte						
Stand zum 1.1.	18.662	19.017	2.279	2.514	**20.941**	**21.531**
Stand zum 31.12.	18.308	18.662	2.326	2.279	20.634	**20.941**

Sachanlagen mit beschränkten Verfügungsrechten bestanden zum Bilanzstichtag nicht.

Eine Realisierung der Sachanlagen innerhalb der nächsten zwölf Monate ist nicht vorgesehen.

(49) Immaterielle Vermögenswerte

in TEUR	2015	2014
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	3.688	2.788
Insgesamt	**3.688**	**2.788**

Entwicklung der immateriellen Vermögenswerte:

in TEUR	2015	2014
Anschaffungs-/ Herstellungskosten		
Stand zum 1.1.	**7.873**	**6.468**
Zugänge	1.831	1.405
Abgänge	-	-
Stand zum 31.12.	9.704	7.873
Ab- und Zuschreibungen		
Stand zum 1.1.	**5.085**	**3.979**
Planmäßige Abschreibungen	931	1.106
Wertminderungen	-	-
Abgänge	-	-
Stand zum 31.12.	6.016	5.085
Buchwerte		
Stand zum 1.1.	**2.788**	**2.489**
Stand zum 31.12.	**3.688**	**2.788**

Bei den immateriellen Vermögenswerten handelt es sich ausschließlich um Standardsoftware. Im Gesamtbestand ist noch nicht in Betrieb genommene Software i.H.v. TEUR 2.365 enthalten.

Eine Realisierung der immateriellen Vermögenswerte innerhalb der nächsten zwölf Monate ist nicht vorgesehen.

(50) Tatsächliche und latente Ertragsteueransprüche

in TEUR	2015	2014
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	**17.282**	**4.211**
Inland	17.282	4.125
Ausland	-	86
Latente Ertragsteueransprüche	**40.900**	**37.461**
Inland	40.900	37.461
Ausland	-	-
Insgesamt	**58.182**	**41.672**

Die latenten Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen verteilen sich auf folgende Posten:

in TEUR	31.12.2015		31.12.2014		01.01.2014	
	Aktive latente Steuern	Passive latente Steuern	Aktive latente Steuern	Passive latente Steuern	Aktive latente Steuern	Passive latente Steuern
Barreserve	-	-	-	-	-	-
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden	-	7.781	-	5.627	392	5.735
Risikovorsorge	1.081	-	5.816	-	2.789	-
Handelsaktiva	-	-	-	-	-	-
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (Hedge Accounting)	-	28.084	-	-	-	-
Finanzanlagen	-	6.257	-	33.106	1.994	19.660
Sachanlagen	13	-	-	-	-	15
Sonstige Aktiva	2.343	-	5.446	1.834	1.950	-
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	10.404	-	-	2.094	-	1.702
Verbriefte Verbindlichkeiten	9.482	-	15.182	-	2.582	-
Handelspassiva	12.333	-	4.382	-	30.067	-
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (Hedge Accounting)	-	-	-	-	-	-
Rückstellungen	5.244	-	6.624	87	3.732	-
Sonstige Passiva	-	502	10	-	110	-
Nachrangkapital	-	20.812	-	19.579	-	22.884
Steuerliche Verlustvorträge	-	-	-	-	-	-
Gesamtsumme latente Steuern nach Wertberichtigungen und Saldierung	**40.900**	**63.436**	**37.461**	**62.327**	**43.616**	**49.996**

Wie im Vorjahr besteht ein Überhang der passiven über die aktiven latenten Steuern von TEUR 22.536 (Vorjahr TEUR 24.866; 01.01.2014 TEUR 6.380). Die Veränderung des Überhangs um TEUR - 2.330 entspricht nicht dem latenten Steueraufwand von TEUR 3.353.

Die Ursache hierfür ist die Veränderung erfolgsneutral erfasster latenter Steuern; diese resultieren aus Buchungen gegen die Neubewertungsrücklage.

Die latenten Steuern der Vorjahre auf die in den Spezialfonds gehaltenen Wertpapiere wurden rückwirkend korrigiert. Die Korrekturen in Bezug auf diese Wertpapiere betrafen die zugrunde gelegten Steuerbilanzwerte und doppelt erfasste Unterschiede zwischen IFRS- und Steuerbilanzwerten. Insgesamt ergaben sich durch die Korrektur folgende Veränderungen:

in TEUR	31.12.2014	31.12.2014	01.01.2014	01.01.2014
	nach Korrektur	vor Korrektur	nach Korrektur	vor Korrektur
Gewinnrücklagen	243.502	237.612	216.914	211.024
Latente Ertragssteuerverpflichtungen	63.237	69.277	49.996	55.886
Ertragssteuern	27.679	28.739		
Konzernüberschuss	60.294	59.234		

(51) Sonstige Aktiva

in TEUR	2015	2014
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	871	498
Sonstige Vermögenswerte	2.982	1.145
Insgesamt	**3.853**	**1.643**

Es wird eine Realisierung der sonstigen Aktiva innerhalb der nächsten zwölf Monate erwartet.

(52) Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen

in TEUR	2015	2014
Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen	41.583	-
Insgesamt	41.583	-

Diese Position beinhaltet den auf Basis eines externen Unternehmenswertgutachten ermittelten Beteiligungswert an der Deutschen Factoring, die in 2016 gemäß der langfristigen Geschäftsstrategie veräußert werden soll.

In diesem Vermögenswert sind Einstellungen in die anderen Rücklagen in Höhe von 20,2 Mio. Euro für das Berichtsjahr enthalten.

(53) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

in TEUR	2015	2014
Verbindlichkeiten gegenüber inländischen Kreditinstituten	3.386.213	4.478.703
Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Kreditinstituten	159.290	401.628
Insgesamt	**3.545.503**	**4.880.332**

Aufgliederung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten nach Laufzeiten:

in TEUR	2015	2014
Täglich fällig	**95.457**	**341.830**
Befristet mit Restlaufzeit	**3.450.046**	**4.538.502**
bis 3 Monate	399.229	1.324.460
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	1.108.731	1.103.305
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	783.932	860.215
mehr als 5 Jahre	1.158.155	1.250.522
Insgesamt	**3.545.503**	**4.880.332**

(54) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

in TEUR	2015	2014
Verbindlichkeiten gegenüber inländischen Kunden	4.959.630	4.413.189
Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Kunden	277.482	231.564
Insgesamt	**5.237.113**	**4.644.753**

Aufgliederung der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden nach Laufzeiten:

in TEUR	2015	2014
täglich fällig	**1.465.928**	**1.452.930**
Befristet mit Restlaufzeit	**3.128.541**	**2.597.399**
bis 3 Monate	627.218	392.082
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	801.896	541.185
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	348.568	410.917
mehr als 5 Jahre	1.350.859	1.253.215
Ohne Laufzeiten (Bauspareinlagen)	**642.643**	**594.424**
Insgesamt	**5.237.113**	**4.644.753**

(55) Verbriefte Verbindlichkeiten

in TEUR	2015	2014
Begebene Schuldverschreibungen	**3.676.696**	**5.196.321**
Hypothekenpfandbriefe	429.064	422.688
Öffentliche Pfandbriefe	501.635	535.064
Sonstige Schuldverschreibungen	2.745.997	4.238.569
Insgesamt	**3.676.696**	**5.196.321**

Aufgliederung der Verbrieften Verbindlichkeiten nach Laufzeiten:

in TEUR	2015	2014
Befristet mit Restlaufzeit		
bis 3 Monate	49.989	333.805
mehr als 3 Monate bis ein Jahr	327.728	1.803.798
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	1.841.126	1.636.792
mehr als 5 Jahre	1.457.854	1.421.926
Insgesamt	**3.676.696**	**5.196.321**

(56) Handelspassiva

in TEUR	2015	2014
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (kein Hedge Accounting)	**412.665**	**542.589**
Insgesamt	**412.665**	**542.589**

Zur Zusammensetzung und Entwicklung der Handelspassiva vgl. Note (67).

Aufgliederung der Handelspassiva nach vertraglichen Laufzeiten:

in TEUR	2015	2014
Befristet mit Restlaufzeit		
bis 3 Monate	14.891	15.645
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	17.626	23.188
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	190.273	254.458
mehr als 5 Jahre	189.875	249.298
Insgesamt	**412.665**	**542.589**

(57) Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (Hedge Accounting)

in TEUR	2015	2014
Negative Marktwerte aus Fair Value Hedges	28.468	27.620
Insgesamt	**28.468**	**27.620**

Bei den Hedgebeziehungen handelt es sich um die Absicherung von Zinsänderungsrisiken. Grundgeschäfte sind Forderungen an Kunden sowie festverzinsliche Wertpapiere.

(58) Rückstellungen

in TEUR	2015	2014
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	**39.654**	**40.143**
Andere Rückstellungen	**10.364**	**7.323**
Rückstellungen im Kreditgeschäft	4.069	3.685
Sonstige Rückstellungen	6.295	3.638
Insgesamt	**50.018**	**47.467**

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Der in der Bilanz erfasste Wert für Pensionsrückstellungen leitet sich wie folgt her:

in TEUR	2015	2014
Barwert der Pensionsverpflichtungen	**40.296**	**40.795**
nicht fondsfinanziert	39.654	40.143
fondsfinanziert	642	652
Fair Value des Planvermögens	**-642**	**-652**
Nicht erfasste Vermögenswerte (Asset Ceiling)	**-**	**-**
Ausgewiesene Pensionsrückstellungen	**39.654**	**40.143**

Entwicklung der Pensionsrückstellung:

in TEUR	2015	2014
Stand zum 1.1.	**40.143**	**30.764**
Laufender Dienstzeitaufwand	1.155	600
Nachträglicher Dienstzeitaufwand	-	797
Zinsaufwand	787	1.049
Versicherungsmathematische Verluste	-654	8.304
Gezahlte Leistungen	-1.777	-1.371
Stand zum 31.12.	**39.654**	**40.143**

Die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste ergeben sich ausschließlich aus Anpassungen finanzieller Annahmen.

Bei den gezahlten Leistungen handelt es sich um Rentenzahlungen; Abgeltungen wurden nicht vorgenommen.

Entwicklung des Fair Value des Planvermögens:

in TEUR	Fair Value des Planvermögens 2015	2014
Stand zum 1.1.	**652**	**632**
Zinserträge	31	20
Stand zum 31.12.	**642**	**652**

Das Planvermögen besteht aus Rückdeckungsansprüchen (sog. Deckungsstock) an eine Versicherungsgesellschaft, die bei dieser durch die Kapitalanlagen gesichert sind. Ein Rückgriffsrecht auf einzelne Kapitalanlagen besteht nicht; insoweit ist eine Aufteilung in Eigenkapital- und Fremdkapitalinstrumente sowie sonstige Vermögenswerte nicht möglich. Als Vermögenswerte erfasste Erstattungsansprüche bestehen nicht. Eine Handelbarkeit des Deckungsstocks an einem aktiven Markt besteht nicht.

In den letzten fünf Jahren hat sich der Barwert der Pensionsverpflichtungen, der Fair Value des Planvermögens und der Verpflichtungsüberschuss bzw. -fehlbetrag sowie die erwartungsbedingten Anpassungen wie folgt entwickelt:

in TEUR	2015	2014	2013	2012	2011
Barwert der Pensionsverpflichtungen	40.296	40.795	31.376	29.167	24.107
Fair Value des Planvermögens	-642	-652	632	611	710
Verpflichtungsüberschuss/-fehlbetrag	**39.654**	**40.143**	**30.744**	**28.556**	**23.397**
Erfahrungsbedingte Anpassungen in Bezug auf den Wert der Verpflichtung	-654	-8.304	-1.625	-606	-73
Erwartungsbedingte Anpassungen in Bezug auf den Wert des Planvermögens	-9	20	22	20	-29

Seit dem Geschäftsjahr 2012 sind keine Beitragszahlungen zu den Rückdeckungsversicherungen mehr zu leisten.

Der in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasste Aufwand für Pensionsverpflichtungen setzt sich wie folgt zusammen:

in TEUR	2015	2014
Laufender Dienstzeitaufwand	1.155	600
Nachträglicher Dienstzeitaufwand	-	797
Zinsaufwand	787	1.069
Tatsächliche Erträge aus Planvermögen	31	20
Auswirkungen der Obergrenze (Asset Ceiling)	-	-
Insgesamt	**1.911**	**2.446**

Der laufende sowie der nachträgliche Dienstzeitaufwand werden im Verwaltungsaufwand ausgewiesen. Der Zinsaufwand sowie der Zinsertrag aus dem Planvermögen werden verrechnet; der Ausweis erfolgt im Zinsüberschuss. Versicherungsmathematische Verluste werden erfolgsneutral in den anderen Rücklagen erfasst.

Im Folgejahr werden Pensionsrückstellungen voraussichtlich in Höhe von TEUR 1.562 verbraucht. Die durchschnittliche Restlaufzeit der Pensionsrückstellungen beträgt 12,7 Jahre. Die voraussichtlichen Beiträge an die ZVK betragen im Folgejahr TEUR 2.000.

Bei einer Sensitivitätsanalyse der Einflussfaktoren auf die Pensionsrückstellung ergibt sich folgendes:

Einflussfaktor	Annahme	Veränderung der Annahmen	Rückstellung bei	
			Verminderung der Annahmen	Erhöhung der Annahmen
Rechnungszinsfuß	2,25%	0,5%-Punkte	42.698	36.944
Gehaltsdynamik	2,50%	0,5%-Punkte	36.100	45.537
Rententrend	2,00%	0,5%-Punkte	37.400	42.118
Sterblichkeit	Richttafeln 2005 G	+ 1 Jahr		42.016

Andere Rückstellungen

	Rückstellungen im Kreditgeschäft				Sonstige Rückstellungen	
	Einzelgeschäfts-ebene		Portfolioebene			
in TEUR	2015	2014	2015	2014	2015	2014
Stand zum 1.1.	**99**	**102**	**3.586**	**2.647**	**3.638**	**4.266**
Verbrauch	-	-	-	-	584	1.119
Auflösungen	99	3	-	-	187	362
Zuführungen	-	-	483	939	3.428	853
Stand zum 31.12.	**-**	**99**	**4.069**	**3.586**	**6.295**	**3.638**

Die Rückstellungen im Kreditgeschäft werden für Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen gebildet.

Die sonstigen Rückstellungen beinhalten im Wesentlichen Rückstellungen im Personalbereich (Jubiläumszuwendungen, Vorsorge für Altersteilzeit sowie für vorzeitigen Ruhestand) mit TEUR 1.123 (Vorjahr TEUR 941), für Prozesskosten mit TEUR 1.428 (Vorjahr TEUR 1.534).

Den Rückstellungen im Personalbereich liegen externe Gutachten zugrunde.

Bei den sonstigen Rückstellungen erfolgt mit Ausnahme der Rückstellungen im Personalbereich keine Abzinsung, da die Mittelabflüsse innerhalb eines Jahres erwartet werden.

(59) Tatsächliche und latente Ertragsteuerverpflichtungen

in TEUR	31.12.2015	31.12.2014	01.01.2014
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	**15.659**	**14.026**	**6.684**
Inland	15.659	13.792	6.684
Ausland	-	234	-
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	**63.436**	**62.327**	**49.996**
Inland	63.436	62.327	49.996
Ausland	-	-	-
	-	-	-
Insgesamt	**79.095**	**76.353**	**56.680**

Die tatsächlichen Ertragsteuerverpflichtungen resultieren aus dem positiven Vorsteuerergebnis der SaarLB im Berichtszeitraum. Die Verteilung der latenten Ertragsteuerverpflichtungen nach ihren Entstehungsursachen nach Bilanzposten ist in Note (50) gemeinsam mit den latenten Ertragsteueransprüchen und der Änderungen der Vorjahreszahlen dargestellt.

(60) Sonstige Passiva

in TEUR	2015	2014
Passive Rechnungsabgrenzungsposten	357	98
Sonstige Verpflichtungen	18.955	23.628
Abgegrenzte Schulden	13.071	14.758
Insgesamt	**32.383**	**38.485**

Die sonstigen Verpflichtungen umfassen im Wesentlichen anteilige, noch nicht gezahlte Vergütungen auf das Nachrang- und Hybridkapital sowie auf unbefristete Einlagen stiller Gesellschafter in Höhe von TEUR 16.322 (Vorjahr TEUR 21.259).

Die abgegrenzten Schulden betreffen im Wesentlichen mit TEUR 5.858 (Vorjahr TEUR 6.316) kurzfristig fällige Leistungen an Arbeitnehmer, mit TEUR 2.455 (Vorjahr TEUR 2.915) ertragsunabhängige Steuern sowie mit TEUR 3.809 (Vorjahr TEUR 4.817) ausstehende Rechnungen.

Eine Realisierung der sonstigen Passiva wird innerhalb der nächsten zwölf Monate erwartet.

(61) Nachrangkapital

in TEUR	2015	2014
Nachrangige Verbindlichkeiten	26.401	143.893
Genussrechtskapital (Fremdkapitalkomponente)	-	8.500
Einlagen stiller Gesellschafter (Fremdkapitalkomponente)	177.141	156.447
Insgesamt	**203.541**	**308.840**

Aufgliederung des Nachrangkapitals nach Laufzeiten:

in TEUR	2015	2014
Befristet mit Restlaufzeit		
bis 3 Monate	-	18.500
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	901	108.393
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	182.141	31.275
mehr als 5 Jahre	20.500	150.672
Insgesamt	**203.541**	**308.840**

(62) Eigenkapital

in TEUR	31.12.2015	31.12.2014	01.01.2014
Gezeichnetes Kapital	**259.619**	**274.619**	**174.600**
Satzungsmäßiges Grundkapital	250.119	250.119	150.100
Unbefristete Einlagen stiller Gesellschafter	9.500	24.500	24.500
Hybride Kapitalinstrumente	**56.413**	**62.107**	**72.413**
Genussrechtskapital (Eigenkapitalkomponente)	-	-	-
Befristete Einlagen stiller Gesellschafter (Eigenkapitalkomponente)	56.413	62.107	72.413
Kapitalrücklage	**69.085**	**69.085**	**69.085**
Gewinnrücklagen	**296.324**	**243.502**	**216.914**
Andere Gewinnrücklagen [1)]	296.324	243.502	216.914
Andere Rücklagen	**52.905**	**51.310**	**30.486**
Konzerngewinn	**43.080**	**53.793**	**27.243**
Insgesamt	**777.426**	**754.415**	**590.741**

1) Anpassung Vorjahreszahl, vgl Note 50

Gezeichnetes Kapital

Im Dezember 2015 sind unbefristete Einlagen stiller Gesellschafter i.H.v TEUR 15.000 gekündigt worden.

Hybridkapital

Befristete stille Einlagen und solche mit Gläubigerkündigungsrecht werden als zusammengesetzte Finanzinstrumente (Compound Financial Instruments) in ihre Eigenkapital- und Fremdkapitalkomponente aufgeteilt (Split Accounting). Der Ausweis im Eigenkapital erfolgt unter den hybriden Kapitalinstrumenten.

Kapitalrücklage

In der Kapitalrücklage sind die Zuzahlungen der Anteilseigner in das Eigenkapital enthalten.

Gewinnrücklagen

Unter den Gewinnrücklagen werden die Beträge ausgewiesen, die den Rücklagen aus den Ergebnissen der Vorjahre zugewiesen wurden.

Andere Rücklagen

Der Posten enthält die in der Neubewertungsrücklage erfassten erfolgsneutralen Bewertungsergebnisse von Finanzinstrumenten der Kategorie AfS sowie der aus AfS in LaR und HtM umgegliederten Finanzinstrumente soweit diese während der Kategorisierung als AfS entstanden sind sowie die versicherungsmathematischen Verluste.

Die anderen Rücklagen haben sich wie folgt entwickelt:

	Neubewertungs-rücklage		versicherungs-mathematische Verluste		Insgesamt	
in TEUR	2015	2014	2015	2014	2015	2014
Stand zum 1.1.	**60.826**	**34.321**	**-9.517**	**-3.835**	**51.309**	**30.486**
Erfolgsneutrale Bewertungsänderungen	-6.055	31.811	654	-8.304	-5.401	18.507
Veränderungen der erfolgsneutral gebildeten latenten Steuern	1.313	-5.011	-207	2.622	1.106	-2.389
Erfolgswirksame Bewertungsänderungen / Realisierungen	5.889	4.705	-	-	5.889	4.705
Stand zum 31.12.	**61.973**	**60.826**	**-9.069**	**-9.517**	**52.905**	**51.309**

Der Bestand der Neubewertungsrücklage aus umgegliederten Wertpapieren (vor latenter Steuer) entfällt mit EUR 0,6 Mio. auf die Kategorie HtM sowie mit EUR 1,6 Mio. auf die Kategorie LaR; dieser Bestand wird über die erwartete Restlaufzeit der zugrunde liegenden Finanzanlagen amortisiert.

Trotz der Veränderungen der Neubewertungsrücklage durch den Kauf- und Übertragungsvertrag der SaarLB Bankenbeteiligungsgesellschaft mbH, haben sich im Berichtjahr die Effekte der erfolgsneutralen Bewertungsänderungen weitgehend kompensiert.

Konzerngewinn

Der Konzerngewinn beträgt TEUR 43.080 (Vorjahr TEUR 53.793).

Das für die Gewinnverwendung maßgebende Jahresüberschuss nach HGB beträgt TEUR 20.320 (Vorjahr TEUR 4.102); nach der Zuführung zu den satzungsmäßigen Rücklagen i.H.v. TEUR 2.031 schlägt der Vorstand vor, von dem Bilanzgewinn TEUR 9.191 auszuschütten und TEUR 9.097 den anderen Gewinnrücklagen zuzuführen. Für das Geschäftsjahr 2014 wurde in 2015 eine Dividende i.H.v. TEUR 3.002 gezahlt.

Kapitalmanagement

Neben der Einhaltung der ökonomischen Risikotragfähigkeit sind für die SaarLB die aufsichtsrechtlichen Vorschriften der CRR wesentlich für die Beurteilung und Steuerung ihrer Kapitalausstattung.

Aufsichtsrechtliches Kapital

Die SaarLB wendet seit ihrer Zulassung zur Verwendung des auf internen Ratings basierten Ansatzes (IRBA) durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) zum 01.01.2007 die entsprechenden Regeln zur Berechnung der Kapitalanforderungen nach der CRR (bis 2013: SolvV) an. Ergänzend dazu erfolgte mit Bescheid vom 19.03.2015 die Erlaubnis der BaFin hinsichtlich der Verwendung von Techniken zur Kreditrisikominderung gemäß Artikel 143 Abs. 3 CRR.

Das aufsichtsrechtlich relevante Kapital, die so genannten Eigenmittel, setzt sich aus Kernkapital (im Wesentlichen Stammkapital, stille Einlagen sowie Rücklagen einschließlich der § 340 g HGB-Reserve) und Ergänzungskapital (langfristige nachrangige Verbindlichkeiten) jeweils unter Berücksichtigung von Abzugspositionen zusammen.

Die Kennziffern für hartes Kernkapital, Kernkapital und Gesamt-Eigenmittel – das Verhältnis der jeweiligen Eigenmittelkomponente zu den nach den Vorschriften der CRR ermittelten Risikopositionen – dürfen aufsichtsrechtliche Mindest-Vorgaben nicht unterschreiten. In der internen Steuerung hat die SaarLB darüber hinaus gehende Vorgaben festgelegt.

Im Rahmen der einen Zeitraum von fünf Jahren umfassenden Mittelfristplanung wird eine nachhaltige Einhaltung der Vorgaben sichergestellt. Für den strategischen Planungsprozess verantwortlich ist der Unternehmensbereich Strategie und Zentraler Stab. Auf Basis der in diesem Prozess festgelegten Rahmenbedingungen planen die Geschäftsbereiche ihre jeweiligen Risikopositionen im Zeitablauf. Sie werden von der für die quantitativen Aspekte der Mittelfristplanung verantwortlichen Abteilung Erfolgscontrolling auf Gesamtbankebene aggregiert und den im Planungszeitraum vorhandenen Eigenmitteln gegenübergestellt. Schließlich werden die zur Einhaltung der Zielwerte erforderlichen Maßnahmen zur Kapitalbeschaffung bzw. zur Kürzung der Geschäftsbereichsplanungen definiert.

Die Kennzahlen nach CRR zum Berichtsstichtag sowie die entsprechenden Vorjahreszahlen sind in der folgenden Übersicht dargestellt. Die SaarLB erstellt seit Mitte 2011 keine aufsichtsrechtliche Gruppenmeldung mehr. Insofern beinhalten die Werte das Einzelinstitut.

Kennzahlen nach CRR (in Mio. EUR bzw. in %)	31.12.2015	31.12.2014
Risikopositionen (Mio. EUR)	6.251	6.888
Eigenmittel	881	878
davon Kernkapital	860	847
davon hartes Kernkapital	637	621
Gesamtkennziffer	14,1 %	12,8 %
Kernkapitalquote	13,8 %	12,3 %
harte Kernkapitalquote	10,2 %	9,0 %

Sowohl die Kernkapitalquoten als auch die Gesamtkennziffer der SaarLB sind im Berichtszeitraum bei rückläufigen Risikopositionen und erhöhten Eigenmitteln merklich gestiegen:

- Der deutliche Rückgang in den Risikopositionen geht im Wesentlichen auf (1) Verwendung von Kreditrisikominderungstechniken (rund EUR 232 Mio. per 31.12.2015) sowie auf (2) einen Rückgang des Volumens in der IRBA-Risikopositionsklasse Unternehmen bei gleichzeitig tendenzieller Verbesserung der Bonitätseinstufung zurück.
- Der positive Effekt hinsichtlich des harten Kernkapitals ergibt sich im Wesentlichen aus (1) Auffüllung der 340g HGB-Reserve (rund EUR 12 Mio.), (2) Erhöhung der Gewinnrücklagen (rund EUR 1 Mio.) sowie (3) niedrigeren Belastung durch den Wertberichtigungsfehlbetrag (rund EUR 4 Mio.).
- Dem steht ein leichter Rückgang im zusätzlichen Kernkapital gegenüber, wodurch die Erhöhung des Kernkapitals um rund EUR 3 Mio. niedriger ausfällt als die im harten Kernkapital: Eine niedrigere Belastung durch den rückgehenden Wertberichtigungsfehlbetrag (Erhöhung des zusätzlichen Kernkapitals um rund EUR 12 Mio.) wird durch eine Reduktion der stillen Einlagen (Verringerung des zusätzlichen Kernkapitals um rund EUR 15 Mio.) überkompensiert.
- Der noch einmal um rund EUR 10 Mio. geringere Anstieg im Gesamtkapital ist durch sinkendes Ergänzungskapital erklärt: Der sinkende Wertberichtigungsfehlbetrag (Erhöhung des Ergänzungskapitals um rund EUR 12 Mio.) wird im Wesentlichen durch Rückgang von Nachrangdarlehen (Verringerung des Ergänzungskapitals um rund minus EUR 20 Mio.) konterkariert.

Für einen Kapitalbestandteil, der von der BaFin zum 31.12.2014 als hartes Kernkapital anerkannt wurde, laufen derzeit Abstimmungen mit der europäischen Bankaufsichtsbehörde. Die aufsichtsrechtlich geforderten Mindestquoten waren auch unter Berücksichtigung institutsspezifischer Kapitalanforderungen der BaFin während des gesamten Berichtszeitraums jederzeit eingehalten, ebenso die strengeren internen Zielquoten der SaarLB. Die insgesamt gute Eigenmittelausstattung der SaarLB zeigt sich auch im Ergebnis der aufsichtsrechtlich (nach CRR) geforderten Stresstests: Selbst unter Annahme eines konjunkturellen Abschwungs liegt zum Berichtsstichtag die Gesamtkennziffer noch bei 12,0 % (31.12.2014: 10,9 %), die Kernkapitalquote bei 11,8 % (31.12.2013: 10,5 %), und die harte Kernkapitalquote bei 8,7 % (31.12.2014: 7,7 %).

Ökonomisches Kapital (Risikotragfähigkeit)

Neben der Sicherstellung der aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen ist die Sicherung der ökonomischen Risikotragfähigkeit, die sich aus der Gegenüberstellung von Risikokapital (Risikodeckungsmasse) und Risikokapitalbedarf ergibt, zentraler Bestandteil der Steuerung in der SaarLB.

Die Risikodeckungsmasse ermittelt sich grundsätzlich auf Basis der IFRS-Rechnungslegung und gibt Auskunft darüber, bis zu welcher Höhe unerwartete Verluste aus eingegangenen Risiken tatsächlich getragen werden können:[5]

Komponenten der verfügbaren Deckungsmasse (in Mio. EUR)	**31.12.2015**	**31.12.2014**	**Delta**
Ergebnis nach Steuern (Minimum YtD und HoRe)	59,2	51,4	+7,8
+ Grundkapital	250,1	250,1	-
+ Kapitalrücklagen	69,1	69,1	-
+ Gewinnrücklagen	287,3	238,2	+49,1
+ Unbefristete stille Einlagen	9,5	24,5	-15,0
+ Befristete stille Einlagen	233,6	218,6	+15,0
+ Genussrechte	0,0	0,0	-
+ Nachrangige Verbindlichkeiten	25,5	25,5	-
+ Neubewertungsrücklage	68,0	72,6	-4,6
Risikodeckungsmasse	**1.002,3**	**950,0**	**+52,3**
./. Immaterielle Vermögenswerte	5,0	4,0	+1,0
./. Saldo aus stillen Lasten und stillen Reserven aus Wertpapieren (LaR und HtM)	-2,6	-5,7	+3,1
./. Korrektur Eigenkapital wegen Überhang aus latenten Steuern	-26,5	-17,8	-8,7
Liquidationsdeckungsmasse	**+1.026,4**	**+969,5**	**+56,9**
./. Verluste aus ausgefallenen Positionen	0,0	18,5	-18,5
./. Erwartete Verluste des Risikobetrachtungshorizonts	30,3	35,5	-5,2
Verfügbare Deckungsmasse	**+996,0**	**+915,4**	**+80,6**

Die Risikodeckungsmasse steigt im Vergleich zum Vorjahr vor allem aufgrund der gestiegenen Gewinnrücklagen. Verluste aus ausgefallenen Positionen werden ab dem Berichtsstichtag nicht mehr als Abzugsposition bei der verfügbaren Deckungsmasse behandelt, sondern als zusätzliche Kapitalbedarfe auf der Risikoseite berücksichtigt. Eine Kündigung von unbefristeten Einlagen führte zu einer Veränderung der Struktur der Risikodeckungsmasse, die absolute Höhe blieb von dieser Maßnahme unberührt.

Die verfügbare Deckungsmasse ergibt sich aus der Risikodeckungsmasse durch mindernde Berücksichtigung weiterer Effekte:

- In der Liquidationsdeckungsmasse werden Elemente der Deckungsmasse korrigiert, die im Falle einer Liquidation anders anzurechnen wären.
- Zusätzlich werden Puffer für mögliche Verringerungen der Risikodeckungsmasse im einjährigen Betrachtungshorizont abgesetzt, die in der weiteren Modellierung der ökonomischen Risikotragfähigkeitsrechnung nicht mehr explizit berücksichtigt werden.

[5] Aufgrund des einjährigen Betrachtungszeitraums werden in der Risikodeckungsmasse nicht die Eigenkapitalpositionen zum Stichtag sondern die (ggf. durch Fälligkeiten im Betrachtungszeitraum reduzierten) Werte ein Jahr nach dem Stichtag angesetzt.

Im Rahmen der ökonomischen Risikotragfähigkeitsrechnung (ICAAP) überwacht die SaarLB ihr Risikoprofil und stellt durch monatliche Gegenüberstellung von aus der verfügbaren Deckungsmasse allokiertem Risikokapital und Risikokapitalbedarf die Risikotragfähigkeit sicher. Zur Ermittlung des Risikokapitalbedarfs erfolgt eine konsistente Betrachtung aller wesentlichen Risikoarten. Die Risiken werden auf Gesamtbankebene zu einer Gesamteinschätzung des vorhandenen Risikos zusammengeführt. Dabei wird zur Berechnung des Risikokapitalbedarfs im ICAAP grundsätzlich die Value at Risk (VaR)-Methodik mit einem Konfidenzniveau von 99,95 % angewandt. Die Limitierung erfolgt auf Ebene der einzelnen Risikoarten sowie übergreifend durch das (insgesamt) allokierte Risikokapital. Annahmen und Ergebnisse der Risikoquantifizierung sind wenigstens jährlich zu validieren.

Die Ergebnisse der ICAAP-Risikotragfähigkeitsrechnung zum Berichtsstichtag sind in der nachfolgenden Übersicht dargestellt:

Ökonomische Risikotragfähigkeit:	**31.12.2015**			**31.12.2014**		
Kapitalbedarfe und Deckungsmasse (in Mio. EUR)	**Kapital-bedarf**	**Limit**	**Aus-lastung**	**Kapital-bedarf**	**Limit**	**Aus-lastung**
Adressenrisiko	188,7	315,0	60 %	217,6	315,0	69 %
davon Ausfallrisiko	(114,9)	(180,0)	64 %	(136,6)	(180,0)	76 %
davon Credit Spread-Risiko	(73,7)	(135,0)	55 %	(81,0)	(135,0)	60 %
Marktrisiko	78,8	150,0	53 %	45,9	90,0	51 %
Operationelles Risiko	6,8	10,0	68 %	6,8	10,0	68 %
Reputationsrisiko	0,0	5,0	0 %	0,0	2,0	0 %
Immobilienrisiko	12,5	15,0	83 %	13,1	15,0	87 %
Strategisches Risiko/Geschäftsrisiko	75,3	90,0	84 %	76,0	90,0	84 %
Summe	**362,1**	**585,0**	**62 %**	**359,4**	**522,0**	**69 %**
Verfügbare Deckungsmasse	**996,0**			**915,4**		
Freie ökon. Deckungsmasse	**633,9**			**556,1**		

Die Risikotragfähigkeit der SaarLB war im gesamten Berichtszeitraum (sowohl insgesamt als auch auf Ebene der einzelnen Risikoarten) jederzeit uneingeschränkt gegeben.

Neben dem ICAAP-Risikokapitalbedarf werden zusätzlich Risikokapitalbedarfe in mehreren Szenarien ermittelt, u. a. in einem über alle Risikoarten hinweg unter konsistenten Annahmen modellierten schweren konjunkturellen Abschwung. Bzgl. Adressenrisiken wird bspw. eine branchenspezifische Verschlechterung des Kreditportfolios und eine weitere Ausweitung der Credit Spreads angenommen, für alle anderen Risikoarten gelten ebenfalls verschärfte Annahmen.

Schwerer konjunktureller Abschwung: Kapitalbedarfe und Deckungsmasse (in Mio. EUR)	31.12.2015	31.12.2014
Adressenrisiko	175,0	214,3
davon Ausfallrisiko	(101,9)	(140,0)
davon Credit Spread-Risiko	(73,1)	(74,3)
Marktrisiko	72,5	41,3
Operationelles Risiko	3,4	3,4
Reputationsrisiko	0,0	0,0
Immobilienrisiko	9,6	10,1
Strategisches Risiko/Geschäftsrisiko	39,7	40,0
Summe	**300,2**	**309,1**
Freie ökon. Deckungsmasse	**633,9**	**556,1**
Freie ökon. Deckungsmasse nach Stress	**333,7**	**247,0**

Die Kapitalbedarfe sinken im Berichtszeitraum vor allem im Adressenausfallrisiko aufgrund von Rückgängen des Kapitalbedarfs wesentlicher Risikoengagements (Tilgungen und/oder Ratingverbesserungen). Gleichzeitig steigt die freie ökonomische Deckungsmasse merklich an. Insgesamt übertrifft die freie ökonomische Deckungsmasse damit auch unter Annahme eines schweren wirtschaftlichen Abschwungs zum Berichtsstichtag die Kapitalbedarfe weiterhin deutlich.

Angaben zu Finanzinstrumenten

Die Angaben zu den sich aus Finanzinstrumenten ergebenden Risiken gemäß IFRS 7 können dem Risikobericht entnommen werden.

(63) Fair Value der Finanzinstrumente

Überblick

in TEUR	Fair Value 2015	Buchwert 2015	Fair Value 2014	Buchwert 2014
Aktiva	**14.188.853**	**13.909.715**	**16.847.002**	**16.445.309**
Barreserve	211.784	211.784	299.400	299.400
Forderungen an Kreditinstitute	1.787.969	1.786.620	2.319.645	2.310.021
Forderungen an Kunden	9.138.977	8.863.779	9.264.438	8.881.089
Handelsaktiva	363.322	363.322	476.675	476.675
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (Hedge Accounting)	116.760	116.760	135.535	135.535
Finanzanlagen	2.561.125	2.558.533	3.680.782	3.674.309
Wertpapierpensions- und leihegeschäfte	1.880	1.880	664.068	661.821
Anteile an at-Equity bewerteten Unternehmen	5.785	5.785	5.923	5.923
Sonstige Aktiva	1.251	1.251	536	536
Passiva	**13.219.602**	**13.133.944**	**15.806.525**	**15.637.024**
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.590.861	3.545.503	4.943.347	4.880.331
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	5.254.501	5.237.113	4.675.008	4.644.753
Verbriefte Verbindlichkeiten	3.699.607	3.676.696	5.271.509	5.196.321
Handelspassiva	412.665	412.665	542.589	542.589
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (Hedge Accounting)	28.468	28.468	27.620	27.620
Sonstige Passiva	29.959	29.959	36.570	36.570
Nachrangkapital	203.541	203.541	309.882	308.840

Die Differenz zwischen den Fair Values und den Buchwerten beträgt bei den Aktiva TEUR 279.139 (Vorjahr TEUR 401.693) und bei den Passiva TEUR 85.658 (Vorjahr TEUR 169.501).

Die Fair Values der zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten und in den Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sowie im Nachrangkapital enthaltenen Darlehen werden für Notes-Zwecke auf Basis der Barwertmethode ermittelt. Bei Forderungen erfolgt die Diskontierung unter Verwendung von

- (risikolosen) währungs- und laufzeitkongruenten Zinskurven,
- Liquiditätsspreads,
- einheitlichen Verwaltungskostenzuschlägen,
- risikoadäquaten Spreads (Bonitätsrisiko) sowie

- ratingabhängigen Eigenkapitalkostenzuschlägen.

Die Ermittlung der risikoadäquaten Spreads wird in Abhängigkeit vom Rating, der Zinsbindung und der Tilgungshöhe vorgenommen.

Bei Verbindlichkeiten bleiben risikoadäquate Spreads sowie ratingabhängige Eigenkapitalkostenzuschläge unberücksichtigt.

Die Barreserve, die sonstigen in den Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden enthaltenen Konten sowie in den sonstigen Aktiva und Passiva ausgewiesenen Posten werden mit den Nominalwerten angegeben.

Die Fair Values bei den verbrieften Verbindlichkeiten basieren auf Kursen, die die Bank als Emittent selbst festlegt.

Zu den Methoden und Annahmen zur Fair Value Ermittlung bei Handelsaktiva und –passiva (einschließlich den negativen Marktwerten aus derivativen Finanzinstrumenten aus dem Hedge Accounting) und den Finanzanlagen (einschließlich Wertpapierpensionsgeschäften) vgl. Note (8).

Fair Values nach Klassen

Aktiva

in TEUR	Fair Value 2015	Fair Value 2014
Barreserve	**211.784**	**299.400**
Forderungen an Kreditinstitute	**1.787.969**	**2.319.645**
Verrechnungs- bzw. Girokonten	155.491	207.446
Tages- und Termingelder	1.390.017	1.396.527
Darlehen	228.937	630.926
sonstige Forderungen	13.524	84.747
Forderungen an Kunden	**9.138.977**	**9.264.438**
Verrechnungs- bzw. Girokonten	270.092	241.247
Tages- und Termingelder	410.646	447.537
Darlehen	8.435.082	8.547.142
sonstige Forderungen	23.157	28.512
Handelsaktiva	**363.321**	**476.675**
Zinsbezogene Geschäfte	356.503	469.818
Aktienbezogene Geschäfte	4.824	5.098
Währungsbezogene Geschäfte	1.975	1.341
Kreditderivate	19	417
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (Hedge Accounting)	**116.760**	**135.535**
Zinsbezogene Geschäfte	116.760	135.535
Finanzanlagen	**2.602.709**	**3.680.782**
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	**2.503.585**	**3.615.380**
Geldmarktpapiere	0	439.675
Anleihen und Schuldverschreibungen	2.503.585	3.175.705
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	**28.279**	**9.148**
Aktien	214	469
Investmentanteile	28.064	8.679
Sonstige nicht festverzinsliche Wertpapiere	1	0
Anteile an Tochterunternehmen	**100**	**100**
Gemeinschaftsunternehmen nicht konsolidiert	**88**	**88**
Assoziierte nicht konsolidierte Unternehmen	**2.205**	**2.205**
Sonstige Beteiligungen	**26.869**	**53.862**
Zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte	**41.583**	**0**
Wertpapierpensions- und leihegeschäfte	**1.880**	**664.068**
Anteile an at-Equity bewerteten Unternehmen	**5.784**	**5.923**
Sonstige Aktiva	**1.251**	**536**

Passiva

in TEUR	Fair Value 2015	Fair Value 2014
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	**3.590.861**	**4.943.347**
Verrechnungs- bzw. Girokonten	119.144	707.244
Tages- und Termingelder	1.347.007	1.516.085
Darlehen	2.117.111	2.586.374
sonstige Verbindlichkeiten	7.599	133.644
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	**5.254.500**	**4.675.008**
Verrechnungs- bzw. Girokonten	1.280.061	1.145.730
Tages- und Termingelder	1.365.582	786.178
Darlehen	1.907.383	2.097.680
Bauspar- und Spareinlagen	643.556	568.787
sonstige Verbindlichkeiten	57.918	76.633
Verbriefte Verbindlichkeiten	**3.699.607**	**5.271.509**
Handelspassiva	**412.665**	**542.589**
Zinsbezogene Geschäfte	401.260	536.163
Aktienbezogene Geschäfte	4.824	5.098
Währungsbezogene Geschäfte	6.495	1.159
Kreditderivate	86	169
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (Hedge Accounting)	**28.468**	**27.620**
Zinsbezogene Geschäfte	28.468	27.620
Sonstige Passiva	**29.959**	**36.570**
Nachrangkapital	**203.541**	**309.882**

(64) Level-Angaben für zum Fair Value bilanzierte Finanzinstrumente

Allgemeine Levelangaben

	Level 1		Level 2		Level 3		Summe	
in TEUR	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014
Handelsaktiva	**6.494**	**9.853**	**356.828**	**466.404**	**-**	**417**	**363.322**	**476.674**
Zinsbezogene Geschäfte	1.669	4.756	354.834	465.062	-	-	356.503	469.818
Aktienbezogene Geschäfte	4.825	5.098	-	-	-	-	4.825	5.098
Währungsbezogene Geschäfte	-	-	1.975	1.341	-	-	1.975	1.341
Kreditderivate	-	-	19	-	-	417	19	417
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (Hedge Accounting)	**-**	**-**	**116.760**	**135.535**	**-**	**-**	**116.760**	**135.535**
Zinsbezogene Geschäfte	-	-	116.760	135.535	-	-	116.760	135.535
Finanzanlagen	**1.880.395**	**2.002.296**	**352.107**	**697.835**	**197.766**	**726.050**	**2.430.267**	**3.426.181**
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	**1.856.058**	**1.996.204**	**306.797**	**695.248**	**168.479**	**669.515**	**2.331.333**	**3.360.967**
Geldmarktpapiere	-	-	-	-	-	439.675	-	439.675
Anleihen und Schuldverschreibungen	1.856.058	1.996.204	306.797	695.248	168.479	229.840	2.331.333	2.921.293
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	**24.337**	**6.092**	**3.727**	**2.587**	**214**	**469**	**28.278**	**9.148**
Aktien	-	-	-	-	214	469	214	469
Investmentanteile	24.337	6.092	3.727	2.587	-	-	28.064	**8.679**
Sonstige nicht festverzinsliche Wertpapiere	-	-	-	-	-	-	-	-
Tochterunternehmen	**-**	**-**	**-**	**-**	**-**	**-**	**-**	**-**
Assoziierte nicht konsolidierte Unternehmen	**-**	**-**	**-**	**-**	**-**	**-**	**-**	**-**
Sonstige Beteiligungen (inkl. zur Veräußerung gehaltene)	**-**	**-**	**-**	**-**	**70.656**	**56.066**	**70.656**	**56.066**
Wertpapierpensions- und leihegeschäfte	**1.880**	**96.371**	**-**	**200.188**	**-**	**-**	**1.880**	**296.560**
Handelspassiva	**6.494**	**9.959**	**406.171**	**532.629**	**-**	-	**412.665**	**542.589**
Zinsbezogene Geschäfte	1.669	4.861	399.590	531.302	-	-	401.259	536.163
Aktienbezogene Geschäfte	4.825	5.098	-	-	-	-	4.825	5.098
Währungsbezogene Geschäfte	-	-	6.495	1.159	-	-	6.495	1.159
Kreditderivate	-	-	86	169	-	-	86	169
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (Hedge Accounting)	**-**	**-**	**28.468**	**27.620**	**-**	**-**	**28.468**	**27.620**
Zinsbezogene Geschäfte	-	-	28.468	27.620	-	-	28.468	27.620

Level 1:

Dem Level 1 sind diejenigen Finanzinstrumente zugeordnet, bei denen ein transaktionsbasierter Preis bzw. Kurs am bzw. kurz vor oder nach dem Bilanzstichtag bei nicht unwesentlichem Handelsvolumen festgestellt werden konnte. Hierzu gehören bei Derivaten insbesondere Kurse, die an der EUREX festgestellt worden sind. Demzufolge stellt

der SaarLB Konzern unter Level 1 Wertpapiere, für die ein auf einem aktiven Markt notierter Preis vorliegt sowie börsengehandelte Derivate dar.

Level 2:

Dem Level 2 sind Finanzinstrumente zugeordnet, bei denen die Inputparameter, die sich signifikant auf den Fair Value auswirken, zur Ermittlung des Fair Value ausschließlich am Markt beobachtbar sind. Dies trifft insbesondere auf nichtbörslich gehandelte Derivate zu, für deren Fair Value Ermittlung Bewertungsmodelle zur Anwendung kommen, bei denen am Markt beobachtbare Inputparameter einfließen (im Wesentlichen beobachtbare Zins- und Spreadkurven). Für Wertpapiere, die die Kriterien für Level 1 nicht erfüllen, deren Kurse aber am Markt beobachtbar sind, erfolgt eine Zuordnung zu Level 2, es sei denn es bestehen Hinweise, dass eine Zuordnung zu einem anderen Level sachgerecht ist.

Level 3:

Dem Level 3 sind Finanzinstrumente zugeordnet, bei denen die Kriterien für eine Zuordnung in Level 1 und Level 2 nicht vorlagen, d.h. bei denen die Inputparameter, die nicht am Markt beobachtbar sind, signifikanten Einfluss auf den Fair Value haben. Hierzu gehören Anleihen und Schuldverschreibungen, für die lediglich indikative Kurse (Kontrahentenpreise, die kein Angebot darstellen) vorliegen. Bei der SaarLB werden im geringen Umfang bei Kreditderivaten Credit-Spreads aus internen Ratings abgeleitet; aufgrund des signifikanten Einflusses der Credit-Spreads auf den Fair Value erfolgt eine Zuordnung dieser Derivate zu Level 3. Des Weiteren werden zu diesem Level Beteiligungen zugeordnet, die zum Fair Value bewertet werden.

Level-Angaben für Finanzinstrumente, die nicht zum Fair-Value bilanziert werden

In der folgenden Tabelle stellt die SaarLB die Angaben gem. IFRS 13.97 dar.

	Level 1		Level 2		Level 3		Summe	
in TEUR	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014
Barreserve	-	-	211.784	299.400	-	-	211.784	299.400
Forderungen an Kreditinstitute	-	-	1.746.989	2.038.590	40.980	281.055	1.787.969	2.319.645
Forderungen an Kunden	-	-	2.128.916	2.097.292	7.010.061	7.167.146	9.138.977	9.264.438
Finanzanlagen	45.238	77.202	80.406	476.598	46.608	68.121	172.252	621.921
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	45.238	77.202	80.406	109.089	46.608	68.121	172.252	254.412
Anleihen und Schuldverschreibungen	45.238	77.202	80.406	109.089	46.608	68.121	172.252	254.412
Wertpapierpensions- und leihegeschäfte	-	-	-	367.509	-	-	-	367.509
nicht konsolidierte Tochterunternehmen	-	-	-	-	100	100	100	100
nicht konsolidierte Gemeinschaftsunternehmen	-	-	-	-	88	88	88	88
Anteile an at-equity bewerteten Unternehmen	-	-			5.784	5.923	5.784	5.923
Sonstige Aktiva	-	-	1.251	536	-	-	1.251	536
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-	-	1.845.991	2.846.307	1.744.870	2.097.040	3.590.861	4.943.347
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	-	-	3.991.762	3.259.335	1.262.738	1.415.673	5.254.500	4.675.008
Verbriefte Verbindlichkeiten	-	-	3.699.607	5.271.509	-	-	3.699.607	5.271.509
Sonstige Passiva	-		29.959	36.570	-		29.959	36.570
Nachrangkapital	-	-	-	-	203.541	309.882	203.541	309.882

Sensitivitätsanalysen:

Die Bewertung der Beteiligungen erfolgt insbesondere in Abhängigkeit des sog. risikolosen Zinses und eines Risikozuschlags, der sich aus der Marktrisikoprämie sowie dem Betafaktor

(Abbildung von Branchenvolatilitäten) zusammensetzt. Werden die Inputparameter einheitlich um jeweils 10% erhöht bzw. reduziert, so verringert bzw. erhöht sich der Wert der zum Fair Value bewerteten Beteiligungen i.H.v. TEUR 10.338 (Vorjahr TEUR 19.558) um TEUR 22.218 (Vorjahr TEUR 6.006) bzw. um TEUR 44.194 (Vorjahr TEUR 7.143). Wird nur ein Inputparameter um 10% variiert, ist die Veränderung des Fair Values geringer.

Bezogen auf Level 3 konnte für diejenigen Finanzinstrumente, die mit einem indikativen Kurs bewertet sind, kein Stresstest zu den Inputparametern vorgenommen werden.

Zum 31.12.2015 haben wir keine wesentliche Umgliederung von Level 1 nach Level 2 vorgenommen, mit Ausnahme der Spezialfondspositionen. Für diese wurden aufgrund von Klarstellungen des Standardsetters hinsichtlich Verwendung Preise Dritter 147,0 Mio. Euro von Level 1 nach Level 2 umgegliedert. Die Umgliederungen wurden auf Basis der Endbestände zum 31. Dezember 2015 ermittelt. Darüber hinaus erfolgten keine nennenswerten Umgliederungen zwischen Level 1 und Level 2. Die Methode zur Bestimmung des Zeitpunktes der Umwidmung wird von der SaarLB zu den jeweiligen Bilanzstichtagen festgelegt. Dabei kommen die in Note (8) festgelegten Regelungen zur Level-Systematik zum tragen.

Spezielle Angaben zu Level 3

	31.12.2015		31.12.2014	
	erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte Handelsaktiva	Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte Finanzanlagen	erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenwerte Handelsaktiva	Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte Finanzanlagen
Anfangsbestand	**417**	**626.685**	**460**	**946.294**
Summe Gewinne oder Verluste	**-417**	**-1.505**	**-43**	**12.054**
in GuV	-417	5.710	-43	1.047
in Neubewertungsrücklage	-	-7.215	-	11.007
Erwerbe	-	-	-	571.817
Veräußerungen	-	-21.683	-	-9.243
Rückzahlungen	-	-500.000	-	-795.272
Wechselkurseffekte	-	74	-	61
Transfers aus Level 3	-	-	-	-
Transfers in Level 3	-	-	-	-
erstmalig zum Fair Value bewertete Beteiligungen	-	-	-	418
nicht mehr zum Fair Value bewertete Beteiligungen	-	-5.000	-	-78
Endbestand	-	**98.571**	**417**	**726.050**
Summe der Bewertungsgewinne/-verluste für Vermögenswerte, die am Ende der Periode im Bestand waren	-	-1.505	-43	-

Umgliederungen aus oder in den Level 3 können sich ergeben, wenn am Markt kein beobachtbaren Parameter mehr verfügbar oder gegenläufig wieder verfügbar sind. Im Geschäftsjahr 2015 wurden keine wesentlichen Umgliederungen aus Derivaten oder Finanzanlagen aus bzw. in Level 3 vorgenommen.

(65) Bewertungskategorien der Finanzinstrumente

in TEUR	2015	2014
Aktiva		
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	**654.223**	**753.422**
Fair Value Option	290.901	276.747
Finanzanlagen	290.901	276.747
Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte (Held-for-Trading)	363.322	476.675
Handelsaktiva	363.322	476.675
Bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestitionen (Held-to-Maturity)	**58.265**	**449.676**
Finanzanlagen	58.265	84.414
Wertpapierpensions- und leihegeschäfte	-	365.262
Kredite und Forderungen (Loans and Receivables)	**11.090.563**	**11.779.576**
Barreserve	211.784	299.400
Forderungen an Kreditinstitute[1)]	1.794.205	2.326.746
Forderungen an Kunden[1)]	8.971.929	8.989.368
Finanzanlagen	111.395	163.526
Sonstige Aktiva	1.251	536
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (Available-for-Sale)	**2.099.852**	**3.446.717**
Finanzanlagen	2.097.972	3.149.622
Wertpapierpensions- und leihegeschäfte	1.880	296.560
Sonstige Aktiva	-	536
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (Hedge Accounting)	**116.760**	**135.535**
Passiva		
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verbindlichkeiten	**412.665**	**542.589**
Fair Value Option	-	-
Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Verbindlichkeiten (Held-for-Trading)	412.665	542.589
Handelspassiva	412.665	542.589
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten (Liabilities measured at amortised cost)	**12.692.812**	**15.066.815**
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	3.545.503	4.880.332
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	5.237.113	4.644.753
Verbriefte Verbindlichkeiten	3.676.696	5.196.321
Nachrangkapital	203.541	308.840
Sonstige Passiva	29.960	36.570
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (Hedge Accounting)	**28.468**	**27.620**

1) ohne Absetzung der Risikovorsorge

(66) Nettogewinne oder –verluste aus Finanzinstrumenten

Die Nettogewinne bzw. -verluste aus Finanzinstrumenten je Kategorie umfassen die Bewertungs- und Veräußerungsergebnisse.

	Zinsüberschuss		Risikovorsorge		Ergebnis aus der Fair Value Bewertung		Ergebnis aus Sicherungs-geschäften		Ergebnis aus Finanzanlagen		Insgesamt	
in TEUR	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte oder finanzielle Verbindlichkeiten	11.254	2.137	-	-	15.542	48.990	-11.571	99.183	-	-	15.225	150.310
Fair Value Option	7.196	7.974	-	-	-6.001	6.317	-	-	-	-	1.195	14.291
Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte (Held-for-Trading)[1)]	4.058	-5.837	-	-	21.544	42.674	-11.571	99.183	-	-	14.030	136.020
Kredite und Forderungen (Loans and Receivables) [2)]	263.781	282.892	-3.795	-16.168	-	-	1.314	9.601	462	102	261.761	276.427
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (Available-for-Sale) [3)]	39.585	52.205	-	-	-	-	-	6	4.998	722	44.583	52.933
Bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestitionen (Held-to-Maturity)	4.741	6.027	-	-	-	-	-	-	-5	101	4.736	6.128
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten (Liabilities measured at amortised cost)	-194.664	-220.933	-	-	-	-	10.447	-111.504	-	-	-184.217	-332.437

[1)] inklusive Ergebnisse aus der Währungsumrechnung

[2)] inklusive Finanzanlagen der Kategorie Loans and Receivables.

[3)] inklusive Gewinnanteile an assoziierten Unternehmen, die nach der Equity-Methode bilanziert werden

Die Ergebnisse aus der Fair Value Bewertung der zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte in Höhe von TEUR -6.055 (Vorjahr TEUR 31.811) werden erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage innerhalb des Eigenkapitals ausgewiesen (siehe Note (61)).

(67) Derivative Geschäfte

Die nachstehenden Tabellen zeigen die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten zins- und fremdwährungsabhängigen sowie sonstigen Termingeschäfte und Kreditderivate. Der Schwerpunkt der Geschäfte dient zur Deckung von Zins-, Wechselkurs- oder Marktpreisschwankungen sowie dem kundenorientierten Handel.

Darstellung der Volumina

in TEUR	Nominalwerte 2015	Nominalwerte 2014	Marktwerte positiv 2015	Marktwerte negativ 2015
Zinsrisiken				
Zinsswaps	11.372.292	12.870.655	470.387	-425.858
dv. Zinsswaps im Hedge Accounting	2.290.752	2.046.957	127.765	-30.270
Swaptions	15.000	10.000	-	-1.063
Caps, Floors	1.416.656	1.504.468	1.138	-1.139
Futures	1.308.896	1.287.707	1.737	-1.668
Zinsrisiken insgesamt	**14.112.844**	**15.672.830**	**473.262**	**-429.728**
Währungsrisiken				
Devisentermingeschäfte	400.822	124.193	1.964	-6.483
Währungsswaps/Zins-Währungsswaps	-	-	-	-
Devisenoptionen	1.190	-	10	-12
- Käufe	595	-	10	-
- Verkäufe	595	-	-	-12
Währungsrisiken insgesamt	**402.012**	**124.193**	**1.974**	**-6.495**
Aktien- und sonstige Preisrisiken				
Indexoptionen	184.630	440.996	2.941	-2.941
- Käufe	92.315	220.498	2.941	-
- Verkäufe	92.315	220.498	-	-2.941
Aktienoptionen	38.964	106.252	1.364	-1.364
- Käufe	19.482	53.126	1.364	-
- Verkäufe	19.482	53.126	-	-1.364
Futures	75.481	54.639	519	-519
Aktien- und sonstige Preisrisiken insgesamt	**299.075**	**601.887**	**4.824**	**-4.824**
Risiken aus Kreditderivaten				
Sicherungsnehmer	-	-	-	-
Sicherungsgeber	30.000	30.000	19	-86
Risiken aus Kreditderivaten insgesamt	**30.000**	**30.000**	**19**	**-86**
Insgesamt	**14.843.931**	**16.428.910**	**480.079**	**-441.133**

Fristengliederung

	Nominalwerte							
	Zinsrisiken		Währungsrisiken		Aktien- und sonstige Preisrisiken		Risiken aus Kreditderivaten	
in TEUR	2015	2014	2015	2014	2015	2014	2015	2014
Restlaufzeiten								
bis 3 Monate	206.260	429.000	320.098	99.483	270.401	573.263	-	-
bis 1 Jahr	1.504.584	2.248.022	48.847	24.710	28.674	28.587	-	-
bis 5 Jahre	6.489.491	7.271.693	33.067	-	-	37	30.000	30.000
über 5 Jahre	5.912.509	5.724.115	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	**14.112.844**	**15.672.830**	**402.012**	**124.193**	**299.075**	**601.887**	**30.000**	**30.000**

Die Angabe basiert auf vertraglichen Restlaufzeiten. Für weitere im Zusammenhang stehende Angaben verweisen wir auf den Risikobericht.

Kontrahentengliederung

	Nominalwerte		Marktwerte positiv		Marktwerte negativ	
in TEUR	2015	2014	2015	2014	2015	2014
Banken in der OECD	11.694.004	13.117.494	344.436	442.633	-429.851	-557.542
Öffentliche Stellen in der OECD	388.172	360.173	21.518	20.500	-670	-65
Sonstige Kontrahenten	2.758.085	2.951.243	114.125	149.077	-10.612	-12.602
Insgesamt	**14.840.261**	**16.428.910**	**480.079**	**612.210**	**-441.133**	**-570.209**

Angaben zur Kapitalflussrechnung

(68) Erläuterungen zu den Posten der Kapitalflussrechnung

Die Kapitalflussrechnung zeigt die Zahlungsströme des Geschäftsjahres, aufgeteilt in die Bereiche "operative Geschäftstätigkeit", "Investitionstätigkeit" und "Finanzierungstätigkeit".

Der ausgewiesene Zahlungsmittelbestand entspricht dem Bilanzposten Barreserve und enthält den Kassenbestand und die Guthaben bei Zentralnotenbanken.

Der Zahlungsmittelbestand unterliegt keinen Verfügungsbeschränkungen.

Als Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit werden Zahlungsvorgänge aus Forderungen an Kreditinstitute und Kunden, Wertpapieren (soweit nicht Finanzanlagen) und Derivaten sowie anderen Aktiva ausgewiesen. Die Zahlungsvorgänge aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden, aus verbrieften Verbindlichkeiten und anderen Passiva gehören ebenfalls zur operativen Geschäftstätigkeit. Auch die aus dem operativen Geschäft resultierenden Zins- und Dividendenzahlungen finden sich im Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit wieder.

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit zeigt Zahlungsvorgänge für Finanzanlagen und Sachanlagen (inkl. immaterielles Vermögen).

Der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit umfasst Zahlungen an stille Gesellschafter und Genussrechtsinhaber sowie Veränderungen aus Nachrangkapital.

Sonstige Angaben

(69) Nachrangige Vermögenswerte

Folgende Bilanzposten enthalten nachrangige Vermögenswerte:

in TEUR	2015	2014
Forderungen an Kreditinstitute	-	12.000
Finanzanlagen	10.020	10.000
Insgesamt	**10.020**	**22.000**

Bei dem in den Finanzanlagen enthaltenen nachrangigen Vermögenswert handelt es sich um eine Anleihe, die beim Emittenten als zusätzliches Kernkapital gem. Art. 52 CRR angerechnet wird.

(70) Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in Fremdwährung

in TEUR	2015	2014
Fremdwährungsaktiva	**319.155**	**470.790**
CAD	5.991	6.586
CHF	111.380	130.945
GBP	20.723	60.541
HKD	149	442
JPY	2.646	3.715
USD	176.641	255.427
Sonstige Währungen	1.625	13.134
Fremdwährungspassiva	**348.062**	**456.328**
CAD	412	2.211
CHF	7.677	93.537
GBP	2.000	28.964
HKD	81	436
JPY	361	382
USD	336.437	329.571
Sonstige Währungen	1.094	1.228

(71) Übertragene, aber nicht vollständig ausgebuchte finanzielle Vermögenswerte

Zum 31.12.2015 bestand kein derartiger Sachverhalt bei der SaarLB.

(72) Übertragene, vollständig ausgebuchte finanzielle Vermögenswerte

Die SaarLB hat in 2012 einen finanziellen Vermögenswert übertragen, der vollständig ausgebucht wurde, an dem sie jedoch noch ein anhaltendes Engagement besitzt. Das anhaltende Engagement bestand darin, dass für die ausgebuchte Forderung die Möglichkeit einer Rückzahlung besteht, sofern die Anteile an dem Kreditnehmer in den nächsten 12 Jahren mit Erlös veräußert werden. Die Forderung wurde für EUR 1 verkauft und es wurde weiterhin nicht davon ausgegangen, dass die Anteile an dem Kreditnehmer mit Gewinn verkauft werden. Aus diesem Grund betrug der beizulegende Zeitwert des anhaltenden Engagements zum 31.12.2012 EUR 0. Aus dem anhaltenden Engagement ergab sich für die SaarLB kein Verlustrisiko. Zum Zeitpunkt der Übertragung des finanziellen Vermögenswerts entstand der SaarLB ein Verlust iHv. TEUR 2.782.

In 2015 wurde von der Möglichkeit einer Rückzahlung Gebrauch gemacht und TEUR 240 vereinnahmt. Das anhaltende Engagement besteht nicht mehr.

(73) Als Sicherheit übertragene finanzielle Vermögenswerte

Die Sicherheitsleistungen betreffen Wertpapierpensions-, Tendergeschäfte mit der Europäischen Zentralbank (EZB) sowie Geschäfte an der European Exchange (EUREX), mit Clearstream Banking Frankfurt/Main sowie mit Clearstream Banking Luxemburg.

In diesen Fällen verbleiben im Wesentlichen alle mit dem Eigentum an den übertragenen Vermögenswerten verbundenen Risiken und Chancen beim SaarLB-Konzern.

Die als Sicherheit gestellten finanziellen Vermögenswerte entfallen auf folgende Bilanzposten:

in TEUR	2015	2014
Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden	482.469	494.529
Finanzanlagen	249.393	1.409.019
darunter:		
Sicherheiten, die vom Empfänger weiterveräußert oder weiterverpfändet werden dürfen	-	661.821
Insgesamt	**731.862**	**1.903.548**

Den übertragenen Vermögenswerten stehen Verbindlichkeiten in Höhe von TEUR 368.259 (Vorjahr TEUR 1.620.085) gegenüber.

Diese Transaktionen werden zu marktüblichen Konditionen ausgeführt.

(74) Erhaltene Sicherheiten, die weiterveräußert oder weiterverpfändet werden dürfen

Im Rahmen von Wertpapierpensions- und Wertpapierleihegeschäften können Vermögenswerte als Sicherheiten hereingenommen werden, die ohne Ausfall des Sicherungsgebers weiterveräußert oder weiterverpfändet werden dürfen. Zum 31.12.2015 waren keine derartigen Sicherheiten im Bestand.

(75) Leasinggeschäfte

Operating Leasing

SaarLB-Konzern als **Leasinggeber**:

in TEUR	2015	2014
Leasingvereinbarungen (Restlaufzeiten)	**2.807**	**4.225**
bis 1 Jahr	946	1.082
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	1.766	2.522
mehr als 5 Jahre	95	621

Bei den Leasingobjekten handelt es sich um Immobilien. Die Mietverträge reichen von unbefristeten Laufzeiten bis zu Verträgen mit festen Laufzeiten. Die längste Festlaufzeit endet am 30.09.2025. Nach Ende der Festlaufzeit gibt es teilweise die Möglichkeit der Vertragsverlängerung durch einseitige Mieteroption bzw. die Möglichkeit einer vertraglich ausgehandelten Laufzeitverlängerung, sofern kein Vertragspartner widerspricht. Bedingte Mietzahlungen bestehen nicht.

SaarLB-Konzern als **Leasingnehmer**:

in TEUR	2015	2014
Künftige Mindestleasingzahlungen aus unkündbaren Leasingvereinbarungen (Restlaufzeiten)	**1.466**	**1.619**
bis 1 Jahr	427	735
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	1.039	884
mehr als 5 Jahre	-	-

Die Leasingvereinbarungen betreffen im Wesentlichen die Anmietung von Betriebs- und Geschäftsausstattung. Die Verträge haben eine feste Laufzeit von 1 bis zu 5 Jahren. Optionen sowie bedingte Mietzahlungen bestehen nicht.

(76) Treuhandgeschäfte

Die Treuhandgeschäfte gliedern sich wie folgt:

in TEUR	2015	2014
Treuhandvermögen	**5.175**	**5.187**
Forderungen an Kreditinstitute	-	-
Forderungen an Kunden	5.175	5.187
Sonstige Forderungen	-	-
Treuhandverbindlichkeiten	**5.175**	**5.187**
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.193	4.148
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	982	1.039
Sonstige Verbindlichkeiten	-	-

(77) Eventualverbindlichkeiten und Andere Verpflichtungen

in TEUR	2015	2014
Eventualverbindlichkeiten	**391.797**	**229.125**
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	391.797	229.125
Andere Verpflichtungen	**1.067.759**	**578.522**
Unwiderrufliche Kreditzusagen	1.067.759	578.522
Insgesamt	**1.459.555**	**807.647**

Neben den vorstehend aufgeführten Kreditfazilitäten können bei der SaarLB Verluste aus Rechtsrisiken entstehen, deren Eintritt nicht wahrscheinlich, aber auch nicht unwahrscheinlich ist und für die keine Rückstellungen oder keine Rückstellung in voller Höhe gebildet wurden. Weder für den Eintrittszeitpunkt noch für die Höhe möglicher Erstattungen kann eine verlässliche Einschätzung vorgenommen werden. Je nach Ausgang der rechtlichen Verfahren kann sich die Einschätzung unseres Verlustrisikos als zu niedrig oder zu hoch erweisen. Für den weitaus größten Teil der Eventualverbindlichkeiten aus Rechtsrisiken erfolgt jedoch keine Inanspruchnahme und somit sind die Beträge nicht repräsentativ für die tatsächlichen künftigen Verluste. Zum 31. Dezember 2015 betrug die Eventualverbindlichkeit aus Rechtsrisiken TEUR 17.479 Euro.

Bei Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen erfolgt die Bildung von Rückstellungen (Note (57)), sofern eine Inanspruchnahme als wahrscheinlich angesehen wird.

(78) Sonstige finanzielle Verpflichtungen

in TEUR	2015	2014
Nachschussverpflichtungen gegenüber der Sicherungsreserve der Landesbanken	-	14.469
Nachschussverpflichtung sowie zusätzliche Mithaftung für andere Gesellschafter	2.712	2.712
Nicht eingeforderte Einzahlungsverpflichtungen	2.315	2.315
Verpflichtungen zur Übernahme von Anteilen	1.287	2.784
Zahlungsverpflichtung gegenüber der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung	1.199	-

An das institutsbezogene Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe (vormals Sicherungsreserve der Landesbanken) sind seit 2015 100% des festgestellten Jahresbeitrags zu zahlen. Eine Nachschussverpflichtung tritt daher nur im Haftungsfall ein.

Die Nachschussverpflichtung sowie die zusätzliche Mithaft für andere Gesellschafter ergeben sich aus dem GmbhG und dem HGB (Recht der Kommanditgesellschaften).

Die Verpflichtung zur Übernahme von Anteilen beruhen auf Satzung und Kapitalerhöhungsbeschlüssen.

Die Zahlungsverpflichtung gegenüber der Bundesanstalt für Finanzmarktstabilisierung ergibt sich aus dem Jahresbeitrag zum Restrukturierungsfonds für das Beitragsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2015 (sog. Bankenabgabe). 30% des festgesetzten Jahresbeitrags können in Form von in vollem Umfang abgesicherten Zahlungsverpflichtungen erbracht werden.

Darüber hinaus entstehen finanzielle Verpflichtungen im Rahmen der Operating-Leasingverträge und betreffen Miet- Nutzungs-, Service- und Wartungsverträge (Note (74)).

(79) Anteilsbesitz der Landesbank Saar

Die folgende Tabelle enthält die Aufstellung des Anteilsbesitzes der Landesbank Saar.

Name	Anmerkungen	Anteil in %	Eigenkapital/ Fondsvermögen TEUR [3]	Summe Vermögenswerte TEUR	Summe Verbindlichkeiten TEUR	Erlöse TEUR	Jahresergebnis TEUR [4]
In den Konzernabschluss einbezogene Spezialfonds	6)						
LB ImmoInvest Saar-Fonds, Hamburg	1)	100,00	-	42.001	1.514	2.360	1.225
SaarLB 1-Fonds, München	2)	0,00	-	157.857	3.650	2.718	-646
SBLB-Fonds, München	2)	100,00	-	67.365	-	1.804	-79
SBLB-2-Fonds, München	2)	100,00	-	67.504	-	1.812	433
SBLBHALBS-Fonds, München	2)	100,00	-	31.391	-	867	-53
In den Konzernabschluss einbezogene Tochterunternehmen							
SaarLB-Bankenbeteiligungsgesellschaft mbH, Saarbrücken	5) 6)	100,00	25	24.992	24.967	26.616	24.141
LBS Immobilien GmbH, Saarbrücken	5)	100,00	300	1.219	919	3.650	-
In den Konzernabschluss einbezogene assoziierte Unternehmen							
Gekoba-Gesellschaft für Gewerbe- und Kommunalbauten mbH, Saarbrücken	7)	38,00	5.484	21.406	15.921	7.122	-813
GSW-Saarländische Wohnungsbaugesellschaft mbH, Saarbrücken	7)	28,57	8.119	18.272	10.154	1.874	-191
NBV Beteiligungs GmbH, Hamburg	7)	21,33	15.071	15.084	13	1.349	1.312
In den Konzernabschluss nicht einbezogene Tochterunternehmen							
LBS Vertriebs GmbH, Saarbrücken	5)	100,00	25	267	242	973	-
IVS Immobilien Verwaltungs-GmbH Saar, Saarbrücken		50,10	50	50	-	-	-
LBS Gutachter GmbH, Saarbrücken		100,00	-25	43	68	143	-
In den Konzernabschluss nicht einbezogene Gemeinschaftsunternehmen							
TEGES Grundstücksvermietungsgesellschaft mbH, Berlin	7)	50,00	19	24	5	38	-1
In den Konzernabschluss nicht einbezogene assoziierte Unternehmen							
TEGES Grundstücksvermietungsgesellschaft mbH & Co. Objekt Berlin KG, Berlin	7)	47,01	-7.185	9.754	16.939	1.372	212
Saarländische Kapitalbeteiligungsgesellschaft mbH, Saarbrücken	7)	33,33	7.169	31.055	23.885	2.832	198
Saarländische Wagnisfinanzierungsgesellschaft mbH, Saarbrücken	7)	30,43	6.311	11.372	5.061	796	-384

Anmerkungen:

1) Erlöse betreffen Mietertrag abzüglich Verwaltungsaufwand

2) Erlöse betreffen Zinsertrag, Provisionsertrag und sonstiger Ertrag

3) Definition des Eigenkapitals gemäß § 266 Abs. 3A i.V.m. § 272 HGB

4) Jahresergebnis/Jahresfehlbetrag gemäß § 275 Abs. 2 Nr. 20 HGB

5) Mit diesen Gesellschaften besteht ein Ergebnisabführungsvertrag

6) Diese Tochterunternehmen inkl. der Spezialfonds haben ein vom Mutterunternehmen abweichendes Geschäftsjahr (31.03.)

7) Jahresabschlussangaben per 31.12.2014

(80) Verwaltungsorgane der SaarLB

Verwaltungsrat

Jan-Christian Dreesen
Stellvertretener Vorsitzender des Vorstandes, FC Bayern München AG, München
Vorsitzender

Dr. Alfons Lauer
Präsident, Sparkassenverband Saar, Saarbrücken
Stellvertretender Vorsitzender
verstorben am 21.01.2015

Thomas Klein
Bankangestellter, Landesbank Saar, Saarbrücken

Klaus Meiser
Landtagspräsident des Saarlandes, Saarbrücken

Anke Rehlinger
Ministerin, Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr, Saarbrücken

Daniela Schlegel-Friedrich
Landrätin, Kreis Merzig-Wadern, Merzig
(ab 01.10.2015)

Stephan Toscani
Minister, Ministerium für Finanzen und Europa, Saarbrücken

Cornelia Hoffmann-Bethscheider
Präsidentin, Sparkassenverband Saar, Saarbrücken
Stellvertretende Vorsitzende
(ab 01.08.2015)

Dr. Micheal Braun
Bereichsleiter Konzernstrategie und Konzernkommunikation, Bayerische Landesbank, München

Clemens Lindemann
Landrat a. D., Kirkel
(bis 30.09.2015)

Fred Metzken
Finanzvorstand, AG der Dillinger Hüttenwerke und Saarstahl AG, Dillingen

Thomas Roß
Bankangestellter, Landesbank Saar, Saarbrücken

Ralph Singer
Bankangestellter, Landesbank Saar, Saarbrücken

Luzia Welter
Bankangestellte, Landesbank Saar, Saarbrücken

Beauftragte der Aufsichtsbehörde:

Iris Jung
Ministerialrätin, Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr, Saarbrücken
(bis 17.01.2016)

Beauftragter der Aufsichtsbehörde:

Dominik Becker
Regierungsrat, Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie und Verkehr, Saarbrücken
(ab 18.01.2016)

Vorstand
bis 30.09.2015

Werner Severin
Vorsitzender des Vorstandes

Frank Eloy
Mitglied des Vorstandes

Dr. Matthias Böcker
Mitglied des Vorstandes

Vorstand
ab 01.10.2015

Werner Severin
Vorsitzender des Vorstandes

Gunar Feth
Stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes

Frank Eloy
Mitglied des Vorstandes

Dr. Matthias Böcker
Mitglied des Vorstandes

(81) Beziehungen zu nahe stehenden Unternehmen und Personen

Unternehmen und Personen gelten als nahe stehend, sofern eine Partei die andere mittelbar oder unmittelbar kontrolliert oder maßgeblichen Einfluss auf deren geschäftliche oder operative Entscheidungen ausüben kann. Zu den nahe stehenden Unternehmen und Personen des SaarLB-Konzerns gehören zum 31. Dezember 2015:

- das Saarland sowie dessen Tochter- und Gemeinschaftsunternehmen,
- alle Tochterunternehmen der Gemeinschaftsunternehmen des Saarlandes (bis auf die letzte Ebene),
- alle Tochter- und Gemeinschaftsunternehmen der Tochterunternehmen des Saarlandes (bis auf die letzte Ebene),
- Tochtergesellschaften und assoziierte Unternehmen der SaarLB,
- alle Gemeinschafts- und assoziierte Unternehmen der Tochterunternehmen der SaarLB (bis auf die letzte Ebene)
- alle Tochterunternehmen der assoziierten Unternehmen der SaarLB (bis auf die letzte Ebene)

- der Sparkassenverband Saar sowie dessen Tochter- und Gemeinschaftsunternehmen,
- Personen in Schlüsselpositionen, deren nahe Familienangehörige sowie Gesellschaften, die von diesen Personen oder deren nahen Familienangehörigen kontrolliert oder maßgeblich beeinflusst werden oder an denen dieser Personenkreis bedeutende Stimmrechte hält; Personen in Schlüsselpositionen sind Personen, die für die Planung, Leitung und Überwachung der Tätigkeiten der SaarLB direkt oder indirekt zuständig und verantwortlich sind. Hierzu zählen die Mitglieder des Vorstands und des Verwaltungsrats der SaarLB, Generalbevollmächtigte, sowie deren nahen Familienangehörigen.
- das Trägerunternehmen für Pensionspläne für SaarLB-Mitarbeiter, die nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses in Anspruch genommen werden.

Der SaarLB-Konzern unterhält geschäftliche Beziehungen zu nahe stehenden Unternehmen und Personen. Geschäfte mit diesen Unternehmen und Personen werden im Rahmen des normalen Geschäftsverlaufs durchgeführt und es gelten grundsätzlich die gleichen Bedingungen – ein-schließlich Zinssätzen und Sicherheiten – wie für im selben Zeitraum getätigte vergleichbare Geschäfte mit Dritten. Diese Geschäfte waren nicht mit ungewöhnlich hohen Einbringlichkeitsrisiken oder anderen ungünstigen Eigenschaften behaftet.

Eine Auflistung der Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen der SaarLB befindet sich in der Aufstellung des Anteilsbesitzes.

Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten sowie Hybridkapital an bzw. gegenüber nahe stehende Unternehmen[1)]:

in TEUR	31.12.2015	31.12.2014
Forderungen an Kreditinstitute	**6.196**	**11.408**
Tochter- und Gemeinschaftsunternehmen des Saarlandes	6.196	11.408
Forderungen an Kunden	**520.949**	**500.853**
Saarland	131.907	90.682
Tochter- und Gemeinschaftsunternehmen des Saarlandes [2)]	335.843	348.778
Tochterunternehmen	27.700	28.104
Gemeinschaftsunternehmen [2)]	14.976	15.293
Konsolidierte assoziierte Unternehmen	6.542	7.757
Nicht konsolidierte assoziierte Unternehmen [2)]	3.981	10.239
Handelsaktiva	**18.906**	**11.119**
Tochter- und Gemeinschaftsunternehmen des Saarlandes	18.906	11.119
Finanzanlagen	**9.989**	**71.418**
Saarland	9.989	71.418

in TEUR	31.12.2015	31.12.2014
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	**115.783**	**-**
Tochter- und Gemeinschaftsunternehmen des Saarlandes	115.783	-
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	**77.906**	**39.625**
Sparkassenverband Saar	28.304	19.836
Saarland	8.105	3.596
Tochter- und Gemeinschaftsunternehmen des Saarlandes	9.078	7.706
Tochterunternehmen [2)]	25.164	359
Konsolidierte assoziierte Unternehmen	101	21
Nicht konsolidierte assoziierte Unternehmen	7.154	8.107
Handelspassiva	**5.070**	**1.089**
Tochter- und Gemeinschaftsunternehmen des Saarlandes	5.070	1.089

1) Beträge ohne anteilige Zinsen

2) Anpassung der Vorjahreswerte

Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber der ZVK

in TEUR	31.12.2015	31.12.2014
Forderungen	**-**	**37**
Verbindlichkeiten	**44.867**	**39.836**
Verbindlichkeiten ggü. Kunden	24.867	19.836
Nachrangkapital	20.000	20.000

Aus Kreditverträgen und Einlagen sowie erbrachten Dienstleistungen in Verbindung mit nahestehenden Unternehmen und Personen ergaben sich folgende Aufwendungen und Erträge:

in TEUR	31.12.2015	31.12.2014
Erträge [1)]	**4.023**	**4.159**
Saarland	479	560
Tochter- und Gemeinschaftsunternehmen des Saarlandes	2.452	2.356
Konsolidierte assoziierte Unternehmen	183	121
Nicht konsolidierte assoziierte Unternehmen	885	1.108
Schlüsselpositionen	2	1
Verwaltungsratsmitglieder	22	13
Aufwendungen [1)]	**5.026**	**3.449**
Saarland	3	2
Tochter- und Gemeinschaftsunternehmen des Saarlandes	3.197	2.626
Konsolidierte assoziierte Unternehmen	2	-
Verwaltungsratsmitglieder	0	-
Zusatzversorgungskasse	1.824	821

1) Anpassung der Vorjahreswerte aufgrund Veränderungen im Kreis nahestehender Personen (Ausscheiden BayernLB)

Forderungen und Verbindlichkeiten an Vorstands- und Verwaltungsratsmitglieder der SaarLB

Der Gesamtbetrag der den Vorstands- bzw. Verwaltungsratsmitgliedern der SaarLB (einschließlich deren nahe Familienangehörigen) gewährten Kredite sowie erhaltenen Einlagen stellt sich wie folgt dar:

in TEUR	31.12.2015	31.12.2014
Forderungen	**1.485**	**1.494**
Mitglieder des Vorstandes SaarLB	28	9
Personen in Schlüsselpositionen [1)]	947	953
Mitglieder des Verwaltungsrats SaarLB	510	532
Verbindlichkeiten	**822**	**1.022**
Mitglieder des Vorstandes SaarLB	61	200
Personen in Schlüsselpositionen [1)]	293	277
Mitglieder des Verwaltungsrats SaarLB	468	545

1) Anpassung der Vorjahreswerte

Von nahen Familienangehörigen hat die SaarLB Einlagen i.H.v. TEUR 77 (Vorjahr TEUR 78) erhalten.

Bezüge der Vorstands- und Verwaltungsratsmitglieder der SaarLB

in TEUR	31.12.2015	31.12.2014
Mitglieder des Vorstandes der SaarLB	**3.045**	**2.192**
Kurzfristig fällige Leistungen	1.890	1.592
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	1.155	600
Aufwendungen für leistungsorientierte Pläne	1.155	600
Mitglieder des Verwaltungsrates der SaarLB	**649**	**794**
Kurzfristig fällige Leistungen für Aufsichtsratstätigkeit	261	268
Kurzfristig fällige Leistungen für Arbeitsleistung	388	526
Frühere Mitglieder des Vorstandes der SaarLB und deren Hinterbliebene	**1.777**	**1.371**
Für Mitglieder des Vorstandes der SaarLB gebildete Pensionsrückstellungen	**13.484**	**13.424**
Für frühere Mitglieder des Vorstandes der SaarLB und deren Hinterbliebene gebildete Pensionsrückstellungen	**26.170**	**23.194**

Die als Zinsaufwand erfasste Aufzinsung der Pensionsrückstellungen beträgt TEUR 787 (Vorjahr TEUR 1.049).

(82) Honorar für den Abschlussprüfer

Das im Berichtsjahr als Aufwand erfasste Honorar für den Abschlussprüfer setzt sich wie folgt zusammen:

in TEUR	2015	2014
Abschlussprüfungen	878	773
Sonstige Bestätigungs- oder Bewertungsleistungen	183	194
Steuerberatungsleistungen	22	-
Sonstige Leistungen	362	240
Insgesamt	**1.444**	**1.206**

(83) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Durchschnittlicher Personalstand während des Berichtsjahres:

in TEUR	2015	2014
Beschäftigte im Jahresdurchschnitt	**552**	**552**
davon Vollzeitbeschäftigte	403	410
davon Teilzeitbeschäftigte	126	119
davon Auszubildende	23	23
Weiblich	**262**	**266**
Männlich	**290**	**286**

Die Mitarbeiterzahl bei den at-Equity einbezogenen assoziierten Unternehmen beträgt im Jahresdurchschnitt 35 (Vorjahr 28).

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Nach bestem Wissen versichern wir, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Saarbrücken, 23. März 2016

Landesbank Saar

Der Vorstand

Werner Severin Gunar Feth Frank Eloy Dr. Matthias Böcker

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der Landesbank Saar, Saarbrücken, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Konzern-Bilanz, Konzern-Gesamtergebnisrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Konzernanhang – sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2015 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegt in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Saarbrücken, den 23. März 2016

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Jürgen Breisch
Wirtschaftsprüfer

ppa. Thomas Apitzsch
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Verwaltungsrates

Im abgelaufenen Geschäftsjahr hat der Verwaltungsrat die Geschäftsführung des Vorstandes überwacht. Verwaltungsrat und Risikoausschuss haben regelmäßig Berichte über die Entwicklung und die Geschäftslage der Bank sowie über wichtige Geschäftsvorgänge entgegengenommen und diese mit dem Vorstand der Bank erörtert. Der Prüfungsausschuss hat sich mit den Abschlussprüfungen sowie den internen Kontrollverfahren der Bank befasst und mit dem Vorstand erörtert. In den Sitzungen des Verwaltungsrates wurde regelmäßig über die wesentlichen Inhalte der Sitzungen des Risikoausschusses, des Prüfungsausschusses und des neu gebildeten Vergütungskontrollausschusses berichtet.

Im Rahmen der engen und vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Verwaltungsrat und Vorstand wurden neben den regelmäßigen Berichten und der jährlichen Erörterung der Geschäfts- und Risikostrategie sowie der IT-Strategie insbesondere die Maßnahmen und weitere Planung zur Stärkung des Eigenkapitals, die Erstellung des ersten Sanierungsplans und die Bildung des Vergütungskontrollausschusses begleitet.

Der Verwaltungsrat und der Risikoausschuss haben, soweit nach der Satzung vorgesehen, bei den Geschäften der Bank mitgewirkt und die erforderlichen Beschlüsse gefasst.

Die Organe der Bank haben in ihren Sitzungen am 21. April 2016 die Einhaltung der unternehmenseigenen Corporate Governance-Grundsätze, zu denen sich die SaarLB freiwillig verpflichtet hat, erörtert und festgestellt, dass keine Anhaltspunkte bekannt sind, die im Geschäftsjahr 2015 einer Einhaltung dieser Grundsätze widersprechen.

Den Lagebericht und den Jahresabschluss, den Konzernlagebericht und den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2015 sowie den Vorschlag für die Gewinnverwendung hat der Verwaltungsrat mit dem Vorstand beraten.

Jahresabschluss und Lagebericht sowie Konzernabschluss und Konzernlagebericht zum 31. Dezember 2015 wurden durch den Abschlussprüfer, die PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, geprüft und erhielten den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk.

Der Verwaltungsrat hat das Prüfungsergebnis zustimmend zur Kenntnis genommen und den HGB-Jahresabschluss zum 31. Dezember 2015 am 21. April 2016 festgestellt. Der IFRS-Konzernabschluss für das zum 31. Dezember 2015 endende Geschäftsjahr wurde vom Verwaltungsrat gebilligt. Dem Vorstand wurde Entlastung erteilt.

Saarbrücken, den 21. April 2016

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates

Jan-Christian Dreesen

Finanzbericht der SaarLB -

Konzernabschluss 2014 nach IFRS

Abkürzungsverzeichnis

BayernLB	Bayerische Landesbank, München
BilMoG	Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz
BIP	Bruttoinlandsprodukt
bzw.	beziehungsweise
CIR	Cost-Income-Ratio
CRD	Capital Requirements Directive
CRR	Capital Requirements Regulation
DAX	Deutscher Aktienindex
DSGV	Deutsche Sparkassen- und Giroverband e. V.
EBA	European Banking Authority
EE	Erneuerbare Energien
EK	Eigenkapital
EU	Europäische Union
EUR	Euro
EZB	Europäische Zentralbank
FK	Fremdkapital
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
HGB	Handelsgesetzbuch
HoRe	Hochrechnung
ICAAP	Internal Capital Adequacy Assessment Process
i. d. R.	in der Regel
i. V. m.	in Verbindung mit
i. H. v.	in Höhe von
IFRS	International Financial Reporting Standards
IKS	Internes Kontrollsystem
IRBA	Internal Ratings Based Approach
IT	Informationstechnologie
KWG	Kreditwesengesetz
LBS	Landesbausparkasse Saar, Saarbrücken
MaRisk	Mindestanforderungen an das Risikomanagement
MaH	Mindestanforderungen an das Betreiben von Handelsgeschäften

Mio.	Millionen
Mrd.	Milliarden
OE	Organisationseinheit
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OpRisk	Operationelles Risiko
PPP	Public Private Partnership
rd.	rund
ROE	Return on Equity
RWA	Risk-Weighted Assets
SaarLB	Landesbank Saar, Saarbrücken
SNB	Schweizerische Natonalbank
SolvV	Solvabilitätsverordnung
u. a.	unter anderem
US-GAAP	United States Generally Accepted Accounting Principles
v. a.	vor allem
VaR	Value at Risk
YtD	Year to Date

Übersicht

Die SaarLB

Der Landesbank Saar Konzern (im Folgenden „SaarLB“ genannt) ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Saarbrücken.

Im April 2014 wurde die bereits im Lagebericht zum Jahresabschluss 2013 angekündigte Übernahme der Anteile der BayernLB durch das Saarland vollzogen. Die Trägerstruktur der SaarLB stellt sich demnach zum 31.12.2014 wie folgt dar:

Saarland:	74,90 %
Sparkassenverband Saar, Saarbrücken:	25,10 %

Strategischer Anspruch der SaarLB ist der Auftritt als die deutsch-französische Regionalbank mit den Schwerpunkten Firmenkundengeschäft, Immobiliengeschäft, Spezialfinanzierungen im Bereich Erneuerbare Energien („EE“) und Betreuung von Institutionellen, der Öffentlichen Hand/Kommunen sowie von Vermögenden Privatkunden (Wealth Management). Das Geschäft der SaarLB wird zentral von Saarbrücken aus gesteuert. Für das französische Geschäft bestehen zusätzlich neben einer Niederlassung in Metz auch Vertriebsbüros in Straßburg und Paris.

Die zur SaarLB gehörende Landesbausparkasse Saar (LBS) finanziert im Rahmen des Bauspargeschäftes überwiegend privat genutzte Immobilien.

Aufgrund ihrer Historie und ihrer Eigentümerstruktur ist die SaarLB integraler Bestandteil der Sparkassen-Finanzgruppe und misst der Verbundarbeit insbesondere mit den saarländischen Sparkassen bei gleichzeitiger Konzentration auf die Kernkompetenzen hohe Priorität bei. Die SaarLB ist Zentralbank der Sparkassen und übt die Hausbankfunktion für das Saarland aus.

Zwischen der SaarLB und ihren Gesellschaftern sind jeweils Commitments getroffen, die u. a. die dauerhafte Eigenständigkeit der Bank sowie ihre Weiterentwicklung zur deutsch-französischen Regionalbank gewährleisten sollen. Darüber hinaus existiert eine Rahmenvereinbarung mit dem Sparkassenverband Saar über die Grundsätze der Zusammenarbeit zwischen den saarländischen Sparkassen und der SaarLB. Die verbindliche Ausgestaltung erfolgt im Rahmen der Geschäfts- und Risikostrategie der Bank.

Der gesamte Zielmarkt umfasst Saarland, angrenzende Regionen in Südwestdeutschland und Frankreich sowie Luxemburg. Für das Geschäft im Bereich Erneuerbare Energien ist der Kernmarkt der SaarLB in Deutschland und Frankreich überregional, jeweils in Abhängigkeit von den geografischen Rahmenbedingungen, die für das erfolgreiche Betreiben der EE-Anlagen erforderlich sind. Zielgeschäft bei Immobilien- und Projektfinanzierungen sowie bei der LBS ist dann gegeben, wenn das finanzierte Objekt/Projekt in Deutschland oder Frankreich liegt. Bei Immobilien (außer LBS) muss darüber hinaus der Kreditnehmer/Investor/Asset Manager im Zielmarkt ansässig sein oder das finanzierte Objekt im Zielmarkt liegen. Im Bereich der Immobilienfinanzierungen in Frankreich zählt auch die Region Île-de-France zu den wesentlichen Kernregionen.

Produktseitig konzentriert sich die SaarLB in erster Linie auf marktgängige und bedarfsgerechte Produkte. Komplexe und hochspezialisierte Produkte und Dienstleistungen werden überwiegend über Kooperationspartner dargestellt.

Die SaarLB ist - gemessen an der Bilanzsumme - das größte Kreditinstitut im Saarland und fühlt sich der Region in besonderem Maße verbunden und verpflichtet. Die SaarLB ist regional verwurzelt, gestaltet das wirtschaftliche Leben aktiv mit und leistet einen wichtigen Beitrag zur kulturellen Vielfalt und zur Förderung der Wissenschaften in der Großregion. Dies kommt unter anderem auch in der Förderung von Wissenschaft und Kultur durch die Verleihung des SaarLB-Wissenschaftspreises sowie durch umfangreiche Dauerleihgaben an das Saarlandmuseum zum Ausdruck.

Die Verpflichtung der SaarLB ihren Mitarbeitern gegenüber spiegelt sich in der Personalarbeit wider. Ein besonderer Schwerpunkt der Personalarbeit der SaarLB lag in 2014 auf den Themen Vereinbarkeit von Beruf und Familie, der Überarbeitung der Führungsleitlinien und der Entwicklung eines Verhaltenskodex für alle Mitarbeiter sowie der weiteren Prozessoptimierung bei standardisierten Personal-Themen.

Das Thema Vereinbarkeit von Beruf und Familie gewinnt aufgrund des demographischen Wandels, dem daraus resultierenden Fachkräftemangel sowie der Erfordernis verstärkter Mitarbeiterbindung zunehmend an Bedeutung. Im Fokus der Personalarbeit stand die Entwicklung und Konzeption von Instrumenten, die es bspw. pflegenden Angehörigen

ermöglichen, die Ausübung einer Tätigkeit in der Bank mit den familiären Erfordernissen zu vereinbaren. So wurde z. B. ein Konzept zur Einführung von alternierender Telearbeit entwickelt. Im Rahmen dieses Konzepts ist es möglich, Aufgaben teilweise von zu Hause zu erledigen. Die Bemühungen der Bank in diese Richtung wurden im Oktober 2014 mit dem Siegel „Familienfreundliches Unternehmen“ prämiert. Das Siegel wird vom Land Saarland vergeben.

Auf Basis der Unternehmensstrategie und des Markenauftritts der SaarLB wurde - in verschiedenen Workshops unter Einbindung der Führungskräfte und Mitarbeiter - ein gemeinsames Führungsverständnis sowie ein Verhaltenskodex entwickelt. Zentrale Elemente sind:

- Vorbild schafft Motivation
- Kommunikation öffnet Grenzen
- Innovation gestaltet Zukunft
- Förderung ermöglicht Chancen

Um die Standardprozesse im Bereich Personal weiter zu vereinfachen, wurden verstärkt Möglichkeiten der technischen Unterstützung eingeführt wie z. B. im Bereich der Zeitwirtschaft.

Der Konsolidierungskreis der SaarLB umfasst wie schon im Vorjahr 7 Tochterunternehmen. Dabei handelt es sich um die SaarLB Bankenbeteiligungsgesellschaft mbH, Saarbrücken, die LBS Immobilien GmbH, Saarbrücken, und um Spezialfonds, die nach IFRS 10 voll konsolidiert werden. Unternehmen, auf die die SaarLB einen maßgeblichen Einfluss ausüben kann (Assoziierte Unternehmen) werden nach der „at-Equity“-Methode in den Konzernabschluss einbezogen. Dabei werden wie im Vorjahr drei assoziierte Unternehmen nach der at-Equity-Methode bewertet. Die Festlegung des Konsolidierungskreises der SaarLB erfolgt unter Wesentlichkeitsgesichtspunkten. Nachdem 2013 die LBS Immobilien GmbH als wesentliches Tochterunternehmen erstmals voll konsolidiert wurde, werden drei Töchter (31.12.2013: eine), ein Gemeinschaftsunternehmen (31.12.2013: keine), sowie drei assoziierte Unternehmen (31.12.2013: fünf) weder voll konsolidiert noch in die at-Equity-Bewertung einbezogen, da sie für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns von untergeordneter Bedeutung sind.

Die SaarLB hat ihr Geschäft in mehrere Segmente untergliedert, die im Wesentlichen auch die Aufbauorganisation widerspiegeln. Die Segmente sind im Folgenden dargestellt:

Firmenkunden

Das Segment Firmenkunden umfasst das gesamte Mittelstandsgeschäft der SaarLB in seinen Zielmärkten. Hierzu zählen in Deutschland das Saarland, Rheinland-Pfalz und angrenzende Regionen. In Frankreich konzentriert sich die SaarLB mit dem Firmenkundengeschäft auf den Grand-Est und hier insbesondere auf das benachbarte Elsass-Lothringen, wo die Bank mit ihrer Niederlassung in Metz sowie ihrem Vertriebsbüro in Straßburg vertreten ist. Ankerprodukt des Segmentes ist die klassische Kreditfinanzierung. Darüber hinaus werden

im Sinne eines ganzheitlichen Betreuungsansatzes vor allem Produkte des Anlage- sowie des Zins- und Währungsmanagements, aber auch aus den Bereichen Außenhandel und Zahlungsverkehr den Bedürfnissen des Kunden entsprechend angeboten und die Kunden bei der Unternehmensfinanzierung betriebswirtschaftlich beraten. Zum breiten Produktspektrum zählen außerdem auch Finanzierungen für Kommunen und kommunalnahe Unternehmen.

Immobilien

Das Segment Immobilien verantwortet in der SaarLB die Finanzierungen gewerblicher Immobilien. Die geschäftlichen Aktivitäten beschränken sich auf die Zielmärkte der SaarLB. Geschäftsabschlüsse erfolgen auf bilateraler Basis oder in der Form von Club Deals unter Federführung der Bank. Im Fokus der Marktbearbeitung, die in Frankreich im Wesentlichen aus dem der SaarLB France angegliederten Centre d' Affaires Paris erfolgt, stehen professionell agierende bzw. institutionelle Investoren als Zielkunden, die ihrerseits primär in Büro- oder Handelsimmobilien investieren. Im deutschen Zielmarkt begleitet die SaarLB als Finanzdienstleister auch Developer Maßnahmen sowie Public Private Partnership (PPP) Maßnahmen für Investitionen in Infrastruktur, Bildung oder sonstige öffentliche Baumaßnahmen. Der regionale Fokus des Geschäftssegmentes Immobilien liegt auf der deutschen Seite im Großraum Rhein-Main, in Frankreich im Ballungsraum Île-de-France. Ebenso wie im Segment Firmenkunden ist die Kreditfinanzierung Hauptankerprodukt, wobei die Strukturierungs- und grenzüberschreitende Rechtskompetenz der SaarLB wesentlich für den Geschäftserfolg des Segmentes ist. Mit Erfolg werden Zinssicherungen mittels einfacher Derivate im Bestands- und Neugeschäft abgeschlossen, zunehmend auch Zahlungsverkehrs- und Anlageprodukte.

Projekte

Das Segment Projekte verantwortet in der SaarLB die Finanzierung von Projekten primär im Sektor Erneuerbarer Energien (EE), aber auch im Bereich Public Private Partnership auf dem französischen Markt. Im EE-Sektor begleitet die SaarLB als Finanzdienstleister mittelständische Projektinitiatoren und Hersteller, die in Wind- und/oder Solarparks an guten Standorten und mit ausgereifter Technik investieren. Viele Kunden des Geschäftssegmentes werden grenzüberschreitend betreut. Hierbei ist das Segment auf der deutschen Seite regional mit Fokus auf Saarland und Rheinland-Pfalz sowie - bedingt durch seine sehr gute Marktstellung - auf der französischen Seite landesweit vertreten. Offshore-Windparks finanziert die Bank nicht. Ebenso wie in den Segmenten Firmenkunden und Immobilien ist die Kreditfinanzierung von ausschlaggebender Bedeutung für die Kundenbeziehung und damit die Geschäftsentwicklung. Neben der besonderen deutsch-französischen Rechtsexpertise der SaarLB sind das tiefe, langjährige und unter dem Einfluss sich verändernder Marktbedingungen stetig weiter entwickelte Know-How in Bezug auf Projektanalyse, die daraus hergeleitete fallspezifische und cashflow-getriebene Strukturierung der Finanzierung und der gute Zugang der SaarLB zu langfristigem Funding als die wesentlichen Schlüsselfaktoren für den nachhaltigen Geschäftserfolg des Segmentes anzusehen.

Sparkassen, Institutionelle & Vermögende

In dem Segment Sparkassen, Institutionelle & Vermögende erfolgt die Vermögensberatung und -verwaltung für Sparkassen, institutionelle Anleger und vermögende Privatkunden. Der Schwerpunkt des Segmentes Sparkassen und Institutionelle liegt in der Intensivierung bestehender Kundenverbindungen sowie im Ausbau der Kontakte zu Versicherungen und Versorgungswerken in der Region und den Geschäftsbeziehungen zu Sparkassen in Rheinland-Pfalz. Gleichzeitig wird in diesem Segment die Finanzierung von Sparkassen und Kommunen in der Region abgebildet. Im Teilsegment Vermögende Private steht die ganzheitliche Betreuung und Beratung von Vermögenden Privatkunden im Vordergrund. Schließlich unterstützt es als Kompetenzzentrum aktiv die übrigen Segmente bei der Kundenbetreuung, insbesondere beim Anlage- sowie beim Zins- und Währungsmanagement.

Treasury & Portfoliomanagement

Das Treasury ist für die Steuerung des Zinsbuchs, die Handelsaktivitäten der Bank, das Deckungsstock- und Collateral Management sowie die Liquiditätssteuerung und -bepreisung zuständig. Dem Portfoliomanagement obliegt die Steuerung der Liquiditätsdepots (Depot-A, Collateraldepot und LCR-Portfolio), die Betreuung der strategischen Eigenanlagen der Bank (Direktanlagen und Spezialfonds) sowie das Management der nicht mehr zum Kerngeschäft der SaarLB zählenden Portfolien, die systematisch zurückgeführt werden (Abbauportfolien).

Landesbausparkasse

Die Landesbausparkasse Saar ist eine rechtlich unselbstständige Einheit der SaarLB. Die LBS Saar ist gemeinsam mit den Tochterunternehmen als Dienstleistungs- und Kompetenzzentrum „rund um die Immobilie“ integraler Bestandteil der Sparkassen-Finanzgruppe Saar. Kernleistungen sind das Bausparen und die Finanzierung von Wohnimmobilien. Ein weiterer geschäftspolitischer Fokus liegt auf der Finanzierung von energetischen Maßnahmen bei Immobilien sowie Investitionen im Rahmen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes wie beispielsweise Photovoltaikanlagen. Zusatzleistungen sind die Verwaltung und Vermittlung von Wohn- und Gewerbeimmobilien, Erstellung von Immobilienbewertungen, Energiegutachten oder Schadensgutachten sowie die Vermittlung von ausgewählten Verbundprodukten.

Wie bereits im Jahresabschluss 2013 avisiert, werden die **Beteiligungen** aufgrund ihrer rückläufigen Bedeutung nicht mehr als separates Segment dargestellt, sondern mit den sonstigen Positionen zusammengefasst.

Steuerungssystem der Bank

Die strategische Steuerung der SaarLB erfolgt - in Anlehnung an die Geschäftsstrategie auf Gesamtbank- sowie auf Segmentebene - durch die nachfolgenden finanziellen IFRS-Leistungsindikatoren:

- Return on Equity (RoE): Ergebnis vor Steuern im Verhältnis zum gebundenen ökonomischen Kapital, wobei das ökonomische Kapital als 8 % der aufsichtsrechtlich ermittelten durchschnittlichen Risikopositionen im Berichtsjahr definiert ist und

- Cost Income Ratio (CIR): Verwaltungsaufwendungen im Verhältnis zur Summe der ordentlichen Erträge (bestehend aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss und dem sonstigen Ergebnis). Das Fair Value Ergebnis wird hierbei explizit nicht berücksichtigt, um einen marktinduzierten Verwässerungseffekt zu vermeiden.
- RWA-Rentabilität: Bei dieser Kennzahl wird die Summe aus Zins-, Provisionsüberschuss und sonstigem betrieblichen Ergebnis in Relation zu den durchschnittlichen Risikopositionen dargestellt.

Nicht-finanzielle Leistungsindikatoren werden zur Steuerung nicht eingesetzt.

Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Deutschland hat das Jahr 2014 mit einem sehr starken 1. Quartal eröffnet. In diesem Zeitraum legte das Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt um 0,8 % zu. Dieser Sprung wurde durch den milden Winter Anfang des Jahres begünstigt. Insbesondere das Baugewerbe profitierte von der milden Witterung. Der Abschwung im 2. Quartal dämpfte jedoch den Optimismus. Gleichwohl hielt die im Jahresverlauf eingetretene Schwäche auch im 3. Quartal weiter an, so dass über den gesamten Sommer de facto eine Stagnation zu verzeichnen war. Insbesondere die zuvor endlich in Gang gekommene Investitionstätigkeit in Deutschland brach wieder recht abrupt ab. Das 4. Quartal ist vom Statistischen Bundesamt bislang noch nicht exakt beziffert. Das bisher inoffiziell genannte „rund ein Viertel“ Prozent Wachstum liefert aber eine Indikation dafür, dass sich die Erholung - gestützt auf günstiges Öl und einen abgewerteten Euro - inzwischen wieder in Gang gesetzt haben sollte.

Für das Gesamtjahr 2014 wurde in der ersten amtlichen Schätzung ein Wirtschaftswachstum von 1,5 % gemeldet. Das ist deutlich besser als die schwächeren Raten der Jahrgänge 2012 und 2013 (+0,4 % bzw. +0,1 %) und liegt sogar über der Potenzialrate für Deutschland, die meist in der Größenordnung von gut 1 % erwartet wird.

Getragen wurde das deutsche Wachstum von allen Verwendungskomponenten, vor allem von der Binnennachfrage. Die privaten Konsumausgaben legten 2014 in preisbereinigter Rechnung um 1,1 % zu. Die Bruttoanlageinvestitionen wurden - unter Schwankungen im Jahresverlauf - unter dem Strich real um 3,1 % ausgeweitet. Die Güterexporte legten real um 3,7 % zu, die Importe um 3,3 %. Damit steuerte auch der Außenbeitrag 2014 einen wichtigen Wachstumsimpuls zu.

Im Jahr 2014 war die Energiewende voll im Gange und hat sich für die Erneuerbaren Energien als ein Rekordjahr herauskristallisiert. Den vorläufigen Erhebungen des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) von Ende Dezember zufolge, dürfte der Anteil der EE an der Bruttostromerzeugung in Deutschland im vergangenen Jahr auf 25,8 % (2013: 24,1 %) gestiegen sein. Insgesamt deckten die EE damit in 2014 rund 27,3 % des Bruttoinlandsstromverbrauchs ab. Mit rund 8,9 TWh erzeugte die Windenergie im letzten Monat des Jahres so viel Strom wie nie zuvor. Die Windenergie legte bei der Stromerzeugung um rd. 1,0 % zu, wohingegen sich die Photovoltaik mit rd. 14 % deutlicher steigern konnte. Der Bruttozubau lag in der Onshore-Windenergie 2014 bei 4.750 MW (+58 % ggü. 2013) und lag damit weit über dem im EEG 2014 vorgesehenen Zielkorridor von 2.400 bis 2.600 MW. Ursache für diesen starken Ausbau ist u. a. ein durch die EEG-Debatte erfolgter Vorzieheffekt.

Saarland

Nach zwei Jahren der rezessionsbedingten Abschwächung hat sich die saarländische Wirtschaft im Jahresverlauf 2014 wieder erholt. Zusammenfassend ist festzustellen, dass vor allem die großen Industriebranchen zu ihrer alten Stärke zurückgefunden haben. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) des Saarlandes stieg im ersten Halbjahr 2014 preisbereinigt um 2,1 %. Damit verlief die Konjunktur im Saarland sowohl nominal als auch real etwas besser als im Bundesdurchschnitt. Für das Gesamtjahr 2014 wird ein Wachstum im Saarland von rd. 2,0 % erwartet.

Die großen Industriezweige im Saarland - die Automobilindustrie, der Maschinenbau und die Stahlindustrie - stellen zusammen über 70 % des Gesamtumsatzes im Verarbeitenden Gewerbe und konnten ihren Umsatz in 2014 merklich steigern. Im Bauhauptgewerbe nahmen die Auftragseingänge (+ 1,2 %) leicht zu, während die Umsätze (- 6,1 %) erneut deutlich zurückgingen. Das Ausbaugewerbe verzeichnete unterdessen einen Umsatzsprung von 14,8 %. Die Entwicklung der Baugenehmigungen im Wohnungsbau macht nach dem herausragenden Vorjahresergebnis dagegen keine Hoffnung auf eine nochmalige Verbesserung in diesem Jahr.

Dank der weiterhin konsumfreudigen Stimmung der privaten Haushalte erreichte der Einzelhandel (ohne Kfz) eine Umsatzsteigerung von 2,4 %. Der Handel mit Kraftfahrzeugen, der im Vorjahr um fast 40 % eingebrochen ist, verharrt jedoch weiter auf niedrigem Niveau. Hervorzuheben ist in diesem Jahr allerdings das Gastgewerbe, das dem saarländischen Tourismus - vor allem durch den Bau eines großen Ferienparks - einen höchst willkommenen Auftrieb verschafft hat.

Rheinland-Pfalz

Die konjunkturelle Lage der Wirtschaft in Rheinland Pfalz war 2014 stabil. Die Sorge um den weiteren Verlauf des Inlandsabsatzes löste erstmals die seit vielen Monaten bestehende Besorgnis um nachhaltig hohe Energie- und Rohstoffpreise als Risikofaktor Nr. 1 ab. Über alle Branchen hinweg spürten die Unternehmen eine zunehmende Zurückhaltung bei der Nachfrage, sowohl seitens der Endverbraucher als auch der Wirtschaft.

Nach einer leichten Belebung im Frühsommer verloren die Investitionen in Rheinland-Pfalz zum Herbst hin wieder an Schwung. Zudem stand bei den geplanten Maßnahmen weiterhin die Ersatzbeschaffung im Vordergrund und Investitionen zur Kapazitätserweiterung verlieren - zumindest in der Industrie - an Bedeutung.

Im Jahr 2014 lag der bereinigte Produktionsindex insgesamt um 0,7 % unter dem Niveau des Vorjahres. Alle drei Industriehauptgruppen verbuchten prozentuale Rückgänge in ähnlicher Größenordnung. Während der Output der Vorleistungsgüterhersteller um 0,8 % sank, nahm der Ausstoß an Investitionsgütern um 0,6 % ab. Auch die Konsumgüterproduktion fiel etwas geringer aus als im Vorjahr. Von den drei größten Branchen des Landes hat es lediglich der Maschinenbau geschafft, seinen Güterausstoß merklich zu steigern (+ 7,3 %). Fahrzeugbau (- 3,2 %) und Chemische Industrie (- 8,3 %) mussten hingegen Produktionsrückgänge hinnehmen. Das rheinland-pfälzische Baugewerbe erzielte im Jahr 2014 Zuwächse beim baugewerblichen Umsatz und beim Auftragseingang. Nach Angaben des Statistischen Landesamtes lagen die Umsätze - kalender- und saisonbereinigt - um 3,8 % höher als im Jahr

2013. Der gewerbliche Hochbau leistete hier mit einer Steigerung von rd. 10,2 % einen maßgeblichen Beitrag. Die Auftragseingänge übertrafen das Vorjahresniveau um 6,0 % und wurden insbesondere vom gewerblichen Hoch- und Tiefbau positiv beeinflusst.

Frankreich

Das Jahr 2014 dürfte für Frankreich mit einem BIP-Anstieg von bis zu 0,4 % ähnlich schwach wie in den beiden Vorjahren gewesen sein. Die privaten Konsumausgaben, ein traditioneller Treiber der französischen Konjunktur, haben sich nach 2011 deutlich unterdurchschnittlich entwickelt. Hierin spiegelte sich die massive Verunsicherung der französischen Verbraucher. Das Konsumklima hat sich zwar zuletzt leicht erholt, liegt aber weiterhin auf tiefem Niveau. Aufgrund der auch ölpreisbedingt niedrigen Inflationsrate von 0,8 % legten die Reallöhne leicht zu. Die Beschäftigungslage hat sich zuletzt stabilisiert.

Die französische Regierung hat die Notwendigkeit erkannt, die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu verbessern und mit dem Programm „Crédit d'impôt pour la compétitivité et l'emploi" (CICE) Steuererleichterungen für Unternehmen gewährt. Insgesamt wird von Entlastungen von rund EUR 40 Mrd. in einem Zeitraum von drei Jahren ausgegangen. Daneben sollen Unternehmen auf zweierlei Weise entlastet werden: einerseits durch die Veränderung von arbeitsrechtlichen Schwellenwerten, ab deren Erreichen weitere Vorschriften erfüllt werden müssen. Andererseits sind Liberalisierungsschritte vor allem im für Frankreich wichtigen Dienstleistungssektor geplant. All dies sind Schritte in die richtige Richtung, deren positive Effekte jedoch Zeit benötigen.

Die Lage am Büromarkt in Paris ist keineswegs so schlecht wie die Stimmung in der französischen Wirtschaft. Nach mehreren Quartalen mit rückläufigen Mieten sollte sich dieser Büromarkt allmählich stabilisieren. Das Jahr 2014 verlief besser als 2013, insbesondere bezogen auf das Volumen und die Anzahl der durchgeführten Transaktionen. Jedoch war der Markt gekennzeichnet von einem deutlichen Rückgang der Transaktionen mit Volumina < EUR 100 Mio. (2013 betrug der Anteil 52 % ggü. 32 % in 2014). 44 Transaktionen mit Volumina > EUR 100 Mio. haben das Jahr 2014 gekennzeichnet. Die Leerstandsrate bleibt mit durchschnittlich 7,8 % relativ stabil. Die Nachfrage nach qualitativ guten Objekten ist weiterhin sehr hoch. Die Mieten sind dabei, sich zu stabilisieren bzw. wieder in eine steigende Tendenz überzugehen.

Die Windenergie verzeichnet auch in Frankreich einen klaren Aufwärtstrend. Nach mehreren schwachen Jahren, in denen der Zubau sukzessive zurückgegangen war und dem Jahr 2013, in dem die neu installierte Windleistung bei 525 MW lag, hat der Windzubau im Jahr 2014 merklich an Fahrt aufgenommen. In 2014 wurden Windenergieanlagen mit einer Gesamtleistung von 1.042 MW neu ans Netz angeschlossen. Dies ist u. a. auch darauf zurückzuführen, dass der Rechtsstreit um den Vergütungserlass im Mai 2014 beigelegt wurde und auch verschiedene Maßnahmen zur Vereinfachung des Rechtsrahmens für die Windenergie eingeleitet wurden.

Lothringen

Die Industrieproduktion ist in 2014 - entgegen der in 2013 von den Unternehmern getroffenen Erwartungen - stabil geblieben. Der Gesamtumsatz hat sich in 2014 mit rd. 0,2 % nur leicht verbessert, wohingegen der darin enthaltene Exportanteil mit +1,1 % etwas moderater gewachsen ist. Die Beschäftigung nimmt hingegen weiter ab (-1,5 %). Die Inanspruchnahme von Zeitarbeit legte im Jahresverlauf weiter zu, ist jedoch je nach Sparte

deutlich unterschiedlich. Nach einer leichten Belebung der Investitionen im Jahr 2013, gingen diese in 2014 mit -13,4 % stark zurück. Diese Entwicklung ist im Wesentlichen auf den deutlichen Rückgang bei sonstigen Industrieprodukten zurückzuführen, wohingegen weitere Sparten (z. B. die Lebensmittelproduktion) zugelegt haben. Damit zusammenhängen kann auch die Entwicklung der sonstigen Industrieprodukte (-2,2 %); den deutlichsten Rückgang in dieser Sparte verzeichnete in 2014 die chemische Industrie (-13,8 %).

Das Baugewerbe verzeichnete einen Rückgang von -6,7 %, der entgegen der Vorhersage aus 2013 deutlich höher als erwartet ausgefallen ist. Der Ertrag ging über alle Sektoren zurück: wesentlich dazu beigetragen hat der Tiefbau mit rd. -8,9 %, das Bauhauptgewerbe mit -10,2 %.

Im Dienstleistungssektor hat der Umsatz allgemein um -1,6 % abgenommen, gegenüber -3,8 % in 2013, wohingegen dieser Rückgang die Unterschiede in den einzelnen Sparten verschleiert. Während die Rechtsberufe, Steuer- und Unternehmensberatungen sowie das Ingenieur- und Transportwesen Wachstumsrückgänge zwischen 3-5 % verbuchen müssen, konnte die Informations- und Kommunikationsbranche einen Zuwachs (+ 6,1 %) verbuchen. Gestützt durch staatliche Maßnahmen, insbesondere bezogen auf die Beschäftigungskosten, hat der Beschäftigungsanteil nur sehr moderat abgenommen (rd. 0,5 %). Die Investitionstätigkeit ist übergreifend abgeflacht, primär im Transportwesen.

Elsass

Nach dem beobachteten Rückgang in 2013, hat sich die Lage der Industrie im Elsass im Jahr 2014 etwas verbessert. Der Gesamtumsatz konnte sich leicht um rd. 1,5 % steigern, im Besonderen gestützt von den Exporten (+2,8 %), auch wenn sich die europäische Konjunktur eher träge entwickelt hat. Diese Entwicklung hat keine positiven Auswirkungen auf die Beschäftigung; diese ging hingegen im Jahresverlauf um -0,7 % zurück. Die Lebensmittelindustrie konnte ihren Umsatz um 4,4 % steigern, trotz enttäuschender Ergebnisse im Bereich der Fleisch- und Getränkeproduktion. Wie vorhergesagt, hat die Produktion von Transportmitteln erfreuliche Steigerungen i. H. v. 14,1 % registriert, in der Automobilindustrie (insbesondere bei der Herstellung) als auch bei den sonstigen Transportmitteln. Die Umsatzsteigerung ist insbesondere durch den verbesserten Export (+20,9 %) gestützt.

Nach einer Unternehmensumfrage der Banque de France konnten die Investitionen um rd. 5,6% im Jahr 2014 gesteigert werden. 85% der Unternehmen haben hierbei in die Modernisierung sowie in die Anpassung an geltende Normen investiert. Die Ausgaben der Lebensmittelindustrie hingegen sind um 16,1 % - nach einem Rückgang in 2013 von 6,7 %- gefallen. Im Bereich der Transportmittel und der sonstigen Industrieprodukte (z. B. Chemie, Textil, Papierherstellung) hingegen haben die Investitionsausgaben deutlich zugenommen.

Im Baugewerbe ist die Stabilität der Umsätze dem Baunebengewerbe zuzuschreiben (+3,6 %), während Bauhauptgewerbe (-1,6 %) und Tiefbau (-5,9 %) mit einem Nachfragerückgang und mangelnden Großprojekten konfrontiert wurden. Die anhaltende

schwache Auftragslage und die ausbleibende Belebung der Nachfrage – vor allem von öffentlichen Stellen – haben dazu geführt, dass die Unternehmen ihre Kosten und Beschäftigtenzahlen an die Auslastung angepasst haben (-1,1 %); die Inanspruchnahme der Zeitarbeit wurde ebenfalls begrenzt. Nach dem Rückgang der letzten beiden Jahre haben die Investitionsausgaben in 2014 insgesamt zugenommen (+4,5%), außer im Bauhauptgewerbe (-8,2 %).

Im Dienstleistungssektor blieb das Wirtschaftswachstum mit 1,3 %hinter den Erwartungen zurück, die Nachfrage konnte keinen Aufwärtstrend verzeichnen. Transport und Logistikwesen legte um 2,9 % zu, während die Informatikbranche lediglich um 0,6 % wachsen konnte. Der Beschäftigungsanstieg um 1,6 % ist im Wesentlich durch Einstellungen in der Transport-(+1,7 %) und Informatikbranche (+5,9 %) geprägt. Investitionen im Bereich des Dienstleistungssektors sind in 2014 um rd. 10,3 % gesunken, besonders beeinflusst durch Rückgänge im Transportwesen (-10,7 %).

Finanzsektor

Der Zustand der Finanzstabilität in Deutschland bleibt im Berichtszeitraum nach wie vor leicht angespannt. Es existiert weiterhin eine Reihe von Risiken, die diese Stabilität stören können. Hierzu zählen bspw. Forderungen gegen Länder, die von der europäischen Schuldenkrise betroffen sind oder gegen die durch Wirtschaftssanktionen belastete russische Wirtschaft. Daneben wirkt sich auch das anhaltende Niedrigzinsumfeld merklich auf die Stabilität des deutschen Finanzsystems aus.

Darüber hinaus muss sich der Finanzsektor der Herausforderung stellen, die aus strukturellen Veränderungen im Finanzsystem resultieren können. Eine wesentliche Rolle spielt hierbei die Bedeutung von regulatorischen Anforderungen.

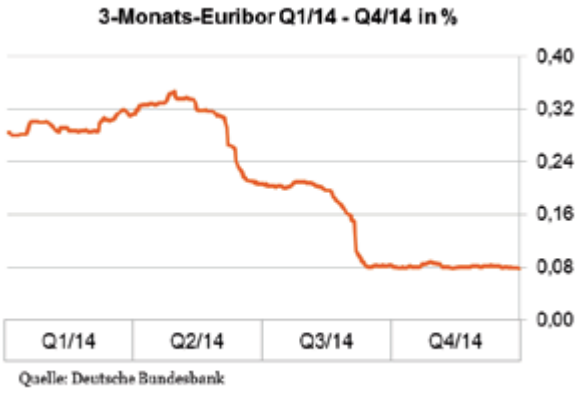
Die Entwicklung am europäischen und insbesondere am deutschen Aktienmarkt ist ein Indikator dafür, dass sich die Finanzkrise weiter entspannt hat. Der DAX schloss die Berichtsperiode mit einem leichten Plus von 2,66 % bei rund 9.800 Punkten. Der deutsche Leitindex ist derzeit aufgrund der anhaltenden Auseinandersetzungen in der Ukraine und im Nahen Osten von erheblicher Unsicherheit geprägt, was sich in der hohen Schwankungsbreite im Jahresverlauf widerspiegelt. Die Marke von 10.000 Punkten konnte zwar mehrfach gebrochen, aber nicht dauerhaft gehalten werden.

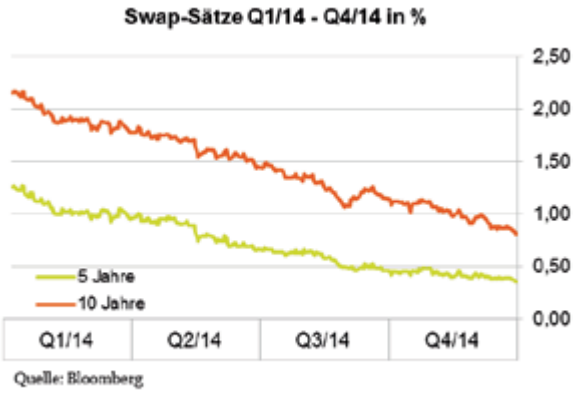
Entgegen der positiven Entwicklung am Aktienmarkt, gab der Euro gegenüber dem US-Dollar im Jahresverlauf deutlich nach und fiel von 1,38 EUR/USD zum Jahresbeginn auf 1,21 EUR/USD zum Jahresende 2014.

Der Schweizer Franken notierte -trotz starker internationaler Nachfrage- im Jahresverlauf stabil oberhalb einer Marke von 1,20 CHF/EUR. Gestützt wurde dieser Kurs durch Maßnahmen der Schweizerischen Nationalbank (SNB), die versuchte, eine Aufwertung des Franken zu vermeiden. Nachdem die SNB die Maßnahmen am 15.01.2015 aussetzte, sackte der Kurs deutlich auf rd. 0,86 CHF/EUR ab. Die SaarLB bzw. ihre Kunden betreiben nur in unbedeutendem Maße Geschäft in Schweizer Franken. Insofern spielt die Abwertung für die SaarLB eine untergeordnete Rolle.

Aufgrund der langsamen wirtschaftlichen Erholung in der Eurozone senkte die EZB ihren Leitzins von bislang 0,15 % im September weiter auf 0,05 %. Nach Jahren der Nullverzinsung zeigte sich ebenfalls seit Anfang September 2014 der Zinssatz für die Einlagefazilität der EZB erstmals mit - 0,20 % im negativen Bereich.

Der durchschnittliche 3-Monats-Euribor lag im Berichtsjahr 2014 durchgehend unter dem ursprünglichen Erwartungswert der Bank von 0,5 % und hat sich nach einem halbwegs stabilen ersten Halbjahr bei durchschnittlich rund 0,3 % deutlich nach unten entwickelt und damit das bereits niedrige Niveau aus 2013 nochmals unterschritten. Auch die Entwicklung der langfristigen Zinsen ist im Jahresverlauf auf historisch niedrigem Niveau verblieben und gegenüber dem Jahresende 2013 - entgegen unserer Erwartungen - sogar noch weiter gefallen.





Durch die Finanz- und Staatsschuldenkrise der vergangenen Jahre sind - der Entwicklung der vergangenen Jahre folgend - auch in 2014 eine Vielzahl von Regulierungsmaßnahmen verabschiedet bzw. auf den Weg gebracht worden, die das regulatorische Umfeld des Finanzsektors nachhaltig bestimmen werden.

Die Architektur der Europäischen Bankenunion hat im Jahr 2014 weiter Gestalt angenommen. Durch das Single Rule Book, das u. a. auch die **Capital Requirements Regulation (CRR)** und die **Capital Requirements Directive (CRD)** umfasst, wurden die europäischen Bankenaufsichtsregeln vereinheitlicht. In der geltenden CRR wurden die Eigenmittel- und Liquiditätsvorschriften überarbeitet. Gemäß der europäischen Bankenverordnung (CRR) besteht für Banken seit 2014 die Pflicht zur Meldung einer Leverage Ratio an die Bankenaufsicht. Die **Leverage Ratio** setzt als risikounabhängige Verschuldungsquote das regulatorische Eigenkapital ins Verhältnis zum Geschäftsvolumen einer Bank.

Dem schließt sich nun auch der Start für die **europäische Bankenaufsicht (EBA)** an: Nach einer umfassenden Überprüfung der 120 größten Bankengruppen des Euroraums nimmt der einheitliche Aufsichtsmechanismus (**Single Supervisory Mechanism** (**SSM**)) seine Arbeit auf. Verantwortlich für die Aufsicht über die 120 größten Bankengruppen des Euroraums ist seit November 2014 die Europäische Zentralbank (EZB). Sie arbeitet dabei eng mit den nationalen Aufsichtsbehörden zusammen. Der SSM bildet einen Teil des Gesamtprojekts Bankenunion, das im nächsten Schritt ab 2016 einen gemeinsamen europäischen Abwicklungsmechanismus (**Single Resolution Mechanism** (**SRM**)) für Kreditinstitute vorsieht. Wesentliche Ziele des SSM sind die Vereinheitlichung und die

Vereinfachung der Bankenaufsicht. Die EZB hat zur Vorbereitung der Übernahme ihrer Aufsichtsfunktion über 120 Bankengruppen der Eurozone ein **Comprehensive Assessment** durchgeführt, das neben der aufsichtlichen Risikoprüfung, der Prüfung der Qualität der Aktiva (**Asset Quality Review**) auch einen Stresstest beinhaltete. Der Stresstest wurde in enger Abstimmung mit der EBA durchgeführt und sollte die Widerstandsfähigkeit der Banken in Krisenzeiten ermitteln. Die SaarLB ist hiervon in 2014 nicht betroffen gewesen.

Die Harmonisierung der nationalen **Einlagensicherungssysteme** als dritter Bestandteil der Bankenunion geht ebenfalls voran. Alle EU-Länder sind verpflichtet, bankenfinanzierte Einlagensicherungsfonds aufzubauen. Das garantiert im Entschädigungsfall Bankeneinlagen bis zu 100.000 Euro. Die in Deutschland existierenden Einlagensicherungssysteme bleiben weiterhin in den jeweiligen Formen erhalten. Eine EU-weite Vergemeinschaftung der Einlagensicherungssysteme ist nicht vorgesehen.

Um die europäischen Vorgaben zur Bankenunion umzusetzen, hat der Deutsche Bundestag das Gesetzespaket zur Umsetzung der europäischen Bankenabwicklungsrichtlinie (**BRRD-Umsetzungsgesetz**) sowie weitere Begleitgesetze beschlossen. Mit dem Gesetzespaket soll insbesondere die Richtlinie für einen europäischen Rechtsrahmen zur Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten umgesetzt werden, die bereits am 2. Juli in Kraft getreten ist. Damit erhält die Abwicklungsbehörde insbesondere das Recht, im Fall einer Abwicklung Eigentümer und Gläubiger eines Instituts finanziell heranzuziehen (sogenanntes "Bail-In"). Diese Regelung ergänzt die Eingriffs- und Abwicklungsinstrumente, die es im nationalen Recht bereits gibt. Wesentlicher Inhalt ist das „Gesetz zur Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Finanzgruppen“ (**Sanierungs- und Abwicklungsgesetz – SAG**).

Neben den weitreichenden Änderungen, die durch die Bankenunion auf den Finanzsektor zukommen, werfen aktuelle regulatorische Entwürfe bereits ihre Schatten voraus:

Neben den bereits bestehenden Regularien hat der Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht mit den Grundsätzen für die effektive Aggregation von Risikodaten und die Risikoberichterstattung (**BCBS 239**) die regulatorischen Anforderungen an Banken weiter verschärft. BCBS 239 besteht aus elf für Banken relevanten, eher allgemein gehaltenen Grundsätzen, die sich auf die Gesamtunternehmensführung und Infrastruktur, die Risikodatenaggregationskapazitäten und die Risikoberichterstattung stützen. Bereits ab Ende 2015 sind von den ersten Banken in Deutschland die Regelungen umzusetzen.

Auch die bankaufsichtliche Finanzberichterstattung **FINREP** und das bankaufsichtliche Solvenzmeldewesen **COREP** sollen harmonisiert und standardisiert werden. Mit FINREP wird das Grundverständnis der internationalen Rechnungslegungsstandards IFRS implementiert. Dies gilt insbesondere für die Klassifizierung und die Bewertung von Finanzinstrumenten.

Ein weiteres Regulatorium wird durch den Entwurf einer Leitlinie zum aufsichtlichen Überprüfungs- und Überwachungsprozess (**SREP – Supervisory Review and Evaluation Process**) von der EBA aufgestellt. Adressat sind hier die Aufsichtsbehörden der EU-Staaten. Zum Teil haben diese Leitlinien bereits Eingang in den Leitfaden zur

Bankenaufsicht der EZB gefunden und sind insofern für die zukünftige Aufsichtspraxis von herausragender Bedeutung. Die Institute werden dem Proportionalitätsgedanken folgend in Kategorien eingeteilt, wobei diese Kategorisierung das vom Institut ausgehende Risiko für das Finanzsystem reflektieren soll. Im Zentrum der Bewertungen stehen die interne Governance und Kontrollen, die wesentlichen Risiken sowie die Eigenkapital- und Liquiditätsausstattung.

Ertragslage

Ergebnisentwicklung des SaarLB Konzerns

Der Konzernüberschuss vor Steuern lag mit EUR 88,0 Mio. deutlich über dem guten Ergebnis des Vergleichszeitraums 2013 (EUR 56,0 Mio.). Allerdings hat sich die verhaltene Investitionstätigkeit aber auch das historisch niedrige Zinsniveau in 2014 ergebnisbelastend auf die SaarLB ausgewirkt.

Aufgrund des stabilen Geschäftsverlaufs in 2014, des außerordentlich guten FV-Ergebnisses sowie der deutlich niedriger als erwarteten Risikovorsorge, erreicht der Return on Equity (vor Steuern) nach IFRS mit 16,0 % zum 31.12.2014 einen deutlich über dem Niveau des Vergleichszeitraumes des Vorjahres (Vorjahr: 9,9 %) liegenden Wert und stellt sich zum aktuellen Berichtsstichtag besser dar, als im Rahmen der letztjährigen Prognose angenommen. Die Cost Income Ratio nach IFRS liegt mit 56,3 % moderat über dem Vergleichswert des Vorjahres von 54,9 % und folgt somit unserer Prognose zum Jahresende 2014. Die RWA-Rentabilität ist weitestgehend auf konstantem Niveau verblieben.

in Mio. EUR		2014	2013	Δ Mio.	Δ in %
Zinsüberschuss inkl. Ergebnis aus at-Equity bewerteten Unternehmen	[1]	122,4	121,4	1,0	0,8 %
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	[2]	-16,2	-20,0	3,8	-19,0 %
Provisionsüberschuss	[3]	7,2	7,8	-0,6	-7,7 %
Ergebnis aus der Fair Value Bewertung inkl. Ergebnis aus Sicherungsgeschäften	[4]	46,3	20,1	26,2	130,3 %
Ergebnis aus Finanzanlagen	[5]	0,9	-3,3	4,2	-127,3 %
Verwaltungsaufwand (inkl. Afa)	[6]	-73,5	-71,9	-1,6	2,2 %
Sonstiges Ergebnis	[7]	0,9	1,9	-1,0	-52,6 %
Konzernüberschuss/-fehlbetrag (vor Steuern)	**[8]**	**88,0**	**56,0**	**32,0**	**57,1 %**
Ertragsteuern	[9]	-28,7	-20,4	-8,3	40,7 %
Konzernüberschuss/-fehlbetrag	**[10]**	**59,3**	**35,6**	**23,7**	**66,6 %**
durchschnittliche Risikopositionen	[11]	6.877	7.042	-165,4	-2,3 %
CIR ([6] / ([1]+[3]+[7]))	[12]	56,3 %	54,9 %	142 bp	
RoE ([8] / ([11]*8%))	[13]	16,0 %	9,9 %	606 bp	
RWA-Rentabilität (([1]+[3]+[7]) / ([11])	[14]	1,9 %	1,9 %	4 bp	

Der **Zinsüberschuss** der SaarLB (inklusive des Ergebnisses aus at-Equity bewerteten Unternehmen) ist von EUR 121,4 Mio. in 2013 um EUR 1,0 Mio. auf EUR 122,4 Mio. gestiegen und bleibt damit merklich hinter der letzten Prognose zurück. Dies entspricht einer Veränderung von 0,8 %.

Geprägt ist der Zinsüberschuss durch das nach wie vor sehr niedrige Zinsniveau und das rückläufige Kreditvolumen, das maßgeblich durch den gezielten Abbau der nicht mehr zum Kerngeschäft gehörenden Teilportfolien bestimmt ist.

Hierbei wurde der Rückgang der Zinsaufwendungen von EUR -477,2 Mio. in 2013 auf EUR -417,0 Mio. in 2014 (entspricht -12,6 %) durch einen moderateren Rückgang der Zinserträge von EUR 598,2 Mio. in 2013 auf EUR 539,3 Mio. im aktuellen Berichtszeitraum (entspricht -9,8 %) mehr als vollständig kompensiert.

Die Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften liegen mit einem Rückgang von EUR 22,9 Mio. deutlich unter dem Vorjahresniveau. Dies entspricht einer Verringerung von rund 7,6 %. Die Zinsaufwendungen aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden haben sich hingegen um EUR 31,2 Mio. bzw. 17,2 % deutlich verringert.

Die Zinsaufwendungen für Derivate des Hedge Accountings und Derivate mit wirtschaftlichen Hedge-Beziehungen liegen mit EUR 196,1 Mio. im Berichtszeitraum ebenfalls leicht unter Vorjahr (EUR 220,1 Mio.).

Der Zinsaufwand für Nachrang-/Hybridkapital hingegen ist 2014 von EUR 18,7 Mio. auf EUR 16,6 Mio. (-11,4 %) zurückgegangen.

Das Ergebnis aus at-Equity bewerteten Unternehmen ist zum Jahresende 2014 mit EUR 0,2 Mio. nahezu auf Vorjahresniveau (Vorjahr: EUR 0,3 Mio.).

Die **Risikovorsorge im Kreditgeschäft** liegt mit EUR -16,2 Mio. um EUR 3,8 Mio. deutlich unter dem Vorjahreswert von EUR -20,0 Mio.

Die Zuführungen zu Einzelwertberichtigungen (einschließlich Rückstellungen) liegen mit EUR -24,5 Mio. um EUR 14,5 Mio. unter dem Vorjahreswert von EUR -39,0 Mio. Die Auflösungen der Einzelwertberichtigungen (einschließlich Rückstellungen und Eingänge auf abgeschriebene Forderungen sowie Zuschreibungen auf Forderungen) liegen mit EUR 10,7 Mio. rund EUR 9,1 Mio. unter dem entsprechenden Vorjahresniveau von EUR 19,8 Mio.

Die Zuführungen zu den Portfoliowertberichtigungen liegen mit EUR -2,4 Mio. unter dem Vorjahr (EUR -2,9 Mio.). Diesen standen Auflösungen in 2014 in Höhe von EUR 0,1 Mio. (Vorjahr EUR 2,1 Mio.) gegenüber.

Der **Provisionsüberschuss** beläuft sich auf EUR 7,2 Mio. und liegt damit leicht unter Vorjahresniveau (EUR 7,8 Mio.) und ebenfalls leicht unter der letzten Prognose.

Begründet ist der Rückgang des Provisionsüberschusses primär durch eine Verschlechterung des Provisionsergebnisses aus dem Kredit- und Darlehensgeschäft (EUR -1,5 Mio. gegenüber dem Vorjahr).

Das sonstige Provisionsergebnis hat sich mit EUR 0,7 Mio. leicht um EUR 0,5 Mio. EUR verschlechtert.

Das **Ergebnis aus der Fair-Value Bewertung inkl. Ergebnis aus Sicherungsgeschäften** (Hedge Accounting) hat im Berichtszeitraum mit EUR 46,3 Mio. den Vorjahreswert in Höhe von EUR 20,1 Mio. deutlich überschritten. Maßgeblich dafür waren positive Bewertungseffekte aufgrund des gesunkenen Zinsniveaus, darunter ein Effekt von EUR +7,7 Mio. aus den zur Fair Value Option bewerteten Wertpapieren.

Das Ergebnis aus dem Hedge-Accounting ist im Berichtsjahr mit EUR -2,7 Mio. unter Vorjahresniveau (Vorjahr: EUR +0,4 Mio.). Im Ergebnis aus Sicherungsgeschäften werden die – im Rahmen der für das Hedge Accounting zulässigen Bandbreiten - vorhandenen Ineffektivitäten der bestehenden Hedge-Beziehungen abgebildet. Der absolute Anstieg des Ergebnisses aus Sicherungsgeschäften ist in dem gegenüber dem Jahresende 2013 deutlich gestiegenen Umfang an Hedge-Beziehungen begründet.

Das **Ergebnis aus Finanzanlagen** liegt im Berichtszeitraum mit EUR 0,9 Mio. in Summe um EUR 4,2 Mio. über Vorjahresniveau (Vorjahr: EUR -3,3 Mio.) und bestätigt somit die Prognose des Vorjahres. Beeinflusst wurde das Ergebnis im Wesentlichen durch im Vergleich zum Vorjahr höhere Veräußerungsgewinne (EUR 2,8 Mio.) und höhere Erträge aus Zuschreibungen (EUR 1,6 Mio.).

Der **Verwaltungsaufwand inkl. Abschreibungen** auf Sachanlagen und andere immaterielle Vermögensgegenstände liegt am 31.12.2014 mit EUR -73,5 Mio. über dem Vergleichszeitraum des Vorjahres (EUR -71,9 Mio.), jedoch deutlich besser als im Rahmen unserer ursprünglichen Prognose erwartet. Der Personalaufwand ist gegenüber 2013 und entsprechend der erwarteten Prognose um EUR 1,6 Mio. leicht auf EUR -43,1 Mio. gestiegen. Die anderen Verwaltungsaufwendungen sind mit EUR -28,2 Mio. um EUR 0,3 Mio. gegenüber Vorjahreszeitraum ebenfalls leicht gestiegen, jedoch deutlich weniger, als im Rahmen der letztjährigen Prognose erwartet. Begründet ist die Abweichung zur Prognose im Wesentlichen in einer höher als geplanten Aktivierungsfähigkeit der IT-Migrationskosten in der LBS.

Die Abschreibungen auf Sachanlagen und andere immaterielle Vermögensgegenstände liegen mit EUR -2,2 Mio. leicht unter Vorjahr (EUR -2,5 Mio.).

Das **sonstige Ergebnis** beläuft sich im Berichtszeitraum auf EUR 0,9 Mio. (Vorjahr: EUR 1,9 Mio.).

Die sonstigen Erträge sind im Vergleich zum 31.12. des Vorjahres von EUR 4,6 Mio. auf EUR 3,4 Mio. in 2014 gesunken. Sie beinhalten im Wesentlichen Mieterträge aus den als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien (EUR 1,3 Mio.; Vorjahr: EUR 1,3 Mio.) sowie Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (EUR 0,8 Mio.; Vorjahr: EUR 1,5 Mio.). Der Rückgang der sonstigen Erträge ist im Vergleich zum 31.12.2013 primär durch den Rückgang der Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen (EUR -0,7 Mio.) sowie die verringerten Veräußerungsgewinne aus zurückgekauften eigenen Emissionen begründet (EUR -0,4 Mio.).

Die Summe der sonstigen Aufwendungen ist im Berichtszeitraum mit EUR -2,5 Mio. auf Vorjahresniveau (Vorjahr: EUR -2,7 Mio.).

Insgesamt ergibt sich somit in 2014 ein **Konzernüberschuss vor Steuern** von EUR 88,0 Mio. gegenüber EUR 56,0 Mio. im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Die Prognose des Vorjahres wird hiermit deutlich übertroffen.

Nach Berücksichtigung des **Steueraufwandes** in Höhe von EUR -28,7 Mio. (Vorjahr: EUR -20,4 Mio.) verbleibt ein Konzernüberschuss nach Steuern von EUR 59,3 Mio. (Vorjahr: EUR 35,6 Mio.), von dem an die Anteilseigner eine Dividende in Höhe von EUR 3,0 Mio. ausgeschüttet wird. Der Steueraufwand setzt sich aus einem tatsächlichen Steueraufwand in Höhe von EUR -11,6 Mio. (Vorjahr: EUR -15,1 Mio.) sowie einem Aufwand für latente Steuern in Höhe von EUR -17,2 Mio. (Vorjahr: EUR -5,3 Mio.) zusammen.

Geschäfts- und Ergebnisentwicklung der Segmente

Nachfolgend sind die Ergebnisbeiträge der wesentlichen Segmente dargestellt.

Firmenkunden (FK)

Der Geschäftsbereich Firmenkunden betreut Firmenkunden in Deutschland sowie Firmenkunden, Kommunen und kommunalnahe Unternehmen in Frankreich. Zu den Zielmärkten zählen in Deutschland das Saarland, Rheinland-Pfalz und daran angrenzende Regionen. In Frankreich konzentriert sich die SaarLB auf den Grand-Est und hier insbesondere auf das benachbarte Elsass-Lothringen, wo die Bank mit ihrer Niederlassung SaarLB France an den Standorten Metz und Straßburg vertreten ist.

in TEUR	2014	2013	Δ Tsd.	Δ in %
Zinsüberschuss	25.034	22.952	2.082	9,1 %
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-3.377	-6.666	3.289	-49,3 %
Provisionsüberschuss	3.526	3.917	-391	-10,0 %
Ergebnis aus der Fair-Value-Bewertung	-260	94	-354	-377,0 %
Ergebnis aus Finanzanlagen	0	115	-115	-100,0 %
Verwaltungsaufwand	-10.905	-15.134	4.229	-27,9 %
Ergebnis vor Steuern	**14.017**	**5.279**	**8.739**	**165,5 %**
Segmentvermögen	1.906.893	1.778.351	128.543	7,2 %

Der Bereich Firmenkunden erreicht zum Jahresabschluss 2014 einen **Zinsüberschuss** von EUR 25,0 Mio. und liegt somit um EUR 2,1 Mio. über dem Vorjahresergebnis. Die seit dem 2. Halbjahr 2013 sowohl auf dem französischen als auch dem deutschen Zielmarkt festzustellende geschäftliche Dynamik und Investitionstätigkeit der Unternehmen setzten sich auch in 2014 fort. Auch im 2. Halbjahr bilden die Branchen Metallerzeugung und -bearbeitung sowie Kraftwerksbau eine Ausnahme, weiterhin begründet in der starken Konkurrenz aus Fernost bzw. der hohen Marktverunsicherung und Investitions-zurückhaltung in der europäischen Energiebranche. Durch hohe Liquiditätsreserven und einer vielfach guten Innenfinanzierungskraft sind große mittelständische Unternehmen in der Lage, ihren Working Capital-Bedarf und laufende Investitionen verstärkt aus eigenen

Mitteln darzustellen. Dies schürt weiter den Wettbewerbsdruck unter den Banken und hält den Druck auf die Margen konstant hoch. Auf der deutschen Seite konnten mehrere strukturierte Finanzierungen (Schuldscheindarlehen und Konsortialkredite) unter Beteiligung der saarländischen Sparkassen erfolgreich umgesetzt werden.

Im Geschäft mit Firmenkunden in Frankreich profitierte die SaarLB insbesondere von einem sehr dynamischen 2. Halbjahr. Dabei stellte die Bank vor allem international tätigen Unternehmen und Unternehmen mit Deutschlandbezug neue Darlehen zur Verfügung. Das Darlehensneugeschäft mit Kommunalkunden in Frankreich bleibt in diesem Jahr hinter den Erwartungen zurück. Hier konnten jedoch mit der Entwicklung neuer Produkte und Dienstleistungen neue Akzente gesetzt werden. Hervorzuheben sind dabei das Angebot von referenzzinsbasierten Kurzfristlinien und die Vermittlung von Schuldscheindarlehen für deutsche Investoren.

Das gesamte Neugeschäftsvolumen des Bereiches in Höhe von rd. EUR 300 Mio. verteilt sich in 2014 fast gleichmäßig auf beide regionalen Märkte. Im Vergleich zum Vorjahr und Plan konnte das Neugeschäft hinsichtlich seiner Ertragsbestandteile im laufenden Geschäftsjahr weiter verbessert werden. Die Portfolioqualität - gemessen am durchschnittlichen Rating - übertrifft die Planannahmen, bleibt jedoch leicht hinter dem Vorjahreszeitraum zurück.

Insgesamt kann festgestellt werden, dass auf Basis der guten Positionierung bei unseren strategischen Kunden und der hohen Anzahl der Geschäftsanbahnungen sowohl im Neu- als auch im Bestandsgeschäft unsere Erwartungen leicht übertroffen und bestätigen somit auch unsere Prognosen aus dem vergangenen Abschluss bestätigt werden konnten.

Die **Risikovorsorge** im Kreditgeschäft in Höhe von EUR -3,4 Mio. wird in 2014 durch die Neubildung im Segment Firmenkunden Deutschland determiniert. In Frankreich hingegen sorgten Auflösungen für eine Überkompensation der Neubildungen. Dank konservativer Risikovorsorgepolitik lagen die Ist-Kosten (Einzelwertberichtigungen) sowohl in Deutschland als auch in Frankreich deutlich unter den geplanten Risikokosten.

Der **Provisionsüberschuss** in Höhe von EUR 3,5 Mio. setzt sich in 2014 bisher fast hälftig aus Provisionen des Aval- und Garantiegeschäfts sowie aus Provisionen, die insbesondere durch das Kreditgeschäft getrieben sind, zusammen.

Der **Verwaltungsaufwand** liegt mit EUR -10,9 Mio. um rd. EUR 4,2 Mio. unter Vorjahresniveau. Hintergrund ist primär eine zum Vorjahr veränderte Kostensystematik und Kostenallokation. Dies gilt entsprechend auch für die anderen Segmente.

Das **Segmentvermögen** in Höhe von EUR 1.907 Mio. hat im Vergleich zum Vorjahr mit EUR 129 Mio. einen leichten Zuwachs verzeichnet.

Immobilien (IM)

Das Geschäftssegment Immobilien verantwortet im SaarLB-Konzern die Finanzierung gewerblicher Immobilien. Der regionale Schwerpunkt liegt ebenfalls in dem bereits für das Geschäftssegment Firmenkunden definierten deutschen Zielmarkt und dem französischen Grand Est mit Schwerpunkt Île-de-France. Die Betreuung der französischen Immobilieninvestoren erfolgt überwiegend vom Standort Paris aus. Daneben werden im Segment Immobilien die Begleitung von Public Private Partnership Maßnahmen (PPP) für Investitionen in Infrastruktur und Bildung sowie sonstige öffentliche Baumaßnahmen im deutschen Regionalmarkt betreut.

in TEUR	2014	2013	Δ Tsd.	Δ in %
Zinsüberschuss	30.244	29.787	457	1,5 %
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-6.919	-7.095	176	-2,5 %
Provisionsüberschuss	944	1.544	-600	-38,8 %
Ergebnis aus der Fair-Value-Bewertung	-576	0	-576	0,0 %
Verwaltungsaufwand	-8.412	-8.849	437	-4,9 %
Ergebnis vor Steuern	**15.281**	**15.386**	**-105**	**-0,7 %**
Segmentvermögen	2.637.597	2.713.043	-75.446	-2,8 %

Der **Zinsüberschuss** im Geschäftssegment Immobilien ist im Vergleich zum Vorjahreszeitraum mit EUR 30,2 Mio. annähernd stabil geblieben (+1,5 %), konnte jedoch die Erwartungen nicht erfüllen und bestätigt die zum Halbjahr getroffene Prognose. Dies ist auf ausgebliebenes Neugeschäft im französischen Markt, bedingt durch fehlende oder zahlenmäßig nur sehr geringe Markttransaktionen im Sinne des Zielgeschäftes der Bank und einen stark erhöhten Wettbewerb mit neuen Marktteilnehmern auch im Nischengeschäft < EUR 20 Mio. zurückzuführen. Die daraus resultierenden Volumenrückgänge in Frankreich konnten durch die bessere Geschäftsentwicklung in Deutschland nicht kompensiert werden. Die deutlich unterplanmäßige Neugeschäftsentwicklung hat auch zu einer entsprechenden Belastung des Provisionsergebnisses geführt.

Das Geschäftssegment Immobilien konnte im Berichtszeitraum insgesamt etwa EUR 375 Mio. neu valutieren bzw. prolongieren. Dabei konnten trotz der in beiden Märkten zugespitzten Wettbewerbssituation die Planmargen durchgesetzt werden. Die Neugeschäftsentwicklung blieb insbesondere in Frankreich deutlich hinter den Erwartungen zurück.

Die **Risikovorsorge** im Kreditgeschäft in Höhe von EUR -6,9 Mio. verbleibt mit einer Abweichung von EUR 0,2 Mio. (2,5 %) auf dem Niveau des Jahres 2013. Auflösungen in Deutschland und Frankreich konnten die Neubildungen nicht kompensieren. Der Großteil der Risikovorsorge entfällt auf Immobilien Frankreich.

Die Entwicklung des **Provisionsüberschusses** hängt primär vom Neugeschäftsvolumen ab und war - dem fehlenden Abschlussvolumen geschuldet - mit EUR 0,9 Mio. zum 31.12.2014 deutlich rückläufig (-38,8 %).

Der **Verwaltungsaufwand** beläuft sich in 2014 auf EUR -8,4 Mio. und liegt somit leicht unter Vorjahresniveau (EUR -8,8 Mio.).

Insgesamt weist das **Segmentvermögen** rd. EUR 2.638 Mio. aus und liegt damit leicht unter Vorjahresniveau.

Projekte (PF)

Das Geschäftssegment Projekte verantwortet im SaarLB-Konzern die Finanzierungen von Projekten speziell im Sektor Erneuerbarer Energien aber auch im Bereich Public Private Partnership auf dem französischen Markt. Der regionale Geschäftsschwerpunkt liegt in Frankreich.

in TEUR	2014	2013	Δ Tsd.	Δ in %
Zinsüberschuss	24.675	19.983	4.692	23,5 %
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-5.865	-7	-5.858	*** %
Provisionsüberschuss	4.305	4.550	-246	-5,4 %
Ergebnis aus der Fair-Value-Bewertung	-181	0	-181	*** %
Verwaltungsaufwand	-6.269	-7.437	1.168	-15,7 %
Ergebnis vor Steuern	**16.664**	**17.089**	**-425**	**-2,5 %**
Segmentvermögen	2.001.401	1.790.396	211.005	11,8 %

Der **Zinsüberschuss** im Bereich Projekte konnte im Jahresverlauf 2014 deutlich von rd. EUR 20,0 Mio. auf EUR 24,7 Mio. gesteigert werden (+23,5 %). Wesentliche Ursache hierfür war der kontinuierliche Ausbau des Kreditneugeschäfts in 2014. Insgesamt wurden Kredite in Höhe von rd. EUR 350 Mio. valutiert und damit die bereits in der Prognose 2013 getroffenen Trendaussagen deutlich übertroffen. Hiervon entfielen - stärker ausgeprägt als in den Vorjahren - knapp 90 % auf den französischen Markt, was eindrucksvoll die nach wie vor exponierte Marktstellung und die Strukturierungs- und Rechtskompetenz der SaarLB als deutsch-französische Regionalbank unterstreicht. Im deutschen Zielmarkt verhielt sich das Neugeschäft erwartungsgemäß, infolge der restriktiv wirkenden EEG-Novelle lag es jedoch deutlich unter den Vorjahresabschlüssen. Bei dem Teilsegment PPP Frankreich konnte die Bank ihre Marktposition als Nischenanbieter für mittelständisch geprägte Vorhaben behaupten.

Die Inanspruchnahme der **Risikovorsorge** ist im abgelaufenen Geschäftsjahr durch Neubildungen im Bereich der sonstigen Spezialfinanzierungen geprägt, die ebenfalls im Segment Projekte abgebildet werden. Die Portfolioqualität im Bereich Erneuerbare Energien knüpft weiterhin an das sehr gute Niveau der Vorjahre an.

Der **Provisionsüberschuss** von EUR 4,3 Mio. liegt um EUR -0,2 Mio. unter dem Vorjahr. Dies ist im Wesentlichen auf einen Rückgang der Kreditprovisionen im Deutschlandgeschäft zurückzuführen, der durch die Projekte im Frankreichgeschäft nicht vollständig kompensiert werden konnte.

Der **Verwaltungsaufwand** beträgt EUR -6,3 Mio. und liegt somit unter dem Niveau von 2013 (EUR -7,4 Mio.).

Das **Segmentvermögen** des Geschäftsbereichs steigerte sich um EUR 211 Mio. auf EUR 2.001 Mio. per 31.12.2014.

Sparkassen, Institutionelle und Vermögende (SV)

Im Geschäftssegment Sparkassen, Institutionelle und Vermögende erfolgt die Vermögensberatung und -verwaltung für Sparkassen, institutionelle Anleger und vermögende Privatkunden. Der Schwerpunkt des Segmentes Sparkassen und Institutionelle liegt in der Intensivierung bestehender Kundenverbindungen sowie im Ausbau der Kontakte zu Versicherungen und Versorgungswerken in der Region und den Geschäftsbeziehungen zu Sparkassen in Rheinland-Pfalz. Eine weitere Aufgabe besteht in der Liquiditätsbeschaffung bei institutionellen Investoren. Gleichzeitig wird in diesem Segment die Finanzierung von Sparkassen und Kommunen in der Region abgebildet.

Das Neugeschäft im Bereich der Kommunen schließt zum Jahresende mit rd. EUR 122 Mio. zwar deutlich über Vorjahresniveau, bleibt jedoch hinter den Erwartungen für das Geschäftsjahr zurück. Die Prognose des Halbjahres 2014 bestätigte sich hier. Die vereinnahmten Neugeschäftsmargen konnten hingegen die Erwartungen erfüllen. Erstmalig hat der Geschäftsbereich für kommunale Kunden Schuldscheine arrangiert und bei institutionellen Investoren platziert.

Deutlich belebt hat sich das Spezialfondsgeschäft, was sich insbesondere in einem merklichen Anstieg des Depotbankvolumens ausdrückt. Das anhaltend niedrige Zinsniveau beeinträchtigte im Jahresverlauf weiterhin die Margen im Passivgeschäft.

Im Geschäft mit vermögenden Privatkunden entwickelte sich das Passivvolumen mit einer Steigerung von knapp 38 % weiterhin positiv auf rd. EUR 330 Mio. zum Jahresende. Aufgrund des Niedrigzins-Umfeldes verbleiben die Margen auf einem niedrigen Niveau, konnten jedoch im Vergleich zum Vorjahr jedoch leicht zulegen.

Das Teilsegment Wealth Management wurde kontinuierlich ausgebaut und verbesserte zunehmend die Wahrnehmung der SaarLB bei vermögenden Privaten - insbesondere mit unternehmerischem Hintergrund.

in TEUR	2014	2013	Δ Tsd.	Δ in %
Zinsüberschuss	6.457	4.430	2.027	45,7 %
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	4	29	-25	-85,6 %
Provisionsüberschuss	4.772	3.775	998	26,4 %
Ergebnis aus der Fair-Value-Bewertung	-313	809	-1.122	-138,7 %
Verwaltungsaufwand	-5.939	-7.410	1.472	-19,9 %
Ergebnis vor Steuern	**4.982**	**1.633**	**3.349**	**205,1 %**
Segmentvermögen	1.596.627	1.817.976	-221.349	-12,2 %

Der **Zinsüberschuss** steigerte sich von EUR 4,4 Mio. auf EUR 6,5 Mio. Ursächlich hierfür waren gestiegene Volumina, Effekte aus der Zinsbuchsteuerung, die sich positiv auf die Passivmargen auswirkten sowie den guten Platzierungserfolgen eigener Emissionen bei institutionellen Investoren und Sparkassen.

Eine **Risikovorsorge** im Kreditgeschäft war zum Berichtszeitpunkt - analog dem Vorjahr - nicht in erwähnenswertem Maße erforderlich, was die gute Portfolioqualität im Bereich Sparkassen, Vermögende, Institutionelle widerspiegelt.

Der **Provisionsüberschuss** konnte sich mit EUR 4,8 Mio. gegenüber dem Vorjahresniveau (EUR 3,8 Mio.) deutlich verbessern, was im Wesentlichen auf eine Steigerung innerhalb des Wertpapier-Provisionsergebnisses zurückzuführen ist. Den größten Beitrag hierzu leistete neben dem klassischen Wertpapiergeschäft auch das Kommissionsgeschäft. Die Entwicklung des Provisionsgeschäfts spiegelt die zum Halbjahr getroffenen Prognosen wider.

Der **Verwaltungsaufwand** in Höhe von EUR -5,9 Mio. liegt unter Vorjahresniveau (EUR -7,4 Mio.).

Das insbesondere durch kommunale Finanzierungen sowie in der Vergangenheit vorgenommene Refinanzierungen von Sparkassen geprägte **Segmentvermögen** hat sich aufgrund planmäßiger Tilgungen im Geschäftsverlauf von rund EUR 1.818 Mio. leicht auf rund EUR 1.597 Mio. verringert.

Treasury und Portfoliomanagement (TP)

Der Bereich Treasury und Portfoliomanagement verantwortet neben den klassischen Treasury-Funktionen mit der Steuerung des Zinsänderungsrisikos (Aktiv-Passiv-Management) sowie der Liquidität auch das Management des primär unter Liquiditätsgesichtspunkten gehaltenen Wertpapierportfolios (Depot A und LCR-Portfolio) sowie die Betreuung der strategischen Eigenanlagen der Bank (Direktanlagen und Spezialfonds). Daneben obliegt dem Bereich die Steuerung sämtlicher nicht mehr zum Kerngeschäft der Bank zählender Portfolien wie z. B. Investments in internationale Banken- und Corporate-Adressen außerhalb Kerneuropas, internationale gewerbliche Immobilienfinanzierungen, Verbriefungen sowie diverse kleinere Teilportfolien. Von diesen Abbauportfolien, die zu rd. 80 % im Investmentgrade-Bereich angesiedelt sind, möchte sich die SaarLB mittelfristig trennen.

Dank eines deutlich über Plan liegenden Neugeschäftes von rd. EUR 563 Mio. konnte das Bestandsvolumen im Depot A trotz hoher Tilgungsvolumina mit EUR 2,3 Mrd. in etwa auf Vorjahresniveau gehalten werden. Das für Basel III erforderliche LCR-Portfolio bleibt mit ca. EUR 0,3 Mrd. auf Vorjahresniveau. Die hier dargestellte Volumens- und Ertragsentwicklung bestätigt die zum Halbjahr 2014 getroffene Prognose.

Mit einem Aktivbestand zum Jahresende 2014 von rd. EUR 1,0 Mrd. hat sich das Abbauportfolio seit Jahresbeginn 2014 um weitere EUR 0,6 Mrd. planmäßig verringert.

in TEUR	2014	2013	Δ Tsd.	Δ in %
Zinsüberschuss	27.701	34.632	-6.932	-20,0 %
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	2.182	-8.612	10.794	-125,3 %
Provisionsüberschuss	-878	-453	-425	93,9 %
Ergebnis aus der Fair-Value-Bewertung	45.079	1.056	44.023	4169,3 %
Ergebnis aus Finanzanlagen	911	-2.947	3.858	-130,9 %
Verwaltungsaufwand	-7.424	-10.485	3.062	-29,2 %
Ergebnis vor Steuern	**67.572**	**13.191**	**54.381**	**412,3 %**
Segmentvermögen	3.746.522	4.285.141	-538.620	-12,6 %

Durch die Umgliederung eines Teilportfolios in die sonstigen Positionen/Overhead ergeben sich in verschiedenen Positionen leichte Verschiebungen gegenüber dem Ausweis im Vorjahr.

Der **Zinsüberschuss** in Höhe von EUR 27,7 Mio. liegt unter dem Vorjahresniveau von EUR 34,6 Mio. Dies resultiert zum einen aus dem abschmelzenden Zinsüberschuss des Abbauportfolios, aber auch aus dem schwächeren Dispositions- und Fristentransformationsergebnis, das durch die anhaltend niedrigen Zinsen belastet wird.

Die **Risikovorsorge** im Kreditgeschäft konnte durch Auflösungen im Berichtszeitraum überkompensiert werden und beläuft sich auf EUR +2,2 Mio. (Vorjahr: EUR -8,6 Mio.).

Darüber hinaus hat sich der **Provisionsüberschuss** um EUR -0,4 Mio. auf EUR -0,9 Mio. verringert - ursächlich sind Provisionsaufwendungen für das Wertpapier- und Depotgeschäft.

Dem gegenüber steht das positive **Fair Value-Ergebnis**, das primär aus Zinsswaps resultiert und sich auf EUR 45,1 Mio. beläuft. Die im Segment TP abgeschlossenen Zinsderivate werden primär für die Zinsbuchsteuerung der SaarLB eingesetzt. Die deutliche Abweichung zum Vorjahr resultiert aus den erstmals auf die Segmente verteilten Fair-Value-Effekten, insbesondere aus Zinsderivaten. Im Vorjahr wurden diese Ergebniskomponenten noch in den sonstigen Positionen/Overhead ausgewiesen.

Das **Ergebnis aus Finanzanlagen** betrifft im Wesentlichen Wertpapiere des Abbauportfolios und liegt mit EUR 0,9 Mio. deutlich über dem Vorjahreswert von EUR -2,9 Mio.

Der **Verwaltungsaufwand** liegt mit EUR -7,4 Mio. deutlich unter Vorjahresniveau (Vorjahr EUR -10,5 Mio.).

Das **Segmentvermögen** ist – bedingt durch die Entwicklung des Abbauportfolios – planmäßig rückläufig und konnte sich mit einem Stand von EUR 3.747 Mio. um EUR -538 Mio. im Vergleich zum Vorjahresstichtag verringern.

Landesbausparkasse Saar (LBS)

Die Finanzierung privat genutzter Immobilien erfolgt in enger Zusammenarbeit mit den saarländischen Sparkassen ausschließlich über die zur SaarLB gehörende Landesbausparkasse Saar.

Das Kundenkreditvolumen der Landesbausparkasse lag per 31.12.2014 um rd. EUR 0,7 Mrd. über dem Niveau vom 31.12.2013. Die Steigerungsrate des Kreditvolumens beträgt somit rund 11,0 %.

Das Bausparneugeschäftsvolumen konnte im Berichtsjahr 2014 mit rund 12,4 % nochmals deutlich gegenüber dem Rekordjahr 2013 gesteigert werden und betrug EUR 652 Mio.

in TEUR	2014	2013	Δ Tsd.	Δ in %
Zinsüberschuss	17.998	17.237	761	4,4 %
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-102	-95	-7	7,0 %
Provisionsüberschuss	-3.056	-2.861	-196	6,8 %
Verwaltungsaufwand	-12.016	-10.958	-1.058	9,7 %
Sonstiges Ergebnis	379	560	-181	-32,4 %
Ergebnis vor Steuern	**3.203**	**3.884**	**-681**	**-17,5 %**
Segmentvermögen	830.690	758.462	72.228	9,5 %

Der **Zinsüberschuss** hat sich gegenüber dem Vergleichswert des Vorjahres von EUR 17,2 Mio. auf EUR 18,0 Mio. im Jahresverlauf 2014 erneut gesteigert. Diese Entwicklung bestätigt die zum Halbjahr getroffene Prognose.

Die **Risikovorsorge** im Bauspargeschäft zeigte in 2014 mit EUR -0,1 Mio. einen Seitwärtstrend (Vorjahr: EUR -0,1 Mio.).

Das durch das Vermittlungsgeschäft an Sparkassen stark beeinflusste **Provisionsergebnis** folgt weiterhin dem Vorjahrestrend und belastet das Segmentergebnis mit rund EUR -3,1 Mio. (Vorjahr EUR -2,9 Mio.). Diese Erhöhung folgt dem sehr positiven Neugeschäft im laufenden Geschäftsjahr. Demgegenüber stehen erhöhte nachhaltige Zinsüberschüsse in den nächsten Jahren. Auch für diese Position wird die angenommene Prognose bestätigt.

Der **Verwaltungsaufwand** hat sich in der Landesbausparkasse von EUR -11,0 Mio. auf EUR -12,0 Mio. erhöht. Ursächlich hierfür sind im Vergleich zum Vorjahr im Wesentlichen erhöhte Personal- sowie Rechts- und Prüfungskosten.

Das Ergebnis der Landesbausparkasse liegt zum 31.12.2014 um -17,5 % unter dem Vergleichszeitraum des Vorjahres und erreicht EUR 3,2 Mio.

Das **Segmentvermögen** der Landesbausparkasse konnte sich von EUR 758 Mio. um rund 9,5 % auf EUR 831 Mio. steigern.

Finanzlage

Auch in 2014 ist die Finanzlage der SaarLB unverändert gut. Die Liquiditätszuflüsse sind aufgrund der aktuellen Refinanzierungsstrukturen in den kommenden Jahren gesichert.

Die Hypothekendeckung nach § 28 PfandBG hat mit EUR 704 Mio. den Vorjahreswert (EUR 698 Mio.) um EUR 6 Mio. geringfügig überschritten. Eine verstärkte Nutzung der Deckungsmasse zur Refinanzierung hat gleichzeitig zu einer deutlichen Erhöhung des Pfandbriefumlaufs geführt, so dass sich die Überdeckung in 2014 mit ca. 69 % gegenüber dem Jahresende 2013 mit ca. 105 % signifikant verringert hat, jedoch noch weit über den regulatorischen Anforderungen liegt.

Die öffentliche Deckungsmasse nach § 28 PfandBG sowie der dazu korrespondierende Pfandbriefumlauf der öffentlichen Pfandbriefe wurden aufgrund von Fälligkeiten und verhaltenem Neugeschäft weiter zurückgefahren. Der Gesamtbetrag der Deckungsmasse hat sich von EUR 1.797 Mio. zum 31.12.2013 auf EUR 1.617 Mio. zum 31.12.2014 moderat verringert. Die Überdeckung liegt mit rund 46 % zum 31.12.2014 ebenfalls leicht unter dem Jahresende 2013 (ca. 54 %), aber deutlich über den regulatorischen Anforderungen.

Die Situation am Kapitalmarkt ist aus Sicht der SaarLB gegenüber dem Geschäftsjahr 2013 weiterhin stabil. Mit annähernd EUR 989 Mio. (2013: EUR 778 Mio.) liegt das platzierte Volumen im Jahresverlauf 2014 auf hohem Niveau und erfolgte, wie in den vergangenen Jahren fast ausschließlich im Rahmen von Private Placements bei Kunden und Finanzpartnern. Rund die Hälfte der Mittelaufnahmen konnte im Sparkassen- und Landesbankenverbund erfolgen. Die Investorenbindung ist für die SaarLB daher nach wie vor von zentraler Bedeutung. Somit war die SaarLB im laufenden Geschäftsjahr 2014, wie bereits in 2013, weitestgehend unabhängig vom Kapitalmarkt. Dabei gelang es der SaarLB – analog dem Vorjahr –, sich überwiegend über unbesicherte Emissionen mit langen Laufzeiten zu refinanzieren.

Die Entwicklung der Refinanzierungskonditionen hängen, neben dem Bonitätsaufschlag maßgeblich von der Entwicklung der Swap- bzw. Geldmarktkurve ab.

Die Kapitalstruktur der SaarLB folgt der Entwicklung des Kreditvolumens. In Summe verringerte sich das Volumen an Verbindlichkeiten um ca. EUR 1.025,9 Mio. gegenüber dem Jahresende 2013.

in Mio. EUR	2014	2013	Δ Mio.	Δ in %
Kreditinstitute	4.880,3	5.748,7	-868,4	-15,1 %
Kunden	4.644,8	4.759,1	-114,3	-2,4 %
verbriefte Verbindlichkeiten	5.196,3	4.939,7	256,6	5,2 %
Nachrangkapital inkl. Genussrechte	308,8	319,9	-11,1	-3,5 %
Summe der Verbindlichkeiten	**15.030,2**	**15.767,4**	**-737,2**	**-4,7 %**

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** sind im Vergleich zum Vorjahr von EUR 5.749 Mio. um EUR 4.880 Mio. (-15,1 %) auf EUR 4.880 Mio. zum 31.12.2014 abgeschmolzen.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden** liegen mit EUR 4.645 Mio. um EUR 1.270 Mio. über dem Stand des Vorjahres (31.12.2013: EUR 4.759 Mio.).

Die **verbrieften Verbindlichkeiten** sind im Berichtszeitraum von EUR 4.940 Mio. auf EUR 5.196 Mio. gestiegen.

Gegenüber dem Vorjahr (EUR 319,9 Mio.) hat sich das **Nachrangkapital inkl. Genussrechte** mit einer Höhe von EUR 308,8 Mio. nur unwesentlich geändert. Auslaufende Genussrechte sowie Stille Einlagen wurden zum Teil durch neue Emissionen von Nachrangigen Verbindlichkeiten ersetzt.

Die Restlaufzeitstruktur der Refinanzierung spiegelt im Wesentlichen die Restlaufzeitenstruktur der Aktivseite wider, wobei ein deutlicher Wechsel hin zu kurzfristigen Geldern zu verzeichnen ist.

in Mio. EUR	2014	2013	Δ Mio.	Δ in %
tgl. fällig / ohne Restlaufzeit	936,2	762,9	173,3	22,7 %
bis drei Monaten	3.521,8	4.686,7	-1.164,9	-24,9 %
mehr als drei Monaten bis ein Jahr	3.556,7	1.554,5	2.002,2	128,8 %
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	2.939,2	5.238,8	-2.299,6	-43,9 %
mehr als fünf Jahre	4.076,3	3.524,5	551,8	15,7 %
Summe Refinanzierung	**15.030,2**	**15.767,4**	**-737,2**	**-4,7 %**

Das **bilanzielle Eigenkapital** ist von EUR 584,9 Mio. zum Jahresende 2013 um EUR 162,6 Mio. auf EUR 747,5 Mio. angestiegen. Die Veränderung ist im Wesentlichen in der Erhöhung des Gezeichneten Kapitals sowie der Gewinnthesaurierung des Vorjahres und einer Zunahme der Neubewertungsrücklagen begründet. Der Konzerngewinn ist von EUR 27,2 Mio. zum 31.12.2013 auf EUR 52,7 Mio. zum Jahresende 2014 gestiegen.

Zur Darstellung der **aufsichtsrechtlichen Eigenmittelausstattung** sowie den sich daraus abgeleiteten aufsichtsrechtlichen Kennzahlen wird auf den Abschnitt Risikobericht verwiesen.

Die **außerbilanziellen Verpflichtungen** der SaarLB werden vorrangig durch unwiderrufliche Kreditzusagen sowie Eventualverbindlichkeiten bestimmt. Mit einem Gesamtvolumen von EUR 807,6 Mio. zum 31.12.2014 sind diese Verpflichtungen analog dem Vorjahr (EUR 961,7 Mio.) für die Beurteilung der Finanzlage nur von untergeordneter Bedeutung.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr bestanden, wie im Vorjahr, keine zugesagten Kreditlinien zugunsten der SaarLB.

Um die jederzeitige Zahlungsbereitschaft sicherzustellen, hat die SaarLB wie im Vorjahr Sicherheiten in Höhe von ca. EUR 1.161 Mio. bei der Bundesbank hinterlegt (Vorjahr EUR 1.024 Mio.). Aufkommende Zahlungsverpflichtungen können somit unabhängig von anderen Refinanzierungsquellen abgedeckt werden.

Zur Darstellung der **Liquiditätssteuerung** verweisen wir auf den Risikobericht.

Aufgrund der auf Deutschland und Frankreich fokussierten Geschäftstätigkeit der SaarLB ist der Anteil der Absicherung von Nettopositionen in Fremdwährungen unbedeutend. Sowohl Darlehensneuausreichungen als auch die entsprechenden Refinanzierungen erfolgen primär in EUR. Noch bestehende Fremdwährungsbestände sind überwiegend dem Abbauportfolio zuzurechnen.

Die Nutzung derivativer Finanzinstrumente erfolgt zum weitaus größten Teil im Rahmen der Aktiv-Passiv-Steuerung und dient im Wesentlichen der Absicherung eigener Zinsrisiken. Das Nominalvolumen ist um EUR 624 Mio. auf EUR 16.429 Mio. (Vorjahr: EUR 15.805 Mio.). moderat gestiegen. Mit rund 95 % betrifft dies Zinsswaps.

Die Zahlungsfähigkeit der SaarLB war im abgelaufenen Geschäftsjahr somit jederzeit gewährleistet.

Der Zugang der SaarLB zum Geld- und Kapitalmarkt wird durch die Bonitätseinschätzung zweier internationaler Ratingagenturen unterstützt. Fitch hat im April 2014 den Ausblick für das Langfristrating auf Outlook negativ herabgesetzt. Begründet ist dieser Schritt mit einer anstehenden Methodenänderung in der Bewertung des Support Ratings als Ausfluss der geänderten EU-Regelungen zum „Bail-In“. Das Viability Rating, das die innere Finanzkraft des Unternehmens widerspiegelt, wurde im Juni 2014 durch Fitch auf dem aktuellen Niveau bestätigt.

Rating	Moody's	Fitch Ratings
Langfrist-Rating (unbesichert)		
mit Staatshaftung	Aa1	AAA
ohne Staatshaftung	A3	A
Ausblick	Negative	Negative
Kurzfrist-Rating (unbesichert)	P-2	F1
Finanzkraft/Viability Rating	D	bb+

Zusammenfassend ist festzuhalten, dass die Geschäftsentwicklung in 2014 insgesamt positiv verlaufen ist, insbesondere aber das Zinsergebnis durch die anhaltende Niedrigzinsphase belastet wird und hinter den Erwartungen der Bank zurückgeblieben ist. Die Entwicklung der kreditgetriebenen Kerngeschäftsfelder sowie der Refinanzierungsmöglichkeiten der SaarLB entsprechen jedoch in Summe den Erwartungen der Bank.

Vermögenslage

Die **Bilanzsumme** des SaarLB-Konzerns hat sich per 31.12.2014 mit EUR 16.512 Mio. im Vergleich zum 31.12.2013 (EUR 16.959 Mio.) analog dem Trend des Vorjahres um 2,6 % verringert.

Der Rückgang resultiert im Wesentlichen aus einem verringerten Bestand an Finanzanlagen. Das **Kreditvolumen** des SaarLB-Konzerns folgt der Entwicklung der Bilanzsumme und ist um 2,1 % von EUR 16.814 Mio. auf EUR 16.466 Mio. in 2014 weiter gesunken.

in Mio. EUR	2014	2013	Δ Mio.	Δ in %
Forderungen an Kreditinstitute	2.327	2.022	305	15,1 %
Finanzanlagen	3.674	4.398	-724	-16,5 %
Wertpapierpensionsgeschäfte	662	629	33	5,2 %
Anteile an at-Equity bewerteten Unternehmen	6	6	0	-1,7 %
Forderungen an Kunden	8.989	8.797	192	2,2 %
Eventualverbindlichkeiten	229	322	-93	-28,9 %
Unwiderrufliche Kreditzusagen	579	640	-61	-9,6 %
Kreditvolumen	**16.466**	**16.814**	**-348**	**-2,1 %**

Die **Forderungen an Kreditinstitute** haben sich zum 31.12.2014 gegenüber dem Jahresende 2013 um rund EUR 305 Mio. auf EUR 2.327 Mio. erhöht.

Die **Finanzanlagen** sind im Berichtszeitraum von EUR 4.398 Mio. auf EUR 3.674 Mio. zurückgegangen (-16,5 %). Ursache hierfür sind Rückführungen von Geldmarkpapieren, aber auch Anleihen und Schuldverschreibungen, z. B. von nicht zum Kerngeschäft zählenden Investments bei internationalen Corporates-Adressen. Die **Anteile an at-Equity bewerteten Unternehmen** haben sich zum Vorjahr nicht verändert (Vorjahr: EUR 6 Mio. €).

Die **Wertpapierpensionsgeschäfte** befinden sich zum 31.12.2014 mit rund EUR 662 Mio. auf dem Niveau zum 31.12.2013.

Die Entwicklung der **Forderungen an Kunden**, die im Wesentlichen durch die Kerngeschäftsfelder der Bank beeinflusst werden, zeigten sich mit EUR 8.989 Mio. zum 31.12.2014 stabil (Vorjahr: EUR 8.797 Mio.)

Die **Eventualverbindlichkeiten** sind zum 31.12.2014 mit EUR 229 Mio. leicht unter Vorjahresniveau (31.12.2013: EUR 322 Mio.), wohingegen die **unwiderruflichen Kreditzusagen** mit EUR 579 Mio. leicht rückläufig sind (31.12.2013: EUR 640 Mio.).

Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres haben sich nicht ereignet.

Risikobericht

Grundlagen der Risikosteuerung und -überwachung

Die Risikosteuerung und -überwachung in der SaarLB erfolgt nach einheitlichen Grundsätzen. Die Steuerung der Tochter- bzw. At-Equity-Unternehmen erfolgt im Rahmen des Beteiligungscontrollings.

Die zentralen Grundsätze der Risikosteuerung und -überwachung sind in der Risikostrategie der SaarLB festgelegt. Der Vorstand regelt hier im Einklang mit der Geschäftsstrategie den Umgang mit den für die SaarLB wesentlichen Risikoarten Adressenrisiken (Adressenausfallrisiken und Credit Spread-Risiken), Marktpreisrisiken, Liquiditätsrisiken, operationelle Risiken, Immobilienrisiken, strategische Risiken/Geschäftsrisiken und Reputationsrisiken. Er verantwortet und überwacht die Umsetzung dieser Vorgaben.

Oberstes Ziel aller Geschäftsaktivitäten der SaarLB ist die Erwirtschaftung eines angemessenen und nachhaltigen Ertrags nach Risiken. Risiken dürfen nur insoweit eingegangen werden, wie dies die Risikotragfähigkeit der SaarLB erlaubt. Das Risikomanagementsystem berücksichtigt grundsätzlich weder Diversifikationseffekte zwischen den Risikoarten noch (Ertrags-) Chancen.

Demgemäß werden im Rahmen der Risikostrategie sachgerechte Limite für die wesentlichen Risikoarten gesetzt sowie entsprechende Verfahren für deren Identifikation, Messung und Steuerung definiert. Dabei werden die Risiken der Bank und der relevanten Tochterunternehmen (u.a. LBS, Wertpapierspezialfonds) in einer integrierten Sicht gemessen und gesteuert.

Es bestehen klar definierte Organisationsstrukturen und Prozesse, an denen sich die Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortungen der Beteiligten ausrichten. Dabei trägt die Aufbauorganisation den aufsichtsrechtlichen Vorschriften der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) und der Capital Requirements Regulation (CRR) an die Funktionstrennung zwischen Markt und Handel (Geschäftsbereiche) einerseits sowie Marktfolge, Handelsabwicklung und Risikocontrolling andererseits Rechnung.

Während die Geschäftsbereiche dem Geschäftsmodell der SaarLB entsprechend ausgerichtet sind, wurden bei der Organisation von Marktfolge und Handelsabwicklung Kernkompetenzen gebündelt.

Der Unternehmensbereich Gesamtbanksteuerung verantwortet das Risikocontrolling aller Risikoarten auf Portfolioebene. Für die Risikosteuerung und Überwachung der Adressenrisiken auf Einzelengagement- und Teilportfolioebene ist der Unternehmensbereich Marktfolge zuständig. Dabei erfolgt eine integrierte Berichterstattung über alle Risikoarten hinweg im Rahmen eines gemeinsamen MaRisk-Risikoberichtes.

Die Interne Revision ist unmittelbar dem Vorstand unterstellt und disziplinarisch dem Vorsitzenden des Vorstandes zugeordnet. Sie prüft und beurteilt als unabhängiger unternehmensinterner Bereich grundsätzlich alle Aktivitäten und Prozesse der SaarLB, das interne Kontrollsystem sowie das Risikomanagement und -controlling auf der Grundlage eines risikoorientierten Prüfungsansatzes. Dies gilt auch für ausgelagerte Aktivitäten und Prozesse. Die Interne Revision führt ihre Tätigkeiten unter Berücksichtigung der jeweils geltenden gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen (z. B. KWG, MaRisk) aus.

Kapitalmanagement

Neben der Einhaltung der ökonomischen Risikotragfähigkeit sind für die SaarLB die aufsichtsrechtlichen Vorschriften der CRR wesentlich für die Beurteilung und Steuerung ihrer Kapitalausstattung.

Aufsichtsrechtliches Kapital

Die SaarLB wendet seit ihrer Zulassung zur Verwendung des auf internen Ratings basierten Ansatzes (IRBA) durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) zum 01.01.2007 die entsprechenden Regeln zur Berechnung der Kapitalanforderungen nach der CRR (bis 2013: SolvV) an.

Das aufsichtsrechtlich relevante Kapital, die so genannten Eigenmittel, setzt sich aus Kernkapital (im Wesentlichen Stammkapital, stille Einlagen sowie Rücklagen einschließlich der § 340 g HGB-Reserve) und Ergänzungskapital (im Wesentlichen Genussrechtskapital und langfristige nachrangige Verbindlichkeiten) jeweils unter Berücksichtigung von Abzugspositionen zusammen.

Die Kennziffern für hartes Kernkapital, Kernkapital und Gesamt-Eigenmittel – das Verhältnis der jeweiligen Eigenmittelkomponente zu den nach den Vorschriften der CRR ermittelten Risikopositionen – dürfen aufsichtsrechtliche Mindest-Vorgaben nicht unterschreiten. In der internen Steuerung hat die SaarLB darüber hinaus gehende Vorgaben festgelegt.

Im Rahmen der einen Zeitraum von fünf Jahren umfassenden Mittelfristplanung wird eine nachhaltige Einhaltung der Vorgaben sichergestellt. Für den strategischen Planungsprozess verantwortlich ist der Unternehmensbereich Unternehmensentwicklung. Auf Basis der in diesem Prozess festgelegten Rahmenbedingungen planen die Geschäftsbereiche ihre jeweiligen Risikopositionen im Zeitablauf. Sie werden von der für die quantitativen Aspekte der Mittelfristplanung verantwortlichen Organisationseinheit Erfolgscontrolling auf Gesamtbankebene aggregiert und den im Planungszeitraum vorhandenen Eigenmitteln gegenübergestellt. Schließlich werden die zur Einhaltung der Zielwerte erforderlichen Maßnahmen zur Kapitalbeschaffung bzw. zur Kürzung der Geschäftsbereichsplanungen definiert.

Die Kennzahlen nach CRR zum Berichtsstichtag sowie die entsprechenden Vorjahreszahlen (nach SolvV) sind in der folgenden Übersicht dargestellt. Die SaarLB erstellt seit Mitte 2011 keine aufsichtsrechtliche Gruppenmeldung mehr. Insofern beinhalten die Werte das Einzelinstitut.

Kennzahlen nach CRR (2014) bzw. SolvV (2013) (in Mio. EUR bzw. in %)	**31.12.2014**	**31.12.2013**
Risikopositionen (Mio. EUR)	6.888	6.904
Eigenmittel	878	832
davon Kernkapital	847	809
davon hartes Kernkapital*	621	---
Gesamtkennziffer	12,8 %	12,1 %
Kernkapitalquote	12,3 %	11,7 %
harte Kernkapitalquote*	9,0 %	---

* Das harte Kernkapital sowie die harte Kernkapitalquote werden erst seit Inkrafttreten CRR in 2014 ermittelt

Sowohl die Kernkapitalquote als auch die Gesamtkennziffer der SaarLB sind im Berichtszeitraum bei gleichbleibendem Niveau der Risikoaktiva merklich gestiegen:

- Der positive Effekt hinsichtlich der Kernkapitalquote ergibt sich aus (1) Auffüllung der 340g HGB-Reserve im Rahmen der Feststellung des Jahresabschlusses 2013 (rund EUR 27 Mio.) sowie (2) Rückgang der Abzugsposition für Beteiligungen um rund EUR 10 Mio.
- Das Gesamtkapital steigt darüber hinaus aufgrund niedrigerer Belastung durch den Wertberichtigungsfehlbetrag um rund EUR 8 Mio.

Die aufsichtsrechtlich geforderten Mindestquoten waren während des gesamten Berichtszeitraums jederzeit eingehalten, ebenso die strengeren Zielquoten der SaarLB. Die insgesamt gute Eigenmittelausstattung der SaarLB zeigt sich auch im Ergebnis der aufsichtsrechtlich (nach CRR) geforderten Stresstests: Selbst unter Annahme eines konjunkturellen Abschwungs liegt zum Berichtsstichtag die Gesamtkennziffer noch bei 10,9 % (31.12.2013: 10,2%), die Kernkapitalquote bei 10,5 % (31.12.2013: 10,0%), und die harte Kernkapitalquote bei 7,7 %.

Ökonomisches Kapital (Risikotragfähigkeit)

Neben der Sicherstellung der aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen ist die Sicherung der ökonomischen Risikotragfähigkeit, die sich aus der Gegenüberstellung von Risikokapital (Risikodeckungsmasse) und Risikokapitalbedarf ergibt, zentraler Bestandteil der Steuerung in der SaarLB.

Die Risikodeckungsmasse ermittelt sich grundsätzlich auf Basis der IFRS-Rechnungslegung und gibt Auskunft darüber, bis zu welcher Höhe unerwartete Verluste aus eingegangenen Risiken tatsächlich getragen werden können:[1]

Komponenten der verfügbaren Deckungsmasse (in Mio. EUR)	31.12.2014	31.12.2013	Delta
Ergebnis nach Steuern (Minimum YtD und HoRe)	51,4	36,0	+15,4
+ Grundkapital	250,1	150,1	+100,0
+ Kapitalrücklagen	69,1	69,1	-
+ Gewinnrücklagen	238,2	203,8	+34,4
+ Unbefristete stille Einlagen	24,5	124,5	-100,0
+ Befristete stille Einlagen	218,6	218,6	-
+ Genussrechte	0,0	8,5	-8,5
+ Nachrangige Verbindlichkeiten	25,5	124,0	-98,5
+ Neubewertungsrücklage	72,6	41,9	+30,7
Risikodeckungsmasse	**950,0**	**976,5**	**-26,5**
./. Immaterielle Vermögenswerte	4,0	4,0	-
./. Saldo aus stillen Lasten und stillen Reserven aus Wertpapieren (LaR und HtM)	-5,7	2,6	-8,3
./. Korrektur Eigenkapital wegen Überhang aus latenten Steuern	-17,8	-12,3	-5,5
Liquidationsdeckungsmasse	**+969,5**	**+982,2**	**-12,7**
./. Verluste aus ausgefallenen Positionen	18,5	17,8	+0,7
./. Erwartete Verluste des Risikobetrachtungshorizonts	35,5	35,2	+0,3
Verfügbare Deckungsmasse	**+915,4**	**+929,2**	**-13,7**

Die Risikodeckungmasse sinkt im Vergleich zum Vorjahr vor allem aufgrund von nachrangigen Verbindlichkeiten, die vor Ende des einjährigen Betrachtungshorizonts im 4. Quartal 2015 fällig werden, teilweise kompensiert durch positive Entwicklung von Ergebnis nach Steuern, Gewinnrücklagen und Neubewertungsrücklage. Die Härtung von Stillen Einlagen in Höhe von 100 Mio. EUR (Vertrag vom 27.10.2014) führte per 31.12.2014 zu einer Veränderung der Struktur der Risikodeckungsmasse, die absolute Höhe blieb von dieser Maßnahme unberührt.

Die verfügbare Deckungsmasse ergibt sich aus der Risikodeckungsmasse durch mindernde Berücksichtigung weiterer Effekte:

- In der Liquidationsdeckungsmasse werden Elemente der Deckungsmasse korrigiert, die im Falle einer Liquidation anders anzurechnen wären.
- Zusätzlich werden Puffer für mögliche Verringerungen der Risikodeckungsmasse im einjährigen Betrachtungshorizont abgesetzt, die in der weiteren Modellierung der ökonomischen Risikotragfähigkeitsrechnung nicht mehr explizit berücksichtigt werden.

[1] Aufgrund des einjährigen Betrachtungszeitraum werden in der Risikodeckungsmasse nicht die Eigenkapitalpositionen zum Stichtag sondern die (ggf. durch Fälligkeiten im Betrachtungszeitraum reduzierten) Werte ein Jahr nach dem Stichtag angesetzt.

Im Rahmen der ökonomischen Risikokapitalsteuerung überwacht die SaarLB ihr Risikoprofil und stellt durch monatliche Gegenüberstellung von aus der verfügbaren Deckungsmasse allokiertem Risikokapital und Risikokapitalbedarf die Risikotragfähigkeit sicher. Zur Ermittlung des Risikokapitalbedarfs erfolgt eine konsistente Betrachtung aller wesentlichen Risikoarten. Die Risiken werden auf Gesamtbankebene zu einer Gesamteinschätzung des vorhandenen Risikos zusammengeführt. Dabei wird zur Berechnung des Risikokapitalbedarfs im ICAAP grundsätzlich die Value at Risk (VaR)-Methodik mit einem Konfidenzniveau von 99,95 % angewandt. Die Limitierung erfolgt auf Ebene der einzelnen Risikoarten sowie übergreifend durch das (insgesamt) allokierte Risikokapital. Annahmen und Ergebnisse der Risikoquantifizierung sind wenigstens jährlich zu validieren.

Die Ergebnisse der ICAAP-Risikotragfähigkeitsrechnung zum Berichtsstichtag sind in der nachfolgenden Übersicht dargestellt:[2]

Ökonomische Risikotragfähigkeit: Kapitalbedarfe und Deckungsmasse (in Mio. EUR)	**31.12.2014**			**31.12.2013**		
	Kapital-bedarf	**Limit**	**Aus-lastung**	**Kapital-bedarf**	**Limit**	**Aus-lastung**
Adressenrisiko	217,6	315,0	69 %	268,6	420,0	64 %
davon Ausfallrisiko	(136,6)	(180,0)	76 %	(139,9)	(180,0)	78 %
davon Credit Spread-Risiko	(81,0)	(135,0)	60 %	(128,7)	(240,0)	54 %
Marktrisiko	45,9	90,0	51 %	48,0	90,0	53 %
Operationelles Risiko	6,8	10,0	68 %	6,8	10,0	68 %
Reputationsrisiko	0,0	2,0	0 %	0,0	2,0	0 %
Unerwartetes Verhalten der Bausparer	-	-	-	0,7	3,0	23 %
Immobilienrisiko	13,1	15,0	87 %	12,6	15,0	84 %
Strategisches Risiko/Geschäftsrisiko	76,0	90,0	84 %	76,6	90,0	85 %
Summe	**359,4**	**522,0**	**69 %**	**413,3**	**630,0**	**66 %**
Verfügbare Deckungsmasse	**915,4**			**929,2**		
Freie ökon. Deckungsmasse	**556,1**			**515,9**		

Die Risikotragfähigkeit der SaarLB war im gesamten Berichtszeitraum (sowohl insgesamt als auch auf Ebene der einzelnen Risikoarten) jederzeit uneingeschränkt gegeben.

Neben dem ICAAP-Risikokapitalbedarf werden zusätzlich Risikokapitalbedarfe in mehreren Szenarien ermittelt, u. a. in einem über alle Risikoarten hinweg unter konsistenten Annahmen modellierten schweren konjunkturellen Abschwung. Bzgl. Adressenrisiken wird bspw. eine branchenspezifische Verschlechterung des Kreditportfolios und eine weitere

[2] Das Risiko aus dem unerwarteten Verhalten der Bausparer wird seit dem 01.01.2014 nicht mehr als wesentliches Risiko klassifiziert und somit in der Risikotragfähigkeitsrechnung nicht mehr berücksichtigt. Für Reputationsrisiken wird aufgrund des aktuellen Liquiditätsvorlaufs ein Kapitalbedarf von Null ermittelt.

Ausweitung der Credit Spreads angenommen, für alle anderen Risikoarten gelten ebenfalls verschärfte Annahmen.

Schwerer konjunktureller Abschwung: Kapitalbedarfe und Deckungsmasse (in Mio. EUR)	31.12.2014	31.12.2013
Adressenrisiko	214,3	291,4
davon Ausfallrisiko	(140,0)	(174,3)
davon Credit Spread-Risiko	(74,3)	(117,1)
Marktrisiko	41,3	27,8
Operationelles Risiko	3,4	3,4
Reputationsrisiko	0,0	0,0
Unerwartetes Verhalten der Bausparer	0,0	0,2
Immobilienrisiko	10,1	9,6
Strategisches Risiko/Geschäftsrisiko	40,0	40,3
Summe	**309,1**	**372,8**
Freie ökon. Deckungsmasse	**556,1**	**515,9**
Freie ökon. Deckungsmasse nach Stress	**247,0**	**143,2**

Die Kapitalbedarfe sinken im Berichtszeitraum vor allem im Adressenrisiko deutlich: Die Modellierung von Credit Spread Risiken erfolgt jetzt auf Basis eines genaueren Ansatzes, aus dem sich geringere Kapitalbedarfe ergeben. Ausfallrisiken sinken aufgrund von Rückgängen des Kapitalbedarfs wesentlicher Risikoklumpen (Tilgungen und/oder Ratingverbesserungen). Gleichzeitig steigt die freie ökonomische Deckungsmasse merklich an. Insgesamt übertrifft die freie ökonomische Deckungsmasse damit auch unter Annahme eines schweren wirtschaftlichen Abschwungs zum Berichtsstichtag die Kapitalbedarfe weiterhin deutlich.

Adressenrisiko (Kreditrisiko)

Unter Adressenrisiko (Kreditrisiko) subsummiert die SaarLB das Adressenausfallrisiko sowie Credit Spread-Risiken. Unter Adressenausfallrisiko versteht die SaarLB das Risiko, dass sich die Bonität eines Geschäftspartners so weit verschlechtert, dass er seinen Zahlungs- oder Lieferverpflichtungen gegenüber der Bank nicht, nicht vollständig und/oder nicht termingerecht nachkommen kann. Das Adressenausfallrisiko umfasst neben dem klassischen Kreditrisiko auch das Emittentenrisiko, das Kontrahentenrisiko, das Länderrisiko sowie das Beteiligungsrisiko. Weitere Adressenrisiken (Credit Spread-Risiken) resultieren für die SaarLB aus (bonitätsinduzierten) Kursänderungen des Wertpapierbestandes (inkl. Kreditderivaten und Verbriefungen).

Der Rahmen für das Eingehen von Adressenausfallrisiken wird in der Risikostrategie festgelegt. Im jährlichen Strategieprozess wird aus der Risikotragfähigkeit ein Limit für Adressenausfallrisiken festgelegt. Zur Steuerung und Überwachung von Konzentrationsrisiken werden Limitierungen nach der Bonität von Kreditnehmern bzw. Transaktionen, geografischen Märkten und Branchen vorgenommen.

Die gesamten Abläufe im Kreditgeschäft einschließlich der Steuerungs- und Überwachungssysteme sind umfassend im Anweisungswesen der SaarLB dokumentiert. Die hier definierten Masterprozesse sind segmentübergreifend und einheitlich in allen Marktfolgebereichen implementiert. Das Anweisungswesen wird fortlaufend den sich verändernden internen und externen Anforderungen angepasst.

Die Beurteilung der Adressenausfallrisiken erfolgt zunächst auf Ebene einzelner Kreditnehmer und (aufsichtsrechtlicher) Kreditnehmereinheiten (Gruppen verbundener Kunden). Hierbei finden die Ratingverfahren Banken, Corporates (inkl. kommunalnaher Unternehmen), Internationale Gebietskörperschaften, Leasing (Leasinggesellschaften sowie Immobilienleasing), Versicherungen, International Commercial Real Estate, Projektfinanzierungen, Länder- und Transferrisiko sowie DSGV-Haftungsverbund der RSU Rating Service Unit GmbH & Co. KG, München, Anwendung. Ergänzend werden die Module Sparkassen StandardRating und Sparkassen ImmobiliengeschäftsRating der Sparkassen Rating und Risikosysteme GmbH, Berlin, eingesetzt. Alle genannten Ratingverfahren wurden von der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) zur Verwendung im Rahmen des auf internen Ratings basierten Ansatzes (IRBA) bei der Berechnung der Eigenmittelanforderungen nach der Solvabilitätsverordnung (SolvV) anerkannt. Sie werden seitens der Bank in Zusammenarbeit mit den genannten Partnern jährlich auf Basis des aktuellen Kreditportfolios validiert.

Wesentliche Eingabeparameter für den quantitativen Teil der innerhalb der Ratingverfahren vorgenommenen Bonitätsanalyse stammen dabei aus einem Bilanzanalysesystem, das die wesentlichen Rechnungslegungsstandards (u. a. HGB, IFRS, US-GAAP) unterstützt und Peergruppen- sowie Branchenvergleiche ermöglicht. Darüber hinaus werden neben dem Bonitätsrating eines Kreditnehmers dort, wo es erforderlich ist, auch Objekt- und Projektrisiken sowie Länder- und Transferrisiken in der Risikobeurteilung berücksichtigt. Im Ergebnis erfolgt auf Basis von Ausfallwahrscheinlichkeiten eine Zuordnung zu einer Ratingklasse auf einer 25-stufigen Ratingskala. Die Ratingklassen sind damit zwischen den unterschiedlichen Ratingverfahren vergleichbar.

Zur Risikominderung werden gemäß den Vorgaben der SaarLB bankübliche Sicherheiten, v. a. Grundpfandrechte, Verpfändungen, Zessionen, Sicherungsübereignungen und schuldrechtliche Verpflichtungserklärungen hereingenommen. Sicherheitenbearbeitung und -bewertung sind im Sicherheitenhandbuch geregelt. Die Berechnung und Festsetzung der ermittelten Sicherheitenwerte wird nachvollziehbar dokumentiert. Im Handelsgeschäft mit Derivaten werden Rahmenverträge zur Verrechnung gegenseitiger Risiken (Close-Out-Netting) geschlossen. Mit bestimmten Geschäftspartnern bestehen Sicherheitenvereinbarungen, die das jeweilige Ausfallrisiko auf einen vereinbarten Höchstbetrag begrenzen.

Anhand eines in geeigneter Weise ausgestalteten Frühwarnsystems – u. a. durch jährlich zu aktualisierende Ratings – werden möglicherweise gefährdete Engagements identifziert und in die Intensivbetreuung überführt. Diese ist, ebenso wie die Bearbeitung von Problemkrediten, grundsätzlich in der Marktfolge angesiedelt.

Den MaRisk Rechnung tragend werden die Adressenausfallrisiken aus Handelsgeschäften täglich durch die Handelsabwicklung überwacht. Diese Überwachung umfasst insbesondere das gesamte Geschäft mit derivativen Finanzinstrumenten (Kontrahentenrisiko). Systemunterstützt und bankweit einheitlich werden alle mit einem Kunden getätigten Handelsgeschäfte in Anlehnung an die Vorschriften zur Marktbewertungsmethode nach CRR auf die ihm eingeräumten Kontrahentenlimite, die auch ein Settlement-Limit umfassen, angerechnet.

Bei der Steuerung und Überwachung von Adressenausfallrisiken auf Gesamtbankebene ist das interne Rating von zentraler Bedeutung, während eine Berücksichtigung von Sicherheiten derzeit nur auf Einzelengagementebene im Rahmen der Beschlussfassung stattfindet. Insbesondere bei der Berechnung der Eigenmittelunterlegung nach CRR werden Sicherheiten (über Kreditrisikominderungstechniken) weitgehend noch nicht berücksichtigt. Über die Risikostrategie sind die Bruttoengagementgrenzen für Kreditnehmereinheiten in Abhängigkeit von Ratingklassen, aus der Geschäftsstrategie abgeleiteten Märkten und Kundentypen klar definiert. Darüber hinaus soll in von der Bank identifizierten Risikobranchen nur selektiv Neugeschäft zur Verbesserung des jeweiligen Branchenportfolios eingegangen werden. Strenge Nebenbedingung ist schließlich eine am Risiko orientierte Preisgestaltung, die durch ein entsprechendes Kalkulationsinstrument unterstützt wird.

Die Einhaltung der Risikostrategie wird im Rahmen jeder Kreditentscheidung einzelfallbezogen durch die zuständigen Markt- und Marktfolgebereiche überprüft.

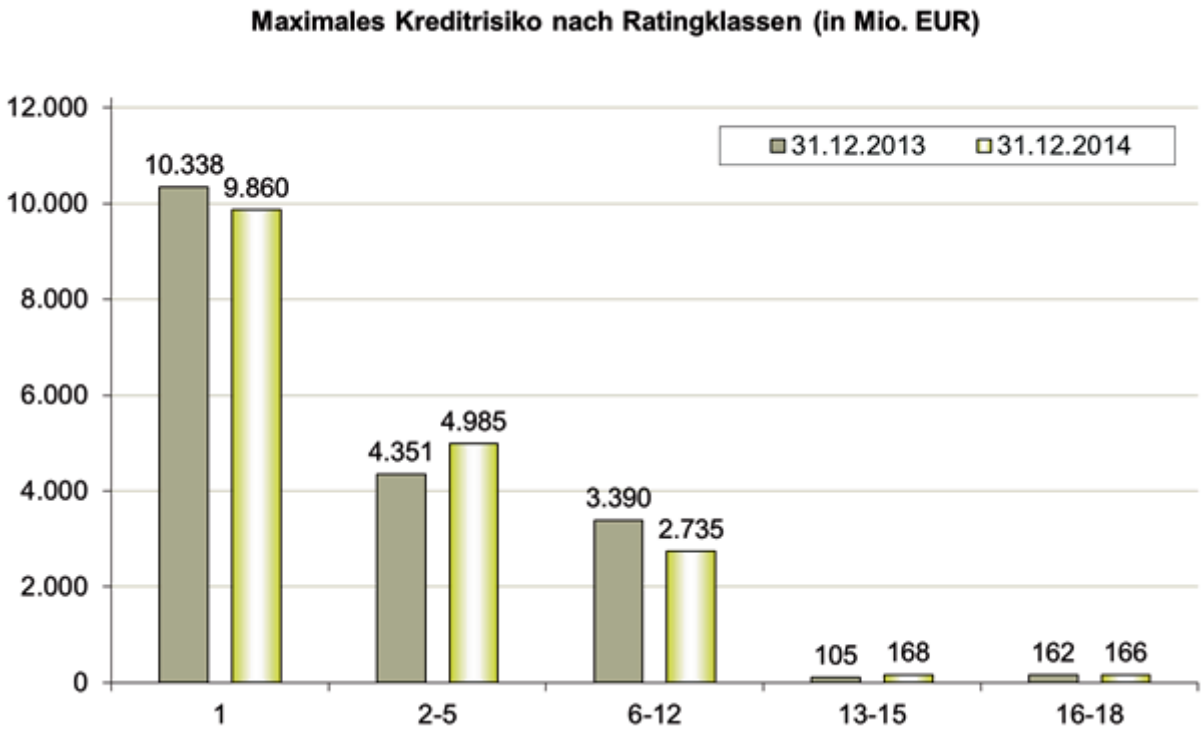
Der vierteljährlich erstellte MaRisk-Risikobericht an den Gesamtvorstand und den Risikoausschuss der SaarLB beinhaltet eine Analyse des Kreditportfolios, vor allem unter den Gesichtspunkten Ratingklassen-, Branchen- und Ländergliederung, sowie einen zusammenfassenden Soll-Ist-Abgleich mit der Risikostrategie.

Zur Risikoanalyse auf Portfolioebene verwendet die SaarLB insbesondere für die Risikotragfähigkeitsrechnung das Kreditportfoliomodell „CreditRisk+“. Im Kreditportfoliomodell wird der gesamte mit Adressenausfallrisiken behaftete Forderungsbestand der SaarLB betrachtet, jeweils gewichtet mit den individuellen, aus den Ratingklassen abgeleiteten Ausfallwahrscheinlichkeiten der einzelnen Kreditnehmer. Wesentliche Ausgabegröße ist der Credit-Value at Risk, der sich aufteilt in einen erwarteten Verlust (expected loss), der über die risikoorientierte Preisgestaltung berücksichtigt wird, und in einen unerwarteten Verlust (unexpected loss). Sowohl der erwartete als auch der unerwartete Verlust sind im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung durch Risikokapital zu decken.

Portfolioanalyse (ökonomisch)

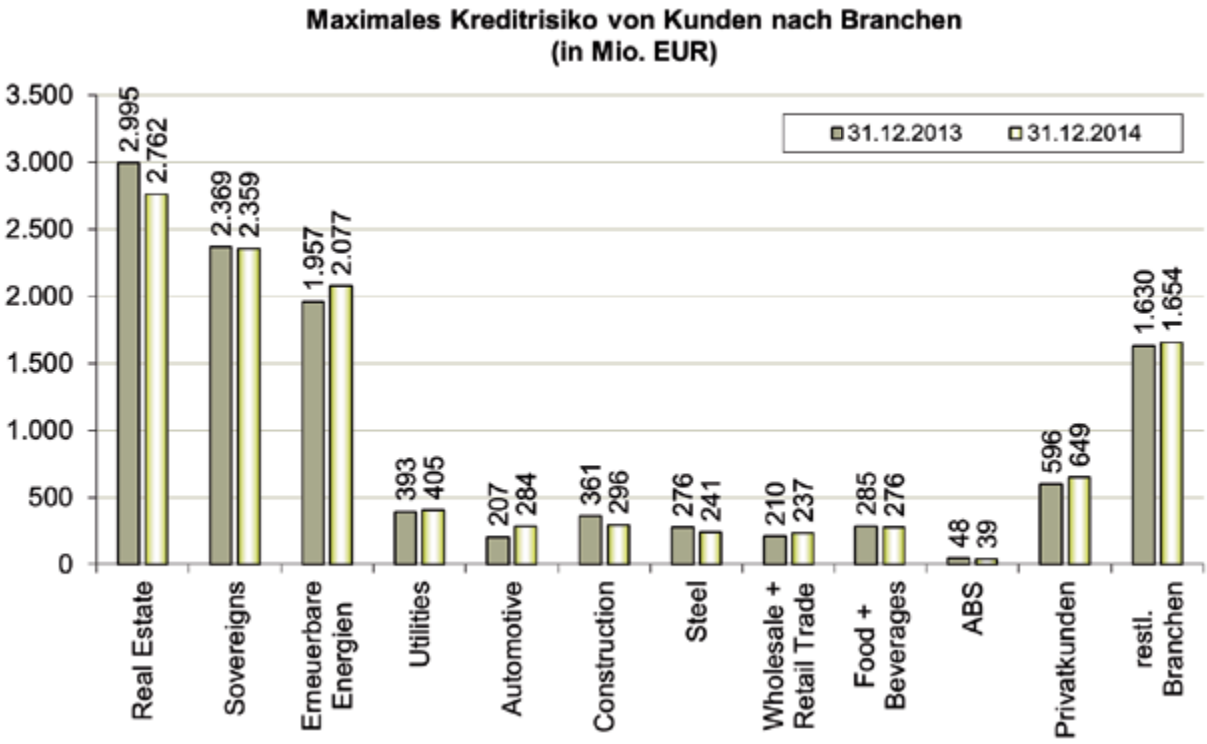
Die Darstellungen in den nachfolgenden Kapiteln „Portfolioanalyse (ökonomisch)“ und „Teilportfolien mit erhöhtem Risikoprofil“ basieren auf der internen Risikosteuerung (management approach), nach denen zum Berichtsstichtag ein maximales Kreditrisiko von EUR 17.913 Mio. bestand (zum 31.12.2013: EUR 18.345 Mio.). Geringfügige Abweichungen

von den Bilanzdaten (balance sheet approach, vgl. Kapitel „Portfolioanalyse (bilanziell)“) sind u. a. auf die Berücksichtigung von Zuschlägen (add-ons) bei der Ermittlung des Kreditrisikos von derivativen Finanzinstrumenten nach der Marktbewertungsmethode, von Kontrahentenrisiken aus Wertpapierpensionsgeschäften sowie auf den Ansatz von Kreditderivaten zu Nominalwerten zurückzuführen.



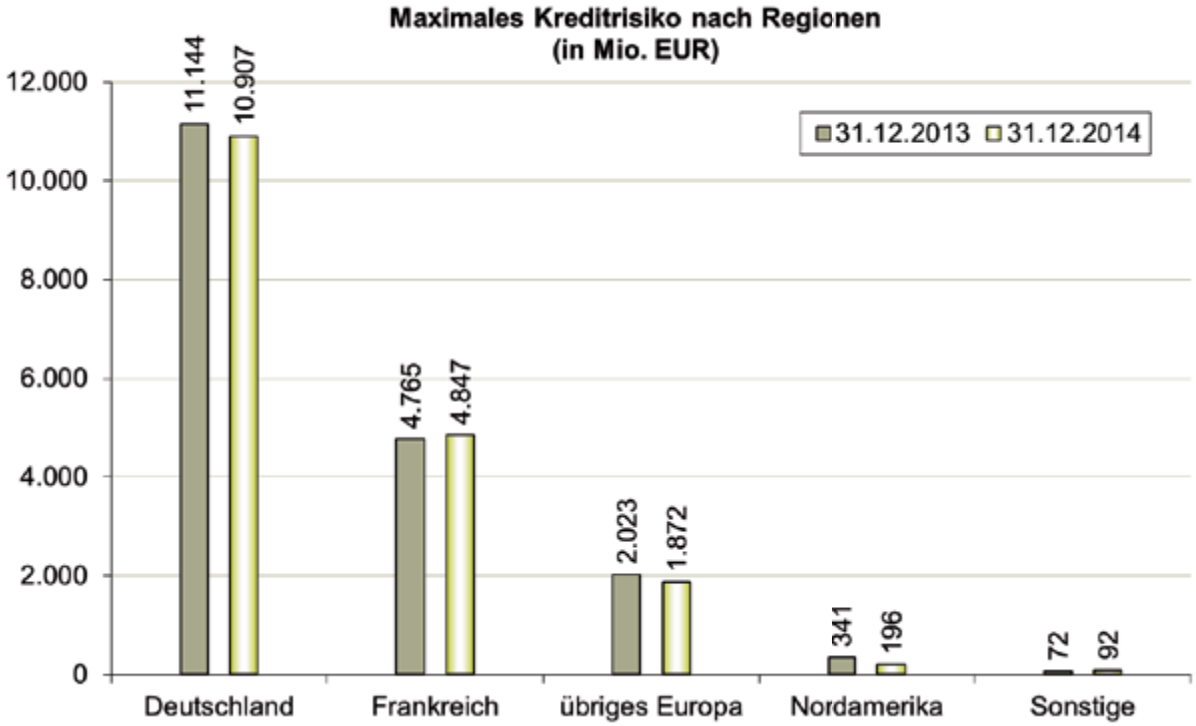
Rund 83 % des Kreditrisikos liegen im Investmentgrade-Bereich (Ratingklassen 1 bis 5 nach DSGV-Skala). Im Vergleich zum Vorjahr ist dieser Anteil um rund zwei Prozentpunkte gestiegen.

Für die wirtschaftliche Steuerung und strategische Ausrichtung des Branchen-Kreditrisikos wird in der SaarLB auf Kreditnehmerebene ein wertschöpfungs- und risikoorientierter Gruppierungsschlüssel verwendet, der das Kreditrisiko in 32 Branchengruppen strukturiert. Das Kreditrisiko nach Branchengruppen (ohne die im Folgenden separat dargestellte Branche Banks, deren Anteil am gesamten Kreditrisiko im Berichtszeitraum von 38 % auf nunmehr 37 % gesunken ist) verteilt sich wie folgt:



Das Branchenportfolio – insbesondere das Corporates-Portfolio – der SaarLB ist weiterhin gut diversifiziert. Der Anteil der Branche Real Estate als (neben Banken) größter Einzelbranche ist mit rund 15 % des gesamten Kreditrisikos (inkl. Banken) im Vergleich zum Vorjahr (16 %) leicht zurückgegangen.

Im Berichtsjahr wurde das Kreditrisiko der Branchen Banks (in der Grafik nicht enthalten) um EUR 383 Mio. und Real Estate um EUR 233 Mio. deutlich reduziert, während das Kreditrisiko in der Zielbranche Erneuerbare Energien erneut um EUR 119 Mio. ausgebaut wurde.



Die SaarLB verwendet für die Darstellung der Verteilung des Kreditrisikos nach Ländern standardmäßig auf Einzelländerebene die offiziellen Bundesbankschlüssel. Kreditnehmer werden dabei gemäß dem jeweils maßgeblichen Länderrisiko verschlüsselt, das bspw. bei unselbstständigen Niederlassungen, nicht dem des Sitzlandes entsprechen muss. Regionengruppierungen erfolgen dann unter Berücksichtigung globaler und regionaler wirtschaftlicher Verflechtungen. Der Schwerpunkt des Länderportfolios der SaarLB liegt mit einem Anteil von rund 88 % (zum 31.12.2013: 87 %) des Kreditrisikos in den von ihr definierten Zielmärkten Deutschland und Frankreich. Weitere 10 % (zum 31.12.2013: 11 %) betreffen Engagements im übrigen Europa, wobei sich die Kreditrisiken in Irland und in den südeuropäischen Ländern Griechenland, Italien, Spanien und Portugal auf insgesamt EUR 231 Mio. (zum 31.12.2013: EUR 352 Mio.) belaufen, davon 53 % (zum 31.12.2013: 45 %) im Investmentgrade. Im Berichtszeitraum wurde das Volumen des Frankreichgeschäftes weiter um EUR 82 Mio. (in 2013: +EUR 295 Mio.) ausgebaut, während das Kreditrisiko in Deutschland (vor allem mit Banken) sowie außerhalb der Zielmärkte deutlich zurückging.

Banken: Maximales Kreditrisiko (in Mio. EUR)		
Regionen	**31.12.2014**	**31.12.2013**
Deutschland	5.000	5.178
Frankreich	415	484
übriges Europa	1.068	1.155
Nordamerika	74	144
Sonstige	77	56
Gesamt	**6.635**	**7.017**

Forderungen an Kreditinstitute einschließlich des unter der Bilanzposition Finanzanlagen zu zeigenden Bestandes an kreditersetzenden Wertpapieren bestehen überwiegend gegen Institute mit Sitz in Europa und dort mehrheitlich gegen deutsche Kreditinstitute. Über alle Regionen hinweg sinkt das Bankenkreditrisiko im Berichtszeitraum um insgesamt EUR 383

Mio., absolut gesehen am deutlichsten in Deutschland um EUR 179 Mio., prozentual mit -48 % am stärksten in Nordamerika.

Nichtbanken: Maximales Kreditrisiko (in Mio. EUR) per 31.12.2014							31.12.2013
Branchen	**Deutsch-land**	**Frank-reich**	**übriges West-europa**	**Nord-amerika**	**Sonstige**	**Summe**	**Summe**
Sovereigns	1.492	614	243	0	11	**2.359**	2.369
Real Estate	1.221	1.235	209	97	0	**2.762**	2.995
Automotive	250	10	23	1	0	**284**	207
ABS	6	0	24	9	0	**39**	48
Wholesale + Retail Trade	225	11	0	0	0	**237**	210
Construction	144	142	10	0	0	**296**	361
Utilities	278	37	90	0	1	**405**	393
Steel	224	6	11	0	0	**241**	276
Erneuerbare Energien	406	1.670	0	0	0	**2.077**	1.957
Food + Beverages	113	118	40	4	0	**276**	285
Privatkunden	369	272	8	0	0	**649**	596
restl. Branchen	1.178	317	145	10	3	**1.654**	1.630
Gesamt	**5.907**	**4.432**	**803**	**121**	**15**	**11.279**	**11.328**

Auch Forderungen an Kunden einschließlich des unter der Bilanzposition Finanzanlagen zu zeigenden Bestandes an kreditersetzenden Wertpapieren bestehen mit rund 99 % (Vorjahr: rund 98 %) überwiegend gegen Kunden mit (Wohn-)Sitz in Westeuropa. Unter diesen Kunden stellen die deutschen und französischen mit rund 93 % den größten Anteil.

Banken: Maximales Kreditrisiko (in Mio. EUR)		
Größenklasse	**31.12.2014**	**31.12.2013**
bis 1 Mio. EUR	34	37
> 1 Mio. bis 5 Mio. EUR	141	136
> 5 Mio. bis 10 Mio. EUR	79	126
> 10 Mio. bis 20 Mio. EUR	523	559
> 20 Mio. bis 50 Mio. EUR	1.453	1.491
> 50 Mio. bis 100 Mio. EUR	881	936
> 100 Mio. bis 250 Mio. EUR	1.587	929
> 250 Mio. bis 500 Mio. EUR	1.377	906
> 500 Mio. bis 1 Mrd. EUR	561	1.897
> 1 Mrd. bis 2,5 Mrd. EUR	0	0
Gesamt	**6.635**	**7.017**

Das Geschäft mit Kreditinstituten erfolgt überwiegend in größeren Abschnitten und wurde im Berichtsjahr deutlich zurückgeführt.

Nichtbanken: Maximales Kreditrisiko (in Mio. EUR) Größenklasse	31.12.2014	31.12.2013
bis 1 Mio. EUR	719	698
> 1 Mio. bis 5 Mio. EUR	1.149	1.094
> 5 Mio. bis 10 Mio. EUR	1.893	1.825
> 10 Mio. bis 20 Mio. EUR	2.974	3.199
> 20 Mio. bis 50 Mio. EUR	2.999	2.909
> 50 Mio. bis 100 Mio. EUR	751	814
> 100 Mio. bis 250 Mio. EUR	510	537
> 250 Mio. bis 500 Mio. EUR	284	251
Gesamt	**11.279**	**11.328**

Die Kundenforderungen sind aus Sicht der Größenklassengliederung gut diversifiziert. Das Neugeschäft erfolgt dem Geschäftsmodell der SaarLB entsprechend überwiegend bei Engagements in den Größenklassen von EUR 1 Mio. bis EUR 50 Mio.

Teilportfolien mit erhöhtem Risikoprofil

Die von der SaarLB gehaltenen Verbriefungspositionen verfügen weitgehend über gute bis sehr gute externe Ratings. Knapp 97 % des gesamten Kreditrisikos (zum 31.12.2013: 93 %) verfügen über ein Rating im Investmentgrade-Bereich.

Verbriefungen: maximales Kreditrisiko (in Mio. EUR) Ratingklassen	31.12.2014	31.12.2013
1	19	28
2-5	16	17
6-8	0	1
9-12	0	0
13-15	0	0
Ausfallklassen	1	3
Gesamt	**37**	**48**

Bezogen auf die Region entfällt ein Anteil von 17 % des Kreditrisikos auf Deutschland, 60 % verteilen sich auf das übrige Europa, die restlichen 24 % liegen in Nordamerika. Schwerpunkte im europäischen Ausland sind hierbei Spanien (38 %) und Großbritannien (12 %). Der Anteil von Verbriefungen des nordamerikanischen Marktes ist mit EUR 8,7 Mio. im Vergleich zum Vorjahr (EUR 8,4 Mio.) leicht angestiegen.

Das Kreditrisiko aus Verbriefungspositionen wurde im Vergleich zum Vorjahresstichtag weiter reduziert. Ursächlich hierfür waren neben der Tilgung von noch bestehenden Engagements (rund EUR 7,1 Mio.), Verkäufe (rund EUR 3,6 Mio.) sowie Rückzahlungen (rund EUR 0,6 Mio.). In diesen Zahlen ist ein bestandserhöhender Währungseffekt in Höhe von EUR 2,8 Mio. berücksichtigt. Neugeschäfte wurden im Berichtsjahr nicht abgeschlossen und sind gemäß Geschäfts- und Risikostrategie der SaarLB ausgeschlossen. Aus dem Verbriefungsportfolio ergibt sich zum Berichtsstichtag eine Belastung der Neubewertungsrücklage von EUR 2,4 Mio. (zum 31.12.2013: EUR 2,5 Mio.). Darüber hinaus

wurde durch die im Jahr 2008 vorgenommene Umgliederung in die Kategorie LaR eine weitere Belastung der Neubewertungsrücklage von EUR 1,1 Mio (zum 31.12.2013: EUR 2,7 Mio.) vermieden.

Aufgrund der Staatsschuldenkrise im Euroraum werden Engagements in Portugal, Irland, Italien, Griechenland und Spanien („PIIGS"-Länder) derzeit besonders aufmerksam beobachtet.

PIIGS-Exposures: Maximales Kreditrisiko (in Mio. EUR)		
Land	**31.12.2014**	**31.12.2013**
Spanien	95	146
Italien	118	168
Portugal	12	35
Irland	6	2
Griechenland	0	0
Gesamtexposure	**231**	**352**

Der Kreditbestand wurde im Berichtszeitraum weiter reduziert. Das maximale Kreditrisiko liegt am Berichtsstichtag zu 53 % im Investmentgrade (zum 31.12.2013: 45 %) (Ratingnoten 1-5 nach DSGV-Skala).

PIIGS-Exposures: Maximales Kreditrisiko (in Mio. EUR)		
Branchen	**31.12.2014**	**31.12.2013**
Banks	100	199
ABS	20	24
Real Estate	22	25
Sovereigns	29	70
Rest	60	34
Gesamtexposure	**231**	**352**

Die SaarLB hält zum Berichtsstichtag Forderungen mit einem maximalen Kreditrisiko in Höhe von noch rund EUR 29 Mio. gegenüber Sovereigns in den PIIGS-Staaten (zum 31.12.2013: EUR 70 Mio.). Der Großteil hiervon ist Italien (43 %) und Spanien (38 %) zuzuordnen. Portugal hat einen Anteil von 13 %, Irland von 6 % und Griechenland von 0 %. Wertminderungen waren zum Berichtsstichtag nicht zu berücksichtigen.

Risikovorsorge

Alle Engagements mit Adressenausfallrisiken unterliegen im Rahmen der Risikoüberwachung einem fest definierten „Frühwarn-, Intensivbetreuungs-, Problemkreditbehandlungsprozess" mit entsprechenden Anweisungen und Policies. Im Rahmen dieses Prozesses werden Engagements mit eingetretenen Risikosignalen in eine dem Risikogehalt adäquate Betreuungsform überführt und klassifiziert. Basis dafür sind objektive Hinweise, die auf eine Wertminderung des Engagements hinweisen. Diese sind u. a.:

- deutliche Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse
- Erwartung niedrigerer zukünftiger Zahlungsströme als die vereinbarten
- bonitätsinduzierte Leistungsstörung
- Zugeständnisse an den Kreditnehmer aufgrund wirtschaftlicher oder rechtlicher Gründe im Zusammenhang mit finanziellen Schwierigkeiten
- wesentliche Vertragsverletzungen wie bspw. Antrag auf Stundung
- hohe Wahrscheinlichkeit eines Insolvenzverfahrens oder eines sonstigen Sanierungsfalls des Schuldners
- Wegfall eines aktiven Marktes für diesen finanziellen Vermögenswert aufgrund finanzieller Schwierigkeiten
- wesentlicher oder anhaltender Rückgang des beizulegenden Zeitwertes unter die Anschaffungskosten

Wenn die Risikoanalyse des Kredites zeigt, dass die vertragskonforme Rückführung bzw. Vereinnahmung aller kreditvertraglichen Entgelte unwahrscheinlich ist, wird eine Risikovorsorge gebildet. Die Berechnung der Risikovorsorge wird pro Geschäft vorgenommen und berücksichtigt alle Adressenausfallrisiken. Die Festlegung der Höhe der Wertberichtigung erfolgt dabei grundsätzlich durch Gegenüberstellung des Buchwerts der Forderung mit den künftig zu erwartenden Cashflows, die mit dem ursprünglichen Effektivzinssatz diskontiert werden. Einzelwertberichtigungen werden auch für die Engagements gebildet, bei denen die vollständige Rückführung der Kredite ausschließlich aufgrund von Länderrisiko unwahrscheinlich ist.

Bei der Risikovorsorgebildung wird zwischen Einzelwertberichtigungen für bestehende Forderungen und Rückstellungen für künftige Inanspruchnahmen (Rückstellungen für außerbilanzielle Geschäfte im Kreditgeschäft) unterschieden. Uneinbringliche Finanzinstrumente werden ausgebucht. Bei Forderungen erfolgt dies grundsätzlich gegen Verbrauch der Einzelwertberichtigungen. Ausfälle, für die bisher keine bzw. keine ausreichenden Einzelwertberichtigungen gebildet wurden, werden zu Lasten der bestehenden Portfoliowertberichtigung gebucht.

Portfoliowertberichtigungen werden für Finanzinstrumente gebildet, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden und für die kein Impairment identifiziert wurde. Hierunter fallen auch solche Engagements, bei denen zwar die oben genannten objektiven Hinweise auf eine Wertminderung zutrafen, die jedoch nach entsprechender Prüfung als nicht wertgemindert eingestuft wurden. Portfoliowertberichtigungen sollen sicherstellen, dass eingetretenen Wertminderungen, die nicht einzeln identifiziert wurden, Rechnung getragen wird. Sie dient damit der Abdeckung eingetretener aber noch nicht einzeln zuordenbarer Risiken. Die Portfoliowertberichtigungen werden mithilfe von CRR-Parametern und unter Berücksichtigung der Loss Identification Period (LIP) für Portfolien gleichartiger Risiken ermittelt.

Für alle im Rahmen der Risikoüberwachung im Berichtsjahr tatsächlich erkennbaren Verlustpotenziale wurde in angemessener Weise vorgesorgt. Die Risikovorsorge für Einzelrisiken im SaarLB-Konzern (inklusive der Landesbausparkasse und der Länderrisikovorsorge sowie Rückstellungen) hat sich wie folgt entwickelt:

Risikovorsorge für Einzelrisiken in Mio. EUR	01.01.2014- 31.12.2014	01.01.2013- 31.12.2013
Anfangsbestand	**121,7**	**147,1**
Auflösung	-8,8	-14,5
Unwinding	-2,5	-3,5
Verbrauch	-9,8	-46,5
Zuführung	24,5	39,0
Endbestand	**125,1**	**121,7**

Die bonitätsbedingten Direktabschreibungen betrugen EUR 0,1 Mio. (im Geschäftsjahr 2013: EUR 2,7 Mio.). Für eingetretene aber noch nicht einzeln zuordenbare Risiken im Kreditgeschäft einschließlich den zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten Finanzanlagen bestehen Portfoliowertberichtigungen in Höhe von nunmehr EUR 18,1 Mio. (zum 31.12.2013: EUR 18,5 Mio.). Davon entfallen auf Bürgschaften und unwiderrufliche Kreditzusagen EUR 3,6 Mio. (zum 31.12.2013: EUR 2,6 Mio.). Auf Finanzanlagen entstanden im Berichtszeitraum insgesamt bonitätsbedingte Abschreibungen ohne Portfoliowertberichtigungen in Höhe von EUR 2,3 Mio. (im Geschäftsjahr 2013: EUR 0,2 Mio.).

Portfolioanalyse (bilanziell)

Das durch die IFRS-Buchwerte (für Bilanzpositionen) bzw. durch die Nominalbeträge (für Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen) jeweils unter Berücksichtigung von Einzelwertberichtigungen sowie der Länderrisikovorsorge gemäß IAS 39 beschriebene maximale Kreditrisiko hat sich im Berichtszeitraum wie folgt entwickelt:

maximales Kreditrisiko (in Mio. EUR) nach Bilanzpositionen	31.12.2014	31.12.2013
Barreserve	299	785
Forderungen an Kreditinstitute	2.310	2.005
Forderungen an Kunden	8.866	8.693
Handelsaktiva	477	328
Positive Marktwerte aus Fair Value Hedges	136	29
Finanzanlagen*	4.271	4.913
Sonstige Aktiva	2	4
Eventualverbindlichkeiten	229	322
Unwiderrufliche Kreditzusagen	579	640
Insgesamt	**17.168**	**17.718**

* ohne Eigenkapitalinstrumente, einschließlich Wertpapier-Pensionsgeschäften

In den folgenden Tabellen wird dieses maximale Kreditrisiko unterschieden in (a) finanzielle Vermögenswerte, die weder überfällig noch wertgemindert sind, (b) finanzielle

Vermögenswerte, die überfällig, aber nicht wertgemindert sind und (c) finanzielle Vermögenswerte, die wertgemindert sind.

Finanzielle Vermögenswerte, die weder überfällig noch wertgemindert sind: maximales Kreditrisiko per 31.12.2014 nach Ratingklassen (in Mio. EUR)*								
Bilanzposition und Haltekategorie**	**1**	**2-5**	**6-12**	**13-15**	**Ausfall**	**ohne Rating**	**Summe**	**31.12.2013 Summe**
Barreserve (LaR)	-	-	2	-	-	298	299	785
Forderungen an Kreditinstitute (LaR)	1.458	278	489	-	-	85	2.309	1.954
Forderungen an Kunden (LaR)	2.861	3.517	1.919	151	51	169	8.669	8.517
Handelsaktiva (HfT)	354	61	53	1	-	7	476	327
Pos. Marktwerte aus Fair Value Hedges	128	8	-	-	-	-	136	29
Finanzanlagen***	3.489	568	212	0	-	1	4.270	4.910
Available for Sale	2.921	446	22	-	-	-	3.389	3.674
Fair Value Option	99	49	120	-	-	1	268	250
Held to maturity	428	21	-	-	-	-	450	593
Loans and Receivables	42	51	71	0	-	-	164	393
Sonstige Aktiva	-	-	1	-	-	1	2	4
Eventualverbindlich-keiten	30	99	96	4	-	-	229	322
Unwiderrufliche Kreditzusagen	44	371	143	1	-	19	579	640
Insgesamt	**8.364**	**4.902**	**2.915**	**157**	**51**	**580**	**16.968**	**17.487**

* Bei Überfälligkeit einer Forderung wird das gesamte Exposure des Kreditnehmers inkl. Finanz-anlagen, Handelsaktiva, Eventualverbindlichkeiten und unwiderruflichen Kreditzusagen als überfällig ausgewiesen.

** Haltekategorien sind: Loans and Receivables (LaR), Held for Trading (HfT), Available for Sale (AfS), Fair Value Option (FVO) und Held to Maturity (HtM)

*** ohne Eigenkapitalinstrumente, einschließlich Wertpapier-Pensionsgeschäften

Das Kreditrisiko für weder überfällige noch wertgeminderte finanzielle Vermögenswerte ist im Berichtszeitraum um rund EUR 519 Mio. gesunken, im Wesentlichen bei Barreserve (um EUR 486 Mio.), Finanzanlagen (um EUR 640 Mio.) sowie Eventualverbindlichkeiten und unwiderruflichen Kreditzusagen (um in Summe EUR 154 Mio.). Im Gegenzug stiegen die Forderungen an Kreditinstitute (um EUR 355 Mio.), an Kunden (um EUR 152 Mio.) sowie Handelsaktiva (um EUR 149 Mio.) und Pos. Marktwerte aus Fair Value Hedges (um EUR 107 Mio.).[3]

[3] Positionen ohne Rating betreffen Vermögenswerte, denen nicht analog Management Approach ein abgeleitetes Rating zugeordnet werden konnte, z. B. Barreserve und Aktivsalden auf Sachkonten.

Finanzielle Vermögenswerte, die überfällig, aber nicht wertgemindert sind: maximales Kreditrisiko per 31.12.2014 nach Dauer der Überfälligkeit (in Mio. EUR)*							31.12.2013	
Bilanzposition, Haltekategorie und Branche**	**1 bis 30 Tage**	**30 Tage bis 3 Monate**	**3 Monate bis 1 Jahr**	**> 1 Jahr**	**Summe**	**Fair Value Collaterals**	**max. Kreditrisiko**	**Fair Value Collaterals**
FORDERUNGEN AN KREDITINSTITUTE (LaR)	0	-	-	-	0	0	51	40
Banks/Finance	0	-	-	-	0	0	51	40
FORDERUNGEN AN KUNDEN (LaR)	33	5	3	15	56	32	36	28
Banks	22	-	-	-	22	12	8	6
Technology	10	0	-	-	10	6	-	-
Non Profit Org.	0	-	-	9	9	5	-	-
Sovereigns	0	-	0	6	6	3	0	0
restl. Branchen	1	5	3	0	9	5	28	22
HANDELSAKTIVA (HfT)	-	-	-	-	-	-	0	0
FINANZANLAGEN (AfS)***	-	-	-	-	-	-	-	-
Eventualverbindlichkeiten	-	-	-	-	-	-	-	-
Unwiderrufliche Kreditzusagen	-	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	33	5	3	15	56	32	**87**	**69**

* Bei Überfälligkeit einer Forderung wird das gesamte Exposure des Kreditnehmers inkl. Finanzanlagen, Handelsaktiva, Eventualverbindlichkeiten und unwiderruflichen Kreditzusagen als überfällig ausgewiesen.

** Haltekategorien sind: Loans and Receivables (LaR), Held for Trading (HfT), Available for Sale (AfS), Fair Value Option (FVO) und Held to Maturity (HtM)

*** ohne Eigenkapitalinstrumente, einschließlich Wertpapier-Pensionsgeschäften

Überfällig aber nicht wertgemindert sind zum Berichtsstichtag ausschließlich Forderungen an Kunden.[4] Der Rückgang der überfälligen aber nicht wertgeminderten Vermögenswerte im Berichtszeitraum um rund EUR 31 Mio. ist im Wesentlichen auf Forderungen an Kreditinstitute zurückzuführen (um EUR 51 Mio.), während bei den Forderungen an Kunden ein leichter Anstieg festzustellen ist (um EUR 20 Mio.).

[4] In der Bilanzposition „Forderungen an Kunden“ sind auch solche Kunden enthalten, die ökonomisch der Branche „Banks“ zugeordnet sind.

Finanzielle Vermögenswerte, die wertgemindert sind: maximales Kreditrisiko (in Mio. EUR) Bilanzposition, Haltekategorie* und Branche	31.12.2014 Expo-sure	EWB	Kredit-risiko	Fair Value Colla-terals	31.12.2013 Kredit-risiko	Fair Value Colla-terals
FORDERUNGEN AN KREDITINSTITUTE (LaR)	17	-16	1	0	0	0
FORDERUNGEN AN KUNDEN (LaR)	249	-108	141	80	139	110
Real Estate	104	-62	42	24	60	47
Privatkunden	66	-4	62	35	49	39
Sovereigns	12	-1	10	6	10	8
Food + Beverages	17	-9	8	5	3	2
Construction	12	-6	6	3	4	3
Chemicals	15	-9	6	3	2	1
restl. Branchen	24	-18	6	3	11	8
HANDELSAKTIVA (HfT)	1	-	1	0	1	1
FINANZANLAGEN**	1	-	1	0	3	3
Eventualverbindlichkeiten	0	0	0	0	0	0
Unwiderrufliche Kreditzusagen	-	-	-	-	0	0
Insgesamt	**268**	**-125**	**143**	**81**	**144**	**113**

* Haltekategorien sind: Loans and Receivables (LaR), Held for Trading (HfT), Available for Sale (AfS), Fair Value Option (FVO) und Held to Maturity (HtM)

** ohne Eigenkapitalinstrumente, einschließlich Wertpapier-Pensionsgeschäften

Im maximalen Kreditrisiko der wertgeminderten Vermögensgegenstände sind zum Berichtsstichtag Einzelwertberichtigungen in Höhe von rund EUR 125,1 Mio. (zum 31.12.2013: EUR 121,7 Mio.) berücksichtigt. Im oben dargestellten maximalen Kreditrisiko nicht enthalten sind die hereingenommenen banküblichen Sicherheiten, v. a. Grundpfandrechte, Verpfändungen, Zessionen, Sicherungsübereignungen und schuldrechtliche Verpflichtungserklärungen. Im Rahmen der Sicherheitenverwertung wurden von der SaarLB im Berichtszeitraum keine Sicherheiten im Sinne eines Rettungserwerbs übernommen.

Marktpreisrisiko

Das Marktpreisrisiko bezeichnet das Risiko von (Bewertungs-)Verlusten in offenen (Handels-) Positionen durch ungünstige Marktpreisveränderungen. Für die SaarLB relevante Marktpreise sind insbesondere EUR-Zinssätze, Aktienkurse und Währungskurse. Offene Positionen resultieren aus Kassa-, Termin- und Optionsgeschäften.

Die strategischen Grundsätze des Umgangs mit Marktpreisrisiken in der SaarLB sind in der Risikostrategie definiert. Die Aufbauorganisation des Handelsgeschäfts entspricht den Anforderungen der MaRisk. Der Bereich Treasury und Portfoliomanagement umfasst das Aktiv-Passiv-Management, das die Zinsrisiken aus dem Bankbuch aktiv steuert; der Bereich Sparkassen, Institutionelle und Vermögende verantwortet das Sales-Geschäft in Zinsprodukten und Devisen. Die Abwicklung der Handelsgeschäfte erfolgt im Bereich Services. Für die Überwachung und Steuerung der Marktrisiken sowie für die methodische Entwicklung des hierzu erforderlichen Instrumentariums ist die Organisationseinheit Risikocontrolling verantwortlich. Die SaarLB limitiert bereits seit Einführung der Mindestanforderungen an das Betreiben von Handelsgeschäften 1996 sowohl

Marktpreisrisiken des Handelsbuches als auch Marktpreisrisiken des Anlagebuches, insbesondere Zinsänderungsrisiken, nach einem einheitlichem Value at Risk (VaR)-Ansatz: Das Risikocontrolling überwacht die Risiken in insgesamt fünf Teilportfolien und berücksichtigt dabei nicht nur die Risiken aus dem Handel im engeren Sinne, sondern auch aus den Positionen des Aktiv-Passiv-Managements, welche wesentliche Zinsänderungsrisiken der Bank beinhalten können.

Die Parameterfestlegung für die VaR-Berechnung spiegelt die Zurückhaltung der Bank beim Eingehen von Marktrisiken wider: Die Risiken aller Sparten fließen in die Risikotagesmeldung mit einer Haltedauerannahme von 10 Handelstagen und einem einseitigen Konfidenzniveau von 99,95 % ein. Bei der Zusammenfassung der Risiken werden außerdem Korrelationen außer Acht gelassen, die eine risikoreduzierende Darstellung ermöglichen würden. Für die Handelsbuchsparten werden Risikoparameter aus eigenen, teilweise weit in die Vergangenheit reichenden Zeitreihen ermittelt. In den Bankbuchsparten werden die Risikokennzahlen grundsätzlich mittels einer historischen Simulation berechnet, wobei die verwendeten Zeitreihen regelmäßig aktualisiert werden. Die in Spezialfonds gegebenenfalls enthaltenen Aktienkursrisiken werden dabei anhand von skalierten Risikokennzahlen der Fondsgesellschaft beurteilt.

Zum 01.01.2014 wurden die Zinsrisiko tragenden Positionen in einem Treasury-Portfolio zusammengefasst und außerdem die Zinsrisiken der LBS integriert.[5] Zusätzlich wurde eine passive Benchmarkstrategie zur Steuerung von Zinsänderungsrisiken in einer neuen Sparte (ALCO-Portfolio) implementiert. Insgesamt hat sich die Anzahl der Teilportfolien dadurch von acht im Jahr 2013 auf nunmehr fünf verringert.

Abgeleitet aus der Risikodeckungsmasse legt der Vorstand je Teilportfolio eine Verlustpotenzialobergrenze (VaR-Limit) und eine Verlustobergrenze (Planabweichungslimit) fest. Zu keinem Zeitpunkt darf der in einem Teilportfolio täglich errechnete Value at Risk das zugeordnete VaR-Limit überschreiten. Gleichzeitig darf eine negative Abweichung des operativen Ergebnisses vom jeweiligen zeitanteiligen Planwert in einem Teilportfolio dessen Planabweichungslimit nicht übersteigen. Das Planabweichungslimit beträgt regelmäßig jeweils 50 % des Planwertes eines Teilportfolios. Die VaR-Limite können durch vom Handelsvorstand festgelegte Richtwerte für Bestandsobergrenzen und sonstige restriktive Vereinbarungen fallweise ergänzt werden.

Die Berichterstattung an alle am Risikoüberwachungs- und -steuerungsprozess beteiligten Bereiche einschließlich Gesamtvorstand erfolgt jeweils zu Beginn eines Handelstages. Die Darstellung umfasst realisierte Ergebnisse und Bewertungsergebnisse sowie VaR und Limitauslastung des vorangegangenen Handelstages.

[5] Zins-VaR-Werte der LBS zum Vergleichsstichtag 31.12.2013 sind in der folgenden Tabelle nicht integriert (in Mio. EUR): Durchschnitt 2,4; Maximum: 3,4; Minimum: 1,5

Marktrisiko SaarLB-Konzern: Brutto-VaR (in Mio. Euro)	12-Monats-Vergleich zum 31.12.2014			12-Monats-Vergleich zum 31.12.2013		
	Durch-schnitt	Maxi-mum	Mini-mum	Durch-schnitt	Maxi-mum	Mini-mum
Zins-VaR	10,1	15,6	4,2	14,6	24,1	9,6
Eigenmittelanlagen-VaR*	---	---	---	2,5	8,1	0,7
FX-VaR	0,6	1,2	0,4	0,3	0,5	0,2
Aktien-VaR*	1,5	7,1	0,0	---	---	---
Gesamt-VaR	**12,2**	**18,4**	**6,8**	**17,4**	**32,0**	**11,2**

* Seit 01.01.2014 werden die Risiken aus Eigenmittelanlagen entsprechend der Risikotreiber separiert: der Zinsanteil ist im Zins-VaR enthalten, der Aktienanteil wird in der neuen Rubrik Aktien-VaR ausgewiesen.

Die Systematik zur Ermittlung des Netto-VaR wurde zum 01.01.2014 umgestellt. Während die Vergleichszahlen zum 31.12.2013 Abweichungen vom zeitanteiligen Planwert berücksichtigen, wird der Spielraum der Handelsbereiche im Berichtszeitraum durch negative operative Ergebnisse eingeschränkt. Hierdurch wird weiterhin verhindert, dass etwaige Handelsverluste die auf die Marktrisiken allokierten Verlustobergrenzen übersteigen.

Für den unter Berücksichtigung der negativen operativen Ergebnisse ermittelten (Netto-) VaR wurden aus der Risikodeckungsmasse der SaarLB zum Berichtsstichtag Limite in Höhe von insgesamt EUR 44,65 Mio. (zum 31.12.2013: EUR 60,3 Mio.) auf die einzelnen Portfolien allokiert. Diese Limite waren (über alle Portfolien) im Berichtszeitraum durchschnittlich mit 35,2 % (in 2013: 26,5%) beansprucht, wobei die Auslastung zwischen einem Minimum von 19,9 % (in 2013: 14,7 %) und einem Maximum von 48,4 % (in 2013: 50,3 %) schwankte.[6] Letzteres entsprach – in absoluten Werten ausgedrückt – einem Verlustpotenzial in Höhe von EUR 21,6 Mio. (in 2013: EUR 27,0 Mio.). Zum Berichtsstichtag betrug der VaR aus Marktrisiken EUR 20,7 Mio. (netto; zum 31.12.2013: EUR 26,7 Mio.)

Das beschriebene Instrumentarium wird laufend den sich verändernden Gegebenheiten angepasst. Insbesondere werden die verwendeten Risikoquantifizierungsmethoden im Rahmen eines Backtesting-Verfahrens halbjährlich validiert und entsprechend fortentwickelt. Die Risikoparameter werden turnusgemäß quartalsweise aktualisiert.

Im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung werden die Verlustpotenziale der täglichen Steuerung auf SaarLB-einheitliche Werte von Konfidenzniveau und Haltedauer skaliert. Über die Quantifizierung des ICAAP-Risikokapitalbedarfs hinaus erfolgen hier auch zukunftsorientierte Analysen unter Annahme außergewöhnlicher Marktpreisänderungen (Stressszenarien).

[6] In der obigen Tabelle werden die Minima (Maxima) des Brutto-VaR der jeweiligen Marktpreisrisikoart summiert, während hier das Minimum (Maximum) des Netto-VaR, d. h. inkl. Berücksichtigung von Planwertabweichungen bzw. negativen operativen Ergebnissen, über alle Marktpreisrisikoarten hinweg angegeben ist.

Speziell für das Zinsänderungsrisiko im Anlagebuch wurden nach Vorgabe der Deutschen Bundesbank monatlich Zinsänderungen von +/-200 Basispunkten quantifiziert. Die ermittelten Barwertänderungen im Verhältnis zum haftenden Eigenkapital lagen (bei SaarLB inkl. LBS ebenso wie bei der LBS selbst) deutlich unter den aufsichtsrechtlichen Schwellenwerten.

Liquiditätsrisiko

Unter Liquiditätsrisiko versteht die SaarLB das Risiko, fällige Zahlungsverpflichtungen nicht vollständig oder zeitgerecht erfüllen oder – im Falle einer Liquiditätskrise – Refinanzierungsmittel nur zu erhöhten Marktsätzen beschaffen oder Aktiva nur mit Abschlägen auf die Marktpreise veräußern zu können.

Die strategischen Grundsätze des Umgangs mit Liquiditätsrisiken in der SaarLB sind in der Risikostrategie und der Liquiditätssicherungsplanung festgelegt. Übergeordnetes Ziel von Liquiditätsrisikosteuerung und -controlling ist die Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungs- und Refinanzierungsfähigkeit der SaarLB.

Die Liquiditätssteuerung liegt in der Verantwortung der Organisationseinheit Treasury, zu der auch der Geldhandel gehört, der für den Liquiditätsausgleich am Markt in Fristigkeiten bis zu einem Jahr zuständig ist. Das Liquiditätrisikocontrolling erfolgt in der Organisationseinheit Risikocontrolling.

Im Jahr 2014 hat gegenüber 2013 ein Methodenwechsel hinsichtlich der Cashflow-Modellierung stattgefunden, wodurch nun die Liquiditätsablaufbilanz getrennt vom Fundingpotenzial dargestellt wird.

Dabei gehen in die Messung von Liquiditätsrisiken alle Liquiditätsabläufe (Zahlungsein- und -ausgänge) der Bank ein. Diese umfassen neben deterministischen Zahlungsströmen auch die auf Basis von Annahmen modellierten, relevanten nichtdeterministischen Zahlungsströme (z. B. aus unwiderruflichen Kreditzusagen). Das dem gegenüberstehende Liquiditätsdeckungspotenzial beinhaltet u. a. den frei verfügbaren Zugang zu Zentralbankgeld bei der EZB, kurzfristig veräußer- bzw. beleihbare Wertpapiere sowie das Potenzial für kurzfristig platzierbare Pfandbriefemissionen und quantifiziert damit die Möglichkeit zur Abdeckung von (negativen) Liquiditätsabläufen.

Die SaarLB misst und steuert Liquiditätsrisiken in vier Szenarien:

- **Szenario Basis (Planungssicht)**

  Abbildung der „gewöhnlichen“ Geschäftstätigkeit durch die Berücksichtigung der vertraglichen Kapitalfälligkeiten und Annahme von gleichwertigem Neugeschäft bei Fälligkeit.

- **Szenario Bankstress**

  Abbildung eines signifikanten Downgrades der SaarLB, welcher zu Liquiditätsabflüssen von privaten und institutionellen Geldgebern sowie zu dem Wegfall von Eigenemissionen führt (Abflüsse variabler Bestände). Des Weiteren ist das Funding durch die Vergabe von ungedeckten Papieren nicht mehr möglich.

- **Szenario Marktstress**

  Abbildung einer Kapitalmarktstörung (Vertrauensverlust auf dem Interbankenmarkt), welche sich auf die Liquiditätsbeschaffung auswirkt und zu Liquiditätsabflüssen durch die Valutierung der offenen Zusagen von gewerblichen Kunden.

- **Szenario Kombination**

  Simultane Abbildung der Effekte der Szenarien Bankstress und Marktstress.

Zur Sicherstellung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit auch in Krisensituationen verfügt die SaarLB über ein angemessenes Portfolio zentralbankfähiger Wertpapiere. Eine ausreichende Fazilität bei der EZB gewährleistet, dass etwaige ungeplante Zahlungsanforderungen bei Bedarf taggleich abgedeckt werden können. Dabei hat die SaarLB ihren kurzfristigen Liquiditätsbedarf so limitiert, dass der Überhang aus Passivfälligkeiten im Overnight-Bereich auf den in diesem Zeitpunkt frei verfügbaren Zugang zu Zentralbankgeld begrenzt ist.

Das Volumen des EZB-Depots liegt zum Berichtsstichtag bei rund EUR 1,2 Mrd. (zum 31.12.2013: EUR 1,0 Mrd.), wovon rund EUR 0,5 Mrd. (zum 31.12.2013: EUR 0,4 Mrd.) frei verfügbar sind. Aufkommende Zahlungsverpflichtungen können bei Bedarf nach wie vor weitgehend unabhängig von anderen Refinanzierungsquellen abgedeckt werden. Auf einen Rückgriff auf die Overnight-Fazilität der EZB konnte im Berichtszeitraum (wie auch in den vergangenen Jahren) verzichtet werden.

Der kurzfristige Refinanzierungsbedarf nach BTR 3.2 MaRisk wird durch ausschließliche Anrechnung sowohl EZB-fähiger als auch GC Pooling-fähiger Vermögensgegenstände im Liquiditätsdeckungspotenzial abgebildet. Dieses sollte in der handelstäglich fortgeschriebenen Wochen-Sicht zur Abdeckung der Liquiditätsabläufe ausreichen, die aus dem Szenario Kombination resultieren.

Die Liquiditätssteuerung und -überwachung für den Zeitraum der jeweils kommenden 180 Tage erfolgt anhand der Gegenüberstellung der kumulierten Liquiditätsablaufbilanz mit dem kumulierten Fundingpotenzial. Die Auslastungen des Fundingpotenzials wird dabei anhand szenariospezifischer Schwellenwerte beurteilt.

Auch für die einen Zeitraum von 180 Tagen übersteigenden Laufzeiten geben die Auslastungsgrade des Fundingpotenzials die entscheidenden Steuerungsimpulse. Mittels geeigneter Funding-Instrumente wird auf eine ausgewogene Refinanzierungsstruktur hingewirkt, um die Zahlungs- und Refinanzierungsfähigkeit der Bank auch mittel- und langfristig sicherzustellen. Dies ist aus heutiger Sicht gegeben: Einerseits verfügt die SaarLB

über eine ausreichende Überdeckung im Deckungsstock, dem Sicherheitenpool für Pfandbriefe, der in normalen Marktsituationen eine laufende Emissionstätigkeit ermöglicht. Andererseits ist die Liquiditätsablaufbilanz so strukturiert, dass per Saldo in den kommenden Jahren Liquidität zufließt. Rückflüsse aus dem Aktivgeschäft können also noch einmal als Kredite ausgegeben werden.

Auch unter den Stressannahmen der oben definierten Szenarien waren zum Berichtsstichtag die Liquiditätsabflüsse in der steuerungsrelevanten 180 Tages-Sicht jederzeit durch entsprechende Liquiditätsdeckungspotenziale gedeckt:

Auslastung des Fundingpotenzials (180 Tage) per 31.12.2014 (in % bzw. Mio. EUR)	**maximale Auslastung**	**mind. freies Fundingpotenzial**
Szenario Basis (geplante Ablaufstrukturen)	0,00%	2.178
Szenario Bankstress	27,33%	2.022
Szenario Marktstress	0,79%	1.554
Szenario Kombination	45,85%	1.011

Alle dargestellten Instrumentarien sind Bestandteil der regelmäßigen Berichterstattung an den Vorstand und sind in den MaRisk-Risikobericht integriert. Im Berichtsjahr hat das Fundingpotenzial jederzeit die Liquiditätsabläufe der SaarLB abgedeckt.

Die unverändert positive Einschätzung der Liquiditätssituation wird auch durch die Liquiditätskennziffer (nach den aufsichtsrechtlichen Regelungen der Liquiditätsverordnung) bestätigt. Dabei geht die SaarLB in ihren internen Regelungen über die aufsichtsrechtliche Anforderung hinaus, dass das Verhältnis von Aktiv- zu Passivfälligkeiten (Liquiditätskennziffer) innerhalb des nächsten Monats größer als 1 sein muss. Die Bank setzt einen Warnwert, der bereits Gegensteuerungsmaßnahmen auslöst, bei 1,25. Im Berichtszeitraum lag die Liquiditätskennziffer der Bank zwischen 2,00 und 3,25 (in 2013 zwischen 1,78 und 2,59); zum Berichtsstichtag belief sie sich auf 2,62 (zum 31.12.2013: 2,15). Die Einhaltung sowohl der aufsichtsrechtlichen als auch der internen Anforderungen war somit zu jeder Zeit gewährleistet. Auch die LBS hat die aufsichtsrechtlichen Vorgaben bezüglich der Liquidität im abgelaufenen Geschäftsjahr jederzeit eingehalten.

Darüber hinaus stellen sich die finanziellen Verbindlichkeiten nach vertraglich vereinbarten Restlaufzeiten (ohne Bauspareinlagen, außerbilanzielle Verbindlichkeiten, sonstige Passiva und einige Nachrangkapitalbestandteile, die keine vereinbarten Restlaufzeiten haben) wie folgt dar:

31.12.2014 (in Mio. EUR)	bis 3 Monate	>3 Monate bis 1 Jahr	>1 Jahr bis 5 Jahre	>5 Jahre
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	2.247	840	788	1.173
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	3.369	541	367	1.253
Verbriefte Verbindlichkeiten	334	1.804	1.637	1.422
Nachrangkapital	10	87	5	21
Summe ohne Derivate	**5.960**	**3.271**	**2.797**	**3.868**
Derivate*	16	23	254	249
Insgesamt	**5.976**	**3.294**	**3.051**	**4.118**

31.12.2013 (in Mio. EUR)	bis 3 Monate	>3 Monate bis 1 Jahr	>1 Jahr bis 5 Jahre	>5 Jahre
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	2.711	845	1.070	1.123
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	2.102	345	610	1.154
Verbriefte Verbindlichkeiten	49	356	3.410	1.125
Nachrangkapital	0	0	104	0
Summe ohne Derivate	**4.862**	**1.545**	**5.194**	**3.402**
Derivate*	13	24	236	159
Insgesamt	**4.876**	**1.569**	**5.431**	**3.561**

* inklusive negativer Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (Hedge Accounting), überwiegend Zinsderivate

Auch im Berichtszeitraum war es der SaarLB möglich, in ausreichendem Maße gedeckte Emissionen am Kapitalmarkt zu platzieren. Darüber hinaus hatte die Bank von Anlegerseite Nachfrage nach ungedeckten Emissionen. Sie hat aufgrund der Preisgestaltung von dieser Möglichkeit selektiv Gebrauch gemacht, unter betriebswirtschaftlichen Aspekten jedoch ihre ausreichenden anderen Refinanzierungsmöglichkeiten genutzt.

Operationelles Risiko

Allgemeines

Operationelles Risiko bezeichnet die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Diese Definition schließt Rechts - und Modellrisiken ein.

Die SaarLB verpflichtet sich zu einem effizienten Management operationeller Risiken, um das Unternehmen, seine Mitarbeiter und seine Kunden sowohl vor finanziellem Verlust als auch vor Verlust des Vertrauens oder des öffentlichen Ansehens zu bewahren.

Die Methoden und Prozesse des Controllings und Managements operationeller Risiken sind im OpRisk-Handbuch der SaarLB detailliert beschrieben. Messung und Limitierung operationeller Risiken sind auch Gegenstand der Risikostrategie.

Die Steuerung operationeller Risiken erfolgt dezentral in den einzelnen Geschäftsbereichen, wobei jeder Bereich eigenverantwortlich für den Umgang mit den in seine Zuständigkeit

fallenden operationellen Risiken ist. Dies umfasst insbesondere die Vorbeugung gegen Risiken aus möglicherweise unvollkommenen Geschäftsprozessen sowie menschlichem Fehlverhalten. Durch Notfallpläne und den Einsatz paralleler Systeme sollen Beeinträchtigungen aus unvorhergesehenen Ereignissen – insbesondere auch im technischen Bereich – vermieden oder zumindest gemildert werden. Die Notfallpläne werden regelmäßig den sich ändernden aufbau- und ablauforganisatorischen Gegebenheiten angepasst und die Systeme fortlaufend modernisiert.

Zu den Aufgaben der Rechtsabteilung der SaarLB gehört die Minimierung rechtlicher Risiken aus Vertragsgestaltungen, Normen des nationalen und internationalen Rechts sowie Prozessen und Gerichtsentscheidungen. Schwebende Rechtsstreitigkeiten werden im Jahresabschluss angemessen berücksichtigt.

Die Überwachung der operationellen Risiken erfolgt zentral durch die Organisationseinheit Risikocontrolling. Das verwendete Instrumentarium umfasst derzeit zum einen die systematische Sammlung der in der SaarLB aufgetretenen operationellen Schadenfälle in einer Schadensfalldatenbank, zum anderen die vorausschauende Beurteilung des OpRisk-Profils durch turnusmäßige Self Assessments aller risikorelevanten Organisationseinheiten der SaarLB sowie die hierzu jeweils erforderliche Aufbau- und Ablauforganisation innerhalb des Hauses. Die SaarLB wendet seit dem 01.01.2007 zur Berechnung der Eigenmittelanforderungen aus operationellen Risiken den Standardansatz nach CRR an.

In einem turnusmäßigen, in den MaRisk-Risikobericht integrierten Berichtswesen werden die aufgetretenen Schadenfälle und die Ergebnisse der Self Assessments analysiert.

Im Berichtsjahr wurden 22 Schadensfälle (in 2013: 26) beobachtet, die zu einer G. u. V.-Beeinträchtigung von insgesamt rund EUR 0,6 Mio. (in 2013: EUR 2,1 Mio.) geführt haben. Dieser Betrag liegt deutlich unterhalb des anhand der Eigenmittelanforderungen des aufsichtlichen Standardansatzes auf operationelle Risiken allokierten Risikokapitals in Höhe von EUR 23,3 Mio. (in 2013: EUR 22,2 Mio.).

Rechtsrisiken

Rechtsrisiken bezeichnen die Wahrscheinlichkeit von Verlusten aufgrund der Außerachtlassung des durch Rechtsvorschriften und Rechtsprechung vorgegebenen Rahmens infolge Unkenntnis, nicht ausreichend sorgfältiger Rechtsanwendung oder nicht zeitgerechter Reaktion auf eine Änderung der rechtlichen Rahmenbedingungen. Rechtsrisiken fallen unter die Definition der operationellen Risiken gemäß CRR.

Das Rechtsrisiko zeigt sich in realisierten Verlusten beziehungsweise in Rückstellungen, die sich aufgrund von oder im Zusammenhang mit gegen die SaarLB gerichteten Klagen ergeben (Passiv-Prozesse). Von der SaarLB erhobene Klagen (Aktiv-Prozesse) verkörpern in der Regel kein operationelles, sondern ein Kreditrisiko, sodass dem Verlustrisiko bereits durch Wertberichtigungen Rechnung getragen wird. Die Rechtsverfolgungskosten (Gerichts- und Anwaltskosten) bei einem Aktiv-Prozess werden jedoch als Rechtsrisiko eingeordnet.

Organisation

In der SaarLB und ihren Tochtergesellschaften obliegt die Steuerung des Rechtsrisikos der Rechtsabteilung UE RE. Alle juristischen Mitarbeiter der Abteilung UE RE haben die Aufgabe, das rechtliche Risiko innerhalb der SaarLB und ihrer Tochterunternehmen zu identifizieren und zu steuern.

Risikosteuerung

Die juristischen Mitarbeiter in UE RE haben die Aufgabe, rechtliche Risiken und alle dadurch möglichen Verluste in einem frühen Stadium zu erkennen, Lösungsmöglichkeiten zur Vermeidung oder Minimierung der Verluste aufzuzeigen und an rechtliche Risiken betreffenden Entscheidungen aktiv mitzuwirken. Sie sollen im Rahmen ihres Aufgabenbereiches ständig über alle rechtlichen Änderungen oder neuen Erkenntnisse auf dem Laufenden bleiben und die betroffenen Geschäftseinheiten über die Auswirkungen auf das Rechtsrisiko sowie über sich ergebenden Handlungsbedarf informieren. Sieverantworten die Veranlassung beziehungsweise Anpassung von Rechtsrückstellungen unter Zugrundelegung eines risikoorientierten Ansatzes und betreuen und überwachen die neuen und laufenden Gerichtsverfahren. Bei Passiv-Prozessen wird die Rückstellung auf Grundlage der Risikoeinschätzung des zuständigen Mitarbeiters in UE RE in Abstimmung mit dem Abteilungsleiter UE RE gebildet. Dabei entspricht in der Regel das im Prozess erwartete Verlustrisiko der Höhe der zu bildenden Rückstellungen. Um den Betrag des erwarteten Verlusts einzuschätzen, ist nach jedem bedeutenden Verfahrensabschnitt zu bewerten, welchen Betrag die Bank vernünftigerweise zahlen müsste, wenn sie den Streit zu diesem Zeitpunkt durch Vergleich beenden würde. Bei Aktiv-Prozessen werden in der Regel nur die Gerichts- und eigenen Anwaltskosten zurückgestellt. Halbjährlich informiert die Abteilung UE RE über Vorstandsbeschlüsse über alle wesentlichen Gerichtsverfahren und Rechtsrisikoentwicklungen. Adressaten sind die Mitglieder des Vorstandes, der für UE RE zuständige Bereichsleiter, die internen Aufsichtsorgane, die externen Prüfer sowie die Abteilung Risikocontrolling der Bank.

Aktuelle Entwicklungen

Die SaarLB ist mit verschiedenen Gerichts- und Schiedsgerichtsverfahren, Ansprüchen und behördlichen Untersuchungen (rechtliche Verfahren) konfrontiert, die eine große Bandbreite von Themen betreffen, die aber der Höhe nach unwesentlich sind. Diese umfassen zum Beispiel Streitigkeiten im Zusammenhang mit Kreditfinanzierungen, Streitigkeiten im Zusammenhang mit der Inanspruchnahme einer Bürgschaft sowie Streitigkeiten über die Frage von wirksam erteilten Widerrufsbelehrungen. Daneben können Änderungen oder Verschärfungen der höchstrichterlichen Rechtsprechung beispielsweise im Privatkundenbereich zur weiteren Inanspruchnahme der SaarLB im Bauspargeschäft führen. In solchen gerichtlichen Verfahren werden vor allem Schadensersatzansprüche oder auch die Rückabwicklung geschlossener Verträge geltend gemacht. Sofern einzelnen oder mehreren dieser Klagen stattgegeben würde, könnten daraus Schadensersatzzahlungen, Rückabwicklungsaufwendungen oder sonstige kostenintensive Maßnahmen folgen. Einzelne Gerichtsverfahren können auch Auswirkungen auf die Reputation der SaarLB haben. Die SaarLB und ihre Tochtergesellschaften bilden Rückstellungen für die Gerichtsverfahren, wenn und soweit die daraus resultierenden Verpflichtungen wahrscheinlich sind und die Höhe der Verpflichtungen hinreichend genau bestimmbar ist. Da die Entwicklung dieser Verfahren mit erheblichen Unsicherheiten behaftet ist, kann nicht ausgeschlossen werden,

dass sich die gebildeten Rückstellungen nach abschließenden Verfahrensentscheidungen teilweise als unzureichend erweisen. Infolgedessen können erhebliche zusätzliche Aufwendungen entstehen. Dies trifft auch auf rechtliche Verfahren zu, für die aus Sicht der SaarLB und ihrer Tochtergesellschaften keine Rückstellungen zu bilden waren. Der endgültige Ausgang einzelner rechtlicher Verfahren kann das Ergebnis der SaarLB und ihrer Tochtergesellschaften in einer bestimmten Berichtsperiode beeinflussen, die daraus eventuell resultierenden Verpflichtungen können auch Einfluss auf die Ertrags-, Finanz- und Vermögenslage haben. Bei rechtlichen Verfahren, für die Rückstellungen zu bilden sind, kann – wie bei allen rechtlichen Verfahren - zum Zeitpunkt der Rückstellungsbildung weder die Dauer des Verfahrens noch die Höhe der Inanspruchnahme abschließend vorhergesagt werden. Für Prozessrisiken wurden unter Zugrundelegung eines risikoorientierten Ansatzes eine Rückstellung von insgesamt TEUR 1.534 zum 31.12.2014 gebildet. Von einer Einzeldarstellung der jeweiligen Rückstellungsbeträge wird abgesehen, um den Ausgang der jeweiligen Verfahren nicht zu beeinflussen.

In der SaarLB und ihren Tochtergesellschaften existieren somit ausreichende organisatorische Vorkehrungen, die die Erfassung, Einwertung, laufende Steuerung und Überwachung von Rechtsrisiken aus Gerichtsverfahren sicherstellen.

Weitere Informationen über rechtliche Verfahren können der Note (57) zu den Rückstellungen und der Note (76) zu den Eventualverbindlichkeiten und unwiderruflichen Kreditzusagen des Konzernabschlusses entnommen werden.

Rechnungslegungsbezogenes internes Kontroll- und Risikomanagementsystem

Die folgenden Ausführungen beziehen sich auf die Regelung des § 315 Absatz 2 Nr. 5 HGB i. V. m. § 315a Abs. 1 HGB, nach der Kapitalgesellschaften im Sinne des § 264d HGB die wesentlichen Merkmale des internen Kontroll- und Risikomanagementsystems im Hinblick auf den Konzernrechnungslegungsprozess zu beschreiben haben.

Aufgaben und Ziele

Zur Gewährleistung der Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der Rechnungslegung hat der SaarLB-Konzern ein internes Kontrollsystem (IKS) eingerichtet. Es beinhaltet Grundsätze, Verfahren und Maßnahmen zur Sicherung von Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit der Rechnungslegung. Vor diesem Hintergrund dient das interne Kontrollsystem auch der Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des SaarLB-Konzerns.

Wesentliches Ziel des internen Kontrollsystems ist es, zu gewährleisten, dass sämtliche Geschäftsvorfälle in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften und Standards sowie den satzungsmäßigen Bestimmungen und anderen internen Richtlinien vollständig und richtig erfasst, verarbeitet und dokumentiert werden. Das interne Risikomanagementsystem wird hierbei als Bestandteil des internen Kontrollsystems angesehen.

Organisation

Der Vorstand der SaarLB (Konzernvorstand) trägt die Verantwortung dafür, dass die Bank über eine ordnungsgemäße Geschäftsorganisation verfügt, welche neben angemessenen internen Kontrollverfahren vor allem eine adäquate Steuerung und Überwachung der wesentlichen Risiken umfasst. Hierbei wird der Konzernvorstand insbesondere durch den Unternehmensbereich Gesamtbanksteuerung mit den Organisationseinheiten (OE) Risikocontrolling, Finanzen und Meldewesen, dem Unternehmensbereich Services mit der OE IT sowie durch die Interne Revision unterstützt.

Risikosteuerung und -überwachung

Zur Organisation der Risikosteuerung und -überwachung vgl. Abschnitt „Grundlagen der Risikosteuerung und -überwachung“.

Finanzen und Meldewesen

Die OE Finanzen und Meldewesen ist im SaarLB-Konzern für die Erstellung des Konzernabschlusses, die Entwicklung bilanzpolitischer Vorgaben, die Initiierung von rechnungslegungsrelevanten Projekten sowie für die Begleitung der nationalen und internationalen Entwicklungen in der Rechnungslegung verantwortlich. Hinsichtlich der Erstellung des Konzernabschlusses sind weitere Fachabteilungen sowie die zu konsolidierenden Einheiten eingebunden.

Zu den Aufgaben gehören in diesem Zusammenhang vor allem die Sicherstellung der Ordnungsmäßigkeit der Rechnungslegung, insbesondere die konzerneinheitliche Bilanzierung und Bewertung (teilweise in Zusammenarbeit mit der OE IT). Dies beinhaltet vor allem die Einrichtung und die Überwachung der Wirksamkeit der Rechnungslegungsprozesse sowie die Umsetzung der für den SaarLB-Konzern relevanten Bilanzierungsstandards und gesetzlichen Anforderungen im Bereich der Rechnungslegung, die in Bilanzierungsrichtlinien, Buchungslogiken und Kontierungsregeln konkretisiert werden. Des Weiteren definieren die Fachbereiche sowie die Konsolidierungseinheiten in Organisations- und Prozessanweisungen die Regelungen zur Geschäftserfassung, Stammdatenpflege sowie die Erfüllung von Aufbewahrungspflichten. Diese Anweisungen bilden die wesentliche Grundlage für das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem.

Interne Revision

Die Interne Revision prüft den Geschäftsbetrieb der SaarLB und führt auch Prüfungshandlungen für die LBS, LBS Immo und LBS Vertriebs GmbH durch, für die Spezialfonds überzeugt sie sich von der Ordnungsmäßigkeit des Geschäftsbetriebs. Sie ist dem Vorsitzenden des Konzernvorstandes unterstellt. Die Prüfungstätigkeit erstreckt sich auf der Basis eines risikoorientierten Prüfungsansatzes grundsätzlich auf alle Aktivitäten und Prozesse, auch soweit diese ausgelagert sind. Dies schließt eine Prüfung der Wirksamkeit und Angemessenheit des internen Kontrollsystems und des Risikomanagements ein.

Die Interne Revision führt die ihr übertragenen Aufgaben unabhängig von den zu prüfenden Tätigkeiten, Abläufen und Funktionen unter Berücksichtigung der jeweils geltenden gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen (z. B. KWG, MaRisk) aus.

Kontrollumfeld und Kontrollverfahren

Das interne Kontrollsystem basiert auf Organisations- und Prozessanweisungen.

Zentrale Bestandteile dieser Regelungen im Hinblick auf das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem sind

- die im Rahmen von sogenannten Neuen-Produkt-Prozessen erstellten Regelungen zur Erfassung, Bewertung und Berichterstattung,
- die im Kredit- und Steuerungshandbuch dokumentierten Anweisungen zur Erfassung, Bewertung und Berichterstattung von Forderungen sowie
- die Dokumentation über den Abschlusserstellungsprozess.

Diese Regelungen beinhalten auf der Grundlage der IFRS/IAS wesentliche Vorgaben für konzerneinheitliche Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden im SaarLB-Konzern.

Darüber hinaus erstellt die OE Finanzen und Meldewesen zu jedem Stichtag eine sogenannte Jahres- bzw. Halbjahresabschlussanweisung, die neben gesetzlichen Neuerungen, vor allem die von den jeweiligen Fachbereichen vorzunehmenden wesentlichen Erstellungsarbeiten (einschließlich erforderlicher Nachweisungen) und einen Terminplan enthält.

Regelungen hinsichtlich der Erfassung und Kontrolle von Geschäftsdaten liegen in der jeweiligen OE vor; diese Anweisungen werden dezentral erstellt und bei Bedarf aktualisiert.

Die Organisations- und Prozessanweisungen enthalten auch in Bezug auf die Risikosteuerung und -überwachung den Umgang mit den wesentlichen Risiken des SaarLB-Konzerns.

Die genannten Regelungen zur Risikosteuerung und -überwachung werden regelmäßig überprüft und aktualisiert.

Um eine vollständige und richtige Verarbeitung der Geschäftsvorfälle einschließlich einer ordnungsgemäßen Datenerfassung, Buchung und Dokumentation sicherzustellen, wird im SaarLB-Konzern eine Vielzahl von internen Kontrollen durchgeführt. Diese umfassen entsprechende Funktionstrennungen, ein differenziertes Zugriffsberechtigungssystem zum Schutz vor unbefugten Eingriffen, laufende Kontrollen im Rahmen des Arbeitsablaufes unter Beachtung des Vier-Augen-Prinzips sowie programmierte Kontrollen innerhalb der IT-Systeme.

Im Rahmen der internen Kontrollen werden beispielsweise in der SaarLB Haupt- und Nebenbücher abgestimmt sowie manuell bebuchbare Hauptbuchkonten vom zuständigen Fachbereich überwacht. Zudem werden weitere Kontrollen und Abstimmungen vorgenommen, um eine ordnungsgemäße Übertragung der Daten zwischen den verschiedenen IT-Systemen zu gewährleisten. Innerhalb des Konzernabschlusserstellungsprozesses werden die fachlich richtige Abbildung der zugrunde liegenden Sachverhalte geprüft und Qualitätssicherungsmaßnahmen hinsichtlich der in den Konzernabschluss einbezogenen Daten durchgeführt. Die für die Konsolidierung verwendete, serverbasierte Software IDLKONSIS enthält mehrere programmierte Kontrollen, um eine den Konzernvorgaben entsprechende Datenerfassung und Dokumentation sicherzustellen.

Der SaarLB-Konzern hat einen Teil seiner Dienstleistungen (im Wesentlichen IT-Dienstleistungen, Dienstleistungen im Bereich des Zahlungsverkehrs und der Wertpapierabwicklung) an externe Unternehmen ausgelagert. Die Einbindung der ausgelagerten Bereiche in das interne Kontrollsystem des SaarLB-Konzerns wird hierbei im Rahmen des Auslagerungscontrollings sichergestellt. Darüber hinaus hat die Interne Revision der SaarLB die ausgelagerten Bereiche im Prüfungsvorgehen berücksichtigt. Soweit die Prüfung durch die Interne Revision der Auslagerungsunternehmen erfolgt, überzeugt sich die Interne Revision der SaarLB regelmäßig von der Funktionsfähigkeit der jeweiligen Revisionen der Auslagerungsunternehmen.

Im SaarLB-Konzern unterliegt der Rechnungslegungsprozess regelmäßigen Kontrollen in Bezug auf inhärente Risiken, um bei Bedarf entsprechende Maßnahmen zur Weiterentwicklung des internen Kontrollsystems einleiten zu können. Dies bezieht sich auch auf die interne Risikosteuerung und -überwachung.

Immobilienrisiko

Immobilienrisiko ist definiert als potenzielle negative Wertveränderungen des SaarLB-eigenen Immobilienbestands durch eine Verschlechterung der allgemeinen Immobiliensituation oder eine Verschlechterung der speziellen Eigenschaften der einzelnen Immobilie (Leerstände, veränderte Nutzungsmöglichkeiten, Bauschäden etc.).

Der ehemals eigene Immobilienbestand der SaarLB wurde 2005 in einen geschlossenen Immobilienfonds eingebracht. Die SaarLB ist 100%iger Anteilseigner des Fonds und Mieter in den selbstgenutzten Flächen. Die technische Objektbetreuung wird durch die SaarLB, die kaufmännische Immobilienverwaltung durch einen externen Dienstleister erbracht.

Es erfolgt eine regelmäßige jährliche Bewertung aller Immobilien durch einen unabhängigen Gutachterausschuss, die Gutachten werden der SaarLB zur Kenntnisnahme und ggfs. Stellungnahme vorgelegt. Hierbei werden aktuelle Marktgegebenheiten und Entwicklungen von Mietpreisen ebenso berücksichtigt wie die jeweilige Vermietungs-Situation in den Gebäuden und durchgeführte Maßnahmen in den Objekten. Zuschreibungen auf Grund wertsteigernder Maßnahmen in den Objekten erfolgen unter Berücksichtigung der stabilen Werterhaltung in Abstimmung mit dem Bereich Gesamtbanksteuerung der SaarLB.

Durch die ständige Tätigkeit der technischen Objektbetreuung wird dem Auftrag des Anlageausschusses nach Wertstabilität Rechnung getragen. Zur umsichtigen Steuerung der Werterhaltung der Immobilien wird jährlich ein Wirtschaftsplan für alle Immobilien erstellt und dem Fonds zur Genehmigung vorgelegt. Laufende Maßnahmen werden im Rahmen dieses Wirtschaftsplanes durchgeführt und – in Abhängigkeit vertraglich definierter Betragsgrenzen – dem Fonds jeweils zur Genehmigung vorgelegt. Für die Durchführung nicht im Vorfeld geplanter Maßnahmen ist in jedem Fall eine Sonderfreigabe des Fonds erforderlich.

Im Rahmen der kaufmännischen Immobilienverwaltung erfolgt eine ständige Steuerung und Überwachung der Vermietungen mit dem Ziel der Vollvermietung, der frühzeitigen Gegensteuerung bei auslaufenden Mietverhältnissen und der Optimierung des Branchenmix. Der Anlageausschuss legt mindestens einmal jährlich Ziele und Strategie fest, die SaarLB ist durch den Fachvorstand des Bereiches Services sowie die Bereichsleitung Services vertreten.

Die Methoden und Prozesse des Controllings und Managements von Immobilienrisiken sind auch Gegenstand der Risikostrategie. Die Quantifizierung und Limitierung der Risiken erfolgt auch im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung.

Reputationsrisiko

Reputationsrisiko bezeichnet die Gefahr, dass negative Publizität über die SaarLB, ob zutreffend oder nicht, das Vertrauen (von Teilen) der Öffentlichkeit in die Kompetenz, Integrität oder Vertrauenswürdigkeit der SaarLB beeinträchtigt.

Die Publizität über die SaarLB („eigen- und fremdgesteuert“) wird in der Organisationseinheit UE KV überwacht und gesteuert. Durch das institutionalisierte Beschwerdemanagement werden Wirkungen auf die Reputation gemessen und gesteuert. Zusätzlich ist in diesem Zusammenhang auch auf die enge Verknüpfung von Geschäfts- und Markenstrategie der Bank hinzuweisen, sodass auch das Reputationsrisiko durch die Faktoren Regionalbezug, Standardprodukte und Einbindung in die Sparkassen-Finanzgruppe begrenzt wird.

Die Methoden und Prozesse des Controllings und Managements von Reputationsrisiken sind auch Gegenstand der Risikostrategie. Die Quantifizierung und Limitierung der Risiken erfolgt auch im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung.

Strategisches Risiko/Geschäftsrisiko

Unter strategischem Risiko versteht die SaarLB unerwartete, nachhaltig negative Auswirkungen auf Kapital und Ertrag der Bank (resp. den Unternehmenswert), die

1. durch unerwartete Veränderungen der regulatorischen und sonstigen exogenen Markt- und Umfeldbedingungen

oder

2. durch falsche bzw. unzureichende Managemententscheidungen zur geschäftspolitischen Positionierung hervorgerufen werden.

Das Geschäftsrisiko bezeichnet unerwartete Veränderungen im wirtschaftlichen Umfeld, die zu negativen Veränderungen des Geschäftsvolumens oder der Margen führen und nicht auf die anderen Risikoarten zurückzuführen sind. Es quantifiziert Abweichungen zwischen geplanten und tatsächlichen Kosten bzw. Erträgen.

Der Umgang mit Geschäfts- und strategischen Risiken (Identifizierung, Limitierung, Steuerung) ist in der Geschäftsstrategie der SaarLB dokumentiert. Dort sind das Geschäftsmodell, die strategische Positionierung der Bank sowie der jährlich neu aufzusetzende integrierte Strategie- und Planungsprozess detailliert beschrieben.

Die Identifizierung und Messung der Risiken erfolgt durch Analyse von Plan-/Ist-Abweichungen auf Gesamtbank- sowie Geschäftsfeldebene im Rahmen des Strategie- und Planungsprozesses.

Eine (qualitative) Limitierung der Risiken wird im Rahmen des Geschäftsprinzips „verstehen und gestalten“ durch den Regionalbezug der Bank, die nahezu ausschließliche Verwendung von Standardprodukten und die Einbindung in die Sparkassen-Finanzgruppe gewährleistet.

Die Steuerung erfolgt im Rahmen des Strategie-/Planungsprozesses, u. a. auch durch die Vorgabe strategischer Kennzahlen sowie die Verwendung der sogenannten Geschäftsfeldanalyse-Blätter, die insbesondere die Behandlung der Geschäftsrisiken auf Ebene der einzelnen Geschäftsfelder behandeln.

Die Methoden und Prozesse des Controllings und Managements von strategischen Risiken/Geschäftsrisiken sind auch Gegenstand der Risikostrategie. Die Quantifizierung und Limitierung der Risiken erfolgt auch im Rahmen der Risikotragfähigkeitsrechnung.

Zusammenfassung der Risikolage

Die SaarLB verfügt über eine Risikodeckungsmasse, die im Berichtszeitraum jederzeit zur Deckung aller ICAAP-Risikokapitalbedarfe ausreichte. Die ökonomische Risikotragfähigkeit der SaarLB war daher im Berichtszeitraum jederzeit uneingeschränkt gegeben. In der aufsichtlichen Sicht der SolvV-Meldung überstiegen die Kennziffern im Berichtszeitraum die internen Zielvorgaben, sodass auch die aufsichtliche Risikotragfähigkeit jederzeit uneingeschränkt gegeben war.

Konzernabschluss SaarLB

Konzern-Gesamtergebnisrechnung vom 1. Januar 2014 bis zum 31. Dezember 2014

	in TEUR	Notes	2014	2013	Delta
1	Zinsertrag	(28)	539.173	598.226	-59.053
2	Zinsaufwendungen	(28)	-417.001	-477.179	60.178
3	Gewinnanteile an assoziierten Unternehmen, die nach der Equity- Methode bilanziert werden	(29)	157	316	-159
4	Risikovorsorge im Kreditgeschäft	(30)	-16.168	-20.004	3.836
5	Provisionsertrag	(31)	27.195	27.283	-88
6	Provisionsaufwand	(31)	-20.029	-19.474	-555
7	Ergebnis aus der Fair-Value Bewertung	(32)	48.993	19.659	29.334
8	Ergebnis aus Sicherungsgeschäften	(33)	-2.714	448	-3.162
9	Ergebnis aus Finanzanlagen	(34)	925	-3.267	4.192
10	Verwaltungsaufwand	(35)	-73.476	-71.903	-1.574
11	Sonstige Erträge	(36)	3.431	4.573	-1.142
12	Sonstige Aufwendungen	(36)	-2.512	-2.694	182
13	Ertragsteuern	(37)	-28.739	-20.424	-8.315
14	**Konzernüberschuss**		**59.234**	**35.560**	**23.673**
14	**Konzernüberschuss**		**59.234**	**35.560**	**23.673**
15	**Nicht in die GuV umbuchbare Posten**	(61)	**-5.682**	**-1.112**	**-4.570**
	erfolgsneutrale Änderung der versicherungsmathematischen Gewinne/Verluste		-8.304	-1.624	-6.680
	Erfolgsneutral gebildete Ertragsteuern		2.622	512	2.110
16	**In die GuV umbuchbare Posten**		**26.505**	**-9.274**	**35.779**
	Veränderung der Neubewertungsrücklage	(61)			
	davon Bewertungsänderungen		26.811	-18.383	45.194
	davon Bestandsveränderungen aufgrund von Gewinn-oder Verlustrealisationen		4.705	7.210	-2.505
	Erfolgsneutral gebildete latente Steuern		-5.011	1.899	-6.910
	Sonstiges Periodenergebnis		20.823	-10.386	31.209
17	**Konzerngesamtergebnis**		**80.057**	**25.174**	**54.882**

Konzern-Bilanz zum 31. Dezember 2014

Aktiva

		Notes	2014	2013
1	Barreserve	(9), (38)	299.400	784.905
2	Forderungen an Kreditinstitute	(10), (39)	2.326.746	2.021.687
3	Forderungen an Kunden	(10), (40)	8.989.368	8.797.381
4	Risikovorsorge im Kreditgeschäft	(11), (41)	-140.149	-135.515
5	Handelsaktiva	(12), (42)	476.675	328.264
6	Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (Hedge Accounting)	(13), (43)	135.535	28.559
7	Finanzanlagen	(14), (44)	3.674.309	4.398.146
8	Wertpapierpensionsgeschäfte	(14), (45)	661.821	629.146
9	Anteile an at-Equity bewerteten Unternehmen	(15), (46)	5.924	6.028
10	Als Finanzinvestitionen gehaltene Immobilien	(16), (47)	20.501	20.777
11	Sachanlagen	(16), (48)	20.941	21.532
12	Immaterielle Vermögenswerte	(17), (49)	2.788	2.489
13	Tatsächliche Ertragsteueransprüche	(27), (50)	4.211	7.693
14	Latente Ertragsteueransprüche	(27), (50)	37.461	43.616
15	Sonstige Aktiva	(18), (51)	1.643	4.044
	Summe der Aktiva		**16.517.173**	**16.958.752**

Passiva

	in TEUR	Notes	2014	2013
1	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	(20), (52)	4.880.332	5.748.734
2	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	(20), (53)	4.644.753	4.759.091
3	Verbriefte Verbindlichkeiten	(20), (54)	5.196.321	4.939.714
4	Handelspassiva	(21), (55)	542.589	432.882
5	Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (Hedge Accounting)	(22), (56)	27.620	29.517
6	Rückstellungen	(23), (57)	47.467	37.779
7	Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	(27), (58)	14.026	6.684
8	Latente Ertragsteuerverpflichtungen	(27), (58)	69.277	55.886
9	Sonstige Passiva	(24), (59)	38.485	43.677
10	Nachrangkapital	(25), (60)	308.840	319.937
11	**Eigenkapital**	(61)	**747.465**	**584.851**
	Gezeichnetes Kapital	(61)	274.619	174.600
	Hybride Kapitalinstrumente	(25), (61)	62.107	72.413
	Kapitalrücklage	(61)	69.085	69.085
	Gewinnrücklagen	(61)	237.612	211.024
	Andere Rücklagen	(44), (61)	51.309	30.486
	Konzerngewinn	(61)	52.733	27.243
	Summe der Passiva		**16.517.173**	**16.958.752**

Eigenkapitalveränderungsrechnung

in TEUR	Gezeichnetes Kapital	Hybride Kapitalinstrumente	Kapitalrücklage	Gewinnrücklage	Andere Rücklagen	Konzerngewinn	Konzerneigenkapital
Stand 01.01.2013	**169.114**	**91.453**	**50.841**	**154.348**	**40.872**	**50.522**	**557.150**
Veränderung der anderen Rücklagen							
nicht in die GuV umbuchbare Posten	-	-	-	-	-1.112	-	-1.112
in die GuV umbuchbare Posten	-	-	-	-	-9.274	-	-9.274
Summe erfolgsneutraler Änderungen	-	-	-	-	-10.386	-	-10.386
Konzernüberschuss	-	-	-	-	-	35.560	35.560
Summe Konzerngesamtergebnis	-	-	-	-	-10.386	35.560	25.174
Kapitalerhöhung/Wandlungstille Einlagen	5.486	-9.733	18.244	-	-	-	13.997
Änderungen aus latenten Steuern (Hybridkapital)	-	-	-	6.154	-	-	6.154
Einstellungen/Entnahmen Gewinnrücklage	-	-	-	50.522	-	-50.522	-
Verminderung Hybride Kapitalinstrumente	-	-9.307	-	-	-	-	-9.307
Ausschüttung auf stille Einlagen und Genussrechte	-	-	-	-	-	-8.317	-8.317
Stand 31.12.2013	**174.600**	**72.413**	**69.085**	**211.024**	**30.486**	**27.243**	**584.851**
Stand 01.01.2014	**174.600**	**72.413**	**69.085**	**211.024**	**30.486**	**27.243**	**584.851**
Veränderung der anderen Rücklagen							
nicht in die GuV umbuchbare Posten	-	-	-	-	-5.682	-	-5.682
in die GuV umbuchbare Posten	-	-	-	-	26.505	-	26.505
Summe erfolgsneutraler Änderungen	-	-	-	-	20.823	-	20.823
Konzernüberschuss	-	-	-	-	-	59.234	59.234
Summe Konzerngesamtergebnis	-	-	-	-	20.823	59.234	80.057
Kapitalerhöhung	100.019	-	-	-	-	-	100.019
Einstellungen/Entnahmen Gewinnrücklage	-	-	-	26.588	-	-27.243	-655
Verminderung Hybride Kapitalinstrumente	-	-10.306	-	-	-	-	-10.306
Ausschüttung auf stille Einlagen und Genussrechte	-	-	-	-	-	-6.501	-6.501
Stand 31.12.2014	**274.619**	**62.107**	**69.085**	**237.612**	**51.309**	**52.733**	**747.465**

Kapitalflussrechnung

in TEUR	2014	2013
Konzernjahresüberschuss	**59.234**	**35.560**
Im Konzernabschluss enthaltene zahlungsunwirksame Posten und Überleitung auf den Cashflow aus operativer Tätigkeit		
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Forderungen, Sach- und Finanzanlagen, immaterielle Vermögenswerte und Investment Properties	19.307	24.164
Veränderungen von Rückstellungen	1.383	269
Veränderung anderer zahlungsunwirksamer Posten	-54.622	-37.574
Erfolge aus der Veräußerung von Anlagevermögen	-1.645	1.853
Sonstige Anpassungen	-107.434	-94.884
Zwischensumme	**-143.010**	**-106.172**
Veränderung des Vermögens und der Verbindlichkeiten nach Korrektur um zahlungsunwirksame Bestandteile		
Forderungen an Kreditinstitute	-304.758	1.220.941
Forderungen an Kunden	-302.991	216.995
Handelsaktiva	-105.734	210.681
Sonstige Aktiva aus operativer Tätigkeit	2.401	-206
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-868.604	-247.798
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	-114.337	-1.139.084
Verbriefte Verbindlichkeiten	258.797	-174.565
Handelspassiva	109.706	-212.449
Sonstige Passiva aus operativer Tätigkeit	-5.192	-6.717
Positive/Negative Marktwerte aus Sicherungsderivaten	-9.690	-1.869
Gezahlte Zinsen	-398.159	-450.172
Erhaltene Zinsen	529.259	587.865
Erhaltene Dividenden	2.898	2.990
Ertragsteuerzahlungen/ -erstattungen	16.017	-15.352
Cashflow aus operativer Tätigkeit	**-1.280.665**	**-79.353**
Einzahlungen aus der Veräußerung/Rückzahlung von Finanzanlagen	2.226.859	1.528.186
Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachanlagen, Investment Properties und immateriellen Vermögenswerten	74	468
Auszahlungen für den Erwerb von Finanzanlagen	-1.496.834	-1.306.055
Auszahlungen für den Erwerb von Sachanlagen, Investment Properties und immateriellen Vermögenswerten	-1.925	-2.519
Cashflow aus Investitionstätigkeit	**728.174**	**220.080**
Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	0	2.527
Mittelverwendung aus Nachrangkapital (Auszahlung)	-22.073	-27.650
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	**66.985**	**-25.124**
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Vorperiode	**784.905**	**669.302**
Cashflow aus operativer Tätigkeit	-1.280.665	-79.353
Cashflow aus Investitionstätigkeit	728.174	220.080
Cashflow aus Finanzierungstätigkeit	66.985	-25.124
Zahlungsmittelbestand zum Ende der Periode	**299.400**	**784.905**

Konzernanhang 2014 (Notes)

Erläuterungen zum Konzernabschluss der Landesbank Saar

Der Konzernabschluss der Landesbank Saar, Anstalt des öffentlichen Rechts, Saarbrücken – im Folgenden SaarLB – für das Geschäftsjahr 2014 wurde nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) gemäß EG-Verordnung Nr. 1606/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Juli 2002 und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften erstellt. Die IFRS umfassen neben den als IFRS bezeichneten Standards auch die International Accounting Standards (IAS) sowie die Interpretationen des International Financial Reporting Interpretations Committee (IFRIC) bzw. des Standing Interpretations Committee (SIC). Es wurden alle für das Geschäftsjahr 2014 in der EU verpflichtend anzuwendenden Standards und Interpretationen berücksichtigt. Die SaarLB hat darüber hinaus keine Standards vorzeitig angewendet. Es erfolgte im Hinblick auf den Lagebericht einschließlich Risikobericht die Anwendung von DRS 20.

Der Konzernabschluss beinhaltet die Gesamtergebnisrechnung, bestehend aus der erfolgswirksamen und erfolgsneutralen Ergebnisrechnung, die Bilanz, die Eigenkapitalveränderungsrechnung, die Kapitalflussrechnung sowie die Erläuterungen (Notes) inklusive der Segmentberichterstattung. Darstellungswährung ist der Euro.

Alle Beträge werden, sofern nicht gesondert darauf hingewiesen wird, in Tausend Euro (TEUR) angegeben. Aus rechnerischen Gründen können in den Tabellen Rundungsdifferenzen in Höhe von +/- einer Einheit auftreten. Die Betragsangaben in den Tabellen erfolgen grundsätzlich ohne Vorzeichen, wenn sich dieses aus dem Zusammenhang erschließt.

An der SaarLB sind zum 31. Dezember 2014 das Saarland mit 74,90 % und der Sparkassenverband Saar mit 25,10 % der Anteile stimmberechtigt.

Der Konzernlagebericht einschließlich Risikobericht ist in einem separaten Abschnitt des Geschäftsberichts abgedruckt.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

(1) Grundlagen

Die Rechnungslegung im SaarLB-Konzern erfolgt nach konzerneinheitlichen Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden. Die Bilanzierung und die Bewertung basieren auf der Annahme der Unternehmensfortführung (going concern).

Erträge und Aufwendungen werden zeitanteilig abgegrenzt und in der Periode erfolgswirksam erfasst, der sie wirtschaftlich zuzurechnen sind.

Die für die Bilanzierung und Bewertung nach IFRS erforderlichen Schätzungen und Beurteilungen werden in Übereinstimmung mit dem jeweiligen Standard vorgenommen. Sie werden fortlaufend überprüft und basieren auf historischen Erfahrungen und anderen Faktoren, wie Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Ereignisse. Die Annahmen und Schätzungen beziehen sich im Wesentlichen auf die Ermittlung der Fair Values bei bestimmten Finanzinstrumenten, die Identifikation sowie die Ermittlung von Wertminderungen nach IAS 39, die Bilanzierung und Bewertung von Rückstellungen sowie die Realisierbarkeit künftiger Steuerentlastungen. Sofern aus Schätzungen resultierende Risiken oder Schätzunsicherheiten in größerem Umfang vorliegen, werden die getroffenen Annahmen bei der Erläuterung der entsprechenden Position im Folgenden dargelegt.

Ein Vermögenswert wird aktiviert, wenn es wahrscheinlich ist, dass dem SaarLB-Konzern daraus künftig ein wirtschaftlicher Nutzen zufließen wird, und die Anschaffungs- oder Herstellungskosten verlässlich ermittelt werden können.

Eine Schuld wird passiviert, wenn es wahrscheinlich ist, dass sich aus der Erfüllung einer gegenwärtigen Verpflichtung ein Abfluss von Ressourcen mit wirtschaftlichem Nutzen ergibt und der Erfüllungsbetrag verlässlich ermittelt werden kann.

Auswirkung geänderter und neuer IFRS

Erstmalig in der Berichtsperiode verpflichtend anzuwendende Standards und Interpretationen

Für den Berichtszeitraum waren die Bilanzierungsstandards zu IFRS 10 „Konzernabschlüsse“, IFRS 11 „Gemeinsame Vereinbarungen“, IAS 27 „Separate Abschlüsse“, IAS 28 „Anteile an assoziierten Unternehmen und Joint Ventures“, IFRS 12 „Angaben zu Beteiligungen an anderen Unternehmen“, Änderungen zu IAS 19 „Leistungen an Arbeitnehmer“, Änderungen zu IAS 32 „Saldierung finanzieller Vermögenswerte und finanzieller Verbindlichkeiten“, Änderungen zu IAS 36 „Wertminderungen von Vermögenswerten“, sowie Änderungen zu IAS 39 „Novationen von Derivaten und Fortsetzung der Sicherungsbilanzierung“ erstmals verpflichtend anzuwenden.

Der neue Standard IFRS 10 (Konzernabschlüsse) enthält Vorschriften für die Konsolidierung von Unternehmen und löst den bisherigen Standard IAS 27 und die Interpretation SIC 12 ab. Die wesentlichste Änderung resultiert aus der neuen Definition des Begriffs Beherrschung (Control). Der Standard ändert die Definition von „Beherrschung“ dahingehend, dass zur Ermittlung eines Beherrschungsverhältnisses auf alle Unternehmen die gleichen Kriterien angewendet werden. Nach IFRS 10 liegt Beherrschung vor, wenn das Unternehmen die

Entscheidungsmacht besitzt, die relevanten Aktivitäten des anderen Unternehmens zu steuern, ein Anrecht auf die signifikanten variablen Rückflüsse hat und die Fähigkeit besitzt, seine Entscheidungsmacht zu nutzen, um die Höhe der signifikanten variablen Rückflüsse zu beeinflussen. Aus der erstmaligen Anwendung dieses Standards ergab sich kein Anpassungsbedarf für den Kreis der vollkonsolidierten Unternehmen. Ergänzend verweisen wir auf die Angaben zum Konsolidierungskreis (Note 3).

Der neue Standard IFRS 11 (Gemeinsame Vereinbarungen) regelt die Bilanzierung von Gemeinschaftsunternehmen oder gemeinschaftlichen Tätigkeiten, wenn mindestens zwei Unternehmen die gemeinschaftliche Führung ausüben. Der bisherige Standard IAS 31 und die Interpretation SIC 13 werden somit ersetzt.

Aufgrund der durch IFRS 11 geänderten Definitionen gibt es nunmehr zwei Arten gemeinsamer Vereinbarungen:

- Gemeinschaftsunternehmen und
- gemeinschaftliche Tätigkeiten.

Die wesentlichste Änderung resultiert aus dem Wegfall der Quotenkonsolidierung (s. nachfolgend IAS 28 rev. 2011). Partnerunternehmen eines Gemeinschaftsunternehmens haben nun verpflichtend die At-Equity-Bewertung anzuwenden. Unternehmen, die an gemeinschaftlichen Tätigkeiten beteiligt sind, unterliegen Regelungen, die mit den bisher geltenden Bilanzierungsvorschriften für gemeinschaftliche Vermögenswerte oder gemeinschaftliche Tätigkeiten vergleichbar sind (anteilige Einbeziehung der Vermögenswerte, Schulden, Aufwendungen und Erträge). Aus der erstmaligen Anwendung des Standards ergab sich kein wesentlicher Anpassungsbedarf für den Kreis der at Equity bewerteten Unternehmen.

IAS 28, rev. 2011 (Anteile an assoziierten Unternehmen und Gemeinschaftsunternehmen): Durch IFRS 11 wurde die Quotenkonsolidierung von Gemeinschaftsunternehmen abgeschafft. Da die Gemeinschaftsunternehmen somit nach der Equity-Methode gem. IAS 28 zu berücksichtigen sind, wurde der Anwendungsbereich des IAS 28 auf Gemeinschaftsunternehmen ausgeweitet und der Standard entsprechend umbenannt. Derzeit hat die SaarLB einen Anteil an einem Gemeinschaftsunternehmen.

Der neue Standard IFRS 12 (Angaben zu Anteilen an anderen Unternehmen) umfasst die Offenlegungspflichten für IFRS 10 und 11 sowie IAS 28 und wird erstmalig und vollumfänglich zum 31.12.2014 angewendet. IFRS 12 führt die Angabepflichten zu allen Beteiligungen an Tochter-, Gemeinschafts- und assoziierten Unternehmen sowie nicht konsolidierten strukturierten Einheiten in einem Standard zusammen. Danach müssen Unternehmen quantitative und qualitative Angaben machen, die es dem Abschlussadressaten ermöglichen, die Art, Risiken und finanziellen Auswirkungen, die mit dem Engagement des Unternehmens bei dessen beteiligten Unternehmen verbunden sind, zu erkennen. Diese Änderung hat grundsätzlich Auswirkungen auf den Umfang der Notesangaben für den Abschluss des SaarLB-Konzerns und wird unter Note 4 und 5 näher dargestellt.

Der geänderte Standard IAS 19 präzisiert den Abzug der Beiträge von Arbeitnehmern vom Dienstzeitaufwand im Rahmen von leistungsorientierten Plänen. Sind die Beiträge unabhängig von der Anzahl der Dienstjahre, erfolgt die Erfassung zum Zeitpunkt der Leistungserbringung, andernfalls werden sie über die Dienstjahre verteilt.

Eine weitere Klarstellung des IAS 19 beschäftigt sich mit der Frage des richtigen Abzinsungssatzes für Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses. Bei der Ermittlung des Abzinsungssatzes sollen demnach die herangezogenen hochwertigen

Unternehmensanleihen in der gleichen Währung denominiert sein wie die zu leistende Zahlung. Hieraus werden sich keine Auswirkungen für die SaarLB ergeben.

Die Änderungen zu IAS 32 (Finanzinstrumente) betreffen den Ausweis der „Saldierung finanzieller Vermögenswerte und finanzieller Verbindlichkeiten“ und beinhaltet die Klarstellung einiger Details in Bezug auf die Saldierung finanzieller Vermögenswerte und Schulden. Diese sind nach wie vor nur dann zu saldieren, wenn ein Unternehmen am Abschlussstichtag einen Rechtsanspruch auf die Verrechnung hat und beabsichtigt, entweder einen Ausgleich auf Nettobasis herbeizuführen oder gleichzeitig mit der Verwertung des betreffenden Vermögenswerts die dazugehörige Verbindlichkeit abzulösen. Es wurden viel mehr in die Anwendungsleitlinien von „IAS 32 Finanzinstrumente: Ausweis“ Klarstellungen aufgenommen hinsichtlich des Begriffs des „gegenwärtigen Zeitpunkts“ sowie des Begriffs der „Gleichzeitigkeit“. Die Klarstellungen haben keine Auswirkungen auf den Abschluss der SaarLB.

Die Änderungen zu IAS 36 (Wertminderungen von Vermögenswerten) wurden im Hinblick auf den erzielbaren Betrag für nicht finanzielle Vermögenswerte überarbeitet und beziehen sich auf Klarstellung der geforderten Angaben. Diese Klarstellungen haben keine Auswirkungen auf den Abschluss der SaarLB.

Die Änderungen zu IAS 39 in Bezug auf Novationen von Derivaten und Fortsetzung der Sicherungsbilanzierung ermöglicht es Unternehmen, Erleichterungen bei den Vorschriften zur Fortführung von Hedge Accounting in Anspruch zu nehmen. Durch gesetzliche oder vertragliche Vorgaben erforderliche Vertragsänderungen bei Derivaten, wie der Wechsel auf eine zentrale Clearingstelle, führen danach nicht zu einer Beendigung der Sicherungsbeziehung nach IAS 39. Die Anpassung des IAS 39 hat keine Auswirkungen auf den Konzernabschluss der SaarLB.

IFRIC 21 (Abgaben) ist eine Interpretation des IAS 37 (Rückstellungen, Eventualschulden und Eventualforderungen), die erst für Geschäftsjahre, die am oder nach dem 17.06.2014 beginnen, anzuwenden ist. Sie stellt klar, dass ein Unternehmen von öffentlichen Behörden erhobene Abgaben erst dann ansetzt, wenn die Tätigkeit stattfindet, die von Gesetzes wegen zur Leistung einer Abgabe führt. Da es sich lediglich um eine Klarstellung einer bereits bestehenden Regelung handelt, hat die SaarLB diese Regelung bereits zum Stichtag 30.06.2014 berücksichtigt. Für die SaarLB ergeben sich aus IFRIC 21 keine wesentlichen Änderungen.

Verabschiedete Standards und Interpretationen, die in den der Berichtsperiode folgenden Perioden anzuwenden sind und nicht vorzeitig angewandt werden

Die verabschiedeten wesentlichen Standards, der jeweils verpflichtende Erstanwendungszeitpunkt sowie die erwarteten Auswirkungen auf die SaarLB sind nachfolgend zusammengefasst:

Standard	Erstanwendungszeitpunkt für Geschäftsjahre, die nach dem 31.12.2014 beginnen	Beschreibung der Änderungen und Auswirkungen auf die SaarLB
IFRS 9 (Finanzinstrumente)	01.01.2018 (veröffentlicht am	Der neue IFRS 9 enthält die Ergebnisse der ersten Überarbeitung des IAS 39, die sich auf

	28.10.2010, geändert am 19.11.2013; noch nicht endorsed)	die Klassifizierung und Bewertung von Finanzinstrumenten bezieht. Danach sind finanzielle Vermögenswerte bei Zugang entweder der Bewertungskategorie fortgeführte Anschaffungskosten (amortised cost) oder der Bewertungskategorie beizulegender Zeitwert (Fair Value) zuzuordnen. Eine Bewertung zu fortgeführten Anschaffungskosten erfolgt, wenn • der finanzielle Vermögenswert in Übereinstimmung mit dem Geschäftsmodell gehalten wird, um die vertraglichen Zahlungsströme zu vereinnahmen und • die Vertragsbedingungen des finanziellen Vermögenswerts Zahlungen an festgelegten Terminen vorsehen, die Zins- und Tilgungszahlungen auf den ausstehenden Nominalbetrag verkörpern. Finanzielle Vermögenswerte, die diese Bedingungen nicht erfüllen, sind erfolgswirksam zum Fair Value zu bewerten. Eine freiwillige Zuordnung finanzieller Vermögenswerte zur Bewertungskategorie Fair Value ist bei Zugang möglich, sofern dadurch Inkongruenzen bei der Bewertung oder beim Ansatz beseitigt oder erheblich verringert werden. Für Eigenkapitalinstrumente, die nicht zu Handelszwecken gehalten werden, besteht bei Zugang das Wahlrecht, Wertänderungen dieser finanziellen Vermögenswerte einschließlich Abgangsergebnissen nicht erfolgswirksam, sondern erfolgsneutral in der Gesamtergebnisrechnung, zu erfassen. Da das Business Modell die jeweilige Einordnung und Bewertung bestimmt, besteht bei Änderung des Geschäftsmodells eine Umwidmungspflicht. Finanzielle Verbindlichkeiten werden in der Regel zu fortgeführten Anschaffungskosten bilanziert. Davon ausgenommen sind Handelsbestände sowie finanzielle

		Verbindlichkeiten, für die die Fair Value Option gewählt wurde. Kreditrisiko-bedingte Fair Value-Änderungen finanzieller Verbindlichkeiten in der Fair Value Option sind nach IFRS 9 im sonstigen Gesamtergebnis zu erfassen. Alle anderen Fair Value-Änderungen werden weiterhin erfolgswirksam erfasst. IFRS 9 ändert zudem die Regelungen zur bilanziellen Abbildung der erwarteten Adressenausfallrisiken (Risikovorsorge). Anders als unter IAS 39 ist eine Risikovorsorge nicht erst bei bereits eingetretenen Verlusten zu bilden. Vielmehr ist für jedes Finanzinstrument, das zu fortgeführten Anschaffungskosten zu bewerten ist, bereits bei Zugang der erwartete Verlust über ein Jahr (Expected Loss) als Risikovorsorge zu bilden. Tritt eine wesentliche Verschlechterung der Bonität des Schuldners ein, liegt jedoch noch kein Ausfallgrund vor, ist die Risikovorsorge für die erwarteten Verluste über die gesamte restliche Vertragslaufzeit (Lifetime Expected Loss) zu bilden. Liegt ein Ausfallgrund vor, ist die Risikovorsorge auf Basis der geschätzten, noch zu erwartenden Cashflows zu ermitteln. Die überarbeiteten Regeln zum Hedge Accounting sehen im Wesentlichen folgende Änderungen vor: • Hedge Accounting soll das Risikomanagement realitätsnäher abbilden, so dass eine stärkere Verknüpfung zwischen Risikomanagement und Accounting erfolgt • Der Effektivitätstest ist künftig nur noch prospektiv und qualitativ vorzunehmen. Die quantitative Bandbreite von 80-125% fällt somit weg. Die Anwendung des neuen IFRS 9 wird wesentliche Auswirkungen hinsichtlich der Klassifizierung und Bewertung von finanziellen Vermögenswerten sowie

		hinsichtlich der Ermittlung der Risikovorsorge auf den Abschluss des SaarLB-Konzerns haben. Im Rahmen des Hedge Accountings sind keine wesentlichen Auswirkungen zu erwarten.
IFRS 15 (Erlöse aus dem Umsatz mit Kunden)	01.01.2017 (veröffentlicht am 28.05.2014; noch nicht endorsed)	Mit IFRS 15 wird vorgeschrieben, wann und in welcher Höhe ein IFRS-Berichtersteller Erlöse zu erfassen hat. Zudem wird von den Abschlusserstellern gefordert, den Abschlussadressaten informativere und relevantere Angaben als bisher zur Verfügung zu stellen. Der Standard bietet dafür ein einziges, prinzipienbasiertes, fünfstufiges Modell, das auf alle Verträge mit Kunden anzuwenden ist. Für die SaarLB werden mit IFRS 15 nur unwesentliche Änderungen erwartet. IFRS 15 ersetzt die folgenden Standards und Interpretationen: IAS 11 Fertigungsaufträge, IAS 18 Erlöse, IFRIC 13 Kundenbindungsprogramme, IFRIC 15 Vereinbarungen über die Errichtung von Immobilien, IFRIC 18 Übertragungen von Vermögenswerten von Kunden, SIC-31 Erträge - Tausch von Werbeleistungen.

Von der vorzeitigen Anwendung der geänderten oder neu vom IASB bzw. IFRIC herausgegebenen für den SaarLB-Konzern grundsätzlich einschlägigen Standards bzw. Interpretationen (z.T. noch nicht endorsed), die erst ab dem Geschäftsjahr 2015 oder später verpflichtend anzuwenden sind, hat die SaarLB abgesehen.

(2) Konsolidierungsgrundsätze

In den Konzernabschluss werden alle wesentlichen Tochterunternehmen einbezogen, die gemäß IFRS 10 von der SaarLB direkt oder indirekt beherrscht werden.

Für die Kapitalkonsolidierung wurden die Anschaffungskosten der zu konsolidierenden Einheiten mit deren Eigenkapital zum Erwerbszeitpunkt verrechnet. Aktivische Unterschiedsbeträge zwischen den höheren Anschaffungskosten und dem Eigenkapital haben sich im Rahmen der Erstkonsolidierung bisher nicht ergeben.

Im Rahmen der Schulden- und Erfolgskonsolidierung sowie Zwischenergebniseliminierung werden alle Forderungen und Verbindlichkeiten, Erträge und Aufwendungen sowie Zwischenergebnisse aus konzerninternen Geschäften eliminiert.

Anteile an assoziierte Unternehmen werden nach der Equity-Methode bewertet und in der Bilanzposition „Anteile an at-Equity bewerteten Unternehmen“ ausgewiesen. Nach dieser Methode werden die Anschaffungskosten der Beteiligung an den assoziierten Unternehmen

im Erwerbszeitpunkt angesetzt und in der Folge um den Anteil des Konzerns am Ergebnis oder an sonstigen Reinvermögensänderungen des assoziierten Unternehmen fortgeschrieben.

Die Abgrenzung des Konsolidierungskreises bestimmt sich seit dem Geschäftsjahr 2014 gemäß den Regelungen des IFRS 10. Die SaarLB hat im Rahmen der Einführung IFRS 10 ein Projekt durchgeführt und eine Analyse der relevanten Einheiten und Engagements hinsichtlich einer möglichen Konsolidierungspflicht vorgenommen. Dabei wurden keine Änderungen identifiziert. Die SaarLB hat darüber hinaus in einem weiteren Projekt die Auswirkungen auf die Angabepflichten gemäß IFRS 12 untersucht. Die Auswirkungen werden in den nachfolgenden Notes dargestellt.

(3) Konsolidierungskreis

Der Konsolidierungskreis der SaarLB umfasst sieben (31.12.2013 sieben) Tochterunternehmen. Dabei handelt es sich um die SaarLB Bankenbeteiligungsgesellschaft mbH, Saarbrücken, die LBS Immobilien GmbH, Saarbrücken und um Spezialfonds, die gemäß IFRS 10 voll konsolidiert werden. Es werden drei (31.12.2013 drei) assoziierte Unternehmen nach der at-Equity-Methode bewertet.

Die Festlegung des Konsolidierungskreises der SaarLB erfolgt unter Wesentlichkeitsgesichtspunkten. Im Geschäftsjahr 2014 hat die LBS Immobilien GmbH die IVS Immobilien Verwaltungsgesellschaft Saar mbH, Saarbrücken und die LBS Gutachter Gesellschaft mbH, Saarbrücken neu gegründet. Nachdem zum 31.12.2014 die beiden neu gegründeten Gesellschaften als unwesentliche Tochterunternehmen berücksichtigt wurden, werden drei (31.12.2013 eine) Töchter sowie drei (31.12.2013 fünf) assoziierte Unternehmen weder voll konsolidiert noch in die at-Equity-Bewertung einbezogen, da sie für die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns von untergeordneter Bedeutung sind. Die bilanziellen und ergebnisbezogenen Auswirkungen der vertraglichen Beziehungen der Konzerngesellschaften zu diesen nicht einbezogenen Unternehmen sind im Konzernabschluss enthalten. Im Geschäftsjahr wurde erstmalig ein Gemeinschaftsunternehmen nach IFRS 11 identifiziert. Aus Wesentlichkeitsaspekten wurde auf eine Einbeziehung nach der Equity-Methode verzichtet.

Eine vollständige Übersicht über die in den Konzernabschluss einbezogenen Spezialfonds und assoziierten Unternehmen befindet sich in der Aufstellung des Anteilsbesitzes (siehe auch Note (78)).

Erhebliche Beschränkungen

Gesetzliche, vertragliche oder aufsichtsrechtliche Beschränkungen sowie Schutzrechte nicht beherrschender Anteile können den SaarLB Konzern hinsichtlich des Zugangs zu Vermögenswerten oder deren Transfer innerhalb anderer Unternehmen innerhalb des Konzerns oder hinsichtlich der Begleichung von Schulden des Konzerns erheblich beschränken.

Zum Bilanzstichtag bestanden keine für den Konzern wesentlichen Anteile ohne beherrschenden Einfluss. Folglich existieren keine erheblichen Beschränkungen aufgrund von Schutzrechten zugunsten dieser Anteilseigner.

Bis auf folgende wesentliche Sachverhalte liegen im SaarLB-Konzern keine maßgeblichen Beschränkungen vor: Vermögenswerte, die im Rahmen von Pensionsgeschäften, besicherten Refinanzierungen sowie für zweckgebundene Refinanzierungsmittel als Sicherheit übertragen wurden, beliefen sich auf 2.975,3 Mio. Euro. Die belasteten Vermögenswerte gemäß IFRS 12 stimmen grundsätzlich mit der Definition der CRR zu beschränkt verfügbaren Vermögenswerten überein. Vermögenswerte, die dem Deckungsstock im Rahmen von Pfandbriefemissionen zuzuordnen sind, betrugen 2.902,8 Mio. Euro. Diese Vermögenswerte können nicht innerhalb des Konzerns transferiert werden.

Im Hinblick auf vertragliche Vereinbarungen zur Gewährung von Finanzhilfen gibt es vereinzelt Finanzgarantien, die die SaarLB einigen wenigen Unternehmen gewährt. Diese sind für die SaarLB unwesentlich. Darüber hinaus bestehen Beschränkungen für ein nicht strukturiertes, nicht wesentliches assoziiertes Unternehmen in Form einer Ausschüttungssperre, so dass Finanzwerte nicht transferiert werden können.

Für die erforderlichen Angaben zu Abweichungen zwischen Stichtag und der Periode des Abschlusses unserer Tochterunternehmen und denen des Konzernabschlusses verweisen wir auf Note (78). Für die Angaben zu Art und Änderung der Risiken an konsolidierten strukturierten Unternehmen verweisen wir auf Note (5).

(4) Angaben zu Gemeinschaftsunternehmen und assoziierten Unternehmen

Wesentliche assoziierte und gemeinschaftlich geführte Unternehmen

Beteiligungen an assoziierten Unternehmen und gemeinschaftlich geführten Unternehmen werden nach der Equity Methode bilanziert.

Der SaarLB Konzern hält Anteile an sechs assoziierten und an einem gemeinschaftlich geführten Unternehmen. Drei assoziierte Unternehmen sind aufgrund des Beteiligungsbuchwerts und des anteiligen Ergebnisses des Beteiligungsunternehmens für den Konzern von wesentlicher Bedeutung:

Name des Unternehmens	Art der Beziehung	Zweck	Hauptsitz des Unternehmens	Anteil (in %)	Einbeziehung
GeKoBa mbH	assoziiertes Unternehmen Bauträgertätigkeit	strategisch	Saarbrücken	38,00	at equity
GSW mbH	assoziiertes Unternehmen Bauträgertätigkeit	strategisch	Saarbrücken	28,57	at equity
NBV Beteiligungs GmbH	assoziiertes Unternehmen Holding für Beteiligung an Deutscher Sparkassenverlag GmbH	strategisch	Hamburg	21,33	at equity

Zusammengefasste Finanzinformationen zu den Beteiligungsunternehmen[1)]

	GeKoBa mbH		GSW mbH		NBV Beteiligungs GmbH	
in TEUR	**31.12.2014**	**31.12.2013**	**31.12.2014**	**31.12.2013**	**31.12.2014**	**31.12.2013**
Umsatzerlöse	1.306	4.683	2.343	5.681	0	0
Ergebnis nach Steuern	7	204	-103	422	2.255	2.271
Sonstiges Ergebnis	-1.306	-4.683	-2.343	-5.680	-37	-60
Gesamtergebnis	7	204	-103	422	2.218	2.211
in Mio €						
Gesamtvermögen	19.630	22.672	15.075	16.464	15.007	19.868
Gesamtschulden	13.333	16.378	6.765	8.051	11	6
Reinvermögen	6.297	6.294	8.310	8.413	14.996	19.862

1) Für die angegebenen Gesellschaften liegen zum Bilanzstichtag nur die Abschlüsse der jeweils vergangenen Periode vor.

Überleitungsrechnung vom Reinvermögen auf den Beteiligungsbuchwert

	GeKoBa mbH		GSW mbH		NBV Beteiligungs GmbH	
in TEUR	**31.12.2014**	**31.12.2013**	**31.12.2014**	**31.12.2013**	**31.12.2014**	**31.12.2013**
Reinvermögen [1)]	6.297	6.294	8.310	8.413	14.996	19.862
Anteil des Konzerns am Kapital der Unternehmen (in Prozent)	38,0	38,0	28,6	28,6	21,3	14,3
Anteil des Konzerns am Reinvermögen der Unternehmen	2.393	2.392	2.374	2.404	3.199	2.837
Geschäfts- und Firmenwert	1.770	1.769	1.863	1.892	151	-315
Immaterielle Vermögenswerte	0	0	0	0	0	0
Sonstige Anpassungen	0	0	0	0	0	0
Beteiligungsbuchwert	623	623	511	511	3.047	3.153

1) Zur Ermittlung der Beteiligungsbuchwerte wurden für die angegebenen Gesellschaften die Abschlüsse der vergangenen Periode verwendet.

Unwesentliche gemeinschaftlich geführte und assoziierte Unternehmen

Die zusammengefassten Finanzinformationen zu den einzeln betrachtet unwesentlichen Anteilen des Konzerns an gemeinschaftlich geführten Unternehmen und assoziierten Unternehmen stellen sich wie folgt dar:

	Unwesentliche Gemeinschaftsunternehmen		Unwesentliche assoziierte Unternehmen	
in TEUR	**31.12.2014**	**31.12.2013**	**31.12.2014**	**31.12.2013**
Summe der Anteile des Konzerns am Gewinn oder Verlust aus fortzuführenden Geschäftsbereichen	-	-	-	-
Summe der Anteile des Konzerns am Gewinn oder Verlust aus aufgegebenen Geschäftsbereichen	-	-	-	-
Summe der Anteile des Konzerns am sonstigen Ergebnis	- 14,4	0,4	- 148,6	231,8
Summe der Anteile des Konzerns am Gesamtergebnis	- 14,4	0,4	2.068,7	2.449,1

Weitere Angaben zu gemeinschaftlich geführten und assoziierten Unternehmen

Das Gemeinschaftsunternehmen und die assoziierten Unternehmen im Konzern der SaarLB unterlagen im Geschäftsjahr keinen erheblichen Beschränkungen bezüglich des Transfers von Finanzmitteln, wie beispielsweise im Rahmen von Kredit- bzw. Darlehensrückzahlungen.

Art und Änderung der Risiken aufgrund der Anteile an gemeinschaftlichen Vereinbarungen und assoziierten Unternehmen

Es liegen für das Gemeinschaftsunternehmen der SaarLB keine Eventualverbindlichkeiten oder andere Verpflichtungen vor. Auch für die assoziierten Unternehmen der SaarLB liegen keine Eventualverbindlichkeiten vor.

(5) Angaben zu strukturierten Unternehmen

Angaben zu konsolidierten strukturierten Unternehmen

Bei den konsolidierten strukturierten Unternehmen der SaarLB handelt es sich neben der SaarLB Bankenbeteiligungsgesellschaft mbH und der LBS Immobilien GmbH um die Anteile an den Spezialfonds. Außer den beiden Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträgen bei der Bankenbeteiligungsgesellschaft und der LBS Immobilien GmbH existieren keine sonstigen Verpflichtungen gegenüber konsolidierten strukturierten Unternehmen. Im Geschäftsjahr wurde darüber hinaus keine Finanzhilfen oder andere Unterstützungsleistungen durch den SaarLB Konzern gewährt noch besteht in absehbarer Zeit eine derartige Absicht.

Angaben zu nicht konsolidierten strukturierten Unternehmen

Art, Zweck und Umfang der Beteiligung des Konzerns an nicht konsolidierten strukturierten Einheiten

Zur Durchführung unserer Geschäftsaktivitäten nutzt die SaarLB unter anderem sogenannte strukturierte Einheiten, die einem bestimmten Geschäftszweck dienen. Strukturierte Einheiten sind Einheiten, die derart ausgestaltet sind, dass Stimmrechte oder ähnliche Rechte für die Beherrschung des Unternehmens nicht ausschlaggebend sind. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn Stimmrechte sich nur auf administrative Aufgaben beziehen und die relevanten Aktivitäten durch vertragliche Vereinbarungen gesteuert werden.

Eine strukturierte Einheit verfügt oft über einige oder alle der folgenden Merkmale:

- Limitierte Aktivitäten;
- Ein eng gefasstes und genau definiertes Ziel;
- Unzureichendes Eigenkapital, um ihre Aktivitäten ohne nachrangige finanzielle Unterstützung zu finanzieren;
- Finanzierung in Form zahlreicher vertraglich verknüpfter Instrumente für Investoren, um Kredit- oder anderen Risiken (Tranchen) zu bündeln.

Strukturierte Einheiten werden bei der SaarLB in der Regel zu ertragsgenerierenden Zwecken eingesetzt. Sie können als Kapital-, Investment- oder Personengesellschaften gegründet sein. Strukturierte Einheiten finanzieren den Erwerb von Vermögenswerten üblicherweise durch die Gewährung von Darlehen oder aber durch Emission von Schuld-

oder Eigenkapitaltiteln, die durch von ihnen gehaltene Vermögenswerte besichert werden und/oder an diese gekoppelt sind. Die von strukturierten Einheiten begebenen Schuld- oder Eigenkapitaltitel können Tranchen mit unterschiedlichem Rang beinhalten. Typischerweise handelt es sich bei strukturierten Unternehmen um Verbriefungsgesellschaften, Leasingobjektgesellschaften oder auch Investmentfondgesellschaften.

Wie in Note (2) Konsolidierungsgrundsätze dargestellt, werden strukturierte Einheiten konsolidiert, wenn die Beziehung zwischen dem Konzern und den strukturierten Einheiten zeigt, dass diese vom Konzern i.S. des IFRS 10 beherrscht werden. Die Einheiten, die Gegenstand dieser Anhangangabe sind, werden nicht konsolidiert, da der Konzern keine Beherrschung über Verträge, Finanzierungsvereinbarungen oder andere Mittel hat. Das Ausmaß der Beteiligungen des Konzerns an nicht konsolidierten strukturierten Einheiten variiert in Abhängigkeit von der Art der strukturierten Einheit.

Die SaarLB hält Anteile an 17 Verbriefungsgesellschaften, 16 Leasingobjektgesellschaften bzw. mit Vermögenswerten unterlegten Finanzierungen, 3 Investmentfonds, sowie 10 sonstige Beteiligungen.

Nachfolgend werden die Geschäftsaktivitäten des SaarLB-Konzerns mit nicht konsolidierten strukturierten Einheiten beschrieben:

Verbriefungsgesellschaften

Der Konzern hält Anteile an von Dritten gesponserten Verbriefungsgesellschaften, die finanzielle Mittel in diversifizierte Pools von Vermögenswerten investieren. Dazu zählen unter anderem festverzinsliche Wertpapiere, Firmenkredite, Asset Backed Securities (vorwiegend verbriefte gewerbliche und private Immobilienkredite). Die Gesellschaften finanzieren diese Käufe durch die Emission verschiedener Tranchen von Schuld- und Eigenkapitaltiteln, deren Rückzahlung an die Performance der Vermögenswerte der Vehikel gekoppelt ist.

Leasingobjektgesellschaften und sonstige Finanzierungen

Der Konzern stellt Finanzierungsmittel für strukturierte Einheiten bereit, die eine Vielzahl verschiedener Vermögenswerte halten können. Diese strukturierten Einheiten können die Form von Finanzierungsgesellschaften oder als private Investmentgesellschaften gegründet werden. Die Finanzierung ist durch den gehaltenen Vermögenswert besichert.

Fonds

Der Konzern kann strukturierte Einheiten gründen, um eigene oder ggf. auch unterschiedliche Kundenanforderungen in Bezug auf Investitionen in spezifische Vermögenswerte zu erfüllen. Eine Konzerngesellschaft kann die Funktion eines Fondsmanagers, Treuhänders oder eine andere Funktion ausüben. Die Finanzierung ist in der Regel durch den zugrunde liegenden Vermögenswert besichert, welcher vom Fonds gehalten wird.

Sonstige Gesellschaften

Diese beinhalten von Dritten gesponserte strukturierte Einheiten, die nicht in eine der oben genannten Kategorien fallen.

Höchstmögliches Ausfallrisiko von nicht konsolidierten strukturierten Einheiten

Das maximal mögliche Verlustrisiko bestimmt sich aus der Art der Beteiligung an einer nicht konsolidierten strukturierten Einheit. Das maximal mögliche Verlustrisiko von Forderungen aus Kreditgeschäften besteht im Buchwert, der in der Bilanz abgebildet ist. Der maximal mögliche Verlust von außerbilanziellen Geschäften, wie zum Beispiel Garantien, Liquiditätsfazilitäten und Kreditzusagen bestimmt sich unter IFRS 12 durch ihren Nennwert. Diese Nennwerte stellen nicht das ökonomische Risiko dar, da weder Effekte aus Besicherungen oder Verbriefungen berücksichtigt werden noch die Wahrscheinlichkeit von Verlusten, die entstanden sein können. Für Handelsaktiva wird das höchstmögliche Ausfallrisiko am Betrag der positiven Wiederbeschaffungswerte ermittelt.

Größe von strukturierten Einheiten

Die Art der Geschäftsaktivitäten einer strukturierten Einheit bestimmt deren Größe. Die folgenden Kennzahlen werden als angemessene Indikatoren für die Bewertung der Größe strukturierter Einheiten angesehen:

- Verbriefungen –Nennwert der ausgegebenen Wertpapiere, wenn der Konzern seine Beteiligungen durch Wertpapiere hält, und Nennwert von Derivaten, wenn die Beteiligung des Konzerns in Form von Derivaten besteht.
- Leasingobjektgesellschaften und Finanzierungsgesellschaften: beizulegender Zeitwert der Beteiligung.
- Fonds –Nettoinventarwert oder Höhe des verwalteten Vermögens, wenn der Konzern Fondsanteile hält.
- Sonstige Gesellschaften – der beizulegende Zeitwert.

Die folgende Tabelle zeigt nach Art der strukturierten Einheit die Buchwerte der Beteiligungen des Konzerns sowie den maximal möglichen Verlust, der aus diesen Beteiligungen resultieren könnte. Sie gibt auch eine Indikation über die Größe von strukturierten Einheiten. Die Werte bilden nicht das ökonomische Risiko des Konzerns aus diesen Beteiligungen ab, da sie keine Sicherheiten oder Sicherungsbeziehungen berücksichtigen.

in TEUR	Verbriefungs-gesellschaften	Leasingobjekt-gesellschaften	Investment-fonds	sonstige Beteiligungen
Vermögenswerte				
Forderungen an Kunden	-	69.158	22.690	36.243
Finanzanlagen	34.278	1.777	0	-
Summe der Aktiva	**34.278**	**70.935**	**22.690**	**36.243**
Verbindlichkeiten	-			
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	-	2.906	-	27.413
Summe der Passiva	**-**	**2.906**	**-**	**27.413**
Außerbilanzielle Risikopositionen	-	1.978	-	-
Gesamt	**34.278**	**70.007**	**22.690**	**8.830**
Größe der strukturierten Gesellschaft	58.470	489.981	1.980.904	10.807
Maximales Verlustrisiko	34.278	70.935	22.690	36.243

Gesponserte nicht konsolidierte strukturierte Einheiten

Die SaarLB sponsert keine Gründung strukturierter Einheiten.

(6) Währungsumrechnung

Sämtliche Vermögenswerte und Schulden in Fremdwährungen werden bei der erstmaligen Erfassung mit dem am jeweiligen Tag des Geschäftsvorfalls gültigen Kassakurs in die funktionale Währung (Euro) umgerechnet. Für die Umrechnung an den nachfolgenden Bilanzstichtagen wird für die Währungsumrechnung zwischen monetären und nicht monetären Posten unterschieden. Auf Fremdwährung lautende monetäre Vermögenswerte und Schulden werden mit dem Kurs am Bilanzstichtag umgerechnet. Für nicht monetäre Posten, die zu historischen Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet werden, erfolgt die Währungsumrechnung mit dem historischen Anschaffungskurs. Zum Fair Value bewertete nicht monetäre Posten werden mit dem Kurs zum Ermittlungszeitpunkt des Fair Values umgerechnet. Aus der Währungsumrechnung resultierende Gewinne und Verluste aus monetären Posten werden erfolgswirksam erfasst.

(7) Aufrechnung

Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten sind dann zu saldieren und als Nettobetrag in der Bilanz anzugeben, wenn die SaarLB einen Rechtsanspruch darauf hat, die erfassten Beträge miteinander zu verrechnen und entweder den Ausgleich auf Nettobasis herbeizuführen oder gleichzeitig mit der Verwertung des betreffenden Vermögenswertes die dazugehörige Verbindlichkeit abzulösen.

(8) Finanzinstrumente

Definition

Ein Finanzinstrument ist ein Vertrag, der gleichzeitig bei einem Vertragspartner zur Entstehung eines finanziellen Vermögenswertes und bei dem anderen zur Entstehung einer finanziellen Verbindlichkeit oder eines Eigenkapitalinstruments führt.

Ansatz und Zugangsbewertung

Finanzinstrumente werden ab dem Zeitpunkt bilanziell erfasst, ab dem das bilanzierende Unternehmen Vertragspartei wird und zu den vereinbarten Leistungen bzw. Gegenleistungen berechtigt oder verpflichtet ist.

Übliche Käufe oder Verkäufe (Kassageschäfte) von finanziellen Vermögenswerten (Regular Way Contracts) können entweder zum Handelstag oder Erfüllungstag erfasst werden. Als solche gelten gem. IAS 39.9 Käufe und Verkäufe von finanziellen Vermögenswerten, bei denen die Lieferung des Vermögenswerts innerhalb der üblichen Marktusancen nach einer gewissen Frist erfolgt. Bei der SaarLB werden Wertpapiere immer zum Handelstag bilanziert.

Derivate werden zum Handelstag, die übrigen Finanzinstrumente zum Erfüllungstag erfasst.

Alle Finanzinstrumente, einschließlich derivativer Finanzinstrumente, werden gemäß IAS 39 in der Bilanz angesetzt und den Kategorien des IAS 39 zugeordnet.

Die erstmalige Erfassung der Finanzinstrumente erfolgt mit dem Fair Value, der regelmäßig dem im Zeitpunkt der Anschaffung geleisteten oder erhaltenen Gegenwert (exit price) entspricht.

Folgebewertung

Die Folgebewertung der Finanzinstrumente richtet sich nach der Zugehörigkeit zu den Bewertungskategorien nach IAS 39, die wie folgt unterschieden werden:

Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten (Financial Assets and Liabilities at Fair Value through Profit or Loss):

Hierzu zählen die zu Handelszwecken gehaltenen Finanzinstrumente und Derivate, die nicht die Voraussetzungen des Hedge Accountings gemäß IAS 39 erfüllen (Held-for-Trading) sowie nicht zu Handelszwecken gehaltene Finanzinstrumente, für welche die Fair-Value-Option angewendet wird (Fair-Value-Option gem. IAS 39).

Zu Handelszwecken gehaltene Finanzinstrumente der Kategorie Held-for-Trading (HfT):

Die Bewertung erfolgt zum Fair Value; die Bewertungsergebnisse werden im Ergebnis aus der Fair Value-Bewertung erfasst. In diesem Posten werden auch die realisierten Ergebnisse gezeigt, während der Ausweis der laufenden Erträge und Aufwendungen im Zinsüberschuss erfolgt. Derivate in wirtschaftlichen Hedge-Beziehungen erfüllen nicht die Voraussetzungen des Hedge Accountings gemäß IAS 39. Sie dienen der Risikosteuerung und wurden nicht zu Handelszwecken abgeschlossen.

Die Finanzinstrumente der Kategorie HfT werden in den Bilanzposten Handelsaktiva und Handelspassiva ausgewiesen.

Finanzinstrumente der Kategorie Fair-Value-Option (FVO):

Die Fair-Value-Option wird für die Portfolien von Finanzinstrumenten genutzt, deren Management auf Fair Value Basis gemäß einer dokumentierten Risikomanagement- oder Anlagestrategie erfolgt; hierbei handelt es sich überwiegend um die von den Wertpapierspezialfonds verwalteten Wertpapiere. Darüber hinaus erfolgt die Anwendung der Fair-Value-Option, um die getrennte Bilanzierung des Grundgeschäfts und des eingebetteten Derivats trennungspflichtiger strukturierter Produkte zu vermeiden. Die Bewertung erfolgt zum Fair Value. Die Bewertungsergebnisse werden im Ergebnis aus der Fair Value-Bewertung, die laufenden Ergebnisse im Zinsüberschuss erfasst.

Die im Rahmen der Fair-Value-Option designierten Finanzinstrumente sind in dem Posten Finanzanlagen enthalten. Es erfolgt keine Kategorisierung von Finanzinstrumenten in die Fair-Value-Option, die ansonsten zu fortgeführten Anschaffungskosten zu bewerten wären.

Bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestitionen (Held-to-Maturity, HtM):

Dieser Kategorie werden nicht derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbaren Zahlungen sowie einer festen Laufzeit, die die Bank bis zur Endfälligkeit halten will und kann, zugeordnet, soweit für diese im Zugangs- bzw. Umgliederungszeitpunkt ein aktiver Markt besteht. Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten. Zur Ermittlung notwendiger Abschreibungen wird auf die Ausführungen zu Wertminderungen verwiesen.

Diese Finanzinstrumente werden in den Finanzanlagen ausgewiesen. Die laufenden Ergebnisse sowie die Aufwendungen und Erträge aus der Amortisierung werden im Zinsüberschuss erfasst.

Kredite und Forderungen (Loans-and-Receivables, LaR):

Hierunter fallen nicht derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbaren Zahlungen, die nicht an einem aktiven Markt notiert sind. Diese werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Zur Ermittlung notwendiger Risikovorsorge bzw. Abschreibungen wird auf die Ausführungen zu Wertminderungen verwiesen.

Die Finanzinstrumente der Kategorie LaR werden unter der Barreserve, den Forderungen an Kreditinstitute/Kunden, den Finanzanlagen bzw. den Sonstigen Aktiva ausgewiesen. Die laufenden Ergebnisse sowie die Aufwendungen und Erträge aus der Amortisierung werden im Zinsertrag erfasst; dies gilt auch für Bestände, die Bestandteil einer Sicherungsbeziehung gem. IAS 39 sind. Ergebnisse aus der Veräußerung werden, soweit es sich um Finanzanlagen handelt, im Ergebnis aus Finanzanlagen und, soweit es sich um Forderungen handelt, im Sonstigen Ergebnis ausgewiesen.

Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (Available-for-Sale, AfS):

Hierunter fallen jene nicht derivative finanzielle Vermögenswerte (Wertpapiere, Beteiligungen), die als zur Veräußerung verfügbar klassifiziert sind oder nicht einer der vorgenannten Kategorien zugeordnet wurden. Die Finanzinstrumente dieser Kategorie werden zum Fair Value bewertet. Der Unterschiedsbetrag zwischen Fair Value und fortgeführten Anschaffungskosten wird solange erfolgsneutral in einer gesonderten Position des Eigenkapitals (Neubewertungsrücklage) ausgewiesen, bis der Vermögenswert veräußert bzw. fällig wird oder durch eine dauerhafte Wertminderung (Impairment, hierzu vgl. Ausführungen zu Wertminderungen) eine erfolgswirksame Anpassung erforderlich wird. Bei Eigenkapitalinstrumenten, deren Fair Value nicht zuverlässig ermittelbar ist, erfolgt der Ansatz zu Anschaffungskosten abzüglich etwaiger Wertminderungen.

Available-for-Sale-Finanzinstrumente sind in dem Posten Finanzanlagen enthalten. Ergebnisse aus der Veräußerung sowie aus der dauerhaften Wertminderung (Impairment) werden im Ergebnis aus Finanzanlagen, laufende Ergebnisse sowie die Aufwendungen und Erträge aus der Amortisierung im Zinsertrag erfasst; dies gilt auch für Bestände, die Bestandteil einer Sicherungsbeziehung gem. IAS 39 sind.

Finanzielle Verbindlichkeiten (Liabilities-measured-at-amortised-cost):

Zu der Kategorie Liabilities-measured-at-amortised-cost zählen finanzielle Verbindlichkeiten, die nicht Handelszwecken dienen. Sie werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet und unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten/Kunden, Verbrieften Verbindlichkeiten, Sonstige Passiva sowie dem Nachrangkapital ausgewiesen. Der Ausweis der laufenden Ergebnisse sowie der Aufwendungen und Erträge aus der Amortisierung erfolgt im Zinsaufwand.

Fair Value

Definition des Fair Value

Nach IAS 39 sind alle Finanzinstrumente beim **erstmaligen Ansatz** zu ihrem beizulegenden Zeitwert (Fair Value) zu bewerten. Im Falle eines Finanzinstruments, das

nicht als erfolgswirksam zum Fair Value zu bewerten klassifiziert ist, hat die Bewertung unter Einschluss bestimmter Transaktionskosten zu erfolgen.

Die **Folgebewertung** der Finanzinstrumente, die als erfolgswirksam zum beizulegenden Zeitwert zu bewerten klassifiziert sind, oder von jederzeit veräußerbaren finanziellen Vermögenswerten (AfS), erfolgt laufend zum Fair Value. In diesem Sinne beinhalten erfolgswirksam zum Fair Value zu bewertende Finanzinstrumente Derivate, zu Handelszwecken gehaltene Instrumente sowie Instrumente, die als zum Fair Value zu bewerten designiert wurden.

Der Fair Value ist eine marktbasierte und keine unternehmensspezifische Bewertungsgröße. IFRS 13 definiert den Fair Value als den Preis, den man in einer gewöhnlichen Transaktion zwischen Marktteilnehmern in dem Hauptmarkt (oder dem vorteilhaftesten Markt; s. zur Definition des Hauptmarktes bzw. vorteilhaftesten Marktes im folgenden Abschnitt „Bewertung“) unter aktuellen Marktbedingungen am Bewertungsstichtag beim Verkauf eines Vermögenswerts erhalten würde oder bei der Übertragung einer Schuld zu zahlen hätte.

Demnach ist der beizulegende Zeitwert eines **Vermögenswertes** nach IFRS 13 der Betrag, zu dem dieser zwischen sachverständigen, vertragswilligen und voneinander unabhängigen Geschäftspartnern verkauft werden könnte. Der beizulegende Zeitwert entspricht somit einem Veräußerungspreis (exit price). Für **Verbindlichkeiten** ist der beizulegende Zeitwert definiert als der Preis, zu dem die Schuld im Rahmen einer gewöhnlichen Transaktion an einen Dritten übertragen werden könnte. Für die Bewertung von Schulden ist zudem das eigene Ausfallrisiko zu berücksichtigen. Sofern Sicherheiten von Dritten für unsere Verbindlichkeiten gestellt werden (zum Beispiel Garantien), sind diese bei der Bewertung grundsätzlich nicht zu berücksichtigen, da die Rückzahlungsverpflichtung seitens der Bank weiterhin bestehen bleibt.

Die Ermittlung des Fair Value erfolgt nach den Vorgaben des IFRS 13. In diesem sind auch die Bestimmungen zur Bewertungshierarchie enthalten. Weiterhin gelten die jeweiligen Bestimmungen der Standards für Finanzinstrumente, darunter die Ausführungen des IAS 39 zu Finanzinstrumenten, insbesondere die Einordnung in die Bewertungskategorien.

Bewertung zum Fair Value

Die SaarLB legt bei der Bewertung zum Fair Value folgende Sachverhalte fest:

- den **bestimmten Vermögenswert** oder die **bestimmte Schuld**, die Gegenstand der Bewertung ist, im Einklang mit seiner/ihrer Bilanzierungseinheit (also der Ebene, auf der ein Vermögenswert oder eine Schuld in einem IFRS-Standard für Ansatzzwecke zusammengefasst oder aufgegliedert wird
- den **Hauptmarkt** (oder den vorteilhaftesten Markt) für den Vermögenswert oder die Schuld. Um den Hauptmarkt, oder in Ermangelung eines Hauptmarktes den vorteilhaftesten Markt zu identifizieren, werden alle Informationen berücksichtigt, die mit angemessenem Aufwand zu beschaffen sind. Solange kein gegenteiliger substanzieller Hinweis vorliegt, ist der Markt, in dem das Unternehmen normalerweise eine Transaktion zum Verkauf des Vermögenswerts oder zur Übertragung der Schuld vornehmen wurde, der unterstellte Hauptmarkt oder, in Ermangelung eines Hauptmarktes, der vorteilhafteste Markt. Falls für den Vermögenswert oder die Schuld ein Hauptmarkt vorhanden ist, repräsentiert die Bewertung zum Fair Value den Preis in diesem Markt (dieser Preis ist entweder direkt beobachtbar oder wurde unter Verwendung eines anderen Bewertungsverfahrens ermittelt), auch wenn der Preis am Bewertungsstichtag in einem anderen Markt

potenziell vorteilhafter ist. Die SaarLB hat am Bewertungsstichtag Zugang zu ihren definierten Hauptmärkten (oder den vorteilhaftesten Märkten).

- das für die Ermittlung geeignete **Bewertungsverfahren** unter Berücksichtigung der Verfügbarkeit von Daten, mit denen Eingangsparameter hergeleitet werden, die die Annahmen der Marktteilnehmer bei der Preisfestlegung des Vermögenswerts oder der Schuld darstellen und die
- Hierarchiestufe, der die Eingangsparameter zugeordnet werden (s. nachfolgend).

Fair Value Hierarchie und Bewertungsverfahren

Um die Vergleichbarkeit und Stetigkeit bei Bewertungen zum beizulegenden Zeitwert und den zugehörigen Angaben zu erhöhen, legt IFRS 13 eine Hierarchie für die Ermittlung des Fair Value fest („Fair-Value-Hierarchie), die in die Bewertungsverfahren zur Ermittlung des Fair Value eingehenden Eingangsparameter drei Stufen (oder Level) zuordnet. Demnach wird in aktiven Märkten für identische Vermögenswerte notierten Preisen die höchste Priorität eingeräumt, während die Verwendung nicht beobachtbarer Inputfaktoren in Bewertungsmodellen die niedrigste Priorität erhalten. Die Gesamteinstufung des beizulegenden Zeitwerts basiert stets auf dem niedrigsten Level eines verwendeten bedeutsamen Input-Parameters.

Der zuverlässigste Nachweis für den Fair Value ist der notierte Marktpreis für ein identisches Instrument an einem aktiven Markt (**Bewertungshierarchie Level 1**). Wann immer ein solcher notierter Preis zur Verfügung steht, ist er zur Bemessung des Fair Value heranzuziehen. Der relevante Markt für die Bestimmung des beizulegenden Zeitwerts ist grundsätzlich der Markt mit der höchsten Aktivität (Hauptmarkt). Um den Preis wiederzugeben, zu dem ein Vermögenswert getauscht oder eine Verbindlichkeit beglichen werden könnte, werden Vermögenswerte zum Geldkurs und Verbindlichkeiten zum Briefkurs bewertet. Für Finanzinstrumente wird ein Markt als aktiv angesehen, wenn notierte Preise leicht und regelmäßig von einer Börse, einem Händler oder einer Marktplattform verfügbar sind und diese Preise tatsächliche und sich regelmäßig ereignende Markttransaktionen zwischen sachverständigen, vertragswilligen und unabhängigen Geschäftspartnern repräsentieren. Bei der SaarLB werden im Rahmen der Folgebewertung für zum Fair Value zu bewertende Finanzinstrumente, die an aktiven Märkten gehandelt werden (darunter Wertpapiere und derivative Börsenkontrakte), der Börsenpreis, OTC-Preise von Marktplattformen (z.B. Bloomberg) sowie Kurse auf anderen aktiven Märkten herangezogen.

Wenn keine notierten Preise verfügbar sind, erfolgt die Bewertung anhand von notierte Preise für ähnliche Vermögenswerte oder Schulden an aktiven Märkten. Sind keine notierten Preise für identische oder ähnliche Finanzinstrumente verfügbar, wird der Fair Value unter Anwendung eines geeigneten Bewertungsmodells ermittelt, bei dem die einfließenden Daten soweit möglich aus überprüfbaren Marktquellen stammen (**Bewertungshierarchie Level 2**). Wird der Fair Value mittels Bewertungsmethoden ermittelt, deren Bewertungsparameter mit signifikanter Auswirkung auf die Ermittlung des Fair Values direkt oder indirekt (z.B. aus ähnlichen Preisen abgeleitet) am Markt beobachtbar sind, erfolgt eine Zuordnung zu Level 2. Derivate, die ausschließlich mit am Markt beobachtbaren Parametern bewertet werden, sind demnach dem Level 2 zuzuordnen.

Während sich die meisten Bewertungsmethoden auf Daten aus überprüfbaren Marktquellen stützen, werden bestimmte Finanzinstrumente unter Einsatz von Bewertungsmodellen bewertet, die andere Eingangswerte heranziehen, für die nicht ausreichend aktuelle

überprüfbare Marktdaten vorhanden sind. Als mögliche Bewertungsmethoden unterscheidet IFRS 13 den marktbasierten Ansatz (Market Approach), den einkommensbasierten Ansatz (Income Approach) und den kostenbasierten Ansatz (Cost Approach). Der Market Approach umfasst Bewertungsmethoden, die auf Informationen über identische oder vergleichbare Vermögenswerte und Schulden zurückgreifen. Der einkommensbasierte Ansatz spiegelt die heutigen Erwartungen über zukünftige Zahlungsströme, Aufwendungen oder Erträge wider. Zum Income Approach zählen unter anderem auch Optionspreismodelle. Im Rahmen des Cost Approachs (nur für Nichtfinanzinstrumente zulässig) entspricht der Fair Value den aktuellen Wiederbeschaffungskosten unter Berücksichtigung des Zustands des Vermögenswertes. Diese Bewertungsmethoden unterliegen naturgemäß in höherem Maße den Einschätzungen des Managements. Diese nicht beobachtbaren Eingangswerte können Daten enthalten, die in Form von Näherungswerten aus korrelierten oder historischen Daten ermittelt werden. Allerdings werden hierbei in größtmöglichem Umfang Marktdaten oder Daten Dritter und so wenig wie möglich unternehmensspezifische Eingangswerte herangezogen (**Bewertungshierarchie Level 3**).

Ist kein aktiver Markt für die betreffenden Finanzinstrumente vorhanden, ist auf oben genannte Bewertungsmethoden zurückzugreifen. Die dabei verwendeten Daten müssen alle inhärenten Markterwartungen reflektieren. Ein inaktiver Markt ist durch stark eingeschränkte Handelsvolumina, sehr große Geld-/Briefspannen bzw. bestehende Arbitragemöglichkeiten gekennzeichnet. Falls der Fair Value mittels Bewertungsmethoden ermittelt wird, bei denen der Einfluss der Bewertungsparameter – die nicht auf beobachtbaren Marktdaten basieren – auf den Fair Value signifikant ist, erfolgt eine Zuordnung zu Level 3 der Bewertungshierarchie des IFRS 13.

Im Rahmen der Anwendung von Bewertungsmethoden werden bei Wertpapieren primär indikative Kurse von unabhängigen Marktdatenlieferanten und – soweit diese nicht verfügbar sind – von anderen Marktteilnehmern (vor allem Arranger von Emissionen) verwendet. Hierbei werden Kurse bzw. Quotes von unterschiedlichen Anbietern für jedes relevante Finanzinstrument erhoben. Durch Vergleich der genannten Kurse wird eine Plausibilisierung vorgenommen. Liegt in Ausnahmefällen nur ein Kurs vor, erfolgt zur Plausibilisierung ergänzend eine Bonitätsanalyse. Sofern vorhanden, werden auch Kurse von Wertpapieren mit gleichartiger Ausstattung, Restlaufzeit und Bonität zur Plausibilisierung herangezogen. Diese Vorgehensweise wurde für die Ermittlung der Fair Values bei bestimmten Wertpapieren angewendet. Mangels anderer Quellen wurden bei ABS-Wertpapieren überwiegend von Arrangern gestellte Kurse zur Fair Value-Ermittlung verwendet. Wertpapiere, die mittels indikativer Kurse bewertet werden, fallen in Level 3.

Bei außerbörslich gehandelten Derivaten sowie bei Eigenkapitaltiteln, die nicht an aktiven Märkten gehandelt werden, kommen ebenfalls Bewertungsmodelle zur Anwendung.

Die Fair Values werden dabei mit Hilfe von anerkannten Bewertungsmodellen ermittelt, die auf frei zugänglichen Marktdaten sowie im geringen Umfang unternehmensinternen Daten aufbauen. Die Bewertungsmodelle umfassen die Barwertmethode sowie Optionspreismodelle.

Die Barwertmethode wird für unbedingte derivative Finanzinstrumente (Zins- und Zinswährungsswaps, Forward Rate Agreements sowie Devisentermingeschäfte) angewendet. Dabei erfolgt die Bewertung auf Basis der Cash Flow Struktur unter Berücksichtigung von Nominalwerten, Restlaufzeiten sowie der vereinbarten Zinszählmethode. Credit Default Swaps werden ebenfalls wie unbedingte derivative Finanzinstrumente unter zusätzlicher Berücksichtigung von erwarteten Ausfällen auf der Grundlage aktueller Credit Spreads bewertet.

Zur Ermittlung der Cash Flow Struktur wird bei Finanzinstrumenten mit vertraglich fixierten Cash Flows auf die vereinbarten Cash Flows zurückgegriffen. Bei variabel verzinslichen Instrumenten erfolgt die Bestimmung der Cash Flows unter Verwendung von Terminkurven.

Die Diskontierung erfolgt unter Verwendung von währungs- und laufzeitkongruenten Zinskurven und einem risikoadäquaten Spread. Sofern es sich um öffentlich verfügbare Spreads handelt, werden die am Markt beobachtbaren Daten herangezogen.

Bei in den Finanzanlagen enthaltenen wesentlichen Eigenkapitaltiteln, die nicht an aktiven Märkten gehandelt werden, erfolgt die Ermittlung des Fair Values auf Basis des Ertragswertverfahrens. Dabei basieren die erwarteten Cash Flows auf Planwerten der betroffenen Unternehmen. Unwesentliche Bestände bzw. solche, für die keine verlässlichen Planwerte vorliegen, werden zu Anschaffungskosten bewertet.

Die Bewertung von Optionen sowie anderen derivativen Finanzinstrumenten mit Optionseigenschaften basiert im Wesentlichen auf dem Optionspreismodell von Black Scholes. In die Bewertung gehen dabei regelmäßig folgende Bewertungsparameter ein: kumulierte Wahrscheinlichkeits-Verteilungsfunktion für Standardnormalverteilung, Optionsausübungspreise (Strike), risikoloser Zins (für unterschiedliche Währungen und Laufzeiten), Preisvolatilitäten, Options-Restlaufzeiten, ggf. Zins- und Preisschranken (Barriers), sowie Eintrittswahrscheinlichkeiten. Zu den Optionen gehören Zinsbegrenzungsvereinbarungen, Swaptions und Devisenoptionen.

Die Bewertungsmodelle kommen bei der Ermittlung der Fair Values für bilanzielle Zwecke für Finanzinstrumente der Kategorien HfT und AfS zum Einsatz. Davon betroffen sind die folgenden Bilanzposten und Produkte:

- In den Handelsaktiva enthaltene OTC-Derivate
- In den Finanzanlagen enthaltene Eigenkapitaltitel
- In den Handelspassiva enthaltene OTC-Derivate

Für Notes-Zwecke sind gem. IFRS 7 i.V.m. IFRS 13 für alle in der Bilanz dargestellten Finanzinstrumente Fair Values anzugeben und die angewendeten Ermittlungsverfahren der dreistufigen Hierarchie (Level 1 bis 3) zuzuordnen.

Für die Angaben der Fair Values der Finanzinstrumente sowie die Levelzuordnung wird auf Note (62) und Note (63) verwiesen.

Fair Value bei erstmaligen Ansatz und Day One Profit / Loss

Die SaarLB hat bei der Beurteilung, ob der Fair Value beim erstmaligen Ansatz dem Transaktionspreis entspricht die charakteristischen Faktoren gem. IFRS 13 untersucht. Ein Ansatz mit einem von den Anschaffungskosten abweichendem Fair Value kann demnach nur unter bestimmten Bedingungen auftreten. Im Berichtsjahr wurde kein solcher Sachverhalt festgestellt, ein potentieller Day One Profit bzw. Loss trat demnach nicht auf.

Bilanzierung von Sicherungsbeziehungen

Im Rahmen der Steuerung von Zins- und Währungsrisiken werden derivative Finanzinstrumente zur Absicherung von bilanzierten Vermögenswerten oder bilanzierten Verbindlichkeiten eingesetzt. Aufgrund der möglichen unterschiedlichen Bewertungskonzeptionen bei Grund- und Sicherungsgeschäft können asymmetrische GuV-Effekte entstehen, die betriebswirtschaftlich nicht begründet sind und zu einer nicht

sachgerechten Abbildung insbesondere der Ertragslage führen. Das Hedge Accounting kann diesen Accounting Mismatch beheben. Sicherungsbeziehungen, die sich für das Hedge Accounting im Sinne des IAS 39 qualifizieren und als solche designiert werden, werden derzeit ausschließlich als Fair Value Hedges abgebildet und sind auf die Absicherung von Zinsrisiken beschränkt. Durch Anwendung des Hedge-Accountings, das hinsichtlich des gesicherten Risikos eine Bewertung des Grundgeschäfts mit dem Fair Value vorsieht, werden solche asymmetrischen Bewertungen reduziert. Dabei wird ein bilanzierter Vermögenswert oder eine bilanzierte Verbindlichkeit (oder Teile davon) gegen Änderungen des Fair Values abgesichert, die aus dem Zinsrisiko resultieren und Auswirkungen auf das Periodenergebnis haben können. Als Voraussetzung für die Anwendung des Hedge Accounting ist eine hohe erwartete und tatsächliche Effektivität erforderlich; d.h., dass sich die Änderungen der Fair Values von gesichertem Grundgeschäft mit Bezug auf das gesicherte Risiko und Sicherungsderivat in einer Bandbreite von 80 - 125 Prozent ausgleichen müssen. Fair-Value-Hedge-Accounting wird in Form von Mikro-Fair-Value-Hedges durchgeführt. Als Sicherungsinstrumente werden Zinsswaps verwendet. Derivate, die der Absicherung des Fair Value bilanzierter Vermögenswerte und Verbindlichkeiten dienen, werden zum Fair Value bewertet; Wertänderungen werden erfolgswirksam erfasst. Die Buchwerte der Grundgeschäfte werden erfolgswirksam um die Bewertungsergebnisse angepasst, die sich auf das abgesicherte Risiko zurückführen lassen.

Sowohl die Bewertungsergebnisse der Sicherungsgeschäfte als auch die Bewertungsergebnisse der Grundgeschäfte werden in der GuV-Position „Ergebnis aus Sicherungsgeschäften“ ausgewiesen. Die laufenden Ergebnisse der Derivate, die Bestandteil einer Sicherungsbeziehung sind und die die Voraussetzungen des Hedge Accountings gem. IAS 39 erfüllen, werden im Zinsüberschuss erfasst.

Wertminderungen (Impairment)

An jedem Bilanzstichtag beurteilt die SaarLB, ob objektive Hinweise auf eine Wertminderung eines finanziellen Vermögenswerts vorliegen. Ein finanzieller Vermögenswert gilt als wertgemindert und ein Wertminderungsverlust als entstanden, wenn

- objektive Hinweise auf eine Wertminderung infolge eines Verlustereignisses vorliegen, das nach der erstmaligen Erfassung des Finanzinstruments und bis zum Bilanzstichtag eingetreten ist,
- das Verlustereignis einen Einfluss auf die geschätzten zukünftigen Cash Flows des finanziellen Vermögenswerts oder der Gruppe finanzieller Vermögenswerte hat und
- eine verlässliche Schätzung des Betrags der Wertminderung vorgenommen werden kann.

Bei Finanzinstrumenten der Kategorien LaR, HtM und AfS beurteilt die SaarLB zunächst auf individueller Ebene, ob objektive Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen. Hierzu erfolgt eine Analyse der Kundenbeziehungen bzw. des Emittenten von Wertpapieren (soweit Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere) in regelmäßigen Zeitabständen. Als objektive Hinweise für eine Wertminderung gelten dabei insbesondere folgende Kriterien:

- Deutliche Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse
- Erwartung niedrigerer zukünftiger Zahlungsströme als die vereinbarten

- Ausfall oder Verzug vereinbarter Zahlungen von Kapital und/oder Zins, Antrag auf Stundung oder Laufzeitverlängerung
- Zugeständnisse an den Kreditnehmer aufgrund wirtschaftlicher oder rechtlicher Gründe im Zusammenhang mit finanziellen Schwierigkeiten
- Bruch kreditmaterieller Vereinbarungen
- Hohe Wahrscheinlichkeit eines Insolvenzverfahrens oder eines sonstigen Sanierungsfalls des Schuldners
- Bonitätsbedingte Restrukturierung oder Sanierung
- Verschwinden eines aktiven Marktes für diesen finanziellen Vermögenswert aufgrund finanzieller Schwierigkeiten
- Länderspezifische Hinweise
- Marktpreisabschläge von mehr als 15 % im Vergleich zum Einstandskurs

Die Höhe der Wertminderung bemisst sich bei Forderungen als Unterschiedsbetrag zwischen dem Buchwert des jeweiligen Finanzinstruments und dem nach der Discounted-Cashflow-Methode unter Verwendung des ursprünglichen Effektivzinssatzes berechneten Barwert der künftig erwarteten Zahlungseingänge. In die erwarteten Cash Flows einbezogen werden auch solche Zahlungsströme, die aus einer Sicherheitenverwertung nach Abzug der Kosten der Aneignung und des Verkaufs resultieren können. Der Buchwert des Finanzinstruments wird mittels einer Einzelwertberichtigung, die in der Bilanz auf der Aktivseite als Risikovorsorge ausgewiesen wird, reduziert. Der Wertminderungsaufwand wird in der Gewinn- und Verlustrechnung als Bestandteil der Risikovorsorge erfasst.

Veränderungen der Zahlungserwartung führen zu Auflösungen von bzw. Zuführungen zur Risikovorsorge.

Bei Wertpapieren der Kategorien LaR und HtM bemisst sich die Höhe des Wertminderungsaufwands als Differenz zwischen dem Buchwert und dem Fair Value, soweit ein aktiver Markt vorliegt. Der Wertminderungsaufwand wird als Abschreibung erfasst und im Ergebnis aus Finanzanlagen ausgewiesen.

Sobald eine Forderung oder Wertpapier der Kategorie LaR bzw. HtM als wertgemindert identifiziert ist, erfolgt die Einstellung der Erfassung von Zinserträgen auf Basis der vertraglichen Bedingungen. Dessen ungeachtet wird aber die Veränderung des Barwerts der künftig erwarteten Zahlungseingänge im Zeitablauf auf Basis des anfänglichen Effektivzinses (sog. Unwinding) als Zinsertrag ausgewiesen.

Für Finanzinstrumente der Kategorien LaR und HtM, bei denen keine objektiven Hinweise auf Wertminderungen vorliegen sowie für solche, für die bei Vorliegen objektiver Hinweise bei Einzelbetrachtung kein Wertberichtigungsbedarf festgestellt wurde, wird eine Portfoliowertberichtigung auf Basis historischer Ausfallwahrscheinlichkeiten ermittelt. Im Rahmen eines Backtestingverfahrens erfolgt die laufende Aktualisierung der historischen Ausfallwahrscheinlichkeiten.

Die Abbildung von Länderrisiken (Transferrisiko) erfolgt ebenfalls über die Bildung der Portfoliowertberichtigung auf Basis länderrisikospezifischer Ausfallwahrscheinlichkeiten, sofern die Risiken nicht bereits über Einzelwertberichtigungen berücksichtigt wurden.

Uneinbringliche Finanzinstrumente werden ausgebucht. Bei Forderungen erfolgt dies grundsätzlich gegen Verbrauch der Einzelwertberichtigungen. Ausfälle, für die bisher keine bzw. keine ausreichenden Einzelwertberichtigungen gebildet wurden, werden zu Lasten der bestehenden Portfoliowertberichtigung gebucht.

Für Finanzinstrumente der Kategorie AfS erfolgt ebenfalls zu jedem Bilanzstichtag eine Beurteilung, ob objektive Hinweise auf eine Wertminderung vorliegen.

Für Eigenkapitaltitel, die als AfS klassifiziert wurden, stellt ein signifikanter oder dauerhafter Rückgang des Fair Values der Investition unter die Anschaffungskosten einen objektiven Hinweis auf eine Wertminderung dar. Für Schuldtitel, die als AfS klassifiziert wurden, wird das Vorliegen einer Wertminderung auf Basis der gleichen Kriterien wie für Wertpapiere der Kategorien LaR und HtM bestimmt.

Bei Vorliegen einer Wertminderung wird der kumulative unrealisierte Verlust, der zuvor im Eigenkapital unter der Neubewertungsrücklage ausgewiesen wurde, in die Gewinn- und Verlustrechnung für die Berichtsperiode umgegliedert und im Ergebnis aus Finanzanlagen erfasst. Der aus der Neubewertungsrücklage umzugliedernde Betrag entspricht der Differenz zwischen den fortgeführten Anschaffungskosten und dem aktuellen Fair Value.

Fallen die Gründe für eine Wertminderung weg, ist für Fremdkapitalinstrumente eine Wertaufholung erfolgswirksam bis zu den fortgeführten Anschaffungskosten vorzunehmen. Werterhöhungen von Eigenkapitalinstrumenten nach vorherigem Impairment dürfen nur erfolgsneutral gegen die Neubewertungsrücklage rückgängig gemacht werden.

Ausbuchung

Finanzielle Vermögenswerte werden ausgebucht, wenn die vertraglichen Rechte auf Cash Flows aus den jeweiligen Vermögenswerten erloschen sind oder die finanziellen Vermögenswerte übertragen wurden und die Übertragung die Merkmale eines Abgangs gem. IAS 39 erfüllt. Eine Übertragung liegt nach IAS 39 vor, wenn die vertraglichen Rechte auf die Zahlungsströme aus dem finanziellen Vermögenswert an einen Dritten übertragen oder die Zahlungsströme gem. IAS 39.19 an einen Dritten weitergeleitet werden. Liegt eine solche Übertragung vor, wird der finanzielle Vermögenswert ausgebucht, wenn der Konzern im Wesentlichen alle Chancen und Risiken aus dem finanziellen Vermögenswert übertragen hat. Finanzielle Verbindlichkeiten werden ausgebucht, wenn die vertraglichen Verpflichtungen beglichen, aufgehoben oder ausgelaufen sind.

Unter die Übertragungen, bei denen die Kriterien für die Ausbuchung nicht erfüllt sind, fallen bei der SaarLB insbesondere echte Wertpapierpensionsgeschäfte und Wertpapierleihgeschäfte. Da in diesen Fällen im Wesentlichen alle mit dem Eigentum verbundenen Risiken und Chancen zurückbehalten werden, verbleiben die übertragenen Vermögenswerte weiterhin vollständig in der Bilanz und werden in einem gesonderten Posten ausgewiesen (Note (45)). Die im Rahmen von echten Pensionsgeschäften erhaltenen Gegenwerte sowie die hereingenommenen Barsicherheiten werden unter den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten/Kunden passiviert.

Zu den übertragenen Vermögenswerten, die weiterhin bilanziert werden, verweisen wir auf die Ausführungen unter „Als Sicherheit übertragene finanzielle Vermögenswerte“ (Note (72)).

(9) Barreserve

Die Barreserve umfasst den Kassenbestand sowie Guthaben bei Zentralnotenbanken. Der Ansatz erfolgt zum Nennwert.

(10) Forderungen

Bei den Forderungen an Kreditinstitute und Kunden handelt es sich um nicht derivative finanzielle Vermögenswerte mit festen oder bestimmbaren Zahlungen, die nicht an einem aktiven Markt notiert sind und nicht Handelszwecken dienen. Die Bewertung erfolgt zu fortgeführten Anschaffungskosten, sofern die Forderungen nicht Grundgeschäfte eines effektiven Fair Value Hedges sind. Agien, Disagien sowie Gebühren, die Bestandteil des Effektivzinssatzes des Finanzinstruments sind, werden effektivzinskonstant über die Zinsbindungsfrist verteilt und im Zinsertrag vereinnahmt.

Wertminderungen von Forderungen werden separat im Bilanzposten Risikovorsorge erfasst und aktivisch abgesetzt.

(11) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Die Risikovorsorge für Forderungen wird aktivisch abgesetzt; sie umfasst Einzelwertberichtigungen und Portfoliowertberichtigungen auf Forderungen.

Aufwendungen für die Zuführung zur Risikovorsorge, Erträge aus der Auflösung von Risikovorsorge sowie Eingänge auf abgeschriebene Forderungen werden im Posten Risikovorsorge in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesen.

(12) Handelsaktiva

Die Handelsaktiva enthalten ausschließlich derivative Finanzinstrumente mit positiven Marktwerten, die nicht als Sicherungsinstrument im Rahmen des Hedge Accounting gemäß IAS 39 designiert sind. Die Bewertung erfolgt zum Fair Value. Die Bewertungs- sowie die realisierten Ergebnisse aus Handelsaktiva werden erfolgswirksam im Ergebnis aus der Fair Value Bewertung, die laufenden Ergebnisse mit Ausnahme derjenigen aus Kreditderivaten (Prämienzahlungen) im Zinsüberschuss erfasst.

(13) Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (Hedge Accounting)

Dieser Bilanzposten beinhaltet derivative Finanzinstrumente mit positiven Marktwerten, die in Sicherungsbeziehungen eingesetzt werden und sich für das Hedge Accounting im Sinne des IAS 39 qualifizieren. Die derivativen Instrumente werden mit dem Fair Value bewertet.

Die Fair Value Änderungen der Sicherungsinstrumente werden zusammen mit den Fair Value Änderungen der Grundgeschäfte, die aus dem gesicherten Risiko resultieren, im Ergebnis aus Sicherungsgeschäften (Hedge Accounting) ausgewiesen. Zinserträge und -aufwendungen aus Sicherungsderivaten werden im Zinsüberschuss erfasst.

(14) Finanzanlagen

Die Finanzanlagen umfassen Finanzanlagen der Kategorien HtM, LaR, FVO sowie AfS. Anteile an nicht konsolidierten Tochterunternehmen und an nicht nach der Equity-Methode einbezogenen assoziierten Unternehmen werden unter den AfS-Finanzanlagen ausgewiesen. Die Bewertung der Finanzanlagen erfolgt differenziert nach den Bewertungskategorien. Die Identifikation vorzunehmender Wertminderungen erfolgt nach den in Note (8) dargestellten Kriterien.

(15) Anteile an at-Equity bewerteten Unternehmen

Die Anteile an at-Equity bewerteten Unternehmen beinhalten die entsprechend bewerteten Anteile an vier Unternehmen (vgl. auch Note (46)).

(16) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien / Sachanlagen

Unter den als Finanzinvestition gehaltenen Grundstücken und Gebäuden werden diejenigen gezeigt, die an Dritte vermietet oder vorrangig zur Erzielung von Wertsteigerungen gehalten werden. Die Sachanlagen umfassen selbst genutzte Grundstücke und Gebäude sowie die Betriebs- und Geschäftsausstattung. Bei gemischter Nutzung von Immobilien erfolgt grundsätzlich eine getrennte Bilanzierung der jeweiligen Teile als Finanzinvestition bzw. Sachanlage. Können die Teile nicht gesondert verkauft (oder vermietet) werden, stellen die gehaltenen Immobilien nur dann eine Finanzinvestition dar, wenn der Anteil der Eigennutzung unbedeutend ist.

Die Bewertung der Sachanlagen und der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien erfolgt zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, die bei abnutzbaren Vermögenswerten um planmäßige, lineare Abschreibungen entsprechend der Nutzungsdauer gemindert werden.

Die Nutzungsdauer bemisst sich nach den erwarteten Verläufen des Verbrauchs des künftigen wirtschaftlichen Nutzens und berücksichtigt daher den physischen Verschleiß; technische oder gewerbliche Veralterungen werden hierbei unabhängig von dem erwarteten physischen Verschleiß berücksichtigt.

Zur Bestimmung der Nutzungsdauer bei Zugängen von Gebäuden (ohne Grundstücke) werden diese in ihre wesentlichen Bestandteile zerlegt. Im Rahmen der Folgebewertung erfolgt die Abschreibung solcher Komponenten einer Sachanlage separat, welche

- im Verhältnis zu den gesamten Anschaffungs- und Herstellungskosten der Sachanlage bedeutend sind und

- sich hinsichtlich ihrer Nutzungsdauer und Abschreibungsmethode voneinander unterscheiden.

Für die Durchführung des Komponentenansatzes werden bereits zum Zeitpunkt der Erstbewertung des Vermögenswerts die Identifizierung von Komponenten und die Beurteilung der Wesentlichkeit vorgenommen. Die anzuwendende Methodik zur Identifizierung der Komponenten und der anschließenden Aufteilung der Gesamtkosten der Sachanlage auf die wesentlichen Komponenten wird nach kaufmännischem Beurteilungsvermögen durchgeführt. Im Falle der Anschaffung der Sachanlage erfolgt idR. eine Schätzung. Eine Einzelverwertbarkeit einer Komponente ist hierfür nicht erforderlich.

Bei der SaarLB werden Gebäude (ohne Grundstücke) in folgende Komponenten mit folgenden Nutzungsdauern aufgeteilt:

Rohbau / Tragwerk	90
Dach	40
Fassade	40
Fenster	30
Elektroinstallation	30
Heizung- / Klimaanlage	20
Sanitär (einschließlich Sanitärobjekte)	30
Innenausbau	20
Außenanlagen	40

Kommt es im Hinblick auf einzelne Gebäude zu Umbau-/ Sanierungsmaßnahmen, d.h. werden wesentliche Renovierungsmaßnahmen durchgeführt, erfolgt eine Aktivierung dieser Maßnahme, es sei denn, dass deren Kosten unwesentlich sind. Laufende Erhaltungsaufwendungen werden erfolgswirksam berücksichtigt.

Die Nutzungsdauer der Betriebs- und Geschäftsausstattung beträgt zwischen 3 und 15 Jahren.

Bei dauerhafter Wertminderung (Impairment nach IAS 36) wird ein Wertminderungsaufwand erfasst, der sich aus der Differenz aus (höherem) Buchwert und erzielbarem Betrag ergibt. Fallen die Gründe für die dauerhafte Wertminderung weg, erfolgen Zuschreibungen bis maximal zur Höhe der fortgeführten Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten. Der Impairmentprozess findet auf Komponenten eines Vermögenswerts entsprechend Anwendung.

Abschreibungen auf als Finanzinvestition gehaltene Grundstücke und Gebäude werden im Sonstigen Ergebnis, Abschreibungen auf Sachanlagen im Verwaltungsaufwand ausgewiesen. Zuschreibungen werden im Sonstigen Ergebnis gezeigt.

(17) Immaterielle Vermögenswerte

Die Immateriellen Vermögenswerte beinhalten ausschließlich erworbene DV-Software.

Die immateriellen Vermögenswerte werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet; die Abschreibung der Anschaffungskosten erfolgt linear über eine erwartete Nutzungsdauer von drei bis fünf Jahren.

Bei dauerhafter Wertminderung (Impairment) wird ein Wertminderungsaufwand erfasst. Fallen die Gründe für die dauerhafte Wertminderung weg, erfolgen Zuschreibungen bis maximal zur Höhe der fortgeführten Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten.

Abschreibungen auf immaterielle Vermögenswerte werden im Verwaltungsaufwand ausgewiesen. Zuschreibungen werden im Sonstigen Ergebnis gezeigt.

(18) Sonstige Aktiva

In den Sonstigen Aktiva sind die aktiven Rechnungsabgrenzungsposten und sonstigen Vermögenswerte enthalten.

(19) Zur Veräußerung gehaltene langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen

Der SaarLB Konzern klassifiziert langfristige Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen als zur Veräußerung gehalten, wenn der zugehörige Buchwert durch ein Veräußerungsgeschäft realisiert werden soll. Voraussetzungen für eine Einstufung als zur Veräußerung gehaltene Vermögenswerte sind u.a., dass der Vermögenswert im gegenwärtigen Zustand sofort veräußerbar ist, ein Veräußerungsplan zu Grunde liegt, aktiv mit der Suche nach einem Käufer begonnen wurde, die Veräußerung erwartungsgemäß innerhalb eines Jahres ab dem Zeitpunkt der Klassifizierung abgeschlossen sein wird und der Preis angemessen im Verhältnis zum aktuellen Fair Value ist.

Die Bewertung der langfristigen Vermögenswerte (oder Veräußerungsgruppen), die als zur Veräußerung gehalten klassifiziert werden, erfolgt zum niedrigeren Wert aus Buchwert oder beizulegendem Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten bzw. bei Finanzinstrumenten, die in den Anwendungsbereich des IAS 39 fallen, nach den Grundsätzen des IAS 39.

Der Ausweis der laufenden Ergebnisse erfolgt in der GuV-Position, in der das Ergebnis auch ohne Verkaufsabsicht auszuweisen wäre. Wertminderungen werden erfasst, wenn der beizulegende Zeitwert abzüglich Veräußerungskosten unter dem Buchwert liegt. Die Wertminderungen werden im sonstigen Ergebnis gezeigt.

Zum 31. Dezember 2014 bestanden keine zur Veräußerung gehaltenen langfristigen Vermögenswerte und Veräußerungsgruppen.

(20) Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sowie die verbrieften Verbindlichkeiten werden zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet, sofern es sich nicht um Grundgeschäfte eines effektiven Fair Value Hedges handelt. Agien und Disagien werden effektivzinskonstant über die Zinsbindungsfrist verteilt und im Zinsaufwand erfasst.

(21) Handelspassiva

Die Handelspassiva enthalten ausschließlich derivative Finanzinstrumente mit negativen Marktwerten, die nicht als Sicherungsinstrumente im Rahmen des Hedge Accountings gemäß IAS 39 designiert sind. Die Bewertung erfolgt zum Fair Value. Die Bewertungs- sowie die realisierten Ergebnisse aus Handelspassiva werden erfolgswirksam im Ergebnis aus der Fair Value Bewertung erfasst. Die laufenden Ergebnisse werden im Zinsüberschuss erfasst, mit Ausnahme derjenigen der Kreditderivate, die ebenfalls im Fair Value Ergebnis gezeigt werden.

(22) Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (Hedge Accounting)

Dieser Bilanzposten beinhaltet derivative Finanzinstrumente mit negativen Marktwerten, die in Sicherungsbeziehungen eingesetzt werden und für das Hedge Accounting im Sinne des IAS 39 qualifizieren. Die derivativen Instrumente werden mit dem Fair Value bewertet. Die Fair Value Änderungen der Sicherungsinstrumente werden zusammen mit den Fair Value-Änderungen der Grundgeschäfte, die aus dem gesicherten Risiko resultieren, im Ergebnis aus Sicherungsgeschäften (Hedge Accounting) ausgewiesen. Zinserträge und -aufwendungen aus Sicherungsderivaten werden wie die der Grundgeschäfte im Zinsüberschuss erfasst.

(23) Rückstellungen

In diesem Bilanzposten werden Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen sowie andere Rückstellungen ausgewiesen.

Im SaarLB-Konzern existieren unterschiedliche Pensionspläne.

Zum einen erhalten die Mitglieder des Vorstandes individuelle Pensionszusagen. Ehemalige Mitglieder des Vorstandes (derzeit 7 Pensionäre) sind Rentenbezieher. Die laufenden und künftigen Renten sind vom Grundgehalt abhängig. Die Risiken aus diesen Pensionsplänen bestehen vor allem in den biometrischen Risiken und der im Vergleich zu den Annahmen tatsächlich eintretenden Gehalts- und Rentenentwicklung. Ungewöhnliche Risiken bestehen nicht. Spezielle Anlagestrategien, die speziell auf die bestehenden Verpflichtungen abgestimmt sind, bestehen wegen der geringen Zahl der derzeitigen und künftigen Empfänger nicht.

Des Weiteren erhielten sieben Mitarbeiter Pensionszusagen durch sog. Entgeltumwandlung, die in Form von Rückdeckungsversicherungen finanziert werden. Risiken bestehen keine.

Die leistungsorientierten Pläne – Vorstandszusagen und Entgeltumwandlung - schreiben Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenleistungen fest, die Anspruchsberechtigte im Versorgungsfall (Erreichen der Altersgrenze, Invalidität bzw. Tod) erhalten und die von mehreren Faktoren wie Alter, Dienstzeit und Gehalt abhängig sind.

Die Ermittlung der Pensionsverpflichtungen erfolgt jährlich durch versicherungsmathematische Gutachten.

Für die Berechnung der Pensionsrückstellungen wurden folgende versicherungsmathematische Annahmen zugrunde gelegt:

in %	2014	2013
Rechnungszinsfuß	2,00	3,50
Gehaltsdynamik	2,50	2,50
Rententrend	2,00	2,00

Als biometrische Parameter werden die Heubeck-Richttafeln 2005G verwendet.

Die Höhe der Pensionsverpflichtungen wird nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (sog. „projected unit credit method“) ermittelt. Dabei erfolgt die Bewertung der Verpflichtungen auf der Grundlage der zum Bilanzstichtag anteilig erworbenen Leistungsansprüche (sog. „defined benefit obligation“). Bei der Bewertung werden Annahmen über die zukünftige Entwicklung bestimmter Parameter wie Gehalts- und Rententrends, die sich auf die Leistungshöhe auswirken, berücksichtigt.

Bei der Ermittlung der Pensionsrückstellungen erfolgt eine GuV-wirksame Fortschreibung der bilanziellen Pensionsrückstellung immer auf Grundlage der erwarteten versicherungsmathematischen Parameter zu Beginn der Periode, so dass zwischen dem bilanzierten Buchwert und dem aktuellen versicherungsmathematischen Wert in der Regel eine Differenz besteht, die als versicherungsmathematischer Gewinn oder Verlust bezeichnet und in den anderen Rücklagen erfasst wird. Auf die versicherungsmathematischen Gewinne oder Verluste werden latente Steuern ermittelt, die ebenfalls erfolgsneutral in den anderen Rücklagen erfasst werden. Die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste sind nicht in die Gewinn- und Verlustrechnung umbuchbar.

Daneben ist die SaarLB freiwilliges Mitglied der Zusatzversorgungskasse Saarland (ZVK). Die ZVK ist ein gemeinschaftlicher Versorgungsplan mehrerer Arbeitgeber. Mitglieder sind sog. Pflichtmitglieder (Gemeinden, Gemeindeverbände und Zweckverbände) und freiwillige Mitglieder (vor allem das Saarland, öffentlich-rechtliche Sparkassen sowie sonstige Mitglieder des Kommunalen Arbeitgeberverbandes e.V.).

Die Finanzierung der satzungsmäßigen Leistungen erfolgt im Rahmen des Umlageverfahrens. Aufgrund der fehlenden Insolvenzfähigkeit sowohl der überwiegenden Zahl der Mitglieder der ZVK als auch der ZVK selbst, haftet die SaarLB faktisch nicht für die Verpflichtung anderer Arbeitgeber des gemeinschaftlichen Versorgungsplans.

Bei einem Ausscheiden hätte die SaarLB einen finanziellen Ausgleich in Höhe des Barwerts der auf der ZVK lastenden Verpflichtungen aus den Pflichtversicherungen der Beschäftigten der SaarLB zu zahlen. Die Informationen zur finanziellen Verpflichtung bei Schließung des Planes ist nicht verfügbar.

Der Anteil der SaarLB im Hinblick auf die Anzahl der Versicherten der ZVK beträgt ca. 1%.

Der Versorgungsplan der ZVK ist nach den Regelungen des IAS 19 grundsätzlich als leistungsorientierter Versorgungsplan einzustufen. Da jedoch der Bank die für die Bilanzierung als leistungsorientierten Versorgungsplan relevanten Informationen nicht zur Verfügung stehen und auch nicht verfügbar gemacht werden können und sie im Rahmen des Umlageverfahrens auch versicherungsmathematischen Risiken ausgesetzt ist, die sich auf die aktiven und früheren Arbeitnehmer der anderen Mitglieder (Arbeitgeber) beziehen, wurde dieser Pensionsplan nicht als leistungsorientierter Versorgungsplan behandelt. Für die Beiträge der SaarLB an die ZVK im IFRS Konzernabschluss wurde demnach keine

Rückstellung erfasst. Die Zusage wird gemäß IAS 19.32 hilfsweise als beitragsorientierter Versorgungsplan bilanziert, d.h. die Beiträge der SaarLB an die ZVK werden als Personalaufwand sofort erfolgswirksam erfasst.

Bei wirtschaftlicher Betrachtung stellen die gesamten Zahlungen der SaarLB an die ZVK, also die regulären Umlagebeiträge sowie die zusätzlich erhobenen sog. Sanierungsgelder, Beiträge zur laufenden Finanzierung der ZVK im Wege der Umlage dar. Sie dienen weder zum Ausgleich eines vergangenen Defizits noch zur Bildung eines Kapitalstocks. Insbesondere handelt es sich bei den Sanierungsgeldern dem Grunde nach lediglich um erhöhte Umlagebeiträge. Informationen über etwaige Überschüsse bzw. Fehlbeträge des Plans, die die Höhe der künftigen Beiträge beeinflussen können, liegen nicht vor.

Sonstige Rückstellungen werden gemäß IAS 37 für gegenwärtige rechtliche oder faktische Verpflichtungen aus einem Ereignis gebildet, bei dem wahrscheinlich ist, dass zur Erfüllung der Verpflichtung ein Abfluss von Ressourcen mit wirtschaftlichem Nutzen erforderlich ist. Dabei muss eine verlässliche Schätzung hinsichtlich der Höhe des Ressourcenabflusses vorliegen.

Sonstige langfristige Rückstellungen, die abzuzinsen sind, bestehen mit Ausnahme von langfristigen Personalrückstellungen nicht.

Für Eventualverbindlichkeiten und Andere Verpflichtungen, für die ein Ausfallrisiko besteht, werden Rückstellungen im Kreditgeschäft sowohl auf Einzelgeschäftsebene als auch auf Portfolioebene gebildet.

(24) Sonstige Passiva

In den Sonstigen Passiva sind die passiven Rechnungsabgrenzungsposten, sonstigen Verpflichtungen, abgegrenzte Schulden sowie noch nicht gezahlte Ausschüttungsbeträge für die im Eigenkapital ausgewiesenen hybriden Kapitalinstrumente enthalten.

(25) Hybride Kapitalinstrumente

Die Klassifizierung von Eigen- und Fremdkapitalinstrumenten erfolgt anhand des IAS 32 unter Berücksichtigung der IDW-Stellungnahme RS HFA 9 zur Bilanzierung von Finanzinstrumenten nach IFRS vom 11. März 2011. Danach ist ein Finanzinstrument u.a. dann dem Eigenkapital zuzuordnen, wenn es

- einen Residualanspruch auf einen Anteil der Vermögenswerte des Unternehmens nach Abzug aller Schulden begründet (IAS 32.11)
- und insbesondere keine vertragliche Verpflichtung beinhaltet, Zahlungsmittel oder andere finanzielle Vermögenswerte an den Vertragspartner zu übertragen (IAS 32.16).

Die Vertragsbedingungen der von der SaarLB hereingenommenen hybriden Kapitalinstrumente führen zur nachfolgend dargestellten Bilanzierung und Bewertung im Konzernabschluss.

Unbefristete stille Einlagen, die kein Gläubigerkündigungsrecht aufweisen, erfüllen bei Vorliegen der übrigen Bedingungen die Voraussetzungen für einen Ausweis im bilanziellen Eigenkapital.

Befristete stille Einlagen und solche mit Gläubigerkündigungsrecht sowie Genussrechtskapital sind als zusammengesetzte Finanzinstrumente (Compound Financial Instruments) in ihre Eigen- und Fremdkapitalkomponente aufzuteilen (Split Accounting). Bei Zugang wird der Fair Value der Fremdkapitalkomponente durch Abzinsung des Nominalwerts des gesamten zusammengesetzten Finanzinstruments mit dem vereinbarten Effektivzins ermittelt. Der Ausweis der Fremdkapitalkomponente erfolgt im Bilanzposten Nachrangkapital. In den Folgejahren erfolgt eine Aufzinsung der Fremdkapitalkomponente. Der hieraus resultierende Aufwand wird im Zinsergebnis erfasst.

Die Eigenkapitalkomponente, die bei Zugang dem Barwert der erwarteten zukünftigen Ausschüttungen entspricht, wird im Eigenkapital als hybrides Kapitalinstrument ausgewiesen. Die Ausschüttung wird im Rahmen der Gewinnverwendung dargestellt.

Nachrangige Darlehen und Schuldverschreibungen werden im Bilanzposten Nachrangkapital ausgewiesen.

(26) Leasinggeschäfte

Gemäß IAS 17 werden Leasingverhältnisse in Finanzierungsleasing und Operating Leasing unterteilt. Die Klassifizierung der Verträge erfolgt in Abhängigkeit von der Verteilung der wirtschaftlichen Risiken und Chancen aus dem Leasinggegenstand. Werden im Wesentlichen alle Risiken und Chancen, die mit dem Eigentum verbunden sind, auf den Leasingnehmer übertragen, ist das Leasingverhältnis als Finanzierungsleasing einzustufen, ansonsten liegt Operating Leasing vor. Bei der SaarLB besteht derzeit nur Operating Leasing.

SaarLB als Leasinggeber

Die Leasingobjekte – vor allem Grundstücke und Gebäude – werden mit den fortgeführten Anschaffungskosten in der Position „Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien“ bilanziert. Sowohl die erhaltenen Leasingraten als auch die planmäßigen und außerplanmäßigen Abschreibungen werden im sonstigen Ergebnis ausgewiesen.

SaarLB als Leasingnehmer

Die im Rahmen des Operating Leasing zu leistenden Leasingraten werden im Verwaltungsaufwand erfasst. Die Leasingobjekte betreffen Betriebs- und Geschäftsausstattung.

(27) Steuern

Tatsächliche (laufende) Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen wurden mit den aktuell gültigen Steuersätzen berechnet. Ertragsteuerforderungen bzw. -verpflichtungen werden insoweit angesetzt, als mit einer Erstattung bzw. Zahlung zu rechnen ist und nicht abgezinst.

Latente Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen ergeben sich aus temporären Differenzen unterschiedlicher Wertansätze bilanzierter Vermögenswerte oder

Verpflichtungen und den jeweiligen steuerlichen Wertansätzen. Hieraus resultieren in der Zukunft voraussichtliche Ertragsteuerbelastungs- und -entlastungseffekte. Sie wurden für jede Einheit, die in den Konzernabschluss einbezogen wird, mit den jeweils einschlägigen Ertragsteuersätzen bewertet, deren Gültigkeit für die Periode der Umkehrung der temporären Differenzen aufgrund in Kraft getretener oder bereits verabschiedeter Steuergesetze zu erwarten ist.

Im Rahmen des Split Accountings werden bestimmte emittierte Instrumente in eine Eigen- und Fremdkapitalkomponente aufgespalten. Da die Instrumente steuerlich in voller Höhe Fremdkapital darstellen, wird bei Zugang der Mittel eine passive latente Steuer erfolgsneutral angesetzt. Diese reduziert sich ergebniserhöhend in dem Maße, wie sich der Unterschiedsbetrag zukünftig auflöst. Zur Sicherstellung eines zutreffenden Steuerausweises wird in den Folgeperioden der Steueraufwand auf den Zinsanteil gegen die Gewinnrücklagen ergebnismindernd erfasst.

Eine Abzinsung latenter Steuern erfolgt nicht. Die Bildung und Fortführung latenter Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen wird erfolgswirksam vorgenommen, wenn der zugrunde liegende Sachverhalt erfolgswirksam behandelt wurde, und wird erfolgsneutral in der entsprechenden Eigenkapitalposition vorgenommen, wenn der zugrunde liegende Sachverhalt erfolgsneutral behandelt wurde.

Der dem Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit zuzurechnende Ertragsteueraufwand bzw. -ertrag ist in der Gewinn- und Verlustrechnung des Konzerns als Ertragsteuern ausgewiesen.

Sonstige Steuern, die nicht ertragsabhängig sind, werden im Sonstigen Ergebnis gezeigt.

Segmentberichterstattung

Die Segmentberichterstattung spiegelt die Geschäftsstruktur der SaarLB wider. Insgesamt berichtete der Konzern im abgelaufenen Geschäftsjahr über sechs Segmente:

- Firmenkunden (FK)
- Immobilien (IM)
- Projektfinanzierungen (PF)
- Sparkassen, Vermögende und Institutionelle (SV)
- Treasury (TR)
- Landesbausparkasse Saar (LBS)

Wie bereits im Jahresabschluss 2013 avisiert, werden die Beteiligungen aufgrund ihrer rückläufigen Bedeutung nicht mehr als separates Segment dargestellt, sondern mit den sonstigen Positionen zusammengefasst.

Die Segmentberichterstattung setzt die Anforderungen des IFRS 8 um, wonach der Vorstand als Hauptentscheidungsträger im Sinne des IFRS 8.7 fungiert und die externe Segmentberichterstattung der internen Berichtserstattung und Steuerung folgt.

Ergebnisverantwortlich für die Segmente im Sinne der internen Steuerung sind die Bereichsleiter (Segmentmanager nach IFRS 8.8). Die Überleitung enthält solche Beträge, die nicht verursachungsgerecht den operativen Einheiten zugeordnet werden können. In der Spalte Konsolidierung ist die Überleitung der internen Ergebnisbeiträgen erfasst, die aus der Konsolidierung der Spezialfonds sowie aus den at-Equity bewerteten Beteiligungen resultieren, die im internen Rechnungswesen auf kalkulatorischer Basis einbezogen werden.

Die Management-Information in den Jahren 2013 und 2014 erfolgte im Hinblick auf den Zins- und Provisionsüberschuss sowie den Verwaltungsaufwand auf kalkulatorischer Grundlage (internes Rechnungswesen) und hinsichtlich der übrigen Positionen auf den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden der IFRS.

Das Segmentvermögen betrifft Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sowie in den Finanzanlagen ausgewiesene Anleihen (sog. kreditersetzende Wertpapiere) und Beteiligungen. In der Überleitung sind vor allem finanzielle Vermögenswerte enthalten, die der Liquiditätssteuerung dienen.

Segmentberichterstattung zum 31. Dezember 2014

in TEUR	FK	IM	PF	SV	TP	LBS	Überl. / sonst. Pos.	Konsoli-dierung	Insgesamt
Zinsüberschuss [1]	25.034	30.244	24.675	6.457	27.701	17.998	-9.173	-606	**122.328**
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-3.377	-6.919	-5.865	4	2.182	-102	-2.091	-	**-16.169**
Provisionsüberschuss	3.526	944	4.305	4.772	-878	-3.056	-2.696	249	**7.167**
Ergebnis aus der Fair Value-Bewertung [2]	-260	-576	-181	-313	45.079	-	2.530	-	**46.279**
Ergebnis aus Finanzanlagen	-	-	-	-	911	-	14	-	**925**
Verwaltungsaufwand	-10.905	-8.412	-6.269	-5.939	-7.424	-12.016	-22.530	18	**-73.476**
Sonstiges Ergebnis	-	-	-	-	-	379	540	-	**919**
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit/ Ergebnis vor Steuern	14.017	15.281	16.664	4.982	67.572	3.203	-33.406	-340	**87.973**
Segment-vermögen	1.906.893	2.637.597	2.001.401	1.596.627	3.746.522	830.690	3.304.262	488.183	**16.512.174**

[1] einschließlich Gewinnanteile an assoziierten Unternehmen, die nach der Equity-Methode bilanziert werden

[2] einschließlich des Ergebnisses aus Sicherungsgeschäften (Hedge Accounting)

Segmentberichterstattung zum 31. Dezember 2013

in TEUR	FK	IM	PF	SV	TP	LBS	Überl. / sonst. Pos.	Konsoli-dierung	Insgesamt
Zinsüberschuss [1]	22.952	29.787	19.983	4.430	34.632	17.237	-3.492	-4.166	**121.363**
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	-6.666	-7.095	-7	29	-8.612	-95	2.445	-3	**-20.004**
Provisions-überschuss	3.917	1.543	4.551	3.775	-453	-2.860	-3.130	467	**7.810**
Ergebnis aus der Fair Value-Bewertung [2]	94	-	-	809	1.056	-	19.880	-1.732	**20.107**
Ergebnis aus Finanzanlagen	115	-	-	-	-2.947	-	-435	-	**-3.267**
Verwaltungsaufwand	-15.134	-8.849	-7.437	-7.410	-10.485	-10.958	-11.403	-226	**-71.903**
Sonstiges Ergebnis	1		-1	-1		560	652	668	**1.879**
Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit/ Ergebnis vor	5.279	15.386	17.089	1.632	13.191	3.884	4.516	-4.992	**55.985**
Segment-vermögen	1.778.351	2.713.043	1.790.396	1.817.976	4.285.141	758.462	4.229.821	-414.438	**16.958.752**

[1] einschließlich Gewinnanteile an assoziierten Unternehmen, die nach der Equity-Methode bilanziert werden

[2] einschließlich des Ergebnisses aus Sicherungsgeschäften (Hedge Accounting)

Hinweise zur Abgrenzung der Segmente

Die SaarLB hat ihr Geschäft im mehrere Segmente untergliedert, die im Wesentlichen auch die Aufbauorganisation widerspiegeln. Die Segmente sind im Folgenden dargestellt:

Firmenkunden

Das Segment Firmenkunden umfasst das gesamte Mittelstandsgeschäft der SaarLB in seinen Zielmärkten. Hierzu zählen in Deutschland das Saarland, Rheinland-Pfalz und angrenzende Regionen. In Frankreich konzentriert sich die SaarLB mit dem Firmenkundengeschäft auf den Grand-Est und hier insbesondere auf das benachbarte Elsass-Lothringen, wo die Bank mit ihrer Niederlassung in Metz sowie ihrem Vertriebsbüro in Straßburg vertreten ist. Ankerprodukt des Segmentes ist die klassische Kreditfinanzierung. Darüber hinaus werden im Sinne eines ganzheitlichen Betreuungsansatzes vor allem Produkte des Anlage- sowie des Zins- und Währungsmanagements, aber auch aus den Bereichen Außenhandel und Zahlungsverkehr den Bedürfnissen des Kunden entsprechend angeboten und die Kunden bei der Unternehmensfinanzierung betriebswirtschaftlich beraten. Zum breiten Produktspektrum zählen außerdem auch Finanzierungen für Kommunen und kommunalnahe Unternehmen.

Immobilien

Das Segment Immobilien verantwortet in der SaarLB die Finanzierungen gewerblicher Immobilien. Die geschäftlichen Aktivitäten beschränken sich auf die Zielmärkte der SaarLB. Geschäftsabschlüsse erfolgen auf bilateraler Basis oder in der Form von Club Deals unter Federführung der Bank. Im Fokus der Marktbearbeitung, die in Frankreich im Wesentlichen aus dem der SaarLB France angegliederten Centre d‘ Affaires Paris erfolgt, stehen professionell agierende bzw. institutionelle Investoren als Zielkunden, die ihrerseits primär in Büro- oder Handelsimmobilien investieren. Im deutschen Zielmarkt begleitet die SaarLB als Finanzdienstleister auch Developer Maßnahmen sowie Public Private Partnership (PPP) Maßnahmen für Investitionen in Infrastruktur, Bildung oder sonstige öffentliche Baumaßnahmen. Der regionale Fokus des Geschäftssegmentes Immobilien liegt auf der deutschen Seite im Großraum Rhein-Main, in Frankreich im Ballungsraum Île-de-France. Ebenso wie im Segment Firmenkunden ist die Kreditfinanzierung Hauptankerprodukt, wobei die Strukturierungs- und grenzüberschreitende Rechtskompetenz der SaarLB wesentlich für den Geschäftserfolg des Segmentes ist. Mit Erfolg werden Zinssicherungen mittels einfacher Derivate im Bestands- und Neugeschäft abgeschlossen, zunehmend auch Zahlungsverkehrs- und Anlageprodukte.

Projekte

Das Segment Projekte verantwortet in der SaarLB die Finanzierung von Projekten primär im Sektor Erneuerbarer Energien (EE), aber auch im Bereich Public Private Partnership (PPP) auf dem französischen Markt. Im EE-Sektor begleitet die SaarLB als Finanzdienstleister mittelständische Projektinitiatoren und Hersteller, die in Wind- und/oder Solarparks an guten Standorten und mit ausgereifter Technik investieren. Viele Kunden des Geschäftssegmentes werden grenzüberschreitend betreut. Hierbei ist das Segment auf der deutschen Seite regional mit Fokus auf Saarland und Rheinland-Pfalz sowie - bedingt durch

seine sehr gute Marktstellung - auf der französischen Seite landesweit vertreten. Offshore-Windparks finanziert die Bank nicht. Ebenso wie in den Segmenten Firmenkunden und Immobilien ist die Kreditfinanzierung von ausschlaggebender Bedeutung für die Kundenbeziehung und damit die Geschäftsentwicklung. Neben der besonderen deutsch-französischen Rechtsexpertise der SaarLB sind das tiefe, langjährige und unter dem Einfluss sich verändernder Marktbedingungen stetig weiter entwickelte Know-How in Bezug auf Projektanalyse, die daraus hergeleitete fallspezifische und cashflow-getriebene Strukturierung der Finanzierung und der gute Zugang der SaarLB zu langfristigem Funding als die wesentlichen Schlüsselfaktoren für den nachhaltigen Geschäftserfolg des Segmentes anzusehen.

Sparkassen, Institutionelle & Vermögende

In dem Segment Sparkassen, Institutionelle & Vermögende erfolgt die Vermögensberatung und -verwaltung für Sparkassen, institutionelle Anleger und vermögende Privatkunden. Der Schwerpunkt des Segmentes Sparkassen und Institutionelle liegt in der Intensivierung bestehender Kundenverbindungen sowie im Ausbau der Kontakte zu Versicherungen und Versorgungswerken in der Region und den Geschäftsbeziehungen zu Sparkassen in Rheinland-Pfalz. Gleichzeitig wird in diesem Segment die Finanzierung von Sparkassen und Kommunen in der Region abgebildet. Im Teilsegment Vermögende Private steht die ganzheitliche Betreuung und Beratung von Vermögenden Privatkunden im Vordergrund. Schließlich unterstützt es als Kompetenzzentrum aktiv die übrigen Segmente bei der Kundenbetreuung, insbesondere beim Anlage- sowie beim Zins- und Währungsmanagement.

Treasury & Portfoliomanagement

Das Treasury ist für die Steuerung des Zinsbuchs, die Handelsaktivitäten der Bank, das Deckungsstock- und Collateral Management sowie die Liquiditätssteuerung und -bepreisung zuständig. Dem Portfoliomanagement obliegt die Steuerung der Liquiditätsdepots (Depot-A, Collateraldepot und LCR-Portfolio), die Betreuung der strategischen Eigenanlagen der Bank (Direktanlagen und Spezialfonds) sowie das Management der nicht mehr zum Kerngeschäft der SaarLB zählenden Portfolien, die systematisch zurückgeführt werden (Abbauportfolien).

Landesbausparkasse

Die Landesbausparkasse Saar ist eine rechtlich unselbstständige Einheit der SaarLB. Die LBS Saar ist gemeinsam mit den Tochterunternehmen als Dienstleistungs- und Kompetenzzentrum „rund um die Immobilie“ integraler Bestandteil der Sparkassen-Finanzgruppe Saar. Kernleistungen sind das Bausparen und die Finanzierung von Wohnimmobilien. Ein weiterer geschäftspolitischer Fokus liegt auf der Finanzierung von energetischen Maßnahmen bei Immobilien sowie Investitionen im Rahmen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes wie beispielsweise Photovoltaikanlagen. Zusatzleistungen sind die Verwaltung und Vermittlung von Wohn- und Gewerbeimmobilien, Erstellung von Immobilienbewertungen, Energiegutachten oder Schadensgutachten sowie die Vermittlung von ausgewählten Verbundprodukten.

Erläuterungen von Überleitung und sonstigen Positionen

In der Position Überleitung werden Sachverhalte abgebildet, die im Rahmen des Management-Reportings an den Vorstand keinem bestimmten Segment zugeordnet werden (Sonstige Positionen) bzw. Positionen, die in der Überleitung vom internen auf das externe Rechnungswesen begründet sind (Überleitung).

Im Zinsüberschuss sind die wesentlichen Positionen der Überleitung der Zinsaufwand für die auf die Segmente verrechneten verzinslichen Eigenkapitalkomponenten in Höhe von EUR 6,5 Mio., die nach IFRS in der Ergebnisverwendung gezeigt werden (Vorjahr EUR 8,3 Mio.) sowie sonstige Überleitungspositionen vom internen auf das externe Rechnungswesen.

Die sonstigen Positionen sind im Wesentlichen, die nachlaufenden negativen Effekte aus dispositiven Maßnahmen der Vorjahre, sowie nicht auf die Segmente allokierte Ergebnisbestandteile aus dem Ertrag der Eigenkapitalanlage, der Minusmarge für Hybridkapital sowie Effekte aus Zinsstorni bei wertberichtigten Darlehen.

In den sonstigen Positionen der Risikovorsorge sind im Wesentlichen EUR -2,1 Mio. (Vorjahr: EUR +1,9 Mio.) aus der Nettoveränderung der Portfoliowertberichtigung enthalten. Da diese nicht segmentbezogen gebildet werden, erfolgt auch im Rahmen des Management-Reportings an den Vorstand keine Zuordnung auf die Segmente.

Im Provisionsüberschuss resultieren die sonstigen Positionen vor allem aus Unterschieden zwischen dem internen und dem externen Rechnungswesen. Sie betreffen im Wesentlichen mit EUR -2,9 Mio. Aufwendungen im Zusammenhang mit stillen Einlagen (Vorjahr: EUR -2,9 Mio.).

Im Ergebnis aus der Fair Value Bewertung und dem Ergebnis aus Sicherungsgeschäften betreffen die sonstigen Positionen im Wesentlichen nur noch die Ergebnisse der Spezialfonds (EUR 4,7 Mio.) und die Ergebnisse aus Sicherungsgeschäften (EUR -2,7 Mio.).

Im Vorjahr wurde der wesentliche Teil des Fair Value Ergebnisses noch nicht auf die Segmente verteilt, die Sonstigen Effekte im Fair-Value Ergebnis enthielten vor allem Gewinne aus zins- und währungsbezogenen Geschäften in Höhe von EUR 17,5 Mio. und Wertpapiere mit Anwendung der Fair Value Option.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2014 wurde das Fair Value Ergebnis weitestgehend verursachungsgerecht allokiert. Diese Zuteilung ist im Rahmen des Jahresabschlusses möglich gewesen, da erstmals die Datengrundlage hierzu geschaffen werden konnte. Eine rückwirkende Verteilung des Fair Value Ergebnisses zum Abschlussstichtag 2013 ist somit nicht möglich.

Die sonstigen Positionen im Ergebnis aus Finanzanlagen wird im Wesentlichen beeinflusst von der Nettoveränderung der Portfoliowertberichtigung auf Wertpapiere der Kategorien LaR und HtM in Höhe von EUR +1,4 Mio. (Vorjahr: EUR -157 Tsd.). Sie wird im Rahmen der

Management-Information an den Vorstand analog zur Vorgehensweise bei der Risikovorsorge keinem Segment zugeordnet.

Die sonstigen Positionen im Verwaltungsaufwand betreffen weit überwiegend nicht verursachungsgerecht zuordenbare Aufwendungen in Höhe von EUR 22,5 Mio. (Vorjahr: EUR 11,4 Mio.), die vor allem aus strategischen Projekten sowie aus Overheadkosten - nicht zuletzt der Stabsbereiche - resultieren. Die Veränderung der Größenordnung ergibt sich aus der geänderten Zuordnungssystematik auf die Segmente und dem damit verbundenen Wechsel von einer pauschalen Zuordnung, insbesondere der Sachkosten auf eine verursachungsgerechte Zuordnung auf die Segmente. Eine rückwirkende Anpassung der Zuordnungssystematik für das Jahr 2013 war nicht möglich, da die in 2014 angewandte Verteilung auf die Segmente nicht auf das Vorjahr übertragbar waren.

Im sonstigen Ergebnis beinhalten die sonstigen Positionen nahezu ausschließlich nicht zuordenbare Effekte. Sie resultieren vor allem aus Mieterträgen aus nicht selbstgenutzten Gebäuden in Höhe von EUR 1,3 Mio. (Vorjahr: EUR 1,3 Mio.), Erträgen aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von EUR 0,8 Mio. (Vorjahr: EUR 1,5 Mio.), Veräußerungsverlusten in Höhe von EUR 0,6 Mio. (Vorjahr: EUR 0,8 Mio.) – insbesondere Aufwendungen aus dem Rückkauf eigener Emissionen – sowie sonstigen Aufwendungen in Höhe von EUR 0,8 Mio. (Vorjahr: EUR 1,0 Mio.).

Eine weitere Differenzierung der Erträge nach einzelnen Produkten und Dienstleistungen ist nicht verfügbar und die Kosten für ihre Erstellung wären übermäßig hoch.

Eine weitere Differenzierung der Segmente nach Regionen wird in der internen Berichterstattung lediglich für Deutschland und Frankreich bei ausgewählten Produkten vorgenommen. Diese Differenzierung erfolgt unterhalb der Segmentebene und wäre daher nur mit unverhältnismäßigem Aufwand auf die Segmentdarstellung übertragbar.

Angaben zur Gesamtergebnisrechnung

(28) Zinsüberschuss

in TEUR	2014	2013
Zinserträge	**539.330**	**598.226**
Zinserträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften	279.709	302.657
darunter:		
Zinserträge aus Unwinding	2.474	3.461
Zinserträge aus Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapieren	66.241	85.232
Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	515	1.463
Laufende Erträge aus nicht konsolidierten Tochter- und assoziierten Unternehmen sowie sonstigen Beteiligungen	2.540	2.675
Laufende Erträge aus Gewinngemeinschaften und Gewinnabführungsverträgen	125	142
Zinserträge aus Derivaten	190.200	206.057
Zinsaufwendungen	**417.001**	**477.179**
Zinsaufwendungen für Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	149.901	181.086
Zinsaufwendungen für verbriefte Verbindlichkeiten	50.435	52.486
Zinsaufwendungen für Nachrangkapital	6.303	5.759
Zinsaufwendungen für Hybridkapital	10.307	12.989
Zinsaufwendungen für Derivate	196.068	220.063
Sonstige Zinsaufwendungen	3.988	4.796
Insgesamt	**122.329**	**121.047**

Für finanzielle Vermögenswerte und finanzielle Verbindlichkeiten, die nicht erfolgswirksam zum Fair Value bewertet werden, beträgt der gesamte Zinsertrag TEUR 349.098 (Vorjahr: TEUR 382.178) und der gesamte Zinsaufwand TEUR 220.933 (Vorjahr: TEUR 257.116). Aus der effektivzinskonstanten Verteilung von Agien, Disagien und Gebühren sind im Zinsertrag Ertragsminderungen in Höhe von TEUR 17.469 (Vorjahr TEUR 11.961) bzw. rückläufige Zins-aufwendungen in Höhe von TEUR 4.540 (Vorjahr TEUR 3.043) enthalten. In 2014 sind im Zinsertrag Auflösungen von Unterschiedsbeträgen aus umgegliederten Wertpapieren in Höhe von TEUR 131 (Vorjahr: TEUR 357) enthalten, die weitgehend mit den Beträgen aus der Auflösung der Neubewertungsrücklage in den anderen Rücklagen (Note 61) kompensiert werden.

(29) Gewinnanteile an assoziierten Unternehmen, die nach der Equity-Methode bilanziert werden

in TEUR	2014	2013
Gewinnanteile an assoziierten Unternehmen, die nach der Equity-Methode bilanziert werden	157	316
Insgesamt	**157**	**316**

Die Gewinne ergeben sich aus der phasengleichen anteiligen Ergebnisvereinnahmung.

(30) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

in TEUR	2014	2013
Zuführungen	**26.718**	**39.221**
Einzelwertberichtigungen	24.519	38.997
Portfoliowertberichtigungen im bilanziellen Kreditgeschäft	1.260	224
Rückstellungen auf Einzelgeschäftsebene	-	-
Rückstellungen auf Portfolioebene	939	-
Direktabschreibungen	**216**	**2.662**
Auflösungen	**8.893**	**16.552**
Einzelwertberichtigungen	8.838	13.979
Portfoliowertberichtigungen im bilanziellen Kreditgeschäft	52	1.773
Rückstellungen auf Einzelgeschäftsebene	3	487
Rückstellungen auf Portfolioebene	-	313
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	**888**	**1.006**
Zuschreibungen zu Forderungen	**984**	**4.321**
Insgesamt	**16.168**	**20.004**

Die Beträge beziehen sich sowohl auf das bilanzielle als auch das außerbilanzielle Kreditgeschäft.

Die Zuschreibungen zu Forderungen betreffen Eingänge auf gesundete Engagements.

(31) Provisionsüberschuss

in TEUR	2014	2013
Provisionserträge	**27.195**	**27.283**
Effektengeschäft	6.664	5.068
Kreditgeschäft	9.131	11.431
Zahlungsverkehr	1.501	1.471
Bauspargeschäft	5.372	4.662
Sonstiges Dienstleistungsgeschäft	4.528	4.651
Provisionsaufwendungen	**20.029**	**19.474**
Effektengeschäft	3.500	3.288
Kreditgeschäft	975	1.820
Zahlungsverkehr	519	285
Bauspargeschäft	8.412	7.824
Treuhandgeschäft	2.909	2.905
Sonstiges Dienstleistungsgeschäft	3.713	3.352
Insgesamt	**7.166**	**7.809**

Der Anstieg der Provisionserträge aus dem Effektengeschäft ergibt sich vor allem mit TEUR 747 aus der Vermittlung von Börsen- bzw. Kommissionsgeschäften, mit TEUR 473 aus höheren Depotbankgebühren sowie mit TEUR 280 aus zwei Arrangierungsprovisionen.

Der Rückgang der Provisionserträge im Kreditgeschäft steht im Zusammenhang mit geringen Bearbeitungs- und Strukturierungsprovisionen (- TEUR 1.687) sowie geringeren Bereithaltungszinsen (TEUR 582).

Im Bauspargeschäft wirkte sich erneut ein höheres Neugeschäftsvolumen aus, das sowohl zu einem Anstieg der Abschlussprovisionen wie auch der Vermittlungsaufwendungen führte.

Der Rückgang der Provisionsaufwendungen aus dem Kreditgeschäft betrifft mit TEUR 521 geringere Vermittlungsprovisionen.

Die Provisionserträge aus Finanzinstrumenten, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden, betragen TEUR 14.503 (Vorjahr TEUR 16.080); die Provisionsaufwendungen aus Finanzinstrumenten, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden, betragen TEUR 9.387 (Vorjahr TEUR 9.171).

(32) Ergebnis aus der Fair Value Bewertung

in TEUR	2014	2013
Handelsergebnis	**42.676**	**21.028**
Zinsbezogene Geschäfte	43.147	18.702
Aktien-/Indexbezogene Geschäfte und Geschäfte mit sonstigen Risiken	0	0
Währungsbezogene Geschäfte	-965	762
Kreditderivate	378	1.416
Sonstige Finanzgeschäfte	120	148
Handelsbezogene Provisionen	-4	-
Fair Value-Ergebnis aus der Fair Value Option	**6.317**	**-1.369**
Insgesamt	**48.993**	**19.659**

Hierin sind auch die Ergebnisse aus der Fremdwährungsumrechnung enthalten; davon betreffen TEUR -2.678 (TEUR 3.810) Umrechnungsdifferenzen aus Finanzinstrumenten, die zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet werden.

Im Handelsergebnis sind neben den aus der Derivatebewertung entstandenen realisierten und unrealisierten Ergebnissen laufende Erträge aus Credit Default Swaps (CDS) in Höhe von TEUR 240 enthalten (Vorjahr TEUR 334).

Das Ergebnis aus der Fair Value Option betrifft mit TEUR -3.719 (Vorjahr TEUR 3.798) Investmentanteile sowie mit TEUR 10.036 (Vorjahr TEUR -5.167) zinsbezogene Geschäfte.

Im Ergebnis aus der Fair Value Option sind realisierte Ergebnisse in Höhe von TEUR -3.648 (Vorjahr TEUR 1.943) ausgewiesen.

Zinserträge und Dividenden aus unterjährig im Bestand gehaltenen Wertpapieren der Kategorie HfT, den Fair-Value-Option-Beständen und Derivaten (außer CDS) werden im Zinsüberschuss ausgewiesen.

(33) Ergebnis aus Sicherungsgeschäften (Hedge Accounting)

in TEUR	2014	2013
Bewertungsergebnis der Grundgeschäfte	-101.897	17.820
Bewertungsergebnis der Sicherungsinstrumente	99.183	-17.372
Insgesamt	**-2.714**	**448**

Abgesichert werden Zinsänderungsrisiken. Grundgeschäfte sind Forderungen der Kategorie LaR, Wertpapiere der Kategorie AfS sowie Verbindlichkeiten der Kategorie LaC.

(34) Ergebnis aus Finanzanlagen

in TEUR	2014	2013
Ergebnis aus Finanzanlagen "Held-to-Maturity"	**101**	**-29**
Erträge aus Zuschreibungen	101	-
davon Portfoliowertberichtigungen	101	-
Aufwendungen aus Abschreibungen	-	-29
davon Portfoliowertberichtigungen	-	-29
Ergebnis aus Finanzanlagen "Loans and Receivables"	**102**	**-2.591**
Veräußerungsergebnis	-297	-1.656
Erträge aus Zuschreibungen	1.297	-
davon Portfoliowertberichtigungen	1.297	-
Aufwendungen aus Abschreibungen	-898	-935
davon Portfoliowertberichtigungen	-	-128
Ergebnis aus Finanzanlagen "Available-for-Sale"	**722**	**-647**
Veräußerungsergebnis	1.951	85
Erträge aus Zuschreibungen	155	-
Aufwendungen aus Abschreibungen	-1.384	-732
Insgesamt	**925**	**-3.267**

Das Veräußerungsergebnis bei Finanzanlagen der Kategorie LaR ergibt sich hauptsächlich aus einem Veräußerungsgewinn bei einer Verbriefung (sog. ABS-Papiere) mit TEUR 706, dem Veräußerungsverluste i.H.v. TEUR 1.003 (davon eine Verbriefung mit TEUR 476) gegenüberstehen. Die Abschreibungen der Kategorie LaR betreffen zwei ABS-Papiere. Die Erträge aus der Auflösung der Portfoliowertberichtigung ergeben sich vor allem aus dem Bestandsabbau der betreffenden Anleihen.

Das Veräußerungsergebnis aus Finanzanlagen der Kategorie AfS ergibt sich aus dem Verkauf von Anleihen. Die Zuschreibung betrifft eine Verbriefung. Die Aufwendungen aus Abschreibungen auf Finanzanlagen der Kategorie AfS wurden auf zwei sonstige Beteiligungen vorgenommen.

(35) Verwaltungsaufwand

in TEUR	2014	2013
Personalaufwand	**43.074**	**41.453**
Löhne und Gehälter	34.800	33.826
Soziale Abgaben	5.420	4.694
Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	2.854	2.933
Andere Verwaltungsaufwendungen	**28.220**	**27.928**
Aufwendungen für selbst genutzte Grundstücke und Gebäude	2.832	2.648
DV-Kosten	6.359	6.568
Bürokosten	304	301
Werbung	1.533	1.531
Kommunikations- und sonstige Vertriebskosten	2.868	2.820
Beiträge, Rechts- und Beratungskosten	8.370	7.902
Sonstige Verwaltungsaufwendungen	5.954	5.952
Aufwendungen für Geschäftsbesorgung	-	206
Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögenswerte (ohne Geschäfts- und Firmenwerte)	**2.182**	**2.522**
Insgesamt	**73.476**	**71.903**

In den sonstigen Verwaltungsaufwendungen ist die zu zahlende Bankenabgabe i.H.v. TEUR 100 (Vorjahr TEUR 113) enthalten. Des Weiteren sind Projektkosten i.H.v. TEUR 2.164 (Vorjahr TEUR 2.323), Rekrutierungskosten i.H.v. TEUR 294 (TEUR 406), sowie Beiträge zur D&O – Versicherung i.H.v TEUR 284 (Vorjahr TEUR 345) erfasst.

Der Rückgang der Aufwendungen aus Geschäftsbesorgung betreffen die Kündigung des Vertrages mit der Banque LB Lux S.A. durch die NL Metz zum 31. März 2013.

(36) Sonstiges Ergebnis

in TEUR	2014	2013
Sonstige Erträge	**3.431**	**4.573**
Erträge aus dem Rückkauf eigener Emissionen	-	277
Mieterträge	1.300	1.332
darunter:		
Mieterträge aus als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien	1.300	1.332
Veräußerungsgewinne aus Sachanlagen, immateriellen Vermögenswerten, als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien und Immobilien des Vorratsvermögens	117	248
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	798	1.499
Übrige sonstige Erträge	1.217	1.217
Sonstige Aufwendungen	**2.512**	**2.694**
Aufwendungen aus dem Rückkauf eigener Emissionen	606	752
Laufende Aufwendungen für als Finanzinvestition gehaltene Immobilien	632	409
- Vermietete Immobilien	632	409
Veräußerungsverluste aus Sachanlagen, immateriellen Vermögenswerten, als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien und Immobilien des Vorratsvermögens	9	10
Abschreibungen auf als Finanzinvestition gehaltene Immobilien und Immobilien des Vorratsvermögens	228	228
Aufwendungen aus Verlustübernahmen	81	40
Aufwendungen für sonstige Steuern	113	239
Übrige sonstige Aufwendungen	844	1.016
Insgesamt	**919**	**1.879**

Die übrigen sonstigen Erträge beinhalten Kostenerstattungen sowie weiterbelastete Personal- und Sachkosten.

(37) Ertragsteuern

in TEUR	2014	2013
Tatsächliche Ertragsteuern	**-11.582**	**-15.129**
In- und ausländische Körperschaftsteuer inkl. Solidaritätszuschlag	-5.593	-7.005
Gewerbesteuer / ausländische lokale Steuer	-5.989	-8.124
Latente Ertragsteuern	**-17.157**	**-5.295**
In- und ausländische Körperschaftsteuer inkl. Solidaritätszuschlag	-8.558	-3.027
Gewerbesteuer / ausländische lokale Steuer	-8.599	-2.268
Insgesamt	**-28.739**	**-20.424**

Die tatsächlichen Ertragssteuern beinhalten per Saldo periodenfremde Aufwendungen in Höhe von TEUR 183 (Vorjahr Erträge TEUR 3).

Der latente Steueraufwand von TEUR – 17.158 (Vorjahr TEUR - 5.295) resultiert per Saldo aus der Entstehung bzw. Umkehrung temporärer Unterschiede.

Der ausgewiesene Ertragsteueraufwand i.H.v. TEUR – 28.739 weicht im Berichtsjahr um TEUR - 967 vom erwarteten Ertragsteueraufwand ab. Die Bestimmungsgründe für diese Abweichung werden in nachstehender Tabelle dargestellt.

in TEUR	2014	2013
Ergebnis vor Steuern	87.973	55.984
Konzernertragsteuersatz (in %)	31,57	31,57
Erwarteter Ertragsteueraufwand	**-27.773**	**-17.676**
Auswirkungen abweichender lokaler Steuersätze	0	-105
Auswirkungen von im Geschäftsjahr erfassten Steuern aus Vorjahren	-140	-1.180
Auswirkungen von Steuersatzänderungen	-	-
Auswirkungen nicht anrechenbarer Ertragsteuern (insbesondere Quellensteuern)	-	-
Auswirkungen von nicht abziehbaren Betriebsausgaben	-377	-2.228
Auswirkungen steuerfreier Erträge	137	1.121
Auswirkungen permanenter bilanzieller Differenzen	-	1.345
Auswirkungen von Bemessungsgrundlagentransfers	-	-966
Auswirkungen von Wertberichtigungen/ Ansatzkorrekturen	-	-21
Hinzurechnungen und Kürzungen für Gewerbesteuer	-871	-938
Sonstige Auswirkungen	285	224
Effektiver Ertragsteueraufwand (-) /-ertrag (+)	**-28.739**	**-20.424**
Effektiver Ertragsteuersatz (in %)	**32,67**	**36,48**

Der erwartete Ertragsteueraufwand/-ertrag wurde mit dem für in Deutschland steuerpflichtige Unternehmen anzuwendenden Steuersatz berechnet. Bei einem Körperschaftsteuersatz in Höhe von 15 %, einem Solidaritätszuschlag in Höhe von 5,5 %, einem unveränderten Gewerbesteuersatz von 15,75 % und unter Beachtung der Nichtabzugsfähigkeit der Gewerbesteuer von der Körperschaftsteuer ergibt sich zum Berichtsstichtag unverändert ein Konzernertragsteuersatz von 31,57%.

Die Auswirkungen steuerfreier Erträge resultieren wie in den Vorjahren im Wesentlichen aus steuerfreien Dividendenerträge bzw. Veräußerungsgewinnen. Die Auswirkungen von steuerlich nicht abziehbaren Betriebsausgaben resultieren aus Aufwendungen in Bezug auf Dividendenerträge, aus nichtabzugsfähigen Kostenübernahmen für Personengesellschaften, sowie den Aufwendungen für die Bankenabgabe gem. § 12 Abs. 2 RStruktG.

Angaben zur Bilanz

(38) Barreserve

in TEUR	2014	2013
Kassenbestand	1.509	1.263
Guthaben bei Zentralnotenbanken	297.891	783.642
Insgesamt	**299.400**	**784.905**

(39) Forderungen an Kreditinstitute

in TEUR	2014	2013
Forderungen an inländische Kreditinstitute	1.851.853	1.553.108
Forderungen an ausländische Kreditinstitute	474.893	468.579
Insgesamt	**2.326.746**	**2.021.687**

Aufgliederung der Forderungen an Kreditinstitute nach Laufzeiten:

in TEUR	2014	2013
Täglich fällig	**1.009.716**	**422.686**
Befristet mit Restlaufzeit	**1.317.030**	**1.599.001**
bis 3 Monate	351.605	340.066
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	614.578	621.728
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	334.048	620.274
mehr als 5 Jahre	16.800	16.934
Insgesamt	**2.326.746**	**2.021.687**

(40) Forderungen an Kunden

in TEUR	2014	2013
Forderungen an inländische Kunden	4.576.971	4.529.989
Forderungen an ausländische Kunden	4.412.397	4.267.392
Insgesamt	**8.989.368**	**8.797.381**

Aufgliederung der Forderungen an Kunden nach Branchen:

in TEUR	2014	2013
Immobilienwesen	2.674.235	2.897.539
Privatkunden	667.861	712.141
Lebensmittelindustrie	176.387	192.209
Bauindustrie	153.358	180.092
Flugzeugwesen	32.422	37.334
Groß-/Einzelhandel	202.154	180.927
Staaten/Öffentliche Hand	1.700.128	1.611.610
Technologie	171.052	108.557
Fahrzeugbau	134.144	119.928
Gesundheitsindustrie	139.911	109.752
Stahlindustrie	183.381	223.073
erneuerbare Energien	1.829.460	1.650.340
Gebrauchsgüterindustrie	253.348	249.826
Arzneimittelindustrie	58.871	56.384
Restliche Branchengruppen	612.659	467.669
Insgesamt	**8.989.368**	**8.797.381**

Aufgliederung der Forderungen an Kunden nach Laufzeiten:

in TEUR	2014	2013
Befristet mit Restlaufzeit	**8.500.076**	**8.428.824**
bis 3 Monate	567.076	684.619
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	721.627	541.366
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	2.743.710	2.789.248
mehr als 5 Jahre	4.467.663	4.413.591
Unbestimmte Laufzeiten	**489.292**	**368.557**
Insgesamt	**8.989.368**	**8.797.381**

(41) Risikovorsorge im Kreditgeschäft

Einzelwertberichtigungen

	Forderungen an Kreditinstitute		Forderungen an Kunden		Insgesamt	
in TEUR	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Stand zum 1.1.	**-16.726**	**-18.213**	**-104.852**	**-128.299**	**-121.578**	**-146.512**
Erfolgswirksame Veränderungen	**-131**	**391**	**-13.075**	**-21.947**	**-13.206**	**-21.556**
Zuführungen	-156	-10	-24.362	-38.987	**-24.518**	**-38.997**
Auflösungen	13	388	8.825	13.591	**8.838**	**13.979**
Unwinding	12	13	2.462	3.449	**2.474**	**3.462**
Erfolgsneutrale Veränderungen	**132**	**1.096**	**9.647**	**45.394**	**9.779**	**46.490**
Verbrauch	132	1.096	9.647	45.394	**9.779**	**46.490**
Umbuchungen / Sonstige Veränderungen	-	-	-	-	**-**	**-**
Stand zum 31.12.	**-16.725**	**-16.726**	**-108.279**	**-104.852**	**-125.004**	**-121.578**

In den Einzelwertberichtigungen sind Länderwertberichtigungen in Höhe von TEUR 43 (Vorjahr TEUR 52) enthalten.

Den Stand der Einzelwertberichtigungen (ohne Länderwertberichtigungen) nach Branchen zeigt folgende Tabelle:

in TEUR	2014	2013
Branchengruppen		
Immobilienwesen	56.683	57.277
Banken / Finanzdienstleister	16.736	16.726
Privatkunden	13.989	14.646
Lebensmittelindustrie	8.561	5.565
Bauindustrie	5.673	4.639
Maschinen- / Anlagenbau	3.478	3.489
Fahrzeugbau	950	3.430
Staaten / Öffentliche Hand	2.216	3.292
Ver- / Entsorger	2.990	2.970
Flugwesen	2.672	2.672
Chemieindustrie	6.362	2.608
Groß- / Einzelhandel	2.244	1.753
Technologie	1.374	1.408
Gesundheitswesen	590	608
Zellstoff- / Papierindustrie	443	443
Stahlindustrie	-	-
Medien	-	-
Gebrauchsgüterindustrie	-	-
Logistik	-	-
Restliche Branchengruppen	-	-
Insgesamt	**124.961**	**121.525**

Die Erfassung des Unwindings erfolgt durch Reduzierung der Einzelwertberichtigungen; die Erträge werden im Zinsertrag ausgewiesen.

Portfoliowertberichtigungen

	Forderungen an Kreditinstitute		Forderungen an Kunden		Insgesamt	
in TEUR	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Stand zum 1.1.	**-158**	**-230**	**-13.780**	**-15.257**	**-13.938**	**-15.487**
Erfolgswirksame Veränderungen	**-47**	**72**	**-1.161**	**1.477**	**-1.208**	**1.549**
Zuführungen	-47	-	-1.213	-224	**-1.260**	**-224**
Auflösungen	-	72	52	1.701	**52**	**1.773**
Stand zum 31.12.	**-205**	**-158**	**-14.940**	**-13.780**	**-15.145**	**-13.938**

Die Risikovorsorge für Eventualverbindlichkeiten und Andere Verpflichtungen wird als Rückstellung für Risiken aus dem Kreditgeschäft gezeigt.

(42) Handelsaktiva

in TEUR	2014	2013
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (kein Hedge Accounting)	**476.675**	**328.264**
Insgesamt	**476.675**	**328.264**

Zur Zusammensetzung und Entwicklung der derivativen Finanzinstrumente vgl. Note (66).

Aufgliederung der Handelsaktiva nach vertraglichen Laufzeiten:

in TEUR	2014	2013
Befristet mit Restlaufzeit	**476.675**	**328.264**
bis 3 Monate	14.504	4.042
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	25.298	19.365
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	184.174	167.957
mehr als 5 Jahre	252.698	136.900
Insgesamt	**476.675**	**328.264**

(43) Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (Hedge Accounting)

in TEUR	2014	2013
Positive Marktwerte aus Fair Value Hedges	135.535	28.559
Insgesamt	**135.535**	**28.559**

Bei den Hedgebeziehungen handelt es sich um die Absicherung von Zinsänderungsrisiken. Grundgeschäfte sind verbriefte Verbindlichkeiten sowie Schuldscheindarlehen.

(44) Finanzanlagen

Die Posten Finanzanlagen setzt sich wie folgt zusammen:

in TEUR	2014	2013
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	**3.609.380**	**4.286.090**
Geldmarktpapiere	439.675	719.696
Anleihen und Schuldverschreibungen	3.169.705	3.566.394
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	**9.148**	**67.236**
Aktien	469	469
Investmentanteile	8.679	66.107
Sonstige nicht festverzinsliche Wertpapiere	-	660
Anteile an Tochterunternehmen	**100**	**25**
Anteile an nicht konsolidierten Gemeinschaftsunternehmen	**88**	**-**
Anteile an assoziierten, nicht konsolidierten Unternehmen	**2.205**	**2.292**
Sonstige Beteiligungen	**53.862**	**44.374**
abzüglich Portfoliowertberichtigung	**473**	**1.871**
Insgesamt	**3.674.309**	**4.398.146**

Der Rückgang im Bereich der Investmentanteile stammt aus Verkäufen innerhalb des Spezialfonds.

Aufgliederung der Finanzanlagen nach Laufzeiten:

in TEUR	2014	2013
Befristet mit Restlaufzeit	**3.608.907**	**4.284.219**
bis 3 Monate	328.213	944.245
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	1.294.715	818.300
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	1.404.576	2.167.780
mehr als 5 Jahre	581.404	353.894
Ohne Laufzeiten	**65.402**	**113.927**
Insgesamt	**3.674.309**	**4.398.146**

Eine Realisierung der Anteile ohne Laufzeit innerhalb der nächsten zwölf Monate ist nicht vorgesehen.

Umgliederung

Auf Grund der Finanzmarktkrise wurden im vierten Quartal 2008 Schuldverschreibungen retrospektiv zum 1. Juli 2008 mit einem Marktwert von EUR 1.232,6 Mio. aus der Kategorie AfS in die Kategorie LaR umgegliedert. Weiterhin hat die SaarLB zum 31. Oktober 2008 Schuldverschreibungen mit einem Marktwert von EUR 538,4 Mio. aus der Kategorie AfS in die Kategorien LaR sowie Schuldverschreibungen mit einem Marktwert in Höhe von EUR 1.115,7 Mio. aus der Kategorie AfS in die Kategorie HtM umgegliedert. Weitere Ausführungen zu den vorgenommenen Umgliederungen sind dem Finanzbericht der SaarLB für das Geschäftsjahr 2008 zu entnehmen (vgl. hierzu Ausführungen der Note (1), (8) und (44)).

Zum 31. Dezember 2014 haben diese umgegliederten Wertpapiere unter Berücksichtigung von den gesondert ausgewiesenen Wertpapierpensionsgeschäften i.H.v. TEUR 365.261 (Vorjahr TEUR 365.459) einen Fair Value von EUR 622,4 Mio. (Vorjahr EUR 988,1 Mio.). Die fortgeführten Anschaffungskosten der umgegliederten Wertpapiere betragen EUR 615,2 Mio. (Vorjahr EUR 982,2 Mio.).

in TEUR	2014	2013
Fair Value	**622.392**	**988.081**
davon LaR	165.480	388.298
davon HtM	456.912	599.783
fortgeführte Anschaffungskosten	**615.213**	**982.211**
davon LaR	163.997	393.282
davon HtM	451.216	588.929
Neubewertungsrücklage	**-5.412**	**-8.520**
davon LaR	-4.251	-6.419
davon HtM	-1.161	-2.101
Neubewertungsrücklage ohne Umgliederung	**1.767**	**-2.650**
davon LaR	-3.922	-11.403
davon HtM	5.689	8.753

Die Neubewertungsrücklage der umgegliederten Wertpapiere beträgt EUR -5,4 Mio. (Vorjahr EUR -8,5 Mio.). Wenn keine Umgliederung vorgenommen worden wäre, hätte sich eine Neubewertungsrücklage iHv. EUR 1,8 Mio. (Vorjahr EUR -2,7 Mio.) ergeben, so dass der Bestand der Neubewertungsrücklage für die umgegliederten Wertpapiere um EUR 7,2 Mio. entlastet worden wäre.

in TEUR	2014	2013
Neubewertungsrücklage		
ohne Umgliederung	**4.417**	**12.924**
davon LaR	7.481	17.910
davon HtM	-3.064	-4.986
mit Umgliederung	**3.108**	**6.671**
davon LaR	2.168	5.606
davon HtM	940	1.065

Die zum Zeitpunkt der Umwidmungen auf Basis der neuen Anschaffungskosten ermittelten Effektivzinssätze befinden sich in der Bandbreite von min. 2,3857 % und max. 13,1024 %. Die geschätzten Zahlungsströme, die die SaarLB zum Zeitpunkt der Umgliederungen erwartet hatte, beliefen sich auf EUR 3.493,4 Mio.

(45) Wertpapierpensionsgeschäfte

in TEUR	2014	2013
Wertpapierpensionsgeschäfte	661.821	629.146
Insgesamt	**661.821**	**629.146**

Unter diesem Bilanzposten werden Anleihen ausgewiesen, die Gegenstand von Wertpapierpensionsgeschäften sind. Aufgrund der Rückkaufverpflichtung trägt die SaarLB weiterhin das Bonitäts- und das Zinsänderungsrisiko aus diesen Anleihen. Die mit den Wertpapierpensionsgeschäften verbundenen Verbindlichkeiten betragen TEUR 692.058 (Vorjahr: TEUR 645.473) und sind in den Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ausgewiesen.

Von den Geschäften haben TEUR 146.293 (Vorjahr TEUR 0) eine Restlaufzeit von weniger als drei Monaten sowie TEUR 515.528 (Vorjahr: TEUR 0) eine Restlaufzeit von mehr als 3 Monate bis zu 1 Jahr.

Kontrahent der Geschäfte sind die BayernLB sowie die EUREX Clearing AG.

(46) Anteile an at-Equity bewerteten Unternehmen

in TEUR	2014	2013
Assoziierte Unternehmen	5.924	6.029
Insgesamt	**5.924**	**6.029**

Im Berichtsjahr wurden unverändert drei Unternehmen als at-Equity bewertet berücksichtigt. Zusammengefasste finanzielle Informationen über assoziierte Unternehmen, die nach der Equity Methode bewertet werden, sind in Note (78) enthalten.

Eine Realisierung der Anteile innerhalb der nächsten zwölf Monate ist nicht vorgesehen.

(47) Als Finanzinvestition gehaltene Immobilien

in TEUR	2014	2013
Vermietete Grundstücke und Gebäude	20.501	20.777
Insgesamt	**20.501**	**20.777**

Entwicklung der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien:

in TEUR	2014	2013
Anschaffungs-/ Herstellungskosten		
Stand zum 1.1.	24.823	25.089
Veränderungen aus Währungsumrechnungen	-	-
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	-
Zugänge	-	-
Umbuchungen	-	-
Abgänge	49	266
Stand zum 31.12.	24.774	24.823
Ab- und Zuschreibungen		
Stand zum 1.1.	4.046	4.084
Veränderungen aus Währungsumrechnungen	-	-
Veränderungen des Konsolidierungskreises	-	-
Planmäßige Abschreibungen	228	228
Wertminderungen	-	-
Wertaufholungen	-	-
Umbuchungen	-	-
Abgänge	-	266
Stand zum 31.12.	4.274	4.046
Buchwerte		
Stand zum 1.1.	20.777	21.005
Stand zum 31.12.	20.501	20.777

Beschränkungen hinsichtlich der Veräußerbarkeit oder des Erzielens von Erträgen und Veräußerungserlösen bestanden zum Bilanzstichtag nicht.

Der Fair Value der als Finanzinvestition gehaltenen Grundstücke und Gebäude belief sich auf TEUR 22.130 (Vorjahr TEUR 22.130), davon sind TEUR 22.130 (Vorjahr TEUR 22.080) durch externe Gutachter ermittelt. Die Ermittlung basiert auf der Anwendung des Discounted Cash Flow-Verfahrens, in das Markt- und Geodaten eingehen.

Die Fair Values werden aus dem Vergleich von Sachwert (Summe aus Bodenwert und Wert der baulichen Anlagen) sowie dem Ertragswert (Produkt aus Jahresrohertrag und einem sog. Vervielfältiger) ermittelt. Wesentliche Inputparameter sind für das Sachwertverfahren Baupreisindizes sowie Annahmen für Altersminderungen und für das Ertragswertverfahren ortübliche Vergleichsmieten, Bewirtschaftungskosten sowie der Vervielfältiger.

Alle Fair Values werden der Level 3 Bewertungshierarchie zugeordnet (vgl. Note 8).

Eine Realisierung der als Finanzinvestition gehaltenen Immobilien innerhalb der nächsten zwölf Monate ist nicht vorgesehen.

(48) Sachanlagen

in TEUR	2014	2013
Selbst genutzte Grundstücke und Gebäude	18.662	19.018
Betriebs- und Geschäftsausstattung	2.278	2.514
Insgesamt	**20.941**	**21.532**

Entwicklung der Sachanlagen:

	Selbst genutzte Grundstücke und Gebäude		Betriebs- und Geschäfts-ausstattung		Insgesamt	
in TEUR	**2014**	**2013**	**2014**	**2013**	**2014**	**2013**
Anschaffungs- und Herstellungskosten						
Stand zum 1.1.	22.887	23.327	15.471	15.099	38.358	**38.426**
Zugänge	-	-	520	627	520	**627**
Abgänge	-	440	110	255	110	**695**
Stand zum 31.12.	22.887	22.887	15.881	15.471	38.768	**38.358**
Ab- und Zuschreibungen						
Stand zum 1.1.	3.870	3.515	12.957	12.431	16.827	**15.946**
Planmäßige Abschreibungen	355	355	718	744	1.073	**1.099**
Wertminderungen	-	-	-	-	-	**-**
Abgänge	-	-	73	218	73	**218**
Stand zum 31.12.	4.225	3.870	13.602	12.957	17.827	**16.827**
Buchwerte						
Stand zum 1.1.	19.018	19.812	2.514	2.668	21.532	**22.480**
Stand zum 31.12.	18.662	19.018	2.278	2.514	20.941	**21.532**

Sachanlagen mit beschränkten Verfügungsrechten bestanden zum Bilanzstichtag nicht.

Eine Realisierung der Sachanlagen innerhalb der nächsten zwölf Monate ist nicht vorgesehen.

(49) Immaterielle Vermögenswerte

in TEUR	2014	2013
Sonstige immaterielle Vermögenswerte	2.788	2.489
Insgesamt	**2.788**	**2.489**

Entwicklung der immateriellen Vermögenswerte:

in TEUR	2014	2013
Anschaffungs-/ Herstellungskosten		
Stand zum 1.1.	**6.468**	**4.710**
Zugänge	1.405	1.891
Abgänge	-	133
Stand zum 31.12.	7.873	6.468
Ab- und Zuschreibungen		
Stand zum 1.1.	**3.979**	**2.699**
Planmäßige Abschreibungen	1.106	1.413
Wertminderungen	-	-
Abgänge	-	133
Stand zum 31.12.	5.085	3.979
Buchwerte		
Stand zum 1.1.	**2.489**	**2.010**
Stand zum 31.12.	**2.788**	**2.489**

Bei den immateriellen Vermögenswerten handelt es sich ausschließlich um Standardsoftware.

Eine Realisierung der immateriellen Vermögenswerte innerhalb der nächsten zwölf Monate ist nicht vorgesehen.

(50) Tatsächliche und latente Ertragsteueransprüche

in TEUR	2014	2013
Tatsächliche Ertragsteueransprüche	**4.211**	**7.693**
Inland	4.125	5.733
Ausland	86	1.960
Latente Ertragsteueransprüche	**37.461**	**43.616**
Inland	37.461	43.616
Ausland	-	-
Insgesamt	**41.672**	**51.309**

Die latenten Ertragsteueransprüche und -verpflichtungen verteilen sich auf folgende Posten:

in TEUR	2014 Aktive latente Steuern	2014 Passive latente Steuern	2013 Aktive latente Steuern	2013 Passive latente Steuern
Barreserve	-	-	-	-
Forderungen an Kreditinstitute und Kunden	-	5.627	392	5.735
Risikovorsorge	5.816	-	2.789	-
Handelsaktiva	-	-	-	-
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (Hedge Accounting)	-	-	-	-
Finanzanlagen	-	29.776	1.994	18.820
Sachanlagen	-	-	-	15
Sonstige Aktiva	5.446	1.834	1.950	-
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden	-	2.094	-	1.702
Verbriefte Verbindlichkeiten	15.182	-	2.582	-
Handelspassiva	4.382	-	30.067	-
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (Hedge Accounting)	-	-	-	-
Rückstellungen	6.624	87	3.732	-
Sonstige Passiva	10	10.280	110	6.730
Nachrangkapital	-	19.579	-	22.884
Steuerliche Verlustvorträge	-	-	-	-
Gesamtsumme latente Steuern nach Wertberichtigungen und Saldierung	**37.461**	**69.277**	**43.616**	**55.886**

Wie im Vorjahr besteht ein Überhang der passiven über die aktiven latenten Steuern von TEUR 31.816 (Vorjahr TEUR 12.270).

Die Veränderung des Saldos zwischen latenten Ertragsteueransprüchen und -verpflichtungen von TEUR 19.547 (Vorjahr EUR 2.885) entspricht nicht dem latenten Steueraufwand von TEUR 17.158 (Vorjahr TEUR 5.295).

Die Ursachen hierfür sind Veränderungen erfolgsneutral erfasster latenter Steuern; diese resultieren aus Buchungen gegen die Neubewertungsrücklage.

(51) Sonstige Aktiva

in TEUR	2014	2013
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	498	529
Sonstige Vermögenswerte	1.145	3.515
Insgesamt	**1.643**	**4.044**

Es wird eine Realisierung der sonstigen Aktiva innerhalb der nächsten zwölf Monate erwartet.

(52) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

in TEUR	2014	2013
Verbindlichkeiten gegenüber inländischen Kreditinstituten	4.478.703	5.033.735
Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Kreditinstituten	401.628	714.999
Insgesamt	**4.880.332**	**5.748.734**

Aufgliederung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten nach Laufzeiten:

in TEUR	2014	2013
Täglich fällig	**341.830**	**214.933**
Befristet mit Restlaufzeit	**4.538.502**	**5.533.801**
bis 3 Monate	1.324.460	2.495.524
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	1.103.305	845.135
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	860.215	1.070.335
mehr als 5 Jahre	1.250.522	1.122.807
Insgesamt	**4.880.332**	**5.748.734**

(53) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

in TEUR	2014	2013
Verbindlichkeiten gegenüber inländischen Kunden	4.413.189	4.475.873
Verbindlichkeiten gegenüber ausländischen Kunden	231.564	283.219
Insgesamt	**4.644.753**	**4.759.091**

Aufgliederung der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden nach Laufzeiten:

in TEUR	2014	2013
Befristet mit Restlaufzeit	**4.050.329**	**4.211.213**
bis 3 Monate	1.845.012	2.102.020
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	541.185	344.502
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	410.917	610.378
mehr als 5 Jahre	1.253.215	1.154.313
Ohne Laufzeiten (Bauspareinlagen)	**594.424**	**547.878**
Insgesamt	**4.644.753**	**4.759.091**

(54) Verbriefte Verbindlichkeiten

in TEUR	2014	2013
Begebene Schuldverschreibungen	**5.196.321**	**4.939.714**
Hypothekenpfandbriefe	422.688	299.325
Öffentliche Pfandbriefe	535.064	587.630
Sonstige Schuldverschreibungen	4.238.569	4.052.759
Insgesamt	**5.196.321**	**4.939.714**

Aufgliederung der Verbrieften Verbindlichkeiten nach Laufzeiten:

in TEUR	2014	2013
Befristet mit Restlaufzeit		
bis 3 Monate	333.805	49.205
mehr als 3 Monate bis ein Jahr	1.803.798	355.633
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	1.636.792	3.409.526
mehr als 5 Jahre	1.421.926	1.125.350
Insgesamt	**5.196.321**	**4.939.714**

(55) Handelspassiva

in TEUR	2014	2013
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (kein Hedge Accounting)	**542.589**	**432.882**
Insgesamt	**542.589**	**432.882**

Zur Zusammensetzung und Entwicklung der Handelspassiva vgl. Note (66).

Aufgliederung der Handelspassiva nach vertraglichen Laufzeiten:

in TEUR	2014	2013
Befristet mit Restlaufzeit		
bis 3 Monate	15.645	13.397
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	23.188	24.172
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	254.458	236.288
mehr als 5 Jahre	249.298	159.025
Insgesamt	**542.589**	**432.882**

(56) Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (Hedge Accounting)

in TEUR	2014	2013
Negative Marktwerte aus Fair Value Hedges	27.620	29.517
Insgesamt	**27.620**	**29.517**

Bei den Hedgebeziehungen handelt es sich um die Absicherung von Zinsänderungsrisiken. Grundgeschäfte sind Forderungen an Kunden sowie festverzinsliche Wertpapiere.

(57) Rückstellungen

in TEUR	2014	2013
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	**40.143**	**30.764**
Andere Rückstellungen	**7.323**	**7.016**
Rückstellungen im Kreditgeschäft	3.685	2.749
Sonstige Rückstellungen	3.638	4.266
Insgesamt	**47.467**	**37.779**

Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen

Die Bilanzierung der Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurde aufgrund der Änderung des IAS 19 rückwirkend angepasst. Zum 31.12.2012 erfolgte die Erfassung der versicherungsmathematischen Verluste i.H.v. TEUR 3.980 zu Lasten der anderen Rücklagen (vgl. Note 61). Die aktiven latenten Steuern wurden um TEUR 1.257 erhöht (vgl. Note 50).

Der in der Bilanz erfasste Wert für Pensionsrückstellungen leitet sich wie folgt her:

in TEUR	2014	2013
Barwert der Pensionsverpflichtungen	**40.795**	**31.376**
nicht fondsfinanziert	40.143	30.764
fondsfinanziert	652	612
Fair Value des Planvermögens	**-652**	**-632**
Nicht erfasste Vermögenswerte (Asset Ceiling)	**-**	**20**
Ausgewiesene Pensionsrückstellungen	**40.143**	**30.764**

Entwicklung der Pensionsrückstellung:

in TEUR	2014	2013
Stand zum 1.1.	**30.764**	**28.577**
Laufender Dienstzeitaufwand	600	922
Nachträglicher Dienstzeitaufwand	797	0
Zinsaufwand	1.049	977
Versicherungsmathematische Verluste	8.304	1.624
Gezahlte Leistungen	-1.371	-1.336
Stand zum 31.12.	**40.143**	**30.764**

Die versicherungsmathematischen Gewinne und Verluste ergeben sich ausschließlich aus Anpassungen finanzieller Annahmen.

Bei den gezahlten Leistungen handelt es sich um Rentenzahlungen; Abgeltungen wurden nicht vorgenommen.

Entwicklung des Fair Value des Planvermögens:

	Fair Value des Planvermögens	
in TEUR	2014	2013
Stand zum 1.1.	**632**	**611**
Zinserträge	20	21
Stand zum 31.12.	**652**	**632**

Das Planvermögen besteht aus Rückdeckungsansprüchen (sog. Deckungsstock) an eine Versicherungsgesellschaft, die bei dieser durch die Kapitalanlagen gesichert sind. Ein Rückgriffsrecht auf einzelne Kapitalanlagen besteht nicht; insoweit ist eine Aufteilung in Eigenkapital- und Fremdkapitalinstrumente sowie sonstige Vermögenswerte nicht möglich. Als Vermögenswerte erfasste Erstattungsansprüche bestehen nicht. Eine Handelbarkeit des Deckungsstocks an einem aktiven Markt besteht nicht.

In den letzten fünf Jahren hat sich der Barwert der Pensionsverpflichtungen, der Fair Value des Planvermögens und der Verpflichtungsüberschuss bzw. -fehlbetrag sowie die erwartungsbedingten Anpassungen wie folgt entwickelt:

in TEUR	2014	2013	2012	2011	2010
Barwert der Pensionsverpflichtungen	40.795	31.376	29.167	24.107	21.945
Fair Value des Planvermögens	-652	632	611	710	680
Verpflichtungsüberschuss/-fehlbetrag	**40.143**	**30.744**	**28.556**	**23.397**	**21.265**
Erfahrungsbedingte Anpassungen in Bezug auf den Wert der Verpflichtung	-8.304	-1.625	-606	-73	-489
Erwartungsbedingte Anpassungen in Bezug auf den Wert des Planvermögens	20	22	20	-29	-2

Seit dem Geschäftsjahr 2012 sind keine Beitragszahlungen zu den Rückdeckungsversicherungen mehr zu leisten.

Der in der Gewinn- und Verlustrechnung erfasste Aufwand für Pensionsverpflichtungen setzt sich wie folgt zusammen:

in TEUR	2014	2013
Laufender Dienstzeitaufwand	600	922
Nachträglicher Dienstzeitaufwand	797	-
Zinsaufwand	1.069	998
Tatsächliche Erträge aus Planvermögen	20	22
Auswirkungen der Obergrenze (Asset Ceiling)	-	1
Insgesamt	**2.446**	**1.899**

Der laufende sowie der nachträgliche Dienstzeitaufwand werden im Verwaltungsaufwand ausgewiesen. Der Zinsaufwand sowie der Zinsertrag aus dem Planvermögen werden verrechnet; der Ausweis erfolgt im Zinsüberschuss. Versicherungsmathematische Verluste werden erfolgsneutral in den anderen Rücklagen erfasst.

Im Folgejahr werden Pensionsrückstellungen voraussichtlich in Höhe von TEUR 1.562 verbraucht. Die durchschnittliche Restlaufzeit der Pensionsrückstellungen beträgt 12,7 Jahre. Die voraussichtlichen Beiträge an die ZVK betragen im Folgejahr TEUR 1.851.

Bei einer Sensitivitätsanalyse der Einflussfaktoren auf die Pensionsrückstellung ergibt sich folgendes:

Einflussfaktor	Annahme	Veränderung der Annahmen	Rückstellung bei	
			Verminderung der Annahmen	Erhöhung der Annahmen
Rechnungszinsfuß	2,0%	0,5%-Punkte	43.331	37.315
Gehaltsdynamik	2,5%	0,5%-Punkte	39.675	40.637
Rententrend	2,0%	0,5%-Punkte	37.728	42.796
Sterblichkeit	Richttafeln 2005 G	10%-Punkte	38.647	41.842

Andere Rückstellungen

	Rückstellungen im Kreditgeschäft				Sonstige Rückstellungen	
	Einzelgeschäfts-ebene		Portfolioebene			
in TEUR	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Stand zum 1.1.	**102**	**589**	**2.647**	**2.960**	**4.266**	**3.762**
Verbrauch	-	-	-	-	1.119	553
Auflösungen	3	487	-	313	362	260
Zuführungen	-	-	939	-	853	1.317
Stand zum 31.12.	**99**	**102**	**3.586**	**2.647**	**3.638**	**4.266**

Die Rückstellungen im Kreditgeschäft werden für Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen gebildet.

Die sonstigen Rückstellungen beinhalten im Wesentlichen Rückstellungen im Personalbereich (Jubiläumszuwendungen, Vorsorge für Altersteilzeit sowie für vorzeitigen Ruhestand) mit TEUR 941 (Vorjahr TEUR 1.261), für Prozesskosten mit TEUR 1.534 (Vorjahr TEUR 1.305).

Den Rückstellungen im Personalbereich liegen externe Gutachten zugrunde.

Bei den sonstigen Rückstellungen erfolgt mit Ausnahme der Rückstellungen im Personalbereich keine Abzinsung, da die Mittelabflüsse innerhalb eines Jahres erwartet werden.

(58) Tatsächliche und latente Ertragsteuerverpflichtungen

in TEUR	2014	2013
Tatsächliche Ertragsteuerverpflichtungen	**14.026**	**6.684**
Inland	13.792	6.684
Ausland	234	-
Latente Ertragsteuerverpflichtungen	**69.277**	**55.886**
Inland	69.277	55.886
Ausland	-	-
Insgesamt	**83.303**	**62.570**

Die Verteilung der latenten Ertragsteuerverpflichtungen nach ihren Entstehungsursachen nach Bilanzposten ist in Note (50) gemeinsam mit den latenten Ertragsteueransprüchen dargestellt.

(59) Sonstige Passiva

in TEUR	2014	2013
Passive Rechnungsabgrenzungsposten	98	131
Sonstige Verpflichtungen	23.628	28.046
Abgegrenzte Schulden	14.758	15.500
Insgesamt	**38.485**	**43.677**

Die sonstigen Verpflichtungen umfassen im Wesentlichen anteilige, noch nicht gezahlte Vergütungen auf das Nachrang- und Hybridkapital sowie auf unbefristete Einlagen stiller Gesellschafter in Höhe von TEUR 21.259 (Vorjahr TEUR 25.757).

Die abgegrenzten Schulden betreffen mit TEUR 6.316 (Vorjahr TEUR 5.781) kurzfristig fällige Leistungen an Arbeitnehmer, mit TEUR 2.915 (Vorjahr TEUR 4.526) ertragsunabhängige Steuern sowie mit TEUR 4.817 (Vorjahr TEUR 4.192) ausstehende Rechnungen.

Eine Realisierung der sonstigen Passiva wird innerhalb der nächsten zwölf Monate erwartet.

(60) Nachrangkapital

in TEUR	2014	2013
Nachrangige Verbindlichkeiten	143.893	125.297
Genussrechtskapital (Fremdkapitalkomponente)	8.500	38.040
Einlagen stiller Gesellschafter (Fremdkapitalkomponente)	156.447	156.600
Insgesamt	**308.840**	**319.937**

Aufgliederung des Nachrangkapitals nach Laufzeiten:

in TEUR	2014	2013
Befristet mit Restlaufzeit		
bis 3 Monate	18.500	40.000
mehr als 3 Monate bis 1 Jahr	108.393	9.299
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	31.275	148.627
mehr als 5 Jahre	150.672	122.011
Insgesamt	**308.840**	**319.937**

(61) Eigenkapital

in TEUR	2014	2013
Gezeichnetes Kapital	**274.619**	**174.601**
Satzungsmäßiges Grundkapital	250.119	150.100
Unbefristete Einlagen stiller Gesellschafter	24.500	24.500
Hybride Kapitalinstrumente	**62.107**	**72.413**
Genussrechtskapital (Eigenkapitalkomponente)	-	460
Befristete Einlagen stiller Gesellschafter (Eigenkapitalkomponente)	62.107	71.954
Kapitalrücklage	**69.085**	**69.085**
Gewinnrücklagen	**237.612**	**211.024**
Andere Gewinnrücklagen	237.612	211.024
Andere Rücklagen	**51.309**	**30.487**
Konzerngewinn	**52.733**	**27.243**
Insgesamt	**747.465**	**584.852**

Hybridkapital

Befristete stille Einlagen und solche mit Gläubigerkündigungsrecht werden als zusammengesetzte Finanzinstrumente (Compound Financial Instruments) in ihre Eigenkapital- und Fremdkapitalkomponente aufgeteilt (Split Accounting). Der Ausweis im Eigenkapital erfolgt unter den hybriden Kapitalinstrumenten.

Kapitalrücklage

In der Kapitalrücklage sind die Zuzahlungen der Anteilseigner in das Eigenkapital enthalten.

Gewinnrücklagen

Unter den Gewinnrücklagen werden die Beträge ausgewiesen, die den Rücklagen aus den Ergebnissen der Vorjahre zugewiesen wurden.

Andere Rücklagen

Der Posten enthält die in der Neubewertungsrücklage erfassten erfolgsneutralen Bewertungsergebnisse von Finanzinstrumenten der Kategorie AfS sowie der aus AfS in LaR und HtM umgegliederten Finanzinstrumente soweit diese während der Kategorisierung als AfS entstanden sind sowie die versicherungsmathematischen Verluste.

Die anderen Rücklagen haben sich wie folgt entwickelt:

	Neubewertungs-rücklage		versicherungs-mathematische Verluste		Insgesamt	
in TEUR	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Stand zum 1.1.	**34.321**	**43.595**	**-3.835**	**-2.724**	**30.486**	**40.872**
Erfolgsneutrale Bewertungsänderungen	31.811	-18.383	-8.304	-1.624	18.507	-20.007
Veränderungen der erfolgsneutral gebildeten latenten Steuern	-5.011	1.899	2.622	512	-2.389	2.411
Erfolgswirksame Bewertungsänderungen / Realisierungen	4.705	7.210	-	-	4.705	7.210
Stand zum 31.12.	**60.826**	**34.321**	**-9.517**	**-3.835**	**51.309**	**30.486**

Der Bestand der Neubewertungsrücklage aus umgegliederten Wertpapieren (vor latenter Steuer) entfällt mit EUR -1,2 Mio. auf die Kategorie HtM sowie mit EUR -4,3 Mio. auf die Kategorie LaR; dieser Bestand wird über die erwartete Restlaufzeit der zugrunde liegenden Finanzanlagen amortisiert.

Konzerngewinn

Der Konzerngewinn beträgt TEUR 52.733 (Vorjahr TEUR 27.243).

Das für die Gewinnverwendung maßgebende Jahresüberschuss nach HGB beträgt TEUR 4.102 (Vorjahr EUR 0,00); nach der Zuführung zu den satzungsmäßigen Rücklagen i.H.v. TEUR 410 schlägt der Vorstand vor, von dem Bilanzgewinn TEUR 3.002 auszuschütten und TEUR 690 den anderen Gewinnrücklagen zuzuführen. Für das Geschäftsjahr 2013 wurde in 2014 keine Dividende gezahlt.

Kapitalmanagement

Neben der Einhaltung der ökonomischen Risikotragfähigkeit sind für die SaarLB die aufsichtsrechtlichen Vorschriften der Solvabilitätsverordnung (SolvV) wesentlich für die Beurteilung und Steuerung ihrer Kapitalausstattung.

Aufsichtsrechtliches Kapital

Die SaarLB wendet seit ihrer Zulassung zur Verwendung des auf internen Ratings basierten Ansatzes (IRBA) durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) zum 01.01.2007 die entsprechenden Regeln zur Berechnung der Kapitalanforderungen nach der CRR (bis 2013: SolvV) an.

Das aufsichtsrechtlich relevante Kapital, die so genannten Eigenmittel, setzt sich aus Kernkapital (im Wesentlichen Stammkapital, stille Einlagen sowie Rücklagen einschließlich der § 340 g HGB-Reserve) und Ergänzungskapital (im Wesentlichen Genussrechtskapital und langfristige nachrangige Verbindlichkeiten) jeweils unter Berücksichtigung von Abzugspositionen zusammen.

Die Kennziffern für hartes Kernkapital, Kernkapital und Gesamt-Eigenmittel – das Verhältnis der jeweiligen Eigenmittelkomponente zu den nach den Vorschriften der CRR ermittelten Risikopositionen – dürfen aufsichtsrechtliche Mindest-Vorgaben nicht unterschreiten. In der internen Steuerung hat die SaarLB darüber hinaus gehende Vorgaben festgelegt.

Im Rahmen der einen Zeitraum von fünf Jahren umfassenden Mittelfristplanung wird eine nachhaltige Einhaltung der Vorgaben sichergestellt. Für den strategischen Planungsprozess verantwortlich ist der Unternehmensbereich Unternehmensentwicklung. Auf Basis der in diesem Prozess festgelegten Rahmenbedingungen planen die Geschäftsbereiche ihre jeweiligen Risikopositionen im Zeitablauf. Sie werden von der für die quantitativen Aspekte der Mittelfristplanung verantwortlichen Organisationseinheit Erfolgscontrolling auf Gesamtbankebene aggregiert und den im Planungszeitraum vorhandenen Eigenmitteln gegenübergestellt. Schließlich werden die zur Einhaltung der Zielwerte erforderlichen Maßnahmen zur Kapitalbeschaffung bzw. zur Kürzung der Geschäftsbereichsplanungen definiert.

Die Kennzahlen nach CRR zum Berichtsstichtag sowie die entsprechenden Vorjahreszahlen (nach SolvV) sind in der folgenden Übersicht dargestellt. Die SaarLB erstellt seit Mitte 2011 keine aufsichtsrechtliche Gruppenmeldung mehr. Insofern beinhalten die Werte das Einzelinstitut.

Kennzahlen nach CRR (2014) bzw. SolvV (2013) (in Mio. EUR bzw. in %)	31.12.2014	31.12.2013
Risikopositionen (Mio. EUR)	6.888	6.904
Eigenmittel	878	832
davon Kernkapital	847	809
davon hartes Kernkapital*	621	---
Gesamtkennziffer	12,8 %	12,1 %
Kernkapitalquote	12,3 %	11,7 %
harte Kernkapitalquote*	9,0 %	---

* Das harte Kernkapital sowie die harte Kernkapitalquote werden erst seit Inkrafttreten CRR in 2014 ermittelt

Sowohl die Kernkapitalquote als auch die Gesamtkennziffer der SaarLB sind im Berichtszeitraum bei gleichbleibendem Niveau der Risikoaktiva merklich gestiegen:

- Der positive Effekt hinsichtlich der Kernkapitalquote ergibt sich aus (1) Auffüllung der 340g HGB-Reserve im Rahmen der Feststellung des Jahresabschlusses 2013 (rund EUR 27 Mio.) sowie (2) Rückgang der Abzugsposition für Beteiligungen um rund EUR 10 Mio.
- Das Gesamtkapital steigt darüber hinaus aufgrund niedrigerer Belastung durch den Wertberichtigungsfehlbetrag um rund EUR 8 Mio.

Die aufsichtsrechtlich geforderten Mindestquoten waren während des gesamten Berichtszeitraums jederzeit eingehalten, ebenso die strengeren Zielquoten der SaarLB. Die insgesamt gute Eigenmittelausstattung der SaarLB zeigt sich auch im Ergebnis der aufsichtsrechtlich (nach CRR) geforderten Stresstests: Selbst unter Annahme eines konjunkturellen Abschwungs liegt zum Berichtsstichtag die Gesamtkennziffer noch bei 10,9 % (31.12.2013: 10,2%), die Kernkapitalquote bei 10,5 % (31.12.2013: 10,0%), und die harte Kernkapitalquote bei 7,7 %.

Ökonomisches Kapital (Risikotragfähigkeit)

Neben der Sicherstellung der aufsichtsrechtlichen Kapitalanforderungen ist die Sicherung der ökonomischen Risikotragfähigkeit, die sich aus der Gegenüberstellung von Risikokapital (Risikodeckungsmasse) und Risikokapitalbedarf ergibt, zentraler Bestandteil der Steuerung in der SaarLB.

Die Risikodeckungsmasse ermittelt sich grundsätzlich auf Basis der IFRS-Rechnungslegung und gibt Auskunft darüber, bis zu welcher Höhe unerwartete Verluste aus eingegangenen Risiken tatsächlich getragen werden können:[7]

[7] Aufgrund des einjährigen Betrachtungszeitraum werden in der Risikodeckungsmasse nicht die Eigenkapitalpositionen zum Stichtag sondern die (ggf. durch Fälligkeiten im Betrachtungszeitraum reduzierten) Werte ein Jahr nach dem Stichtag angesetzt.

Komponenten der verfügbaren Deckungsmasse (in Mio. EUR)	31.12.2014	31.12.2013	Delta
Ergebnis nach Steuern (Minimum YtD und HoRe)	51,4	36,0	+15,4
+ Grundkapital	250,1	150,1	+100,0
+ Kapitalrücklagen	69,1	69,1	-
+ Gewinnrücklagen	238,2	203,8	+34,4
+ Unbefristete stille Einlagen	24,5	124,5	-100,0
+ Befristete stille Einlagen	218,6	218,6	-
+ Genussrechte	0,0	8,5	-8,5
+ Nachrangige Verbindlichkeiten	25,5	124,0	-98,5
+ Neubewertungsrücklage	72,6	41,9	+30,7
Risikodeckungsmasse	**950,0**	**976,5**	**-26,5**
./. Immaterielle Vermögenswerte	4,0	4,0	-
./. Saldo aus stillen Lasten und stillen Reserven aus Wertpapieren (LaR und HtM)	-5,7	2,6	-8,3
./. Korrektur Eigenkapital wegen Überhang aus latenten Steuern	-17,8	-12,3	-5,5
Liquidationsdeckungsmasse	**+969,5**	**+982,2**	**-12,7**
./. Verluste aus ausgefallenen Positionen	18,5	17,8	+0,7
./. Erwartete Verluste des Risikobetrachtungshorizonts	35,5	35,2	+0,3
Verfügbare Deckungsmasse	**+915,4**	**+929,2**	**-13,7**

Die Risikodeckungmasse sinkt im Vergleich zum Vorjahr vor allem aufgrund von nachrangigen Verbindlichkeiten, die vor Ende des einjährigen Betrachtungshorizonts im 4. Quartal 2015 fällig werden, teilweise kompensiert durch positive Entwicklung von Ergebnis nach Steuern, Gewinnrücklagen und Neubewertungsrücklage. Die Härtung von Stillen Einlagen in Höhe von 100 Mio. EUR (Vertrag vom 27.10.2014) führte per 31.12.2014 zu einer Veränderung der Struktur der Risikodeckungsmasse, die absolute Höhe blieb von dieser Maßnahme unberührt.

Die verfügbare Deckungsmasse ergibt sich aus der Risikodeckungsmasse durch mindernde Berücksichtigung weiterer Effekte:

- In der Liquidationsdeckungsmasse werden Elemente der Deckungsmasse korrigiert, die im Falle einer Liquidation anders anzurechnen wären.
- Zusätzlich werden Puffer für mögliche Verringerungen der Risikodeckungsmasse im einjährigen Betrachtungshorizont abgesetzt, die in der weiteren Modellierung der ökonomischen Risikotragfähigkeitsrechnung nicht mehr explizit berücksichtigt werden.

Im Rahmen der ökonomischen Risikokapitalsteuerung überwacht die SaarLB ihr Risikoprofil und stellt durch monatliche Gegenüberstellung von aus der verfügbaren Deckungsmasse allokiertem Risikokapital und Risikokapitalbedarf die Risikotragfähigkeit sicher. Zur Ermittlung des Risikokapitalbedarfs erfolgt eine konsistente Betrachtung aller wesentlichen Risikoarten. Die Risiken werden auf Gesamtbankebene zu einer Gesamteinschätzung des vorhandenen Risikos zusammengeführt. Dabei wird zur Berechnung des Risikokapitalbedarfs im ICAAP grundsätzlich die Value at Risk (VaR)-Methodik mit einem Konfidenzniveau von 99,95 % angewandt. Die Limitierung erfolgt auf Ebene der einzelnen

Risikoarten sowie übergreifend durch das (insgesamt) allokierte Risikokapital. Annahmen und Ergebnisse der Risikoquantifizierung sind wenigstens jährlich zu validieren.

Die Ergebnisse der ICAAP-Risikotragfähigkeitsrechnung zum Berichtsstichtag sind in der nachfolgenden Übersicht dargestellt:[8]

Ökonomische Risikotragfähigkeit: Kapitalbedarfe und Deckungsmasse (in Mio. EUR)	**31.12.2014**			**31.12.2013**		
	Kapital-bedarf	**Limit**	**Aus-lastung**	**Kapital-bedarf**	**Limit**	**Aus-lastung**
Adressenrisiko	217,6	315,0	69 %	268,6	420,0	64 %
davon Ausfallrisiko	(136,6)	(180,0)	76 %	(139,9)	(180,0)	78 %
davon Credit Spread-Risiko	(81,0)	(135,0)	60 %	(128,7)	(240,0)	54 %
Marktrisiko	45,9	90,0	51 %	48,0	90,0	53 %
Operationelles Risiko	6,8	10,0	68 %	6,8	10,0	68 %
Reputationsrisiko	0,0	2,0	0 %	0,0	2,0	0 %
Unerwartetes Verhalten der Bausparer	-	-	-	0,7	3,0	23 %
Immobilienrisiko	13,1	15,0	87 %	12,6	15,0	84 %
Strategisches Risiko/Geschäftsrisiko	76,0	90,0	84 %	76,6	90,0	85 %
Summe	**359,4**	**522,0**	**69 %**	**413,3**	**630,0**	**66 %**
Verfügbare Deckungsmasse	**915,4**			**929,2**		
Freie ökon. Deckungsmasse	**556,1**			**515,9**		

Die Risikotragfähigkeit der SaarLB war im gesamten Berichtszeitraum (sowohl insgesamt als auch auf Ebene der einzelnen Risikoarten) jederzeit uneingeschränkt gegeben.

Neben dem ICAAP-Risikokapitalbedarf werden zusätzlich Risikokapitalbedarfe in mehreren Szenarien ermittelt, u. a. in einem über alle Risikoarten hinweg unter konsistenten Annahmen modellierten schweren konjunkturellen Abschwung. Bzgl. Adressenrisiken wird bspw. eine branchenspezifische Verschlechterung des Kreditportfolios und eine weitere Ausweitung der Credit Spreads angenommen, für alle anderen Risikoarten gelten ebenfalls verschärfte Annahmen.

[8] Das Risiko aus dem unerwarteten Verhalten der Bausparer wird seit dem 01.01.2014 nicht mehr als wesentliches Risiko klassifiziert und somit in der Risikotragfähigkeitsrechnung nicht mehr berücksichtigt. Für Reputationsrisiken wird aufgrund des aktuellen Liquiditätsvorlaufs ein Kapitalbedarf von Null ermittelt.

Schwerer konjunktureller Abschwung: Kapitalbedarfe und Deckungsmasse (in Mio. EUR)	31.12.2014	31.12.2013
Adressenrisiko	214,3	291,4
davon Ausfallrisiko	(140,0)	(174,3)
davon Credit Spread-Risiko	(74,3)	(117,1)
Marktrisiko	41,3	27,8
Operationelles Risiko	3,4	3,4
Reputationsrisiko	0,0	0,0
Unerwartetes Verhalten der Bausparer	0,0	0,2
Immobilienrisiko	10,1	9,6
Strategisches Risiko/Geschäftsrisiko	40,0	40,3
Summe	**309,1**	**372,8**
Freie ökon. Deckungsmasse	**556,1**	**515,9**
Freie ökon. Deckungsmasse nach Stress	**247,0**	**143,2**

Die Kapitalbedarfe sinken im Berichtszeitraum vor allem im Adressenrisiko deutlich: Die Modellierung von Credit Spread Risiken erfolgt jetzt auf Basis eines genaueren Ansatzes, aus dem sich geringere Kapitalbedarfe ergeben. Ausfallrisiken sinken aufgrund von Rückgängen des Kapitalbedarfs wesentlicher Risikoklumpen (Tilgungen und/oder Ratingverbesserungen). Gleichzeitig steigt die freie ökonomische Deckungsmasse merklich an. Insgesamt übertrifft die freie ökonomische Deckungsmasse damit auch unter Annahme eines schweren wirtschaftlichen Abschwungs zum Berichtsstichtag die Kapitalbedarfe weiterhin deutlich.

Angaben zu Finanzinstrumenten

Die Angaben zu den sich aus Finanzinstrumenten ergebenden Risiken gemäß IFRS 7 können dem Risikobericht entnommen werden.

(62) Fair Value der Finanzinstrumente

Überblick

in TEUR	Fair Value 2014	Buchwert 2014	Fair Value 2013	Buchwert 2013
Aktiva	**16.847.002**	**16.445.309**	**17.026.984**	**16.873.396**
Barreserve	299.400	299.400	784.905	784.905
Forderungen an Kreditinstitute	2.319.645	2.310.021	2.028.688	2.004.961
Forderungen an Kunden	9.264.438	8.881.089	8.816.572	8.692.582
Handelsaktiva	476.675	476.675	328.264	328.264
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (Hedge Accounting)	135.535	135.535	28.559	28.559
Finanzanlagen	3.680.782	3.674.309	4.400.164	4.398.146
Wertpapierpensionsgeschäfte	664.068	661.821	632.999	629.146
Anteile an at-Equity bewerteten Unternehmen	5.923	5.923	6.028	6.028
Sonstige Aktiva	536	536	805	805
Passiva	**15.806.525**	**15.637.024**	**16.323.209**	**16.271.261**
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.943.347	4.880.331	5.755.571	5.748.734
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4.675.008	4.644.753	4.750.719	4.759.091
Verbriefte Verbindlichkeiten	5.271.509	5.196.321	4.991.676	4.939.714
Handelspassiva	542.589	542.589	432.882	432.882
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (Hedge Accounting)	27.620	27.620	29.517	29.517
Sonstige Passiva	36.570	36.570	41.386	41.386
Nachrangkapital	309.882	308.840	321.458	319.937

Die Differenz zwischen den Fair Values und den Buchwerten beträgt bei den Aktiva TEUR 401.693 (Vorjahr TEUR 153.588) und bei den Passiva TEUR 169.501 (Vorjahr TEUR 51.948).

Die Fair Values der zu fortgeführten Anschaffungskosten bewerteten und in den Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden sowie im Nachrangkapital enthaltenen Darlehen werden für Notes-Zwecke auf Basis der Barwertmethode ermittelt. Bei Forderungen erfolgt die Diskontierung unter Verwendung von

- (risikolosen) währungs- und laufzeitkongruenten Zinskurven,
- Liquiditätsspreads,
- einheitlichen Verwaltungskostenzuschlägen,

- risikoadäquaten Spreads (Bonitätsrisiko) sowie
- ratingabhängigen Eigenkapitalkostenzuschlägen.

Die Ermittlung der risikoadäquaten Spreads wird in Abhängigkeit vom Rating, der Zinsbindung und der Tilgungshöhe vorgenommen.

Bei Verbindlichkeiten bleiben risikoadäquate Spreads sowie ratingabhängige Eigenkapitalkostenzuschläge unberücksichtigt.

Die Barreserve, die sonstigen in den Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden enthaltenen Konten sowie in den sonstigen Aktiva und Passiva ausgewiesenen Posten werden mit den Nominalwerten angegeben.

Die Fair Values bei den verbrieften Verbindlichkeiten basieren auf Kursen, die die Bank als Emittent selbst festlegt.

Zu den Methoden und Annahmen zur Fair Value Ermittlung bei Handelsaktiva und –passiva (einschließlich den negativen Marktwerten aus derivativen Finanzinstrumenten aus dem Hedge Accounting) und den Finanzanlagen (einschließlich Wertpapierpensionsgeschäften) vgl. Note (8).

Fair Values nach Klassen

Aktiva

in TEUR	Fair Value 2014	Fair Value 2013
Barreserve	**299.400**	**784.905**
Forderungen an Kreditinstitute	**2.319.645**	**2.028.688**
Verrechnungs- bzw. Girokonten	207.446	421.679
Tages- und Termingelder	1.396.527	985.099
Darlehen	630.926	563.074
sonstige Forderungen	84.747	58.836
Forderungen an Kunden	**9.264.438**	**8.816.572**
Verrechnungs- bzw. Girokonten	241.247	201.757
Tages- und Termingelder	447.537	254.978
Darlehen	8.547.142	8.328.701
sonstige Forderungen	28.512	31.136
Handelsaktiva	**476.675**	**328.264**
Zinsbezogene Geschäfte	469.818	324.745
Aktienbezogene Geschäfte	5.098	2.671
Währungsbezogene Geschäfte	1.341	384
Kreditderivate	417	464
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (Hedge Accounting)	**135.535**	**28.559**
Zinsbezogene Geschäfte	135.535	28.559
Finanzanlagen	**3.680.782**	**4.400.164**
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	**3.615.380**	**4.286.237**
Geldmarktpapiere	439.675	719.696
Anleihen und Schuldverschreibungen	3.175.705	3.566.541
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	**9.148**	**67.236**
Aktien	469	469
Investmentanteile	8.679	66.107
Sonstige nicht festverzinsliche Wertpapiere	0	660
Anteile an Tochterunternehmen	**100**	**25**
Gemeinschaftsunternehmen nicht konsolidiert	**88**	**0**
Assoziierte nicht konsolidierte Unternehmen	**2.205**	**2.292**
Sonstige Beteiligungen	**53.862**	**44.374**
Wertpapierpensionsgeschäfte	**664.068**	**632.999**
Anteile an at-Equity bewerteten Unternehmen	**5.923**	**6.028**
Sonstige Aktiva	**536**	**805**

Passiva

in TEUR	Fair Value 2014	Fair Value 2013
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	**4.943.347**	**5.755.571**
Verrechnungs- bzw. Girokonten	707.244	598.852
Tages- und Termingelder	1.516.085	2.156.687
Darlehen	2.586.374	2.860.258
sonstige Verbindlichkeiten	133.644	139.774
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	**4.675.008**	**4.750.719**
Verrechnungs- bzw. Girokonten	1.145.730	933.739
Tages- und Termingelder	786.178	1.141.201
Darlehen	2.097.680	2.094.835
Bauspar- und Spareinlagen	568.787	548.420
sonstige Verbindlichkeiten	76.633	32.524
Verbriefte Verbindlichkeiten	**5.271.509**	**4.991.676**
Handelspassiva	**542.589**	**432.882**
Zinsbezogene Geschäfte	536.163	426.617
Aktienbezogene Geschäfte	5.098	2.671
Währungsbezogene Geschäfte	1.159	3.241
Kreditderivate	169	353
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (Hedge Accounting)	**27.620**	**29.517**
Zinsbezogene Geschäfte	27.620	29.517
Sonstige Passiva	**36.570**	**41.386**
Nachrangkapital	**309.882**	**321.458**

(63) Level-Angaben für zum Fair Value bilanzierte Finanzinstrumente

Allgemeine Levelangaben

	Level 1		Level 2		Level 3		Summe	
in TEUR	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Handelsaktiva	**9.853**	**5.500**	**466.404**	**322.304**	**417**	**460**	**476.674**	**328.264**
Zinsbezogene Geschäfte	4.756	2.828	465.062	320.774	-	-	469.818	323.602
Aktienbezogene Geschäfte	5.098	2.672	-	-	-	-	5.098	2.672
Währungsbezogene Geschäfte	-	-	1.341	1.526	-	-	1.341	1.526
Kreditderivate	-	-	-	4	417	460	417	464
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (Hedge Accounting)	**-**	**-**	**135.535**	**28.559**	**-**	**-**	**135.535**	**28.559**
Zinsbezogene Geschäfte	-	-	135.535	28.559	-	-	135.535	28.559
Finanzanlagen	**2.002.296**	**1.424.149**	**697.835**	**1.409.797**	**726.050**	**946.293**	**3.426.181**	**3.780.239**
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	**1.996.204**	**1.358.042**	**695.248**	**1.409.137**	**669.515**	**899.134**	**3.360.967**	**3.666.313**
Geldmarktpapiere	-	-	-	0	439.675	719.696	439.675	719.696
Anleihen und Schuldverschreibungen	1.996.204	1.358.042	695.248	1.409.137	229.840	179.438	2.921.293	2.946.617
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	**6.092**	**66.107**	**2.587**	**660**	**469**	**469**	**9.148**	**67.236**
Aktien	-	66.107	-	-	469	469	469	66.576
Investmentanteile	6.092	-	2.587	-	-	-	8.679	-
Sonstige nicht festverzinsliche Wertpapiere	-	-	-	660	-	-	-	660
Tochterunternehmen	**-**	**-**	**-**	**-**	**-**	**-**	**-**	**-**
Assoziierte nicht konsolidierte Unternehmen	**-**	**-**	**-**	**-**	**-**	**-**	**-**	**-**
Sonstige Beteiligungen	**-**	**-**	**-**	**-**	**56.066**	**46.690**	**56.066**	**46.690**
Wertpapierpensionsgeschäfte	**96.371**	**57.500**	**200.188**	**206.188**	**-**	**-**	**296.560**	**263.688**
Handelspassiva	**9.959**	**5.169**	**532.629**	**457.230**	**-**	**-**	**542.589**	**462.399**
Zinsbezogene Geschäfte	4.861	2.497	531.302	451.049	-	-	536.163	453.546
Aktienbezogene Geschäfte	5.098	2.672	-	-	-	-	5.098	2.672
Währungsbezogene Geschäfte	-	-	1.159	5.827	-	-	1.159	5.827
Kreditderivate	-	-	169	354	-	-	169	354
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (Hedge Accounting)	**-**	**-**	**27.620**	**29.517**	**-**	**-**	**27.620**	**29.517**
Zinsbezogene Geschäfte	-	-	27.620	29.517	-	-	27.620	29.517

Level 1:

Dem Level 1 sind diejenigen Finanzinstrumente zugeordnet, bei denen ein transaktionsbasierter Preis bzw. Kurs am bzw. kurz vor oder nach dem Bilanzstichtag bei nicht unwesentlichem Handelsvolumen festgestellt werden konnte. Hierzu gehören bei Derivaten insbesondere Kurse, die an der EUREX festgestellt worden sind. Demzufolge stellt der SaarLB Konzern unter Level 1 Wertpapiere, für die ein auf einem aktiven Markt notierter Preis vorliegt sowie börsengehandelte Derivate dar.

Level 2:

Dem Level 2 sind Finanzinstrumente zugeordnet, bei denen die Inputparameter, die sich signifikant auf den Fair Value auswirken, zur Ermittlung des Fair Value ausschließlich am Markt beobachtbar sind. Dies trifft insbesondere auf nichtbörslich gehandelte Derivate zu, für deren Fair Value Ermittlung Bewertungsmodelle zur Anwendung kommen, bei denen am Markt beobachtbare Inputparameter einfließen (im Wesentlichen beobachtbare Zins- und Spreadkurven). Für Wertpapiere, die die Kriterien für Level 1 nicht erfüllen, deren Kurse aber am Markt beobachtbar sind, erfolgt eine Zuordnung zu Level 2, es sei denn es bestehen Hinweise, dass eine Zuordnung zu einem anderen Level sachgerecht ist.

Level 3:

Dem Level 3 sind Finanzinstrumente zugeordnet, bei denen die Kriterien für eine Zuordnung in Level 1 und Level 2 nicht vorlagen, d.h. bei denen die Inputparameter, die nicht am Markt beobachtbar sind, signifikanten Einfluss auf den Fair Value haben. Hierzu gehören Anleihen und Schuldverschreibungen, für die lediglich indikative Kurse (Kontrahentenpreise, die kein Angebot darstellen) vorliegen. Bei der SaarLB werden im geringen Umfang bei Kreditderivaten Credit-Spreads aus internen Ratings abgeleitet; aufgrund des signifikanten Einflusses der Credit-Spreads auf den Fair Value erfolgt eine Zuordnung dieser Derivate zu Level 3. Des Weiteren werden zu diesem Level Beteiligungen zugeordnet, die zum Fair Value bewertet werden.

Level-Angaben für Finanzinstrumente, die nicht zum Fair-Value bilanziert werden

In der folgenden Tabelle stellt die SaarLB die Angaben gem. IFRS 13.97 dar.

	Level 1		Level 2		Level 3		Summe	
in TEUR	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Barreserve	-	-	299.400	784.904	-	-	**299.400**	**784.904**
Forderungen an Kreditinstitute	-	-	2.038.590	1.813.249	281.055	215.437	**2.319.645**	**2.028.686**
Forderungen an Kunden	-	-	2.097.292	1.688.995	7.167.146	7.127.576	**9.264.438**	**8.816.571**
Finanzanlagen	77.202	195.263	476.598	706.374	68.121	87.600	**621.921**	**989.237**
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	77.202	195.263	109.089	337.062	68.121	87.600	**254.412**	**619.925**
Anleihen und Schuldverschreibungen	77.202	195.263	109.089	337.062	68.121	87.600	254.412	619.925
Wertpapierpensionsgeschäfte	-	-	367.509	369.312	-	-	**367.509**	**369.312**
nicht konsolidierte Tochterunternehmen	-	-	-	-	100	25	**100**	**25**
nicht konsolidierte Gemeinschaftsunternehmen	-	-	-	-	88	-	**88**	-
Anteile an at-equity bewerteten Unternehmen	-	-			5.923	6.028	**5.923**	**6.028**
Sonstige Aktiva	-	-	536	805	-	-	**536**	**805**
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-	-	2.846.307	3.458.723	2.097.040	2.296.848	**4.943.347**	**5.755.571**
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	-	-	3.259.335	4.213.132	1.415.673	537.587	**4.675.008**	**4.750.719**
Verbriefte Verbindlichkeiten	-	-	5.271.509	4.991.676	-	-	**5.271.509**	**4.991.676**
Sonstige Passiva			36.570	41.386			**36.570**	**41.386**
Nachrangkapital	-	-	-	-	309.882	321.458	**309.882**	**321.458**

Sensitivitätsanalysen:

Wird bei einem dem Level 3 zugeordneten CDS, der Spread als Inputparameter um 10% variiert – d.h. ausgehend von einer Bewertung mit einem Spread von 22 Basispunkten ergibt sich daraus ein Intervall von 19,8 – 24,2 Basispunkten -, verändert sich der Fair Value um ca. 1,33 %. Der Fair Value derjenigen dem Level 3 zugeordneten CDS, die auf diese Weise

bewertet worden sind, beträgt TEUR 417 (Vorjahr TEUR 461). Fallen die Spreads um 10%, steigt der positive Marktwert entsprechend auf TEUR 423 (Vorjahr TEUR 482).

Die Bewertung der Beteiligungen erfolgt insbesondere in Abhängigkeit des sog. risikolosen Zinses und eines Risikozuschlags, der sich aus der Marktrisikoprämie sowie dem Betafaktor (Abbildung von Branchenvolatilitäten) zusammensetzt. Werden die Inputparameter einheitlich um jeweils 10% erhöht bzw. reduziert, so verringert bzw. erhöht sich der Wert der zum Fair Value bewerteten Beteiligungen i.H.v. TEUR 19.558 (Vorjahr TEUR 30.552) um TEUR 6.006 (Vorjahr TEUR 4.842) bzw. um TEUR 7.143 (Vorjahr TEUR 3.937). Wird nur ein Inputparameter um 10% variiert, ist die Veränderung des Fair Values geringer.

Bezogen auf Level 3 konnte für diejenigen Finanzinstrumente, die mit einem indikativen Kurs bewertet sind, kein Stresstest zu den Inputparametern vorgenommen werden.

Zum 31.12.2014 haben wir keine wesentliche Umgliederung von Level 1 nach Level 2 vorgenommen. Für Wertpapiere erfolgte gegenläufig eine Umgliederung von Level 2 nach Level 1 in Höhe von 394,2 Mio. Euro, da wieder notierte Marktpreise verfügbar waren. Die Umgliederungen wurden auf Basis der Endbestände zum 31. Dezember 2014 ermittelt. Darüber hinaus erfolgten keine nennenswerten Umgliederungen zwischen Level 1 und Level 2. Die Methode zur Bestimmung des Zeitpunktes der Umwidmung wird von der SaarLB zu den jeweiligen Bilanzstichtagen festgelegt. Dabei kommen die in Note (8) festgelegten Regelungen zur Level-Systematik zum tragen.

Spezielle Angaben zu Level 3

	31.12.2014		31.12.2013	
	erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte Handelsaktiva	Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte Finanzanlagen	erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenwerte Handelsaktiva	Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte Finanzanlagen
Anfangsbestand	**460**	**946.294**	**275**	**747.694**
Summe Gewinne oder Verluste	**-43**	**12.054**	**185**	**9.491**
in GuV	-43	1.047	185	2.070
in Neubewertungsrücklage	-	11.007	-	7.421
Erwerbe	-	571.817	-	717.864
Veräußerungen	-	-9.243	-	-1.790
Rückzahlungen	-	-795.272	-	-530.877
Wechselkurseffekte	-	61	-	-30
Transfers aus Level 3	-	-	-	-
Transfers in Level 3	-	-	-	83
erstmalig zum Fair Value bewertete Beteiligungen	-	418	-	5.992
nicht mehr zum Fair Value bewertete Beteiligungen	-	-78	-	-2.132
Endbestand	**417**	**726.050**	**460**	**946.294**
Summe der Bewertungsgewinne/-verluste für Vermögens-werte, die am Ende der Periode im Bestand waren	-43	-	185	-

Umgliederungen aus oder in den Level 3 können sich ergeben, wenn am Markt kein beobachtbaren Parameter mehr verfügbar oder gegenläufig wieder verfügbar sind. Im Geschäftsjahr 2014 wurden keine wesentlichen Umgliederungen aus Derivaten oder Finanzanlagen aus bzw. in Level 3 vorgenommen.

(64) Bewertungskategorien der Finanzinstrumente

in TEUR	2014	2013
Aktiva		
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte	**753.422**	**644.741**
Fair Value Option	276.747	316.477
Finanzanlagen	276.747	316.477
Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte (Held-for-Trading)	476.675	328.264
Handelsaktiva	476.675	328.264
Bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestitionen (Held-to-Maturity)	**449.676**	**588.789**
Finanzanlagen	84.414	223.330
Wertpapierpensionsgeschäfte	365.262	365.459
Kredite und Forderungen (Loans and Receivables)	**11.780.683**	**11.999.353**
Barreserve	299.400	784.905
Forderungen an Kreditinstitute[1)]	2.326.746	2.021.687
Forderungen an Kunden[1)]	8.989.368	8.797.381
Finanzanlagen	163.526	394.575
Sonstige Aktiva	1.643	805
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (Available-for-Sale)	**3.446.717**	**3.727.451**
Finanzanlagen	3.149.622	3.463.764
Wertpapierpensionsgeschäfte	296.560	263.687
Sonstige Aktiva	536	-
Positive Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (Hedge Accounting)	**135.535**	**28.559**
Passiva		
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Verbindlichkeiten	**542.589**	**432.882**
Fair Value Option	-	-
Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Verbindlichkeiten (Held-for-Trading)	542.589	432.882
Handelspassiva	542.589	432.882
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten (Liabilities measured at amortised cost)	**15.066.815**	**15.808.862**
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.880.332	5.748.734
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	4.644.753	4.759.091
Verbriefte Verbindlichkeiten	5.196.321	4.939.714
Nachrangkapital	308.840	319.937
Sonstige Passiva	36.570	41.386
Negative Marktwerte aus derivativen Finanzinstrumenten (Hedge Accounting)	**27.620**	**29.517**

1) ohne Absetzung der Risikovorsorge

(65) Nettogewinne oder –verluste aus Finanzinstrumenten

Die Nettogewinne bzw. -verluste aus Finanzinstrumenten je Kategorie umfassen die Bewertungs- und Veräußerungsergebnisse.

	Zinsüberschuss		Risikovorsorge		Ergebnis aus der Fair Value Bewertung		Ergebnis aus Sicherungs-geschäften		Ergebnis aus Finanzanlagen		Insgesamt	
in TEUR	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Erfolgswirksam zum Fair Value bewertete finanzielle Vermögenswerte oder finanzielle Verbindlichkeiten	2.137	-4.015	-	-	48.990	19.659	99.183	-17.372	-	-	150.310	-1.728
Fair Value Option	7.974	9.974	-	-	6.317	-1.369	-	-	-	-	14.291	8.605
Zu Handelszwecken gehaltene finanzielle Vermögenswerte (Held-for-Trading)[1)]	-5.837	-13.989	-	-	42.674	21.028	99.183	-17.372	-	-	136.020	-10.333
Kredite und Forderungen (Loans and Receivables) [2)]	282.892	308.967	-16.168	-20.004	-	-	9.601	-4.244	102	-2.591	276.427	282.128
Zur Veräußerung verfügbare finanzielle Vermögenswerte (Available-for-Sale) [3)]	52.205	62.817	-	-	-	-	6	-6	722	-647	52.933	62.164
Bis zur Endfälligkeit zu haltende Finanzinvestitionen (Held-to-Maturity)	6.027	10.710	-	-	-	-	-	-	101	-29	6.128	10.681
Zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertete finanzielle Verbindlichkeiten (Liabilities measured at amortised cost)	-220.933	-257.116	-	-	-	-	-111.504	22.070	-	-	-332.437	-235.046

[1)] inklusive Ergebnisse aus der Währungsumrechnung

[2)] inklusive Finanzanlagen der Kategorie Loans and Receivables.

[3)] inklusive Gewinnanteile an assoziierten Unternehmen, die nach der Equity-Methode bilanziert werden

Die Ergebnisse aus der Fair Value Bewertung der zur Veräußerung verfügbaren finanziellen Vermögenswerte in Höhe von TEUR 31.811 (Vorjahr TEUR -18.383) werden erfolgsneutral in der Neubewertungsrücklage innerhalb des Eigenkapitals ausgewiesen (siehe Note (61)).

(66) Derivative Geschäfte

Die nachstehenden Tabellen zeigen die am Bilanzstichtag noch nicht abgewickelten zins- und fremdwährungsabhängigen sowie sonstigen Termingeschäfte und Kreditderivate. Der Schwerpunkt der Geschäfte dient zur Deckung von Zins-, Wechselkurs- oder Marktpreisschwankungen sowie dem kundenorientierten Handel.

Darstellung der Volumina

in TEUR	Nominalwerte 2014	Nominalwerte 2013	Marktwerte positiv 2014	Marktwerte negativ 2014
Zinsrisiken				
Zinsswaps	12.870.655	12.632.905	599.384	-557.163
dv. Zinsswaps im Hedge Accounting	2.046.957	1.414.206	124.889	-24.321
Swaptions	10.000	-	-	-538
Caps, Floors	1.504.468	1.512.129	1.214	-1.221
Futures	1.287.707	1.012.939	4.756	-4.862
Zinsrisiken insgesamt	**15.672.830**	**15.157.973**	**605.354**	**-563.784**
Währungsrisiken				
Devisentermingeschäfte	124.193	203.834	1.341	-1.159
Währungsswaps/Zins-Währungsswaps	-	27.243	-	-
Devisenoptionen	-	-	-	-
- Käufe	-	-	-	-
- Verkäufe	-	-	-	-
Währungsrisiken insgesamt	**124.193**	**231.077**	**1.341**	**-1.159**
Aktien- und sonstige Preisrisiken				
Indexoptionen	440.996	232.386	2.029	-2.029
- Käufe	220.498	116.193	2.029	-
- Verkäufe	220.498	116.193	-	-2.029
Aktienoptionen	106.252	87.220	2.226	-2.226
- Käufe	53.126	43.610	2.226	-
- Verkäufe	53.126	43.610	-	-2.226
Futures	54.639	46.449	843	-843
Aktien- und sonstige Preisrisiken insgesamt	**601.887**	**366.055**	**5.098**	**-5.098**
Risiken aus Kreditderivaten				
Sicherungsnehmer	-	-	-	-
Sicherungsgeber	30.000	50.000	417	-168
Risiken aus Kreditderivaten insgesamt	**30.000**	**50.000**	**417**	**-168**
Insgesamt	**16.428.910**	**15.805.105**	**612.210**	**-570.209**

Fristengliederung

	Nominalwerte							
	Zinsrisiken		Währungsrisiken		Aktien- und sonstige Preisrisiken		Risiken aus Kreditderivaten	
in TEUR	2014	2013	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Restlaufzeiten								
bis 3 Monate	429.000	528.725	99.483	203.356	573.263	341.897	-	5.000
bis 1 Jahr	2.248.022	1.435.957	24.710	27.394	28.587	24.072	-	-
bis 5 Jahre	7.271.693	7.275.573	-	327	37	86	30.000	45.000
über 5 Jahre	5.724.115	5.917.718	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	**15.672.830**	**15.157.973**	**124.193**	**231.077**	**601.887**	**366.055**	**30.000**	**50.000**

Die Angabe basiert auf vertraglichen Restlaufzeiten. Für weitere im Zusammenhang stehende Angaben verweisen wir auf den Risikobericht.

Kontrahentengliederung

	Nominalwerte		Marktwerte positiv		Marktwerte negativ	
in TEUR	2014	2013	2014	2013	2014	2013
Banken in der OECD	13.117.494	12.858.381	442.633	258.068	-557.542	-457.234
Öffentliche Stellen in der OECD	360.173	340.642	20.500	3.108	-65	-468
Sonstige Kontrahenten	2.951.243	2.606.082	149.077	95.647	-12.602	-4.697
Insgesamt	**16.428.910**	**15.805.105**	**612.210**	**356.823**	**-570.209**	**-462.399**

Angaben zur Kapitalflussrechnung

(67) Erläuterungen zu den Posten der Kapitalflussrechnung

Die Kapitalflussrechnung zeigt die Zahlungsströme des Geschäftsjahres, aufgeteilt in die Bereiche "operative Geschäftstätigkeit", "Investitionstätigkeit" und "Finanzierungstätigkeit".

Der ausgewiesene Zahlungsmittelbestand entspricht dem Bilanzposten Barreserve und enthält den Kassenbestand und die Guthaben bei Zentralnotenbanken.

Der Zahlungsmittelbestand unterliegt keinen Verfügungsbeschränkungen.

Als Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit werden Zahlungsvorgänge aus Forderungen an Kreditinstitute und Kunden, Wertpapieren (soweit nicht Finanzanlagen) und Derivaten sowie anderen Aktiva ausgewiesen. Die Zahlungsvorgänge aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten und Kunden, aus verbrieften Verbindlichkeiten und anderen Passiva gehören ebenfalls zur operativen Geschäftstätigkeit. Auch die aus dem operativen Geschäft resultierenden Zins- und Dividendenzahlungen finden sich im Cashflow aus operativer Geschäftstätigkeit wieder.

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit zeigt Zahlungsvorgänge für Finanzanlagen und Sachanlagen (inkl. immaterielles Vermögen).

Der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit umfasst Zahlungen an stille Gesellschafter und Genussrechtsinhaber sowie Veränderungen aus Nachrangkapital.

Sonstige Angaben

(68) Nachrangige Vermögenswerte

Folgende Bilanzposten enthalten nachrangige Vermögenswerte:

in TEUR	2014	2013
Forderungen an Kreditinstitute	12.000	12.000
Finanzanlagen	10.000	-
Insgesamt	**22.000**	**12.000**

(69) Vermögenswerte und Verbindlichkeiten in Fremdwährung

in TEUR	2014	2013
Fremdwährungsaktiva	**470.790**	**685.494**
CAD	6.586	15.926
CHF	130.945	240.344
GBP	60.541	70.312
HKD	442	319
JPY	3.715	3.175
USD	255.427	320.005
Sonstige Währungen	13.134	35.412
Fremdwährungspassiva	**456.328**	**626.110**
CAD	2.211	2.193
CHF	93.537	113.206
GBP	28.964	31.551
HKD	436	314
JPY	382	53
USD	329.571	456.518
Sonstige Währungen	1.228	22.275

(70) Übertragene, aber nicht vollständig ausgebuchte finanzielle Vermögenswerte

Zum 31.12.2014 bestand kein derartiger Sachverhalt bei der SaarLB.

(71) Übertragene, vollständig ausgebuchte finanzielle Vermögenswerte

Die SaarLB hat in 2012 einen finanziellen Vermögenswert übertragen, der vollständig ausgebucht wurde, an dem sie jedoch noch ein anhaltendes Engagement besitzt. Das anhaltende Engagement bestand darin, dass für die ausgebuchte Forderung die Möglichkeit einer Rückzahlung besteht, sofern die Anteile an dem Kreditnehmer in den nächsten 12 Jahren mit Erlös veräußert werden. Die Forderung wurde für EUR 1 verkauft und es wurde weiterhin nicht davon ausgegangen, dass die Anteile an dem Kreditnehmer mit Gewinn verkauft werden. Aus diesem Grund betrug der beizulegende Zeitwert des anhaltenden Engagements zum 31.12.2012 EUR 0. Aus dem anhaltenden Engagement ergab sich für die SaarLB kein Verlustrisiko. Zum Zeitpunkt der Übertragung des finanziellen Vermögenswerts entstand der SaarLB ein Verlust iHv. TEUR 2.782.

In 2014 wurde von der Möglichkeit einer Rückzahlung kein Gebrauch gemacht.

(72) Als Sicherheit übertragene finanzielle Vermögenswerte

Die Sicherheitsleistungen betreffen Wertpapierpensions-, Tendergeschäfte mit der Europäischen Zentralbank (EZB) sowie Geschäfte an der European Exchange (EUREX), mit Clearstream Banking Frankfurt/Main sowie mit Clearstream Banking Luxemburg.

In diesen Fällen verbleiben im Wesentlichen alle mit dem Eigentum an den übertragenen Vermögenswerten verbundenen Risiken und Chancen beim SaarLB-Konzern.

Die als Sicherheit gestellten finanziellen Vermögenswerte entfallen auf folgende Bilanzposten:

in TEUR	2014	2013
Forderungen an Kreditinstitute und an Kunden	494.529	495.276
Finanzanlagen	1.409.019	2.057.715
darunter:		
Sicherheiten, die vom Empfänger weiterveräußert oder weiterverpfändet werden dürfen	661.821	629.146
Insgesamt	**1.903.548**	**2.552.991**

Den übertragenen Vermögenswerten stehen Verbindlichkeiten in Höhe von TEUR 1.620.085 (Vorjahr TEUR 1.405.618) gegenüber.

Diese Transaktionen werden zu marktüblichen Konditionen ausgeführt.

(73) Erhaltene Sicherheiten, die weiterveräußert oder weiterverpfändet werden dürfen

Im Rahmen von Wertpapierpensions- und Wertpapierleihegeschäften können Vermögenswerte als Sicherheiten hereingenommen werden, die ohne Ausfall des Sicherungsgebers weiterveräußert oder weiterverpfändet werden dürfen. Zum 31.12.2014 waren keine derartigen Sicherheiten im Bestand.

(74) Leasinggeschäfte

Operating Leasing

SaarLB-Konzern als **Leasinggeber**:

in TEUR	2014	2013
Leasingvereinbarungen (Restlaufzeiten)	**4.225**	**4.556**
bis 1 Jahr	1.082	1.237
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	2.522	2.553
mehr als 5 Jahre	621	766

Bei den Leasingobjekten handelt es sich um Immobilien. Die Mietverträge reichen von unbefristeten Laufzeiten bis zu Verträgen mit festen Laufzeiten. Die längste Festlaufzeit endet am 31.10.2025. Nach Ende der Festlaufzeit gibt es teilweise die Möglichkeit der Vertragsverlängerung durch einseitige Mieteroption bzw. die Möglichkeit einer vertraglich ausgehandelten Laufzeitverlängerung, sofern kein Vertragspartner widerspricht. Bedingte Mietzahlungen bestehen nicht.

SaarLB-Konzern als **Leasingnehmer**:

in TEUR	2014	2013
Künftige Mindestleasingzahlungen aus unkündbaren Leasingvereinbarungen (Restlaufzeiten)	**1.619**	**1.410**
bis 1 Jahr	735	715
mehr als 1 Jahr bis 5 Jahre	884	695
mehr als 5 Jahre	-	-

Die Leasingvereinbarungen betreffen im Wesentlichen die Anmietung von Betriebs- und Geschäftsausstattung. Die Verträge haben eine feste Laufzeit von 3 bis zu 5 Jahren. Optionen sowie bedingte Mietzahlungen bestehen nicht.

(75) Treuhandgeschäfte

Die Treuhandgeschäfte gliedern sich wie folgt:

in TEUR	2014	2013
Treuhandvermögen	**5.187**	**105.325**
Forderungen an Kreditinstitute	-	10.373
Forderungen an Kunden	5.187	94.952
Sonstige Forderungen	-	-
Treuhandverbindlichkeiten	**5.187**	**105.324**
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	4.148	4.152
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1.039	1.154
Sonstige Verbindlichkeiten	-	100.019

(76) Eventualverbindlichkeiten und Andere Verpflichtungen

in TEUR	2014	2013
Eventualverbindlichkeiten	**229.125**	**322.006**
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen	229.125	322.006
Andere Verpflichtungen	**578.522**	**639.660**
Unwiderrufliche Kreditzusagen	578.522	639.660
Insgesamt	**807.647**	**961.666**

Neben den vorstehend aufgeführten Kreditfazilitäten können bei der SaarLB Verluste aus Rechtsrisiken entstehen, deren Eintritt nicht wahrscheinlich, aber auch nicht unwahrscheinlich ist und für die keine Rückstellungen oder keine Rückstellung in voller Höhe gebildet wurden. Weder für den Eintrittszeitpunkt noch für die Höhe möglicher Erstattungen kann eine verlässliche Einschätzung vorgenommen werden. Je nach Ausgang der rechtlichen Verfahren kann sich die Einschätzung unseres Verlustrisikos als zu niedrig oder zu hoch erweisen. Für den weitaus größten Teil der Eventualverbindlichkeiten aus Rechtsrisiken erfolgt jedoch keine Inanspruchnahme und somit sind die Beträge nicht repräsentativ für die tatsächlichen künftigen Verluste. Zum 31. Dezember 2014 betrug die Eventualverbindlichkeit aus Rechtsrisiken TEUR 9.486 Euro.

Bei Bürgschaften und Gewährleistungsverträgen, bei denen ein Impairment festgestellt wurde, erfolgt die Bildung von Rückstellungen (Note (57)), sofern eine Inanspruchnahme als wahrscheinlich angesehen wird.

(77) Sonstige finanzielle Verpflichtungen

in TEUR	2014	2013
Nachschussverpflichtungen gegenüber der Sicherungsreserve der Landesbanken	14.469	21.527
Nachschussverpflichtung sowie zusätzliche Mithaftung für andere Gesellschafter	2.712	7.012
Nicht eingeforderte Einzahlungsverpflichtungen	2.315	2.315
Verpflichtungen zur Übernahme von Anteilen	2.784	3.448

Darüber hinaus entstehen finanzielle Verpflichtungen im Rahmen der Operating-Leasingverträge und betreffen Miet- Nutzungs-, Service- und Wartungsverträge (Note (74)).

Die Landesbank Saar, Saarbrücken, ist außerdem nach dem Statut des Einlagensicherungsfonds der Landesbanken/Girozentralen verpflichtet, den Deutschen Sparkassenverband e. V. als Träger der Sicherungsreserve der Landesbanken/Girozentralen von etwaigen Verlusten freizustellen, die durch Maßnahmen zugunsten eines Kreditinstitutes, an dem die Landesbank Saar beteiligt ist, anfallen würden. Des Weiteren haften die Niederlassungen als Mitglieder von Einlagensicherungseinrichtungen im Rahmen der dafür geltenden Bestimmungen.

(78) Anteilsbesitz der Landesbank Saar

Die folgende Tabelle enthält die Aufstellung des Anteilsbesitzes der Landesbank Saar.

Name	Anmerk-ungen	Anteil in %	Eigenkapital/ Fonds-vermögen TEUR [3]	Summe Vermögens-werte TEUR	Summe Verbindlich-keiten TEUR	Erlöse TEUR	Jahres-ergebnis TEUR [4]
In den Konzernabschluss einbezogene Spezialfonds	6)						
LB ImmoInvest Saar-Fonds, Hamburg	1)	100,00	40.462	42.102	1.640	1.734	557
SaarLB 1-Fonds, München	2)	100,00	158.428	158.533	105	918	895
SBLB-Fonds, München	2)	100,00	69.381	69.381	-	4.771	4.748
SBLB-2-Fonds, München	2)	100,00	69.266	69.266	-	4.621	4.598
SBLBHALBS-Fonds, München	2)	100,00	32.339	32.339	-	1.994	1.971
In den Konzernabschluss einbezogene Tochterunternehmen							
SaarLB-Bankenbeteiligungsgesellschaft mbH, Saarbrücken	5) 6)	100,00	15.577	17.445	1.868	1.869	1.868
LBS Immobilien GmbH, Saarbrücken	5)	100,00	300	1.093	793	3.117	40
In den Konzernabschluss einbezogene assoziierte Unternehmen							
Gekoba-Gesellschaft für Gewerbe- und Kommunalbauten mbH, Saarbrücken		38,00	6.297	19.630	13.333	922	4
GSW-Saarländische Wohnungsbau-gesellschaft mbH, Saarbrücken		28,57	8.310	15.075	6.765	2.342	-103
NBV Beteiligungs GmbH, Hamburg		21,33	14.996	15.005	9	1.324	2.218
In den Konzernabschluss nicht einbezogene Tochterunternehmen							
LBS Vertriebs GmbH, Saarbrücken	5)	100,00	25	267	242	973	125
IVS Immobilien Verwaltungs-GmbH Saar, Saarbrücken	7)	50,10	-	-	-	-	-
LBS Gutachter GmbH, Saarbrücken	7)	100,00	-	-	-	-	-
In den Konzernabschluss nicht einbezogene Gemeinschafts-unternehmen							
TEGES Grundstücksvermietungs-gesellschaft mbH, Berlin		50,00	20	25	5	37	1
In den Konzernabschluss nicht einbezogene assoziierte Unternehmen							
TEGES Grundstücksvermietungs-gesellschaft mbH & Co. Objekt Berlin KG, Berlin		47,01	-7.397	9.949	17.346	1.342	-31
Saarländische Kapitalbeteiligungs-gesellschaft mbH, Saarbrücken		33,33	6.972	39.066	32.094	3.008	115
Saarländische Wagnisfinanzierungs-gesellschaft mbH, Saarbrücken		30,43	6.695	11.647	4.952	793	-448

Anmerkungen:

[1)] Erlöse betreffen Mietertrag abzüglich Verwaltungsaufwand

[2)] Erlöse betreffen Zinsertrag, Provisionsertrag und Ergebnis aus der Fair Value Bewertung abzüglich Zinsaufwand und Provisionsaufwand

[3)] Definition des Eigenkapitals gemäß § 266 Abs. 3A i.V.m. § 272 HGB

[4)] Jahresergebnis/Jahresfehlbetrag gemäß § 275 Abs. 2 Nr. 20 HGB

[5)] Mit diesen Gesellschaften besteht ein Ergebnisabführungsvertrag

[6)] Diese Tochterunternehmen inkl. der Spezialfonds haben ein vom Mutterunternehmen abweichendes Geschäftsjahr (31.03.)

[7)] Diese Gesellschaften wurden im Geschäftsjahr 2014 neu gegründet

Bei der Saarländischen Investitionskreditbank AG besteht bei einer Beteiligungsquote von weniger als 20% eine Stimmrechtsquote von mehr als 5%.

(79) Verwaltungsorgane der SaarLB

Verwaltungsrat

Jan-Christian Dreesen
Stellvertretener Vorsitzender des Vorstandes
FC Bayern München AG, München
Vorsitzender

Dr. Micheal Braun
Bereichsleiter Konzernstrategie & Konzernkommunikation,
Bayerische Landesbank, München
(bis 31.01.2014; ab 03.04.2014)

Dr. Winfried Freygang
Tutzing
(bis 03.04.2014)

Marcus Kramer
Mitglied des Vorstandes
Bayerische Landesbank, München
(bis 03.04.2014)

Klaus Meiser
MdL, Vorsitzender der CDU-
Landtagsfraktion, Saarbrücken
(ab 03.04.2014)

Anke Rehlinger
Ministerin, Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Energie
und Verkehr, Saarbrücken
(ab 25.02.2014)

Thomas Roß
Bankangestellter
Landesbank Saar, Saarbrücken

Stephan Toscani
Minister, Ministerium für Finanzen und Europa,
Saarbrücken

Dr. Alfons Lauer
Präsident, Sparkassenverband Saar, Saarbrücken
Stellvertretender Vorsitzender
(ab 10.02.2014)
(verstorben am 21.02.2015)

Gunar Feth
Vorsitzender des Vorstandes Kreissparkasse Saarpfalz,
Homburg
(ab 10.02.1014 bis 03.04.2014)

Thomas Klein
Bankangestellter
Landesbank Saar, Saarbrücken

Clemens Lindemann
Landrat
Saarpfalz-Kreis, Homburg
(ab 03.04.2014)

Fred Metzken
Finanzvorstand
AG der Dillinger Hüttenwerke und Saarstahl AG,
Dillingen

Susanne Ries
Bankangestellte, Landesbank Saar, Saarbrücken
(bis 03.04.2014)

Ralph Singer
Bankangestellter, Landesbank Saar, Saarbrücken

Luzia Welter
Bankangestellte, Landesbank Saar,
Saarbrücken
(ab 03.04.2014)

Beauftragte der Aufsichtsbehörde:

Iris Jung
Ministerialrätin
Ministerium für Wirtschaft,
Arbeit, Energie und Verkehr,
Saarbrücken

(80) Beziehungen zu nahe stehenden Unternehmen und Personen

Unternehmen und Personen gelten als nahe stehend, sofern eine Partei die andere mittelbar oder unmittelbar kontrolliert oder maßgeblichen Einfluss auf deren geschäftliche oder operative Entscheidungen ausüben kann. Zu den nahe stehenden Unternehmen und Personen des SaarLB-Konzerns gehören zum 31. Dezember 2014:

- das Saarland sowie dessen Tochter- und Gemeinschaftsunternehmen,
- alle Tochterunternehmen der Gemeinschaftsunternehmen des Saarlandes (bis auf die letzte Ebene),
- alle Tochter- und Gemeinschaftsunternehmen der Tochterunternehmen des Saarlandes (bis auf die letzte Ebene),
- Tochtergesellschaften und assoziierte Unternehmen der SaarLB,
- alle Gemeinschafts- und assoziierte Unternehmen der Tochterunternehmen der SaarLB (bis auf die letzte Ebene)
- alle Tochterunternehmen der assoziierten Unternehmen der SaarLB (bis auf die letzte Ebene)
- der Sparkassenverband Saar sowie dessen Tochter- und Gemeinschaftsunternehmen,
- Personen in Schlüsselpositionen, deren nahe Familienangehörige sowie Gesellschaften, die von diesen Personen oder deren nahen Familienangehörigen kontrolliert oder maßgeblich beeinflusst werden oder an denen dieser Personenkreis bedeutende Stimmrechte hält; Personen in Schlüsselpositionen sind Personen, die für die Planung, Leitung und Überwachung der Tätigkeiten der SaarLB direkt oder indirekt zuständig und verantwortlich sind. Hierzu zählen die Mitglieder des Vorstands und des Verwaltungsrats der SaarLB, Generalbevollmächtigte, sowie deren nahen Familienangehörigen. Änderungen ergaben sich im Berichtsjahr im Wesentlichen durch das Ausscheiden der BayernLB aus dem Kreis der Anteilseigner.
- das Trägerunternehmen für Pensionspläne für SaarLB-Mitarbeiter, die nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses in Anspruch genommen werden.

Der SaarLB-Konzern unterhält geschäftliche Beziehungen zu nahe stehenden Unternehmen und Personen. Geschäfte mit diesen Unternehmen und Personen werden im Rahmen des normalen Geschäftsverlaufs durchgeführt und es gelten grundsätzlich die gleichen Bedingungen – ein-schließlich Zinssätzen und Sicherheiten – wie für im selben Zeitraum getätigte vergleichbare Geschäfte mit Dritten. Diese Geschäfte waren nicht mit ungewöhnlich hohen Einbringlichkeitsrisiken oder anderen ungünstigen Eigenschaften behaftet.

Eine Auflistung der Tochterunternehmen und assoziierten Unternehmen der SaarLB befindet sich in der Aufstellung des Anteilsbesitzes.

Finanzielle Vermögenswerte und Verbindlichkeiten sowie Hybridkapital an bzw. gegenüber nahe stehende Unternehmen[1)]:

Vorstand

Stand: 31.12.2014

Thomas Christian Buchbinder
Vorsitzender des Vorstandes

Werner Severin
Stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes

Frank Eloy
Mitglied des Vorstandes

Vorstand

Stand: 01.01.2015

Werner Severin
Vorsitzender des Vorstandes

Frank Eloy
Mitglied des Vorstandes

Dr. Matthias Böcker
Mitglied des Vorstandes

in TEUR	31.12.2014	31.12.2013
Forderungen an Kreditinstitute	**11.408**	**15.311**
Tochter- und Gemeinschaftsunternehmen des Saarlandes	11.408	15.311
Forderungen an Kunden	**482.962**	**432.095**
Saarland	90.682	56.173
Tochter- und Gemeinschaftsunternehmen des Saarlandes	330.887	307.768
Tochterunternehmen	28.104	28.631
Konsolidierte assoziierte Unternehmen	7.757	5.121
Nicht konsolidierte assoziierte Unternehmen	25.532	34.402
Handelsaktiva	**11.119**	**10.285**
Tochter- und Gemeinschaftsunternehmen des Saarlandes	11.119	10.285
Finanzanlagen	**71.418**	**72.565**
Saarland	71.418	72.565

in TEUR	31.12.2014	31.12.2013
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	**-**	**707.402**
Tochter- und Gemeinschaftsunternehmen des Saarlandes	-	707.402
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	**39.266**	**32.482**
Sparkassenverband Saar	19.836	17.475
Saarland	3.596	35
Tochter- und Gemeinschaftsunternehmen des Saarlandes	7.706	9.164
Konsolidierte assoziierte Unternehmen	21	60
Nicht konsolidierte assoziierte Unternehmen	8.107	5.748
Handelspassiva	**1.089**	**142**
Tochter- und Gemeinschaftsunternehmen des Saarlandes	1.089	142

Forderungen und Verbindlichkeiten gegenüber der ZVK

in TEUR	31.12.2014	31.12.2013
Forderungen	**37**	**3.963**
Verbindlichkeiten	**39.836**	**29.272**
Verbindlichkeiten ggü. Kunden	19.836	21.672
Nachrangkapital	20.000	7.600

Aus Kreditverträgen und Einlagen sowie erbrachten Dienstleistungen in Verbindung mit nahestehenden Unternehmen und Personen ergaben sich folgende Aufwendungen und Erträge:

in TEUR	31.12.2014	31.12.2013
Erträge	**4.674**	**9.708**
Zinsen	4.674	9.708
Provisionen	-	-
Aufwendungen	**3.780**	**47.344**
Zinsen	3.780	47.344
Provisionen	-	-

Forderungen und Verbindlichkeiten an Vorstands- und Verwaltungsratsmitglieder der SaarLB

Der Gesamtbetrag der den Vorstands- bzw. Verwaltungsratsmitgliedern der SaarLB (einschließlich deren nahe Familienangehörigen) gewährten Kredite sowie erhaltenen Einlagen stellt sich wie folgt dar:

in TEUR	31.12.2014	31.12.2013
Forderungen	**1.474**	**1.092**
Mitglieder des Vorstandes SaarLB	9	-
Personen in Schlüsselpositionen	933	546
Mitglieder des Verwaltungsrats SaarLB	532	546
Verbindlichkeiten	**913**	**733**
Mitglieder des Vorstandes SaarLB	200	225
Personen in Schlüsselpositionen	168	98
Mitglieder des Verwaltungsrats SaarLB	545	410

Von nahen Familienangehörigen hat die SaarLB Einlagen i.H.v. TEUR 78 (TEUR 42) erhalten und Kredite i.H. v. TEUR 0 (TEUR 1) ausgeliehen.

Bezüge der Vorstands- und Verwaltungsratsmitglieder der SaarLB

in TEUR	31.12.2014	31.12.2013
Mitglieder des Vorstandes der SaarLB	**2.192**	**2.555**
Kurzfristig fällige Leistungen	1.592	1.633
Leistungen nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses	600	922
Aufwendungen für leistungsorientierte Pläne	600	922
Mitglieder des Verwaltungsrates der SaarLB	**794**	**558**
Kurzfristig fällige Leistungen für Aufsichtsratstätigkeit	268	178
Kurzfristig fällige Leistungen für Arbeitsleistung	526	380
Frühere Mitglieder des Vorstandes der SaarLB und deren Hinterbliebene	**1.371**	**1.335**
Für Mitglieder des Vorstandes der SaarLB gebildete Pensionsrückstellungen	**13.424**	**11.094**
Für frühere Mitglieder des Vorstandes der SaarLB und deren Hinterbliebene gebildete Pensionsrückstellungen	**23.194**	**19.670**

Die als Zinsaufwand erfasste Aufzinsung der Pensionsrückstellungen beträgt TEUR 1.049 (Vorjahr TEUR 977).

(81) Honorar für den Abschlussprüfer

Das im Berichtsjahr als Aufwand erfasste Honorar für den Abschlussprüfer setzt sich wie folgt zusammen:

in TEUR	2014	2013
Abschlussprüfungen	773	897
Sonstige Bestätigungs- oder Bewertungsleistungen	194	198
Steuerberatungsleistungen	-	1
Sonstige Leistungen	240	758
Insgesamt	**1.206**	**1.854**

(82) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Durchschnittlicher Personalstand während des Berichtsjahres:

in TEUR	2014	2013
Beschäftigte im Jahresdurchschnitt	**552**	**539**
davon Vollzeitbeschäftigte	410	415
davon Teilzeitbeschäftigte	119	104
davon Auszubildende	23	20
Weiblich	**266**	**263**
Männlich	**286**	**276**

Die Mitarbeiterzahl bei den at-Equity einbezogenen assoziierten Unternehmen beträgt im Jahresdurchschnitt 28 (Vorjahr 29).

Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Nach bestem Wissen versichern wir, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Konzernabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt und im Konzernlagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns beschrieben sind.

Saarbrücken, 20. März 2015

Landesbank Saar

Der Vorstand

Werner Severin Frank Eloy Dr. Matthias Böcker

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den von der Landesbank Saar, Saarbrücken, aufgestellten Konzernabschluss – bestehend aus Konzern-Bilanz, Konzern-Gesamtergebnisrechnung, Eigenkapitalveränderungsrechnung, Kapitalflussrechnung und Konzernanhang – sowie den Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2014 geprüft. Die Aufstellung von Konzernabschluss und Konzernlagebericht nach den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegt in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Konzernabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Konzernabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Konzernlagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Konzerns sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben im Konzernabschluss und Konzernlagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der Jahresabschlüsse der in den Konzernabschluss einbezogenen Unternehmen, der Abgrenzung des Konsolidierungskreises, der angewandten Bilanzierungs- und Konsolidierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Konzernabschluss den IFRS, wie sie in der EU anzuwenden sind, und den ergänzend nach § 315a Abs. 1 HGB anzuwendenden handelsrechtlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns. Der Konzernlagebericht steht in Einklang mit dem Konzernabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Saarbrücken, den 24. März 2015

PricewaterhouseCoopers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Jürgen Breisch
Wirtschaftsprüfer

ppa. Robert Lippmann
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Verwaltungsrates

Im abgelaufenen Geschäftsjahr hat der Verwaltungsrat die Geschäftsführung des Vorstandes überwacht. Verwaltungsrat und Risikoausschuss haben regelmäßig Berichte über die Entwicklung und die Geschäftslage der Bank sowie über wichtige Geschäftsvorgänge entgegengenommen und diese mit dem Vorstand der Bank erörtert. Der Prüfungsausschuss hat sich mit den Abschlussprüfungen sowie den internen Kontrollverfahren der Bank befasst und mit dem Vorstand erörtert. In den Sitzungen des Verwaltungsrates wurde regelmäßig über die wesentlichen Inhalte der Sitzungen des Risikoausschusses und Prüfungsausschusses berichtet.

Im Rahmen der engen und vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Verwaltungsrat und Vorstand wurden neben den regelmäßigen Berichten und der jährlichen Erörterung der Geschäfts- und Risikostrategie sowie der IT-Strategie insbesondere die Übertragung der restlichen Anteile an der SaarLB von der BayernLB auf das Saarland, die Wandlung der stillen Einlage des Landes Rheinland-Pfalz (PLP) und die Änderungen der Zusammensetzung des Vorstandes per 01.01.2015 begleitet.

Der Verwaltungsrat und der Risikoausschuss haben, soweit nach der Satzung vorgesehen, bei den Geschäften der Bank mitgewirkt und die erforderlichen Beschlüsse gefasst.

Die Organe der Bank haben in ihren Sitzungen am 17. April 2015 die Einhaltung der unternehmenseigenen Corporate Governance-Grundsätze, zu denen sich die SaarLB freiwillig verpflichtet hat, erörtert und festgestellt, dass keine Anhaltspunkte bekannt sind, die im Geschäftsjahr 2014 einer Einhaltung dieser Grundsätze widersprechen.

Den Lagebericht und den Jahresabschluss, den Konzernlagebericht und den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2014 sowie den Vorschlag für die Gewinnverteilung hat der Verwaltungsrat mit dem Vorstand beraten.

Jahresabschluss und Lagebericht sowie Konzernabschluss und Konzernlagebericht zum 31. Dezember 2014 wurden durch den Abschlussprüfer, die PricewaterhouseCoopers AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, geprüft und erhielten den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk.

Der Verwaltungsrat hat das Prüfungsergebnis zustimmend zur Kenntnis genommen und den HGB-Jahresabschluss zum 31. Dezember 2014 am 27. April 2015 festgestellt. Der IFRS-Konzernabschluss für das zum 31. Dezember 2014 endende Geschäftsjahr wurde vom Verwaltungsrat gebilligt. Dem Vorstand wurde Entlastung erteilt.

Saarbrücken, den 27. April 2015

Der Vorsitzende des Verwaltungsrates

Jan-Christian Dreesen

Unterschriften

Saarbrücken, 26. Juni 2017

Landesbank Saar

gez.
Ingrid Schommer

gez.
Winfried Graß